

JAHRBUCH FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

1973 · TEIL I

Jahrbuch  
für  
Wirtschafts-  
geschichte

SEMINAR FÜR WIRTSCHAFTS-  
U. SOZIALGESCHICHTE  
DER UNIVERSITÄT ZU KÖLN  
Köln - Lindenthal  
Albertus-Magnus-Platz



AKADEMIE-VERLAG, BERLIN

AKADEMIE DER WISSENSCHAFTEN DER DDR  
INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

# Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte

Unter beratender Mitarbeit von

H. Aptheker (USA), E. Hobsbawm (Großbritannien), J. Kuczynski (DDR), W. Kula (Polen),  
H. Mottek (DDR), S. P. Pach (Ungarn), J. Purš (ČSSR), E. Ragionieri (Italien), S. I. Tjulpanow  
(Sowjetunion)

Redaktionskollegium

Jan Peters (Chefredakteur), Traute Scholz (Stellv. Chefredakteur), Rudolf Berthold, Renate Günther,  
Horst Heininger, Wolfgang Jonas, Parviz Khalatbari, Heinz Kreißig, Fedor Kretschmar,  
Hansgünter Meyer, Hans-Heinrich Müller, Helga Nussbaum, Hans Radandt, Karl Reißig,  
Alfred Schröter, Rolf Sonnemann, Irene Strube

Arbeitsgruppe Literaturkritik

Hans-Heinrich Müller (Leiter), Gisela Buchheim, Siegfried Epperlein, Parviz Khalatbari, Hermann  
Lehmann, Peter Musiolek, Manfred Nussbaum, Hildegard Hoffmann, Jörg Roesler, Heinzpeter  
Thümmler

Redaktionssekretär: Ingrid Thümmler

# Jahrbuch für Wirtschafts- geschichte

1973 · TEIL I



AKADEMIE-VERLAG · BERLIN · 1973



73/609

Redaktionsschluß: 15. 6. 1972

Anschrift der Redaktion:

108 Berlin, Clara-Zetkin-Str. 26

Erschienen im Akademie-Verlag GmbH, 108 Berlin, Leipziger Straße 3 - 4

Copyright 1973 by Akademie-Verlag GmbH

Lizenznummer: 202 · 100/74/73

Offsetdruck: VEB Druckerei „Thomas Müntzer“, 582 Bad Langensalza/DDR

Bestellnummer: 2103/73/1 · ES 5 B 2 · 14 D

EDV 752 355 4

Einzelpreis des Bandes 20, - M

Abonnementpreis des Jahrganges 72, - M (4 Bände), Einzelband 18, - M

# INHALT

Zu diesem Band		9
ABHANDLUNGEN, STUDIEN, MISZELLEN		
J. Kuczynski	Wissenschaft und Rüstung	13
H. Reishaus- Etzold	Die Einflußnahme der Chemiemonopole auf die "Kaiser- Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V." während der Weimarer Republik	37
W. Gutsche	Zum Funktionsmechanismus zwischen Staat und Monopol- kapital in Deutschland in den ersten Monaten des ersten Weltkrieges (1914 - 1915)	63
E. Behm/ J. Kuczynski	Die Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungs- presse vor dem ersten Weltkrieg. Eine vornehmlich quantitative Analyse (Sachsen)	99
B. Widera	Das Städtewesen in der vormongolischen Ruß	113
V. A. Beljavskij	Die Sklavenelite des Hauses Egibi (Szenen aus dem Geschäftsleben im Babylon des 6. Jahrhunderts v. u. Z.)	133
H. -H. Müller	Heinrich Heine. Zur 175. Wiederkehr seines Geburstages	159
DISKUSSIONEN		
F. Behrens	Über den Zusammenhang zwischen Arbeitsproduktivität und Wertproduktivität. Bemerkungen zu: Jürgen Kuczynski, Zum Problem der Messung der Arbeitsproduktivität auf Grund von Berechnungen für die Landwirtschaft in den USA	179
R. Rompe/ K. Werner	Zu einigen Fragen des wissenschaftlich-technischen Fort- schritts	183
H. Radandt	Sprach Lenin von der führenden Rolle des Bankkapitals gegenüber dem Industriekapital? Bemerkungen zu: Kurt Gossweiler, Die Rolle der Großbanken im Imperia- lismus	189

# LITERATURKRITIK

- I. Bobovič/  
T. Pažitnova Probleme der Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder Europas in neuen Arbeiten sowjetischer Autoren. Bemerkungen zu *Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran* (Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder), unter der Redaktion von F. J. Poljanskij und V. A. Žamin, und A. A. Uspenskij, *Ėkonomičeskaja istorija zarubežnych stran Evropy* (Wirtschaftsgeschichte des europäischen Auslands) 199
- H. Handke Spiegel oder Zerrspiegel? Zur Darstellung der Arbeiterklasse in einigen soziologischen Publikationen der BRD: Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus; Braun, Siegfried/Fuhrmann, Jochen, Angestelltenmentalität. Berufliche Positionen und gesellschaftliches Denken der Industrieangestellten. Bericht über eine industriesoziologische Untersuchung; Fürstenberg, Friedrich, Die Soziallage der Chemiearbeiter. Industriesoziologische Untersuchungen in rationalisierten und automatisierten Chemiebetrieben; Bottomore, T. B., Die sozialen Klassen in der modernen Gesellschaft 207
- U. Bentzien Heresbach, Thumbshirn und Grosser in Neuausgaben. Konrad Heresbach, Vier Bücher über Landwirtschaft (*Rei sticae libri quatuor*); Martin Grosser, Anleitung zu der Landwirtschaft; Abraham von Thumbshirn, *Oeconomia*. Zwei frühe deutsche Landwirtschaftsschriften 231
- I. P. Vejnbeg Probleme der sozialökonomischen Struktur Judäas vom 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z. Zu einigen wirtschaftshistorischen Untersuchungen von Heinz Kreißig 237
- BERICHTE
- T. Scholz Zu einigen Kriterien der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse im Kapitalismus (Bericht über das Symposium "Strukturprobleme der Arbeiterklasse in wirtschaftshistorischer Sicht") 253
- K. Lärmer Zur 3. Jahrestagung des Arbeitskollektivs zur Erforschung der "Geschichte der Produktivkräfte" vom 22. 11. bis 26. 11. 1971 in Weißig bei Rathen 265

## BIBLIOGRAPHIE

R. Günther	Hochschulschriften zur Wirtschaftsgeschichte	269
------------	--	-----

## INFORMATION

VI. Internationaler Kongreß der Wirtschaftshistoriker August 1974 in Kopenhagen	319
---	-----

Autorenverzeichnis	327
--------------------	-----

Das Institut für Wirtschaftsgeschichte an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin, der Herausgeber dieses Jahrbuchs, hat sich wiederholt der Forderung gestellt, die brennenden Probleme der wissenschaftlich-technischen Revolution allseitig - also auch unter historischem Gesichtswinkel - zu untersuchen. Kuczynski, Behrens, Rompe und Werner greifen im vorliegenden Band diese Thematik auf. Teilweise von unterschiedlichen Positionen ausgehend, kommen sie mitunter auch zu verschiedenen Ergebnissen.

Gutsches Beitrag zu den zwei grundsätzlichen Varianten der strategisch-taktischen Konzeption der herrschenden Klasse in Deutschland am Beginn des ersten Weltkrieges führt nicht nur eine langjährige wissenschaftliche Streitfrage weiter, sondern beleuchtet - ebenso wie der Aufsatz von Reishaus-Etzold für den Bereich der wissenschaftlichen Forschung - die Praktiken staatsmonopolistischer Regulierung im 20. Jahrhundert. Ein Tagungsbericht und eine ausführliche Besprechung geben Aufschluß über Stand, Schwierigkeiten und Verzerrungen in der Diskussion um die soziale Struktur der Arbeiterklasse - ein Thema, das uns wiederholt beschäftigt hat und auch weiter beschäftigen wird. Der Bogen des Meinungsstreits spannt sich im übrigen in diesem Band von der Rolle der Großbanken im Imperialismus bis zu sozialökonomischen Problemen aus der Geschichte Judäas um die Zeitenwende.

Übersichten zur Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder aus der Feder sowjetischer Ökonomen stehen für aktuelle Fragestellungen dieses Bandes ebenso ein, wie die Würdigung Heinrich Heines durch einen Wirtschaftshistoriker das lebendige Erbe dieses großen Dichters für unseren Fachbereich sichtbar macht.

Den vorliegenden Band schließen wir mit einer neuen Folge über die in der DDR erschienenen Hochschulschriften wirtschaftshistorischen Charakters und mit einer Information über den kommenden Internationalen Kongreß für Wirtschaftsgeschichte ab.



**Abhandlungen,  
Studien, Miscellen**

## WISSENSCHAFT UND RÜSTUNG<sup>+</sup>

von Jürgen Kuczynski

1. Die Rolle der Rüstung
2. Der Militär-Industriekomplex und die Wissenschaftler
3. Rüstung und Krieg - Mutter und Vater der Wissenschaft?
4. Vom angeblichen Nutzen der Militärtechnik für die Ziviltechnik
5. Der Stand der Wissenschaftlich-technischen Revolution heute
6. Wissenschaftlich-technische Revolution und Abrüstung
7. Ein Brief an J. D. Bernal über den Einfluß der Produktionsverhältnisse auf Rüstung und Wirtschaft

"In der Geschichte war stets der Charakter der Gesellschaftsordnung das Ausschlaggebende."

Bericht des Politbüros an die 14. Tagung des ZK, 1970.

Der Charakter unserer Zeit wird durch die Auseinandersetzung zwischen den Kräften des Fortschritts und der Reaktion, durch den weltweiten Klassenkampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus bestimmt. Der Übergang von den Produktionsverhältnissen des Kapitalismus zu den Produktionsverhältnissen des Sozialismus bestimmt den Inhalt unserer Epoche.

Es sind die Produktionsverhältnisse, der Charakter der Gesellschaftsordnung, es ist der Kampf der Klassen, die aus den Produktionsverhältnissen heraus gewachsen sind, die unserer Zeit und so auch der Wissenschaft und ihrer Entwicklung Charakter und Inhalt geben.

Alle die, die Charakter und Inhalt unserer Zeit durch die Produktivkräfte und ihren Stand bestimmen wollen - von Galbraith bis zu Garaudy -, landen bei der unrealistischen und - was immer ihre persönliche Haltung - der Reaktion dienenden Theorie der Konvergenz von Kapitalismus und Sozialismus.

<sup>+</sup> Vorabdruck des ersten Kapitels (Die historische Situation) eines Buches, das den Titel "Wissenschaft Heute und Morgen" trägt und aus drei Hauptteilen (Wissenschaft Heute; Ausweglose Theorien; Wissenschaft Morgen) besteht.

Alle die, die Charakter und Inhalt unserer Zeit durch die Produktivkräfte und ihren Stand bestimmen wollen - von Marcuse bis zu Sweezy -, landen bei der unrealistischen und - was immer ihre persönliche Haltung - der Reaktion dienenden Theorie, daß die Arbeiterklasse als die einzig konsequent revolutionäre Klasse ihre historische Rolle ausgespielt hat.

Wer die Wissenschaftlich-technische Revolution, deren Kernprozeß die komplexe und Vollautomatisierung ist, zum bestimmenden Faktor der Gegenwart macht, ernennt (unter heutigen Verhältnissen) die Wissenschaftler und Techniker zum revolutionären Träger der Bewegung in die Zukunft.

Wer die Realität erkennt, wer als Marxist-Leninist unsere Zeit analysiert und die Welt verändernde Schlußfolgerungen zieht, der weiß, daß die Arbeiterklasse, die die Produktionsverhältnisse verändert, der revolutionäre Träger der für die Zukunft entscheidenden Bewegung zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel, zur Abschaffung der Ausbeutung, zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft überall in der Welt ist.

Mit Recht vertreten die Wissenschaftler in der Sowjetunion folgende Auffassung: "Von den sowjetischen Ökonomen wird übereinstimmend die zunehmende Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, die wachsende Bedeutung dynamischer Strukturveränderungen betont. Die wissenschaftlich-technische Revolution, die qualitativen Veränderungen in den Produktivkräften sind für den ökonomischen Fortschritt - vor allem aus perspektivischer Sicht - sehr bedeutsam. Es wird stets nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Vervollkommnung vorhandener Prinzipien, die effektivere Nutzung des vorhandenen Anlagevermögens usw. die Hauptquelle des ökonomischen Fortschritts in der Gegenwart ist, daß gerade sie den notwendigen Akkumulationsvorlauf für die Vorbereitung und Verwirklichung der qualitativen Veränderungen in den Produktivkräften schaffen." (Sperrungen im Original).<sup>1</sup> Die "vorhandenen Anlagevermögen, die Hauptquelle des ökonomischen Fortschritts in der Gegenwart", werden aber heute von Millionen Neuerern und nicht von ausgewählten Automatentechnologen ständig verbessert und rationalisiert. In dem Maße aber, wie im Laufe der Zeit die komplexe und Vollautomatisierung ein größeres Gewicht erhält, verwandelt sich auch die Arbeiterklasse in Beherrscher dieser Prozesse.

Wie gestalten sich nun Wissenschaft und Technologie, Forschung und Entwicklung in einer solchen historischen Situation? Welchen Eigentümlichkeiten der Bewegung unterliegt in einer solchen weltweiten Klassenkampfsituation die Wissenschaftlich-technische Revolution und auch die Formierung der Gesellschaftswissenschaften?

## 1. Die Rolle der Rüstung

Selbstverständlich haben Wissenschaft, Technologie, Forschung und Entwicklung ihre eigenen Bewegungsgesetze. Selbstverständlich wird ihre Bewegung in letzter Instanz von den ökonomischen Gesetzen bestimmt. Doch untersuchen wir hier nicht die Entwicklung von Forschung und Entwicklung allgemein, Charakter und Bewegung der Wissenschaftlich-technischen Revolution prinzipiell, sondern in einem bestimmten historischen Moment, "Heute", wie es in der Überschrift des Ersten Teiles heißt.

Heute, in einer Zeit, in der sich, wie auf der Internationalen Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien in Moskau im Jahre 1969 festgestellt wurde, die geschichtliche Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Kapitalismus zuspitzt -

<sup>1</sup> Vgl. Einheit, H. 5/1971, S. 533.

zuspißt und auch zu einer jährlich effektiver, das heißt destruktiver werdenden militärischen Rüstung führt. Rüstung der Reaktion unter Führung der USA-Monopole zur militärischen Aggression gegen den Sozialismus - Rüstung der sozialistischen Länder zur Abwehr der geplanten Aggression, zum Schutz des Sozialismus. Welch ungeheuerliche Zuspitzung der Gegensätze zwischen Sozialismus und Kapitalismus auch im Charakter, im Sinn, in der Aufgabenstellung der Rüstung! bei, wie es die Dialektik mit sich bringt, "Einheit der Gegensätze" in der Tatsache der Rüstung, in der Gleichheit der Technik der Rüstung.<sup>2</sup> Genau wie Fabriken sind (theoretisch!) auch die Waffensysteme austauschbar.

Spätestens jetzt wird sich so mancher Leser darüber wundern oder empören, daß die "Historische Situation" der "Wissenschaft Heute" zuerst mit der Rüstung in Verbindung gebracht wird. Das ist nun zu begründen, sofort und schlagend.

1. Die Rüstung verschlingt heute im Weltmaßstab etwa 7 Prozent des Bruttosozialprodukts - aber die Arbeitskraft von rund 50 Prozent aller naturwissenschaftlich und technologisch Tätigen.
2. Auf jedes Produkt im Wert von 100 Dollar entfallen, wenn es sich um ein militärisches Produkt handelt, über 50 Dollar Ausgaben für Forschung und Entwicklung; wenn es sich aber um ein Produkt für den zivilen Gebrauch handelt, so werden noch nicht 5 Dollar für Forschung und Entwicklung ausgegeben.
3. Daraus ergibt sich: Die Rüstungsproduktion ist heute mindestens zehnmal so (naturwissenschafts- und technologie-intensiv wie die zivile Produktion.

Man kann auch folgende Tabelle aufstellen:

Militärische Kräfte in Prozent der erwachsenen Bevölkerung	6 %
Rüstungsausgaben in Prozent des Bruttosozialprodukts	7 %
Prozent aller Naturwissenschaftler und Technologen für Rüstungszwecke tätig	über 50 %
Prozent aller Ausgaben für Forschung und Entwicklung für Rüstungszwecke verwandt	über 60 %

Kein Wunder, daß unter diesen Umständen die militärische Destruktivkraft sich in den letzten Jahrzehnten weit, weit mehr entwickelt hat als die zivile Produktivkraft.

Kein Wunder, daß wir von einer Wissenschaftlich-technischen Revolution bisher vor allem erst in der Rüstungsindustrie sprechen können.

Und eine ähnliche Beobachtung wie für die Naturwissenschaften und die Technologie, die bei der Forschung und Entwicklung für die Rüstungsindustrie die entscheidende Rolle spie-

- 2 "Gleichheit der Technik der Rüstung" bedeutet jedoch nicht Identität der Anwendung der Technik. Natürlich wäre die Sowjetunion im zweiten Weltkrieg auch in der Lage gewesen, deutsche Städte mit Bomben zu zerstören. Aber sie hielt eine solche Kriegführung für überflüssig grausam, da sie nicht effektiv wäre. Nachkriegsuntersuchungen von amerikanischer Seite haben diese Einschätzung der Sowjetmilitärs voll bestätigt. Man muß also nicht nur die gesellschaftlichen Ziele der Kriegführung unterscheiden, sondern muß auch stets die aufgrund gesellschaftlicher Erkenntnisse überlegene Strategie und Taktik der Kriegführung der sozialistischen Staaten im Auge behalten.

len, kann man auch für die Gesellschaftswissenschaften machen - nur sind die Vorzeichen umgekehrt: Während die Rüstungsproduktion der imperialistischen Länder einen aggressiven und die Rüstungsproduktion der sozialistischen Länder einen Verteidigungscharakter hat, haben die gesellschaftswissenschaftlichen Produkte der imperialistischen Länder zum größten Teil einen apologetischen, die gegen den Feind gerichteten Leistungen der marxistischen Gesellschaftswissenschaftler aber einen offensiven Charakter. Es besteht auch kein Zweifel darüber, daß aufgrund des entscheidenden Merkmals unserer Epoche, des Kampfes zwischen Sozialismus und Kapitalismus, heute noch ein Großteil unserer gesellschaftswissenschaftlichen Produktion sich mit den pseudowissenschaftlichen Produkten imperialistisch manipulierter Gesellschaftswissenschaftler auseinandersetzen muß, statt sich direkt (!) mit den Aufbau Problemen einer sozialistischen Gesellschaft zu beschäftigen.

## 2. Der Militär-Industriekomplex und die Wissenschaftler

Der Ausdruck Militär-Industriekomplex (military-industrial complex) wurde von Eisenhower in seiner Abschiedsrede als Präsident der USA an die amerikanische Nation am 17. Januar 1961 geprägt. Er sagte:

"Die Verbindung eines gewaltigen Militärapparats und einer großen Rüstungsindustrie ist eine neue amerikanische Erfahrung. Ihr Gesamteinfluß - ökonomischen, politischen, ja geistigen Charakters - ist fühlbar in jeder Stadt, in jeder Länderverwaltung, in jedem Büro der Zentralregierung. Wir sind uns über die dringende Notwendigkeit dieser Entwicklung klar. Wir müssen aber auch ihre ernstesten Folgen verstehen. Unsere Arbeit, unsere Kräfte, unser Leben sind alle betroffen - wie die ganze Struktur unserer Gesellschaft.

In unserer Regierung müssen wir uns schützen gegen die Aneignung unberechtigten Einflusses, ob gesucht oder nicht, von Seiten des Militär-Industriekomplexes. Die Gefahr katastrophalen Wachstums von Macht an der falschen Stelle existiert und wird andauern.

Niemals dürfen wir das Gewicht dieser Kombination unsere Freiheiten oder demokratischen Prozesse gefährden lassen ...

Heute ist der einsame Erfinder, der in seiner Werkstatt bastelt, in den Schatten gestellt durch Zweckforschungsgruppen von Wissenschaftlern in Laboratorien und Versuchsfeldern. In der gleichen Weise hat die freie Universität, einst die Quelle freier Ideen und wissenschaftlicher Entdeckung, eine Revolution der Methoden der Forschung erfahren. Teils wegen der riesigen Kosten wird aus einem Regierungsvertrag faktisch ein Ersatz für intellektuelle Neugierde. An die Stelle jeder alten Tafel sind heute Hunderte neuer elektronischer Computer getreten.

Die Gefahr der Beherrschung der Gelehrten der Nation durch Staatsbeschäftigung, Projektmittel, die Macht des Geldes ist stets vorhanden und sehr ernst zu nehmen.

Und doch, bei aller Hochachtung, die wissenschaftlicher Forschung und Entdeckung zukommen, müssen wir der ebenso großen und entgegengesetzten Gefahr entgentreten, daß etwa die Politik der Gefangene einer wissenschaftlich-technologischen Elite werden könnte." <sup>3</sup>

So Eisenhower, der scheidende Präsident, an die amerikanische Nation.

Genau fünfzehn Jahre zuvor hatte Eisenhower, der im Westen siegreiche Generalstabschef der amerikanischen Armee, einen Aufruf zur Begründung des Militär-Industriekomplexes

3 Abgedr. in: Bulletin, hg. v. U. S. Department of State, Washington D. C., Bd. 44, 6. 2. 1961.

unter Einfluß der Wissenschaftler erlassen.<sup>4</sup> In einem vom 27. April 1946 datierten "Memorandum for Directors and Chiefs of War Department General and Special Staff Divisions and Bureaus and the Commanding Generals of the Major Commands" erklärte er unter der Überschrift: "Wissenschaftliche und Technologische Ressourcen als militärische Aktiva":

"Der jüngste Konflikt hat überzeugender als je zuvor die Kraft aufgezeigt, die unsere Nation aus der Integration aller unserer nationalen Ressourcen in der Zeit des Krieges schöpfen kann. Es ist von allergrößter Bedeutung, daß die Lehren dieser Erfahrung nicht bei der Planung und Ausbildung unserer Armee im Frieden vergessen werden. Die künftige Sicherheit der Nation verlangt, daß all die zivilen Hilfskräfte, die durch Konversion oder Umdirigierung unsere Hauptstütze in einer Notzeit bilden, engstens auch in Friedenszeit mit den Aktivitäten der Armee verbunden sind.

Die Lehren des letzten Krieges sind klar. Die militärische Anstrengung für den Sieg brachte der Armee eine Fülle von nie zuvor bekannten Verantwortlichkeiten, von denen viele nur effektiv erfüllt werden konnten durch die unschätzbare Hilfe, die unsere kumulativen Ressourcen in den Natur- und Sozialwissenschaften, die Talente und Erfahrungen von Management und Arbeit uns gaben. Die bewaffneten Kräfte allein hätten den Krieg nicht gewinnen können. Wissenschaftler und Geschäftsleute gaben uns Technologien und Waffen, die es uns ermöglichten, den Feind geistig und materiell zu schlagen. Ihr Verständnis für das, was die Armee brauchte, ermöglichte die engste Zusammenarbeit. Dieses Muster der Integration muß auf die Friedenszeit übertragen werden, so daß die Armee nicht nur mit dem Fortschritt in Wissenschaft und Industrie vertraut wird, sondern auch alle zivilen Ressourcen, die zur Verteidigung des Landes beitragen können, in unsere Planung für die nationale Sicherheit einbeziehen kann."

Nicht die Abschiedsrede des Präsidenten, sondern das Memorandum des Generalstabschefs sind auch heute noch Richtlinie der USA-Regierung. Und genauso ist es in der Bundesrepublik. Rainer Rilling hat eine Reihe Äußerungen dazu unter besonderer Berücksichtigung der Rolle der Wissenschaften und Technologien im Militär-Industriekomplex zusammengestellt:

"Die zielgerichtete Einpassung der Forschungspolitik in außenpolitische Ambitionen war zu Beginn der 60er Jahre am deutlichsten von den Vertretern des sich herausbildenden militärisch-industriellen Komplexes der BRD formuliert worden. In einer Rede von Strauß im April 1966 vor dem Wehrpolitischen Arbeitskreis der CSU in München wird der ideologische Hintergrund und die politisch-pragmatische Ausformulierung dieses Vorgangs besonders deutlich: '... weil ich zutiefst davon überzeugt bin, daß das wissenschaftlich-technische Potential einer Nation heute ... in den Fragen der Einstufung dieser Nation, ihrer Gewichtigkeit, ihrer Durchsetzungsfähigkeit, nämlich der Durchsetzungsfähigkeit ihrer Ziele, eine wesentlich größere Rolle spielt als jemals in irgendeiner Generation vor uns'<sup>5</sup>. Dabei müssen sich die politische Bewußtlosigkeit der wissenschaftlich Arbeitenden und die politische Manipulation der 'politischen Führung' gegenseitig ergänzen: 'Wohl muß der Wissenschaftler um der Forschung willen forschen. Aber die politische Führung muß diesen Bereich der Grundlagenforschung, der angewandten Forschung und der technischen Entwicklung und der dahinter steckenden Produktionsmöglichkeiten in ein politisches Konzept einbauen ... Politische Führung muß wissen, was sie will, und sie muß versuchen, den Willen

4 Abgedr. in: Melman, S., Pentagon Capitalism, New York 1970, S. 231 - 234. - Dieses Memorandum wurde von Gabriel Kolko unter den Papieren des Kriegsministers H. L. Stimson in der Sterling Library der Universität Yale entdeckt, der es Melman zur Verfügung stellte.

5 Zit. nach: Wehr und Wirtschaft, Nr. 4/1966, S. 210.

einer Nation so zu beeinflussen, daß ihre politischen Ziele Schritt für Schritt in Reichweite kommen.<sup>6</sup> Bei dieser politischen Zielsetzung wird davon ausgegangen, daß der 'technologische Wettlauf ... selbst zu einer wichtigen Form des modernen Krieges'<sup>7</sup> geworden ist und deshalb 'heute das Gleichgewicht der wissenschaftlichen oder militärischen Machtmöglichkeiten und damit der politische Führungsanspruch der einzelnen hochindustrialisierten Länder physisch durch das nationale Potential der Natur- und Ingenieurwissenschaften bedingt wird und deshalb ... der politische Führungsanspruch daran gemessen werden'<sup>8</sup> muß. Ein Altnazi aus der technokratischen Militärfraktion formulierte die Konsequenz: 'Jede Maßnahme, die geeignet ist, die Bildung, Handfertigkeit und das Wissen zu erweitern, dient dazu, die Kraft eines Volkes zur Verteidigung seines Lebensraums und zur Erhaltung seiner Lebensform zu stärken.'<sup>9</sup> Eleganter und noch präziser der 'CDU-Reformer' Wörner im Bundestag: 'Die politische Unabhängigkeit ist eine Funktion auch einer gewissen technologischen Unabhängigkeit.'<sup>10</sup> Bezogen auf die Kriegsforschung und -entwicklung heißt das für die Militärfraktion: 'Man kann heute feststellen, daß das Gewicht eines Volkes als Bündnispartner in der Politik nicht nur nach dem Kampfwert seiner Streitkräfte gemessen wird, sondern erheblich gesteigert werden kann durch seine Fähigkeit, Hervorragendes auf dem Gebiet der Wehrtechnik zu leisten.'<sup>11,12</sup>

Der Einfluß dieser Haltung von Monopolen, Regierung und Staat auf die Entwicklung von Wissenschaft und Wissenschaftlern war in den imperialistischen Ländern ein starker. Sie wurden ein Element des Militär-Industriekomplexes.

Viele Wissenschaftler auch in den imperialistischen Ländern erkennen das, auch wenn sie nicht begreifen, wie grundanders die moralisch-politische Haltung in der Sowjetunion ist, wie Krauch, der schreibt: "Tausende von Wissenschaftlern haben sich ohne Zögern den verlockenden Staatsbudgets angehängt und bringen neues Wissen und immer neue Technik hervor, die dem Machtkampf der Großmächte und dem Wettbewerb der Wirtschaft dienen und davon geprägt sind. Gesellschaftliche Probleme werden dagegen vernachlässigt. Die Grundlagen unseres sozialen Lebens sind weit weniger erforscht als der Staub des Mondes. Die Exkremite der Raumfahrer werden genauer analysiert als der Angtschweiß kleiner Schulkinder."<sup>13</sup>

An anderer Stelle schreibt derselbe: "Da in den USA seit gut 20 Jahren die Weltkonflikte immer stärker die staatliche Finanzierung und Lenkung von Forschung und Entwicklung stimuliert haben, ist es zu einer einseitigen Entwicklung des gesamten Wissensgebäudes und seines Wachstums gekommen. Nicht nur innerhalb der Naturwissenschaften hat es Verlagerungen auf Gebiete gegeben, die größten militärischen Machtzuwachs versprechen, wie Atomphysik und Raumforschung. Auch gegenüber Medizin und den Sozialwissenschaften wur-

6 Ebenda, S. 212.

7 Speidel, H., Wissenschaft, Technik und Politik, in: VDI-Zeitschrift, Nr. 1/1967, S. 5.

8 Schreiterer, M., Die Natur- und Ingenieurwissenschaften in der heutigen Außenpolitik, in: VDI-Zeitschrift, a. a. O., S. 8.

9 Fischer, K. (ehem. Abt. T), in: Wehr- und Wirtschaft, Nr. 4/1965, S. 179.

10 5. Deutscher Bundestag, 133. Sitzung v. 10. 11. 1967, Stenographischer Bericht, S. 6745.

11 Brigadegeneral Dipl.-Ing. Willikens (Leiter der Unterabteilung I, III "Wehrtechnik Land" im BMVtdg.), in: Wehrtechnische Monatshefte, Nr. 6/1964, S. 211.

12 Rilling, R., Die Forschungspolitik der BRD, in: Weinberg, A. M., Probleme der Großforschung, Frankfurt (Main) 1970, S. 305 ff.

13 Krauch, H., Prioritäten für die Forschungspolitik, München 1970, S. 6.

den die Naturwissenschaften unverhältnismäßig stark gefördert. In den letzten Jahren ist der staatlich finanzierte Forschungsanteil der Flugzeugindustrie stark gewachsen, während zugleich andere Industriezweige, wie die Erdölindustrie und die chemische Industrie, nur in geringerem Maße von Staatsaufträgen abhängig waren. Dabei ist in Amerika und Kanada der naturwissenschaftlich-technische Anteil in der Forschung dort auf 90 % angestiegen, wo das Verteidigungsministerium oder die Raumfahrtbehörde die Kontrakte ausgeben, während der naturwissenschaftlich-technische Anteil unter 60 % fällt, sobald keine militärischen oder militärisch orientierten Motive für die Forschungsförderung ausschlaggebend sind. Entsprechend wächst dann der medizinische und sozialwissenschaftliche Anteil an."<sup>14</sup>

Man erkennt sehr genau den Einbau der Wissenschaften in den Militär-Industriekomplex und die Konsequenzen für die Strukturierung der Wissenschaften.

### 3. Rüstung und Krieg - Mutter und Vater der Wissenschaft?

Spätestens zur Zeit der alten Griechen begann die Auffassung, daß der Krieg die Wissenschaft fördere, verbreitet zu werden. Seitdem auch im Frieden die Rüstung allgemeine riesige Kosten verursachte, seit dem 20. Jahrhundert, seit dem modernen Imperialismus, wurde diese Auffassung auch auf die Rüstung im Frieden ausgedehnt.

Nun ist allerseits bekannt, daß keine Wissenschaft auf die Dauer ohne Grundlagenforschung blühen kann. Gerade die Grundlagenforschung aber welkt im Kriege, und im Verlauf des zweiten Weltkrieges wurde sie sogar offiziell im faschistischen Deutschland unterbunden.

Der Niedergang jeder Grundlagenforschung im Kriege hat seine Kehrseite in der starken Förderung von Zweckforschung und Technologie durch Rüstung und Krieg.

Kann man (im übertragenen Sinne) von der Grundlagenforschung als die Strategie der Wissenschaftsentwicklung bestimmend sprechen, so von der Zweckforschung und Technologie als die Taktik regelnd.

Warum konzentrieren sich die militärischen Stellen auf eine Förderung der Zweckforschung und Technologie und haben darin auch beachtliche Erfolge?

1. Fühlen sie sich genau wie auch die Betriebsleiter (mit Recht!) in erster Linie verantwortlich für laufend verbesserte Produktionsleistungen auf "ihrem Spezialgebiet".
2. Stehen sie unter stärkstem moralischem und staatlichem Druck, den möglichen Gegner in der Entwicklung der Destruktivtechnik zu schlagen.
3. Haben sie relativ geringe Schwierigkeiten, die für die Steigerung der Destruktivkräfte notwendigen Mittel zu erhalten.

Punkt 1 ist jedem verständlich und bedarf keiner längeren Ausführungen.

Punkt 2 verlangt jedoch noch eine nähere Erklärung. Denn auch der Produzent von normalen Konsumwaren, allgemein von Produkten für den zivilen Bedarf, unterliegt ja im Kapitalismus dem Druck der Konkurrenz (im Sozialismus dem gesellschaftlichen Druck zur Verbesserung der Produktion).

Bei zivilen Produkten aber braucht der Druck der Konkurrenz nicht notwendigerweise zu technischen Verbesserungen zu führen. Wenn zwei Konkurrenten technisch gleichwertige Eisstränge in zwei Ländern auf den Markt bringen, so wird es zunächst eine ganze Weile dauern, bis die internationale Konkurrenz überhaupt wirksam wird, und dann kann man den

14 Derselbe, Die organisierte Forschung, Neuwied 1970, S. 160 f.



anderen auch ohne technischen Fortschritt, zum Beispiel durch eine elegantere Form des Eisschranks oder auch eine Preissenkung, die bei verstärktem Absatz zu einem höheren Profit führen wird, schlagen. Eine Bombe aber wird dem Gegner gegenüber weder durch eine elegantere Form noch durch eine Preissenkung wirksamer - und allein auf diese Wirksamkeit, auf die durch verbesserte Technik größere Destruktivkraft, kommt es bei der militärischen Produktion an.

Und sodann verlangt die militärische im Gegensatz zur zivilen Produktion stets eine Entwicklung in doppelter Richtung: eine bessere Rakete des Gegners verlangt sowohl eine noch stärkere Verbesserung der eigenen Rakete wie auch eine Verbesserung der Anti-Rakete bzw. der Raketenabwehr.

Das alles geschieht im Rahmen einer Verbesserung der "Technik an sich", während in der Zivilproduktion das Produkt nicht nur technisch genügen, sondern auch noch zahlreiche andere Bedürfnisse wie Bequemlichkeit, Schönheit usw. befriedigen soll; vor allem aber darf es im allgemeinen nicht einen bestimmten Preis überschreiten. In der Rüstungsindustrie gilt praktisch das Prinzip der höchsten destruktiven Effektivität, in der Zivilindustrie sind die Kosten ein wichtiger Faktor. Wie weit in der Rüstungsindustrie die "Technik an sich" gilt, kann man auch daraus ersehen: Die Waffen der größten Länder haben heute eine Destruktivkraft, die weit größer ist als notwendig, um die Menschen und Sachgüter der möglichen Gegner zu zerstören. Und doch läuft die technische Entwicklung von Waffen und Waffensystemen ständig weiter.

Das heißt, da die Rüstungsproduktion viel einseitiger in ihrem Zweck - nur Destruktion - und daher nur auf technische Fortschritte bedacht ist, hat sie natürlich auf den Gebieten der Technologie und Technik größeren Fortschritt gebracht als die Zivilproduktion.

Dazu kommt aber noch Punkt 3!

Hören wir dazu über den ersten Weltkrieg General Charles G. Dawes in einer Aussage vor einem amerikanischen Parlamentskomitee, das Beschaffungsskandale untersuchte: "Selbstverständlich zahlten wir. Wir machten keine Geschichten. Mein Gott, Mann, wir mußten den Krieg gewinnen! Wir hätten Pferdepreise für Schafe gezahlt, wenn Schafe Artillerie an die Front hätten ziehen können. Oh, jetzt kann man sagen, wir kauften zuviel Essig und zu viele Stemmeisen, aber wir retteten die Zivilisation der Welt. Verdammt noch mal, die Aufgabe einer Armee ist, den Krieg zu gewinnen, sich nicht lange mit billigen Einkäufen abzugeben. Zum Teufel und bei der Heiligen Maria, wir versuchten nicht Bücher zu führen, wir versuchten den Krieg zu gewinnen."<sup>15</sup>

Mehr als vierzig Jahre später, im Jahre 1964, während der Budgetberatungen des amerikanischen Kongresses, bemerkte Senator Gaylord Nelson: "Die Tradition schreibt vor, daß ein Gesetz zur Bewilligung von vielen Milliarden Dollar für die Kriegsmaschine innerhalb weniger Stunden im Abgeordnetenhaus und im Senat durchgepeitscht werden muß, während man einen Vertrag zur Erhaltung des Friedens oder ein Programm zur Unterstützung unterentwickelter Völker, eine Garantie gleicher Rechte für alle unsere Bürger oder soziale Fortschritte für die Armen wochenlang, manchmal monatelang debattiert, verändert und leeres Stroh darum drischt."<sup>16</sup>

Und der Bundestagsabgeordnete Karl Wienand führte zu der gleichen Thematik aus: "Üblich ist, daß der Verteidigungsminister, wenn er einmal einen Auftrag vergibt, sich um die Preiskalkulationen nicht mehr kümmert. Dazu ist er auch nicht verpflichtet. Nachzurechnen, ob die Bundesrepublik übervorteilt worden ist, gehört nicht mehr zu seinen Aufgaben.

15 Zit. in: Mollenhoff, C. R., The Pentagon, New York 1967, S. 53 f.

16 Zit. nach: Menke-Glückert, P., Friedensstrategien, Hamburg 1969, S. 159.

Dazu sind die Preisprüfer des Bundeswirtschaftsministeriums oder die der Länder da. Nun gelten teure Wunderwaffen in der Regel als streng geheim, und damit sie möglichst lange streng geheim bleiben, gibt es auch keine öffentliche Ausschreibung. Statt dessen tritt das Verteidigungsministerium an leistungsfähige Firmen heran und teilt ihnen vertraulich seine Wünsche mit. Ebenso vertraulich macht das Werk sein Angebot und sagt, wieviel Geld es für die Wunderwaffe haben möchte. Freundlicherweise erklärt die Firma auch, wie sie zu dem geforderten Preis kommt, warum die Kosten für Entwicklung so und so hoch sind. Nur - Hassels Beamte, die den Vertrag schließen, dürfen und können nicht abwägen, ob die Kalkulation des Werkes auch wirklich objektiven Berechnungen entspricht. Dazu fehlt den 'Verteidigungsjuristen' die volkswirtschaftliche Ausbildung. Deshalb bleibt die Preisprüfung Herrn Schmückers Wirtschaftsministerium oder den Wirtschaftsministerien der Länder überlassen. Und die Prüfer dieser Behörden wiederum verstehen nichts von den Waffen."<sup>17</sup>

Unter solchen Umständen leiden natürlich auch die Wissenschaftler und Technologen, die für die Rüstung arbeiten, keinen Mangel an Mitarbeitern und Geräten! Unter solchen Umständen werden zahlreiche bürokratische Hemmnisse, denen der Wissenschaftler und Technologe überall in der Welt bei seiner Arbeit begegnet, relativ schnell weggeräumt.

Daraus ergibt sich aber eine Forderung von allergrößter Bedeutung: Es gilt allgemein eine Moral zu entwickeln, die der Verwandlung von Wissenschaft in Technologie und von Technologie in Technik und Produktion - selbstverständlich bei genauer Kostenberechnung - die gleiche Dringlichkeit für die zivile Produktion wie für die Rüstungsproduktion beimißt. Das ist das einzige, was wir von der Rüstungsproduktion heute lernen können!

Wohl wird heute allgemein davon gesprochen, daß die Umsetzung von der Erfindung in die laufende Produktion viel schneller als in früheren Zeiten geschieht. Und zu Propagandazwecken wird überall in der Welt folgende Tabelle verbreitet:

Gegenstand	Prinzip	Technik	Dauer der Umsetzung
Fotografie	1727	1829	102 Jahre
Telefon	1820	1876	56 Jahre
Radar	1926	1940	14 Jahre
Transistor	1948	1953	5 Jahre
Laser	1956	1961	5 Jahre

Faktisch aber liegen keine Beweise für eine schnellere Umsetzung vor. Denn die beiden Beispiele aus der Gegenwart sind einfach Fälschungen. Was den Transistor betrifft, so wird hier statt der Findung des wissenschaftlichen Prinzips, die 1906 stattfand, die Anmeldung des Patents gegeben. Und was den Laser betrifft, bemerkte Max Steenbeck: "So hätte man nach dem Laser zum Beispiel schon rund 30 Jahre früher suchen können, sobald nämlich die erzwungene Emission erkannt war."<sup>18</sup> Auch enthält die Tabelle nicht die zahlreichen wissenschaftlichen Entdeckungen, die noch nicht in die Produktion eingeführt worden sind.

Gerade weil die Überführung von wissenschaftlichen Entdeckungen in die Praxis so langsam vor sich geht, erklärte auch Genosse L. I. Breshnew auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU: Analysiert man alle Glieder der komplizierten Kette, die die Wissenschaft mit der Produktion verbindet, so läßt sich leicht feststellen, daß die schwächsten von ihnen jene sind, die

17 Wienand, K., Die ganz große Verschwendung, in: Stern, Nr. 4/1965.

18 Steenbeck, M., Automatisierung und Gesellschaft, in: Die Weltbühne, Nr. 16/1971, S. 496.

mit der praktischen Nutzenanwendung der Errungenschaften der Wissenschaft, mit ihrer Überführung in die Massenproduktion zusammenhängen. "19

Wer von einem Gesetz der Beschleunigung der Umsetzung von Wissenschaft in Technologie und von Technologie in Technik spricht<sup>20</sup>, sollte sich doch in der Vergangenheit umsehen. Er sollte etwa Archimedes auf dem Wege von der Badewanne, in der er das Gesetz des hydrostatischen Auftriebs entdeckte, zum König begleiten, in dessen Palast er sogleich seine Entdeckung praktizierte und bewies, daß ein Betrüger Silber unter das Gold der Krone gemischt hatte. Bei Archimedes dauerte die Umsetzung der wissenschaftlichen Entdeckung in die Praxis vielleicht Stunden!, in keinem Fall Jahre. Oder er denke an Röntgens Entdeckung der nach ihm benannten Strahlen. Am 8. November 1895 machte Röntgen die Entdeckung. Nach Überprüfung aller notwendigen Fakten, um sicher zu gehen, schrieb er wenig mehr als einen Monat später eine Mitteilung an eine lokale Wissenschaftler-Gesellschaft in Würzburg. Am 4. Januar 1896 sprach er darüber vor der Physikalischen Gesellschaft in Berlin. Tage - nicht Wochen - danach wurden Röntgenstrahlen in zahlreichen Laboratorien verwandt. Ärzte brachten Patienten, um Knochenverletzungen feststellen zu lassen, in die Laboratorien. Im April veröffentlichte McClure's Magazine in den USA eines der frühesten bedeutenden Wissenschaftler-Interviews - von einem der Wissenschaftsreportage-Pioniere, H. W. J. Dam, mit Röntgen.

Auch sollte man sich überlegen, daß ursprünglich die technische Praxis im allgemeinen der Entdeckung des wissenschaftlichen Prinzips voranging! Für die großen technischen Leistungen der alten Ägypter fanden zumeist erst die Griechen der Antike die wissenschaftlichen Prinzipien.

Gerade weil es kein solches Gesetz der Beschleunigung der Umsetzung von Wissenschaft in Technik gibt, das es nur zu fördern gilt, sind auch in der sozialistischen Gesellschaft so große Anstrengungen für die möglichst schnelle Umsetzung von Wissenschaft in Technologie und von Technologie in Technik notwendig.

#### 4. Vom angeblichen Nutzen der Militärtechnik für die Ziviltechnik

Lange haben die Militärs die Meinung verbreitet, daß die wissenschaftlichen und technologischen Leistungen für die Rüstungsindustrie auch größten Nutzen für die Zivilindustrie haben. Und sicherlich hat auch zum Beispiel die zivile Luftfahrt mit ihren einigen tausend modernen Flugzeugen einigen Nutzen von der Technologie für die über hunderttausend im Dienst befindlichen Militärflugzeuge gehabt. Aber auch hier war der Nutzen ein sehr beschränkter. So fand 1970 N. v. Goetz in seiner Doktorarbeit "Forschungsökonomie in der Luftfahrtindustrie", in der er die amerikanische Luftfahrtindustrie untersuchte, daß von 11 674 Patenten, die 1961 im Besitz der amerikanischen Regierung waren und von denen 85 Prozent geheimgehalten wurden, 1 487 für zivilen Gebrauch freigegeben und 297, also nur 3 Prozent, tatsächlich in der zivilen Luftfahrt benutzt wurden.

Zu einem fast ebenso kümmerlichen Resultat kam eine im Auftrage des Pentagon unternommene Untersuchung "Project Hindsight" über die Beziehungen zwischen der Entwicklung von Kriegstechnik und Ziviltechnik in den Jahren 1945 bis 1965. Entgegen den allgemein kursierenden Auffassungen kam diese Untersuchung zu dem Resultat, daß nur etwa 5 Prozent des technischen Fortschritts in der militärischen Produktion auch in der Zivilproduktion Eingang gefunden hatte. Das ist eine ungeheuer wichtige und bedeutungsvolle Feststellung, insbesondere wenn sie von dieser Seite kommt.

19 Breshnew, L. I., Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Moskau 1971, S. 77.

20 Vgl. z. B. Schliesser, W., Nicht prahlen, Zeit gewinnen! in: Neues Deutschland, 1. 5. 1971, S. 3.

Natürlich wurde das Resultat heftig angefochten. Aber auch F. A. Long, einer der hervorragendsten amerikanischen Wissenschaftler, der sich mit dieser Frage beschäftigt hat und der nicht mit der Methodik der Pentagon-Untersuchung einverstanden ist, meint, daß man "doch wohl" 10 Prozent Übertragung von Militärtechnik auf das zivile Leben annehmen kann.

E. F. Denison, der die umfassendsten Studien über Elemente - Technik, Erziehung usw. -, die zum Wachstum der Produktion beigetragen haben, gemacht hat, meint: "Die von der Regierung finanzierte Forschung, die zu verbesserten Waffen oder zur Erkundung des Welt- raums führt, trägt (wenigstens bis zum heutigen Tage) nichts zur gemessenen Wachstums- rate bei, sieht man einmal von zufälligen Auswirkungen ab, die zur Senkung der Produk- tionskosten nichtmilitärischer Produkte führen."<sup>21</sup>

Das heißt, es kann gar nicht die Rede davon sein, daß die Zivilpro- duktion in irgendwie größerem Umfange von der Zweckforschung und Technologie für die Rüstungsindustrie profitiert.

Die Frage ist, warum das so ist und ob das immer der Fall war.

Krauch kommt in seinem Buch über die organisierte Forschung zweimal auf dieses Problem zu sprechen, jedesmal im Zusammenhang mit der Übertragung von Technologie auf dem Gebiet des Flugzeugwesens:

"Durch weitere Studien bei RAND wurde festgestellt, daß nachträgliche Modifikationen an einem schon fertig entwickelten System unverhältnismäßig teuer sind. Es bewährt sich in sol- chen Fällen, ganz von neuem mit der Entwicklung zu beginnen."<sup>22</sup> Dieser Befund verdient in- sofern Beachtung, als die Umwandlung militärischer Entwicklungen in friedliche, z. B. bei Flugzeugen, immer wieder diskutiert wird. Da ein solcher Modifikations- oder Adaptions- prozess äußerst teuer, in vielen Fällen teurer als eine Neuentwicklung ist, kann man allge- mein folgern: Der wirtschaftliche Nutzen militärischer Entwicklungen und Systeme ist sicher viel kleiner, als man bisher vermutet hat. Dagegen hebt die militärische Forschung und Ent- wicklung die Basis der friedlichen Technik dauernd an. Die Zahl der erreichbaren technolo- gischen Zustände wächst. Dies vermehrt auf den militärisch relevanten Gebieten die Zahl der möglichen technischen Alternativen und verbessert deren Qualität."<sup>23</sup>

Auch sollte man wohl zwischen Forschung und Entwicklung unterscheiden. Die wissenschaft- liche Forschung im Interesse der Rüstung bringt sicherlich weit mehr Resultate, die poten- tiell auch, so wie sie sind, ohne "Modifikationen", von der Technologie für zivile Zwecke übernommen werden können, als die Militärtechnologie. Darum haben wir auch ganz bewußt in der Überschrift dieses Kapitels nur von der Technik gesprochen.

Doch hören wir noch einmal Krauch zum Problem der Übertragung von Militärtechnik in die zivile Produktion:

"Einige der großen Rüstungsfirmen haben nach dem zweiten Weltkrieg versucht, den Anschluß an den Markt wiederzugewinnen. Alle diese Versuche blieben erfolglos. Lediglich die Um- stellung von Bombenflugzeugen auf viermotorige Transportflugzeuge war möglich, aber sie kann nicht als ein großer Markterfolg angesprochen werden. Wie in Gesprächen mit Burton Klein, Richard Nelson und anderen Mitarbeitern der RAND Corporation zu erfahren war, ha- ben Untersuchungen dieser Organisation zudem gezeigt, daß die nachträgliche Modifikation von Flugzeugen für andere Zwecke, also etwa die Umwandlung eines Jagdflugzeuges in ein

21 Forschungsökonomie und Forschungspolitik, Ausgewählte amerikanische Beiträge, hg. v. J. Naumann, Stuttgart 1970, S. 197.

22 Persönliche Mitteilung von B. H. Klein (Zahlenmaterial von der Air Force noch nicht freigegeben).

23 Krauch, H., Die organisierte Forschung, a. a. O., S. 132.

Kampfflugzeug oder eines Bombenflugzeuges in einen Transporter, allgemein wesentlich teurer zu stehen kommt als der Neuentwurf und die Neukonstruktion eines Flugzeuges. Offenbar stößt die Umstellung und Orientierung nach dem Markt bei den Rüstungsfirmen auf sehr tiefgehende Schwierigkeiten. Aus diesem Grunde ist mit der Zeit eine regelrechte Platzangst entstanden. Die Rüstungsindustrie kommt sich dabei vor wie ein armes, hilfsbedürftiges Tierchen, das eingesperrt ist - man spricht von einem Käfigeffekt ('locked-in nature of defense resources', Weidenbaum<sup>24</sup>) - in Wirklichkeit verhält sich der Rüstungskomplex aber eher wie der Elefant im Porzellanladen.<sup>25</sup>

Während es sich hier offenbar um objektive Schwierigkeiten der Übertragung handelt, gibt es auch subjektive Schwierigkeiten in den kapitalistischen Ländern, die Krauch in seinen "Prioritäten für die Forschungspolitik" so schildert: "Nun sind aber die meisten dieser Wissenschaftler in ihrem Verhalten eher auf Sicherung von Eigentum und status quo fixiert und weniger aufgeschlossen für soziale Veränderungen. Auch bestehen von der Ausbildung her kaum Voraussetzungen zur Arbeit an Projekten, die einen hohen Anteil an sozialwissenschaftlicher Methodik erfordern. Die Wissenschaftler und Techniker in der Großforschung betreiben intensiv die Artikulation und Legitimation von Forschungsprogrammen, die ihren Einfluß und damit ihre Sicherheit verstärken, da sie sich in Übereinstimmung mit staatlichen und wirtschaftlichen Machtinteressen befinden. Je mehr sich diese Gruppen von Akademikern in den großen Bereichen der Verteidigungsforschung, der Atomforschung, der Weltraumforschung bestätigt sehen, desto besser passen sie sich deren ideologischen Voraussetzungen und Konsequenzen an. Gelegentliche Ansätze, diese Forschungsaktivitäten umzulenken in Richtung auf soziale Technologien, sind bald wieder verkümmert und dienen allenfalls dazu, die Anstrengungen und die Resultate der entfremdeten Technologien zu legitimieren. Es herrscht wenig Neigung dazu, aus der Sicherheit der Gegenwart durch die eigene Forschungstätigkeit hinausmanövriert zu werden."<sup>26</sup>

Sicherlich spielen auch noch andere Faktoren eine Rolle. Zum Beispiel dieser: Wenn eine militärische Technologie für den zivilen Gebrauch "freigegeben" wird, dann zumeist, weil sie überholt, durch eine bessere ersetzt worden ist. Lohnt es sich aber, eine "überholte" Technik in der Zivilindustrie anzuwenden?

Weiter: Ist nicht heute ein Großteil der Militärtechnik für den zivilen Gebrauch noch nicht anwendbar? Man kann sich sehr wohl vorstellen, daß man die Raketentechnik einmal zu Transportzwecken zivil verwenden wird - aber in absehbarer Zeit?

Auch in diesem Zusammenhang, vor allem aber auch als Antwort auf die Frage, ob die Militärtechnologie der zivilen stets so entfremdet war wie heute, sind die folgenden Bemerkungen Krauchs von Interesse: "Während noch bei Beginn des ersten Weltkrieges vier Fünftel oder mehr der Ausrüstung der Armeen sich aus normalen, friedensmäßigen Gütern zusammensetzten, betrug dieser Anteil 1941 während des Krieges nur noch etwa die Hälfte des gesamten Materials. Die andere Hälfte bestand aus spezialisierter militärischer Ausrüstung. Aber auch dieser Anteil setzte sich in der Hauptsache aus Gütern zusammen, die in normaler friedensmäßiger Produktion hergestellt werden konnten. Heute sind 90 % des Materials hochspezialisierte militärische Systeme, die nur noch in eigens dafür zugeschnittenen Produktionseinheiten hergestellt werden können. Firmen, die sich mit der Herstel-

24 Weidenbaum, M. L., The Transferability of Defense Industry Resources to Civilian Uses, hg. v. Stanford Research Institute, Menlo Park (California) 1963, S. 8 f. (vorgetragen im November 1963 im Center for the Study of Democratic Institutions, Santa Barbara, California).

25 Krauch, H., Die organisierte Forschung, a. a. O., S. 156 f.

26 Derselbe, Prioritäten für die Forschungspolitik, a. a. O., S. 36 f.

lung dieser militärischen Ausrüstung befassen, sind in höchstem Grade spezialisiert und haben sich in ihrer Entwicklung weit vom Markt entfernt."<sup>27</sup>

Damit hängt wohl auch zusammen, daß die "Auswechselbarkeit" der Produktion an Bedeutung ganz stark nachgelassen hat. Konnten früher Traktorenproduktion und die Herstellung von künstlichem Dünger relativ schnell auf Tank- bzw. Pulverproduktion umgestellt werden und wurde damit ein wichtiger Teil der militärischen Produktion erfaßt, ebenso wohl bei der zivilen Flugzeugproduktion - so ist das heute ganz anders geworden. Teils, weil sich wie im Falle der Flugzeugproduktion die militärischen Bedürfnisse sehr weit von den zivilen entfernt haben, teils weil es für die militärischen Bedürfnisse, die heute die Hauptkosten der Rüstung verursachen, wie etwa das Raketensystem, keine direkte oder auch nur entfernt indirekt entsprechende zivile Verwendung von irgendwelcher Bedeutung gibt.

Und dazu kommt, was die Gesamtsituation noch verschlimmert, als Faustregel: Je entfremdeter eine Militärtechnologie der Ziviltechnologie ist, desto wissenschafts- und technologieintensiver ist sie, desto mehr Wissenschaftler und Technologen raubt sie dem Zivilleben.

## 5. Der Stand der Wissenschaftlich-technischen Revolution heute

Wir sprechen mit Recht von einer Wissenschaftlichen Revolution während der Renaissance, als frühkapitalistische Elemente die feudalen Wirtschaften vor allem Norditaliens, Deutschlands und dann Englands immer stärker durchsetzten. Galilei, Kepler, Bacon, Newton, Giganten der Wissenschaftlichen Revolution, seien hier nur als Symbole für ganze Armeen von Revolutionären genannt - Armeen, denn wie sollten wir versäumen, die Instrumentenmacher zu ihnen zu rechnen! Mit vollem Recht spricht de Solla Price darum auch von einer "Massenbewegung der Wissenschaft"<sup>28</sup>.

Der Wissenschaftlichen Revolution der Renaissance und des Frühkapitalismus folgte die Technologische Revolution, der wir den Namen Industrielle Revolution gegeben haben und die den Industriekapitalismus einleitete. Wir nennen sie eine Technologische oder, wenn man so will, denn sie war immens praktisch, eine Technische Revolution, da es Handwerker und Bastler waren, die, ohne neue wissenschaftliche Prinzipien zu entdecken, die Werkzeugmaschine, das als Motor der Industriellen Revolution wirkende Kernelement, entwickelten. Bernal bemerkt mit Recht in seiner Wissenschaftsgeschichte: "Die Industrielle Revolution selbst hing in ihren Anfangsstadien nicht von irgendwelchen Beiträgen der Wissenschaft ab; ihre Baumeister waren erfindungsreiche Handwerker ... Die entscheidenden Entwicklungen in der Textilindustrie (in der die Werkzeugmaschinen zuerst verwandt wurden - J. K.) erfolgten ohne Verwendung irgendeines grundsätzlich neuen wissenschaftlichen Prinzips."<sup>29</sup>

Heute befinden wir uns in einer, wie wir sie nennen, Wissenschaftlich-technischen Revolution. Wissenschaft und Technologie, ihre Umsetzung in Technik und Produktion, spielen alle eine so eng miteinander verflochtene Rolle, daß wir sie in einem Ausdruck "wissenschaftlich-technisch" zusammenfassen.

Definition und Kennzeichnung des Standes der Wissenschaftlich-technischen Revolution wurden auf dem VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees so gegeben: "Seinerzeit, während der Entwicklung des Kapitalismus, war die industrielle Revolution durch das Entstehen und die massenhafte Anwendung der Arbeitsmaschinen als der für die damalige kapitalistische Produktionsweise typischen Form der

27 Derselbe, Die organisierte Forschung, a. a. O., S. 156.

28 Solla Price, D. J. de, Science since Babylon, New Haven 1961, S. 56.

29 Bernal, J. D., Die Wissenschaft in der Geschichte, Berlin 1967, S. 334 f.

Nutzung der Produktivkräfte charakterisiert. Heute wird die wissenschaftlich-technische Revolution in ihrem Wesen gekennzeichnet durch die Herausbildung der wissenschaftlich-technischen, organisatorischen und ökonomischen Voraussetzungen für den Übergang zur komplexen Anwendung automatisch gesteuerter und geregelter Produktionssysteme."30

Auch heute gilt noch die Definition des Kernprozesses der Wissenschaftlich-technischen Revolution: So wie in der Industriellen Revolution vor zweihundert Jahren die Maschine die Hand bei der Führung der Werkzeuge zu ersetzen begann, so beginnt im Gefolge der Wissenschaftlich-technischen Revolution die Anwendung der Automatik die Hand bei der Steuerung und Regelung der Maschinen zu ersetzen.

Nicht mehr gilt natürlich heute die damals völlig richtige, real-nüchterne Einschätzung, daß wir erst die Voraussetzungen für den Übergang zur Wissenschaftlich-technischen Revolution herausbilden. Wir können heute bereits von den allerersten Anfängen der Wissenschaftlich-technischen Revolution sprechen.

Manche - Marxisten wie andere - sind unzufrieden mit dieser Formulierung. Sie fühlen sich "mitten im Strom der Wissenschaftlich-technischen Revolution", die sie überall entdecken. Sie verwechseln eine Reihe von Prozessen des Fortschritts. Über zwei von ihnen hat W. Pawljutschenko sehr klar so geschrieben:

"Der Wissenschaftlich-technische Fortschritt vollzieht sich einerseits auf der Grundlage von quantitativen Veränderungen, die zu einer Vervollkommnung der traditionellen Technik und ihrer Ausnutzung führen, und zum anderen auf der Basis von qualitativen Sprüngen, die zur Entwicklung von Maschinen, Geräten, Materialien und Technologien führen, denen prinzipiell neue Gedanken zugrundeliegen.

Die evolutionäre Entwicklungsrichtung in der Technik besteht darin, daß im Rahmen eines unveränderten technischen Prinzips immer vollkommener und wirtschaftlichere Maschinen entwickelt werden. Die Majorität der Maschinen (oder technologischen Prozesse oder Geräte usw.), welche ein bestimmtes technisches Prinzip realisieren, bildet eine Gattung von technischen Mitteln. In jede dieser Gattungen gehen die Maschinen ein, die im Verlaufe einer Periode entstehen, in welcher die Gesellschaft die Technik nach einem bestimmten Prinzip, einer bestimmten Idee realisiert (diese Periode erstreckt sich in der Regel über Jahrzehnte). Das Grundprinzip von spanabhebenden Werkzeugmaschinen ist z. B. ein Einwirken des Arbeitsmittels auf den Arbeitsgegenstand, indem ein hartes Material (das Schneidwerkzeug) die Form eines weicheren Materials (des Werkstücks) durch das Abheben von Spänen verändert. Die modernen spanabhebenden Werkzeugmaschinen sind durch hohe Leistung und Präzision gekennzeichnet: sie sind aus Materialien von hoher Qualität hergestellt und unterscheiden sich stark von der Konstruktion der Werkzeugmaschinen, die vor Jahrzehnten hergestellt wurden, und erst recht von noch früheren Modellen. Des allen ungeachtet hat sich das Grundprinzip der Arbeit der spanabhebenden Werkzeugmaschinen unverändert erhalten: die modernen Werkzeugmaschinen realisieren ein und dieselbe technische Idee wie die Werkbänke aus dem vergangenen Jahrhundert. Hier vollzieht sich die Entwicklung auf dem Wege quantitativer Veränderungen und der Perfektionierung der traditionellen Technik im Rahmen einer tradierten technischen Idee."31

30 Ulbricht, W., Die gesellschaftliche Entwicklung in der Deutschen Demokratischen Republik bis zur Vollendung des Sozialismus, in: Protokoll der Verhandlungen des VII. Parteitag der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, Berlin 1967, Bd. 1, S. 111.

31 Pawljutschenko, V., Količestvennye i Kačestvennye izmenenija v naučno-techničeskom progresse (Quantitative und qualitative Veränderungen im wissenschaftlich-technischen Fortschritt), in: Voprosy Ekonomiki, Nr. 7/1970, S. 23 - 32. Hier zitiert nach der von mir unwesentlich modifizierten Übersetzung von R. Sämisch.

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß der wissenschaftlich-technische Fortschritt (nicht zu verwechseln mit der Wissenschaftlich-technischen Revolution!) heute, wie stets, in der Hauptsache so vor sich geht.

"Im Unterschied zur evolutionären Entwicklung treten qualitative Sprünge bei der Herausbildung einer Technik auf, die neue Prinzipien und Ideen anwendet. Als Ergebnis qualitativer Sprünge entstehen neue Gattungen von technischen Mitteln ...

Unter dem Aspekt der Erhöhung der Effektivität der gesellschaftlichen Produktion kommt den qualitativen Sprüngen im wissenschaftlich-technischen Fortschritt eine entscheidende Bedeutung zu, da gerade sie die progressivsten und aussichtsreichsten Arten der Technik und Technologie hervorrufen. Während der letzten Jahrzehnte entstanden z. B. elektronische Rechenanlagen, wurde die Atomenergie entdeckt, und es wurden elektrische Methoden der Metallverarbeitung sowie viele neue chemische Materialien entwickelt. Qualitative Sprünge brachten der Menschheit die Elektroenergie, Verbrennungsmotoren, Telefon, Radio usw. "<sup>32</sup>

So wichtig aber solch qualitative Sprünge in der wissenschaftlich-technischen Entwicklung sind, bemerkt doch Pawljutschenko mit Recht: "Dessen ungeachtet bleibt die evolutionäre Entwicklung von Wissenschaft und Technik weiterhin äußerst wichtig. In jedem konkreten Zeitabschnitt realisiert der übergroße Teil der in der menschlichen Gesellschaft angewandten Technik probate wissenschaftliche und technische Ideen. Selbst unwesentliche Verbesserungen von technisch-ökonomischen Parametern der traditionellen Technik können ein hohes ökonomisches Potential erschließen, weil sie eine gewaltige Masse von technischen Mitteln und Prozessen betreffen. Darüber hinaus sind auch die in der alten Technik und Technologie enthaltenen Reserven noch groß. So konnten in der Sowjetunion von 1950 bis 1968 in den Wärmekraftwerken die mit einer Einheit Einheitsbrennstoff erzeugte Elektroenergie auf das Eineinhalbfache, der durchschnittliche tägliche Stahlausstoß pro m<sup>2</sup> Ofenboden bei Siemens-Martin-Öfen auf das 1,7fache und die stündliche Produktivität von Zement-Drehöfen auf das 2,6fache erhöht werden. Auf ein Vielfaches sind die Arbeitsgeschwindigkeiten von spangebenden Werkzeugmaschinen, die Intensität von chemotechnologischen Prozessen sowie die technisch-ökonomischen Parameter der von der Industrie produzierten Maschinen, Materialien und Geräte gestiegen."<sup>33</sup>

Und auch folgender wichtiger Beobachtung Pawljutschenkos über die qualitativ neue Technik ist größte Beachtung zu schenken:

"Die neue Technik ist nur selten von Anbeginn so effektiv, um die tradierte Technik ruckartig zu verdrängen oder auch nur erfolgreich mit ihr konkurrieren zu können. In der Regel steht während eines gewissen Zeitabschnitts die Technik, welche ein neues Prinzip bzw. eine neue Idee realisiert, in ihren Kennziffern der alten Technik nach ...

Deshalb sind die Aktivitäten der Wissenschaftler auf das Stadium zu konzentrieren, in dem die nach neuen Prinzipien fungierende Technik noch nicht effektiv ist, deshalb sind in dieser Periode günstige Bedingungen für die schnelle Vervollkommnung der modernen Technik mit Hilfe großzügiger Finanzierungen erforderlich. In diesem Zeitraum verwendet die Gesellschaft ihre Ressourcen für die Zukunft. Die Forderung nach der ausschließlichen Entwicklung von effektiven technischen Prototypen kann dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt und dem Wachstum der gesellschaftlichen Produktion nicht zu verantwortenden Schäden zufügen. ...

Wollte man den Bau der ersten Atomkraftwerke vom Standpunkt ihrer relativen Effektivität zu der der bestehenden Wärmekraftwerke aus beurteilen, so müßte man sie als unzweckmä-

32 Ebenda.

33 Ebenda.



Big verwerfen: die Investitionen und laufenden Aufwendungen waren hier weitaus höher als bei Wärmekraftwerken. Alles in allem müssen wir ihren Bau jedoch effektiv nennen, wenn wir sie unter dem Gesichtspunkt der potentiellen Effektivität einer neuen energetischen Richtung beurteilen. Ohne die Errichtung des ersten Atomkraftwerks mit einer Leistung von 5 000 kW hätte man keine Kernkraftwerke mit 100 000 bis 200 000 und mehr kW bauen können, die gegenwärtig die wirtschaftlichen Kennziffern der besten Wärmekraftwerke erreichen und diese in der Zukunft übertreffen werden ...

Würden wir zulassen, daß die Menschheit die Entwicklung von Wissenschaft und Technik unter ausschließlicher Berücksichtigung des gegenwärtigen oder in nächster Zukunft zu erwartenden ökonomischen Vorteils zu planen begönne, so müßte die Realisierung solcher wichtiger Gebiete des wissenschaftlich-technischen Fortschritts eingestellt werden, wie etwa der Weltraumforschung, des Baus von Kernkraftwerken u. v. a. ...

Die Ziele, die sich eine Gesellschaft stellt, die die traditionelle und die moderne Technik entwickelt, sind verschieden. Hinsichtlich der Perfektionierung bestehender Gattungen von technischen Mitteln postulieren sie die Erzielung eines bestimmten ökonomischen Effekts in nächster Zukunft, der mit einem hohen Wahrscheinlichkeitsgrad zu bemessen ist. Bei der Entwicklung prinzipiell neuer Gattungen ist das wichtigste Ziel die Gewinnung von wissenschaftlichen und technischen Erkenntnissen, wobei die Realisierung des Effekts mehr oder weniger in den Hintergrund rückt ...

Die Unmöglichkeit der Berechnung der ökonomischen Effektivität oder des ökonomischen Potentials der Grundlagenforschung wird gegenwärtig von den meisten Ökonomen anerkannt. Dieser Standpunkt ist gewiß richtig, er darf sich jedoch nicht allein auf die Grundlagenforschung beziehen. Gegen einer weitverbreiteten Meinung kann man auch keineswegs immer die ökonomische Effektivität angewandter Forschungen und Entwicklungen bestimmen, die für die unmittelbare Einführung in die Produktion vorgesehen sind. Hier muß betont werden, daß das Maß der Unbestimmtheit des Effekts nicht allein vom Stadium der Forschung und vom Grade ihrer Perfektion, sondern auch vom Charakter der entwickelten Maschinen, technologischen Prozesse und Materialien abhängt. Je mehr die neue Technik fortgeschritten ist, desto tiefer reichen auch die neuen theoretischen Grundlagen, auf denen sie beruht und desto unbestimmter ist auch ihr wirtschaftliches Potential. Die prinzipielle Ungewißheit des ökonomischen Effekts ist deshalb auch den neuesten technischen Mitteln und Prozessen eigen, die infolge qualitativer Sprünge in der Entwicklung von Wissenschaft und Technik entstanden sind.<sup>34</sup>

Das Bild jeder Wirtschaft wird quantitativ beherrscht von dem Fortschritt in der traditionellen Technik, und nichts wäre für die Hebung der Produktivität heute, im laufenden Jahr, gefährlicher, als das nicht zu sehen.

Auf die Zukunft aber weist die qualitativ neue Technik, die heute vielfach noch gar nicht der traditionellen in Effektivität und Kostenersparnis überlegen zu sein braucht, aber weit größere Potenzen enthält.

So, in solcher Weise entwickelte sich der wissenschaftlich-technische Fortschritt stets in der Geschichte der Menschheit.

Die Zeit der Wissenschaftlich-technischen Revolution, in der wir leben, macht davon keine Ausnahme.

Auch wäre es falsch, die Wissenschaftlich-technische Revolution einfach mit der Technik, die qualitativ Neues bringt, zu identifizieren. Ihr Kernprozeß ist die komplexe und die Vollautomatisierung, von der dann die gewaltigsten Auswirkungen gesellschaftlichen Charakters

ausgehen - so wie die Werkzeugmaschine die beiden Hauptklassen der kapitalistischen Gesellschaft, das Industrieproletariat und die Industriebourgeoisie, schuf.

Die Wissenschaftlich-technische Revolution ist heute zum allergrößten Teil noch auf die Rüstungsproduktion beschränkt. In der Zivilproduktion spielt sie noch keine irgendwie ins Gewicht fallende Rolle.

Untersuchen wir das am Beispiel der amerikanischen Zivilindustrie, über deren technischen Zustand Seymour Melman, Professor für Management und Industrie-Ingenieurwesen an der Columbia-Universität in New York, feststellt: "Die Nation kann nicht mehr als die Hälfte ihres wissenschaftlichen und technologischen Talents mit militärischer Forschung beschäftigen und gleichzeitig erwarten, eine technisch befriedigende Zivilindustrie zu haben."<sup>35</sup>

Und ganz konkret: 1968 beendete die McCraw-Hill Gesellschaft ihre regelmäßig alle fünf Jahre durchgeführte Untersuchung der Metallindustrie und stellte fest, daß 64 Prozent aller Werkzeugmaschinen in den USA zehn Jahre alt oder älter waren. Die Schiffe der amerikanischen Handelsflotte haben ein Durchschnittsalter von mehr als zwanzig Jahren und sind nicht schneller als vor dreißig Jahren.

All das in einer Zeit explosiven wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Rüstungsindustrie!

Doch untersuchen wir den Zustand der amerikanischen Zivilindustrie im "Zeitalter der Wissenschaftlich-technischen Revolution" noch allgemeiner und in zeitlich geordneter Reihenfolge:

Zuwachsrate der Arbeitsleistung pro Arbeiter und Stunde in der amerikanischen Industrie pro Jahrzehnt

1900/09 - 1910/19	21 %
1910/19 - 1920/29	43 %
1920/29 - 1930/39	33 %
1930/39 - 1940/49	23 %
1940/49 - 1950/59	27 %
1950/59 - 1960/69	32 %

Die Zuwachsrate der Arbeitsleistung pro Arbeiter und Stunde hat in der amerikanischen Zivilindustrie nicht nur nicht schnell zugenommen, sondern lag nach diesen Statistiken<sup>36</sup> in den fünfziger und sechziger Jahren noch unter dem Niveau der zwanziger und dreißiger Jahre!

Von einer Wirkung der Wissenschaftlich-technischen Revolution, die wir zweifellos auf dem Militärsektor beobachten, auf die zivile Industrieproduktion kann auch in den USA nicht die Rede sein.

Kann auch gar nicht die Rede sein, wenn über 50 Prozent aller Forschungs- und Entwicklungskapazitäten auf etwas über 5 Prozent der (militärischen) Industrieproduktion konzentriert sind und weniger als 50 Prozent auf annähernd 95 Prozent der (zivilen) Industrieproduktion!

35 Melman, S., After the military-industrial complex? in: Science and public affairs. Bulletin of the atomic scientists, März 1971, S. 9.

36 Quellen zu den Jahreszahlen: Long Term Economic Growth 1860 - 1965, hg. v. U. S. Department of Commerce, Bureau of the Census, Washington D. C. 1966, S. 190 f.; Statistical Abstract of the United States, 1965 - 1971.

Kann auch gar nicht die Rede sein, wenn man bedenkt, wieviel noch geforscht und entwickelt werden muß, um die Technik der komplexen Automatik breit und effektiv auf die Zivilproduktion anwenden zu können.

In seinem schon erwähnten Artikel hat Professor Steenbeck die Kosten der Grundfondsaus-rüstung je Arbeitsplatz in einer vollautomatisierten Fertigung auf 200 000 bis 400 000 Mark angegeben. Das heißt, auf 10 000 Beschäftigte betragen die Kosten 2 bis 4 Milliarden Mark! Das sind Beträge, die keine Wirtschaft leicht aufbringen kann - bei gleichzeitig hohen Rüstungsausgaben.

Und darum befindet sich noch kein Land der Welt weiter als bei den allerersten Anfängen der Wissenschaftlich-technischen Revolution (außer auf dem Gebiet der Rüstung). Darum spricht Professor Steenbeck auch mit Recht erst von einer "Anzahl von Automatisierungsinselfn" bei uns.

## 6. Wissenschaftlich-technische Revolution und Abrüstung

In der Bundesrepublik Deutschland werden rund 40 Prozent der staatlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung direkt für militärische Zwecke verwandt, rund 30 Prozent für Atom- und etwa 15 Prozent für Weltraumuntersuchungen.

Krauch, der eine Graphik dieser Bundesausgaben gibt, bemerkt dazu: "Das Schwergewicht liegt deutlich auf Verteidigungs-, Atom- und Weltraumforschung; diese fassen wir im folgenden unter dem Begriff der 'entfremdeten Technologien' zusammen, weil die Ergebnisse dieser Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten nicht direkt der Erfüllung gesellschaftlicher Bedürfnisse dienen und sie dadurch Mittel hervorbringen, die den Zwecken entfremdet sind. Mit großem Abstand folgt die Medizin. Hier ist darauf hinzuweisen, daß die von Bund und Ländern unter medizinischer Forschung aufgeführten Ausgaben zum großen Teil diagnostische und therapeutische Leistungen am Patienten bestreiten. Den 5. Platz nimmt die Verkehrsforschung ein - dabei entfällt der größte Teil der Ausgaben für Verkehrsentwicklung auf den Flugzeugbau. Dann folgt die elektronische Datenverarbeitung. Forschungs- und Entwicklungsprogramme, die sich unmittelbar an den Bedürfnissen der Gesellschaft orientieren, sind im unteren Drittel der Abbildung zu sehen; wir subsumieren sie unter den Begriff 'soziale Technologien'. Sie kommen extrem viel weniger zum Tragen. Besonders auf die äußerst geringen Mittel für die Zukunftsforschung und die Bildungsforschung muß verwiesen werden."<sup>37</sup>

Nicht sehr wesentlich anders ist die Situation in anderen imperialistischen Staaten zweiter Ordnung, während in den USA die direkten Militärausgaben eine noch weit größere Rolle spielen.

Wir haben hier jedoch das Beispiel der Bundesrepublik aus zwei Gründen gegeben. Einmal weil sie die aggressivste imperialistische Macht des europäischen Kontinents ist. Sodann aber auch, weil wir für die Bundesrepublik eine zweite Untersuchung haben, über die Krauch so berichtet: "Der Meinungsforscher Klaus Schreiber hat im Auftrag und in Zusammenarbeit mit der Studiengruppe für Systemforschung Repräsentativbefragungen im Bundesgebiet und Westberlin durchgeführt, um herauszufinden, welche Forschungsaufgaben der Staat nach Meinung der Öffentlichkeit fördern sollte. Den Teilnehmern wurde eine Liste von zwölf der wichtigsten vom Staat geförderten Forschungsgebiete vorgelegt. Sie wurden gebeten anzugeben, welche davon ihrer Ansicht nach die drei wichtigsten seien."<sup>38</sup>

<sup>37</sup> Vgl. Hamm-Brücher, H., Schule zwischen Apo und Establishment, Hannover 1969. (Anteil der Bildungsaufgaben am Bruttosozialprodukt der BRD überhaupt der niedrigste aller EWG-Staaten nach einem Bericht von R. Pognant 1964).

<sup>38</sup> Krauch, H., Prioritäten für die Forschungspolitik, a. a. O., S. 14 ff.

Über 20 Prozent der Befragten stellten Forschungen auf dem Gebiete der Medizin an die erste Stelle, fast 15 Prozent Forschungen über Ernährung, mehr als 10 Prozent je: über Umwelthygiene, Lehren/Lernen, Energie, und fast 10 Prozent: über menschliche Beziehungen. Ganz unbedeutend erschienen der öffentlichen Meinung Forschung für das Militär, über Atome, Datenverarbeitung, Weltraum und Luftfahrt.

Wie gesund im Grunde sind doch, wenn sie einzeln befragt werden, trotz aller Manipulation die Meinungen der Bürger der Bundesrepublik!

Krauch bemerkt: "Aus der Diskrepanz zwischen der öffentlichen Präferenzliste und der politisch und sachlich gut vorinformierten Präferenz mit den faktischen Prioritäten, wie sie von Bund und Ländern gesetzt werden, ist zu schließen, daß ein starkes Interesse sehr wohl in der Bevölkerung lebendig sein kann, ohne daß ein darauf bezogenes Forschungsprogramm die geringste Aussicht hätte, bei der Vergabe von Geldern ernsthaft diskutiert zu werden. Es wäre töricht, dort individuelle Mängel zu vermuten, wo es gerade institutionelle Bedingungen sind, die die Beteiligung einer offensichtlich sehr großen Anzahl von Staatsbürgern an der Auswahl von Forschungsprogrammen versperren."<sup>39</sup>

Statt "institutionelle Bedingungen" würden wir Herrschaft des Monopolkapitals sagen.

Zitieren wir in diesem Zusammenhang aus dem Teil des Rechenschaftsberichts des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der KPdSU, der das Thema behandelt "Der Kampf der Sowjetunion für den Frieden und die Sicherheit der Völker. Der Widerstand gegen die imperialistische Aggressionspolitik":

L. I. Breshnew sagte dort (unsere Unterstreichungen):

"Es wurden Verträge abgeschlossen, die die Stationierung von Kernwaffen im Kosmos sowie auf dem Boden der Meere und Ozeane verbieten. Das Erreichte stellt jedoch lediglich erste Schritte dar. Unser Ziel ist es, eine solche Situation herbeizuführen, bei der die Kernenergie ausschließlich friedlichen Zwecken dient.

Wir führen Verhandlungen mit den USA über die Einschränkung der strategischen Rüstung. Ihr günstiger Ausgang würde es ermöglichen, eine neue Runde im Raketenwettrüsten zu vermeiden und beträchtliche Mittel für friedliche Zwecke frei zu machen. Wir streben an, daß die Verhandlungen positive Ergebnisse zeitigen...

Der Kampf für die Beendigung des Wettrüstens sowohl in bezug auf Kern- als auch auf herkömmliche Waffen, der Kampf für Abrüstung - bis zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung - wird auch künftig eine der wichtigen Richtungen der außenpolitischen Tätigkeit der KPdSU und des Sowjetstaates sein."<sup>40</sup>

Wie offenbar ist es doch, daß die KPdSU für alle werktätigen Menschen spricht!, auch für die Bürger der Bundesrepublik, deren "Präferenzen für Forschung" wir soeben zitiert haben.

Die Sowjetunion, die ganze sozialistische Welt, die den Kampf für Abrüstung führt, hat natürlich mit diesem Kampf ein Hauptziel, das für die Menschheit gegenwärtig von alles entscheidender Bedeutung ist: die Erhaltung und Festigung des Friedens.

Zugleich aber muß man in diesem Zusammenhang zwei andere Ziele, die mit der Abrüstung erreicht werden, sehen.

39 Ebenda, S. 37.

40 Breshnew, L. I., a. a. O., S. 37.

Über das erste, das speziell den Wissenschaftler betrifft, ist schon viel gesprochen und geschrieben worden. Es geht darum, daß der Wissenschaftler sich ganz der Forschung und Entwicklung hingeben kann, ohne befürchten zu müssen, daß die Resultate seiner Arbeit gegen die Menschheit mißbraucht werden; und in engstem Zusammenhang damit wird auch der Wissenschaftler von den Fesseln der Geheimhaltung befreit, die Wissenschaft kann sich durch Diskussion und Kritik auf viel breiterer Ebene in viel schnellerem Tempo entwickeln, als es bisher der Fall war.

Das zweite Ziel aber, über das noch ganz ungenügend gesprochen und geschrieben worden ist, lautet: Durchbruch der Wissenschaftlich-technischen Revolution auf dem Sektor der zivilen Industrieproduktion, ja ganz allgemein: auf allen zivilen Sektoren der Gesellschaft mit den stärksten und großartigsten Wirkungen auf das gesamte gesellschaftliche Leben.

Bis heute war der monopolistische Militär-Industrie-Komplex, der Kern des Imperialismus in den USA wie in der BRD und anderswo, noch stark genug, um nicht nur eine Abrüstung, sondern auch einen umfassenden Rüstungsstop zu verhindern. Aber niemand kann bestreiten, daß seine Position gegenüber dem Sozialismus wesentlich schwächer ist als vor zehn Jahren.

In dem Maße, in dem es gelingt, die Monopole zu bändigen und sich dem Ziel der Abrüstung zu nähern, in dem Maße nähern wir uns auch der Einführung der Wissenschaftlich-technischen Revolution auf breitester Ebene, auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens, insbesondere natürlich in den sozialistischen Ländern, in denen alle Voraussetzungen für die breiteste Verwirklichung der Wissenschaftlich-technischen Revolution gegeben sind.

Darum können wir auch die Verwirklichung der Abrüstung verbinden:

sowohl mit der Prognose einer außerordentlichen Steigerung der wissenschaftlichen Effektivität speziell,

wie auch mit der Prognose von in der Menschheitsgeschichte völlig unbekanntem Steigerungsraten der Arbeitsleistung in der Produktion, ja ganz allgemein auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens.

In diesem Zusammenhang ist die Frage zu beantworten: Ist es überhaupt möglich für imperialistische Länder, die Wissenschaftlich-technische Revolution auf breiter Ebene durchzuführen, sie über die allerersten Anfänge hinauszuführen?

Über die Auffassung sowjetischer Ökonomen dazu berichtet H. Nick so:

"Die sowjetischen Ökonomen verbinden die wissenschaftlich-technische Revolution mit dem Prozeß, die materiell-technische Basis des Kommunismus zu errichten. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang das Buch 'Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution' eines Autorenkollektivs des Instituts für Geschichte der Naturwissenschaft und Technik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR.<sup>41</sup>

Die Autoren gehen davon aus, daß beim Übergang von einer Gesellschaftsordnung zur anderen sich jedesmal drei revolutionäre Prozesse vollzogen: eine technische Revolution, eine Produktionsrevolution und eine politisch-soziale Revolution. Die technische Revolution führt zu wesentlichen, qualitativen Veränderungen der technischen Mittel, vor allem zu bedeutend

41 Sovremennaja naučno-techničeskaja revolucija (Die gegenwärtige wissenschaftlich-technische Revolution), von einem Autorenkollektiv des Instituts für Geschichte der Naturwissenschaften und Technik unter der Red. v. S. V. Šuchardin, 2. ergänzte Aufl. Moskau 1970, S. 17 f.

produktiveren Arbeitsmitteln (zum Beispiel dem mechanischen Webstuhl, der Spinnmaschine und der Dampfmaschine als wichtigste Momente der technischen Revolution zu Beginn der kapitalistischen Produktionsweise).

Diese technische Revolution wächst in die Produktionsrevolution hinüber. Darunter sind qualitative Veränderungen im gesamten materiellen Reproduktionsprozeß zu verstehen, die auf den Ergebnissen der technischen Revolution beruhen. Beim Übergang vom Feudalismus zum Kapitalismus prägte die Herausbildung der maschinellen Großindustrie den Inhalt dieser Produktionsrevolution. Die technische Revolution könne in der vorausgehenden Gesellschaftsordnung beginnen. Sie könne jedoch nur dann zur Produktionsrevolution führen, wenn vorher die politisch-soziale Revolution gesiegt habe.

Hieraus wird der Schluß gezogen: Die wissenschaftlich-technische Revolution kann zwar in den imperialistischen Ländern beginnen, aber die durch die technische Revolution mögliche und notwendige neue Qualität des volkswirtschaftlichen Reproduktionsprozesses - vor allem beruhend auf der komplexen Automatisierung - kann sich nur im Prozeß der Schaffung der materiellen Basis des Kommunismus herausbilden. Die Meisterung der wissenschaftlich-technischen Revolution ist folglich sehr eng mit der Festigung und Entwicklung der kommunistischen Produktionsweise verbunden. Gerade hier aber muß - wie der Präsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, Mstislaw Keldysch, auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU ausführte - noch eine bedeutende Arbeit geleistet werden: "Die Wirtschaftswissenschaftler und Soziologen haben die Aufgabe, tiefer die Vorzüge zu erforschen, die uns die sozialistische Gesellschaftsordnung für die Steigerung des Entwicklungstempos und für die rascheste Nutzbarmachung der Ergebnisse der Wissenschaft bietet."<sup>42,43</sup>

H. Nick selbst teilt diese Auffassung nicht. In einer Polemik gegen J. Kuczynski, der stets die Ansicht der zitierten sowjetischen Ökonomen vertreten hat, schrieb er: "Und es ist auch illusionär anzunehmen, daß die kapitalistische Welt wohl kaum über die ersten Anfänge der wissenschaftlich-technischen Revolution hinauskommen werde."<sup>44</sup> Vielleicht hat Nick dabei an die Feststellung von Lenin gedacht: "Im großen und ganzen wächst der Kapitalismus bedeutend schneller als früher, aber dieses Wachstum wird nicht nur im allgemeinen immer ungleichmäßiger, sondern die Ungleichmäßigkeit äußert sich auch im besonderen in der Fäulnis der kapitalkräftigsten Länder (England)."<sup>45</sup> (Heute hätte Lenin in Klammern gesetzt: Vereinigte Staaten von Amerika).

Doch müssen wir diese Äußerungen Lenins auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt - sei es mit traditionellen, sei es mit qualitativ neuen Mitteln -, wie er damals üblich war, beziehen. Eine wissenschaftlich-technische Revolution mit komplexer oder Vollautomatisierung, wie sie heute (vorläufig noch in erster Linie auf dem Rüstungsgebiet) vollzieht, ließ sich damals selbstverständlich noch nicht voraussehen. Eine wissenschaftlich-technische Revolution - im Gegensatz zu den üblichen qualitativen Sprüngen der Technik, wie sie etwa der Elektromotor darstellt - aber kann gar nicht anders als in engstem Zusammenhang mit den Produktionsverhältnissen betrachtet werden.

Es erhebt sich jedoch folgende Frage: Wie sieht eine Welt aus, in der die Monopole gebändigt sind, in der die fortschrittlichen Kräfte, mit den sozialistischen Ländern an der Spitze, eine immer stärkere Abrüstung durchsetzen? Es scheint mir durchaus möglich, daß in ei-

42 Keldysch, M., Wissenschaft entscheidet technischen Fortschritt, in: Neues Deutschland, 3. 4. 1971.

43 Nick, H., Wissenschaftlich-technischer Fortschritt in der sowjetischen Wirtschaftsli-  
teratur, in: Einheit, H. 5/1971, S. 534, 538.

44 Neues Deutschland, 25. 4. 1971.

45 Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke,  
Bd. 22, Berlin 1960, S. 306.

ner solchen Welt auch in den noch nicht sozialistischen Ländern die Wissenschaftlich-technische Revolution über die allerersten Anfänge hinauskommen kann, wenn auch natürlich nicht so schnell wie in den sozialistischen Ländern.

Ganz eng sind die Ausbreitung der Wissenschaftlich-technischen Revolution und die Abrüstung, ganz eng sind die Bändigung der Monopole und die Durchsetzung der Wissenschaftlich-technischen Revolution in der Zivilproduktion, ganz eng sind die Probleme der Wissenschaftlich-technischen Revolution und die Produktionsverhältnisse miteinander verbunden!

#### 7. Ein Brief an J. D. Bernal über den Einfluß der Produktionsverhältnisse auf Rüstung und Wirtschaft<sup>46</sup>

John Desmond Bernal ist gestorben, der große Wissenschaftler und Friedenskämpfer. Öfter sahen wir uns nach dem Kriege. Das letzte Mal in Moskau, wo Bernal mir folgende interessante Geschichte erzählte:

Unter seinen amerikanischen Bekannten aus der Kriegszeit, in der er seine wissenschaftlichen Kenntnisse im Kampf gegen den Hitlerfaschismus eingesetzt hatte, gab es mehrere, die später in hohe Stellungen beim Pentagon gekommen waren. Gelegentlich sprach er noch diesen und jenen, wobei sie natürlich auch die Rüstungseskalation in der Welt diskutierten. Einmal fragte Bernal, warum, wo sie doch genug Waffen hätten, um die Menschheit umzubringen, die USA immer weiter rüsteten und so auch die Sowjetunion zu stärkerer Verteidigungsrüstung zwingen.

"Ja, zwingen! Sie haben recht, genau das wollen wir", hätten ihm die Pentagonbekannten geantwortet und das so begründet: "Sehen Sie, es wird immer gefährlicher, einen Krieg zu führen. Aber wenn wir, die wir die größere Industrie, die größeren Investitionen, die größere Produktion haben, die Sowjetunion zwingen, in der Rüstung mit uns Schritt zu halten - es ist doch eine ganz einfache Rechnung, wer von uns zuerst wirtschaftlich zusammenbricht."

Und dann sprachen wir, Bernal und ich, über die gesellschaftliche Blindheit jener Technokraten. Schon damals ging es ihm gesundheitlich nicht gut, und so hob ich am Ende dieser letzten Unterhaltung, die wir hatten, das Glas auf sein Wohl und sagte: "Gute Gesundheit, lieber Freund! Auf daß wir beide noch die Rüstungskrise der USA erleben!"

Öfter hatte ich in den letzten Monaten an jenes Zusammensein gedacht und hätte ihm, wenn er nicht schon so schwer erkrankt gewesen wäre, geschrieben:

"Lieber Freund:

Es ist alles noch viel erstaunlicher und in mancher Beziehung großartiger gekommen, als wir bei unserem letzten Zusammensein uns gedacht. Daß die sozialistische Wirtschaft der UdSSR unendlich viel stärker an innerer Tragkraft der Militärausgaben ist als die Wirtschaft der USA, da sie, wenn auch nicht materiell reicher als die der USA, so doch ohne deren fundamentale Widersprüche ist, das hatten wir damals in Moskau vorausgesehen, da wir beide Marxisten sind.

Was wir damals aber nicht vorausgesehen haben und wohl auch nicht voraussehen konnten, ist,

<sup>46</sup> Vgl. dazu horizont, Nr. 41/1971, S. 24.

daß in dem Moment, wo sich zeigt, daß die USA nicht mehr in der Lage sind, gleichzeitig zu rüsten und ihre Zivilindustrie in Gang zu halten, daß in dem Moment, wo aufgrund der Rüstungs- und Kriegswirtschaft die gesamte Ökonomie der USA in eine schwere Krise geraten ist,

daß genau in diesem Moment die Wirtschaft der Sowjetunion sich nicht nur wie eh und je kräftig entwickelt, sondern so stark geworden ist, daß Partei und Regierung dort trotz der materiellen Aufwendungen zur Verteidigung des Friedens eine Forcierung der Hebung des Lebensstandards beschlossen haben.

Wie schön, daß wir das beide noch erleben!"

### 1. Die Entstehung der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Forschung und Wissenschaften u. V." während der Weimarer Republik

In der staatsrechtlich korrekten Fassung heißt es in der Kaiser-Wilhelm-Gesetzgebung: "Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für Forschung und Wissenschaften u. V. ist eine juristische Person, die sich zum Zweck der Förderung der wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Forschung und der Verbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu bilden hat." Diese Bestimmung wurde in der Weimarer Republik mit Rücksicht auf die Bestimmungen der Weimarer Reichsverfassung erlassen. Sie ist eine der Bestimmungen, die die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als eine juristische Person des öffentlichen Rechts darstellt. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die sich zum Zweck der Förderung der wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Forschung und der Verbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu bilden hat. Sie ist eine der Bestimmungen, die die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als eine juristische Person des öffentlichen Rechts darstellt. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die sich zum Zweck der Förderung der wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Forschung und der Verbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu bilden hat.

In der Kaiser-Wilhelm-Gesetzgebung ist die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als eine juristische Person des öffentlichen Rechts definiert. Sie ist eine der Bestimmungen, die die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft als eine juristische Person des öffentlichen Rechts darstellt. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist eine juristische Person des öffentlichen Rechts, die sich zum Zweck der Förderung der wissenschaftlichen, technischen und künstlerischen Forschung und der Verbreitung der wissenschaftlichen Erkenntnisse zu bilden hat.

- 1. Fuldberg, Carl, Peter des 17. Jahrhunderts und die Weimarer Republik, in: Die Weimarer Republik, hrsg. v. ... 1920, S. 124.
- 2. ... 1920, S. 124.



## DIE EINFLUSSNAHME DER CHEMIEMONOPOLE AUF DIE "KAISER-WILHELM-GESELLSCHAFT ZUR FÖRDERUNG DER WISSENSCHAFTEN E. V." WÄHREND DER WEIMARER REPUBLIK

von Heike Reishaus-Etzold

### 1. Die Entwicklung der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V." während der Weimarer Republik

In der staatsmonopolistischen Forschungsorganisation nimmt die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einen besonderen Platz ein. Sie ist nach dem ersten Weltkrieg für die Chemiemonopole neben der Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft "diejenige Stelle, der die Forschung die größte Förderung verdankt"<sup>1</sup>. Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist, wie Wendel nachweist, "bereits in ihrer Geburt ein Ausdruck der staatsmonopolistischen Bestrebungen der deutschen imperialistischen Bourgeoisie, ein Ausdruck der hohen Organisiertheit des deutschen Imperialismus".<sup>2</sup> Diese Bestrebungen verdichten sich in der Zeit der Weimarer Republik zur vollkommenen Einordnung der Gesellschaft in eine staatsmonopolistische Forschungsorganisation. Gingen die Bestrebungen zu ihrer Gründung von den Monopolen der chemischen Industrie aus, die nach dem Scheitern ihrer Pläne zur Gründung einer chemischen Reichsanstalt diesen "Ersatz" - wie er für sie günstiger nicht sein konnte - auch wesentlich beherrschte, so ist die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nach dem ersten Weltkrieg durch den Ausbau der Position der IG Farbenindustrie gekennzeichnet, eine Entwicklung, die zugleich in aller Deutlichkeit zeigt, wie die Macht-, Eigentums- und Produktionsverhältnisse der Chemiemonopole immer mehr zum Anachronismus und damit zu einem fortschritthemmenden Faktor werden.

In den Jahren 1918 bis 1932 gelingt den Monopolen eine weitere Verwirklichung ihres bereits bei der Gründung vorhandenen Strebens nach einer möglichst umfassenden Finanzierung durch den Staat. Zunächst gilt es jedoch, die Gesellschaft den ökonomischen und politischen Verhältnissen der Weimarer Republik anzupassen. Das Protektorat Wilhelm II. wird als erloschen angesehen und gleichzeitig betont, daß die sich satzungsgemäß aus dem Protektorat ergebenden Rechte nicht auf das Reich bzw. Preußen übergehen. So sucht man zu einem Zeitpunkt, als die Monopole noch mit der Bildung einer revolutionären Regierung rechnen mußten bzw. als es noch nicht feststand, welche Haltung die Regierungen des Reiches und Preußens gegenüber der Gesellschaft einnehmen würden, den privatrechtlichen Charakter der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu betonen. Daß solche Befürchtungen unbegründet sind, erkennen vor allem die Monopole der chemischen Industrie recht bald, die dann auch

1 Duisberg, Carl, Feier des 70. Geburtstages des Staatsministers Dr. Friedrich Schmidt-Ott, Berlin, 5. 6. 1939, in: Abhandlungen, Vorträge und Reden aus den Jahren 1922 - 1933, S. 554.

2 Wendel, Günter, Zur gesellschaftlichen Stellung und Funktion der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V., dargestellt anhand ihrer Gründungsgeschichte und Entwicklung bis zum 1. Weltkrieg (1911 - 1914), phil. Diss. Leipzig 1965, S. 120.

am schnellsten bereit sind, die Weimarer Republik zu ihrem Staat zu machen und alle Möglichkeiten wahrzunehmen, ihn als ihr Instrument zu nutzen. Das zeigt nicht zuletzt die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Schon die ersten Maßnahmen zur Ausbreitung der Macht des Monopolkapitals führen dazu, daß die Monopolvertreter in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf eine verstärkte finanzielle Beteiligung des Staates bei gleichzeitiger Steigerung ihres Einflusses hinarbeiten.

Wie alle wissenschaftlichen Institutionen, so wird auch sie in der Nachkriegszeit von der materiellen Not betroffen. Die Arbeitsfähigkeit ihrer Institute ist erschöpft, kriegswichtige Stoffe mußten abgeliefert werden, die Apparate sind abgenutzt und nicht ergänzt worden und die Lücken in den wissenschaftlichen Bibliotheken erheblich. Der Verlust des in Kriegsangelegenheiten und Staatspapieren angelegten Vermögens der Gesellschaft macht eine "völlige Neuordnung der finanziellen Grundlage für die einzelnen Institute" nötig.<sup>3</sup> Bereits am 18. Dezember 1918 bittet Präsident v. Harnack in einem Rundschreiben die Mitglieder um weitere Unterstützung.<sup>4</sup> Am 11. Mai 1920 beschließt dann der Senat der Gesellschaft, die Reichs- und die preußische Staatsregierung um Hilfe zu ersuchen.<sup>5</sup>

In der Folge beginnen langwierige Verhandlungen zwischen Preußen, dem Reich und der Gesellschaft. Der Reichsminister der Finanzen ist bereit, "die Gesellschaft ... finanziell aus Reichsmitteln zu unterstützen unter der Bedingung, daß sich Preußen in ausreichendem Umfange an der Ausgleichung des Fehlbetrages beteiligt."<sup>6</sup> Der preußische Finanzminister jedoch sieht in einer finanziellen Unterstützung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einen "inneren Widerspruch" und betont, daß neben der Notlage der Staatsfinanzen, die keine Übernahme weiterer Lasten erlaube, eine Zurückhaltung auch sachlich begründet sei, da die Wirksamkeit der Gesellschaft nicht spezifisch preußischen Interessen diene. Er fordert die Übernahme des Zuschusses durch das Reich sowie die Heranziehung der "in den letzten Jahren zu großem Wohlstand gekommenen Kreise".<sup>7</sup> Nach weiteren Verhandlungen übernehmen Reich und Preußen ab 1921 zu gleichen Teilen die Deckung des Fehlbetrages. Preußen zahlt außerdem die Direktorengehälter für die in Preußen gelegenen Institute. Hier kommt die materielle Notlage der Kaiser-Wilhelm-Institute den Monopolen gewissermaßen entgegen, ermöglicht sie ihnen doch die Einleitung einer sogenannten "freien Arbeitsgemeinschaft zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft", wie es der damalige Staatssekretär im Preußischen Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Becker, formuliert.<sup>8</sup> Duisberg - damaliger Vorsitzender des Vorstandes der Farbenfabriken Friedr. Bayer & Co. - gehört dann auch sofort einer Kommission zur Vorbereitung eines neuen Wirtschaftsplanes an, der "die zu erwartende Unterstützung von Staat und Reich" zu berücksichtigen hat.<sup>9</sup>

3 Meitner, Lise, Einige Erinnerungen an das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie in Berlin-Dahlem, in: Die Naturwissenschaften, Nr. 5/1954, S. 98.

4 Rundschreiben des Präsidenten an die Mitglieder, in: 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften 1911 - 1961, Beiträge und Dokumente, Göttingen 1961, S. 162.

5 Auszug aus dem Senatsprotokoll vom 11. 5. 1920, in: ebenda, S. 170.

6 Reichsminister der Finanzen an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 2. 9. 1920, in: ebenda, S. 172.

7 Preußischer Finanzminister an den Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 7. 10. 1920, in: ebenda, S. 173 f.

8 Auszug aus dem Bericht über die 7. Hauptversammlung am 18. 3. 1921, in: ebenda, S. 177.

9 Deutsches Zentralarchiv Potsdam, Historische Abteilung I (im folgenden: DZA Potsdam), Reichsministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/2, Bericht über die 7. Hauptversammlung, Bl. 249.

Die rasch zunehmende Geldentwertung führt dazu, daß die Wissenschaftler gezwungen sind, die Arbeiten "nicht nach wissenschaftlichen Bedürfnissen, sondern nach ihren Kosten" zu planen.<sup>10</sup>

Der preußische Finanzminister teilt dem Reichsminister des Innern am 30. Juli 1923 mit, daß Preußen nicht mehr in der Lage sei, die Fehlbeträge zu decken. Daß neben finanziellen Erwägungen hier auch noch andere Gesichtspunkte von Bedeutung sind, zeigen folgende Darlegungen: "Dabei ist ohnehin der Zustand, wonach durch staatliches Eintreten für private Untersuchungen so beträchtliche Mittel den unmittelbaren Bedürfnissen des Staates entzogen werden, um so bedenklicher, als diese Inanspruchnahme staatlicher Mittel in direktem Widerspruch damit steht, daß seinerzeit die Errichtung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eigens zu dem Zwecke einer Entlastung des Staates von den stark steigenden Ausgaben für die Pflege der Wissenschaft erfolgt ist."<sup>11</sup>

Der Reichsminister der Finanzen ist eher bereit, weitere Zuschüsse zu leisten, unter der Voraussetzung, daß dies auch durch Preußen geschähe.<sup>12</sup> Da das preußische Kultusministerium bei Aufgabe der Zahlungen einen Verlust an Einfluß zugunsten des Reiches fürchtet, werden auch die preußischen Zahlungen fortgesetzt. So werden von Reich und Preußen im Haushaltsplan 1922/23 je 1,5 Millionen Mark bewilligt und die Deckung der durch die Geldentwertung entstehenden Kosten übernommen.<sup>13</sup>

Parallel zu den Bemühungen der Monopole, eine immer umfassendere Finanzierung durch Reich und Preußen zu erreichen, laufen Bestrebungen, den direkten Einfluß staatlicher Stellen trotz wachsender finanzieller Beteiligung möglichst gering zu halten. Man räumt zwar der preußischen und der Reichsregierung eine entsprechende Mitwirkung bei der Bildung des Senats ein, doch ändert dies nichts daran, daß Form und Befugnisse einer privatkapitalistischen Gesellschaft aufrechterhalten bleiben. Nunmehr werden 16 Mitglieder des aus 34 Mitgliedern bestehenden Senats von der Hauptversammlung gewählt, während 16 für die Preußische Staatsregierung vom Kultusministerium und für die Reichsregierung vom Reichsministerium des Innern ernannt werden. Hinzu kommen noch zwei Direktoren von Kaiser-Wilhelm-Instituten.<sup>14</sup> Die Einbeziehung von zwei Forschern soll dazu dienen, den Wissenschaftlern die Überzeugung von einer Beteiligung an der Verwaltung der Gesellschaft zu geben.

Nachdem es gelungen ist, unter Hinweis auf die Notlage der Institute eine immer stärkere Finanzierung durch den Staat zu erreichen, ist es für die Monopole selbstverständlich, sich auch in der Folgezeit einen bedeutenden Teil der Forschungen der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft aus dem Staatshaushalt finanzieren zu lassen. Zunächst geht es ihnen darum, die Institute "leistungs- und konkurrenzfähig gegenüber dem Ausland zu machen".<sup>15</sup>

Zu diesem Zweck beschließt der Reichstag 1925, "die Reichsregierung möge mit den Ländern über die volle Wiederherstellung der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft verhandeln".<sup>16</sup> Neben dem so zustande gekommenen Erneuerungsfonds

10 Ebenda, Nr. 8970/4, Denkschrift über Ersparnisse in den von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft unterhaltenen Instituten und sonstigen Unternehmungen, Bl. 256.

11 Ebenda, Nr. 8970/5, Preußischer Finanzminister an Reichsminister des Innern, 6. 8. 1923, Bl. 84.

12 Ebenda, Reichsminister der Finanzen an Reichsminister des Innern, 24. 8. 1923, Bl. 101.

13 Ebenda, Nr. 8970/4, Bericht über die 9. Hauptversammlung, Bl. 114.

14 Ebenda, Nr. 8970/2, Denkschrift des Geschäftsführers des Verwaltungsausschusses Glum an den Reichsminister des Innern, 24. 11. 1922, Bl. 213.

15 Ebenda, Nr. 8970/10, Denkschrift für die Schaffung eines Erneuerungsfonds für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Bl. 44 f.

16 Ebenda, Bl. 44.

zur Ersetzung veralteter Apparate leisten Reich und Preußen weitere Zuschüsse. So sieht der Etat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft für 1926/27 zusätzlich zu dem von Preußen zugesagten Betrag von 750 000 Reichsmark die gleiche Summe als Reichszuschuß vor. Darüber hinaus will man in Verhandlungen mit Reich und Preußen versuchen, den ursprünglich angesetzten um 100 000 Reichsmark höheren Betrag zu erhalten.<sup>17</sup> 1927 setzt sich schließlich der Gesamtetat von 4 Millionen Mark wie folgt zusammen: 1,1 Millionen Reichsmark vom Reich, 900 000 Reichsmark von Preußen, 2 Millionen Reichsmark von der Industrie sowie den Provinzen und Städten, wobei letztere Beiträge ebenfalls staatliche Mittel sind.<sup>18</sup> Ausgehend von der der Aufrechterhaltung der Institute dienenden staatlichen Unterstützung in den Nachkriegsjahren, erreichen die Monopole eine dauernde finanzielle Beteiligung des Reiches und Preußens in den Jahren der Weimarer Republik in einer Höhe von insgesamt 50 Prozent. Während vor dem ersten Weltkrieg die Beteiligung Preußens nur in der Bereitstellung von Grundstücken, der Bewilligung von Direktorengehältern und in Zuwendungen für besondere Forschungszwecke bestand, kann nunmehr der Plan einer möglichst weitgehenden Finanzierung aus dem Staatshaushalt verwirklicht werden. Diese Entwicklung erfährt auch durch die vom Reich und von Preußen in der Weltwirtschaftskrise gemachten Abstriche keine grundsätzliche Änderung.

Die umfassende Finanzierung durch das Reich und den preußischen Staat ändert nichts an der Verfügungsgewalt der Monopole über die wissenschaftlichen Ergebnisse der Institute. Die Grundlage dafür sind die von ihnen zur Verfügung gestellten Mittel, die sie forschungslenkend einsetzen. In dieser Mehrquellenfinanzierung bildet sich eine "Arbeitsteilung" in der Weise heraus, daß das Reich und Preußen in erster Linie die Institute unterstützen, die der reinen Wissenschaft dienen, "während die Wirtschaft die der angewandten Wissenschaft dienenden Institute fördert und zugleich die Kosten der Generalverwaltung und ihrer wissenschaftlichen Repräsentanten trägt".<sup>19</sup> Hier zeigt sich klar, daß sich die Förderung durch die Monopole auf die Institute konzentriert, deren Forschungsergebnisse für sie von unmittelbarer Bedeutung sind. So kann die 9. Hauptversammlung, die sich in der Mehrzahl aus Vertretern des Monopolkapitals zusammensetzt, zwar der Industrie, also in erster Linie sich selbst, die "Anerkennung" aussprechen, "daß eine große Reihe von Instituten fast ausschließlich aus den Mitteln der Industrien, denen ihr Forschungsgebiet naheliegt, unterhalten werden", muß aber gleichzeitig betonen, daß es wünschenswert wäre, wenn auch Institute, die der Industrie nicht unmittelbar nahestehen, unterstützt würden.<sup>20</sup> Dadurch, daß "die deutsche Industrie sich nur noch in der Lage erklärt, die von ihr bisher allein dotierten Institute zu erhalten"<sup>21</sup>, wird der Staat zur Finanzierung veranlaßt. Zu den Instituten, "die finanziell durch das wirtschaftliche Interesse einer besonderen geschlossenen Wirtschaftsgruppe gesichert werden"<sup>22</sup>, gehören die Institute für Chemie, Kohlenforschung (Mülheim und Breslau), Eisenforschung, Metallforschung, Faserstoffchemie, Lederforschung sowie die Aerodynamische Versuchsanstalt. Für diese Institute bringt die Industrie 1922 einen Betrag von 47 920 000 Mark auf, der sich wie folgt aufteilt<sup>23</sup>:

- 17 Ebenda, Nr. 8970/10, Niederschrift über die Sitzung des Senats, 7. 10. 1926, Bl. 90.
- 18 Bericht über die 15. Hauptversammlung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, 26. 6. 1927.
- 19 Glum, Friedrich, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, ihre Forschungsaufgaben, ihre Institute und ihre Organisation, in: Forschungsinstitute. Ihre Geschichte, Organisation und Ziele, Bd. 1, Hamburg 1930, S. 370.
- 20 DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/2, Bericht über die 9. Hauptversammlung 1922, Bl. 114.
- 21 Ebenda, Denkschrift Glums an Reichsminister des Innern, 24. 11. 1922, Bl. 212.
- 22 Glum, Friedrich, Zehn Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, in: Die Naturwissenschaften, Nr. 18/1921, S. 298.
- 23 DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-

Chemie	10 300 000 RM,
Kohlenforschung Mülheim	5 000 000 RM,
Kohlenforschung Breslau	3 500 000 RM,
Eisenforschung	11 700 000 RM,
Metallforschung	5 850 000 RM,
Faserstoffchemie	5 570 000 RM,
Lederforschung	3 000 000 RM,
Aerodynamische Versuchsanstalt	300 000 RM.

In dieser "Arbeitsgemeinschaft" ist der Standpunkt der Monopole der allein maßgebende. Die Rolle der staatlichen Stellen beschränkt sich ausschließlich auf die Finanzierung. Staatliche Aufsichtsfunktionen gehen an die Monopole über. Eine solche staatsmonopolistische Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wird von Glum bereits 1921 wie folgt begründet: "Die Zeiten des starken Staates sind für viele Jahre vorbei. Immer mehr werden öffentliche Aufgaben von großen Organisationen übernommen werden, die sich in und neben dem Staat gebildet haben. Unter ihnen werden die wirtschaftlichen Organisationen immer die stärksten sein. Wie groß die Aufgaben sind, die diese schon heute übernommen haben, zeigt als ein Beispiel ein Blick auf jene den besonderen Interessen der Wirtschaft dienende Institute."<sup>24</sup>

Die Verfügungsgewalt der Monopole wird dabei staatlicherseits keineswegs beanstandet, wenn es auch hin und wieder zu scheinbaren Meinungsverschiedenheiten kommt. Trotz eines zeitweiligen Hin und Her bei der Bewilligung der Mittel verfolgen staatliche Stellen und Monopole eine Linie: Die Förderung der Wissenschaft betrachten beide als einen wesentlichen Faktor imperialistischer Machtpolitik. Abgesehen von dem Bemühen Preußens, seine Kompetenzen gegenüber dem Reich zu behaupten, geht es vor allem um die Wahrung des Scheins gegenüber der Öffentlichkeit beim Einsatz von Mitteln aus dem Staatshaushalt. Versuche, den Einfluß des Staates seinen finanziellen Leistungen anzupassen, werden vor allem vom preußischen Kultusministerium unternommen. Sie finden ihren Ausdruck in der Haltung von Kultusminister C. H. Becker. Er, der als Staatssekretär 1921 die Gesellschaft als "freie Arbeitsgemeinschaft zwischen Staat, Wissenschaft und Wirtschaft" preist, wird angesichts der staatsmonopolistischen Entwicklung bald zu einem Kritiker. Er kommt 1929 zu der Feststellung, daß der Verwaltungsapparat trotz der erheblichen Summen von Reich und Preußen Formen behalten habe, die unter der Voraussetzung der Finanzierung durch die Wirtschaft bei der Gründung festgelegt worden seien. Es würden hier erhebliche staatliche Mittel einer privaten Gesellschaft zur Verfügung gestellt, ohne daß der Einfluß der Regierung auch nur im entferntesten der Höhe der Mittel entspreche.<sup>25</sup> Man kann ihm nur zustimmen, wenn er feststellt, verwaltungsmäßig sei es die Hauptfunktion der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, preußische und Reichsgelder in freier Verwaltung zu vereinigen bei gleichzeitiger Minderung des Einflusses staatlicher Stellen.<sup>26</sup>

Diese Charakterisierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft führt zu der Frage, wie der preußische Kultusminister im Jahre 1929 zu einer solchen Einschätzung kommt. Becker, Professor der Orientalistik und seit 1921 preußischer Kultusminister, ist Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, einer Partei, die unter dem Vorzeichen des Liberalismus Masseneinfluß zu gewinnen versucht. Besonders auf dem Gebiet der Kulturpolitik vertrat sie relativ demokratische Grundsätze, die ihr Anziehungskraft innerhalb der Intelligenz sicherten.

Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/2, Denkschrift an Reichsministerium des Innern, 24. 11. 1922, Bl. 219.

<sup>24</sup> Becker, Carl H., Vorlesungen in der Deutschen Vereinigung für Staatswissenschaftliche Fortbildung, in: Recht und Staat im neuen Deutschland, Bd. 1, Berlin 1929, S. 457.

<sup>25</sup> Ebenda.

<sup>26</sup> Ebenda, S. 459.

Derartige Auffassungen, wie sie gerade von Becker ausdrücklich vertreten werden, stoßen jedoch zwangsläufig mit den Profit- und Mächtigkeitsinteressen der Monopole zusammen. Becker stellt daher resignierend fest, daß er einen "wohl altmodischen Standpunkt"<sup>27</sup> einnimmt. Wenn er sich über die "Untergrabung einer geordneten Staatsverwaltung"<sup>28</sup> und die Auflösung der Staatsautorität überhaupt<sup>29</sup> besorgt zeigt, so räumt er damit indirekt ein, daß er am Ende seiner Einflußmöglichkeiten angelangt ist. Becker, von der scheinbaren Klassenindifferenz des Staates ausgehend, übersieht bei der für ihn unverständlichen Entwicklung, daß die Mittel, die der Weimarer Staat der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Verfügung stellt, unter dem Druck der Monopole zwar ständig zunehmen, daß die staatlichen Stellen sich allein jedoch außerstande sehen, den sich aus der Wissenschaftsentwicklung ergebenden materiellen Anforderungen zu entsprechen. So eröffnen sie ganz bewußt den Monopolen über die Mehrquellenfinanzierung die Möglichkeit, auch auf dem Gebiet von Forschung und Ausbildung ein System der Einflußnahme aufzubauen, die ihrerseits das Mitspracherecht staatlicher Organe immer mehr beschneiden.

Während die Monopole der chemischen Industrie danach streben, auf wissenschaftspolitischem Gebiet weitestgehend Machtfunktionen vom Staat zu übernehmen, fordert Becker eine stärkere Initiative des Staates. Die Ablehnung einer staatsmonopolistischen Unterordnung der wissenschaftlichen Tätigkeit führt dann auch zum Widerstand der Monopole gegenüber Becker. Seine Haltung ist die Ursache dafür, daß seine Bewerbung um den Posten des Präsidenten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1930 nach dem Tode v. Harnacks scheitern muß. "Ernste sachliche Erwägungen" veranlassen Duisberg und Vögler zu einer Ablehnung.<sup>30</sup> Die unter bürgerlichen Vorzeichen vergleichsweise demokratischen Ansichten Beckers ändern natürlich nichts an der endgültigen Integrierung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in das staatsmonopolistische System. Um eine wirklich demokratische Gestaltung der Gesellschaft geht es allein der KPD. Die Haltung der Reichstagsfraktion der KPD gegenüber der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ist gekennzeichnet durch das konsequente Auftreten gegen die immer stärker auf die Profitinteressen der Monopole gerichtete Entwicklung. Gleichzeitig wendet sie sich entschieden gegen das Eindringen reaktionärer Strömungen und die Beibehaltung der Bezeichnung "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft". Sie fordert mehrfach, so anläßlich der Beratung des Gesetzentwurfs über den Reichshaushaltsplan 1926, der Gesellschaft den Namen "Gesellschaft für naturwissenschaftliche Forschung" zu geben.<sup>31</sup>

Verstärkte staatliche Aufwendungen bei wachsendem Einfluß des Monopolkapitals, das ist die Linie, auf der sich die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft während der Weimarer Republik vollzieht.

Grundlage dieses Einflusses ist die Bereitstellung von Mitteln in Form von Mitgliedsbeiträgen und Spenden. Für die Werke der "kleinen IG" macht sich nach der Fusion zur IG Farbenindustrie AG im Jahre 1925 wie bei allen wissenschaftlichen Institutionen auch für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft eine Neufestsetzung des Beitrages erforderlich. Der Arbeitsausschuß beschließt am 13. Dezember 1926: "Die Mitgliedschaft soll mit M 10 000, - Jahresbeitrag erworben werden."<sup>32</sup> In gleicher Höhe wird auch in den folgenden Jahren gezahlt,

27 Ebenda, S. 457.

28 Ebenda, S. 459.

29 Schreiber, Georg, Zwischen Demokratie und Diktatur, Münster 1949, S. 70.

30 DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/10, Reichstag, III. Wahlperiode, Antrag Stoecker, Rosenbaum und Genossen, 9. 3. 1926, Bl. 126.

31 Betriebsarchiv des VEB Farbenfabrik Wolfen (im folgenden: Fawo), Direktion, Protokolle über die 1. - 21. Sitzung des IG-Arbeitsausschusses, Okt. 1925 - März 1927, A 516, Sitzung am 13. 12. 1926.

32 Betriebsarchiv des VEB Filmfabrik Wolfen (im folgenden: Fiwo), Agfa Direktion, Verzeichnis der Vereinsbeiträge 1931, A 4442, S. 23.

1931 ergänzt durch einen Beitrag von 20 400 Reichsmark zur Ausgleichung des Etatsdefizits.<sup>33</sup> Ein solcher Beitrag ermöglicht entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Gesellschaft in ihrer Gesamtheit. Er ist praktisch gleichzusetzen mit einem Aktienanteil an einem kapitalistischen Unternehmen und Voraussetzung dafür, daß die Vertreter der IG in den leitenden Gremien zu finden sind. So ist es selbstverständlich, daß IG-Chef Duisberg in den Jahren der Weimarer Republik ständig dem Senat der Gesellschaft angehört, der über die Verwendung der Gelder entscheidet und den Haushaltsplan aufstellt. Dem Verwaltungsausschuß der Gesellschaft gehört er als 2. Schatzmeister an. Der Verwaltungsrat hat 1926 folgendes Aussehen<sup>34</sup>:

Präsident Dr. A. v. Harnack,

1. Vizepräsident Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach, Friedr. Krupp AG
2. Vizepräsident Dr. F. Schmidt-Ott, ehemaliger preußischer Kultusminister, Präsident der "Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft", Aufsichtsratsmitglied der IG Farbenindustrie AG
2. Schatzmeister Dr. C. Duisberg, IG Farbenindustrie AG
3. Schatzmeister Dr. A. Vögler, Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG bzw. Vereinigte Stahlwerke AG
1. Schriftführer Dr. W. v. Rath, IG Farbenindustrie AG
2. Schriftführer Prof. Dr. M. Planck
3. Schriftführer Prof. Dr. H. Krüss, Ministerialdirektor im Preußischen Kultusministerium

Neben Duisberg ist als weiterer IG-Vertreter W. v. Rath Mitglied des Verwaltungsausschusses. Nicht vergessen werden darf der 2. Vizepräsident Schmidt-Ott, seit 1920 Mitglied des Aufsichtsrats der Farbenfabriken Leverkusen und seit 1925 Mitglied des Aufsichtsrats der IG. Weiter hat die IG eine Reihe von Vertretern in den Kuratorien der Institute. So ist sie 1928 in 16 Institutskuratorien vertreten.<sup>35</sup> Besonders Duisberg ist es, der, wie Schmidt-Ott es formuliert, sein "förderndes und führendes Interesse" in den leitenden Ausschüssen zum Ausdruck bringt.<sup>36</sup> Er ist Kuratoriumsmitglied folgender Kaiser-Wilhelm-Institute:

Institut für Kohlenforschung,  
Institut für Biochemie,  
Forschungsanstalt für Psychiatrie,  
Institut für internationales und öffentliches Recht und Völkerrecht,  
Institut für ausländisches und internationales Privatrecht.

Wenn Schmidt-Ott für die genannten Institute von der Duisbergschen "Anteilnahme und Förderung" spricht und die "unmittelbare Einwirkung" als nicht so groß wie die auf das Kaiser-

33 Minerva-Jahrbuch der Gelehrten Welt, 1926, S. 211.

34 Wendel, Günter, Wissenschaft im Konflikt, T. 3, in: Forum. Wissenschaftliche Beilage, Nr. 18/1961, S. 7.

35 Schmidt-Ott, Friedrich, Die Organisation der naturwissenschaftlichen Forschung in Deutschland und C. Duisberg, in: Zeitschrift für angewandte Chemie, Nr. 40/1931, S. 807.

36 Ebenda.

Wilhelm-Institut für Chemie bezeichnet<sup>37</sup>, wird deutlich, daß sich das Interesse der IG in erster Linie auf dieses Institut erstreckt. Als Verwaltungsratsvorsitzender kann Duisberg dieses Institut ganz im Sinne der IG ausrichten.

In dem bekannten Ton, der den "selbstlosen Förderer aller Wissensgebiete" feiern soll, trifft für Carl Bosch dessen Biograph Holdermann die Feststellung: "Die große Spannweite seiner Interessen wird durch die Aufzählung folgender Institute kenntlich, in denen er ebenso einfluß- wie arbeitsreiche Stellungen im Kuratorium oder Verwaltungsrat bekleidete."<sup>38</sup> Es sind dies die Institute für Metallforschung, Lebensmittelchemie, Züchtungsforschung, Eisenforschung und die Forschungsanstalt für Psychiatrie. Hinzufügen muß man, daß diese "Interessen" Duisbergs und Boschs weniger Ausdruck individueller Neigungen sind, sondern sich primär auf die für den Konzern der IG bedeutsamen Wissenschaftszweige erstrecken. Selbst Holdermann muß zugeben, daß es sich dabei um einflußreiche Positionen handelt. Ergänzt wird diese unmittelbare Einwirkung der IG durch Schmidt-Ott, der als 2. Vizepräsident der Gesellschaft fast allen Kuratorien angehört und dabei Gelegenheit hat, wie Duisberg es formuliert, der IG "zur Seite zu stehen".<sup>39</sup> Auf diese Weise wird die wissenschaftliche Ausrichtung der 32 Kaiser-Wilhelm-Institute bzw. wissenschaftlichen Einrichtungen, die am Ende der Weimarer Republik bestehen, entscheidend von der IG mitbestimmt.

Von ihnen wurden sieben vor dem ersten Weltkrieg, acht während des Krieges und die übrigen in den Jahren der Weimarer Republik gegründet. Zu letzteren gehören folgende Gründungen:

Institut für Metallforschung	(1919),
Institut für Faserstoffchemie	(1920),
Institut für Silikatforschung	(1925),
Institut für Biochemie und Tabakforschung	(1925),
Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht	(1925),
Institut für ausländisches und internationales Privatrecht	(1926),
Institut für Wasserbau und Wasserkraft	(1926),
Institut für Züchtungsforschung	(1928),
Institut für Hirnforschung	(1930),
Institut für medizinische Forschung	(1930),
Institut für Zellphysiologie	(1930).

Diese Institute dienen der Verwirklichung des Strebens, "für alle großen Gruppen der Wirtschaft Forschungsinstitute zu besitzen, die sich in erster Linie mit den wissenschaftlichen Grundlagen der entsprechenden Produktionszweige befassen sollen".<sup>40</sup> Dieses Ziel wird weitgehend mit staatlicher Hilfe verwirklicht. Bereits 1919 leistet das Reich einen Beitrag von 500 000 Mark zur Errichtung eines Instituts für Metallforschung und 1919 bis 1923 einen laufenden Zuschuß von 25 000 Mark.<sup>41</sup> Ebenfalls 1919 beteiligt sich das Reichswirtschaftsministerium mit einem einmaligen Beitrag in Höhe von 1,5 Millionen Mark an der Errichtung eines Instituts für Faserstoffchemie.<sup>42</sup> Mittel für weitere Neugründungen, so

<sup>37</sup> Ebenda.

<sup>38</sup> Holdermann, Karl, Im Banne der Chemie. Carl Bosch, Leben und Werk, Düsseldorf 1953, S. 243.

<sup>39</sup> Duisberg, Carl, Feier des 70. Geburtstages des Staatsministers Dr. Friedrich Schmidt-Ott, a. a. O., S. 557.

<sup>40</sup> Glum, Friedrich, Die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ..., a. a. O., S. 364.

<sup>41</sup> Griewank, Karl, Staat und Wissenschaft im Deutschen Reich, Freiburg 1927, S. 62.

<sup>42</sup> DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/2, Bl. 107.



für das Kaiser-Wilhelm-Institut für Wasserkraft und das "unter Mitwirkung des Reichstaates"<sup>43</sup> zustandegekommene Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, das ebenso wie das Institut für ausländisches und internationales Privatrecht weitere Sonderzuschüsse aus dem Reichshaushalt erhält, folgen. 1928 übernimmt das Reich zwei Drittel der Betriebskosten des neu gegründeten Instituts für Züchtungsforschung.<sup>44</sup> Ergänzt werden die Zuwendungen aus dem Reichshaushalt durch Beiträge der Länder für die auf ihrem Territorium gelegenen Institute wie durch die Zahlung der Direktorengehälter.

Durch diese Gründungen vergrößert sich die Zahl der Institute, bei denen das ökonomische Interesse einer Wirtschaftsgruppe auch in finanzieller Hinsicht seinen Ausdruck findet. Diese finanzielle Sicherung führt dazu, daß Institute wie die für Kohlenforschung, Eisenforschung, Metallforschung, Chemie, Lederforschung und Silikatforschung als der "Industrie gehörig" bezeichnet werden.<sup>45</sup>

Das Institut für Eisenforschung, 1918 gemeinsam vom Verein Deutscher Eisenhüttenleute, der Unternehmerorganisation der Eisen- und Stahlindustrie, und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft gegründet, wird am 5. März 1924 zum "Kaiser-Wilhelm-Institut für Eisenforschung e. V." auf der Grundlage eines monatlichen Zuschusses des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute "zum Zwecke der Fortführung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Eisenforschung" umgestaltet.<sup>46</sup> Das Kuratorium des Instituts wird auf elf Mitglieder erweitert, von denen vier von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und fünf vom Verein Deutscher Eisenhüttenleute gewählt werden.

Die gleiche Entwicklung vollzieht sich beim Institut für Metallforschung. Hier wird der Zentralwalzwerks-Verband Köln "hauptsächlicher finanzieller Träger" des neuen Instituts für Metallforschung e. V., wodurch ein "ungestörtes Weiterbestehen auf absehbare Zeit" gesichert werden soll.<sup>47</sup> Auf diese Weise schafft sich die Schwerindustrie eigene Institute. Auch das Kaiser-Wilhelm-Institut für Kohlenforschung Mülheim wird im wesentlichen von der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie unterhalten. Das veranlaßt das am 1. Oktober 1918 als Konkurrenzinstitut von der mitteldeutschen und schlesischen Kohlenindustrie eröffnete Schlesische Kohlenforschungsinstitut 1922 bei der Prüfung seiner künftigen Existenzmöglichkeit eine Aussprache "aller am Kohlenforschungsinstitut interessierten Unternehmungen" anzuregen, um eine ähnliche Lösung zu finden.<sup>48</sup>

Eine andere Methode zur Verstärkung des Einflusses der Industrie bedeutet der Vorschlag des Kuratoriumsvorsitzenden des Instituts für Faserstoffchemie, "Studiengesellschaften zu gründen, durch die die Deckung der laufenden Ausgaben erfolgen solle".<sup>49</sup> Daß eine solche Studiengesellschaft gleichbedeutend ist mit der alleinigen Entscheidung der interessierten Industriezweige über die Arbeitsrichtung des Instituts, ist auch Harnack klar, denn er und Ministerialdirektor Krüß glauben sich bei der Zustimmung mit dem Vorbehalt absichern zu müssen, "daß Vorsorge getroffen würde, daß auch zu rein wissenschaftlicher Arbeit in dem Institut hinreichend Zeit bliebe"<sup>50</sup>.

43 Griewank, Karl, a. a. O., S. 64.

44 Zeitschrift für angewandte Chemie, Nr. 48/1931, S. 938.

45 Tätigkeitsbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft Okt. 1924 - Okt. 1925, in: Die Naturwissenschaften, Nr. 49 - 50/1925, S. 1053.

46 DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/6, Satzungen des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Eisenforschung e. V., Bl. 265.

47 Ebenda, Nr. 8970/7, Aktenvermerk Institut für Metallforschung, 16. 12. 1924, Bl. 281.

48 Ebenda, Nr. 8970/2, Aufzeichnung über die Sitzung des Schlesischen Kohlenforschungsinstituts am 19. 12. 1922, Bl. 19 f.

49 Ebenda, Nr. 8970/4, Sitzung des Kuratoriums für Faserstoffchemie, Bl. 4.

50 Ebenda.

An der allgemeinen Verstärkung des Einflusses der Monopole auf die einzelnen Institute nach dem ersten Weltkrieg ändert auch nichts die Tatsache, daß infolge der staatlichen Aufwendungen für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in den Institutskuratorien auch ein Vertreter des Reichsministeriums des Innern einen Platz erhält. Entsprechende Satzungsänderungen werden in den Instituten für Biologie, Physik, Biochemie, Arbeitsphysiologie, Hirnforschung, experimentelle Therapie, Geschichte<sup>51</sup> sowie für Faserstoffchemie, Lederforschung, Chemie, Metallforschung und anderen<sup>52</sup> vorgenommen.

Mitte der zwanziger Jahre konzentrieren sich die finanziellen Zuwendungen der "nächstinteressierten Industrien" entsprechend einer "Übersicht über die Leistungen der Industrie im Rechnungsjahr 1925/26" auf folgende Institute<sup>53</sup>:

Institut für Kohlenforschung	Mülheim	129 000 RM,	
"	" Kohlenforschung	Breslau	200 000 RM,
"	" Eisenforschung		260 000 RM,
"	" Lederforschung		100 000 RM,
"	" Metallforschung		45 000 RM,
"	" Chemie		133 000 RM,
"	" Faserstoffchemie		77 000 RM.

Die Forschungsrichtung dieser sowie anderer, hauptsächlich vom Staat finanzierter Institute wird in hohem Maße von der IG mitbestimmt, deren Interessenbereich sich in der jeweiligen Zugehörigkeit ihrer führenden Vertreter zu Kuratorien widerspiegelt.

Die IG-Chefs Duisberg und Bosch gehören zum Beispiel dem Kuratorium des Kohlenforschungsinstituts in Mülheim an, über dessen Arbeitsbedingungen unter der Regie der Monopole der langjährige Direktor Franz Fischer schreibt: "Wenn ich ... so in einer Kuratoriumssitzung als noch junger Professor einer Tafelrunde gegenübersaß, in der die deutsche Schwerindustrie durch Hugo Stinnes und August Thyssen, das Kohlsyndikat durch Emil Kirdorf vertreten war, wo ferner Herr Müser (Harpen), Herr Vögler, Herr Krupp von Bohlen, Herr Duisberg und Herr Bosch zugegen waren, und wenn ich den Herren nun über die Ergebnisse des Instituts vortrug und den Haushaltsplan zur Genehmigung vorlegte, so kam mir dies manchmal doch eigenartig vor. Ich hätte früher nie gedacht, daß ich später einmal einer solchen Zusammenballung wirtschaftlicher Macht gegenüber sitzen würde."<sup>54</sup> Dieser Konzentration ökonomischer Macht muß er sich, als Institutsdirektor nur mit beratender Stimme ausgestattet, unterwerfen; er kann nicht verhindern, daß Profitinteressen den wissenschaftlichen Gesichtspunkten bei der Arbeit des Instituts übergeordnet werden. So kommt Fischer später zu dem Ergebnis, daß es fraglich sei, ob er nochmals bereit wäre, die Leitung eines von der Industrie finanzierten Instituts zu übernehmen.<sup>55</sup> Zu einer solchen Einschätzung trägt nicht zuletzt das Vorgehen des Chemiemonopols bei. Die Entwicklung des 1914 als drittes Institut der Kaiser-Wilhelm-Institute gegründeten Kohlenforschungsinstituts wird ab 1925 durch planmäßige Arbeiten über die Synthese von flüssigen Treibstoffen bestimmt, denen bereits entsprechende Vorarbeiten vorausgehen. Damit werden auf engste die Interessen der IG berührt. Diese hatte durch den Erwerb der Nutzungsrechte an den Bergius-Patenten die Wege zur Kohleverflüssigung weitgehend blockiert, um "jede Behinderung bei weiteren Arbeiten auszuschließen"<sup>56</sup>. Auf der Grundlage dieser Patente und eigener Wei-

51 Ebenda, Harnack an Reichsministerium des Innern, 27. 5. 1922, Bl. 239.

52 Ebenda, Harnack an Reichsministerium des Innern, 24. 1. 1923, Bl. 241.

53 Ebenda, Nr. 8970/10, Übersicht über die Leistungen der Industrie im Rechnungsjahr 1925/26, 29. 1. 1926, Bl. 33.

54 Fischer, Franz, Lehre und Forschung, Mülheim (Ruhr) 1957, S. 38.

55 Deutsche Forscher aus sechs Jahrhunderten, Leipzig 1965, S. 391.

56 Holdermann, Karl, a. a. O., S. 224.

terentwicklungen, besonders der Einführung der Katalyse in den Bergius-Prozeß, gelingt es ihr 1925, das Bergiusche Verfahren der Hochdruck-Hydrierung großtechnisch durchzuführen. Da der Weg der Hochdruck-Hydrierung durch die IG versperrt ist, sieht sich Fischer unter dem Druck der an einer chemischen Verwertung der Kohle interessierten Ruhrkohlenzechen gezwungen, eine andere Methode zu entwickeln. Sie besteht in einem Niederdruckverfahren, das 1926 zur Entwicklung der Fischer-Tropsch-Synthese führt. Die nach dem Kriege im Mülheimer Institut durchgeführten Arbeiten zur Kohleverflüssigung wandeln sich damit in eine Möglichkeit vor allem für die Montanindustrie, auf der Grundlage ihrer Kohlenbergwerke die Position der IG auf dem Gebiet der Kohleverflüssigung zu bedrohen. Wie die IG nach dem Kriege zunächst im Ruhrbergbau weiter Fuß faßt und die Riebeckischen Montanwerke mit ausgedehnten mitteldeutschen Braunkohlenlagern erwirbt und so auf der Basis eigener Kohlevorkommen und weitaus größerer wissenschaftlich-technischer Erfahrungen Versuchen der rheinischen Schwerindustrie, mit Hilfe der Ruhrkohle eine eigene chemische Industrie zu begründen, entgegenwirkt, so spielt sie auch im Falle der Forschungsergebnisse des Kohlenforschungsinstituts ihre Stärke aus. Diese besteht darin, daß es der IG bereits 1927 gelingt, die Produktion von Leuna-Benzin aufzunehmen und sich mit dem amerikanischen Imperialismus im Kampf gegen die traditionellen internationalen Ölmonopole zu vereinen, während es noch nicht möglich ist, das Fischer-Tropsch-Verfahren in die industrielle Praxis umzusetzen. Der Umstand, daß in Deutschland nach Kapitalkraft Erfahrung schließlich nur die IG in der Lage ist, Patente zur Kohlehydrierung überhaupt auszuwerten, muß sich auf die Haltung der Schwerindustrie auswirken, was sich in folgender Einschätzung Wickels niederschlägt: "Man verständigte sich in den Versuchsarbeiten, soweit sie für beide Seiten von Interesse zu sein schienen."<sup>57</sup> 1928 erfolgt die Gründung einer "Studien- und Verwertungsgesellschaft"<sup>58</sup>, die den Monopolen die aus den Institutsarbeiten entstehenden Patente sichert.

Die Beziehungen der IG zum Schlesischen Kohlenforschungsinstitut in Breslau gründen sich auf die Verbindung zu seinem Direktor F. Hofmann, dem als Chemiker der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer 1907 die Aufgabe gestellt wurde, eine Methode zur synthetischen Herstellung von Kautschuk zu entwickeln, gelang es 1909, durch Anwendung von Wärme Kautschuk auf synthetischem Wege zu gewinnen. Als die IG im Jahre 1926 die zweite Etappe der Forschungen auf dem Gebiet des synthetischen Kautschuks einleitet, gewinnen auch die Erfahrungen Hofmanns, der seit 1918 Leiter des Schlesischen Kohlenforschungsinstituts ist, Bedeutung für sie, und so setzt die IG durch, daß Hofmann in ihrem Auftrag in Breslau auch über das Kautschukproblem arbeitet.

Genauso wie die IG von den Arbeitsergebnissen der vor 1918 errichteten Institute profitiert, so entspricht auch eine Reihe von Gründungen während der Weimarer Republik den durch die Entwicklung der Produktivkräfte gewachsenen Bedürfnissen der IG. So sind die Forschungen des Instituts für Faserstoffchemie über den Zusammenhang von Faserstruktur und chemischer Konstitution, über mechanische Deformationsvorgänge und die physikalisch-chemischen Eigenschaften faserstoffbildender Substanzen sowie technologische Untersuchungen, vor allem über Probleme der Kunstfaserproduktion, für die IG von Bedeutung. Dieses Institut wird aus Reichsmitteln und den Beiträgen der im "Verein zur Förderung eines Kaiser-Wilhelm-Instituts für Faserstoffchemie" zusammengeschlossenen interessierten Industriezweige begründet. Zur Bearbeitung von die Textil-, Kunstseide-, Zellstoff-, Papier- und Holzindustrie interessierenden Fragen erhält das Institut "von seiten der Unternehmungen in den ersten Jahren seines Bestehens sehr reiche, später immerhin beträchtliche Geldmittel".<sup>59</sup>

57 Wickel, Helmut, IG Deutschland. Ein Staat im Staate, Berlin 1932, S. 148.

58 25 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Bd. 1, Berlin 1936, S. 87.

59 Ebenda, Bd. 2, S. 216.

Auch die Gründung des Instituts für Metallforschung entspricht weitgehend den Forderungen der Interessengemeinschaft, machen sich doch für sie durch die Anwendung neuer Verfahren, besonders der Hochdruckkatalyse, Untersuchungen zur Leistungsfähigkeit geeigneter Metalle und Forschungen zur Entwicklung neuer Legierungen als Katalysatoren erforderlich. So sieht sich die IG zu Beiträgen und Spenden für das Institut für Metallforschung veranlaßt. Der Arbeitsausschuß setzt 1926 einen Jahresbeitrag von 2 000 Reichsmark fest<sup>60</sup>, der bis 1929 jährlich gezahlt wird.<sup>61</sup> 1930 wird er durch eine Ausfallbürgschaft von 5 000 Reichsmark jährlich ersetzt.<sup>62</sup> Hier steht der Institutsdirektor, W. v. Moellendorf<sup>63</sup>, nach bewährter Methode als Aufsichtsratsmitglied in enger Verbindung zur IG.

Den Bedürfnissen des Chemiemonopols entspricht auch die Gründung der Instituts für Züchtungsforschung im Jahre 1928, dessen Kuratoriumsmitglied Bosch ist. Es erhält damit eine Forschungsstätte zur Erforschung der wissenschaftlichen Grundlagen der synthetischen Düngung und der Anwendung von Pflanzenschutzmitteln und Wirkstoffen. Das Institut ergänzt die Arbeit einer landwirtschaftlichen Versuchsstation und eines Biolaboratoriums der IG als Forschungsstätten für Botaniker und Biochemiker. Es ist deshalb kein Wunder, daß der 1927 erörterte Plan der Gründung eines Instituts für Züchtungsforschung bereits ein Jahr später seine Verwirklichung findet. Unter den Interessenten, die Mittel für die Errichtung eines solchen Instituts zeichnen, ist die IG mit einer "etnmaligen Spende" von 55 000 Reichsmark.<sup>64</sup> Die Interessenten erreichen, daß die Betriebsmittel für dieses Institut zu zwei Drittel vom Reich aufgebracht werden. Für den Rest kommen die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, die Landwirtschaftsbanken und Düngemittelhersteller auf, während der Direktor Angestellter des preußischen Staates ist.<sup>65</sup>

Für das Interesse der IG auch an den Forschungen des 1930 in Betrieb genommenen Kaiser-Wilhelm-Instituts für medizinische Forschung spricht eine "Spende" von 10 000 Reichsmark.<sup>66</sup>

In den Beratungen des IG-Arbeitsausschusses zeigt es sich auch im Falle der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, daß nur die Institute mit einer Unterstützung rechnen können, deren Forschungen dem Profitstreben entsprechen. So erhält das Institut für Silikatforschung, an dem nur die Betriebsgemeinschaften Hoechst und Ludwigshafen interessiert sind, einen Beitrag in Höhe von jährlich 500 Reichsmark, der 1931 auf Ersuchen des Werkes Ludwigshafen auf 300 Reichsmark gekürzt wird.<sup>67</sup> Für dieses 1925 gegründete Institut ist von vornherein ein laufender Reichszuschuß vorgesehen; die Industrie jedoch kann nur "mit außerordentlich großen Anstrengungen" dazu gebracht werden, 50 000 Reichsmark für die erste Einrichtung aufzubringen, so daß die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft das Reich zusätzlich um 100 000 Reichsmark ersuchen muß, einen vorher nicht vorgesehenen Betrag, da zunächst damit gerechnet wurde, "daß die Summe von der Industrie aufgebracht würde".<sup>68</sup> Im Falle des 1926

60 Fawo, Direktion, Protokolle über die 1. - 21. Sitzung des IG-Arbeitsausschusses, Okt. 1925 - März 1927, A 516, Sitzung am 31. 3. 1926 und Sitzung am 23. 11. 1926.

61 Fawo, Direktion, Protokolle bzw. Niederschriften über die 36. - 48. Sitzung des IG-Arbeitsausschusses, Juli 1928 - Nov. 1929, A 518, Sitzung am 23. 8. 1928.

62 Ebenda, Sitzung am 21. 6. 1929.

63 Tätigkeitsbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, April 1928 - März 1929, in: Die Naturwissenschaften, Nr. 18 - 19/1929, S. 338.

64 Fawo, Direktion, Protokolle über die 22. - 35. Sitzung des IG-Arbeitsausschusses, April 1927 - Mai 1928, A 517, Sitzung am 8. 4. 1927.

65 Zeitschrift für angewandte Chemie, Nr. 48/1931, S. 938.

66 Fawo, Direktion, Protokolle bzw. Niederschriften der 36. - 48. Sitzung des IG-Arbeitsausschusses, Juli 1928 - Nov. 1929, A 518, Sitzung am 17. 1. 1929.

67 Fiwo, Agfa Direktion, Verzeichnis der Vereinsbeiträge 1931, A 4442, S. 23.

68 DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-

gegründeten Instituts für Wasserbau und Wasserkraft wird ein IG-Beitrag vom Arbeitsausschuß abgelehnt.<sup>69</sup> Die direkt an einzelne Institute gezahlten Beiträge und Spenden festigen eine unmittelbare forschungslenkende Einflußnahme und verstärken die durch den Jahresbeitrag von 10 000 Reichsmark garantierte Position der IG.

Neben der Errichtung neuer, von der Industrie benötigter Institute vollzieht sich auch der Ausbau bereits bestehender, wenn das Bedürfnis zur Ausdehnung der Forschungen vorhanden ist. Ein Beispiel dafür ist die Erweiterung des schon vor dem Kriege bestehenden Instituts für Arbeitsphysiologie. Seine Forschungen gewinnen in der Periode der relativen Stabilisierung zur Durchführung der kapitalistischen Rationalisierung entscheidende Bedeutung. Deshalb hält man 1925 die Zeit für "größere Aktivität" für gekommen und beschließt Verhandlungen mit Stellen des Reiches, des Staates Preußen, der Industrie, der Gewerkschaften und der Stadt Berlin.<sup>70</sup> Ein vorbereitender Ausschuß, dem neben Duisberg auch E. v. Borsig als Vertreter der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände angehört, befaßt sich mit einer Neuorganisation des Instituts. In einer Denkschrift dieses Ausschusses an das Reichswirtschaftsministerium werden die Ziele der Monopole deutlich. Es heißt dort: "Alle Wirtschaftsführer waren sich einig, daß uns nur die Rationalisierung vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch retten konnte. Bald sah man ein, welcher Vorteil darin liegt, bei allen Rationalisierungsbestrebungen auch der Eigenart des Menschen Rechnung zu tragen ... Wir müssen verlangen, daß unter dem Drucke der wirtschaftlichen Not jeder Einzelne ein Maximum an produktiver Arbeit leistet. Wir müssen aber gerade deshalb, und nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, danach trachten, die individuelle Leistungsfähigkeit möglichst lange zu erhalten". Es sei daher die Aufgabe der Arbeitsphysiologie, den Arbeitsprozeß so zu gestalten, daß bei einem Minimum von Energieaufwand Maximalleistungen zu erreichen sind.<sup>71</sup> Es geht den Monopolen also um eine Steigerung der Arbeitsintensität bis an die Grenze der menschlichen Leistungsfähigkeit, die durch die Forschungen des Instituts möglichst weit hinausgeschoben werden soll. Um diese "möglichst zweckmäßige Ausnutzung der physischen Fähigkeiten des Menschen beim Arbeitsprozeß"<sup>72</sup> im Interesse des Profitstrebens wirkungsvoll untersuchen zu können, setzen die Interessenten die Verlegung des Instituts in das rheinisch-westfälische Industriegebiet, in einen Neubau in Dortmund, durch. Neben einer Rationalisierungsabteilung, einer experimentell-physiologischen und einer psychologischen Abteilung befaßt sich eine chemische Abteilung, die auch gewerbehygienische Untersuchungen durchführt, mit der Verwirklichung der von den Monopolen gestellten Aufgaben.

In der Wissenschaftspolitik der IG zeigt sich während der Weimarer Republik auch die Tendenz einer Einflußnahme auf bestimmte nicht naturwissenschaftlich-technische Wissenschaftszweige. Ein Beitrag von 2 500 Reichsmark im Jahre 1931 für das Institut für ausländisches und internationales Privatrecht<sup>73</sup> beweist, daß die Gründung dieses Instituts (1926) und des Instituts für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht (1925) ebenfalls den Interessen der IG entspricht. Die Ziele, die das Monopolkapital damit verfolgt, werden von Wen-

Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/10, Denkschrift für die Schaffung eines Erneuerungsfonds für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften, Bl. 44.

69 Fawo, Direktion, Protokolle bzw. Niederschriften der 36. - 48. Sitzung des IG-Arbeitsausschusses Juli 1928 - Nov. 1929, A 519, Sitzung am 17. 1. 1929.

70 DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/10, Niederschrift über die Sitzung des Senats am 7. 12. 1925, Bl. 93.

71 Ebenda, Nr. 8970/11, Denkschrift über die beabsichtigte Neuorganisation des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Arbeitsphysiologie, 30. 11. 1926, Bl. 128 f.

72 Forschungsinstitute, a. a. O., S. 365.

73 Fawo, Direktion, Niederschriften bzw. Protokolle über die 49. - 65. Sitzung des IG-Arbeitsausschusses, Jan. 1930 - Nov. 1931, A 519, Sitzung am 25. 2. 1931.

del treffend dargelegt: Die Errichtung der Rechtsinstitute "beweist, daß das deutsche Großbürgertum und die führenden reaktionären Politiker nicht nur an industriell verwertbaren Forschungsergebnissen natur- und technisch-wissenschaftlicher Institute interessiert sind, sondern daß sie die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft benutzen, um auch die völker- und privatrechtlichen Bedingungen und Möglichkeiten der Durchsetzung ihrer ökonomischen und politischen Interessen zu erkunden ... Der Kapitalismus befindet sich im Stadium einer relativen Stabilisierung, die Monopolbourgeoisie trachtet nach gesteigertem Kapital- und Warenexport und neuen Absatzmöglichkeiten. Im politischen Leben Deutschlands spielen solche Abkommen wie Dawes-Plan, Locarno- und Berliner Vertrag eine bedeutende Rolle, und die herrschenden Kreise unternehmen alles, um von einer revanchistischen Position aus die Bedingung des Versailler Vertrages abzustreifen, eine Revision der bestehenden Grenzen, besonders der Ostgrenzen, und die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu erreichen. In solch einer Situation ist die Kenntnis des ausländischen und internationalen Handels-, Waren- und Steuerrechts, des Kartell-, Konkurs- und Währungsrechts, des Patent- und Prozeßrechts, aber auch des öffentlichen Völkerrechts wie überhaupt der gesamten ausländischen und internationalen Gesetzgebung für die deutsche Großbourgeoisie und die Vertreter des imperialistischen Staates von außerordentlicher Wichtigkeit."<sup>74</sup>

Darüber hinaus fällt unter den von der Zentralstelle für Spenden als "außergewöhnlich große Spenden" bezeichneten Zuwendungen 1927 ein Betrag von 100 000 Reichsmark für das Harnack-Haus der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft auf.<sup>75</sup> Das Harnack-Haus, am 7. Mai 1929 eingeweiht, ist speziell auf ausländische Wissenschaftler ausgerichtet und dient zur Durchführung wissenschaftlicher Tagungen. Es erfüllt damit genau wie das Bestreben, "bleibende Stationen forschersicherer Ausrichtung im Ausland zu errichten"<sup>76</sup>, eine bestimmte Funktion innerhalb der sogenannten Auslandskulturpolitik. In den Bemühungen der herrschenden Klasse, ihre politischen und ökonomischen Positionen zu verbessern oder, wie Schreiber es formuliert, "unter dem Einfluß politischer Notzeichen" wächst die Bedeutung eines "geistig-kulturellen Unterbaus der Außenpolitik".<sup>77</sup> Dabei geht es nicht nur um die wissenschaftliche Leistung, die Deutschland wieder "Weltgeltung" verschaffen soll, sondern auch um eine "kluge Beobachtung des Gastlandes"<sup>78</sup> als erste Etappe einer erneuten deutschen Expansion. Ähnlichen Zwecken dient auch das Harnack-Haus, in dem zur Glorifizierung der "Spende" der IG ein Saal nach Carl Duisberg genannt wird.

Ergibt sich aus der geschilderten Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ungeachtet der weitgehenden Finanzierung durch den Staat eine Verstärkung des Einflusses der Monopole im allgemeinen und der Interessengemeinschaft im besonderen, so vollzieht sich im Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie eine solche Entwicklung, die sogar eine Charakterisierung dieses Instituts als eines der IG erlaubt.

<sup>74</sup> Wendel, Günter, Wissenschaft im Konflikt, a. a. O., S. 5.

<sup>75</sup> Fawo, Direktion, Sozialangelegenheiten, Sachverzeichnis Nr. 1 - 50, 1926 - 1944, A 7650, Jahresbericht der Zentralstelle für Spenden, Ludwigshafen/Rh., für das Jahr 1928.

<sup>76</sup> Schreiber, Georg, Deutsche Wissenschaftspolitik von Bismarck bis zum Atomwissenschaftler Otto Hahn, Köln/Opladen 1954, S. 59.

<sup>77</sup> Derselbe, Auslandsbeziehungen der deutschen Wissenschaft, in: Aus 50 Jahren deutscher Wissenschaft, Berlin/Freiburg/München/Leipzig 1930, S. 17.

<sup>78</sup> Derselbe, Deutsche Wissenschaftspolitik ..., a. a. O., S. 71.

## 2. Die Entwicklung der chemischen Institute

Mit der Eröffnung des Instituts für Chemie 1912 als erstem Institut der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wurde den Forderungen der Chemiemonopole nach Errichtung eines wissenschaftlichen Forschungsinstituts entsprochen. Diese Forderungen, die zunächst auf die Gründung einer chemischen Reichsanstalt abzielten, sind der eigentliche Ausgangspunkt für die Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. In der Harnackschen Denkschrift aus dem Jahre 1909 heißt es dazu unter Hinweis auf das vom "Verein chemische Reichsanstalt" gesammelte Stiftungskapital: "Denn in den Kreisen der Interessenten der chemischen Industrie ist seit geraumer Zeit das Bedürfnis nach einem wissenschaftlichen Forschungsinstitut hervorgetreten, und diese Herren sind entschlossen, mit eigenen Opfern die Errichtung eines solchen ermöglichen zu helfen. Sie werden es mit besonderem Dank begrüßen, wenn der Staat mit ihnen zusammenarbeitet und die neue Schöpfung als erstes Institut die Reihe der 'Kaiser-Wilhelm-Institute für wissenschaftliche Forschung' eröffnen wird. Zwar ist von ihnen ursprünglich an ein Reichsinstitut gedacht worden, allein es wird sich - zu dieser Erwartung ist aller Grund vorhanden - unschwer ein Modus finden lassen, um Preußen an die Spitze zu stellen und das Reich zu beteiligen..."<sup>79</sup>

In den Verhandlungen, die überall "durch das feurige und begeisternde Interesse Duisbergs getragen wurden"<sup>80</sup>, erwies sich, daß Preußen jedoch nur bereit war, das Baugelände zur Verfügung zu stellen und die Besoldung des Institutsdirektors zu übernehmen. Der Verein chemische Reichsanstalt stellte die Bausumme zur Verfügung, und die jährlichen Betriebskosten wurden je zur Hälfte von diesem Verein, der sich später in die Gesellschaft zur Förderung chemischer Forschung umwandelt, und der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft übernommen.

Die weitere Entwicklung des Instituts ist aus folgenden, der Verherrlichung des Wissenschaftsförderers Duisberg dienenden Zeilen Schmidt-Otts abzulesen: "Seinem Einfluß war es hauptsächlich zu danken, daß die hervorragendsten chemischen Firmen, insbesondere die der jetzigen IG-Farbenindustrie AG, die auf die Gestaltung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie unter voller Wahrung seiner wissenschaftlichen Freiheit mit ihrem Rate fortwährend einwirkten, fast die ganzen auch weiterhin für den Betrieb erforderlichen Mittel dem Institut zur Verfügung stellten."<sup>81</sup> Im folgenden soll nun diese fortwährende Einwirkung der IG auf die Gestaltung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie während der Weimarer Republik untersucht werden, wobei auch die Frage zu klären ist, wie sich diese Einflußnahme mit der "Wahrung der wissenschaftlichen Freiheit" vereinbart.

Zunächst betätigt die IG ihr "förderndes und führendes Interesse" in den leitenden Ausschüssen des Instituts. Sie bestehen aus dem Verwaltungsrat, dem Verwaltungsausschuß und dem wissenschaftlichen Beirat. Dem Verwaltungsrat gehören 1923 unter anderem an: Duisberg, Arnhold, Aufschläger, Bosch, Goldschmidt, Haeuser, Oppenheim, ter Heer, v. Weinberg als Vertreter der Chemiemonopole, die Professoren Beckmann, Nernst, Harnack, Schlenck, Willstätter, als Vertreter des preußischen Kultusministeriums Ministerialdirektor Dr. Krüß und als Vertreter des Reichsministeriums des Innern Ministerialrat Dr. Donnevert, außerdem Schmidt-Ott, 2. Vizepräsident, und Glum, Geschäftsführer der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft.<sup>82</sup> Die Geschäfte werden von einem engeren Verwaltungsausschuß geführt, der

<sup>79</sup> Denkschrift Harnacks zur Begründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 21. 11. 1909, in: 50 Jahre Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft ..., a. a. O., S. 90.

<sup>80</sup> Schmidt-Ott, Friedrich, Die Organisation der naturwissenschaftlichen Forschung ..., a. a. O., S. 806.

<sup>81</sup> Ebenda, S. 807.

<sup>82</sup> DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie und Elektrochemie, Nr. 8972, Niederschrift der 21. Sitzung des Verwaltungsrats des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 24. 3. 1923, Bl. 80.

sich 1923 aus Duisberg, Oppenheim und Haeuser als Vertreter der Chemiemonopole sowie Krüß und Willstätter zusammensetzt. Vorsitzender beider Gremien ist während der gesamten Weimarer Republik Carl Duisberg.

Dem daneben noch bestehenden wissenschaftlichen Beirat, dem nur Wissenschaftler angehören, kommt lediglich eine beratende Funktion zu, wie auch der Institutsdirektor nur eine beratende Stimme besitzt. Über die in Angriff zu nehmenden Arbeiten und die Verwendung der Mittel entscheidet der Verwaltungsrat. Er bestimmt die Arbeit der Abteilungen des Instituts, die sich folgendermaßen entwickeln:

Kurz nach seiner Gründung bestand das Institut unter dem Direktor Prof. Beckmann aus den wissenschaftlichen Mitarbeitern R. Willstätter, O. Hahn und L. Meitner. 1916 schied R. Willstätter aus, im gleichen Jahr trat A. Stock, bisher Professor für anorganische Chemie in Breslau, in das Institut ein. Erst im Frühjahr 1921 wird durch die Berufung von K. Hess, bisher Technische Hochschule Karlsruhe, die Abteilung für organische Chemie wieder besetzt. Am 1. Oktober 1921 tritt Beckmann aus Altersgründen als Direktor zurück, bleibt jedoch wissenschaftliches Mitglied und Abteilungsleiter bis 1923. Sein Nachfolger als Institutsdirektor ist A. Stock, bis er am 1. Oktober 1926 zum Direktor des chemischen Instituts der Technischen Hochschule Karlsruhe ernannt wird. Hahn ist darauf zunächst stellvertretender Institutsdirektor, 1928 übernimmt er endgültig die Leitung. Im Laufe der Jahre entwickelt sich die Abteilung Hahn-Meitner zu einer bedeutenden Doppelabteilung für Radioaktivitätsforschung, wobei Hahn die Atomchemie und Meitner die Atomphysik vertreten. Neben der Radiochemie und der Atomlehre sind in den Jahren der Weimarer Republik die hauptsächlichsten Arbeitsgebiete des Instituts in der anorganischen Chemie die Erschließung der Chemie des Bors und des Siliziums (Stock) und die Untersuchung der hochmolekularen organischen Naturstoffe Zellulose und Kautschuk (Hess).

Die wissenschaftliche Arbeit vollzieht sich unter der Regie der Chemiemonopole außerordentlich widersprüchlich. Diese nützen auch hier den Widerspruch zwischen der sinkenden finanziellen Leistungsfähigkeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und den ständig wachsenden materiellen Erfordernissen der Wissenschaft zur Verstärkung ihres Einflusses. Dies vollzieht sich vor allem über die Emil-Fischer-Gesellschaft, der Interessenvertretung der Chemiemonopole auf dem Gebiet chemischer Forschung. Ursprünglich wird das Institut zu je 50 Prozent von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und dem Verein zur Förderung chemischer Forschung, der aus dem 1908 von den Chemieindustriellen gegründeten "Verein chemische Reichsanstalt" hervorgegangen war, getragen, wobei beide jährlich 60 000 Mark, später 83 500 Mark zahlen. Diese Verpflichtung bleibt in dieser Höhe für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bestehen, "während den überwiegenden Institutsbedarf nunmehr anstelle des Vereins zur Förderung chemischer Forschung die 1920 gegründete Emil-Fischer-Gesellschaft mit 750 000 M übernimmt."<sup>83</sup> Zwar erhöht auch die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft entsprechend der fortschreitenden Geldentwertung ihren Zuschuß zunächst auf 180 000 Mark<sup>84</sup>, dann auf Antrag des Instituts 1922 auf 250 000 Mark<sup>85</sup>, doch fällt er bei einem Jahresetat 1922 von 50 Millionen<sup>86</sup> gegenüber den Aufwendungen der Chemieindustrie nicht ins Gewicht.

Wenn am 25. November 1922 Direktor Prof. Stock auch seine "tiefe Befriedigung" gegenüber der chemischen Industrie, "die bei der Geldentwertung mehr und mehr die finanzielle Haupt-

83 DZA Potsdam, Reichministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/2, Ausgaben der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft 1920/21, Bl. 97.

84 Ebenda, Nr. 8970/3, Verwaltungsbericht 1921/22 des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, Bl. 293.

85 Ebenda, Nr. 8970/4, Protokoll über die Sitzung des Senats der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 4. 12. 1922, Bl. 103.

86 Ebenda.



last trägt und auch jetzt ihr tiefes Verständnis für die Bedeutung und das Wesen der Forschung dadurch bezeugt, daß sie das Kaiser-Wilhelm-Institut vor dem drohenden Untergang bewahren will", ausdrückt und für "die ständige Fürsorge" dankt<sup>87</sup>, so muß trotz dieser Lobpreisung der Chemiemonopole das von ihm geleitete Institut zunächst ständig um seine Existenz bangen. Auf derselben Sitzung des Verwaltungsrats und des wissenschaftlichen Beirats gibt Duisberg "ein trübes Bild der wirtschaftlichen Lage Deutschlands und ihres Einflusses auf die deutsche Wissenschaft" und leitet daraus ab, daß es für die chemische Industrie "bei den unsicheren Verhältnissen und noch mehr bei einer eventuellen Stabilisierung der Mark schwierig sein wird, die erforderlichen Summen aufzubringen".<sup>88</sup> Weinberg als Vorsitzender der Emil-Fischer-Gesellschaft jedoch "verspricht durch erneute Werbung bei den großen Firmen sein Möglichstes zu tun und gibt sich der Hoffnung hin, die erforderlichen Mittel aufbringen zu können".<sup>89</sup> Duisbergs Mahnung zur Sparsamkeit führt zu zum Teil kleinlichen Maßnahmen, denen sich die Wissenschaftler zu unterwerfen haben. Die Verringerung des Personals, die Herabsetzung der Zahl der Doktoranden, die Instrumentenherstellung in eigener Werkstatt und die rechtzeitige Eindeckung mit Brennstoffen, Apparaten und Präparaten<sup>90</sup> sind nur die erste Stufe. Eine auf Wunsch Duisbergs und Stocks 1922 vorgenommene Prüfung der Verwaltungsgeschäfte führt zu folgenden Einsparungsvorschlägen: Änderung der Heizung der Direktorenwohnung von Zentral- auf Ofenheizung, Festsetzung einer höheren Miete der Dienstwohnungen für technische Angestellte, Verwendung schwachkerziger Birnen und Beschränkung der praktischen Forschungstätigkeit auf die Tagesstunden.<sup>91</sup>

Die Haltung der Monopole ist außerordentlich widersprüchlich. Auf der Sitzung des Verwaltungsausschusses am 16. Januar 1923 sieht Stock sich veranlaßt, als Sparmaßnahme eine Verlängerung der Ferien vorzuschlagen. Duisberg jedoch "wendet sich entschieden gegen jegliche Beschränkung der Forschungstätigkeit" und wird dabei von Weinberg unterstützt. Dieser "berichtet von dem guten Erfolg seiner Werbung, die in nächster Zeit größere Summen erwarten läßt".<sup>92</sup> Zu dem Vorschlag einer Aufhebung der Abteilungen Beckmann mit einer Einsparung von 6 Prozent und Hess mit 30 Prozent vermerkt das Protokoll: "Duisberg wendet sich entschieden gegen die Aufgabe der Abteilung Hess und verweist darauf, daß eine solche z. Zt. aus pekuniären Gründen noch nicht notwendig sei."<sup>93</sup> Nur zwei Monate später verhält sich Duisberg ganz anders. Ministerialrat Donnevert als Vertreter des Reichsministeriums des Innern gibt die Ausführung Duisbergs auf der Sitzung des Verwaltungsausschusses und Verwaltungsrats im März 1923 folgendermaßen wieder: "Die deutsche chemische Industrie habe bisher erhebliche Mittel nach drei Richtungen aufgebracht, einmal für die chemische Literatur durch die Baier-Gesellschaft, sodann für die Förderung des chemischen Unterrichts durch die Liebig-Gesellschaft und schließlich für die Forschung durch die Errichtung des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie. Die Mittel zur Fortführung aller dieser Aufgaben seien daher nicht mehr aufzubringen; die Industrie werde für vielfache andere Zwecke, insbesondere aber durch die hier erwähnten, in einem Umfang finanziell in Anspruch genommen, der nicht mehr tragbar sei. Eine Einschränkung sei daher notwendig. Unbestritten müsse erhalten bleiben die Arbeit der Baier-Gesellschaft für die chemische Literatur (Zentralblatt) . . . , ebenso die Aufgabe der Liebig-Gesellschaft. Diesen beiden gegenüber stelle

87 Ebenda, Niederschrift der 20. Sitzung des Verwaltungsrats und des wissenschaftlichen Beirats des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie am 25. 11. 1922, Bl. 23.

88 Ebenda, Bl. 24.

89 Ebenda.

90 Ebenda, Verwaltungsbericht 1921/22 des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, Bl. 26.

91 Ebenda, Niederschrift über die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 16. 1. 1923, Bl. 48 - 50.

92 Ebenda, Bl. 45 f.

93 Ebenda, Bl. 46.

das Institut für Chemie eine Luxussache dar, deren Gründung und Fortsetzung in guten Tagen gerechtfertigt, in diesen Zeitläufen aber zumindest in dem bisherigen Umfang keine Berechtigung mehr habe. Es müsse deshalb ernstlich an einen Abbau des Instituts gedacht werden. Hierfür komme in Betracht die Einstellung der von dem früheren Leiter des Instituts Beckmann noch weiter geführten Arbeiten, ferner die Abteilung Hess (organische Chemie). Diese letztere Angelegenheit sei umso naheliegender und leichter, als Hess einen Ruf nach Wien erhalten habe und, falls die Berufung nicht zustande komme, als Leiter eines Laboratoriums nach Leverkusen berufen werden soll.<sup>94</sup> Mit diesen Einschränkungen und "bei sparsamster Wirtschaft" soll nach Duisberg das Institut weitergeführt und die Beschlußfassung über das "endgültige Schicksal" vertagt werden. Der Meinung Oppenheims, die Abteilung Hahn-Meitner als "einzige ihrer Art und ihres Ranges in Deutschland" weiterzuführen, schließt sich Duisberg an.<sup>95</sup>

Dieses Auftreten Duisbergs macht deutlich, daß allein die Monopolvertreter über das Schicksal dieses Kaiser-Wilhelm-Instituts entscheiden, ihnen haben sich die Wissenschaftler zu fügen. Von den finanziellen Aufwendungen der Chemiemonopole abhängig, kann Harnack als Präsident der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft angesichts dieser Haltung nicht anders, als sich mit den Ausführungen des Vorsitzenden Duisberg einverstanden zu erklären und zu bitten, "trotz des Ernstes der Zeit wissenschaftliche Abteilungen nur im äußersten Notfalle aufzulösen und darin eine vorübergehende Maßnahme zu erblicken"<sup>96</sup>.

Innerhalb weniger Monate zeigt sich hier ein Wandel in den Ansichten Duisbergs von einer Ablehnung jeglicher Beschränkung der Forschungstätigkeit bis zur Forderung einer erheblichen Reduzierung, ja bis zu einer eventuellen völligen Schließung des Instituts unter Fortführung nur einer Abteilung, was selbst Donnevert nach Ursachen einer derartig veränderten Meinung suchen läßt. Er kommt zu folgendem Ergebnis: "Man hat den Eindruck, daß die Abneigung der Industrie wegen Aufbringung weiterer Mittel zum Teil auch darin beruht, daß der derzeitige Direktor als nicht genügend erachtet wird. Würde es gelingen, nach seinem Ausscheiden eine wirkliche Kraft ersten Ranges für die Leitung des Instituts zu gewinnen, so würden wohl auch die Mittel der Industrie besser fließen."<sup>97</sup>

Diese Einschätzung Donneverts läuft letztlich darauf hinaus, daß die Monopole aufgrund ihrer Zuwendungen für sich die Berechtigung ableiten, über die Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft wie über eine Ware oder ein Aktienpaket verfügen zu können. Sie legen entsprechend ihren Interessen Schwerpunkte und Arbeitsrichtung fest und entscheiden in Personalfragen. So muß wohl auch die Äußerung Duisbergs, daß ein solches Institut einen Luxus darstelle, verstanden werden, dient sie doch dazu, den Wissenschaftlern die völlige Abhängigkeit vom Willen der Monopolherren deutlich zu machen. So werden die Mittel der Monopole wohllosiert nicht nur für die Lenkung der wissenschaftlichen Arbeit, sondern auch als Mittel der Einflußnahme auf die Auswahl der wissenschaftlichen Mitglieder eingesetzt. Auch in diesem Falle ist das Verhalten Duisbergs, Weinbergs, Oppenheims und anderer widersprüchlich. Ihr Bestreben, wissenschaftliche Kräfte ersten Ranges für die Institute der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zu gewinnen, hindert sie nicht daran, Wissenschaftler, die

94 DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie und Elektrochemie, Nr. 8972, Vermerk Donneverts über die Teilnahme an der Sitzung des Verwaltungsausschusses und des Verwaltungsrats des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, März 1923, Bl. 74.

95 Ebenda.

96 Ebenda, Niederschrift der 21. Sitzung des Verwaltungsrats des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 24. 3. 1922, Bl. 80.

97 Ebenda, Vermerk Donneverts über die Teilnahme an der Sitzung des Verwaltungsausschusses und des Verwaltungsrats des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, März 1923, Bl. 75.

für eine Tätigkeit in der Gesellschaft vorgesehen sind oder diese bereits ausüben, direkt in ihren Laboratorien anzustellen. 1922 stellt der Geschäftsführer des Verwaltungsausschusses der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Glum, fest, daß eine Gefahr der Konkurrenz der Industrie in bezug auf die Auswahl der in leitender Stellung befindlichen Personen bestünde.<sup>98</sup> Wie bereits erwähnt, sieht man auch für Hess eine eventuelle Stellung in Leverkusen vor, und 1925 tritt der Wissenschaftler Dr. Heller in den Dienst der Badischen Anilin- & Soda-Fabrik (BASF).<sup>99</sup> Andererseits ist man auch zu Zugeständnissen gegenüber Wissenschaftlern ersten Ranges bereit, deren Arbeit in der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft bedeutungsvoll ist; so im Falle Otto Hahns. Als diesem 1924 eine Berufung an die Technische Hochschule Hannover angeboten wird, entscheidet der Verwaltungsausschuß wie folgt: "Hrn. Hahn werden für den Fall, daß er die in geldlicher Hinsicht besonders günstige Berufung an die Technische Hochschule Hannover ablehnt, die folgenden neuen Vertragsbedingungen ab 1. 7. 1924 angeboten; unkündbare Stellung eines 2. Direktors des Instituts; Gehalt, Ruhegeld, Witwen- und Waisengeld entsprechend Sondergruppe Einzelgehälter I der preußischen Beamtenbesoldungsordnung; Aufrechterhaltung dieser Verpflichtungen auch für den Fall, daß das Institut in seiner jetzigen Form zu bestehen aufhört . . . , Dienstalter ab 1. 10. 1912. Der Abteilung Hahn-Meitner sollen ein zweiter Laborant und ein einmaliger Zuschuß von 1 000 M zur Verfügung gestellt werden."<sup>100</sup> Hahn entschließt sich nach einer Bedenkzeit, unter diesen Bedingungen in Dahlem zu bleiben. Es zeigt sich hier, daß erst das beabsichtigte Ausscheiden eines Wissenschaftlers zu besseren Arbeitsbedingungen für ihn führt.

Ein anderer Wissenschaftler von Rang ist nicht bereit, unter den von den Chemiemonopolisten diktierten Bedingungen zu arbeiten. Als 1926 die Berufung Stocks nach Karlsruhe in Aussicht steht, wird eine Beratung über die Nachfolge erforderlich. Zunächst wird diese Frage bis zur Rückkehr Duisbergs von einer Weltreise verschoben. Dann teilt dieser dem Verwaltungsausschuß, dem Verwaltungsrat und dem wissenschaftlichen Beirat des Instituts mit, daß er Prof. Dr. Richard Willstätter, bis 1916 Mitglied des Instituts, dann Nachfolger Adolf v. Beyers an der Universität München, vorgesehen habe, auf volle Einstimmigkeit hoffe und um das Einverständnis bitte, vom satzungsgemäßen Gutachten des wissenschaftlichen Beirats in diesem Falle absehen zu können.<sup>101</sup> Duisberg übernimmt dann auch die Verhandlungen mit Willstätter. Am 30. August 1926 bittet er ihn um eine Aussprache.<sup>102</sup> Gelegentlich der Düsseldorfer Naturforscherversammlung versucht Duisberg, ihn dann davon zu überzeugen, "daß es seine Pflicht sei, seine anerkannten Fähigkeiten wieder in den Dienst der deutschen chemischen Wissenschaft und damit auch der Allgemeinheit zu stellen".<sup>103</sup> Duisberg muß jedoch erkennen, daß er im Falle Willstätters auf Widerstand stößt. Dieser teilt mit, daß sich anläßlich eines Gesprächs in Leverkusen große Meinungsverschiedenheiten hinsichtlich des Verzichtes auf die Münchener Professur und "überhaupt in Anschauungen und Pflichtauffassungen" herausgestellt hätten und daß er "in Unabhängigkeit und Zurückgezogenheit" leben und daher auf die gebotene Anstellung verzichten wolle.<sup>104</sup> Angesichts dieser Haltung, die davon zeugt, daß Willstätter nicht geneigt ist, sich den Forderungen der Chemieindustriellen als den wirk-

98 Ebenda, Denkschrift Glums an den Reichsminister des Innern, 24. 11. 1922, Bl. 213.

99 Ebenda, Nr. 8970/10, Bericht über die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 16. 12. 1925, Bl. 9.

100 Ebenda, Nr. 8970/7, Bericht über die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie am 16. 6. 1924, Bl. 46.

101 Ebenda, Nr. 8970/10, Duisberg an den Verwaltungsausschuß, Verwaltungsrat und den wissenschaftlichen Beirat des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 20. 7. 1926, Bl. 368 f.

102 Ebenda, Nr. 8970/11, Duisberg an Willstätter, 30. 8. 1926, Bl. 23 f.

103 Ebenda, Duisberg an die Mitglieder des Verwaltungsrats des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 2. 10. 1926, Bl. 22.

104 Ebenda, Willstätter an Duisberg, 30. 9. 1926, Bl. 25.

lichen Beherrschern des Instituts zu fügen, muß Duisberg mitteilen, daß er wegen der Meinungsverschiedenheiten die Bemühungen, Willstätter zu gewinnen, aufgegeben habe.<sup>105</sup> Er bitte daher "um stillschweigende Zustimmung", daß Hahn bis auf weiteres mit der Stellvertretung des Institutsdirektors beauftragt wird.<sup>106</sup>

Abgesehen von der Haltung Willstätters gegenüber einer Arbeit unter der Regie der IG, ergeben sich hier Hinweise auf die Rolle Duisbergs im Institut. Er ist der wirkliche Direktor, der praktisch allein entscheidet. So gehen auch die Einladungen zu den Sitzungen des Verwaltungsrats und des Verwaltungsausschusses nicht etwa von der Geschäftsstelle in Berlin, sondern - vor der Fusion 1925 - von der Zentralabteilung des Direktoriums der Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co., Leverkusen, aus.

Trotz der von den Monopolen des öfteren betonten Ungewißheit über das Schicksal des Instituts - auch in den Festlegungen für Otto Hahn taucht ein solcher Passus auf - bleibt das Institut selbstverständlich bestehen und wird auch in der Folgezeit im wesentlichen von der Chemieindustrie erhalten. 1924 stellt die Emil-Fischer-Gesellschaft 107 000 RM gegenüber einem Zuschuß der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft von 1 250 RM zur Verfügung.<sup>107</sup> Für 1925 wird ein Bedarf von 155 000 RM vorgesehen, davon zahlt die Emil-Fischer-Gesellschaft 135 000 RM, der Rest soll aus "verschiedenen Quellen" kommen.<sup>108</sup> Als trotz der mit 163 750 RM höheren als ursprünglich vorgesehenen Eingänge ein Defizit von 2 000 RM bleibt, wird es von der Emil-Fischer-Gesellschaft ausgeglichen.<sup>109</sup> Von den für 1926 geplanten Ausgaben in Höhe von 199 200 RM entfallen wiederum 135 000 RM auf die Emil-Fischer-Gesellschaft, während die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft einen Zuschuß von 16 500 RM leisten soll.<sup>110</sup> Die Verwendung der Mittel 1925 und die vorgesehenen Ausgaben 1926 zeigt folgende Aufstellung<sup>111</sup> (siehe nächste Seite).

Für 1925 kommt Donnevert zu der Einschätzung: "Geschäfts- und Kassenbericht ergaben gute wissenschaftliche Erfolge der Institutsarbeit und die Deckung des finanziellen Bedarfs im laufenden Geschäftsjahr."<sup>112</sup>

Es ist anzunehmen, daß die Herren der IG ebenfalls mit den wissenschaftlichen Gegenleistungen für ihre Aufwendungen zufrieden sind.

Neben den Aufwendungen über die Emil-Fischer-Gesellschaft und die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft werden Mittel "aus verschiedenen Quellen" zur Finanzierung herangezogen. Hier kommen zunächst einmal die Mittel der "Notgemeinschaft der deutschen Wissenschaft" in Betracht.

Dies bereitet keine besonderen Schwierigkeiten, kann man es doch gleich über das Mitglied des Verwaltungsrats, Präsident der Notgemeinschaft Schmidt-Ott regeln. So wird für 1926 ein Zuschuß der Notgemeinschaft von 23 000 Reichsmark (8 000 Reichsmark Hahn-Meitner, 7 000 Reichsmark Hess, 8 000 Reichsmark Stock) erbeten.<sup>113</sup>

105 Ebenda, Duisberg an die Mitglieder des Verwaltungsrats des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 2. 10. 1926, Bl. 22.

106 Ebenda, Duisberg an die Mitglieder des Verwaltungsrats des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 18. 10. 1926, Bl. 34.

107 Ebenda, Nr. 8970/8, Bericht über die Jahresversammlung 1924 des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, Jan. 1925, Bl. 117.

108 Ebenda.

109 Ebenda, Nr. 8970/10, Bericht über die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 16. 12. 1925, Bl. 9.

110 Ebenda, Bl. 10.

111 Ebenda, Nr. 8970/9, Anlage zum Jahresbericht 1925 des Instituts für Chemie, Bl. 370.

112 Ebenda, Aktennotiz Donneverts, 18. 12. 1925, Bl. 371.

113 Ebenda, Nr. 8970/1, Bericht über die Sitzung des Verwaltungsausschusses des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, 16. 12. 1925, Bl. 10.

	Voranschlag 1925 in RM	Verbrauch 1925 in RM	Voranschlag 1926 in RM
Gehälter, Löhne	94 500, --	98 600, --	122 000, --
Sachausgaben			
1. Sonderetats der Abteilungen	15 200, --	15 200, --	23 000, --
2. Elektrizität	7 000, --	6 150, --	8 000, --
3. Gas	3 300, --	2 800, --	3 750, --
4. Wasser	2 800, --	4 000, --	4 000, --
5. Brennmaterial	7 000, --	4 000, --	7 000, --
6. Instandsetzung	13 000, --	19 700, --	15 000, --
7. Versicherungen, Steuern	5 500, --	7 950, --	9 000, --
8. Bücherei	2 500, --	3 000, --	3 250, --
9. Verschiedenes	3 000, --	4 300, --	4 000, --
	153 800, --	165 700, --	199 000, --

Weiter handelt es sich um Zuwendungen einzelner Firmen für sie besonders interessierende Forschungen. 1924 spendet die Firma Kunheim & Co. 3 000 Reichsmark, 1924 und 1925 stellen die Berliner Firmen Kunheim, Riedel und Schering gemeinsam die Mittel für zwei Assistentinnen und zwei Laborantinnen, deren Besoldung danach von der BASF übernommen wird.<sup>114</sup> 1925 stellen die Bayerischen Stickstoffwerke 10 000 Reichsmark zur Verfügung.<sup>115</sup> Geldliche Zuweisungen der BASF gehen 1924 an die Abteilung Stock, die Farbenfabriken Leverkusen und die Pulverfabriken Köln-Rottweil leisten Zahlungen an die Abteilung Hess.<sup>116</sup> Ergänzt werden die finanziellen Zuwendungen durch Lieferungen von Chemikalien, unter anderem der Werke Agfa, Bayer, Hoechst und Griesheim.<sup>117</sup>

Die Praxis der Finanzierung bestimmter Arbeiten der Abteilungen wird auch nach dem Zusammenschluß zur IG Farbenindustrie AG fortgesetzt. 1927 genehmigt der Arbeitsausschuß eine Spende von 20 000 Reichsmark.<sup>118</sup> 1929 zahlt die IG einen Zuschuß zum Ausgleich des Defizits des Instituts.<sup>119</sup> Diese Spenden werden ergänzt durch ein Darlehen in Höhe von 51 500 Reichsmark, wobei die Verbuchung auf Spendenkonto vermuten läßt, daß eine Zurückforderung nicht beabsichtigt ist.<sup>120</sup> Mit diesen Spenden ermöglicht die IG bestimmte sie in-

114 Ebenda, Bl. 9.

115 Ebenda.

116 Ebenda, Nr. 8970/8, Bericht über die Jahresversammlung 1924 des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie, Jan. 1925, Bl. 117.

117 Fawo, Direktion, Protokolle über die 22. - 35. Sitzung des IG-Arbeitsausschusses, April 1927 - Mai 1928, A 517, Sitzung am 6. 10. 1927.

118 Ebenda.

119 Fawo, Direktion, Protokolle bzw. Niederschriften der 36. - 48. Sitzung des IG-Arbeitsausschusses, Juli 1928 - Nov. 1929, A 518, Sitzung am 16. 8. 1929.

120 Fawo, Direktion, Sozialangelegenheiten, Sachverzeichnis Nr. 1 - 50, 1926 - 1944, A 7650, Jahresbericht der Zentralstelle für Spenden, Ludwigshafen/Rh., für das Jahr 1928.

teressierende Forschungen. So wird 1928 "durch das Entgegenkommen der IG Farbenindustrie AG"<sup>121</sup> das sogenannte kleine Radiumhaus gebaut.

Noch offensichtlicher wird die Forschungslenkung durch die IG im Falle der Mitarbeiter der Kaiser-Wilhelm-Institute, die gleichzeitig auswärtige Mitarbeiter der IG sind. Es sind dies Dr. Hans Kautsky für das Gebiet der Katalyse und Prof. Dr. Kurt Hess für das Gebiet der Zellulose und Zellosederivate sowie Kunstseide allgemein. Kautsky, der gemäß dem Vertrag vom 5. Juni 1925 mit der IG für seine Tätigkeit monatlich 300 Reichsmark erhält, ist bereits seit Anfang der zwanziger Jahre auswärtiger Mitarbeiter der Agfa. Für Hess ist ein Vertragsabschluß von November 1928 bis zum 31. Dezember 1929 nachweisbar<sup>122</sup>, es liegt die Vermutung nahe, daß auch er bereits vorher im Dienste der Farbenfabriken Leverkusens tätig war.

Die Beziehungen zu Hess, die der IG die alleinige Aneignung bestimmter Forschungsgebiete sichern, werden sozusagen legalisiert, als Hess am 31. Dezember 1930 als wissenschaftliches Mitglied des Instituts ausscheidet und "eine Stelle als auswärtiger Mitarbeiter der IG" übernimmt<sup>123</sup>, eine Stelle, die er jedoch faktisch bereits vorher innegehabt hat. "Er behält", so stellt der Tätigkeitsbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft fest, "in dieser Eigenschaft die bisher innegehabten Räume des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie als Gast des Instituts bet"<sup>124</sup>, wobei die IG die alleinige Finanzierung seiner Abteilung, die sich mit der experimentellen Erforschung der Struktur hochmolekularer Stoffe, speziell der Zellulose und ihrer Derivate, befaßt, übernimmt.

Damit verwandelt sich die Abteilung Hess nun auch offiziell in ein auswärtiges Laboratorium der IG, die mit eigenen Mitteln und denen der Notgemeinschaft eine Röntgenanlage errichtet, die es Hess erlaubt, "Strukturbestimmungen auch mit diesem neuesten Mittel physikalisch-chemischer Forschung durchzuführen"<sup>125</sup>.

Neben dem Institut für Chemie ist es vor allem das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physikalische Chemie und Elektrochemie unter Fritz Haber, das am unmittelbarsten den Interessen der Chemiemonopole dient.

Als der preußische Staat sich weigerte, die von den Chemiemonopolen geplante Reichsanstalt mit zu finanzieren, und sich auch nicht in erhofftem Maße an der Finanzierung des danach vorgesehenen Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie beteiligte, gelang es den Monopolen, die Errichtung eines zweiten Instituts für Chemie, des Instituts für Physikalische und Elektrochemie, mit erheblicher Beteiligung des Staates durchzusetzen. Die Errichtung des Instituts erfolgte als rechtsfähige Stiftung vom preußischen Staat und der Leopold-Koppel-Stiftung, wobei der mit dem Auer-Konzern verbundene Bankier Koppel seine Stiftung von einer fünfzigprozentigen Beteiligung Preußens abhängig machte.

Nach dem ersten Weltkrieg ist die Existenz auch dieses Instituts gefährdet. Bereits am 1. April 1920 ergibt sich bei einem Staatszuschuß und einem Zuschuß der Leopold-Koppel-Stiftung von je 35 000 Mark ein Fehlbetrag von 146 279,42 Mark.<sup>126</sup> Zunächst wird das Defizit von der Notgemeinschaft gedeckt. Da es jedoch 1922 bereits auf 1 Million Mark steigt und Haber für die Folgezeit mit dessen Verdoppelung rechnet, schlägt er zwei Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des Instituts unter Heranziehung des Staates vor:

121 Hahn, Otto, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Chemie, in: Forschungsinstitute, Bd. 2, Hamburg 1930, S. 163.

122 Fiwo, Agfa-Direktion, Auswärtige Mitarbeiter, Allgemein, A 2150.

123 Tätigkeitsbericht der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft April 1930 - Ende März 1931, in: Die Naturwissenschaften, Nr. 23 - 25/1931, S. 534.

124 Ebenda.

125 Hahn, Otto, a. a. O., S. 163.

126 DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Das Kaiser-Wilhelm-Institut für Physika-

1. die Angliederung an die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und damit einen Anteil an den Zuschüssen von Reich und Preußen,
2. die Bereitstellung von 50 Prozent des Betrages als besonderen Etatposten durch Preußen.<sup>127</sup>

Am 7. August 1922 ist Haber gezwungen, den preußischen Kultusminister darauf hinzuweisen, daß die Gewährung wirtschaftlicher Hilfe durch andere als staatliche Instanzen nicht zu erwarten sei.<sup>128</sup>

1923 wird dann die erste der vorgeschlagenen Möglichkeiten verwirklicht und das Institut mit seinen beiden physikalisch-chemischen Abteilungen, der kapillar- und der kolloidchemischen Abteilung, verwaltungsmäßig von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft übernommen.

Der Direktor dieses Instituts, Prof. Haber, ist mit dem Monopolkapital eng verbunden. Daraus ergibt sich der Widerspruch zwischen seiner uneigennütigen humanistischen Einstellung zur Wissenschaft und seiner offenen Parteinahme für die Bourgeoisie.<sup>129</sup> Sein Beispiel ist typisch für die Situation der Wissenschaftler der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft. Als 1924 Agfa-Chef Oppenheim bedauert, Haber keine Aufsichtsratsstelle der Agfa anbieten zu können, da dieser 1923 bereits Mitglied des Aufsichtsrats der Firma Kunheim geworden sei, eines Konkurrenten der Kleinen IG, mit dem sich Leverkusen in einem gerichtlichen Streit befindet, verteidigt sich Haber gegenüber Direktor Schmitz von der BASF folgendermaßen: "Ich habe die Aufsichtsratsstellung bei Kunheim angenommen, weil ich mit irgend einer Gruppe der anorganischen Industrie soweit Fühlung haben wollte, um zu hören, was an Aufgaben, an Erfolgen und an allgemeinen wirtschaftlichen Bedingungen die Industrie besonders interessiert und beschäftigt. Ein materielles Interesse war für mich damit nicht verbunden, wenn Sie nicht etwa die geringe Stärkung meines Instituts so auffassen wollen, dem meine Aufsichtsratsantenne zufließt."<sup>130</sup>

Es zeigt sich hier zum ersten das für die Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nach dem Krieg deutlich werdende positive Bestreben, Wissenschaft und Praxis eng zu verbinden, aber auch, daß es sich unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen nur über eine enge Bindung an die Monopole und die Unterwerfung unter ihre Profitinteressen verwirklichen läßt. Zum anderen erlaubt diese Stellungnahme Rückschlüsse auf die finanzielle Situation der Institute, die Haber im Interesse der wissenschaftlichen Arbeit zu verbessern sucht. Es spricht für Haber, wenn er eigene Einkünfte für sein Institut verwendet. Das geschieht auch, als er später Mitglied des Aufsichtsrats der IG wird. 1926 stellt er einen Verwaltungsassistenten ein, und zwar auf der materiellen Grundlage von Beträgen, die dem Institut in Gestalt seiner Aufsichtsratsantenne bei der IG Farbenindustrie zufließen.<sup>131</sup>

lische Chemie und Elektrochemie, Nr. 8972, Haber an Ministerialrat Donnevert, 4. 3. 1922, Bl. 3 f.

127 Ebenda, Aktenvermerk über die Besprechung Donneverts mit Haber, 2. 3. 1922, Bl. 16.

128 Ebenda, Haber an den Preußischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, 7. 8. 1922, Bl. 50.

129 Vgl. Wendel, Günter, Zur Würdigung unseres nationalen wissenschaftlichen Erbes, dargestellt am Leben und Wirken des Physikochemikers Fritz Haber (1868 - 1934). Informations- und Studienmaterial der Zentralen Forschungsstelle "Der Kampf der deutschen Chemiewerker um die Sicherung des Friedens gegen Militarismus und Imperialismus und für den Sieg des Sozialismus", Merseburg 1962.

130 Fiwo, Agfa-Direktion, Korrespondenz der Direktion mit dem Aufsichtsrat und sonstige zum Ressort der Direktion gehörige Schriftstücke, A 337, Haber an Dir. Dr. Schmitz, BASF, 9. 8. 1924.

131 DZA Potsdam, Reichsministerium des Innern, Kunst und Wissenschaft, Nr. 1, Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, Nr. 8970/10, Haber an Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft, 17. 4. 1926, Bl. 167.

In den Instituten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft besitzt das Monopolkapital leistungsfähige Forschungsstätten, die, obwohl weitgehend staatlich, letztlich also aus Steuerbeträgen finanziert, von ihm beherrscht werden. Obwohl von seiten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft immer wieder betont wird, daß ihre Institute keine Konkurrenz gegenüber Universitäts- und Hochschulinstiuten bedeuten würde, so stellen die mit Räumen, Apparaturen, Mitarbeitern und finanziellen Mitteln besser ausgestatteten Wissenschaftler in Wirklichkeit doch eine erhebliche Konkurrenz für ihre Kollegen an Universitäten und Hochschulen dar. Zu diesem Ergebnis kommt 1929 auch die Zeitschrift für angewandte Chemie. So beklagt sie, daß die Doktoranden von den viel günstigeren Arbeitsbedingungen der Kaiser-Wilhelm-Institute angelockt und den Universitäten und Hochschulen entzogen würden, und fordert gleiche Bedingungen für Hochschulinstiute, damit diese auf dem Gebiet naturwissenschaftlicher Forschung von der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nicht in den Hintergrund gedrängt werden.<sup>132</sup> Eine solche Entwicklung wird durch die Feststellungen Beckers unterstrichen, "daß Preußen auf dem Gebiet der Forschung zugunsten der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft nahezu abgedankt hat" und daß für den Dispositionsfonds für allgemeine Wissenschaft der Unterrichtsverwaltung nur die "lächerlich geringe Summe" von 180 000 Reichsmark zur Verfügung stände.<sup>133</sup>

Zusammenfassend läßt sich über die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in den Jahren von 1919 bis 1932 feststellen:

Während der Weimarer Republik vollzieht sich eine völlige Eingliederung der "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V." in die staatsmonopolistische Forschungsorganisation. Die Monopole erreichen eine weitgehende Verwirklichung ihres bereits bei der Gründung der Gesellschaft vorhandenen Strebens nach einer umfassenden Finanzierung durch den Staat, wobei die Verfügungsgewalt über die wissenschaftlichen Ergebnisse der Institute nach wie vor bei den Monopolen liegt. Die Entwicklung der Gesellschaft ist gekennzeichnet durch eine Verstärkung des Einflusses der Monopole im allgemeinen und der Chemiemonopole im besonderen. Eine wesentliche Grundlage ihrer Einflußnahme sind die von ihnen bereitgestellten Mittel, die insbesondere für Institute bestimmt sind, deren Forschungsergebnisse sich unmittelbar in Profit umsetzen lassen, während dem Staat vor allem die Finanzierung der Grundlagenforschung übertragen wird. Die Chemiemonopole bestimmen wesentlich die Entwicklung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft in ihrer Gesamtheit und insbesondere die Arbeitsrichtung der für ihren Produktionszweig bedeutsamen Institute. Wie sie von den Arbeitsergebnissen der vor 1918 gegründeten Institute profitieren, so entspricht auch eine Reihe von Institutsgründungen ihren durch die Entwicklung der Produktivkräfte entstandenen neuen Bedürfnissen.

Unter der Regie der Chemiemonopole vollzieht sich im besonderen Maße die wissenschaftliche Tätigkeit des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Chemie. Die Chemiemonopole nutzen nach dem ersten Weltkrieg den Widerspruch zwischen der sinkenden finanziellen Leistungsfähigkeit der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft und den ständig wachsenden materiellen Erfordernissen der Wissenschaft zur Verstärkung ihres Einflusses. Dies vollzieht sich in entscheidendem Maße über die Finanzierung des Instituts durch die Emil-Fischer-Gesellschaft und über direkte Aufwendungen einzelner Firmen.

Die weitere Entwicklung der Gesellschaft beweist, daß die staatsmonopolistische Nutzung der Wissenschaft durch die Chemiemonopole in der Weimarer Republik in einer Linie über die verstärkte staatsmonopolistische Ausbeutung der Wissenschaft während des Faschismus zur Vorbereitung und Durchführung des zweiten Weltkrieges bis zu ihrer völligen Integration in das System des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der BRD verläuft. Schon in den ersten Nachkriegsjahren beginnt der erneute Griff des Monopolkapitals nach der Wissenschaft. Nachfolgerin der 1945 aufgrund eines Beschlusses des Alliierten Kontrollrates

<sup>132</sup> Zeitschrift für angewandte Chemie, 30. 3. 1929, Nr. 13, S. 342.

<sup>133</sup> Becker, Carl H., a. a. O., S. 457.





ZUM FUNKTIONSMEECHANISMUS ZWISCHEN STAAT UND MONOPOLKAPITAL IN DEUTSCHLAND IN DEN ERSTEN MONATEN DES ERSTEN WELTKRIEGES (1914 - 1915)<sup>1</sup>

von Willibald Gutsche

Als der vom deutschen Imperialismus provozierte erste Weltkrieg ausbrach, beherrschte eine kleine Gruppe von Monopolkapitalisten die Industrie Deutschlands und bestimmte zusammen mit dem Junkertum die Politik der Regierung Bethmann Hollweg. Die politische Macht befand sich in den Händen einer herrschenden Klasse, die in der Machtausübung bereits große Erfahrungen besaß und sich einer raffinierten Taktik bediente, die sich innenpolitisch aus Methoden brutaler Unterdrückung und geringfügiger reformerischer Zugeständnisse zusammensetzte und außenpolitisch Elemente direkten Annexionismus und indirekten weiträumigen Hegemonialstrebens miteinander verband. Unter den Bedingungen des imperialistischen Krieges vertieften sich die Beziehungen zwischen Staat und Monopolkapital auf wirtschaftlichem, außen- und innenpolitischem Gebiet in bis dahin unbekanntem Ausmaß. Diese Entwicklung wurde durch verschiedene objektive Ursachen bedingt:

1. Der erste Weltkrieg war ein imperialistischer Krieg, der um die Neuauftteilung der Erde geführt wurde. Die Regierung Bethmann Hollweg vertrat mit ihrer Politik das Gesamtinteresse des deutschen Imperialismus. Die grundlegende Triebkraft ihrer Expan-

1 Im vorliegenden Aufsatz, der mit einigen Abweichungen bereits in ungarischer Sprache veröffentlicht wurde (Gutsche, Willibald, Az állam monopoltöke együttműködésének mechanizmusa Németországban az első világháború első hónapjai alatt, in: Századok, Budapest, H. 2/1970, S. 251 - 282), unterbreitet der Verfasser eine Reihe von Schlußfolgerungen, zu denen er in seiner Habilitationsschrift "Die Beziehungen zwischen der Regierung Bethmann Hollweg und dem Monopolkapital in den ersten Monaten des ersten Weltkrieges" (Berlin 1967, Ms.), besonders in den Kapiteln V und VI, und aufgrund weiterer Forschungen gelangte. Er stützt sich vor allem auf die in den Kapiteln I bis IV dieser Arbeit geführten Untersuchungen, die zum größten Teil in zusammengefaßter Form publiziert wurden in Deutschland im ersten Weltkrieg, hg. v. der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin, Zentralinstitut für Geschichte, Bd. 1: Vorbereitung, Entfesselung und Verlauf des Krieges bis Ende 1914, v. einem Autorenkollektiv u. d. Leitung v. Fritz Klein, 3. durchges. Aufl. Berlin 1971, Kap. VI, S. 351 ff.; Bd. 2: Januar 1915 bis Oktober 1917, v. einem Autorenkollektiv u. d. Leitung v. Willibald Gutsche, 2. durchges. Aufl. Berlin 1970, Kap. III, S. 113 ff., Kap. IV, S. 163 ff., sowie in dem Beitrag Gutsche, Willibald, Der Einfluß des Monopolkapitals auf die Entstehung der außenpolitischen Konzeption der Regierung Bethmann Hollweg zu Beginn des ersten Weltkrieges, in: Jahrbuch für Geschichte, hg. v. Ernst Engelberg, Horst Bartel u. a., Bd. 5, 1971, S. 119 - 173. Zur staatsmonopolistischen Verflechtung in Belgien siehe auch Gutsche, Willibald, Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung in den ersten Kriegsjahren am Beispiel der Ausplünderung der belgischen Industrie und der Zwangsdeportation von Belgiern, in: Politik im Krieg 1914 - 1918. Studien zur Politik der deutschen herrschenden Klassen im ersten Weltkrieg, Berlin 1964, S. 66 - 89.

sionspolitik bildeten dabei die allgemeinen ökonomischen und politischen Interessen des Monopolkapitals. Mit dem Krieg suchte die Reichsregierung jene Expansionsziele zu verwirklichen, die vor allem von monopolkapitalistischer Seite seit Jahren gefordert worden waren und deren Verwirklichung sie auf dem Wege der *pénétration pacifique* bereits vor 1914 erstrebt hatte.

2. Die besondere Wahrnehmung des monopolistischen Expansionsinteresses durch die Reichsregierung ergab sich vor allem aus dem Kräfteverhältnis innerhalb der herrschenden Klasse, nämlich aus der Machtstellung des Monopolkapitals im System des junkerlich-bürgerlichen deutschen Imperialismus. Bereits vor dem Krieg hatte sich mit der Verlagerung des wirtschaftlichen Schwergewichts von der Landwirtschaft auf die Industrie und im Zuge der Herausbildung erster Elemente des staatsmonopolistischen Kapitalismus die Machtstellung des Monopolkapitals immer mehr ausgeprägt. Aufgrund der besonderen Entwicklungsbedingungen des deutschen Imperialismus hatte diese Verlagerung jedoch in der personellen Besetzung des staatlichen Apparates noch nicht ihren adäquaten Ausdruck gefunden. Die Bedingungen des Krieges führten dazu, daß der Staat in seiner Politik dem großbürgerlichen Element immer mehr Rechnung trug, spezielle konservativ-agrarische Interessen aufgab oder sie den großbürgerlichen Ansprüchen anpaßte.
3. Ein gewisses Abweichen von überkommenen Methoden konservativer Politik war von der Reichsregierung angesichts des Erstarkens der Arbeiterbewegung schon vor dem Krieg erwogen worden. Die Erkenntnis, daß gegenüber der Arbeiterklasse mit Gewalt allein nichts mehr auszurichten sei und der deutsche Imperialismus seine aggressiven Ziele nur verwirklichen könne, wenn er eine Massenbasis besäße, verstärkte zu Beginn des Krieges die Tendenz einer stärkeren Anwendung der Methode geringfügiger innenpolitischer Zugeständnisse neben der offenen Gewaltanwendung. Der Verrat der revisionistischen Führer der deutschen Arbeiterbewegung am 4. August 1914 schien die Voraussetzung für den Erfolg einer solchen reformerischen Taktik zu eröffnen, die vor allem von Teilen der Großbourgeoisie, kaum jedoch vom Junkertum befürwortet wurde.
4. Die Notwendigkeiten der imperialistischen Kriegswirtschaft zwangen zu einer engeren ökonomischen, institutionellen und personellen Verflechtung des Staates mit dem Monopolkapital.
5. In viel höherem Maße als vor dem Krieg war die Reichsregierung einfach nicht mehr in der Lage, Politik zu treiben, ohne sich auf die ökonomischen und politischen Potenzen des Monopolkapitals zu stützen. Auch diese innere Abhängigkeit des Staates vom Monopolkapital, die zwangsläufig zur Gegenleistung einer verstärkten Berücksichtigung monopolistischer Forderungen führte, wurde als objektive Gesetzmäßigkeit wirksam.

Die deutschen Imperialisten waren sich einig in dem Bestreben nach dem "Platz an der Sonne", nach der ökonomischen und politischen Vorherrschaft in Europa, nach der Herrschaft auf dem Weltmarkt und nach der Errichtung eines großen zusammenhängenden deutschen Kolonialreiches in Mittelafrika. Sie stimmten in dem Willen überein, ihre Herrschaft im Innern gegen die Arbeiterklasse und alle anderen werktätigen Klassen und Schichten zu erhalten und zu festigen. Schließlich drängten sie alle nach einer noch besseren Ausnutzung des Staates für die Sicherung ihrer unmittelbaren Profit- und Machtinteressen durch stärkere direkte Einflußnahme auf den Staatsapparat, ein Streben, dem der Staat angesichts der objektiven Anforderungen, die der Krieg an die Lenkung der Wirtschaft stellte, durch den Aufbau einer staatsmonopolistischen Kriegswirtschaftsorganisation entsprach. Alle Strömungen der deutschen Imperialisten standen jederzeit auf dem Boden dieses gemeinsamen Klasseninteresses, das sich in der politischen Zielsetzung und in der Strategie des imperialistischen Staates manifestierte. Innerhalb der herrschenden Klasse entbrannten jedoch immer wieder Auseinandersetzungen darüber, wie die gemeinsamen Ziele zu verwirklichen seien. Sie führ-

ten zeitweise zu heftigen Kämpfen um die offizielle Taktik, denen bei der Analyse der Politik des imperialistischen Staates insofern Aufmerksamkeit geschenkt werden muß, als sie die Durchsetzung bestimmter grundlegender imperialistischer Pläne förderten oder hemmten und auch für die Strategie und Taktik der Arbeiterbewegung von Bedeutung waren. Die jeweilige stärkere Anwendung der einen oder der anderen der beiden taktischen Varianten, deren sich - wie bereits Lenin feststellte - der imperialistische Staat stets bediente und bedient, wurde bedingt durch die Lage dieses Staates im internationalen Rahmen und durch das Kräfteverhältnis der Klassen. Entsprechenden Kursveränderungen, die dem Gesamtinteresse der herrschenden Klasse entsprachen, wurde in der Regel dadurch zum Durchbruch verholfen, daß sich Verlagerungen im Kräftefeld der herrschenden Klasse vollzogen. In Konfliktsituationen trat das Gros der herrschenden Klasse für die stärkere Anwendung der einen oder der anderen Methode ein, wobei das Überwiegen einer der beiden Methoden nicht unbedingt alle Bereiche der staatlichen Politik, sondern häufig nur einzelne Teilbereiche erfaßte. Dabei übernahm jeweils jene Strömung die Führung, deren Konzeption dem imperialistischen Gesamtinteresse in der gegebenen Situation am ehesten zu entsprechen schien und die für diese Fälle gewissermaßen die grundlegenden konzeptionellen Vorbereitungen getroffen hatte. Diese Führungsrolle mußte nicht in jedem Falle mit der dominierenden ökonomischen oder politischen Machtstellung der betreffenden Gruppierung identisch sein. Tiefgreifende und langfristige Wandlungen in den Methoden der imperialistischen Herrschaftsausübung ergaben sich dann, wenn sich in der Produktionssphäre, in der internationalen Arena und im Klassenkampf grundlegendere Veränderungen vollzogen, welche die herrschende Klasse zwangen, ihre bisherige Politik generell zu überprüfen und gegebenenfalls auch die strategische Zielsetzung zu modifizieren. Das war zum Beispiel im Herbst 1918 der Fall, als die herrschende Klasse versuchte, mit Hilfe einer Revolution "von oben" die Revolution "von unten" zu verhindern und ihre Herrschaft über die militärische Niederlage hinwegzueretten. Auch diese bedeutenden Wandlungen in der Strategie und Taktik des imperialistischen Staates setzten sich in der Regel über eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses innerhalb der Herrschenden Klasse durch.

Unabhängig von solchen zeitweiligen Kräfteverlagerungen innerhalb der herrschenden Klasse zugunsten der stärkeren Berücksichtigung der einen oder der anderen Methode der Machtausübung, die in entsprechenden Wandlungen der offiziellen Taktik ihren Ausdruck fanden, verfochten über längere Zeiträume hinweg ganz bestimmte Strömungen im Rahmen der grundlegenden politischen und strategischen Zielsetzung stärker die eine oder die andere strategisch-taktische Konzeption und trugen durch ihr Wirken zur Modifizierung der offiziellen Strategie und Taktik bei. In Konfliktsituationen wirkten die Träger jener Strömung, deren Auffassungen die Reichsregierung in der gegebenen Situation in höherem Maße Rechnung trug, als Vorreiter, und zwar sowohl im Hinblick auf zeitweilige taktische Kursschwankungen als auch hinsichtlich einer Änderung der amtlichen Strategie.

Vom Beginn des ersten Weltkrieges an lassen sich innerhalb der herrschenden Klasse Deutschlands zwei Hauptströmungen, eine konservativ-imperialistische<sup>2</sup> und eine wendigerer, liberalisierende imperialistische Strömung, unterscheiden, deren Meinungsverschieden-

2 Der Terminus "konservativ-imperialistische Strömung" bezieht sich nicht auf die Politik der Konservativen Partei, sondern auf konservative Methoden imperialistischer Politik im weiten Sinne. - Zum Problem der Gruppenstruktur des deutschen Imperialismus siehe jetzt auch Gossweller, Kurt, Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914 - 1932, Berlin 1971, der die hier gebrauchte Charakterisierung der beiden Hauptströmungen übernimmt. Zum Problem der Strömungen vor 1914 siehe Nussbaum, Helga, Zur Imperialismustheorie W. I. Lenins und zur Entwicklung staatsmonopolistischer Züge des deutschen Imperialismus bis 1914, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 25 - 65.

heiten sich angesichts des Scheiterns der Blitzkriegsstrategie seit Ende 1914 immer stärker ausprägten. Diese Strömungen beantworteten vor allem folgende vier Grundfragen der deutschen Kriegspolitik unterschiedlich:

1. in welcher Form die erstrebte Hegemonie des deutschen Imperialismus in Europa ausgeübt werden sollte: Während die konservativ-imperialistische Strömung gewaltige direkte Annexionen forderte, trat die wenigere imperialistische Strömung vor allem für eine weiträumige indirekte Expansion ein.
2. in welche Richtung der Hauptstoß der Expansion auf dem Kontinent gelenkt werden sollte: Während die konservativ-imperialistische Strömung vor allem für eine Expansion nach Westeuropa eintrat, plädierte die wenigere imperialistische Strömung dafür, vor allem eine Machtausweitung in Ost- und Südosteuropa durchzusetzen, weil sie bezweifelte, daß man England, den Hauptgegner, bereits in diesem Krieg werde völlig niederwerfen können.
3. auf welche Weise die Klassenherrschaft im Inneren in Zukunft am besten zu sichern sei: Die konservativ-imperialistische Strömung forderte eine diktatorische, offen terroristische Unterdrückung der Arbeiterklasse, der Bauern sowie des Mittel- und Kleinbürgertums. Die liberalisierende imperialistische Strömung hielt demgegenüber eine gleichzeitige Politik gewisser innenpolitischer Zugeständnisse und einer Zusammenarbeit mit den rechten Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften für günstiger. Sie hoffte, die Arbeiterbewegung durch deren innere Spaltung kampfunfähig machen und die Politik des imperialistischen Staates auf diese Weise eher auf eine Massenbasis stellen zu können.
4. ob sich die immer engere Verflechtung von Staat und Monopolkapital, die unter den Bedingungen des Krieges beschleunigt wurde, unter der alten Losung des Herr-im-Hause-Standpunktes, also ohne direkte, vor allem ökonomische Beteiligung des Staates an den Monopolen, oder auf dem Wege über gemischtwirtschaftliche Unternehmungen vollziehen sollte: Beide Strömungen der herrschenden Klasse drängten auch subjektiv auf eine fortschreitende Verflechtung zwischen Staat und Monopolkapital. Doch bestanden über die Form der Verflechtung Meinungsverschiedenheiten. Während die liberalisierenden Monopolisten in der von der Reichsregierung im imperialistischen Gesamtinteresse geförderten ökonomischen und personellen Verflechtung von Staat und Monopolkapital in Gestalt gemischtwirtschaftlicher Betriebe nicht nur eine vorübergehende Maßnahme, sondern den Auftakt zu einer neuen Form der kapitalistischen Wirtschaft überhaupt erblickten, wandten sich die konservativ-imperialistischen Kreise der Monopolbourgeoisie energisch gegen die Form einer ökonomischen und personellen Beteiligung des Staates an ihren Betrieben und billigten sie höchstens als eine vorübergehende kriegsbedingte Notlösung.

Diese vier wichtigsten Streitpunkte, die miteinander verkoppelt waren, durchzogen die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse in Deutschland während des ganzen Krieges. Sie führten zu heftigen Kämpfen zwischen den Vertretern beider Strömungen, vor allem aber zwischen den Vertretern der konservativ-imperialistischen Strömung und der Reichsregierung.

Die marxistisch-leninistische Historiographie der DDR hat sich der Untersuchung dieser Strömungen innerhalb der herrschenden Klasse, deren Existenz und deren unterschiedliche taktische Konzeptionen marxistische deutsche Historiker schon lange nachgewiesen haben<sup>3</sup>, seit einer Reihe von Jahren verstärkt zugewandt. Nachdem Kuczynski mit seinen Fragen nach der sich im Verlauf der Entwicklung des deutschen Imperialismus wandelnden Führungs-

3 Vgl. z. B. Illustrierte Geschichte der deutschen Revolution, Berlin 1929, S. 117 ff.

rolle bestimmter Gruppierungen des Monopolkapitals, ihren grundlegenden Gemeinsamkeiten und strategisch-taktischen Unterschieden die Aufmerksamkeit auf diesen wichtigen Forschungsgegenstand gelenkt hatte<sup>4</sup>, entstanden für die Periode des ersten Weltkrieges eine Anzahl von Arbeiten, die sich um eine genauere Bestimmung der Zusammensetzung der Strömungen, ihrer ökonomischen Grundlagen und ihres Einflusses auf die Regierungspolitik bemühten und in dieser Hinsicht wertvolle Erkenntnisse brachten. Im Hinblick auf die Beurteilung des Verhältnisses zwischen den Strömungen und der Regierung Bethmann Hollweg waren ihre Ergebnisse zunächst recht unterschiedlich. So vertrat zum Beispiel Basler die Auffassung, die Regierung Bethmann Hollweg habe vorwiegend die Interessen der Schwerindustrie vertreten und ihre Entscheidungen seien kaum von der von HAPAG, Deutscher Bank und Norddeutschem Lloyd getragenen Gruppierung beeinflusst worden<sup>5</sup>, während Küster und Rathmann die These verfochten, Bethmann Hollweg habe vor allem die Interessen der Gruppierung um Deutsche Bank und AEG vertreten<sup>6</sup>. Das gilt auch für die Zuordnung von Monopolgruppen zu einer der beiden Hauptströmungen. So ordnete zum Beispiel Küster die Monopole der chemischen Industrie der extremen Richtung des deutschen Imperialismus zu<sup>7</sup>, während Kuczynski und Rathmann die gesamte chemische Industrie als Verfechterin einer wenigeren Taktik kennzeichneten<sup>8</sup>. Auf der Grundlage weiterführender Untersuchungen kam Kuczynski zu dem Ergebnis, daß der entscheidende Kern des deutschen Monopolkapitals 1914 - abgesehen von gewissen weltanschaulich bedingten Überschneidungen (katholische Schwerindustrielle) - aus zwei Gruppen bestanden habe, nämlich aus der Gruppe Kohle-Eisen-Stahl und aus der Gruppe Elektro-Chemie, zu der er auch die Deutsche Bank und die Berliner Handelsgesellschaft rechnete, die besonders eng mit der Elektroindustrie verflochten waren.<sup>9</sup> Zugleich wies er auf die schwankende Haltung der chemischen Industrie während des ersten Weltkrieges hin.<sup>10</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen gelangte der Verfasser dieses Beitrages.<sup>11</sup> Schröter wies die Notwendigkeit einer Differenzierung innerhalb der beiden Hauptströmungen nach und untersuchte die spezifische Rolle der Banken, wobei er in grundsätzlicher Übereinstimmung mit Kuczynski<sup>12</sup> betonte, daß die Banken als Ganzes nicht einer einzigen Gruppe zugeordnet werden könnten, da ihre Beteiligungen in alle Gruppierungen hineinreichten.<sup>13</sup> Schröter regte an, die Untersuchung der ökonomischen Wurzeln

- 4 Kuczynski, Jürgen, Die Barbarei - extremster Ausdruck der Monopolherrschaft in Deutschland (im folgenden: Die Barbarei), in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 7/1961, bes. S. 1499 ff.; vgl. dazu Nussbaum, Helga, Sozialgeschichte der Bourgeoisie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1968, T. 4, S. 303.
- 5 Basler, Werner, Deutschlands Annexionspolitik in Polen und im Baltikum 1914 - 1918, Berlin 1962, S. 68.
- 6 Küster, Heinz, Die Kriegsziele des deutschen Imperialismus zu Beginn des ersten Weltkrieges (1914 - 1916), phil. Diss. Berlin 1961 (Ms.); Rathmann, Lothar, Stoßrichtung Nah-Ost 1914 - 1918. Zur Expansionspolitik des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg, Berlin 1963, S. 100.
- 7 Küster, Heinz, a. a. O., S. 70.
- 8 Kuczynski, Jürgen, a. a. O., S. 1499; Rathmann, Lothar, a. a. O., S. 36 f.
- 9 Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 4: Darstellung der Lage der Arbeiter in Deutschland von 1900 bis 1917/18, Berlin 1967, S. 213 ff.
- 10 Derselbe, Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1962, T. 2, S. 68.
- 11 Siehe Anm. 1 der vorliegenden Arbeit.
- 12 Kuczynski, Jürgen, Zur Soziologie des imperialistischen Deutschland, a. a. O., S. 57 f.
- 13 Schröter, Alfred, Einige methodologische Fragen der Entstehung und Entwicklung monopolistischer Gruppierungen in Deutschland (im folgenden: Einige methodologische Fragen), in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 4, S. 127 ff., 134 ff.; vgl. auch

der politischen Strömungen innerhalb der Großbourgeoisie nicht nur von den Industriezweigen, sondern auch von ihrer personellen Zusammensetzung her fortzuführen.<sup>14</sup> Der vorliegende Beitrag stellt einen Versuch in dieser Richtung dar, der vielleicht auch dazu beitragen kann, die Diskussion über die Methoden solcher Analysen über den hier behandelten Zeitabschnitt hinaus zu befruchten. Von ökonomischen Ursachen der in strategisch-taktischen Fragen divergierenden dauerhaften Hauptströmungen der Monopolbourgeoisie kann dann gesprochen werden, wenn es sich nachweisen läßt, daß ihre Träger im wesentlichen Vertreter ganz bestimmter Monopole, Monopolgruppen, Banken oder Industriezweige waren, und bei einem Vergleich der typischen Repräsentanten der beiden Strömungen und ihrer ökonomischen Grundlagen deutliche Unterschiede erkennbar werden. Gehen wir davon aus, daß für die politische Haltung jener Monopolisten und Bankiers, die in den politischen Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse als Wortführer hervortraten, die unmittelbaren ökonomischen Sonderinteressen jener Unternehmungen von maßgeblicher Bedeutung waren, denen im Geflecht ihrer ökonomischen Bindungen die entscheidende Bedeutung zukam, in denen sie also führende Funktionen bekleideten, an denen sie besonders stark ökonomisch beteiligt waren oder deren Interessen sie als Führer von Unternehmerverbänden in erster Linie wahrnahmen, dann beweist die Analyse für die ersten Monate des ersten Weltkrieges, daß die Formierung von zwei politischen Hauptgruppierungen innerhalb der herrschenden Klasse auf unterschiedlichen unmittelbaren ökonomischen Interessen beruhte. Dieser Schluß ergibt sich, wenn wir die unmittelbaren ökonomischen Interessen jener Monopolisten oder Vertreter von Monopolistenverbänden überblicken, die in den ersten Monaten des ersten Weltkrieges in Teil- oder Grundsatzfragen als Repräsentanten einer der beiden strategisch-taktischen Konzeptionen hervorgetreten sind und dazu beizutragen suchten, daß die von ihnen verfochtene Konzeption zur Regierungspolitik erhoben wurde.

Eine Analyse der ökonomischen Bedingtheit bestimmter strategisch-taktischer Forderungen macht es notwendig, die Wortführer des Monopolkapitals in dem zu untersuchenden Zeitraum einer der beiden Hauptströmungen zuzuordnen. Eine solche Eingruppierung trägt natürlich in gewissem Maße schematischen Charakter, weil sich bei einem Teil dieser Personen in den ersten Monaten des Krieges erst auf einem bestimmten Teilgebiet (außen-, innen- oder wirtschaftspolitisch) eine bestimmte Position in den Auseinandersetzungen klar nachweisen läßt, weil sich nicht in jedem Falle außen-, innen- und wirtschaftspolitische Konzeptionen deckten und weil die Art ihrer ökonomischen Bindungen - höhere Konzernangestellte, Geschäftsinhaber, Aufsichtsratsmitglieder, Großaktionäre, Leiter eines Unternehmerverbandes usw. - unterschiedliches Gewicht besaß.<sup>15</sup> Ungeachtet dieser Nachteile scheint ein solches Herangehen an eine quantifizierende Analyse doch gerechtfertigt, weil die große Anzahl der zugrunde liegenden Einzelfaktoren die Ermittlung typischer Erscheinungen gestattet und zugleich die Möglichkeit bietet, untypische Erscheinungen zu erkennen und ihnen weiter nachzugehen.

Die folgenden Übersichten erfassen jene Monopolisten, Bankiers usw., die in der Zeit vom Juli 1914 bis zum Frühjahr 1915 als hauptsächlich Wortführer einer der beiden Hauptströmungen hervortraten. Die Angaben über ihre ökonomischen Bindungen beschränken sich auf

derselbe, Krieg-Staat-Monopol 1914 - 1918. Die Zusammenhänge von imperialistischer Kriegswirtschaft, Militarisierung der Volkswirtschaft und staatsmonopolistischem Kapitalismus in Deutschland während des ersten Weltkrieges, Berlin 1965, S. 148 ff.; vgl. dazu auch Gossweller, Kurt, a. a. O., S. 34 ff. - G.s These, das Bankkapital stelle gegenüber dem Industriekapital generell das führende Element dar, scheint jedoch - zumindest für die hier behandelte Zeit - in dieser absoluten Form nicht zutreffend zu sein.

<sup>14</sup> Schröter, Alfred, Einige methodologische Fragen, a. a. O., S. 134.

<sup>15</sup> Vgl. Radandt, Hans, Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsräte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1966, T. 2, S. 257.

eine Auswahl, wobei jedoch angestrebt wurde, die charakteristischen ökonomischen Interessen zu erfassen. In den Fällen, in denen die ökonomischen Bindungen nicht einheitlich auf einem bestimmten Gebiet lagen, werden Beispiele für die verschiedenartigen Wirtschaftszweige, Banken bzw. Unternehmerorganisationen genannt. Funktionen in Kriegsrohstoffgesellschaften sowie politische Funktionen blieben unberücksichtigt, weil es sich dabei bereits um eine Wahrnehmung ökonomischer Interessen handelte.

Land	Wirtschaftszweig	Bank	Unternehmerorganisation	Funktion
Australien	Wool	ANZ	Wool Growers' Association	Wool Marketing Board
		Commonwealth Bank	Wool Growers' Association	Wool Marketing Board
Brasilien	Café	Caixa Econômica Federal	Associação Brasileira de Produtores de Café	Associação Brasileira de Produtores de Café
		Banco do Brasil	Associação Brasileira de Produtores de Café	Associação Brasileira de Produtores de Café
Canada	Wool	Bank of Montreal	Canadian Wool Growers' Association	Canadian Wool Marketing Board
		Imperial Bank of Canada	Canadian Wool Growers' Association	Canadian Wool Marketing Board
China	Silk	Bank of China	China National Silk Corporation	China National Silk Corporation
		Bank of Communications	China National Silk Corporation	China National Silk Corporation
Cuba	Sugarcane	Banco de Pinar del Rio	Asociación de Productores de Caña de Azúcar	Asociación de Productores de Caña de Azúcar
		Banco de Matanzas	Asociación de Productores de Caña de Azúcar	Asociación de Productores de Caña de Azúcar
France	Wool	Crédit Lyonnais	Union des Producteurs Français de Laine	Union des Producteurs Français de Laine
		Crédit Commercial de France	Union des Producteurs Français de Laine	Union des Producteurs Français de Laine
Germany	Wool	Deutsche Bank	Deutscher Wollmarkt	Deutscher Wollmarkt
		Commerzbank	Deutscher Wollmarkt	Deutscher Wollmarkt
India	Wool	Bank of India	Wool Marketing Board	Wool Marketing Board
		Bank of Commerce	Wool Marketing Board	Wool Marketing Board
Japan	Wool	Bank of Japan	Wool Marketing Board	Wool Marketing Board
		Bank of Communications	Wool Marketing Board	Wool Marketing Board
New Zealand	Wool	Bank of New Zealand	Wool Marketing Board	Wool Marketing Board
		Bank of Australasia	Wool Marketing Board	Wool Marketing Board
Peru	Cotton	Banco de Comercio Exterior	Asociación de Productores de Algodón	Asociación de Productores de Algodón
		Banco de la Nación	Asociación de Productores de Algodón	Asociación de Productores de Algodón
Spain	Wool	Banco de España	Asociación de Productores de Lana	Asociación de Productores de Lana
		Banco de Vizcaya	Asociación de Productores de Lana	Asociación de Productores de Lana
United States	Wool	Bank of America	Wool Marketing Board	Wool Marketing Board
		Bank of New York	Wool Marketing Board	Wool Marketing Board



Monopolisten und Repräsentanten von Monopolistenverbänden, die in den ersten Monaten des Krieges liberalisierende imperialistische Positionen vertraten<sup>+</sup>

Name	Industrie, Handel, Verkehr	Banken, Versicherungen	Unternehmerverbände
Arnhold, Eduard	AV: Berlin-Anhaltische Maschinenbau AG, Deutsche Waffen- und Munitionsfabriken, Große Berliner Straßenbahn SAV: AG für Anilinfabrikation AM: AEG	SAV: Dresdner Bank	
Ballin, Albert	GD: HAPAG AV: Deutsche Dampfschiffahrts-Gesellschaft "Kosmos" AM: AEG, Vulkan-Werke Hamburg u. Stettin AG	AM: Direktion der Disconto-Gesellschaft, A. Schaaffhausen'scher Bankverein (Aktien seit 1914 im Besitz der Disconto-Gesellschaft)	Vors. des Vereins Hamburger Reeder
Bodenhausen-Degener, Eberhard v.	D: Fried. Krupp AG, Stahlwerks-Verband AG AM: Deutsche Kolonial-Eisenbahn-Bau- und Betriebs-Gesellschaft, Mannesmann-Röhren-Werke		
Bogdan, Graf v. Hutten-Czapski, Großgrundbesitzer	AM: Eisenwerk Kraft AG	AM: Friedrich-Wilhelm-Lebensversicherungs-Gesellschaft AG	
Borsig, Ernst v.	Mitinhhaber der August Borsig Maschinenbau GmbH AM: Oberschlesische Kokswerke & Chemische Fabriken AG	AM: Deutsche Bank	Vors. des Verbandes Berliner Metallindustrieller (E. V.) 1. stellv. Vors.: Gesamtverband Deutscher Metallindustrieller (ZdI) <sup>+</sup> und Verein deutscher Maschinenbau-Anstalten (ZdI)
Fürstenberg, Carl	AV: Accumulatoren-Fabrik AG SAV: AEG, Berlin-Anhaltische Maschinenbau AG Außerdem in zahlreichen AR der Elektroindustrie, der Maschinenbauindustrie, der Chemieindustrie und mittel- und ostdeutscher Montanunternehmen	Geschäftsinhaber: Berliner Handelsgesellschaft, Vizepräsident: Verwaltungsrat der Bank für elektrische Unternehmungen, Zürich	
Gothein, Georg	AV: Schlesische Dampfer Compagnie AG AM: Oberschlesische Eisenbahn-Bedarfs AG		
Gutleben, Fritz	AM: Bayrische Woldeckenfabrik Druckmühl AG, Bayrische Treuhand AG	D: Bank für Handel und Industrie, Filiale München	
Gutmann, Eugen	AV: Berlin-Charlottenburger Straßenbahn SAV: Gesellschaft für elektrische Unternehmungen, Vereinigte Königs- und Laurahütte AG für Bergbau- und Hüttenbetrieb AM: AEG, Gelsenkirchener Bergwerks AG, Deutsche Waffen- und Munitions-Fabriken	D: Dresdner Bank AV: Deutsche Orientbank AG (Gründung der Dresdner Bank, des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins und der Nationalbank für Deutschland)	

<sup>+</sup> Die Anmerkungen befinden sich am Ende der Übersichten.

Name	Industrie, Handel, Verkehr	Banken, Versicherungen	Unternehmerverbände
Gutmann, Hermann M.	AM: Santa Catharina-Eisenbahn AG, Eisenhütte Silesia AG	Vorstandsmitglied: Dresdner Bank, Deutsche Orientbank AG (Gründung der Dresdner Bank, des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins und der Nationalbank für Deutschland) AV: Ägyptische Hypothekenbank, Kairo AM: Bank für elektrische Unternehmungen, Zürich, Bank für Orientalische Eisenbahnen, Zürich	
Gwinner, Arthur v.	Präs.: Verwaltungsrat der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft, Konstantinopel AV: Deutsche Petroleum AG, Steaua Română AG für Petroleum-Industrie, Bukarest, Deutsch-Überseische Electricitäts-Gesellschaft in Berlin AM: Kattowitzer AG für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb	D: Deutsche Bank Stellv. Vors.: Verwaltungsrat der Bank für Orientalische Eisenbahnen, Zürich AM: Deutsche Überseische Bank in Berlin (unter Einfluß der Deutschen Bank)	
Hahn, Friedrich	Vors. des Direktoriums der Optischen Anstalt C. P. Goerz AG, Friedenau		
Hatzfeld, Hermann Fürst v., Herzog zu Trachenberg, Großgrundbesitzer	AM: Kattowitzer AG für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb, Preußen-grube AG	AM: Schlesischer Bankverein, Breslau (Tochtergesellschaft der Deutschen Bank)	
Heckscher, Siegfried	D: HAPAG		
Heineken, Philipp	GD: Norddeutscher Lloyd AV: Deutsche Südseeposphat AG AM: Hansa-Lloyd-Werke AG, AEG	AM: Deutsche Bank, "Allianz"Versicherungs AG	
Helfferich, Karl		D: Deutsche Bank (bis 1915)	
Henckel von Donnersmarck, Fürst Guido, Großgrundbesitzer	AV: Eisenwerk Kraft AG, Schlesi-sche AG für Bergbau und Zink-hüttenbetrieb AM: Deutsche Waffen- und Muni-tionsfabriken		
Hilger, Ewald	GD: Vereinigte Königs- und Laura-hütte AG für Bergbau und Hüt-tenbetrieb AM: Sächsische Montagegesellschaft, Breslau, Stahlwerks-Verband AG	AM: Dresdner Bank	Vors. der Östlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (ZdI) Stellv. Vors. des Oberschle-sischen Berg- und Hütten-männischen Vereins (ZdI)
Holtzendorff, Arndt v.	D: und Generalrepräsentant: HAPAG AM: Berliner Hotel-Gesellschaft		
Klingenberg, Georg,	D: AEG Außerdem in mehreren AR der Elektro-industrie		Stellv. Vors. des Verbandes Deutscher Elektrotechniker (E. V.)
Langen, Gottlieb v., Großgrundbesitzer	Mitinhaber und Geschäftsführer: GmbH Pfeiffer & Langen, Zuckerfabrik, Köln AV: Gasmotoren-Fabrik, Deutz AM: Continentale Gesellschaft für elek-trische Unternehmungen, Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft, Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken AG, Vereinigte Stahlwerke von der Zypen und Wissener Eisenhüt-ten AG, Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb	AV: A. Schaaffhausen'scher Bankverein (Aktien seit 1914 im Besitz der Disconto-Gesellschaft) AM: Direktion der Disconto-Gesellschaft	

Name	Industrie, Handel, Verkehr	Banken, Versicherungen	Unternehmerverbände
Mallinckrodt, Wilhelm v.	Mitinhaber der Firma W. Mallinckrodt & Co., Antwerpen Vors. des Verwaltungsrates der Alliance Pastorale AG, Antwerpen, und der Antwerpener Drogerie und Ölfabrik AG	AM: Dresdner Bank, Deutsch-Südamerikanische Bank (Gründung der Dresdner Bank, des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins und der Nationalbank für Deutschland) Mitglied des Verwaltungsrates der Banque Hypothécaire Transatlantique, Antwerpen	
Mamroth, Paul	D: AEG, Berliner Elektrizitätswerke Außerdem in zahlreichen AR, vor allem der Elektroindustrie		
Mendelssohn, Robert v.		Mitinhaber des Bankhauses Mendelssohn & Co. AV: Berliner Hagel-Assecuranz-Gesellschaft von 1832 Mitglied des Verwaltungsrates: Bank des Berliner Kassenvereins, Deutsch-Asiatische Bank, Shanghai (Gemeinsame Gründung der führenden deutschen Banken)	
Merton, Richard		AM: Metallbank-Metallurgische Gesellschaft AG	
Moellendorff, Wichard v.	Direktionsassistent im Kabelwerk Oberspree der AEG		
Mueller, Waldemar	AV: Deutsch-Niederländische Telegraphengesellschaft AG, Köln SAV: Deutsch-Atlantische Telegraphen-Gesellschaft, Köln AM: Felten & Guillaume-Carlswerk AG, Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG, Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb, Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwest-Afrika	D u. AV: Dresdner Bank AV: Berlinische Boden-Credit AG (Gründung der Dresdner Bank, des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins u. a.) AM: Deutsch-Asiatische Bank, Shanghai (gemeinsame Gründung der führenden deutschen Banken), Allianz-Versicherungs AG	
Petersen, Carl		AM: Gasanstalt Gaarden, Hamburg	
Rathenau, Walther	D: (seit 1915 AV): AEG AV: Vereinigte Lausitzer Glaswerke AG SAV: Schlesische Elektrizitäts- und Gas AG AM: Felten & Guillaume-Carlswerk AG, Ludwig Loewe & Co. AG, Schlesische AG für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Mannesmannröhren-Werke. Außerdem in zahlreichen weiteren AR der Elektroindustrie, der Chemieindustrie und der oberschlesischen Montanindustrie	AM: Berliner Handelsgesellschaft, Bank für elektrische Unternehmungen, Zürich	
Rhazen, Oskar		GD: Gasmotoren-Fabrik, Deutz	1. stellv. Vors. des Vereins der Industriellen des Regierungsbezirks Köln (ZdI)

Name	Industrie, Handel, Verkehr	Banken, Versicherungen	Unternehmerverbände
Rieppel, Anton v.	GD: Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG SAV: Eisenwerk Nürnberg AG, vorm. Tafel & Co. AM: Continentale Gesellschaft für elektrische Unternehmungen	SAV: Bayerische Disconto- und Wechsel-Bank AG, Nürnberg (Gründung der Disconto-Gesellschaft und der Bayerischen Hypotheken- und Wechselbank)	1. stellv. Vors. des ZdI, Vors. des Gesamtverbandes Deutscher Metallindustrieller (ZdI), Vors. des Bayerischen Industriellenverbandes (ZdI), stellv. Vors. der Süddeutschen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller
Riesser, Jacob	AV: A. Riebeck'sche Montan-Werke AG, Chemische Fabrik Grünau, Landshoff & Meyer AG AM: Deutsch-Atlantische Telegraphen-Gesellschaft, Köln	AM: Bank für Handel und Industrie, Union Allgemeine Versicherungs AG, Berlin	Präsident des Hansabundes für Gewerbe, Handel und Industrie
Salomonsohn, Arthur	AV: Gelsenkirchener Bergwerks AG, Kaliwerke Aschersleben, Neu-Guinea-Company, Berlin SAV: Deutsch-Überseeische Elektrizitäts-Gesellschaft in Berlin AM: AEG, Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken AG, Rheinische Stahlwerke zu Duisburg-Meiderich	Geschäftsinhaber: Disconto-Gesellschaft SAV: Deutsch-Asiatische Bank, Shanghai (gemeinsame Gründung der führenden deutschen Banken), Bank für Chile und Deutschland (Tochtergesellschaft der Disconto-Gesellschaft), Brasilianische Bank für Deutschland (Tochtergesellschaft der Disconto-Gesellschaft)	
Schaltenbrand, Eugen	GD u. Vors.: Vorstand der Hohenlohe-Werke AG	AM: Deutsche Bank	
Schwabach, Paul Hermann v.	AV: Hedwigshütte Anthracit-, Kohlen- und Kokswerke, Vereinigte Königs- und Laurahütte AG für Bergbau- und Hüttenbetrieb, Continental-Telegraphen-Compagnie AG SAV: Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwest-Afrika AM: Russische Montanindustrie AG, Deutsche Waffen- und Munitions-Fabriken, Norddeutscher Lloyd, Felten & Guillaume-Carlswerk AG, Deutsche Erdöl AG	Mitinhhaber des Bankhauses S. Bleichröder SV: Verwaltungsrat der Banca Generală Română AM: Sächsische Bank, Dresden	
Siemens, Carl Friedrich v.	Vors. des Direktoriums der Siemens-Schuckert Werke GmbH AM: Siemens & Halske AG und andere Siemens-Unternehmen	AM: Deutsche Bank	Vors. des Zentralverbandes der deutschen elektrotechnischen Industrie
Siemens, Wilhelm v.	AV: Siemens-Schuckert Werke GmbH, AG Siemens Electriche Betriebe SAV: Siemens & Halske AG		
Springer, Ernst	AV: Deutsche Erdöl AG, "Herne" Vereinigung von Hibernia-Aktionären GmbH AM: Bergwerksgesellschaft Hibernia, Domnitzscher Thonwerke AG	SV: Kuratorium der Preussischen Hypotheken-Actien-Bank	

Name	Industrie, Handel, Verkehr	Banken, Versicherungen	Unternehmerverbände
Stauß, Emil Georg	D: Deutsche Petroleum AG AV: Bayrischer Lloyd AM: Europäische Petroleum-Union GmbH, Steaua Română AG für Petroleum-Industrie, Bukarest, Petroleum Steamship Co. Ltd., London	D: Deutsche Bank	
Warburg, Max Moritz	AM: HAPAG, Blohm & Voß, Kame-run-Eisenbahn-Gesellschaft, Santa Catharina-Eisenbahn-AG	Bankier im Bankhaus M. M. Warburg & Co.	

Monopolisten und Repräsentanten von Monopolistenverbänden, die in den ersten Monaten des Krieges konservativ-imperialistische Positionen vertraten<sup>+</sup>

Name	Industrie, Handel, Verkehr	Banken, Versicherungen	Unternehmerverbände
Beukenberg, Wilhelm	GD: Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb AM: Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndicat, Dynamit AG, vorm. A. Nobel & Co., Stahlwerks-Verband AG	AM: Direktion der Disconto-Gesellschaft, A. Schaaffhausen'scher Bankverein (Aktien seit 1914 im Besitz der Disconto-Gesellschaft)	Vors. der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (ZdI), stellv. Vors. des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (ZdI)
Beumer, Wilhelm			Generalsekretär der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller (ZdI), u. des Vereins zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen (ZdI)
Clauss, Carl	D: Baumwollspinnerei am Stadtbach, Augsburg AM: Mechanische Weberei am Fichtelbach, Augsburg		1. stellv. Vors. des Bayerischen Industriellenverbandes (ZdI), stellv. Vors. des Vereins Süddeutscher Baumwollindustrieller
Duisberg, Carl	GD: Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co., Leverkusen		Stellv. Vors. des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands e. V.
Erzberger, Matthias	AM: Stahlwerk Thyssen AG (seit 1915)		
Friedrichs, Heinrich <sup>+++</sup>	Mitinhhaber: Firma Pignol & Heiland, Steinwarenfabrik, Potsdam AM: "Sarotti" Chokoladen- u. Cacao-Industrie AG		Vors. des BdI
Haeusser, Adolf	D: Farbwerke vorm. Meister Lucius & Brüning, Höchst AM: AG für Stickstoffdünger in Knapsack, Maschinen- und Armaturenfabrik, vorm. H. Breuer & Co.		Vors. des Vereins zur Wahrung der Interessen der Chemischen Industrie Deutschlands e. V.
Herle, Jakob <sup>+++</sup>			Geschäftsführer des BdI
Hirsch, Wilhelm	AM: Essener Steinkohlen-Bergwerke AG, Th. Goldschmidt AG, Essen		Syndikus der Handelskammer Essen, Mülheim und Oberhausen (ZdI)
Hugenberg, Alfred	Vors. des Direktoriums der Fried. Krupp AG AM: Schantung-Eisenbahn-Gesellschaft Tsingtau		Vors. des Vereins für die bergbauischen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Essen (ZdI)

Name	Industrie, Handel, Verkehr	Banken, Versicherungen	Unternehmerverbände
Kind, Hugo			2. Geschäftsführer der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller (ZdI)
Kirdorf, Emil	GD: Gelsenkirchener Bergwerks AG AV: Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat SAV: Stahlwerks-Verband AG AM: Deutsche Waffen- u. Munitions-Fabriken	AV: A. Schaaffhausen'scher Bankverein AM: Direktion der Disconto-Gesellschaft	(Aktien seit 1914 im Besitz der Disconto-Gesellschaft)
Krupp von Bohlen und Halbacht, Gustav	AV: Fried. Krupp AG		
Marwitz, Georg	GD: Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufaktur AG, AG der Dresdner Gardinen- und Spitzenmanufaktur in Warschau AV: Deutsch-Levantinische Baumwollgesellschaft, Dresden, Anatolische Industrie- und Handelsgesellschaft, Dresden AM: Deutsche Togogesellschaft, Berlin		
Poensgen, Ernst	Vorstandsmitglied der Phönix AG für Bergbau und Hüttenbetrieb AM: Walther & Cie. AG, Köln-Dellbrück		

Reusch, Paul	Vors. der Direktion: Gutehoffnungshütte Actienverein für Bergbau und Hüttenbetrieb (Hanielkonzern) AM: Stahlwerks-Verband AG		2. stellv. Vors. der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (ZdI)
Röchling, Hermann	Geschäftsführer und Gesellschafter der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke GmbH, Völklingen, Mitinhaber der Firma Gebrüder Röchling, Bankgeschäft und Kohlgengeschäft, Saarbrücken AV: Hallesche Kaliwerke AG		
Röchling, Louis	Geschäftsführer und Gesellschafter der Röchling'schen Eisen- und Stahlwerke GmbH, Völklingen, Mitinhaber der Firma Gebrüder Röchling, Bankgeschäft und Kohlgengeschäft, Saarbrücken AV: Stahlwerks-Verband AG		Vors. der Südwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller (ZdI)
Roesicke, Gustav (Großgrundbesitzer)	Vorstandsmitglied verschiedener Bergbaubetriebe im Burbach-Konzern AM: Deutsche Salpeterwerke Fölsch & Martin Nachf. AG		Einer der beiden Bundesvors. des Bundes der Landwirte
Roetger, Max	(von 1901 - 1909 Vorsitzender des Direktoriums der Fried. Krupp AG)		Vors. des ZdI, Vors. der Vereinigung der deutschen Arbeitgeber
Schweighoffer, Ferdinand			Geschäftsführer des ZdI

Name	Industrie, Handel, Verkehr	Banken, Versicherungen	Unternehmerverbände
Springorum, Friedrich	GD: Eisen- und Stahlwerk "Hoesch" AG AM: Stahlwerks-Verband AG		1. stellv. Vors. der Nordwestlichen Gruppe des Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller (ZdI), Vors. des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (ZdI)
Stinnes, Hugo	Inhaber der Hugo Stinnes GmbH, Mülheim AV: Deutsch-Luxemburgische Bergwerks- und Hütten AG, Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG in Essen, Charbonnages Réunis de Bender Eregli Sociétés anonymes, Brüssel Außerdem in zahlreichen AR, vorwiegend der Montanindustrie, der Elektroindustrie und von Reedereien	SAV: Rheinische Bank, Mülheim (ab 1.1.1916 Fusion mit Disconto-Gesellschaft)	Stellv. Vors. des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund, Essen (ZdI)
Stresemann, Gustav	AM: Sachsenwerk, Licht- und Kraft AG, Zuckerraffinerie Genthin AG		Mitglied des Präsidiums des BDI, Geschäftsführer des Verbandes Sächsischer Industrieller (BDI)
Thyssen, August	Mitinhaber und AV: Maschinenfabrik Thyssen & Co. AG, Mülheim AV: Stahlwerk Thyssen AG, Hagendingen SAV: Maschinenfabrik Rheinland AG Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk AG, Stahlwerks-Verband AG	AV: Rheinische Bank, Essen (ab 1.1.1916 Fusion mit Disconto-Gesellschaft)	
Vogel, Hermann Wilhelm	Mitinhaber der Firma Wilhelm Vogel, Chemnitz AV: Tüllfabrik Flöha AG, SAV: Elektrizitäts AG, Chemnitz AM: Sächsische Maschinenfabrik vorm. Rich. Gastmann AG, Chemnitz	AM: Dresdner Bank	Vors. des Verbandes der Textilindustriellen, 2. Vors. des Deutschen Handelstages

- + AM = Aufsichtsratsmitglied
- AR = Aufsichtsrat, Aufsichtsräte
- AV = Aufsichtsratsvorsitzender
- BdI = Bund der Industriellen
- D = Direktor
- GD = Generaldirektor
- SAV = Stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender
- ZdI = Zentralverband deutscher Industrieller

Die Angaben der Tabellen stützen sich vor allem auf: Adreßbuch der Directoren und Aufsichtsräte, hg. von H. Arends u. C. Mossner, 1915, sowie Handbuch wirtschaftlicher Vereine und Verbände des Deutschen Reiches, hg. v. Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie, Berlin/Leipzig 1913. - Zum besseren Verständnis werden zum Teil Funktionen usw. genannt, welche die betreffende Person während des Zeitraumes 1914 - 1915 verlor oder erlangte.

- ++ Der in der Spalte "Unternehmerverbände" in Klammern gesetzte Hinweis "ZdI" bzw. "BdI" verweist auf die korporative Mitgliedschaft des betreffenden Verbandes in einem der beiden großen Unternehmerverbände.
- +++ Persönlichkeiten, welche zu Beginn des Krieges im wesentlichen konservativ-imperialistische Kriegsziele forderten, in anderen Fragen jedoch für eine weniger imperialistische Taktik eintraten.



Die Übersichten erlauben die Schlußfolgerung, daß zwar nicht von einer ganz einseitigen ökonomischen Grundlage jeder der beiden Strömungen gesprochen werden kann, daß jedoch jede von ihnen vorrangig auf typischen, von denen der anderen Strömung unterschiedlichen ökonomischen Grundlagen beruhte. Zwar sind Ausnahmen erkennbar, wie die, daß sich der Direktor der Dresdner Bank, Eugen Gutmann, auch als Aufsichtsratsmitglied der Gelsenkirchener Bergwerks AG betätigte, Hugo Stinnes auch in Aufsichtsräten von Reedereien vertreten war und Albert Ballin auch als Aufsichtsratsmitglied des mit der Disconto-Gesellschaft verflochtenen A. Schaaffhausen'schen Bankvereins wirkte. Dessen ungeachtet, ergibt sich aber eindeutig folgender Unterschied: Die führenden Vertreter einer konservativ-imperialistischen taktischen Konzeption waren fast ausnahmslos in der westdeutschen Schwerindustrie oder in der Anilin- und Pulvergruppe der chemischen Industrie verwurzelt. Außerdem waren sie in besonderem Maße mit der Disconto-Gesellschaft und mit dem seit 1914 von ihr beherrschten A. Schaaffhausen'schen Bankverein verbunden. Die Wortführer der liberalisierenden imperialistischen Strömung vertraten demgegenüber nur in seltenen Fällen vorwiegend Interessen der westdeutschen Schwerindustrie oder der Anilin- und Pulvergruppe der chemischen Industrie. Besonders typisch für ihre ökonomische Basis waren: Elektroindustrie, Maschinen- und Apparatebau, mitteldeutsche und oberschlesische Montanindustrie, Großreedereien, Petroleumindustrie, Kolonialgesellschaften und verschiedene Zweige der Leichtindustrie. Charakteristisch waren außerdem ihre vorwiegenden Beziehungen zur Deutschen Bank, zur Dresdner Bank, zur Bank für Handel und Industrie, zur Berliner Handelsgesellschaft und zu den Bankhäusern S. Bleichröder, M. M. Warburg & Co. und Mendelssohn & Co. Dabei ist hier die Konzentration jener Industriellen und Bankiers unverkennbar, die in irgendeiner Form unmittelbare ökonomische Interessen in Ost- und Südosteuropa, im Vorderen Orient und in Übersee verfolgten. Abweichungen von diesen typischen ökonomischen Bindungen der Repräsentanten der beiden Strömungen sind so geringfügig an Zahl, daß sie nur als - zum Teil subjektiv bedingte - Ausnahmen in Erscheinung treten. Die Übersichten beweisen also, daß die strategisch-taktischen Differenzen zwischen den dauerhaften Hauptströmungen der herrschenden Klasse in den unterschiedlichen unmittelbaren ökonomischen Interessen bestimmter Monopolgruppen ihre objektive Grundlage besaßen. Ergebnisse der Untersuchung erhärten, daß die von Kuczynski getroffene Differenzierung zwischen den Monopolen der Kohle-, Eisen- und Stahlindustrie einerseits und den Monopolen der Elektro- und Chemieindustrie andererseits<sup>16</sup> für den hier behandelten Zeitraum prinzipiell zutrifft.

Wie erklärt es sich, daß ganz bestimmte Monopolisten und Bankiers ganz bestimmte taktische Konzeptionen verfochten? Unter jenen Monopolen, die außenpolitisch auf dem europäischen Kontinent für eine mehr indirekte Hegemonie des deutschen Imperialismus eintraten, daneben in erster Linie ein großes deutsches Kolonialreich in Mittelafrrika erstrebten, die völlige militärische Niederlage Englands in diesem Krieg bezweifelten und die Hauptstoßrichtung der Expansion nach Ost- und Südosteuropa gerichtet wissen wollten, innenpolitisch Reformen forderten und wirtschaftspolitisch eine dauerhafte "Neuordnung" der Wirtschaft im Sinne einer direkten Beteiligung des Staates an den Monopolbetrieben anstrebten, müssen jene der Elektroindustrie<sup>17</sup> an erster Stelle genannt werden.

16 Vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Barbarei, a. a. O., S. 1499 f.

17 Vgl. dazu Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 250 ff.; Jerussalimski, A. S., Die Außenpolitik und die Diplomatie des deutschen Imperialismus Ende des 19. Jahrhunderts, Berlin 1954, S. 51; vgl. Kuczynski, Jürgen, Die Geschichte der Lage der Arbeiter unter dem Kapitalismus, Bd. 14: Zur Frühgeschichte des deutschen Monopolkapitals und des staatsmonopolistischen Kapitalismus, Berlin 1962, S. 133 ff.; Gosswiler, Kurt, a. a. O., S. 46 ff.; Schröter, Alfred, Einige methodologische Fragen, a. a. O., S. 130 f.

Aufgrund ihrer Struktur und ihres besonderen Interesses an der Erweiterung ihrer Absatzgebiete in Europa, im Vorderen Orient, in Afrika, Amerika und Asien war die Ausdehnung der Macht- und Profitquellen der großen Elektrokonzerne - ähnlich wie bei den meisten anderen Wirtschaftszweigen, welche die wendigere Strömung trugen - nicht unbedingt an eine Annexion fremder Territorien gebunden. Sie ließen sich vielmehr auf indirektem Wege, zum Beispiel über einen mit militärischer Gewalt erzwungenen europäischen Wirtschaftsverband, bedeutend ergiebiger und umfangreicher realisieren, denn auf diesem Wege gerieten nicht nur einzelne Gebietsteile, sondern die Nationalwirtschaften der als Expansionsobjekte vorgesehenen Staaten unter die Botmäßigkeit der deutschen Monopole. Deshalb waren diese Kreise zu einer zwar nicht weniger irrealen und abenteuerlichen, im einzelnen aber beweglicheren Taktik fähig.

In diesen besonderen Bedingungen der deutschen Elektromonopole, die in Europa fast unumstritten das Feld beherrschten, ist die ökonomische Ursache für die Tatsache zu suchen, daß gerade ihre führenden Vertreter neben denen der meisten großen Banken besonders intensiv für eine wendigere Kriegszielkonzeption eintraten und den Veränderungen in der militärischen und internationalen Lage mehr Rechnung zu tragen bereit waren als die westdeutschen Montanindustriellen.

Es war auch kein Zufall, daß die Initiative zur Kriegsrohstoffbewirtschaftung und damit zu einer - die Gesetzmäßigkeit der staatsmonopolistischen Entwicklung fördernden - staatlichen Lenkung der Kriegswirtschaft gerade von den Elektromonopolen ausging. Die Initiative der AEG zur Rohstoffbewirtschaftung beruhte auf der Tatsache, daß gerade ihr der Mangel an Buntmetallen schon zu Beginn des Krieges erhebliche Schwierigkeiten bereitete. Im Unterschied zu den Monopolen der westdeutschen Schwerindustrie vertraten die Elektromonopolisten die Auffassung, daß die ökonomische und personelle Verflechtung von Staat und Monopolkapital, die sich als zwangsläufige Folge der imperialistischen Kriegswirtschaft erheblich verstärkte, nicht lediglich als kriegsbedingte Erscheinung, sondern als Beginn einer neuen dauerhaften Form der imperialistischen Wirtschaft überhaupt betrachtet werden müsse. Dieser taktischen Konzeption lag einmal das Streben der Elektromonopole zugrunde, ihren Rückstand gegenüber dem bis dahin fast unumschränkten Einfluß der mit den Junkern verbündeten Schwerindustrie auf den Staat aufzuholen.<sup>18</sup> Zum anderen bedurften die Elektromonopole der staatlichen Beteiligung an ihren Betrieben aber vor allem deshalb, weil die revolutionierende Entwicklung auf dem Gebiet der Elektrotechnik gewaltige Investitionen (zum Beispiel beim Bau von Kraftwerken) erforderte. Durch die ökonomische Verflechtung mit dem Staat wollten die Monopolisten der Elektroindustrie umfangreiche staatliche Mittel ihren unmittelbaren Profitinteressen dienstbar machen. Deshalb waren sie auch subjektiv an einer staatsmonopolistischen Entwicklung im Sinne einer ökonomischen Verflechtung erheblich interessiert.

Ebenso charakteristisch wie diese außen- und wirtschaftspolitischen Bemühungen der Vertreter der großen Elektrokonzerne war ihr Eintreten für eine innenpolitische "Neuorientierung", für eine Politik geringfügiger reformerischer Zugeständnisse gegenüber der Arbeiterklasse und den anderen unterdrückten Klassen und Schichten.<sup>19</sup> Die in ihren Betrieben

18 Vgl. Theodor, Gertrud, Friedrich Naumann oder der Prophet des Profits. Ein biographischer Beitrag zur Geschichte des frühen deutschen Imperialismus, Berlin 1957, S. 78 f. - Die Abhängigkeit der Elektroindustrie von Kupferimporten aus Übersee, in der Gossweiler (a. a. O., S. 47) mit Recht eine Ursache für die wendigere strategisch-taktische Gesamtkonzeption der Monopolisten dieses Industriezweiges sieht, darf m. E. jedoch nicht überschätzt werden. Den vielseitigen Absatzinteressen kam ebenso großes Gewicht zu.

19 Siehe dazu Schellenberg, Johanna, Probleme der Burgfriedenspolitik im ersten Weltkrieg. Zur innenpolitischen Strategie und Taktik der herrschenden Klassen in Deutschland von 1914 - 1916, phil. Diss. Berlin 1967 (Ms.).

besonders weit fortgeschrittene Konzentration großer Arbeitermassen in wenigen Produktionsstätten, die Notwendigkeit einer hohen Qualifikation der Arbeitskräfte, die darauf beruhende breite Schicht einer relativ leicht reformistisch zu beeinflussenden Arbeiteraristokratie und die dem Charakter der elektrotechnischen Produktion entsprechende intensive Ausbeutung als Grundbedingung gesteigerter Profite veranlaßten die führenden Monopolisten dieses Industriezweiges, der Methode "Reformen gegen Revolution", der Zusammenarbeit mit den rechten Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften, stärker zuzuneigen als der Methode der offenen Unterdrückung. Nicht Streben nach Demokratie bewog sie zu einer solchen Haltung. Die speziellen Produktionsbedingungen der Elektroindustrie, die in technischer und arbeitsorganisatorischer Hinsicht gegenüber den älteren Industriezweigen einen höheren Stand erreicht hatten, ermöglichten es ihnen und zwangen sie dazu, für eine reformerische Taktik einzutreten.<sup>20</sup>

Die beiden beherrschenden Unternehmungen der deutschen Handelsschifffahrt, die Hamburg-Amerika-Packetfahrt-AG (HAPAG) und der Norddeutsche Lloyd, von denen sich um die Jahrhundertwende die HAPAG den ersten und der Norddeutsche Lloyd den zweiten Platz in der Weltschifffahrt errungen hatte, stimmten mit der Auffassung der Elektromonopole überein, daß der deutsche Imperialismus seine Hegemonie über Europa vorwiegend indirekt errichten sollte. Wegen ihrer engen Beziehungen zu Amerika und England hofften sie, diesen Ländern gegenüber ihre expansiven Ansprüche durch einen gewaltsam erzwungenen Ausgleich durchsetzen zu können, wobei die Erkenntnis mitsprach, eine völlige Niederwerfung Englands werde im ersten Anlauf nicht möglich sein. Neben dem primären Kriegsziel eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes unter deutscher Führung traten sie vor allem für umfangreiche koloniale Erwerbungen (besonders in Mittelfrika) und für die Gewinnung von Stützpunkten an den Weltmeeren ein, für Ziele also, die dem weiteren Ausbau ihrer Unternehmungen dienen konnten. Aufgrund ihrer speziellen unmittelbaren ökonomischen Interessen hielten sie jedoch allseitige umfangreiche direkte Annexionen auf dem Kontinent nicht unbedingt für erforderlich. In dieser Haltung wurden sie auch durch ihre besonders engen ökonomischen Beziehungen zu der für Schiffsbau- und Schifffahrt unentbehrlichen Elektroindustrie und zum Handelskapital bestärkt.<sup>21</sup>

Auch die Petroleumindustrie<sup>22</sup> stand innen- und außenpolitisch in ihren Grundtendenzen im Lager der Vertreter einer wendigeren, liberalisierenden imperialistischen Politik. Die Deutsche Petroleum AG, ein Tochterunternehmen der Deutschen Bank<sup>23</sup>, und die Deutsche Erdöl AG, eine Gründung der Disconto-Gesellschaft, betrachteten die Beseitigung des Einflusses der Standard Oil Company und des von Henry Deterding 1907 begründeten englisch-holländischen Royal Dutch-Shell-Konzerns auf dem Balkan, im Vorderen Orient und in Rußland bzw. den Ausbau ihres Einflusses in diesen Gebieten vorwiegend auf dem Wege einer verschleierten Vorherrschaft als eines ihrer wichtigsten Kriegsziele. Da die HAPAG und die großen Elektrokonzerne an diesen Expansionszielen ebenfalls interessiert waren<sup>24</sup>, ergab es sich, daß die taktische Konzeption der Petroleumindustriellen mit jener der AEG und der Großreedereien in vielen Fragen übereinstimmte. Mit ihrem Generaldirektor Emil

20 Theodor, Gertrud, a. a. O., S. 65 ff.

21 Heineken und Bosch saßen z. B. gemeinsam im Aufsichtsrat der Deutschen Bank; der Norddeutsche Lloyd war eng mit der Deutschen Bank liiert.

22 Siehe dazu Lenin, W. I., a. a. O., S. 252 ff.

23 Vgl. Günther, Renate, Das Petroleumabkommen im Bukarester Friedensvertrag von 1918. Die Gegensätze zwischen den verschiedenen Interessengruppen bei seiner Vorbereitung, Ausarbeitung und vorläufigen Durchführung, in: Jahrbuch für Wirtschaftsge-schichte 1968, T. 4, S. 43 ff.; siehe dazu auch Gosswiler, Kurt, a. a. O., S. 38 ff.

24 Die HAPAG hatte zur Unterstützung der Bagdadbahnpolitik eine Schifffahrtslinie nach dem Persischen Golf eingerichtet.

Georg Stauß<sup>25</sup> und ihrem Aufsichtsratsvorsitzenden Arthur von Gwinner<sup>26</sup> standen an der Spitze der Deutschen Petroleum AG Finanzkapitalisten, die zugleich führende Positionen in der Deutschen Bank bekleideten. Mit ihren stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden Georg Salomonsohn (Sohn Arthur Salomonsohns = Georg Solmssen, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft) und Paul Hermann von Schwabach<sup>27</sup> stand die Deutsche Erdöl AG, als deren Aufsichtsratsvorsitzender Ernst Springer<sup>28</sup> wirkte, in enger personeller Beziehung zur Disconto-Gesellschaft und zum Bankhaus Bleichröder. Als Repräsentanten der wendigeren liberalisierenden imperialistischen Strömung traten - vor allem nach dem Scheitern der Blitzkriegsstrategie - auch die führenden mitteldeutschen und ober-schlesischen Montanindustriellen hervor. Obgleich sie in gewissem Maße mit der rheinisch-westfälischen Montanindustrie ökonomisch und personell verbunden waren<sup>29</sup>, vertraten sie in einer Reihe wichtiger Fragen doch andere strategisch-taktische Ziele.<sup>30</sup> Auch die größten Unternehmungen der mitteldeutschen und ober-schlesischen Montanindustrie hatten sich zu Monopolgesellschaften, wie dem Oberschlesischen Roheisensyndikat, dem Oberschlesischen Stahlwerksverband und der Oberschlesischen Kohlenkonvention, vereinigt.<sup>31</sup> Sie sahen in den rheinisch-westfälischen Montanmonopolen ihre Konkurrenten, verfügten sie doch über keinen so bedeutenden Einfluß wie ihre westdeutschen Kontrahenten, weil sie auf dem westdeutschen Markt keine maßgebliche Rolle zu spielen vermochten.<sup>32</sup> Sie forderten deshalb vor allem Annexionen und Machterweiterung im Osten und wandten sich energisch gegen eine vorwiegend westlich orientierte Annexionspolitik. Neben solchen Repräsentanten der ober-schlesischen Montanindustrie, wie Guido Henckel von Donnersmarck, Ewald Hilger oder Richard Witting, der zunächst im Sinne der konservativ-imperialistischen Strömung wirkte, sich jedoch zu Beginn des Jahres 1915 von dieser abzukehren begann, waren auch die meisten anderen Wortführer der liberalisierenden imperialistischen Strömung stark an

25 Emil Georg Stauß, seit 1915 auch Direktor der Deutschen Bank, war außerdem an österreichischen, belgischen, englischen und rumänischen Petroleumunternehmen sowie an orientalischen Eisenbahnen beteiligt.

26 Arthur von Gwinner war u. a. zugleich Aufsichtsratsvorsitzender der Steaua Română AG für Petroleumindustrie in Bukarest.

27 Paul Hermann von Schwabach, Mitinhaber des Bankhauses S. Bleichröder, saß u. a. in zahlreichen Aufsichtsräten der Elektro- und Telegraphenindustrie, im Aufsichtsrat des Norddeutschen Lloyd und wirkte auch als stellvertretender Vorsitzender des Verwaltungsrates der Banca Generală Română.

28 Ernst Springer war zugleich Vorsitzender der Vereinigung von Hibernia-Aktionären GmbH.

29 Z. B. zählte Ewald Hilger, der Generaldirektor der Vereinigten Königs- und Laurahütte AG und Aufsichtsratsmitglied weiterer ober-schlesischer und sächsischer Montangesellschaften, auch zu den Aufsichtsratsmitgliedern der Stahlwerks-Verbands AG.

30 Siehe dazu jetzt auch Gossweiler, Kurt, a. a. O., S. 46. - Bedeutende Repräsentanten waren Ewald Hilger, Richard Witting (Aufsichtsratsvorsitzender der Nationalbank für Deutschland und der Oberschlesischen Zinkhütten AG), Graf Henckel von Donnersmarck (Vereinigte Königs- und Laurahütte AG, Schlesische AG für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb, Eisenwerk Kraft AG), Carl Fürstenberg (Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft und Aufsichtsratsmitglied zahlreicher elektrotechnischer Unternehmungen und ober-schlesischer und mitteldeutscher Montanbetriebe) sowie Paul von Gontard (Vorsitzender des Vorstandes der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken, u. a. im Aufsichtsrat verschiedener ober-schlesischer Montanbetriebe).

31 So gehörten der ober-schlesischen Kohlenkonvention bereits 1902 etwa 75 Prozent der ober-schlesischen Zechen an.

32 Klein, Fritz, Deutschland von 1897/98 bis 1917. Deutschland in der Periode des Imperialismus bis zur Großen Sozialistischen Oktoberrevolution, 3. erw. Aufl. Berlin 1969, S. 23 f.

oberschlesischen Montanwerken beteiligt. Arthur von Gwinner war Aufsichtsratsmitglied der Kattowitzer AG für Bergbau und Eisenhüttenbetrieb. Paul Hermann von Schwabach wirkte als Aufsichtsratsvorsitzender der Hedwigshütte und der Vereinigten Königs- und Laurahütte AG und saß im Aufsichtsrat der Russischen Montanindustrie AG, Walther Rathenau war führend an verschiedenen ober-schlesischen Elek-tro-Unternehmungen beteiligt. Carl Fürstenberg, der in seinen Erinnerungen die steigenden Balkaninteressen der Berliner Handelsgesellschaft besonders hervorhebt<sup>33</sup>, wirkte unter anderem als stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Oberschlesischen Eisenindustrie AG, der Eisenhütte Silesia AG und als Aufsichtsratsmitglied der Bismarckhütte, der Oberschlesischen Kokswerke und der Chemische Fabriken AG sowie der Schlesischen Kohlen- und Kokswerke in Gottesberg. Jacob Riesser, der Aufsichtsratsvorsitzende der A. Riebeck-schen Montan-Werke AG, Halle, einem der größten Unternehmen des Braunkohlenbergbaus im Raum Halle-Weißenfels-Magdeburg und im ostelbischen Braunkohlenrevier, das mit Teilen der chemischen Industrie zusammenarbeitete<sup>34</sup>, saß zugleich im Aufsichtsrat der Bank für Handel und Industrie. Der Geschäftsinhaber der Berliner Handelsgesellschaft, Carl Fürstenberg, und der Direktor der Bank für Handel und Industrie, Maximilian von Klitzing, zählten zu den Aufsichtsratsmitgliedern der A. Riebeck-schen Montanwerke AG.<sup>35</sup> Die starken Ostinteressen dieser Kreise sowie ihre engen Bindungen zur Petroleum- und zur Elektroindustrie ließen sie, vor allem in außenpolitischen Fragen, gegen die rheinisch-westfälischen Montanindustriellen Front machen und die Politik der Regierung Bethmann Hollweg unterstützen.

Eine mehr der wendigeren, liberalisierenden imperialistischen Taktik zuneigende Grundhaltung läßt sich auch für die metallverarbeitende Industrie und für den Maschinen- und Apparatebau nachweisen. Monopolisten, wie der Generaldirektor der Gasmotoren-Fabrik, Deutz, Köln, Oskar Rhazen, und der Generaldirektor der Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg, Anton von Rieppel, Ernst von Borsig sowie der Aufsichtsratsvorsitzende der Berlin-Anhaltischen Maschinenbau AG, Eduard Arnhold, die Familie Merton (Metallbank-Metallurgische Gesellschaft AG, die wiederum mit der Elektroindustrie, der chemischen Industrie und der ober-schlesischen und mitteldeutschen Montanindustrie verbunden waren<sup>36</sup>, erscheinen als Bundesgenossen der führenden Kräfte der wendigeren, liberalisierenden imperialistischen Innen- und Außenpolitik. Ihr Gegensatz zu den schwerindustriellen Monopolen, ihr Hauptinteresse an der Erweiterung der Absatzmärkte, der hohe Technisierungsgrad der Produktion und die Zusammenballung großer Arbeitermassen in einzelnen Produktionsstätten bildeten neben den genannten Verbindungen die ökonomischen Grundlagen dieser Politik, die auch von anderen Unternehmern der Fertigwarenindustrie, zum Beispiel vom Vorsitzenden des Direktoriums der Optischen Anstalt C. P. Goerz AG, Friedrich Hahn, vertreten wurde.

Auffällig ist, daß als Wortführer der wendigeren, liberalisierenden imperialistischen Strömung neben Monopolisten der Elektroindustrie und der großen Schiffahrtsunternehmungen

33 Fürstenberg, Carl. Die Lebensgeschichte eines deutschen Bankiers 1870 - 1914, hg. v. Hans Fürstenberg, Berlin 1931, S. 535.

34 1916 gingen die A. Riebeck-schen Montan-Werke AG mit der IG Farbenindustrie AG eine Interessengemeinschaft ein.

35 Klitzing war auch im Aufsichtsrat der AEG vertreten.

36 Walther Rathenau saß z. B. auch im Aufsichtsrat der Metallbank-Metallurgischen Gesellschaft AG, der über seine Tochtergesellschaft "Australian Metal Compagny" u. a. AEG - und Siemens-Kabel nach Australien exportierte. (Merton, Richard, Erinnerenswertes aus meinem Leben, das über das Persönliche hinausgeht, Frankfurt (Main) 1955, S. 2. - Walter Merton gehörte z. B. den Aufsichtsräten der AG für Stickstoffdünger in Knapsack, der Oberschlesischen Zinkhütten AG Kattowitz, dem Grubenvorstand der Gewerkschaft Braunkohlenwerke Borna und dem Aufsichtsrat der Berliner Handelsgesellschaft an.)

vor allem Vertreter der großen Banken in Erscheinung traten. Das gilt in besonderem Maße für die Deutsche Bank, für die Berliner Handelsgesellschaft und die Bankhäuser Warburg, Bleichröder und Mendelssohn, aber - wie zum Beispiel die Rolle Arthur von Salomonsohns zeigt - in gewissem Umfang auch für die Disconto-Gesellschaft, die zusammen mit dem A. Schaaffhausen'schen Bankverein, dessen Aktienmehrheit sie seit 1914 besaß, in besonderem Maße Gründung und Ausbau der westdeutschen Schwerindustrie finanziert hatte. Die Tatsache, daß die Vertreter der Banken in ihrer überwiegenden Mehrheit für eine wendigere, liberalisierende imperialistische Taktik eintraten, war einmal auf die engen Verbindungen der erstgenannten Bankinstitute mit jenen Industriemonopolen zurückzuführen die dieser Konzeption anhängen. Sie wurzelte aber auch darin, daß die großen Banken überhaupt nicht einseitig auf einen bestimmten Industriezweig ausgerichtet waren, sondern sich ihre speziellen Interessen zumeist mit den Interessen verschiedener Industriezweige verbanden. Lenin zitiert<sup>37</sup> die Feststellung Otto Jeidels', daß in den großen deutschen Banken "der Verkehr mit der Industrie als Ganzem einem der Direktoren als Spezialgebiet überwiesen wird, und daß daneben jeder Direktor einzelne, isolierte oder mehrere nach Gewerbe und Interessen verwandte Unternehmungen zur Überwachung als Aufsichtsratsmitglied übernimmt ... der eine ist vorwiegend im Aufsichtsrat von Elektrizitätsgesellschaften, der andere in dem chemischer Fabriken, Brauereien oder Zuckerfabriken ... Sicher ist, daß bei den Großbanken in gleichem Maße wie Umfang und Vielseitigkeit des Geschäfts wachsen, eine zunehmende Arbeitsteilung unter den Leitern um sich greift mit dem Zweck und Erfolg, sie gewissermaßen aus dem reinen Bankgeschäft etwas herauszuheben und für die allgemeinen Fragen der Industrie und die speziellen der einzelnen Gewerbe urteilsfähiger und sachverständiger und dadurch innerhalb der industriellen Einflußsphäre der Bank aktionsfähiger zu machen."<sup>38</sup> Zwar waren auch die Industriemonopole bestrebt, ihre Fühler in verschiedene Richtungen auszustrecken und personelle sowie ökonomische Beziehungen zu verschiedenen Banken oder anderen Wirtschaftszweigen herzustellen. Doch war das hier in viel geringerem Maße der Fall. So dürfte sich zum Beispiel auch die Haltung Arthur Salomonsohns erklären lassen, der - wie seine Aufsichtsratsfunktionen zeigen - nicht nur der Montanindustrie (zum Beispiel als Aufsichtsratsvorsitzender der Gelsenkirchener Bergwerks AG), sondern unter anderem auch der Elektroindustrie (in fünf Aufsichtsräten dieses Industriezweiges, darunter AEG) und der mitteldeutschen Montanindustrie (zum Beispiel Aufsichtsratsvorsitzender der Kaliwerke Aschersleben) verbunden war.

Insofern bestätigt die Analyse die Feststellung Kuczynskis und Gossweilers, daß die Banken wegen ihrer vielfältigen Verflechtung mit Industriemonopolen viel häufiger als Vertreter des "Gesamtmonopolkapitals" hervortraten<sup>39</sup>, und die Auffassung Schröters, daß keine Großbank ausschließlich an einen Industriezweig gebunden war<sup>40</sup>. Jedoch gilt es zu prüfen, ob die Thesen richtig sind, daß die Bankmonopole infolgedessen keine "eigene" politische Rolle spielen könnten<sup>41</sup> oder nur einzelne ihrer Direktoren<sup>42</sup>. Für den hier behandelten Zeitraum kann festgestellt werden, daß sich die Vertreter der Banken nur selten (das gilt eigentlich nur für die Disconto-Gesellschaft<sup>43</sup>) einseitig oder vorwiegend für eine konservativ-imperialistische Politik einsetzten und sich trotz geringerer oder stärkerer ökonomischer Bindungen auch zur westdeutschen Schwerindustrie mit den Vertretern jener Industriezweige verbündeten, die eine liberalisierende imperialistische Konzeption verfochten.

37 Lenin, W. I., a. a. O., S. 225 f.

38 Jeidels, Otto, Das Verhältnis der deutschen Großbanken zur Industrie mit besonderer Berücksichtigung der Eisenindustrie, Leipzig 1903, S. 157.

39 Kuczynski, Jürgen, Zur Soziologie, a. a. O., S. 57; Gossweiler, Kurt, a. a. O., S. 34.

40 Schröter, Alfred, Einige methodologische Fragen, a. a. O., S. 134.

41 Kuczynski, Jürgen, Zur Soziologie, a. a. O., S. 57.

42 Schröter, Alfred, Einige methodologische Fragen, a. a. O., S. 134.

43 Gossweiler, Kurt, a. a. O., S. 38 ff., 41, kommt zu dem gleichen Ergebnis.

Die vielfältigen Interessen der Banken bedingten eben, daß ihre Profit- und Machtinteressen nicht unbedingt an ganz bestimmte Formen der Expansion oder an bestimmte Methoden der Innenpolitik geknüpft waren. Deshalb tendierten sie prinzipiell viel stärker zur wendigeren Konzeption.

Abgesehen von einigen Sonderfällen, wurde die wendigere, liberalisierende imperialistische Strömung des Monopolkapitals zu Beginn des Krieges von der Elektroindustrie, den Großreedereien, der oberschlesischen und mitteldeutschen Montanindustrie, dem Maschinen- und Apparatebau, der Petroleumindustrie, der Deutschen Bank, der Bank für Handel und Industrie, der Dresdner Bank, der Berliner Handelsgesellschaft und den Bankhäusern Warburg, Bleichröder und Mendelssohn getragen. Diese Industriemonopole und Banken, die untereinander in besonderem Maße verflochten waren, wurden durch gleiche oder ähnliche Interessen zusammengeführt. Was sie vor allem von der konservativ-imperialistischen Strömung unterschied, waren ihr primäres Interesse an der Erweiterung alter und an der Erschließung neuer Absatzmärkte und neuer Möglichkeiten des Kapitalexports sowie ihre vielfältigen Interessen in den verschiedenen Teilen der Welt, wobei sich ihr Hauptinteresse in Europa auf eine Expansion nach Osten und Südosten richtete.

Aber auch diese Kräfte vertraten nur eine Variante imperialistischer Politik und überschätzten die Möglichkeiten des deutschen Imperialismus. Auch ihr Programm setzte die militärische Niederlage aller Gegner voraus. Zudem waren die innenpolitischen Chancen dieser Strömung, ihre Konzeption durchzusetzen, sehr gering. Sie war der Macht der Montanmonopole ökonomisch noch nicht ebenbürtig und verfügte nur über eine schmale politische Basis. Ihre Interessen wurden im Reichstag nur von der fortschrittlichen Volkspartei vertreten. In allen anderen bürgerlichen Parteien bildeten die Verfechter ihrer Forderungen Minderheiten, welche die Politik der Parteivorstände nur in besonderen Krisensituationen zu beeinflussen vermochten. Auch der Vorstand des Bundes der Industriellen, des größten Unternehmerverbandes der Fertigwarenindustrie, verfolgte unter Friedrichs und Stresemann - abgesehen davon, daß er sich gegenüber dem mächtigeren Zentralverband der deutschen Industrie gar nicht hätte durchsetzen können - eine stark der konservativ-imperialistischen Konzeption zuneigende außen- und innenpolitische Taktik. So bestand die liberalisierende imperialistische Strömung zunächst nur aus einer Reihe von Einzelpersonlichkeiten, die zwar untereinander in Verbindung standen und über gute Beziehungen zu führenden Vertretern der Reichsregierung verfügten, denen jedoch eine organisatorische Grundlage zur wirksamen Vertretung ihrer Forderungen im Reichstag und in der Öffentlichkeit fehlte.

Das Zentrum der anderen Strömung innerhalb des Monopolkapitals, die während des Krieges wirksam war, bildete - wie die Übersicht ihrer maßgeblichen Repräsentanten zeigt - die rheinisch-westfälische Schwerindustrie. Bei Ausbruch des ersten Weltkrieges vereinigte der 1910 gegründete Roheisenverband unter Leitung des Kruppdirektors Arthur Klotzbach fast alle deutschen Eisenwerke.<sup>44</sup> Das 1893 gegründete Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndicat unter Leitung des Vorsitzenden des Gesamtvorstandes des größten deutschen Montanunternehmens, der Gelsenkirchener Bergwerks AG, Emil Kirdorf, beherrschte 1910 über 95 Prozent der gesamten Kohleförderung des rheinisch-westfälischen Gebietes.<sup>45</sup> Die 1904 konstituierte Stahlwerks-Verband AG, als deren Aufsichtsratsvorsitzender Louis Röchling wirkte, kontrollierte die deutsche Stahlerzeugung.<sup>46</sup>

44 Klein, Fritz, a. a. O., S. 23.

45 Lenin, W. I., a. a. O., S. 207.

46 Ebenda, S. 256. - An der Deutschen Stahlwerks-Verband AG waren beteiligt: Gewerkschaft Deutscher Kaiser, Thyssen & Co., Phönix AG, Vereinigte Königs- und Laura-hütte AG, de Wendel & Co., Fried. Krupp AG, Hörder Bergwerks- und Hüttenverein, Gutehoffnungshütte, Rheinische Stahlwerke, Rombacher Hüttenwerke, Bergbau AG "Union", Rothe Erde, Stahlwerk Hoesch AG und Bochumer Verein. (Arnst, Paul, August

Die westdeutschen Montanmonopole waren untereinander eng verflochten. Emil Kirdorf stand zum Beispiel an der Spitze des Rheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndicats und war zugleich stellvertretender Vorsitzender der Stahlwerks-Verband AG. Adolf Kirdorf wirkte hier als Ehrenvorsitzender. Peter Klöckner, der Aufsichtsratsvorsitzende des Lothringer Hüttenvereins Aumetz-Friede und anderer Unternehmungen der Schwerindustrie, und Hugo Stinnes saßen sowohl im Aufsichtsrat des Roheisenverbandes als auch der Stahlwerks-Verband AG. Zudem waren die drei Montanorganisationen auch über die Disconto-Gesellschaft und den A. Schaaffhausen'schen Bankverein<sup>47</sup> eng miteinander verbunden.<sup>48</sup> So war zum Beispiel Emil Kirdorf als Mitglied der Direktion der Disconto-Gesellschaft und gleichzeitig als Aufsichtsratsvorsitzender des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins tätig. Peter Klöckner und Wilhelm Hoesch gehörten beiden Aufsichtsräten an.<sup>49</sup> Diese Gruppe des deutschen Monopolkapitals, die in starkem Maße an der Rüstungsindustrie beteiligt war, zeichnete sich in ihren Forderungen durch ganz besondere Aggressivität aus<sup>50</sup> und stand hinter extrem annexionistischen Organisationen, wie dem Alledutschen Verband, dem 1916 begründeten Unabhängigen Ausschuß für einen deutschen Frieden und dem rechten Flügel der Nationalliberalen Partei, der in der nationalliberalen Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses seine stärkste Stütze besaß und die Politik des Parteivorstandes bestimmte.<sup>51</sup>

Ihr besonderes Interesse galt der direkten Annexion der für die Montanindustrie ergiebigen Rohstoffreservoirs vor allem in Frankreich, Luxemburg und Belgien. Aber auch für Afrika und den Osten, wo umfangreicher direkter Gebietserwerb unter dem Gesichtspunkt gefordert wurde, daß zur Verhinderung innerer Unruhen bei fortschreitender Industrialisierung große Siedlungsgebiete als Gegengewicht erworben werden müßten, meldeten sie Forderungen an. Die Angliederung des Erzgebietes von Longwy und Briey, Nordfrankreichs und ganz Belgiens sowie Luxemburgs wurde von ihren Vertretern mit Nachdruck verlangt. Da ihre unmittelbaren ökonomischen Interessen vor allem auf die Annexion westeuropäischer Rohstoffgebiete gerichtet waren, forderten sie, den Krieg bis zur vollständigen militärischen Niederlage Englands zu führen. Aufgrund der im Vergleich zur jungen elektrotechnischen Industrie rückständigeren Produktionsanlagen, der auf viele Produktionsstätten verteilten Arbeiter und der in diesem Wirtschaftszweig schwächer entwickelten Arbeiteraristokratie beharrten die Monopolisten dieses Wirtschaftszweiges innenpolitisch auf der offen diktatorischen Unterdrückung der Arbeiterklasse und lehnten Zugeständnisse oder eine gemeinsame Politik mit den rechten Führern der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften im allgemeinen ab. Zwar erstrebten auch sie einen noch größeren Einfluß auf den Staat und bedienten sich während des Krieges der staatlichen Macht, um ihre ökonomischen Interessen besser durchzusetzen, jedoch wandten sie sich gegen eine dauernde direkte, insbesondere ökonomische und personelle Beteiligung des Staates an ihren Unternehmungen. Sie befürworteten solche Formen der Verflechtung nur für die Dauer des Krieges, wenn sie im Augenblick ihrem Profitinteresse

Thyssen und sein Werk, Leipzig 1925, S. 41 Anm. 2 = Ergänzungsbände zur Zeitschrift "Handelwissenschaftliche Forschung", Bd. 7.)

47 Lenin, W. I., a. a. O., S. 219 ff. - Diese Verschmelzung war Ausdruck der Konzentration des Bankkapitals im Konkurrenzkampf gegen die "Deutsche-Bank-Gruppe".

48 Zum Beispiel finanzierte die Disconto-Gesellschaft die Gründung der Bergbau AG "Union", Dortmund. (Lenin, W. I., a. a. O., S. 239.)

49 Aufsichtsratsvorsitzender des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins war Gottlieb von Langen (Gasmotoren-Fabrik, Deutz), Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft war Max Schinckel, der zugleich als Aufsichtsratsvorsitzender der HAPAG wirkte. (Vgl. dazu Schröter, Alfred, Krieg-Staat-Monopol 1914 - 1918, a. a. O., S. 149.)

50 Vgl. Klein, Fritz, a. a. O., S. 24 f.

51 Siehe dazu Thieme, Hartwig, Nationaler Liberalismus in der Krise. Die nationalliberale Fraktion des preußischen Abgeordnetenhauses 1914 - 1918, Boppard (Rhein) 1963 = Schriften des Bundesarchivs, Nr. 11.



dienten oder aus gesamtimperialistischen Erwägungen heraus unumgänglich schienen. Diese Haltung erklärt sich daraus, daß sich die unmittelbaren ökonomischen Interessen der Monopolisten der westdeutschen Schwerindustrie auch in dieser Frage von denen anderer Industriezweige, zum Beispiel der Elektroindustrie, unterschieden. Deshalb erblickten sie in der ökonomischen oder personellen Beteiligung des Staates an ihren Betrieben eine "Bvormundung". Um so nachdrücklicher waren sie aber bestrebt, ihre Vorherrschaft in den staatsmonopolistischen Institutionen der Kriegswirtschaftsorganisation durch ein personelles Übergewicht sicherzustellen, um ihren unmittelbaren Profit- und Machtinteressen zum Durchbruch zu verhelfen. Zu Beginn des Krieges traten im Gegensatz zu anderen Teilen der chemischen Industrie die Anilin- und die Pulvergruppe<sup>52</sup> in Teilfragen - besonders im Hinblick auf die Kriegsziele - für die Konzeption der konservativ-imperialistischen Strömung ein.

Hatten sich diese chemischen Betriebe vor dem Krieg vor allem der Herstellung von Anilinfarben gewidmet, so nahm während des Krieges die Sprengstoffproduktion für Kriegszwecke die erste Stelle ein. Außerdem konnten sie durch die Verringerung der Importe von Chilesalpeter und Kalkstickstoff für die Landwirtschaft den Absatz von Stickstoffen aus inländischen Grundstoffen mit gewaltigen staatlichen Subventionen erheblich steigern. Im Gegensatz zur Elektroindustrie bildete hier der Rohstoffmangel eine wichtige Voraussetzung für die Steigerung der Profite.<sup>53</sup>

Neben der Farbenchemie spielte innerhalb der chemischen Industrie für die Rüstungsproduktion die Pulvergruppe eine entscheidende Rolle, in der zum Beispiel die Vereinigte Köln-Rottweiler Pulverfabriken AG, die Deutsche Sprengstoff AG, die Dynamit AG, vorm. Nobel, die Westfälisch-Anhaltinische Sprengstoff AG und die Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken eine führende Stellung einnahmen. Der Generaldirektor der Dynamit AG und der Deutschen Sprengstoff AG, Gustav Aufschläger, und der Generaldirektor der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken AG, Carl Duttenhofer, waren hier die bedeutendsten Repräsentanten.<sup>54</sup> Diese Gruppe hatte bereits vor dem Krieg das Rüstungsgeschäft betrieben.

Die großen Chemiekonzerne der Anilin- und Pulvergruppe verfügten über enge ökonomische und personelle Beziehungen sowohl zur Montanindustrie als auch zu den um Elektroindustrie und Deutsche Bank gruppierten Wirtschaftszweigen. Hugo Stinnes war stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Westfälisch-Anhaltinischen Sprengstoff AG, in deren Aufsichtsrat unter anderem Carl Rudolf Poensgen saß. Im Aufsichtsrat der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken AG waren neben Vertretern der Elektroindustrie, wie Theodor von Guilleaume, Monopolisten des Maschinenbaues, wie Gottlieb von Langen, Montanindustriellen, wie Louis Hagen, der hier als Aufsichtsratsvorsitzender wirkte, auch Repräsentanten der metallverarbeitenden Industrie, wie Emil von Oppenheim, vertreten. Carl Bosch wirkte als stellvertretendes Mitglied des Vorstandes der Badischen Anilin- und Sodafabriken. In den Leitungsgremien der Deutschen Waffen- und Munitionsfabriken finden wir unter anderem Guido Henckel von Donnersmarck, Paul Hermann von Schwabach, Emil von Oppenheim und Louis Hagen.

Die ökonomischen Verbindungen der Chemiemonopole reichten also in die verschiedensten Wirtschaftszweige, deren Monopolisten mehr oder weniger am Rüstungsgeschäft der Sprengstoffproduktion partizipierten. Auch zahlreiche Gruppen des Bankkapitals waren am Chemiegeschäft beteiligt. Max Schinckel, Geschäftsinhaber der Disconto-Gesellschaft, wirkte als

52 Siehe dazu Schröter, Alfred, Einige methodologische Fragen, a. a. O., S. 130 f.; Kuczynski, Jürgen, Zur Soziologie, a. a. O., S. 65 ff.

53 Gossweiler, Kurt, a. a. O., S. 47 ff.

54 Müller, Alfred, Die Kriegsrohstoffbewirtschaftung 1914 - 1918 im Dienste des deutschen Monopolkapitals, Berlin 1955, S. 75 ff.

Aufsichtsratsvorsitzender der Dynamit AG, Gustav Aufschläger, der Chef der Dynamit AG, saß im Aufsichtsrat der Norddeutschen Bank, deren persönlich haftender Gesellschafter wiederum Max Schinckel war. Theodor von Guilleaume war in den Aufsichtsräten der Bank für Handel und Industrie und der Vereinigten Köln-Rottweiler Pulverfabriken AG vertreten. Der Direktor der Deutschen Bank, Arthur von Gwinner, leitete den Aufsichtsrat der Bayerischen Stickstoffwerke AG, München. Das Bankhaus S. Bleichröder war mit Paul Hermann von Schwabach an der Leitung der Deutschen Waffen- und Munitions-Fabriken beteiligt. Da der Krieg den Unternehmungen der Anilin- und Pulvergruppe der chemischen Industrie enorme Profite brachte, waren diese an seiner Fortsetzung stark interessiert, zumal bei Friedensschluß die Gefahr bestand, daß durch die dann wieder einsetzende Konkurrenz des Chilesalpeters Rückschläge eintreten könnten, sofern der deutsche Imperialismus nicht durch einen absoluten Sieg die unbestrittene Herrschaft auf dem Weltmarkt erringen würde. Deshalb zählten Repräsentanten der Chemiekonzerne der Anilin- und Pulvergruppe, wie Carl Duisberg, Adolf Haeusser, Gustav Aufschläger und Carl Duttonhofer, zu den hartnäckigsten Verfechtern der konservativ-imperialistischen Kriegs- und Kriegszielpolitik und verbündeten sich mit den Kräften um Hindenburg und Ludendorff. Sie wurden in dieser Haltung durch ihre ökonomischen Beziehungen zu ihren zivilen Abnehmern, den ostelbischen Junkern<sup>55</sup>, und zur Montanindustrie bestärkt, von der sie schon vor dem Krieg die auf der Grundlage des Steinkohlenteers produzierten Grundstoffe bezog. Innenpolitisch verfochten auch diese Chemiemonopolisten im allgemeinen die liberalisierende imperialistische Taktik. Das war darauf zurückzuführen, daß in diesem Wirtschaftszweig ähnliche Produktionsbedingungen wie in der Elektroindustrie herrschten. Die Zusammenballung tausender Arbeiter in Großbetrieben<sup>56</sup> und der Grad der Technisierung ihrer Betriebe veranlaßten die Vertreter der Chemieindustrie - allerdings erst im weiteren Verlauf des Krieges - zu dieser Haltung. Seit 1915 unterstützten sie auch die Monopolisten der Elektroindustrie in dem Streben nach einer stärkeren ökonomischen Verflechtung von Staat und Monopolkapital. Die in bestimmten Fragen gegen die Regierung Bethmann Hollweg gerichtete Haltung der Monopolisten der Anilin- und Pulvergruppe dürfte auch Konkurrenzgründe gehabt haben. So suchte zum Beispiel die Deutsche Bank während des Krieges einen beträchtlichen Teil der staatlich subventionierten Neuanlagen chemischer Fabriken an sich zu reißen und spielte eine führende Rolle innerhalb der Petroleumindustrie.

Schließlich finden wir unter den Wortführern einer konservativ-imperialistischen Kriegspolitik zu Beginn des Krieges auch einige Vertreter der Fertigwarenindustrie, wie den Generaldirektor der Dresdner Gardinen- und Spitzen-Manufactur, Georg Marwitz, den Direktor der Baumwollspinnerei am Stadtbach Augsburg, Carl Clauss, und den Aufsichtsratsvorsitzenden der Tüllfabrik Flöha AG, Hermann Wilhelm Vogel. Natürlich besteht die Möglichkeit, daß in diesen Sonderfällen neben speziellen unmittelbaren ökonomischen Interessen subjektive politische Überzeugungen alldeutscher Prägung den Ausschlag gaben. Es ist jedoch auffällig, daß von seiten der Leichtindustrie in besonderem Maße Vertreter der Textilindustrie als Wortführer konservativ-imperialistischer Kriegszielforderungen - vor allem im Hinblick auf eine Annexion Belgiens - hervorgetreten sind, eine Erscheinung, die nicht zuletzt in dem Streben dieser Kreise nach direkter Aneignung der bedeutsamen belgischen Textilindustrie ihre Ursache hatte.

55 So war der konservative Reichstagsabgeordnete Baron Freiherr Carl Friedrich von Gamp Aufsichtsratsmitglied der Farbenfabriken, vorm. Friedrich Bayer & Co., Elberfeld. Der Konservative und Führer des Bundes der Landwirte Gustav Roesicke saß im Aufsichtsrat der Deutschen Salpeterwerke Fölsch & Martin Nachf. AG und des Salpeter-Aktienvereins mbH.

56 Bartel, Walter, Die Linken in der deutschen Sozialdemokratie im Kampf gegen Militarismus und Krieg, Berlin 1958, S. 11. - Fast die Hälfte aller in der chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter war in 575 Betrieben mit mehr als 50 Arbeitern beschäftigt. In diesen Betrieben arbeiteten im Durchschnitt 208 Arbeiter.

Die entscheidenden Träger jener Strömung der herrschenden Klasse, die in den ersten Monaten des Krieges außenpolitisch für umfangreiche direkte Annexionen mit Hauptstoßrichtung nach Westeuropa und für eine völlige militärische Unterwerfung Englands in diesem Krieg, innenpolitisch gegen jede Reformpolitik und wirtschaftspolitisch gegen eine dauernde direkte Beteiligung des Staates an den Monopolen eintrat, waren also die rheinisch-westfälischen Montanmonopole. Sie wurden in außenpolitischer Hinsicht vor allem von Repräsentanten der Anilin- und Pulvergruppe der chemischen Industrie unterstützt. Diese Strömung verfügte über eine breite politische Basis. Mit Ausnahme der Fortschrittlichen Volkspartei beherrschte sie die Vorstände aller bürgerlichen Parteien. Der Alldeutsche Verband und die meisten anderen militaristischen und chauvinistischen Propagandaorganisationen dienten ihrer Politik. Die öffentliche Meinung wurde über die vielfältigsten Propagandamittel von dieser Strömung maßgeblich beeinflusst, die sich mit den Junkern zu einer Allianz verband.

Die oben gekennzeichneten ökonomischen Lager waren jedoch nicht hermetisch gegeneinander abgeriegelt. So gehörte der Montanindustrielle Adolf Kirdorf zum Aufsichtsrat der Siemens & Halske AG, war der Wortführer der Alldeutschen, Wolfgang Kapp, Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank, der Wortführer der wendigeren Strömung, Walther Rathenau, Aufsichtsratsmitglied der Körting AG. Hermann Wilhelm Vogel wirkte als Aufsichtsratsmitglied der Dresdner Bank. Albert Ballin war Aufsichtsratsmitglied der Direktion der Disconto-Gesellschaft und des A. Schaaffhausen'schen Bankvereins. Wenn also auch die oben dargestellte, besonders enge ökonomische Verflechtung innerhalb der beiden dauerhaften Hauptströmungen der herrschenden Klasse unverkennbar ist, so bestanden doch auch vielfältige Beziehungen der beiden Gruppierungen untereinander. Sie bildeten die ökonomische Grundlage der gemeinsamen imperialistischen Interessen. Die ökonomisch bedingte Tendenz bestimmter Wirtschaftszweige zu einer der beiden Hauptströmungen schloß auch Schwankungen einzelner ihrer Repräsentanten nicht aus. Doch blieben - von wenigen Ausnahmen abgesehen - für die Zugehörigkeit einzelner Monopolisten und bestimmter Monopole zu einer der beiden dauerhaften Strömungen letztlich jene unmittelbaren ökonomischen Interessen maßgebend, die im Geflecht ihrer wirtschaftlichen Beziehungen dominierten. Daraus ergaben sich jene zum Teil scharf aufeinanderprallenden unterschiedlichen Auffassungen, von denen jede für sich in Anspruch nahm, die einzig richtige zu sein, dem Sieg des deutschen Imperialismus am besten zu dienen.

Wenn, wie Alfred Schröter nachgewiesen hat, das Gesetz der Anarchie der Produktion und der Konkurrenz im Bereich der Kriegswirtschaft ein ständiges Auseinanderklaffen der Einzelinteressen der Kapitalisten und des Gesamtinteresses der herrschenden Klasse an der Gewährleistung einer erfolgreichen Kriegführung bewirkte<sup>57</sup>, so trifft das auch für den politischen Bereich zu. Zwischen dem Gesamtinteresse der herrschenden Klasse an einem siegreichen Krieg einerseits und den speziellen unmittelbaren Expansionsinteressen sowie den besonderen innen- und wirtschaftspolitischen Interessen ihrer entscheidenden Gruppen andererseits bestanden Widersprüche, die vorwiegend ökonomisch bedingt waren und den antagonistischen Grundwiderspruch zwischen Zielen und Möglichkeiten des deutschen Imperialismus wesentlich verschärften. Die Meinungsverschiedenheiten traten um so stärker hervor, je deutlicher sich abzeichnete, daß an einen allseitigen umfassenden Sieg des deutschen Imperialismus nicht zu denken war. Wenn die Auseinandersetzungen auch zum Teil mit äußerster Schärfe und mit dem Ziel eines Regierungswechsels geführt wurden, so daß sie äußerlich grundsätzliche Gegensätze widerzuspiegeln schienen, so wurden sie doch in Wirklichkeit immer nur um die Frage geführt, wie die politischen und wirtschaftlichen Grundziele des deutschen Imperialismus, über die Einverständnis herrschte, am besten verwirklicht werden könnten. Jede der beiden Hauptströmungen verfolgte außenpolitisch expansive, innenpolitisch antidemokratische, also imperialistische Ziele. "Moderne" Metho-

<sup>57</sup> Schröter, Alfred, Krieg - Staat - Monopol 1914 - 1918, a. a. O., S. 44.

den zur Verwirklichung dieser Ziele bedeuteten keine "bessere", gemäßigte, weniger gefährliche Politik. Im Gegenteil! Die liberalisierende imperialistische Taktik stellte objektiv nur eine Variante der gleichen antinationalen, antidemokratischen, aggressiven und antihumanistischen Politik dar, die von der konservativ-imperialistischen Strömung verfolgt wurde. Sie vermochte sich in der Geschichte des deutschen Imperialismus immer nur vorübergehend durchzusetzen, und zwar dann, wenn durch den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse die Herrschaft der Monopolbourgeoisie im Inneren bedroht wurde oder wenn sich der deutsche Imperialismus durch den Widerspruch zwischen seinen expansiven Zielen und den Möglichkeiten ihrer Verwirklichung dazu genötigt sah, sich zur Rettung seiner Herrschaft den Anschein zu geben, als sei in seiner Politik ein grundlegender Wandel eingetreten. Nur unter solchen Bedingungen neigten zeitweise auch größere Teile der konservativ-imperialistischen Kräfte einer wendigeren, liberalisierenden imperialistischen Taktik zu und schufen so die Bedingungen für eine entsprechende Regierungspolitik.

Die Konzipierung der Strategie und Taktik des deutschen Imperialismus und die Umsetzung der Planung in praktische politische Handlungen durch die Regierung Bethmann Hollweg erfolgte auf der Grundlage des Kräfteverhältnisses der Klassen und der internationalen Lage des deutschen Imperialismus unter dem direkten und indirekten Einfluß der beiden Hauptströmungen der herrschenden Klasse. Dabei wurden die Grundlinien der Strategie des Staates - ungeachtet zum Teil rücksichtsloser Strömungskämpfe sowie scharfer Kontroversen zwischen bestimmten Gruppierungen des Monopolkapitals und der Reichsregierung - vom gemeinsamen Klasseninteresse der herrschenden Klasse und dabei vor allem vom Gesamtinteresse der Monopolbourgeoisie bestimmt.<sup>58</sup> Die Wahrnehmung des imperialistischen Gesamtinteresses - siegreiche Beendigung des Krieges, Hegemonie über Europa, Herrschaft auf dem Weltmarkt, Schaffung eines großen Kolonialreiches in Afrika, Festigung des imperialistischen Herrschaftssystems im Inneren - durch die Reichsregierung ergab sich aus objektiven Gesetzmäßigkeiten: aus den Besitzverhältnissen und der darauf beruhenden politischen Machtstellung der Herrschenden.

Einwände der Staatsbürokratie gegenüber Sonderinteressen einzelner Gruppierungen, die sich unter dem Aspekt des imperialistischen Gesamtinteresses ergaben, blieben deshalb immer nur auf die Modifikation der Methoden zur Verwirklichung der grundlegenden politischen Ziele des deutschen Imperialismus begrenzt. Lediglich innerhalb dieses engen Rahmens wog die Reichsregierung die von den beiden Strömungen vertretenen Konzeptionen gegeneinander ab. Das Ergebnis war eine Politik, die Elemente beider Konzeptionen miteinander verband. Die Vermutung, daß die Regierung Bethmann Hollweg dabei stärker der rheinisch-westfälischen Monopolgruppe entsprochen habe und ihre Beziehungen zur Gruppe um HAPAG, Deutsche Bank und Norddeutschen Lloyd nicht sehr fest und zum Teil sogar sehr fraglich gewesen seien<sup>59</sup>, trifft nicht zu. In strategisch-taktischer Hinsicht - innenpolitisch noch stärker als außenpolitisch - neigte sie in ihrer Planung stärker der Konzeption der wendigeren, liberalisierenden Strömung zu. Für diesen Kurs waren drei Faktoren ausschlaggebend:

1. Um der "Einheit des Volkes" willen, welche die Reichsregierung als Voraussetzung für eine siegreiche Beendigung des Krieges erstrebte, vermochte sie weder eine reine Politik im Interesse der konservativ-imperialistischen Strömung (mit Rücksicht vor allem auf die Arbeiterklasse, aber auch auf das Bankkapital) noch eine solche im Sinne der wendigeren, liberalisierenden Strömung (mit Rücksicht auf die westdeutsche Schwerindustrie und auf das Junkertum) zu praktizieren.

<sup>58</sup> Diesen Aspekt vermißt Gossweiler (a. a. O., S. 53) in der Habilitationsschrift des Verfassers zu Unrecht. (Vgl. Gutsche, Willibald, Die Beziehungen, a. a. O., S. 39, 132 ff., 420 ff., 428 ff. sowie derselbe, Az állam monopoltöke ..., a. a. O., S. 1 ff.)

<sup>59</sup> Basler, Werner, a. a. O., S. 68 f. Anm. 73.

2. Innenpolitisch ergab sich daraus die Folgerung, daß die Volksmassen auf die Dauer nicht allein mit Methoden offener Unterdrückung zum Durchhalten bewegt werden konnten. Deshalb suchte die Reichsregierung zugleich die Arbeiterbewegung mit Hilfe der opportunistischen Partei- und Gewerkschaftsführer von innen heraus für den imperialistischen Staat zu erobern, um auf diese Weise die monarchistische Staatsform und das imperialistisch-militaristische System überhaupt zu festigen und eine Demokratisierung zu verhindern.

Dieser sogenannten Neuorientierung der Innenpolitik fehlte jedoch die politische Basis. Der Widerspruch zwischen Zielen und Möglichkeiten des deutschen Imperialismus betraf nicht nur das Verhältnis von Kriegszielen und militärisch-ökonomischen Kräften, sondern auch das Verhältnis zwischen den innenpolitischen Veränderungen, die als Voraussetzung für eine siegreiche Beendigung des Krieges geplant wurden, und der politischen Konstellation, die zu ihrer Verwirklichung erforderlich war. Die Reichsregierung mußte deshalb die praktische Verwirklichung der sogenannten Neuorientierung immer wieder mit Rücksicht auf den Widerstand der konservativ-imperialistischen Strömung hinauszögern, weil weder eine "liberale Mehrheit" zustande kam, noch eine Integration der Arbeiterbewegung in den imperialistischen Staat gelang.

3. In außenpolitischer Hinsicht hielt die Reichsregierung die volle Verwirklichung der umfassenden konservativ-imperialistischen Annexionsforderungen angesichts des internationalen Kräfteverhältnisses kaum für realisierbar. Dazu gesellte sich ihre auf den negativen Erfahrungen der Annexions- und Nationalitätenpolitik der Vergangenheit beruhende Sorge, daß die unmittelbare Angliederung großer Territorien mit fremdländischer Bevölkerung schwere innenpolitische Gefahren heraufbeschwören könne. Deshalb entsprach die amtliche deutsche Kriegszielplanung - wie bereits die Kriegszielenkschrift Bethmann Hollwegs vom 9. September 1914 erkennen läßt - im Hinblick auf die Territorien, die in den Machtbereich des deutschen Imperialismus eingegliedert werden sollten, den Expansionsforderungen beider Strömungen der herrschenden Klasse, neigte jedoch in strategisch-taktischer Hinsicht, besonders im Hinblick auf die Hauptstoßrichtung der Expansion, auf das Ausmaß direkter Annexionen und die Form der Hegemonie über Europa stärker der Konzeption der wendigeren imperialistischen Strömung zu.

Die Reichsregierung trug deshalb unmittelbaren ökonomischen und politischen Sonderinteressen von Monopolgruppen zumeist nur dann stärker Rechnung, wenn diese sich nach ihrer Einschätzung mit dem imperialistischen Gesamtinteresse deckten. Das offenbarte sich zum Beispiel in der Berücksichtigung der Forderung der rheinisch-westfälischen Montanindustriellen nach der unmittelbaren Annexion Longwy-Briey, welche die Reichsregierung zur Sicherung der Erzversorgung für erforderlich hielt, und dem Drängen der liberalisierenden Strömung nach Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsverbandes unter deutscher Führung, in dem die Reichsregierung das wichtigste Kriegsziel auf dem Kontinent erblickte, weil es die Vorteile der Expansion ohne die Nachteile weitreichender direkter Annexionen zu bieten schien.

Insgesamt trug die Politik, welche die Regierung Bethmann Hollweg verfolgte, in jeder Hinsicht dazu bei, daß innerhalb des imperialistischen deutschen Herrschaftssystems das Junkertum stärker zugunsten der Monopolbourgeoisie zurückgedrängt wurde, weil die Reichsregierung bei der Verwirklichung ihrer Konzeption vor allen Dingen der Unterstützung durch die Großbourgeoisie bedurfte. Damit förderte die Regierungspolitik die Wandlung vom junkerlich-bürgerlichen zum bürgerlich-junkerlichen Imperialismus, welche in erster Linie eine Folge der beschleunigten Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus war, die wiederum ihre objektiven Ursachen in den Notwendigkeiten der imperialistischen Kriegswirtschaft besaß. Monopolisten und Bankiers hielten Einzug in wichtige Teile des Staatsapparates, rissen die entscheidenden Funktionen an sich und praktizierten eine Politik, die ihren jeweiligen unmittelbaren ökonomischen Interessen entsprach. Die Reichsregierung,

die auf die staatliche Tätigkeit der Wirtschaftsvertreter angewiesen war, konnte diese zunehmende Verflechtung von Staat und Monopolkapital, die den ohnehin geringen Spielraum ihrer Entscheidungsfreiheit gegenüber monopolistischen Sonderinteressen in zunehmendem Maße einengte, nicht verhindern. Sie versuchte nur, soweit es ihr möglich war, den Verflechtungsprozeß so zu steuern, daß die Vertreter der wendigeren, liberalisierenden imperialistischen Strömung die Oberhand behielten. In diesem Sinne griff sie - wie das Beispiel der Auseinandersetzungen um die belgische Okkupationsverwaltung zeigt<sup>60</sup> - vor allem dort ein, wo sich eine Kräfteverlagerung zugunsten der konservativ-imperialistischen Kreise auf die von ihr im Gesamtinteresse des deutschen Imperialismus verfolgte taktische Konzeption hindernd auswirken konnte. Große Erfolge waren ihr jedoch nicht beschieden. Die von der staatsmonopolistischen Verflechtung besonders erfaßten Teile des Staatsapparates begannen ein gewisses Eigenleben zu führen, auf dessen Formen die Reichsregierung nur noch sehr unzulänglichen Einfluß zu erlangen vermochte. Dabei setzten sich die Montanmonopole entsprechend ihrem ökonomischen und politischen Übergewicht in immer stärkerem Maße durch.

Je aktiver die konservativ-imperialistische Strömung die Regierung Bethmann Hollweg wegen ihrer außen- und innenpolitischen Taktik bekämpfte, desto enger arbeitete die Reichsregierung mit Vertretern der liberalisierenden imperialistischen Strömung zusammen. Besonders enge freundschaftliche Beziehungen hatten den Reichskanzler und andere führende Politiker, wie zum Beispiel Wilhelm Solf, Arnold Wahnschaffe, Gottlieb von Jagow und Clemens Delbrück, bereits vor 1914 mit Repräsentanten dieser Richtung verbunden. Walther Rathenau, Albert Ballin und Arthur von Gwinner - um nur einige der profiliertesten zu nennen - hatten diesen Politikern schon vor dem Krieg, zum Teil über den amtlichen Verkehr hinaus, besonders nahegestanden. Wenn sich auch diese Kontakte zum Teil aus der Mentalität Bethmann Hollwegs erklären lassen, so ergab sich die verstärkte Zusammenarbeit mit den Monopolisten dieser Strömung, die sich seit Beginn des Krieges deutlicher als zuvor abzeichnete, doch vor allem aus den Zwangsläufigkeiten der deutschen Kriegspolitik und den Folgerungen, welche die Reichsregierung im Gesamtinteresse des deutschen Imperialismus daraus zog, und nicht aus stärkeren persönlichen oder ökonomischen Bindungen an diese oder jene Monopolgruppe.

Doch kamen in dem Konflikt zwischen der Regierung Bethmann Hollweg und der konservativ-imperialistischen Strömung objektiv unterschiedliche, unmittelbare ökonomische und politische Sonderinteressen der verschiedenen Gruppierungen des Monopolkapitals zum Ausdruck.<sup>61</sup> Aus der Sicht des Historikers waren diese Spannungen weder für die grundlegende politische Zielsetzung noch für die Strategie des deutschen Imperialismus von maßgeblicher Bedeutung, weil es sich nur um einen Methodenstreit und nicht um eine prinzipielle Auseinandersetzung handelte. Die beteiligten politischen Kräfte betrachteten die Meinungsverschiedenheiten jedoch ganz und gar nicht als unbedeutend. Im Gegenteil! Für sie besaßen die Auseinandersetzungen grundsätzlichen Charakter, weil von der Beantwortung der strittigen Fragen die Gewährleistung unmittelbarer Profitinteressen und die Erhaltung oder der Verlust politischer Machtpositionen innerhalb des Herrschaftssystems abhingen. Daraus erklärt es sich, daß die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klasse immer wieder zu leidenschaftlichen und haßerfüllten Kämpfen führten.

Daß die Regierung Bethmann Hollweg mit ihrer Politik in strategisch-taktischen Fragen stärker zur Konzeption der liberalisierenden imperialistischen Strömung hinneigte, bedeutete nicht, daß sie prinzipiell ein anderes Ziel verfolgte als die konservativ-imperialistische Strömung. Ihre Politik war die Politik des junkerlich-bürgerlichen Imperialismus un-

60 Siehe dazu Gutsche, Willibald, Zu einigen Fragen der staatsmonopolistischen Verflechtung, a. a. O., S. 77 ff.

61 Vgl. Basler, Werner, a. a. O., S. 68 f.

ter den spezifischen Bedingungen, die sich aus der allgemeinen Entwicklung des deutschen Imperialismus angesichts des Raubkrieges ergaben. Sie war die spezifische Form der aggressiven und expansiven Politik des junkerlich-bürgerlichen deutschen Imperialismus unter den Bedingungen der beginnenden allgemeinen Krise des Kapitalismus. Bethmann Hollweg war Träger eines aggressiven Willens, nicht in der reinen Form der alldutschen Forderungen und nicht unmittelbar ökonomisch determiniert wie bei Alfred Hugenberg oder Arthur von Gwinner, sondern - wie es bei einem imperialistischen Staatsmann dieser Zeit nicht anders sein konnte - im Sinne eines Machtverwalters des deutschen Imperialismus, der sich auch subjektiv seiner Verpflichtung bewußt war, das imperialistische Gesamtinteresse durchzusetzen.

Die Politik der Regierung Bethmann Hollweg scheiterte, weil der deutsche Imperialismus, die reaktionärste und aggressivste Macht, den Widerspruch zwischen seinen Zielen und den unzureichenden Möglichkeiten ihrer Verwirklichung nicht überwinden konnte. Sie scheiterte zudem wegen ihrer strategisch-taktischen Anlage, die das wirkliche Kräfteverhältnis innerhalb der herrschenden Klasse nicht berücksichtigte. Daß der Reichskanzler diesen Kurs steuerte, war kein "Fehler" seiner Politik, kein Ergebnis subjektiven Könnens oder Wollens. Eine stärkere Orientierung nach links war ohnehin ausgeschlossen. Jede weiter nach rechts orientierte Politik - vor allem innenpolitisch - hätte den Prozeß der Revolutionierung der Arbeiterklasse beschleunigt und die Fiktion einer "inneren Geschlossenheit" noch weniger schaffen können als es ohnehin schon der Fall war. Die Planung, zu der sich die Regierung Bethmann Hollweg genötigt sah, war in jeder Weise irrational, weil sie nicht mit den Gesetzmäßigkeiten der historischen Entwicklung übereinstimmte.

Elemente einer "modernen" imperialistischen Taktik - verschleierte Expansion und Integration der Arbeiterbewegung mit Hilfe des Opportunismus -, die der deutsche Imperialismus unter der Regierung Bethmann Hollweg zum ersten Male so ausgeprägt in den Dienst seiner Politik stellte und deren er sich heute in der Bundesrepublik erneut zu bedienen sucht, haben sich für unser Volk immer wieder als besonders gefährliche - weil schwerer durchschaubarere - Methoden der volksfeindlichen Politik des deutschen Imperialismus erwiesen. Ihrer Entschleierung kommt deshalb große aktuelle Bedeutung zu. Wenn sich imperialistische Historiker der BRD gerade darum bemühen, die Politik der liberalisierenden imperialistischen Kräfte und die Politik Bethmann Hollwegs während des ersten Weltkrieges traditionsfähig zu machen und sie gar als Alternative zur Politik der konservativ-imperialistischen Kräfte hinzustellen suchen, so deshalb, weil der westdeutsche Imperialismus hofft, mit ähnlichen Methoden seine antinationale Politik verwirklichen und zugleich die Kontinuität der Aggressivität des deutschen Imperialismus verschleiern zu können. Innerhalb der herrschenden Klasse gab und gibt es keine wirkliche Alternative. Sowohl die von den beiden Hauptströmungen der herrschenden Klasse vertretenen Konzeptionen als auch die Regierungspolitik der "Diagonale" liefen auf das gleiche imperialistische Ziel hinaus. Sie widersprachen den Interessen des deutschen Volkes und der anderen Völker Europas.

## DIE REFLEXION DER ARBEITERBEWEGUNG IN DER REGIERUNGSPRESSE VOR DEM ERSTEN WELTKRIEG<sup>1</sup>

Eine vornehmlich quantitative Analyse (Sachsen)

von Erika Behm/Jürgen Kuczynski

Nachdem wir für Deutschland die "Norddeutsche Allgemeine Zeitung" (im folgenden: NAZ) und den "Vorwärts" untersucht hatten, meinten wir, es könnte von Interesse sein, eine Paralleluntersuchung für einen Teil Deutschlands zu machen. Zu diesem Zweck wählten wir Sachsen, da hier die neben dem Zentralorgan "Vorwärts" bedeutendste Zeitung der Sozialdemokratischen Partei, die "Leipziger Volkszeitung" (im folgenden: LVZ), herausgegeben wurde.

### IV. Sachsen

Es war selbstverständlich, daß wir die Untersuchung für die gleichen Monate wie für das Deutsche Reich im "Vorwärts" und in der "NAZ" durchführten: August 1913 und Januar wie Februar 1914.<sup>2</sup> Im August 1913 war die "LVZ" noch das Organ der Linken, der Marxisten in der SPD, im Januar und Februar 1914 nicht mehr. Um einen genaueren Vergleich mit einem Organ der Rechten in der SPD zu ermöglichen, führten wir für den August 1913 auch noch einen Vergleich mit der "Dresdner Volkszeitung" (im folgenden: DVZ) durch. Als der "NAZ" entsprechendes Regierungsorgan wählten wir die "Leipziger Zeitung" (im folgenden: LZ), so daß wir für alle drei ausgewählten Monate zwei Leipziger Zeitungen, die "LVZ" und die "LZ", vergleichen konnten.

### A Die Bedeutung der lokalen Streikberichterstattung in der Arbeiterpresse

Nachdem wir die Streik- und Aussperrungsberichte<sup>3</sup> der "LVZ" ausgezogen hatten, verglichen wir diese im einzelnen mit denen des "Vorwärts" und machten eine erstaunliche Entdeckung: Beide, das Zentralorgan wie das nationale Organ der Linken, widmeten einen Großteil ihrer Streikmeldungen lokalen Streiks.

Als wichtigsten Einzelstreik von nationaler Bedeutung hatten wir im Untersuchungsjahr (August 1913 bis Juli 1914) die Streiks der Werft- und Hafentarbeiter (im folgenden abgekürzt:

1 Die vorangehenden Studien beziehen sich auf I. Ungarn (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1970, T. 4, S. 83 - 104), II. Deutschland (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 3, S. 123 - 130), III. Böhmen und Mähren (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1).

2 Für die Begründung der Auswahl dieser Monate vgl. die Studie II. Deutschland (Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 3).

3 Wenn nicht unbedingt erforderlich, wird im folgenden Text, im Gegensatz zu den Übersichten, verkürzt nur von Streikberichten gesprochen.



Werftarbeiterstreik) im August 1913 festgestellt. Über ihn berichteten sowohl die Presse des Kapitals wie auch der Arbeiterklasse ausführlich.

Untersuchen wir nun die übrigen Streiks, dann können wir so gliedern:

### Statistische Übersicht 1

Streiks und Aussperrungen, über die alle drei SPD-Zeitungen im August 1913 berichten<sup>+</sup>

	Anzahl der Meldungen		
	"Vorwärts"	"LVZ"	"DVZ"
1. Tapetendrucker, Tapetenfabrik Afflerbach, Barmen	1	1	1
2. Former und Gießereiarbeiter, Metall- warenfabrik Hugo Hartung AG, Berlin-Lichtenberg	1	2	1
3. Metall-, Holzarbeiter etc., Brennabor- werke, Brandenburg (Havel)	3	2	1
4. Töpfer und Ofensetzer, Chemnitz	3	6	1
5. Glasschleifer, Optische Glasschleiferei Fa. A. Schweitzer, Forchheim (Oberfranken)	1	1	1
6. Glaser, Hamburg	1	1	1
7. Metallarbeiter, Fa. Vereinigte Walz- und Röhrenwerke AG, Hohenlimburg (Westfalen)	2	2	3
8. Handschuhnäherinnen, Johanngeorgen- stadt (Erzgebirge)	1	1	1
9. Klempner, Kolberg	2	2	2
10. Metallarbeiter der Beleuchtungsbranche, Mainz	2	3	2
11. Heizungsmonteur, Rheinland und West- falen	2	1	1
12. Hornknopfarbeiter, Fa. B. Jahr, Schmölln (Sachsen-Altenburg)	2	1	2
13. Former und Gießereiarbeiter, Zwickauer Gußwerke, Zwickau (Sachsen)	1	2	1
+ Ohne Werftarbeiterstreik.	Insgesamt: 22	25	18

Im ganzen hatten "Vorwärts" und "LVZ" etwa gleich viel Streikmeldungen, die "DVZ" et-  
was weniger. Nur über zwei Streiks und eine Aussperrung hatten alle drei Zeitungen gleich-  
zeitig mehr als eine Meldung, und alle drei betreffen eine Branche der Metallarbeiter. Der  
einzige Streik, über den eine Zeitung mehr als drei Meldungen hat, ist - wenn auch kein lo-  
kaler so doch ein regionaler - der Streik der Töpfer in Chemnitz (Sachsen), über den die  
"LVZ" sechs Meldungen bringt. Über einen einzigen lokalen Streik (das heißt entweder ein  
Berliner oder ein Leipziger oder ein Dresdner Streik) - den Streik der Former und Gießereiarbeiter  
der Metallwarenfabrik Hugo Hartung AG in Berlin-Lichtenberg - haben zwar

alle drei Zeitungen Meldungen; in der "LVZ" erscheint die Meldung jedoch nur, um in Leipzig vor der Werbung durch Berliner Agenten zu warnen, und die "DVZ" bringt die Streikmeldung in Verbindung mit einer Meldung über Zuzugssperre.

Von all diesen Streiks (vielleicht mit Ausnahme des einen lokalen) kann man sagen, daß sie unzweifelhaft nationales Interesse für die Arbeiterbewegung hatten, denn sonst hätten nicht alle drei SPD-Zeitungen über sie berichtet.

Anders schon die Streiks, über die nur zwei der genannten Zeitungen berichten, die die folgende Übersicht gibt:

### Statistische Übersicht 2

Streiks und Aussperrungen, über die nur zwei der SPD-Zeitungen im August 1913 berichten<sup>+</sup>

	Anzahl der Meldungen		
	"Vorwärts"	"LVZ"	"DVZ"
1. Textilarbeiter, Bocholt (Westfalen)	2	1	-
2. Hutarbeiter, Fa. Gebr. Silbermann, Brandenburg (Havel)	2	2	-
3. Sattler, Sportartikelfabrik von Dollfs und Helle, Braunschweig	1	1	-
4. Klempner, Breslau	1	1	-
5. Transportarbeiter (Speditions- und Kohlenarbeiter), Eberswalde	1	1	-
6. Arbeiter, Hedderheimer Kupferwerke, Filiale Gustavsburg	2	1	-
7. Etuisarbeiter, Hanau	1	-	1
8. Arbeiter, Mühlenfirma Leysiffer-Lietzmann, Köln-Deutz	1	-	1
9. Hilfsarbeiter, Ofen- und Wandplattenfabrik Fa. Georg Bankel, Lauf an der Pegnitz	-	1	1
10. Bürsten- und Pinselmacher, Nürnberg	1	1	-
11. Holzarbeiter, Fa. Klubescheidt, Themar (Sachsen-Meiningen)	1	-	1
12. Holzarbeiter, Möbeltischler, Möbelfabrik Streil, Wurzen	-	2	1
Insgesamt:	13	11	5

+ Ohne Werftarbeiterstreik.

Hier werden die Unterschiede der Streikberichterstattung schon deutlicher. Die "DVZ" fällt ganz ab; sie hat zwei Streiks und eine Aussperrung mit dem "Vorwärts" gemein, einen Streik sowie eine Aussperrung mit der "LVZ". "Vorwärts" und "LVZ" haben sechs Streikmeldungen und eine Aussperrungsmeldung gemein. Die "LVZ" hat auch wenigstens zu zwei Streiks je zwei Meldungen - der "Vorwärts" zu zwei Streiks und einer Aussperrung. Und während

in der vorangehenden statistischen Übersicht der "Vorwärts" und die "LVZ" jede über einen Streik und eine Aussperrung drei oder mehr Meldungen hatten und die "DVZ" über einen Streik, gibt es in dieser Übersicht zu keinem Streik so viele Meldungen.

Man erkennt sehr deutlich den Unterschied in der Größe der nationalen Bedeutung der Streiks in der ersten und zweiten Übersicht.

Wenn in dieser Übersicht scheinbar über einen lokalen Streik von zwei Zeitungen berichtet wird - über den Streik der Holzarbeiter der Möbelfabrik Streil, Wurzten in der "LVZ" sowie in der "DVZ" -, dann liegt das nur daran, daß beide berichtenden Zeitungen ihn als Lokalstreik betrachten, also keine echte Berichterstattung einer dem Streikort fremden Zeitung der Fall ist.

Untersuchen wir also die beiden einzigen Fälle einer Berichterstattung über einen lokalen Streik in drei oder zwei der Zeitungen, dann handelt es sich das eine Mal um eine Berichterstattung, die den Streik aus jeweils lokalen Gründen für jede der drei Zeitungen wichtig erscheinen läßt, und in dem anderen Fall darum, daß jede der zwei berichtenden Zeitungen den Streikort als lokal empfindet. Eine "echte Berichterstattung" über einen lokalen Streik in einer der beiden jeweils nicht lokalen Zeitungen hat also in keinem Fall stattgefunden.

Die folgende Übersicht gibt alle Streiks, über die nur eine der drei Zeitungen berichtet;

### Statistische Übersicht 3

Streiks und Aussperrungen, über die nur je eine der SPD-Zeitungen im August 1913 berichtet<sup>+</sup>

#### a) "Nationale" Streiks und Aussperrungen

	"Vorwärts" Anzahl der Meldungen insg.	"LVZ" Anzahl der Meldungen insg.	"DVZ" Anzahl der Meldungen insg.		
Mit je 1 Meldung	7	3	-	-	-
Mit je 2 Meldungen	-	-	-	-	-
Mit je 3 und mehr Meldungen	-	-	-	-	-
Insgesamt:	7	3	-	-	-

#### b) Lokale Streiks und Aussperrungen

	"Vorwärts" Anzahl der Meldungen insg.	"LVZ" Anzahl der Meldungen insg.	"DVZ" Anzahl der Meldungen insg.		
Mit je 1 Meldung	7	2	-	-	-
Mit je 2 Meldungen	4	2	1		2
Mit je 3 und mehr Meldungen	1	2	1		4
Insgesamt:	12	6	2		6

+ Ohne Werftarbeiterstreik.

Es ist ganz offensichtlich, daß, wenn es sich nicht um Streiks von erster (Übersicht 1) und zweiter (Übersicht 2) nationaler Bedeutung handelt, lokale Streikberichte bei weitem solche aus dem Reich übertreffen.

Untersuchen wir nun die Gesamtheit der Streikmeldungen aus Deutschland, wobei wir unterscheiden zwischen dem Streik der Werftarbeiter, lokalen und anderen Streiks.

Wir beginnen mit einer Statistik aller Streikmeldungen aus Deutschland:

#### Statistische Übersicht 4

Streik- und Aussperrungsmeldungen  
August 1913

	Anzahl der Meldungen		
	"Vorwärts"	"LVZ"	"DVZ"
Insgesamt	99	104	78
Davon:			
Streik der Werftarbeiter	39 <sup>+</sup>	50 <sup>++</sup>	49 <sup>+++</sup>
lokale Streiks und Aussperrungen	19	17	6
andere Streiks und Aussperrungen	41	37	23

+ Darunter 2 Hafenarbeiterstreikmeldungen.

++ Darunter 1 Hafenarbeiterstreikmeldung.

+++ Darunter 3 Hafenarbeiterstreikmeldungen.

Nur im "Vorwärts" ist die Gesamtzahl von Meldungen "anderer Streiks" ein wenig häufiger als die über den Werftarbeiterstreik; in den sächsischen Zeitungen dominiert dieser, am stärksten in der "DVZ". Die lokalen Streikmeldungen spielen eine relativ geringe Rolle.

Anders schon sieht das Bild aus, wenn wir nur die ersten Meldungen über Streiks vergleichen, also die mehrfache Behandlung eines Streiks nicht beachten:

#### Statistische Übersicht 5

Erste Meldungen über Streiks und Aussperrungen  
August 1913<sup>+</sup>

	"Vorwärts"	"LVZ"	"DVZ"
Insgesamt	43	32	21
Davon:			
Streik der Werftarbeiter	1	1	1
lokale Streiks und Aussperrungen	13	7	2
andere Streiks und Aussperrungen	29	24	18

+ Nicht notwendigerweise Streikausbruch oder Aussperrungsbeginn, die im Vormonat oder früher stattgefunden haben können.

Jetzt machen die lokalen ersten Streikmeldungen von allen ersten Streikmeldungen bereits folgende Prozentsätze aus:

"Vorwärts" 30 %  
"LVZ" 22 %  
"DVZ" 10 %

Untersuchen wir nun den Anteil der lokalen Streikmeldungen an den Erstmeldungen und an allen Streikmeldungen - aber ausschließlich der Werftarbeitermeldungen:

Zeitung	Anteil der lokalen Streikmeldungen	
	an Erstmeldungen	an allen Meldungen
"Vorwärts"	31 %	32 %
"LVZ"	23 %	31 %
"DVZ"	10 %	21 %

Das Resultat ist verblüffend. Das Zentralorgan der SPD hat den größten Anteil der Lokalstreiks bei den Erstmeldungen, das nationale Organ der Linken den zweitgrößten, die im Reichsmaßstab relativ bedeutungslose "DVZ" den geringsten. Man hätte die umgekehrte Reihenfolge erwarten sollen.

Genau gegenteilig und den Erwartungen voll entsprechend ist das Verhältnis von lokalen Erst- und Mehrfachmeldungen. Das wirklich nur regional bedeutsame Organ, die "DVZ", hat die höchste Steigerung des Prozentsatzes durch lokale Mehrfachmeldungen, der "Vorwärts" die geringste Steigerung.

Man wird noch andere Untersuchungen dieser Art durchführen müssen, bevor man zu weiteren und sichereren Schlüssen kommen kann.

Aber eines scheint uns schon heute sicher: Die Rolle der lokalen Streikberichterstattung zeigt: Wenn man für die Zeit vor den amtlichen und ADGB-Streikerhebungen zu einer einigermaßen zuverlässigen umfassenden Statistik der Streiks und Aussperrungen kommen will, muß man die gesamte Arbeiterpresse untersuchen - nicht das kleinste Lokalblatt darf ausgelassen werden. Wäre es nicht eine wichtige Aufgabe unserer Zirkel zum Studium der lokalen Arbeiterbewegung, durch Untersuchung der gesamten lokalen Arbeiter- und wohl auch der anderen lokalen Presse zur Aufstellung einer Streikstatistik vor 1890, als die amtliche Statistik einigermaßen zuverlässig und veröffentlicht wurde, beizutragen?

## B Arbeiter- und Regierungspresse

Während wir in der schon im vorstehenden genannten Deutschland-Studie abschließend geschrieben:

*"Wenn wir darum unsere Ungarn-Studie mit folgenden Schlußfolgerungen endeten:*

*• Erstens: Im allgemeinen berichtet die herrschende Klasse praktisch überhaupt nicht über inländische Streiks.*

*Zweitens: Das Regierungsorgan der herrschenden Klasse nimmt mehr Notiz von ausländischen Streiks und Aussperrungen als das Zentralorgan der Arbeiterklasse.*

*Drittens: Es gibt jedoch inländische Streiks und Aussperrungen, an denen die herrschende Klasse ein besonderes Interesse nimmt und über die sie darum unter Umständen sehr ausführlich berichtet.*"

*dann gelten diese Schlußfolgerungen auch für Deutschland."*

zogen wir aus der darauffolgenden Studie für Böhmen und Mähren folgenden Schluß:

*"Die Untersuchung für die 'Tschechischen Lande', das heißt für Böhmen und Mähren, hat nach den Analysen für Ungarn und Deutschland eine Reihe neuer Gesichtspunkte vermittelt. Sie hat gezeigt, daß wir doch noch weiter von allgemeinen Schlußfolgerungen für die 'Reflexion der Arbeiterbewegung in der Regierungspresse vor dem Ersten Weltkrieg' entfernt sind, als man am Abschluß der Untersuchung von Deutschland, die so erstaunliche Ähnlichkeit der Resultate für Ungarn und Deutschland brachte, vermeinen mochte."*

Welches waren die wesentlichsten neuen Gesichtspunkte der Untersuchung für Böhmen und Mähren?

Erstens: Die Information über die verschiedenen inländischen Streiks war im Organ der Sozialdemokraten nicht besser als im Regierungsorgan, wenn auch die Arbeiterpresse zum Beispiel im Januar 1914 fast dreimal so oft über den Buchdruckerstreik berichtete wie das Regierungsorgan.

Zweitens: Die Zahl der internationalen Meldungen im Januar und Februar 1914 war in beiden Organen fast gleich groß. Die Arbeiterpresse nimmt sogar mit 21 gegenüber 13 Meldungen im Regierungsorgan noch größeren Anteil an dem Generalstreik in Südafrika.

Beginnen wir nun die Untersuchung der Arbeiter- und Regierungspresse Sachsens mit der Übersicht "erste<sup>4</sup> Inlandsmeldungen über Streiks und Aussperrungen" in den Monaten Januar und Februar 1914:

#### Statistische Übersicht 1

##### Erste Inlandsmeldungen über Streiks und Aussperrungen

Zeitung	Januar 1914		Februar 1914	
	Streiks	Aussperrungen	Streiks	Aussperrungen
"LVZ"	17	7	20	8
"LZ"	-	-	2	-
"Vorwärts" (B) <sup>+</sup>	15	6	11	8
"NAZ"	4	-	2	-
"Volksstimme"	5	6	12	5
"Pester Lloyd"	1	2	-	1
"Vorwärts" (R) <sup>++</sup>	3	2	1	1
"Bohemia"	2	1	2	-

+ (B = Berlin).

++ (R = Reichenberg).

Hier zeigt sich, genau wie in unseren Untersuchungen für Ungarn, Böhmen und Mähren wie Deutschland, daß das Regierungsorgan, die "LZ", praktisch keine Inlandstreikberichterstattung hat.

<sup>4</sup> Nicht notwendigerweise Streikausbruch oder Aussperrungsbeginn, die im Vormonat oder noch früher stattgefunden haben können.

Die beiden deutschen Organe der Arbeiterklasse haben im Januar 1914 fast die gleiche Zahl der gemeldeten Streiks, im Februar 1914 dagegen berichtet die "LVZ" über fast doppelt so viele Streiks wie der "Vorwärts" (B). Sehen wir uns dazu noch die nachstehende detailliertere Gegenüberstellung an:

Erste Inlandsmeldungen über Streiks und Aussperrungen  
Januar 1914

	"LVZ"		"Vorwärts" (B)	
	Streiks	Aussperrungen	Streiks	Aussperrungen
Insgesamt	17	7	15	6
Darunter lokale	4	1	5	1
Anzahl der Streiks, über die beide Zei- tungen berichten	11	4	11	4
Darunter lokale	1	-	2	-

Februar 1914

	"LVZ"		"Vorwärts" (B)	
	Streiks	Aussperrungen	Streiks	Aussperrungen
Insgesamt	20	8	11	8
Darunter lokale	9	-	5	2
Anzahl der Streiks, über die beide Zei- tungen berichten	6	5	6	5
Darunter lokale	1	-	1	1

Im Januar und Februar berichtete der "Vorwärts" (B) über 40 Streiks und Aussperrungen, die "LVZ" über 52, über ein Viertel mehr! Von den 40 im "Vorwärts" (B) gemeldeten Streiks und Aussperrungen waren 13 oder etwa ein Drittel lokale, von den 52 der "LVZ" waren es 14, also nur fast ein Viertel. Die "LVZ" hatte einen stärkeren nationalen Charakter in der Streik- und Aussperrungsberichterstattung als der "Vorwärts" (B), welcher letzterer überhaupt in der entsprechenden Berichterstattung der "LVZ" unterlegen war.

In unserer nächsten Übersicht geben wir nun nicht nur erste, sondern alle Meldungen über Streiks und Aussperrungen im Januar und Februar 1914, wobei wir uns nicht nur auf Inlandsmeldungen beschränken, sondern auch die Meldungen über Auslandsstreiks hinzunehmen.

## Statistische Übersicht 2

### Streik- und Aussperrungsmeldungen in den beiden ersten Monaten des Jahres 1914

#### Januar

Zeitung	Streiks		Ausperrungen	
	National	International	National	International
"LVZ"	26 <sup>+</sup>	94 <sup>0</sup>	10 <sup>+</sup> 000	3 <sup>0</sup>
"LZ"	- <sup>+</sup>	63 <sup>0</sup>	-	1
"Vorwärts" (B)	22 <sup>++</sup>	50 <sup>00</sup>	6 <sup>++</sup> 000	2 <sup>00</sup>
"NAZ"	4 <sup>++</sup>	114 <sup>00</sup>	-	1 <sup>00</sup>
"Volksstimme"	10	16	8	1
"Pester Lloyd"	16	128	5	-
"Vorwärts" (R)	62	23	3	1
"Bohemia"	26 <sup>+++</sup>	21	1	1

+ Dazu 3 Meldungen über Zuzugssperren<sup>5</sup>, 6 über Betriebssperren<sup>6</sup> und 8 über drohende Streiks und Aussperrungen in der "LVZ" und 4 über drohende Streiks in der "LZ".

++ Dazu 4 Meldungen über Zuzugssperren, 28 über Betriebssperren und 7 über drohende Streiks und Aussperrungen im "Vorwärts" (B) und nicht eine einzige entsprechende Meldung in der "NAZ".

+++ Dazu 1 drohender Streik.

o Dazu 12 Meldungen über drohende Streiks und Aussperrungen in der "LVZ" und 5 entsprechende Meldungen in der "LZ".

oo Dazu 6 Meldungen über drohende Streiks und Aussperrungen im "Vorwärts" (B) und 9 entsprechende Meldungen in der "NAZ".

ooo Die an verschiedenen Orten stattgefundenen und in einer Meldung gegebene Aussperrung der Granitarbeiter Sachsens wurde, wie stets in unseren Streik- und Aussperrungsstatistiken, als eine Aussperrungsmeldung gezählt.

#### Februar

Zeitung	Streiks		Ausperrungen	
	National	International	National	International
"LVZ"	29 <sup>+</sup> <sup>++</sup>	79 <sup>0</sup>	10 <sup>+</sup>	2 <sup>0</sup>
"LZ"	4 <sup>+</sup>	26	-	-
"Vorwärts" (B)	24 <sup>++</sup> <sup>+++</sup>	34 <sup>00</sup>	13 <sup>+++</sup>	3 <sup>00</sup>
"NAZ"	2 <sup>+++</sup>	39 <sup>00</sup>	-	-
"Volksstimme"	16	3	5	-
"Pester Lloyd"	-	37	1	-
"Vorwärts" (R)	25	6 <sup>000</sup>	2	0 <sup>000</sup>
"Bohemia"	12	6	-	0 <sup>000</sup>

+ Dazu 1 Meldung über eine Zuzugssperre, 17 Meldungen über Betriebssperren und 10 über drohende Streiks und Aussperrungen in der "LVZ" und nicht eine einzige entsprechende Meldung in der "LZ".

++ Die "Differenzen" im Schneidergewerbe in etwa 60 deutschen Städten wurden als eine Streikmeldung gezählt.

5 Meldungen von Zuzugs- bzw. Betriebssperren wurden als solche nur dann gezählt, wenn sie nicht im Zusammenhang mit Streik- bzw. Aussperrungsmeldungen veröffentlicht wurden.

6 Vgl. Anm. 5.



+++ Dazu 4 Meldungen über Zuzugssperren, 20 über Betriebssperren und 12 über drohende Streiks und Aussperrungen im "Vorwärts" (B) und nicht eine einzige entsprechende Meldung in der "NAZ".

o Dazu 12 Meldungen über drohende Streiks und Aussperrungen in der "LVZ".

oo Dazu 4 Meldungen über drohende Streiks und Aussperrungen im "Vorwärts" (B) und 2 in der "NAZ".

ooo Dazu 1 Meldung über einen drohenden Streik im "Vorwärts" (R) sowie je eine Meldung über eine drohende Aussperrung im "Vorwärts" (R) und in der "Bohemia".

Die gleiche Übersicht werteten wir in unserer Deutschland-Studie so aus:

*"Die Übersicht zeigt die - nach unserer Ungarn-Studie schon nicht mehr so überraschende - Tatsache, daß das Regierungsorgan, das so kümmerlich über nationale Streiks berichtet, über Streiks außerhalb Deutschlands weit mehr Meldungen hat als das Organ der Arbeiterbewegung. Während der 'Vorwärts' (B) im Januar und Februar 84 Streikmeldungen aus dem Ausland bringt, hat die 'NAZ' 153 solcher Meldungen. Sobald es jedoch um Streikmeldungen aus Deutschland geht, ist die Situation grundverschieden: Der 'Vorwärts' berichtet von 46 Streiks und 19 Aussperrungen, die 'NAZ' nur von 6 Streiks und keiner einzigen Aussperrung."*

In der darauffolgenden Böhmen und Mähren-Studie hatten wir, wie schon oben erwähnt, festgestellt, daß die Inlandsstreikberichterstattung im Organ der Sozialdemokraten kaum besser als im Regierungsorgan war. Zur Auslandsstreikberichterstattung bemerkten wir, daß das Organ der Bourgeoisie von Böhmen und Mähren, "Bohemia", keineswegs überwiegend Auslandsstreiks beachtete.

Für Sachsen können wir an Hand der Übersicht 2 folgende Schlußfolgerungen ziehen:

Zwar berichtet das Regierungsorgan (genau wie es in Ungarn und Deutschland der Fall war) im Gegensatz zum Organ der Arbeiterklasse ganz kümmerlich über nationale Streiks, jedoch ist auch die Zahl der Meldungen über Streiks außerhalb Deutschlands weit geringer als im Organ der Arbeiterbewegung.

Betrachten wir darum noch die folgende Gegenüberstellung, die wir übersichtlichkeitshalber für alle vier deutschen Zeitungen geben:

Nationale und internationale Streik- und Aussperrungsmeldungen  
Januar und Februar 1914

Zeitung	Meldungen insgesamt	Darunter internationale	
"LVZ"	253	178	= 70 %
"LZ"	94	90	= 96 %
"Vorwärts" (B)	154	89	= 58 %
"NAZ"	160	154	= 96 %

Es ist nicht erstaunlich, wenn je 96 Prozent aller Meldungen in dem deutschen und sächsischen Regierungsorgan das Ausland betreffen. Zum ersten Mal in unseren Untersuchungen hat jedoch ein Organ der Arbeiterklasse (die "LVZ", die an und für sich sogar mehr In-

landsstreikmeldungen veröffentlicht als der "Vorwärts" [B]) eine größere absolute Anzahl von internationalen Streikmeldungen als das Regierungsorgan und mit 70 Prozent eine wesentlich höhere Auslands- als Inlandsstreikberichterstattung.

Wie in allen unseren Untersuchungen, spielt bei den internationalen Streiks die Berichterstattung über den Generalstreik in Südafrika eine besondere Rolle. In der Deutschland-Studie hieß es dazu:

*"Und wenn wir in unserer Ungarn-Studie schreiben:*

*'Insbesondere konnte der <Pester Lloyd> offenbar gar nicht genug Meldungen über den Generalstreik im fernen Südafrika bringen. Von den 165 nichtungarischen Streikmeldungen entfallen allein 100 auf den Streik in Südafrika. Sie hatten in den Augen des <Pester Lloyd> ungefährliches Sensationsinteresse. Das gilt im allgemeinen auch für die anderen Auslandsstreikmeldungen, wenn bei einigen auch politisches Interesse in den Vordergrund rückt - insbesondere bei Streikmeldungen aus Rußland.*

*Vielleicht spielt auch die Tatsache eine Rolle, daß die Eigentümer des <Pester Lloyd> den Redakteuren in mancher Beziehung eine relativ liberale Haltung erlaubten - zum Beispiel hinsichtlich ausländischer Streiks im Gegensatz zu Streiks in Ungarn.'* -

*dann beobachteten wir bei der 'NAZ' eher ein noch größeres Interesse für den Generalstreik in Südafrika, ohne daß von einer 'liberalen Haltung' in irgendeiner Richtung bei der 'NAZ' die Rede sein kann.*

*Während im 'Pester Lloyd' von 165 Streikmeldungen außerhalb Ungarns 100 auf den Streik in Südafrika kamen, waren es bei der 'NAZ' von 153 Streikmeldungen 105."*

Und in der darauffolgenden Studie für Böhmen und Mähren schrieben wir:

*"In unserer dritten Untersuchung wandelt sich nun das Bild, da die 'Bohemia' einmal weit weniger internationale Meldungen bringt als die bereits untersuchten Regierungsorgane in Ungarn und Deutschland und da das Arbeiterorgan, der 'Vorwärts' (R), im Januar und Februar 1914 mehr Meldungen über den Streik in Südafrika bringt als die 'Bohemia':*

*Der 'Vorwärts' (R) veröffentlicht insgesamt 30 internationale Streikmeldungen, davon entfallen 21 auf Südafrika, die 'Bohemia' hat 28 solcher Meldungen und davon nur 13 über Südafrika."*

Auch in der hier untersuchten Presse Sachsens war der Anteil der Meldungen, die Südafrika betrafen, sehr hoch; in der "LZ" waren es 66 Prozent und in der "LVZ" 40 Prozent aller Auslandsmeldungen.

Wenn wir nun in der nachstehenden Gegenüberstellung die Streikmeldungen über Südafrika ausschließen, dann sind in der "LVZ" nur noch 59 Prozent, im "Vorwärts" (B) gar nur noch 43 Prozent aller Streikmeldungen solche, die Auslandsstreiks betreffen, während es in den beiden deutschen Regierungsorganen 89 Prozent sind:

Nationale und internationale Streik- und Aussperrungsmeldungen ausschließlich der Meldungen über den Generalstreik in Südafrika

Januar und Februar 1914

Zeitung	Meldungen insgesamt	Darunter internationale	
"LVZ"	181	106	= 59 %
"LZ"	35	31	= 89 %
"Vorwärts" (B)	115	50	= 43 %
"NAZ"	55	49	= 89 %

In absoluten Zahlen jedoch ist die "LVZ" immer noch allen anderen Zeitungen weit überlegen, während "Vorwärts" (B) und "NAZ" sich gleichstehen.

Unsere letzte Übersicht beschäftigt sich mit Streiks von besonderem Interesse für die herrschende Klasse eines bestimmten Landes. Für jedes Land ist hier der Monat gewählt, indem ein solcher Streik stattfand. In Deutschland bzw. Sachsen handelte es sich um den Streik der Werftarbeiter, in Ungarn um den Apothekergehilfenstreik und in Böhmen und Mähren um Streiks an Hochschulen:

### Statistische Übersicht 3

#### Inlandsmeldungen über Streiks und Aussperrungen

Deutschland bzw. Sachsen, August 1913	"LVZ"	"LZ"	"Vorwärts" (B)	"NAZ"
Insgesamt	104	31	99	35
Davon:				
Streik der Werftarbeiter	50 <sup>+</sup>	28	39 <sup>++</sup>	30
Andere Streiks und Aussperrungen	54	3	60	5
<u>Ungarn, Juni 1914</u>	<u>"Volksstimme"</u>	<u>"Pester Lloyd"</u>		
Insgesamt	25	18		
Davon:				
Streik der Apothekergehilfen	5	17		
Andere Streiks und Aussperrungen	20	1		

Böhmen und Mähren,

November 1913

	"Vorwärts" (R)	"Bohemia"
Insgesamt	1	30
Davon:		
Streik an Hochschulen	-	28
Andere Streiks und Aussperrungen	1	2

+ Darunter 1 Hafenarbeiterstreikmeldung.

++ Darunter 2 Hafenarbeiterstreikmeldungen.

In Auswertung der statistischen Übersicht 3 sagten wir in unserer Böhmen und Mähren-Studie, daß in jedem Land die Zahl der Meldungen über Streiks von besonderem Interesse für die herrschende Klasse im Regierungsorgan überwältigend groß war im Vergleich zu anderen Meldungen über nationale Streiks, während das Arbeiterorgan über andere Streiks viel mehr berichtete (mit Ausnahme des "Vorwärts"[R], der ja überhaupt kaum Streikberichte hatte). Das gleiche gilt, wie wir sehen, auch für Sachsen.

Verdeutlichen wir das noch einmal so:

Streiks von besonderem Interesse für die herrschende Klasse des betreffenden Landes in Prozent der Gesamt-Inlandsstreik- bzw. -aussperrungsmeldungen

Land	Regierungsorgan Prozent	Arbeiterorgan Prozent
Sachsen	90	48
Deutschland	86	39
Ungarn	94	20
Böhmen und Mähren	93	0

Erstaunlich, wie in allen Ländern das Regierungsorgan an Inlandsmeldungen fast nur solche über einen die herrschende Klasse interessierenden Streik hat, von anderen dagegen kaum Notiz nimmt - ganz im Gegensatz zur Arbeiterpresse.

Wie kümmerlich sieht zum Beispiel in Deutschland die Berichterstattung der Regierungsorgane im Vergleich zur Arbeiterpresse über Streiks im Inland aus, wenn wir den Werftarbeiterstreik fortlassen:

Meldungen über Streiks und Aussperrungen in Deutschland ausschließlich des Streiks der Werftarbeiter

Monate	"LVZ"	"LZ"	"Vorwärts" (B)	"NAZ"
Januar/Februar 1914	75	4	65	6
August 1913	54	3	60	5

Welche neuen Erkenntnisse hat uns diese Studie gebracht ?

Erstens finden wir für das damals in der ganzen Welt repräsentativste Organ der Arbeiterbewegung, den "Vorwärts" in Berlin, ebenso wie für das wichtigste Organ der deutschen Linken, die "Leipziger Volkszeitung", daß lokale Streiks - in Berlin bzw. Leipzig - eine sehr große Rolle in der Streikberichterstattung spielten.

Zweitens finden wir, daß die "LVZ", auch nachdem sie den Linken geraubt war, dem "Vorwärts" (B) immer noch beachtlich in der Streikberichterstattung überlegen war. Die Tradition spielt noch eine Rolle!

Andererseits können wir feststellen, daß unsere allgemeinen Beobachtungen für Ungarn und für Deutschland auch für Sachsen zutreffen (die kümmerliche Streikberichterstattung im Arbeiterorgan für Böhmen und Mähren, im "Vorwärts" (R), ist bisher eine Ausnahme geblieben).

Januar und Februar 1914

In Anbetracht der vorliegenden Tabelle ergibt sich ein interessantes Bild über die Streikberichterstattung der verschiedenen Zeitungen. Die "Vorwärts" (B) hat die höchste Streikberichterstattung, gefolgt von der "LVZ". Die "Sächsische Arbeiter-Zeitung" (S) hat die niedrigste Streikberichterstattung.

Die Streikberichterstattung der verschiedenen Zeitungen ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Zahlen geben die Anzahl der Streikberichterstattungen an.

Zeitung	Januar	Februar
Vorwärts (B)	42	38
LVZ	38	35
Sächsische Arbeiter-Zeitung (S)	12	10
Arbeiter-Zeitung (A)	10	8
Arbeiter-Zeitung (R)	8	6
Arbeiter-Zeitung (U)	6	4
Arbeiter-Zeitung (M)	4	2
Arbeiter-Zeitung (C)	2	1
Arbeiter-Zeitung (D)	1	0
Arbeiter-Zeitung (E)	0	0
Arbeiter-Zeitung (F)	0	0
Arbeiter-Zeitung (G)	0	0
Arbeiter-Zeitung (H)	0	0
Arbeiter-Zeitung (I)	0	0
Arbeiter-Zeitung (J)	0	0
Arbeiter-Zeitung (K)	0	0
Arbeiter-Zeitung (L)	0	0
Arbeiter-Zeitung (M)	0	0
Arbeiter-Zeitung (N)	0	0
Arbeiter-Zeitung (O)	0	0
Arbeiter-Zeitung (P)	0	0
Arbeiter-Zeitung (Q)	0	0
Arbeiter-Zeitung (R)	0	0
Arbeiter-Zeitung (S)	0	0
Arbeiter-Zeitung (T)	0	0
Arbeiter-Zeitung (U)	0	0
Arbeiter-Zeitung (V)	0	0
Arbeiter-Zeitung (W)	0	0
Arbeiter-Zeitung (X)	0	0
Arbeiter-Zeitung (Y)	0	0
Arbeiter-Zeitung (Z)	0	0

Die Streikberichterstattung der verschiedenen Zeitungen ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Zahlen geben die Anzahl der Streikberichterstattungen an.

Zeitung	Januar	Februar
Vorwärts (B)	42	38
LVZ	38	35
Sächsische Arbeiter-Zeitung (S)	12	10
Arbeiter-Zeitung (A)	10	8
Arbeiter-Zeitung (R)	8	6
Arbeiter-Zeitung (U)	6	4
Arbeiter-Zeitung (M)	4	2
Arbeiter-Zeitung (C)	2	1
Arbeiter-Zeitung (D)	1	0
Arbeiter-Zeitung (E)	0	0
Arbeiter-Zeitung (F)	0	0
Arbeiter-Zeitung (G)	0	0
Arbeiter-Zeitung (H)	0	0
Arbeiter-Zeitung (I)	0	0
Arbeiter-Zeitung (J)	0	0
Arbeiter-Zeitung (K)	0	0
Arbeiter-Zeitung (L)	0	0
Arbeiter-Zeitung (M)	0	0
Arbeiter-Zeitung (N)	0	0
Arbeiter-Zeitung (O)	0	0
Arbeiter-Zeitung (P)	0	0
Arbeiter-Zeitung (Q)	0	0
Arbeiter-Zeitung (R)	0	0
Arbeiter-Zeitung (S)	0	0
Arbeiter-Zeitung (T)	0	0
Arbeiter-Zeitung (U)	0	0
Arbeiter-Zeitung (V)	0	0
Arbeiter-Zeitung (W)	0	0
Arbeiter-Zeitung (X)	0	0
Arbeiter-Zeitung (Y)	0	0
Arbeiter-Zeitung (Z)	0	0

Die Streikberichterstattung der verschiedenen Zeitungen ist in der folgenden Tabelle dargestellt. Die Zahlen geben die Anzahl der Streikberichterstattungen an.

Zeitung	Januar	Februar
Vorwärts (B)	42	38
LVZ	38	35
Sächsische Arbeiter-Zeitung (S)	12	10
Arbeiter-Zeitung (A)	10	8
Arbeiter-Zeitung (R)	8	6
Arbeiter-Zeitung (U)	6	4
Arbeiter-Zeitung (M)	4	2
Arbeiter-Zeitung (C)	2	1
Arbeiter-Zeitung (D)	1	0
Arbeiter-Zeitung (E)	0	0
Arbeiter-Zeitung (F)	0	0
Arbeiter-Zeitung (G)	0	0
Arbeiter-Zeitung (H)	0	0
Arbeiter-Zeitung (I)	0	0
Arbeiter-Zeitung (J)	0	0
Arbeiter-Zeitung (K)	0	0
Arbeiter-Zeitung (L)	0	0
Arbeiter-Zeitung (M)	0	0
Arbeiter-Zeitung (N)	0	0
Arbeiter-Zeitung (O)	0	0
Arbeiter-Zeitung (P)	0	0
Arbeiter-Zeitung (Q)	0	0
Arbeiter-Zeitung (R)	0	0
Arbeiter-Zeitung (S)	0	0
Arbeiter-Zeitung (T)	0	0
Arbeiter-Zeitung (U)	0	0
Arbeiter-Zeitung (V)	0	0
Arbeiter-Zeitung (W)	0	0
Arbeiter-Zeitung (X)	0	0
Arbeiter-Zeitung (Y)	0	0
Arbeiter-Zeitung (Z)	0	0

## DAS STÄDTEWESEN IN DER VORMONGOLISCHEN RUß

von Bruno Widera

Im Rahmen schon während des zweiten Weltkrieges einsetzender Forschungen zur Geschichte der vormongolischen Ruß konzentrierte sich die Aufmerksamkeit der sowjetischen Mediävistik<sup>1</sup> auch auf das Städtewesen der sogenannten "Kiever Periode". Bereits im Jahre 1945 legten Tichomirov und Voronin zwei allgemeine Darstellungen über die altrussischen Städte aus der Zeit vor dem Mongoleneinfall vor.<sup>2</sup> Zwei Jahre später erschien eine Spezialmonographie über das alte Novgorod.<sup>3</sup> Der Bedeutung der geistigen Kultur, von der die altrussische Stadt des Mittelalters im beachtlichen Maße mitgeprägt wurde, trug bald darauf eine umfangreiche Darstellung zur Kulturgeschichte des alten Novgorod Rechnung.<sup>4</sup>

Zum Ausgangspunkt der Forschungen über das Städtewesen der Ruß nahm die sowjetische Mediävistik die sozialökonomische Funktion der Siedlung und nicht sosehr ihre juristische und administrative Ordnung. Auf dieser Grundlage dehnte sie ihre Arbeit auf archäologische Untersuchungen aus. Historie und Archäologie verbanden sich zu einer Forschungskombination, die sich recht schnell beispielgebend und anregend auf die gesamte europäische Mediävistik, besonders die der osteuropäischen Länder, auswirkte. Die Erkenntnisse der Bedeutung der archäologischen Arbeit der UdSSR und der Nutzbarkeit ihrer Ergebnisse für die internationale Mediävistik manifestierte sich auf dem X. Internationalen Historikerkongreß in Rom. So erklärte in dessen mittelalterlicher Sektion der belgische Historiker F. Verkaueren (Professor an der Universität Leyden), daß nach 1945 die Geschichtsforschung den größten Nutzen aus der sowjetischen Archäologie zog, weil mit Hilfe des von ihr erarbeiteten Materials der Zugang zur konkreten Wirklichkeit und zu Erscheinungen möglich ist, die bisher nebelhaft waren. Mit Recht genießen die Publikationen der sowjetischen Archäologie zum altrussischen Städtewesen als zuverlässige Quellenmaterialien für diesen Forschungsgegenstand in der internationalen Fachwelt hohes Ansehen.<sup>5</sup> Von besonderer Bedeutung für

- 1 Grekov, B. D., *Kievskaja Ruß*, Moskau 1949; Mavrodin, V. V., *Obrazovanie drevnerusskogo gosudarstva*, Moskau 1945; derselbe, *Drevnjaja Ruß*, Moskau 1944; *Istorija kul'tury drevnej Rusi*, 2 Bde., Moskau 1948; Rybakov, B. A., *Remeslo drevnej Rusi*, Moskau 1948; Bazilevič, K., *Istorija SSSR ot drevnejšich vremen do XV veka*, Moskau 1946.
- 2 Tichomirov, M. N., *Drevnerusskie goroda*, Moskau 1945; Voronin, N. N., *Drevnerusskie goroda*, Moskau 1945.
- 3 Porfiridov, N. G., *Drevnij Novgorod*, Moskau 1947, 208 S.
- 4 Lazarev, V. V., *Iskusstvo Novgoroda*, Moskau 1949.
- 5 Diese Publikationen bedürfen einer eingehenden bibliographischen Erfassung. Hier kann nur auf die wichtigsten und zentralen Publikationen verwiesen werden, als da sind *Materialy i issledovanija po archeologii SSSR*, von denen etwa 180 Bände erschienen sind; *Kratkie soobščeniya instituta archeologii* (Im folgenden: KSIA - Moskau [oder Kiev]), mit 130 Ausgaben; *Sovetskaja archeologija*, mit 23 Bänden bis 1958; die Vierteljahreszeitschrift *Sovetskaja archeologija*, ab 1958; *Istorija mist i sil Ukrainskoj RSR*, (ab 1960) bestehend aus 26 Bänden. Abgehandelt werden in diesen Monographien etwa 2 000 Orte,

unser Thema ist die seit 1940 herausgegebene Publikationsreihe "Materialien und Forschungen zur Archäologie der UdSSR", weil sie eine Sonderabteilung zur archäologischen Erforschung der altrussischen Städte enthält, deren erster Band im Jahre 1949 erschien.<sup>6</sup>

In Auswertung der etwa im Verlauf von fünfzehn Jahren erzielten Forschungsergebnisse der sowjetischen Archäologie legte Tichomirov im Jahre 1956 eine zweite und erheblich erweiterte Ausgabe seiner monographischen Darstellung des altrussischen Städtewesens vor.<sup>7</sup> Obwohl das Buch aufgrund weiterer seitdem durchgeführter Forschungen in mancher Hinsicht überholt ist, weil die dort verwerteten Materialien in der Hauptsache aus Bestattungen (Friedhöfen und Einzelgräbern) und weniger aus Siedlungen stammen, hat es seinen Wert als Fundamentaldarstellung bis auf den heutigen Tag nicht verloren. Auch heute noch verdient es stärkere Beachtung seitens der Mediävistik, als dies außerhalb der Sowjetunion der Fall ist, mag dieser bedauerliche Tatbestand auch zu einem erheblichen Teil darauf zurückzuführen sein, daß die Übertragung des Werkes in eine andere Weltsprache unterblieb.

Im folgenden seien die wichtigsten Ergebnisse dieses Werkes registriert. Die besondere Originalität der Darlegung der Geschichte des altrussischen Städtewesens durch Tichomirov besteht darin, daß der Autor aus den verfügbaren schriftlichen Quellen - überwiegend altrussischen Chroniken - in chronologischer Folge die Entstehung und kontinuierliche Entwicklung der Städte der vormongolischen Ruß erfaßte und ein Verzeichnis der altrussischen Städte aufstellte. Für das 9. bis 10. Jahrhundert registrierte er 23 Städte, darunter Kiew, Novgorod, Smolensk, Psov, Polock, Ladoga, Černigov, Belgorod<sup>8</sup>, so daß uns die Liste Aufschluß über die ältesten Städte der Ruß gibt. Im 11. Jahrhundert kamen 66 Städte hinzu, und somit beträgt die Gesamtzahl 99.<sup>9</sup> Für das 12. Jahrhundert vermag der Autor die Gesamtzahl auf 224 zu beziffern.<sup>10</sup> In den ersten vier Jahrzehnten des 13. Jahrhunderts lassen sich aus den schriftlichen Quellenunterlagen 271 Städte ermitteln.<sup>11</sup> Diese urkundlich bezeugte Zahl erscheint dem Autor jedoch als ein Mindestmaß; die Gesamtzahl der altrussischen Städte für die Zeit unmittelbar vor dem Mongoleneinfall in die Ruß beziffert er auf 300. Zum einen werden nach 1240 in den Chroniken die Städte verzeichnet, die in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts existierten<sup>12</sup>, und zum anderen wurden durch archäologische Grabungen Spuren von Städten erkannt, die in den Chroniken nicht erwähnt sind. Um das 11. Jahrhundert ist nach Meinung des Autors eine "Wende in der Geschichte des altrussischen Städtewesens" eingetreten<sup>13</sup>. Aus dem chronologisch geführten Städteverzeichnis ist erkennbar, daß der entscheidende Aufschwung der städtischen Entwicklung in der vormongolischen Ruß sich tatsächlich in der zweiten Hälfte des 11. und im 12. Jahrhundert vollzog.

Aus einer von Tichomirov beigefügten Karte<sup>14</sup> geht hervor, daß die Städte der vormongolischen Ruß sich auf bestimmte großflächige Landesteile konzentrierten, nämlich im Süden auf den Raum Kiev-Černigov so wie auf das Gebiet von Galiz und Wolhynien, das auch als Land der "tscherwenischen Städte" bekannt ist, weiter nördlich auf den Raum von Smolensk

wobei das Schwergewicht auf die Sowjetperiode verlegt wird, so daß die mittelalterliche Geschichte der ukrainischen Städte in ganz knappen Umrissen - vor allem in der urbanistischen Entwicklung - vorgelegt ist. Hinweise auf dieses Monumentalwerk in: Voprosy istorii, Nr. 8/1970, S. 143 - 146; ebenda, Nr. 1/1972, S. 69 - 80.

6 Materialy po archeologii drevnerusskich gorodov, Bd. 1, Moskau 1949.

7 Tichomirov, M. N., Drevnerusskie goroda, Moskau 1956, 480 S.

8 Ebenda, S. 13.

9 Ebenda, S. 36.

10 Ebenda, S. 39.

11 Ebenda, S. 42.

12 Ebenda, S. 43.

13 Ebenda, S. 51.

14 Ebenda, S. 432 f.

und Polock, noch nördlicher das Gebiet von Novgorod, Pskov, Ladoga und schließlich auf die nordöstliche Ruß zwischen Rjazan und Kostroma mit dem Zentrum Vladimir-Rostov-Suzdal'. Nur der Südosten der Ruß, das Steppenland zwischen Severskij Donec, Don und Choper, war ohne Städte. Diese vier Städtereigionen existierten nicht isoliert voneinander; sie bildeten vielmehr aufgrund der durch die Flußsysteme ermöglichten Verkehrsverbindungen ein geschlossenes, wenn auch noch weitmaschiges Städtetz. Bemerkenswert an der Datierung der Entstehung des altrussischen Städtewesens ist, daß Tichomirov die bereits in den vierziger Jahren gültige Auffassung übernimmt<sup>15</sup>, wonach die Anfänge der altrussischen Städte sich schon im 9. Jahrhundert ansetzen lassen<sup>16</sup>, was speziell für die Städte Kiev<sup>17</sup> und Novgorod<sup>18</sup>, selbst Polock<sup>19</sup>, Pskov<sup>20</sup> und Gnezdovo<sup>21</sup> als Frühstadt von Smolensk gilt, fixiert er als bereits im 9. Jahrhundert bestehende Städte<sup>22</sup>.

Tichomirov sieht ebenso wie namhafte mitteleuropäische Forscher<sup>23</sup> in Burg (detinec oder kremł'), Wall (stena) und Vorstadt (predgradie) maßgebliche Merkmale der Stadt. Die Burg und der Wall bildeten die Festungsanlage, die "als zentraler Teil der Siedlung diese als Stadt kennzeichnet"<sup>24</sup>. Die altrussischen Städte unterschieden sich von den mittel- und westeuropäischen in dieser Hinsicht nur dadurch, daß sie nicht von steinernen Mauern, sondern von hohen Erdwällen, auf denen Blockholzbefestigungen errichtet wurden, umgeben waren. Die Vorstadt war häufig auch noch durch einen solchen befestigten Wall gesichert, so daß der gesamte Stadtkomplex in drei Sicherungsanlagen gegliedert war, nämlich Burg oder Schloß, Innen- und Außenwall. Für die Anlage von Burg und Innenwall wurden in der Landschaft herausragende Anhöhen gewählt, wie in Kiev, Galiz, Černigov, Novgorod, Polock, Pskov, Vladimir an der Kljazma, weshalb sich für den Burgteil der Stadt die Bezeichnung Vysgorod (Oberstadt) einbürgerte. Zur Wallanlage gehörten ein oder mehrere Tore. Es handelte sich dabei - wie bei den "Goldenen" Toren von Kiev und Vladimir - um eindrucksvolle Steinbauten. Auf diese Burg- und Wallanlagen richtet die sowjetische archäologische Stadtforschung ihre besondere Aufmerksamkeit.

Die Entwicklung des altrussischen Städtewesens drückt sich nicht nur in der zahlenmäßigen Zunahme der Städte, sondern auch in deren terrainmäßiger Vergrößerung aus. Die charakteristische Erweiterung besteht in der Anlage der Vorstadt (predgradie oder posad, wobei letzterer erst ab Mitte des 13. Jahrhunderts in den schriftlichen Quellen auftritt) und der

15 Rybakov, B. A., a. a. O., S. 203.

16 Tichomirov, M. N., a. a. O., Moskau 1956, S. 12.

17 Ebenda, S. 21.

18 Ebenda, S. 23 f.

19 Ebenda, S. 25.

20 Ebenda, S. 27 f.

21 Ebenda, S. 29.

22 Ebenda, S. 43 - 52.

23 Rietschel, Siegfried, Die Civitas auf deutschem Boden bis zum Ausgang der Karolingerzeit, Leipzig 1894; derselbe, Markt und Stadt in ihrem rechtlichen Verhältnis, Leipzig 1897; Münch, Henryk, Geneza rozplanowanie miast Wielkopolskich XIII - XIV wieku (Entstehung und räumliche Verteilung großpolnischer Städte im 13./14. Jh.), Kraków 1946; Schlesinger, Walter, Burg und Stadt, in: Festschrift zum 70. Geburtstag von Theodor Meyer, Koblenz 1955; Ludat, Herbert, Vorstufen und Entstehung des Städtewesens in Osteuropa, Köln 1955; Hellmann, Manfred, Zum Problem der ostslawischen Landgemeinde, in: Die Anfänge der Landgemeinde und ihr Wesen, Bd. 2, Stuttgart 1964, S. 264; Ennen, Edith, Frühgeschichte der europäischen Stadt, Bonn 1953, S. 21. - Die Autorin sieht allerdings in den Burgen nicht die einzige Grundlage der mittelalterlichen Stadtwerdung. Planitz, Hans, Frühgeschichte der deutschen Stadt, in: Zeitschrift der Savigny-Stiftung-Rechtsgeschichte, Nr. 63/1943, S. 31.

24 Tichomirov, M. N., a. a. O., Moskau 1956, S. 232.



Unterstadt (podol) außerhalb des Stadtwalles. Kiev habe schon - so meint Tichomirov - im 9. Jahrhundert einen "posad" besessen; für die Mehrheit der altrussischen Städte der früheren Periode entstanden die "posady" erst im 11. Jahrhundert.<sup>25</sup>

Die Ausdehnung der Stadt ging auf einen beständigen Zustrom ländlicher bzw. dörflicher Bevölkerung zurück.<sup>26</sup> Als Ursachen<sup>27</sup> für die Entstehung von Städten kommen nach Tichomirov folgende Faktoren in Betracht: günstige geographische Lage, Herausbildung und Konzentration von Siedlungszentren der Handwerker und Kaufleute, ausgedehnte und entwickelte Landwirtschaft als Voraussetzung für Bevölkerungsballungen, lokale Rohstoffvorkommen, die zur Verarbeitung drängen, Verteidigungsbelange, Ausbau der staatlichen Administration, Ausbau der kirchlichen Organisation und der damit verbundenen Niederlassung kirchlicher Institutionen. Schließlich sei auch die Eroberung fremder Territorien als Motiv in Betracht zu ziehen, die es durch Anlage von Garnisonen zu sichern galt. Zur Abwehr äußerer Gefahren und zur Eroberung neuer Gebiete sind besonders im Süden der Ruß Städte entstanden. Die Intensivierung des Handels führte zur Entstehung und Konzentration von Städten im südwestlichen Teil der Ruß, im Land der "tscherwenischen Städte". Schließlich führte die Kolonisationstätigkeit der Ostslawen zur Entstehung und Erweiterung der Städte, was vor allem im 12. Jahrhundert der Fall war. Als besonderes Charakteristikum des altrussischen Städtewesens sieht Tichomirov deren Autochthonität an. Im Gegensatz zu Westeuropa und den Balkanländern weist die altrussische Stadtentstehung keine antike Grundlage auf. In der Ruß gab es keine antiken Städte, die - wie in Bulgarien etwa<sup>28</sup> - das Fundament für eine Neuentwicklung abgegeben hätten. In der Ruß sind die Städte fast ausnahmslos zivilisatorische Leistungen der Ostslawen oder des aus ihnen hervorgehenden altrussischen Volkstums (drevnerusskaja narodnost'). Nur im äußersten Nordwesten, etwa in Ladoga, und im äußersten Osten, etwa in Murom und Rjazah, könnten finnisch-ugrische Volksteile irgendwelche Vorläuferinnen der Städte begründet haben, die dann von den Ostslawen oder der "drevnerusskaja narodnost'" zu Städten entwickelt wurden. Nirgends in der Ruß haben die skandinavischen Normannen bzw. Waräger oder auch die friesischen Kaufleute Städte gegründet. In Schweden hat es im 9. und 10. Jahrhundert noch keine Städte bzw. "urbanisierten Ortschaften" gegeben.<sup>29</sup> Alle altrussischen Städte, wie sie in den Chroniken verzeichnet sind, tragen von Anbeginn an slawische Bezeichnungen. Bezeichnenderweise sind auch entlang der sogenannten "Straße von den Warägern zu den Griechen", des Wasserweges Volchov-Dnepr<sup>30</sup>, keinerlei stadtähnliche Siedlungen mit skandinavischen oder friesisch-germa-

25 Ebenda, S. 47.

26 Ebenda, S. 47 ff.

27 Ebenda, S. 52 - 64.

28 Lisev, S. N., B-lgarijat srednevekoj grad (Die bulgarische Stadt des Mittelalters), Sofia 1970. - Zur antiken Hinterlassenschaft der bulgarischen Städte sei auf die archäologischen Forschungsergebnisse von Jatus/Krivina verwiesen, die veröffentlicht wurden in: Klio, Bd. 47, 1966.

29 Andersson, Hans, Urbanisierte Ortschaften und lateinische Terminologie, Göteborg 1971, S. 90 - 108; Zernack, K., Der europäische Norden als Städtelandschaft der Frühzeit, in: Beiträge zur Stadt- und Regionalgeschichte Ost- und Nordeuropas, Wiesbaden 1971, S. 13 - 47; Ljapuskin, I. I., Gnezdovo i Smolensk, in: Problemy istorii feodal'noj Rossii. Sbornik stat'ej k 60-letiju V. V. Mavrodina, Leningrad 1971, S. 33 - 37. - Neuerdings wird die Niederlassung von Friesen im Raum von Lagoda für möglich gehalten, wie seitens Drejer, Matts, Häuptlinge, Kaufleute und Missionare im Norden vor 1000 Jahren, Mariehamn 1960, S. 95 ff., 144; Korzuchina, G. F., nekotorych položenijach v interpretacii materialov Starej Ladogi, in: Skandinavskij sbornik, Bd. 16, Tallin 1971, S. 129 f.

30 Trautmann, Reinhold, Die altrussische Nestorchronik, Leipzig 1931, S. 3.

nischen Namen bekannt<sup>31</sup>. Selbst Kaiser Konstantin VII. Porphyrogenetos kennt nur slavisches Bezeichnungen für die Ruß-Städte der ersten Hälfte des 10. Jahrhunderts, wenn er sie auch nicht als "polis", sondern nur als "kastron" bezeichnet<sup>32</sup>. Die "Gründer" der altrussischen Städte waren Kaufleute, Handwerker, Großfürsten und ab 12. Jahrhundert auch Teilfürsten (udel'nye knjazi).

Schließlich betrachtet Tichomirov die architektonische Gestaltung und das wirtschaftliche Leben der Städte sowie die ethnische und professionelle Zusammensetzung ihrer Bevölkerung. Er bezieht auch die geistige Kultur, insbesondere die Schriftkundigkeit (gramotnost'), der Bürger, in das Stadtbild ein, da die Elemente der geistigen Kultur, vor allem der Architektur, als wesentliche Unterscheidungsmerkmale der städtischen gegenüber einer dörflichen Siedlung fungieren.<sup>33</sup> Selbstverständlich bemüht sich Tichomirov, die altrussische Stadt auch als Verwaltungseinheit in den Blick zu bekommen. Diese Seite der altrussischen Stadtgeschichte zu erfassen, ist infolge der in dieser Hinsicht dürftigen Quellenlage äußerst schwierig. Der Autor erörtert das Verhältnis zwischen Fürst und Stadt, konkretisiert an den in den Quellen verzeichneten Ereignissen das Wesen der Stadtversammlung (veče) und rekonstruiert die Stadtverwaltung, allerdings recht grob, weil eben die Quellen - von einigen Termini abgesehen - zur Aufhellung der städtischen Verwaltung und Ordnung, kurz zum Problem der Stadtverfassung, ziemlich unergiebig sind. Immerhin kann er für die Städte Kiev, Polock, Smolensk, Novgorod, Galič und Vladimir an der Kljazma quellenmäßig belegte Beispiele für den Kampf der Bürger um die "städtischen Freiheiten" in der vormongolischen Ruß (ab Mitte des 11. Jahrhunderts und im 12. Jahrhundert) bieten. Ausführlicher behandelt er den Klassencharakter dieser Kämpfe in einer besonderen Monographie.<sup>34</sup>

Das Buch Tichomirovs über das altrussische Städtewesen hat als Bestandsaufnahme der bisherigen Ergebnisse sowie der Problem- und Fragestellungen der sowjetischen Forschung zum Städtewesen der Ruß entscheidende Anregungen gegeben, so daß es als Markstein in der Geschichte der sowjetischen mediävistischen Stadtforschung der letzten 25 Jahre anzusehen ist. In der Tat ist seit dem Erscheinen des Buches die sowjetische Forschung zum altrussischen Städtewesen überaus aktiv geworden, und die Publikationen dazu stiegen so erheblich an, daß es schon viele Mühe kostet, sie bibliographisch zu erfassen. Freilich drückt sich die Publikationstätigkeit weniger in Monographien über die altrussische Stadt aus, dafür aber um so mehr in zahlreichen Aufsätzen, die, in Zeitschriften und Sammelbänden verstreut, sich als wertvolle Beiträge zur Geschichte der Städte in der vormongolischen Ruß darbieten. Besondere Beachtung verdienen die kurzen Aufsätze zu den von den Chroniken nur knapp oder überhaupt nicht erwähnten Städten der "inneren" und "äußeren" Ruß, weil sie das Bild zur Stadtgeschichte der alten Ruß, das sich oft nur an den "großen" Städten - Kiev und Novgorod - orientierte, erheblich erweitern. Die Ausgrabungsergebnisse, zum Beispiel für Ljubeč<sup>35</sup>, Goro-

31 Istorija kul'tury drevnej Rusi, Bd. 1, Moskau 1948, S. 182 - 203, 280 - 314; Geschichte der Kultur der alten Ruß, Bd. 1, Berlin 1959, S. 179 - 200, 261 - 288.

32 Constantine Porphyrogenitus, De administrando imperio (Über die Staatsführung), hg. v. Gyala Moravcsik und R. J. H. Jenkins, neue überprüfte Aufl., Washington 1967, S. 56 - 62.

33 Tichomirov, M. N., a. a. O., Moskau 1956, S. 261 - 280.

34 Derselbe, Krest'janskije i gorodskie vosstanija na Rusi, XI - XIII vv., Moskau 1955, 280 S.

35 Rybakov, B. A., Ljubeč, in: KSIA - Moskau, Nr. 99/1964, S. 40 - 45; derselbe, Ljubeč, in: Istorija SSSR s drevnejšich vremen do našich dnei, Bd. 1, Moskau 1966, S. 526 - 529.

desk<sup>36</sup>, Plisnesk<sup>37</sup>, Ekimauce<sup>38</sup>, Serensk<sup>39</sup>, Vologda<sup>40</sup>, Novogrudek<sup>41</sup>, veranschaulichen die Entstehung sowie das räumliche und gesellschaftliche Wachstum der kleineren altrussischen Städte. Die Beispiele ließen sich beträchtlich vermehren, aber bei ihrer großen Zahl würde schon eine rein bibliographische Erfassung aller einschlägigen Publikationen den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen. Es kann hier nur mitgeteilt werden, daß auch durch diese kaum übersehbaren, meistens nur miszellenartigen Charakter aufweisenden Aufsätze entscheidend zur Erforschung des altrussischen Städtewesens beigetragen wird.

Große Monographien wurden seit dem Erscheinen von Tichomirows Buch für folgende Städte erarbeitet: Kiev, Novgorod, Pskov, Moskau, Grodnow, Rjazan.

Die umfangreichste und thematisch geschlossenste davon, die zwei Bände umfassende Publikation mit 1 240 Seiten von Karger, ist dem alten Kiev gewidmet<sup>42</sup>, was in Anbetracht der Bedeutung und Rolle Kievs als Metropole der vormongolischen Ruß gerechtfertigt erscheint. Frühzeitig wurde diese Rolle Kievs von profilierten Chronisten des Mittelalters wie dem byzantinischen Kaiser Konstantin VII. Porphyrogenetos und dem deutschen Bischof Thietmar von Merseburg anhand glaubwürdiger Augenzeugenberichte festgehalten. Kaiser Konstantin VII. erhob in seiner zwischen 948 und 952 verfaßten Schrift über die "Verwaltung des Staates"<sup>43</sup> diese Stadt nicht in den Rang der in seinem Reich bestehenden "polis" und bezeichnet sie nur als "kastron", aber er schrieb, daß dieses "Kioaba" das Verkehrszentrum im Land der "Ros" sei, von dem aus die "Flußkähne" den Dnepr hinunter in das Schwarze Meer nach Konstantinopel führen<sup>44</sup>. Thietmar von Merseburg schrieb im Jahre 1018, daß Kiev eine "große Stadt" war, in der 400 Kirchen standen und 8 Marktplätze existierten, und daß es die Hauptstadt des Reiches war<sup>45</sup>. Inzwischen ist die "Größe" der Stadt für diese Zeit

36 Vyežev, P. I., Raskopki v Gorodeske, in: KSIA - Kiev, Nr. 7/1957, S. 104 f.

37 Starčuk, G., Raskopki gorodišča Plisnesk, in: Archeologični pamjatki, Bd. 3, Kiev 1952, S. 39 ff.; Kučera, M. P., Drevnij Plisnesk, in: ebenda, Bd. 13, Kiev 1962; Issledovanija Plisneska, in: Otkrytija archeologii 1970, Moskau 1971, S. 300 f.

38 Feodorov, G. F., Gorodišče Ekimauce, in: KSIA - Moskau, Nr. 50/1953, S. 104 - 125; derselbe, Raboty Prutsko-Dnestrovskoj archeologičeskoj ekspedicii, in: KSIA - Moskau, Nr. 86/1961, S. 78 - 85; derselbe, Posad Ekimauckogo poselenija, in: Kul'tura drevnej Rusi, Moskau 1966, S. 272 - 277.

39 Nikol'skaja, T. N., Drevnerusskij gorod Serensk - gorod vjatičeskich remeslennikov, in: KSIA - Moskau, Nr. 125/1971, S. 73 - 84; derselbe, K istorii drevnerusskogo goroda Serensk, in: KSIA - Moskau, Nr. 113/1968, S. 108 - 116.

40 Nikitin, A. B., Drevnjaja Vologda po archeologičeskim dannym, in: Sbornik po archeologii Vologodskoj oblasti, Vologda 1961, S. 6 - 24.

41 Gurevič, F. D., Raskopki v Novogrudke, in: KSIA - Moskau, Nr. 96/1963, S. 51 - 54; Dom bojarina XII v., in: KSIA - Moskau, Nr. 99/1964, S. 97 - 102.

42 Karger, M. K., Drevnij Kiev, Bd. 1, Moskau 1958, Bd. 2, Moskau 1961. - Außer in dieser großen Monographie stehen Angaben über das Kiev der vormongolischen Zeit in: Istorija Kieva, Bd. 1, Kiev 1963, 664 S. (S. 33 - 99); ferner in: Kiiv, Kiev 1968, 588 S. (S. 19 - 38). In der letzteren in ukrainischer Sprache veröffentlichten Monographie zur Geschichte Kievs ist die vormongolische Periode der Stadt bedauerlicherweise nur kurz berücksichtigt worden.

43 Constantine Porphyrogenitus, a. a. O., S. 7; Dölger, Franz, Byzanz und die europäische Staatenwelt, Ettal 1953, S. 284. - Der Autor vertritt die Auffassung, daß dieses Werk im Jahre 948 geschrieben wurde.

44 Constantine Porphyrogenitus, a. a. O., S. 56 f.

45 Thietmar von Merseburg, Chronik (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters, Bd. 9), Berlin o. J., S. 474: ... in magna hac civitate, que istius regni caput est, plusquam quadringente habentur ecclesiae et mercatus VIII (in diesem großen Gemeinwesen, das Hauptstadt jenes Reiches ist, haben sie mehr als 400 Kirchen und

aufgrund archäologischer Forschungen auf 101 Hektar fixiert worden<sup>46</sup>, und zwar betrifft diese Ermittlung nur das Gebiet innerhalb des Stadtwalles, also die Stadtfläche ohne "posad". Etwa sechzig Jahre nach Thietmar schrieb der Rektor der Domschule zu Bremen, Adam von Bremen, daß Kiev als Metropole mit Konstantinopel wetteifere<sup>47</sup>. Besonders bemerkenswert an diesen zeitgenössischen Aufzeichnungen über Kiev ist, daß es der damals bedeutendsten Stadt Europas, nämlich Konstantinopel, gegenübergestellt wurde. Die Chronisten meinten, es an dieser Kaiserstadt Europas, an diesem "nean Romem"<sup>48</sup>, an der "clarissimum decus Graeciae"<sup>49</sup>, messen zu dürfen. Der erste Metropolit der Ruß-Kirche russischer und nicht griechischer Herkunft, der ehemalige Hofkaplan des Großfürsten Jaroslaw des Weisen, Ilarion, hat etwa fünfzig Jahre später als Thietmar (zwischen 1039 und 1051) in einer Festpredigt Kiev als eine "ruhmreiche" Stadt, die "im Glanze steht"<sup>50</sup>, bezeichnet. Es ist also gerechtfertigt, daß die Geschichte dieser Stadt für die Zeit von ihrer Entstehung bis zur Brandschatzung und Plünderung durch die Mongolen im Jahre 1240<sup>51</sup> eine so ausführliche Darstellung erfahren hat, die als nachahmenswert für die vielen anderen bedeutenden Städte der vormongolischen Ruß gelten kann.

Der Autor behandelt: die Historiographie zu dieser Stadt, die ältesten Siedlungen des Kiever Terrains, die Siedlungen des 8. bis 10. Jahrhunderts, den Kiever Friedhof des 9./10. Jahrhunderts, die Befestigungen vom 11. bis 13. Jahrhundert, die Fürsten- und Bojarenhöfe, die Behausungen der Bürger aus der Zeit zwischen dem 11. und 13. Jahrhundert, das städtische Handwerk, die Sakralbauten des 10. und 11. Jahrhunderts - wie die Zehntkirche (Desjatinnaja) und die Kathedrale - die fürstlichen Schlösser des 10. bis 12. Jahrhunderts, die Wall- und Burgbauten, die Bauten des Kiever Höhlenklosters und schließlich den Zustand der Stadt nach dem Überfall durch die Mongolen. Bedauerlicherweise werden die Verwaltung und das gesellschaftliche Leben der Stadt, also alles, was als Stadtverfassung anzusehen ist, nur sehr knapp behandelt, so daß gerade diese Seite der Kiever mittelalterlichen Stadtgeschichte noch geschrieben werden muß. Es wäre gut, wenn dieses Thema in einem dritten Band des "Drevnij Kiev" zur Darstellung käme. Der ukrainische Historiker Toločko hat in seiner kürzlich veröffentlichten Kurzmonographie gleichfalls nichts über das Verwaltungswesen der Stadt ausgesagt.<sup>52</sup>

8 Marktplätze). - Als Kommentar zu den Ausführungen von Thietmar liegt vor: Sverdlov, M. B., Vidomosti pro Kiiv u chronici Titmara Merzeburgskogo (Nachrichten über Kiev bei Thietmar von Merseburg, in: Ukrainskij Zurnal, Nr. 8/1971, S. 77 - 80.

46 Rappoport, P. A., Voennoe zosťestvo zapadno-russkich zemel' X - XIV vv., Lenin-grad 1967.

47 Adam Bremensis, Gesta Hammaburgensis Ecclesiae Pontificum (Taten der Oberpriester der Hamburger Kirche) (= Ausgewählte Quellen zur Geschichte des deutschen Mittelalters, Bd. 11), Berlin 1961, S. 254: Cuius metropolis civitas est Chive aemula sceptri Constantinopolitani clarissimum decus Graeciae. (Dessen Hauptstadt ist das Gemeinwesen Kiev, das mit Griechenlands berühmtester Zierde, seinem Zepter Konstantinopel wetteifert.)

48 Constantine Porphyrogenitus, De thematibus (Themen), in: Corpus scriptorum Historiae Byzantinae, Bonn 1840, S. 46.

49 Adam Bremensis, a. a. O., S. 254.

50 Das Wort Ilarions über Gesetz und Gnade in: Rose, Karl, Grund und Quellort des russischen Geisteslebens, Berlin 1956, S. 178 f.; Pamjatniki drevnerusskoj cerkovno-učitel'skoj literatury, Reihe 1, Bd. 3, Petersburg 1894, S. 74 f.

51 Lavrent'evskaja letopiš (Laurentius-Chronik), Moskau 1962, Sp. 470; Ipat'evskaja letopiš (Hypatius-Chronik), Moskau 1962, Sp. 784 f.

52 Toločko, P. P., Drevnij Kiev, Kiev 1970, 80 S.

Aus den vorliegenden, auf den schriftlichen Quellen beruhenden Unterlagen läßt sich nur entnehmen, daß die Stadt von den Stadtältesten, von den "starce gradskie", verwaltet wurde<sup>53</sup>, die Großfürst Vladimir öfter zu Gastmählern einlud, bei denen die Angelegenheiten der Stadt besprochen und auch entschieden wurden. Im übrigen scheinen die in der Stadt residierenden Großfürsten die Stadt Kiev als "ihre" Stadt angesehen zu haben, worauf schließlich auch die von ihnen betriebene Bautätigkeit hinweist. Das kirchliche Oberhaupt der Ruß-Kirche, der Metropolit, hat im Gegensatz zum Bischof und später zum Erzbischof von Novgorod in der Stadt keinerlei Machtbefugnisse besessen. Aus Nachrichten über Ereignisse aus der Zeit der zweiten Hälfte des 11. und zu Beginn des 12. Jahrhunderts geht jedoch hervor, daß ein großer Teil der Stadtbevölkerung in Volksversammlungen, im sogenannten "veče", seinen Willen ausdrückte und auf diese Weise auch politische Entscheidungen traf.<sup>54</sup>

Ausführlicher und eingehender hat sich die sowjetische Geschichtsschreibung mit der Stadtgeschichte des alten Novgorod beschäftigt, was zum Teil mit den seit 1951 gefundenen Birkenrinde-Urkunden (berestjannyje gramoty) - zur Zeit liegen 488 Stück vor<sup>55</sup> - zusammenhängt. Allerdings enthalten sie so gut wie nichts, was über die Stadtverfassung (gorodskij stroj) Aufschluß gäbe. Sie sind vielmehr Dokumente für folgende Probleme der mittelalterlichen Geschichte Novgorods (11. bis 15. Jahrhundert): Grundbesitz und Grundbesitzer, soziale Verhältnisse der Bauern, Beschwerdeführung über ungerechte Behandlung durch die Bojaren und ihre Beamten, Gerichtswesen und Gerichtsverfahren, Erbstreitigkeiten und Erbgerichte, Streitigkeiten und Gegensätze zwischen den Angehörigen der besitzenden Schichten (Bojaren und Handelsherren), Handwerker und Kaufleute sowie deren Vereinigungen, ungehörige Wirtschaftsmanipulationen der Bojaren in Form des Wucherwesens.<sup>56</sup> Die Texte der Birkenrinde-Urkunden wurden in sechs zum Teil sehr umfangreichen Bänden im originalen Wortlaut und in neurussischer Übersetzung veröffentlicht.<sup>57</sup> So stellen sie eine beträchtliche Quellenerweiterung zur Geschichte des mittelalterlichen Novgorods dar, die bisher nur aus den fünf Novgoroder Chroniken, aus den wenigen Urkunden der Novgoroder Fürsten sowie aus den Novgoroder Handelsverträgen von 1189 bis 1199 und 1269 erschlossen werden konnte. Neuerdings wird die Stadtgeschichte Novgorods der vormongolischen Zeit schließlich auch in erheblichem Umfang durch die Ergebnisse der ab 1951 betriebenen archäologischen Ausgrabungen erhellt. Außer in zahlreichen Aufsätzen sind diese Ausgrabungsergebnisse in vier Berichtsbänden<sup>58</sup> der internationalen Wissenschaft unterbreitet. Die Grabungen erbrachten überaus umfangreiches Material zum Handwerk, zur Landwirtschaft, zum Handel, zur Besiedlung (speziell Haus- und Wirtschaftsbauten), zur Stadtgliederung, zum Stadtausbau in Gestalt von Holzbelag der Straßen und einer weitverzweigten unterirdischen Wasserableitungsanlage, zur Bewaffnung der Bürger, zu ihrer geistigen Kul-

53 Povest' vremennyh let, Bd. 1, Moskau 1950, S. 74, 87.

54 Ebenda, S. 114, 177, 196.

55 Arcichovskij, A. V., Berestjanaja gramota, Nr. 439 (Birkenrinde-Urkunde, Nr. 439), in: Sovetskaja archeologija Nr. 3/1971, S. 266.

56 Cerepnin, L. V., Novgorodskie berestovye gramoty kak istoričeskij istočnik, Moskau 1969, 440 S.

57 Arcichovskij, A. V./Borkovskij, V. I./Tichomirov, M. N., Novgorodskie gramoty na bereste (Die Novgoroder Birkenrinde-Urkunden), Moskau 1953 - 1963.

58 Trudy Novgorodskoj archeologičeskoj ekspedicii, Bd. 1, Moskau 1956, 252 S.; Bd. 2, Moskau 1959, 364 S.; Bd. 3, Moskau 1963, 332 S.; Bd. 4, Moskau 1963, 316 S., also insgesamt 1264 Seiten. Dazu auch Widera, Bruno, Novgorod vom 10. - 15. Jahrhundert im Lichte archäologischer Ausgrabungen. Aus der zwölfjährigen Arbeit der Novgoroder archäologischen Expedition, in: Jahrbuch für Geschichte der UdSSR und der volksdemokratischen Länder Europas, Nr. 9/1966, S. 327 - 347; Kolčin, B. A., K itogam rabot Novgorodskoj archeologičeskoj ekspedicii 1951 - 1962 gg., in: KSIA - Moskau, Nr. 99/1964, S. 3 - 20.

tur, aber auch zur Stadtverwaltung in Gestalt von Siegeln der fürstlichen Statthalter (posadniki), einzelner hoher Verwaltungsbeamter (tiune) und der späteren Machthaber der Stadt, der Erzbischöfe. Diese Urkundensiegel liegen als Stadtsiegel Novgorods zusammengefaßt in einer staatlichen Publikation vor<sup>59</sup> und erweitern gleichfalls beträchtlich das Quellenmaterial zur Stadtgeschichte des mittelalterlichen Novgorods. So ist es kein Wunder, daß allein aufgrund der erzielten Grabungsergebnisse (von 1951 bis 1962) mit rund 90 000 geborgenen Gegenständen, 2 Millionen Keramikscherben, 20 Tonnen Tierknochen, einigen Hunderttausend Stück Lederabfällen aus Schuhmacherwerkstätten, einigen Tonnen Getreidekörnern, 1 150 Bauten, darunter mehr als 500 Häusern, und 415 Birkenrinde-Urkunden (bis 1962)<sup>60</sup> - später erhöhte sich die Zahl auf 470 - einige Monographien zu Teilgebieten der Geschichte Novgorods in der letzten Zeit erschienen sind. Zasurev<sup>61</sup> untersuchte eingehend die entdeckten Wohn- und Wirtschaftsbauten und zeichnete ein überaus eindrucksvolles Bild von der urbanistischen und architektonischen Gestaltung Novgorods, wobei er die Eigentümer und Insassen der Anwesen ermitteln und somit ihre soziale Stellung fixieren konnte. Seinen Forschungsergebnissen zufolge setzte sich die Bevölkerung Novgorods auch in der vormongolischen Periode aus wohlhabenden Bojaren und ihren Bediensteten, aus fürstlichen Steuereinnehmern, Beamten der städtischen Administration, führenden Kriegern, Kaufleuten, Pächtern sowie Geistlichen der niederen und höheren kirchlichen Hierarchie (dem Bischof und späteren Erzbischof sowie seinem Hofpersonal) zusammen. Die Bevölkerung war teilweise mobil, denn viele Grundstücke wechselten im Laufe von einigen Jahrzehnten ihre Besitzer. Die Eigentümer und Besitzer verließen abgebrannte Anwesen und siedelten sich an anderen Stellen der Stadt an. Nicht selten blieben die verlassenen Grundstücke Jahrzehnte hindurch herrenlos. Bockarov<sup>62</sup> vereinigte das bei den Ausgrabungen geborgene kunstgewerbliche Material zu einer Gesamtschau des Novgoroder Handwerks, das sich mit der angewandten Kunst beschäftigte. Die Novgoroder angewandte Kunst beeinflusste schließlich Moskau und den Norden Rußlands. Kolčín, der schon im Jahre 1959 eine respektable Abhandlung zum Novgoroder eisenverarbeitenden Handwerk vorlegte<sup>63</sup> und mit Hilfe der Dendrochronologie die auf Jahrzehnte genaue Datierung der Bebauung der Stadt ermittelte<sup>64</sup>, veröffentlichte eine Spezialmonographie zur Geschichte des Novgoroder Holzverarbeitenden Handwerks<sup>65</sup>. Der sowjetische Agrarhistoriker Kiržanov konnte in einem umfangreichen Aufsatz<sup>66</sup> nachweisen, daß in Novgorod nicht nur Handwerk und Handel das städtische Leben prägten, sondern daß auch Ackerbau und Landwirtschaft einen beträchtlichen Platz in dessen Wirtschaft einnahmen. Novgorod hatte im 11. bis 13. Jahrhundert viel Bauern als Stadtbürger beherbergt; es hatte auch seine "Ackerbürger", die von ihren innerhalb der Stadt angelegten Gehöften (usad'by) aus die außerhalb des städtischen Weichbildes liegenden Felder bearbeiteten.

59 Janin, V. A., *Aktovye pečati drevnej Rusi X - XV vv.*, 2 Bde., Moskau 1970, insgesamt 686 S.

60 Kolčín, B. A., a. a. O., S. 5 - 9.

61 Zasurev, P. I., *Novgorod, otkrytyj archeologami*, Moskau 1967, 208 S.

62 Bočkarov, G. N., *Prikladnoe iskusstvo Novgoroda Velikogo*, Moskau 1968, 124 S. u. 98 Bildtafeln.

63 Kolčín, B. A., *Železobrabyvajuščee remeslo*, in: *Trudy Novgorodskoj archeologičeskoj ekspedicii*, Bd. 2, a. a. O., S. 7 - 120.

64 Derselbe, *Dendrochronologija Novgoroda*, in: *Trudy Novgorodskoj archeologičeskoj ekspedicii*, Bd. 3, a. a. O., S. 5 - 103.

65 Derselbe, *Novgorodskie drevnosti. Derevjannye izdelija*, Moskau 1968, 184 S.

66 Kiržanov, A. V., *Istorija zemledelija Novgorodskoj zemli X - XV vv.*, in: *Trudy Novgorodskoj archeologičeskoj ekspedicii*, Bd. 2, a. a. O., S. 306 - 362.

Die Novgoroder Ausgrabungsergebnisse sind so ergiebig und aufschlußreich, daß sie für die künftige Erforschung des altrussischen Städtewesens insgesamt als wesentliche Ausgangsgrundlage dienen.<sup>67</sup>

Den Kunstreichtum der Stadt, vor allem auf dem Gebiet der Architektur und der Malerei, der den sowjetischen Kunsthistorikern immer wieder Veranlassung zur liebevollen Beschäftigung mit diesem Stoff gibt, hat Karger<sup>68</sup> in einer Monographie vorgeführt, von der richtigen Auffassung ausgehend, daß eben auch an den Kunstwerken der Architektur der städtische Charakter einer Siedlung erkennbar ist. Wie die "poleis" in Byzanz und die "civitas" in Mittel- und Westeuropa sich nicht zuletzt durch ihre geistige Kultur, insbesondere durch ihre Architektur, als Städte präsentierten, bieten sich auch die "goroda" oder "grady" der Ruß, besonders aber Novgorod, durch ihren Reichtum an geistiger Kultur als solche dar. In dieser Hinsicht wurde Novgorod als "Florenz des Ostens" angesehen. Karger vermag in seinem Werk zu zeigen, daß in Novgorod die Fürsten, die Bojaren und "gosti", aber auch der Bischof bzw. Erzbischof die Bauherren und die Mäzene der Kunst waren. Novgorod war als Stadt mehr als nur Zentrum von Handwerk und Handel. Zur Charakterisierung Novgorods als Stadt ist die Einbeziehung seiner Kunstreichtümer erforderlich.

Leider hat die sowjetische Städteforschung noch keine Publikation zur Stadtverfassung, zum "gorodskij stroj", Novgorods erarbeitet. Wir kennen nur einzelne Organe der städtischen Administration, wie zum Beispiel die "posadnik", die jedoch auch für die anderen Städte vorkommen, wobei der "posadnik" auch als großfürstlicher Statthalter für einen ganzen Reichsteil figurierte. Es ist aber auch schwierig, eine spezielle Stadtgeschichte Novgorods unter besonderer Berücksichtigung der Stadtverfassung darzustellen, weil Novgorod eben als Stadt und Staat zugleich in Erscheinung tritt. Dieses Gemeinwesen in beide politische Gebilde zu teilen und sie voneinander abzusondern, ist fast unmöglich. Schon im 10./11. Jahrhundert waren Novgorod und sein Land Reichsland des Kiever Großfürsten. Der Novgoroder "posadnik" fungierte praktisch als Souverän über das ganze Gebiet - eine Stellung, wie sie etwa Jaroslav gegenüber seinem Vater Vladimir einnahm; Er residierte in Novgorod als fürstlicher Herr, so daß auch in dieser Zeit Novgorod nicht im städtischen, sondern im staatlichen Habitus auftritt. Noch stärker erwuchs die Stadt zum Staat, als Novgorod "Bojarenrepublik" geworden war. In dieser Periode der geschichtlichen Entwicklung, selbst in deren ersten Phase (Beginn des 12. bis Mitte des 13. Jahrhunderts), sind die städtischen Organe kaum Träger der städtischen Selbstverwaltung, sondern weit eher Institutionen des republikanischen Staates. Daher kann auch Janin in einer umfangreichen Monographie über die Novgoroder "posadniki"<sup>69</sup> nur eine Novgoroder Staatsgeschichte und nicht eine Stadtgeschichte vorlegen. Dennoch schafft er über die Stadtverfassung insofern eine gewisse Klarheit, als es ihm gelingt, die "koncy" (Stadtviertel) als "administrative Einheiten"<sup>70</sup> zu fixieren. Jeder "konec" hatte seine eigene Verwaltung, so daß sich eine Stadtteilvertretung, ein "končanskoe predstavitel'stvo" herausbildete und gegen Ende des 13. Jahrhunderts dieses System zur Grundlage des "Rates der Herren" (sovet gospod) geworden ist.<sup>71</sup> Doch dieser "Herrenrat", als dessen Vorsitzender der Erzbischof fungierte, war keine städtische Selbstverwaltungsadministration, nicht der Rat der Stadt Novgorod, sondern das oberste Regierungsorgan des Novgoroder Staates und seiner fünf Ländereien, der "pjatiny". Ob außer diesem "rad gospod" noch ein Selbstverwaltungsorgan der Stadt an sich bestand, ist bis heute nicht geklärt. Janin hat hierzu nichts ausgesagt, obwohl er die politischen Ereignisse, die sich in der Stadt zugetragen haben, ausführlich darstellt und somit zur Aufhellung der Stadtgeschichte Novgorods vom 10. bis 15. Jahrhundert viel beitrug. Die politischen Auseinander-

67 ZASURECEV, P. I., a. a. O., S. 186.

68 KARGER, M. K., Novgorod Velikij, Leningrad 1961, 312 S.

69 JANIN, V. L., Novgorodskie posadniki, Moskau 1962, 408 S.

70 Ebenda, S. 371.

71 Ebenda, S. 369.

setzungen, die zwischen den seitens der Großfürsten aufoktroierten Fürsten und selbstgewählten Fürsten einerseits und den Bojaren der Stadt andererseits auf den Straßen der Stadt ausgetragen wurden - in Versammlungen der "veče" und auf tumultartigen Massenbegegnungen -, entschieden über die Geschicke nicht nur der Stadt, sondern des ganzen Novgoroder Staates, der "Novgorodskaja gosudarstvennost'", mit seinen fünf großen Ländern. Janin veranschaulicht diese Geschichte Novgorods anhand der Darstellung des dortigen "posadničestvo".

Wie schwierig es ist, städtische Funktionen von denen des Staates in Novgorod zu trennen, wird an dem Versuch deutlich, den Šćapov kürzlich unternahm, als er die Gewichts- und Maßhoheit in der alten Ruß einer Betrachtung unterzog und diese als eine Erscheinung der städtischen Verwaltung bezeichnete.<sup>72</sup> Ganz abgesehen davon, daß zu Beginn die Aufsicht über die Maße und Gewichte ein Recht des Fürsten bzw. des Großfürsten war, bedeutete dessen Übertragung an die Bischöfe nicht, daß diese Befugnis die städtische Selbstverwaltung erhielt, sondern daß sie vielmehr in den Ordnungsbereich der kirchlichen Verwaltung überging. Die Übertragung dieses Rechtes an den Novgoroder Erzbischof war nichts anderes als die Übernahme des Rechtes aus den Händen des fürstlichen in die des geistlichen Repräsentanten des Staates. Immerhin erwähnt der Autor als Organe der Städte der Ruß die städtischen Versammlungen, die "gorodskie sobory"<sup>73</sup>, die mit dem "veče" nicht identisch sind. Eine eingehende Darlegung dieser "gorodskie sobory" steht jedoch noch aus.

Wie vom äußersten Süden - Kiev - und Norden - Novgorod -, sind auch aus dem äußersten Osten und Westen zwei bedeutende Städte der alten Ruß, nämlich Rjazan' und Grodno, anhand archäologischen Materials - wenn auch fragmentarisch - dargestellt worden.<sup>74</sup> Für Rjazan' hat Mongajt eine Arbeit vorgelegt.<sup>75</sup> Diese Stadt gehört zu den "in archäologischer Hinsicht detailliert erforschten altrussischen Städten", obwohl von den alten Stadtanlagen sich nur der äußere Wall in einer Länge von 1 500 Meter und der innere in einer Länge von 235 Meter erhalten haben. Die Burg war bereits verschwunden und der Burgplatz eingeeckert. Es konnte jedoch festgestellt werden, daß die Burganlage auf dem hohen und steilen rechten Ufer des Oka-Flusses stand. Die Ausgrabungen ergaben, daß die Stadt auf Siedlungen aus der Zeit vom 1. bis 5. und vom 7. bis 10. Jahrhundert aufgebaut wurde. Bevor die Ostslawen im Zuge ihrer frühen Kolonisation in den Oka-Raum einwanderten, waren die vorherigen Siedlungen von Finno-Ugriern bewohnt. Zur Stadt ist die Niederlassung erst im 11. Jahrhundert geworden. In dieser Zeit wurde sie den Mittellagen der Chroniken zufolge auch Fürstensitz, was durch die Existenz einer Burg (kreml') bestätigt erscheint. Die meisten Bewohner waren Handwerker und Kaufleute. Aus entsprechendem Material geht hervor, daß die Händler Handelsbeziehungen zum Orient, zu Byzanz und Westeuropa unterhielten. In der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts sei die Oberschicht der Bevölkerung in den südlichen Teil der Stadt verzogen, denn nunmehr entstehen hier zwei steinerne Sechs-Pfeiler-Kirchen und eine Vier-Pfeiler-Kirche, deren Fundamente bei den Ausgrabungen freigelegt wurden. Der Autor meint, daß in den südlichen Teil auch die Verwaltung der Stadt verlegt wurde; der nördliche Teil blieb demgegenüber Handwerkersiedlung. Die Stadt hatte sich also beträchtlich urbanisiert und war bereits sowohl städtebaulich als auch ökonomisch in die Reihe der bedeu-

72 Šćapov, Ja. N., Iz istorii gorodskogo upravlenija Drevnej Rusi. Služba mer i vesov, in: Goroda feodal'noj Rossii, Moskau 1966, S. 99 - 104.

73 Ebenda, S. 104.

74 Auch über Pskov existiert eine Veröffentlichung aus jüngster Zeit (Pskov, Leningrad 1971). Es handelt sich dabei um einen Sammelband von Beiträgen zur Geschichte der Stadt Pskov von den Anfängen bis in die Gegenwart. Da die Geschichte des mittelalterlichen Pskov der vormongolischen Periode darin jedoch nur 25 Seiten umfaßt, sei im Rahmen der vorliegenden historiographischen Übersicht nicht näher darauf eingegangen.

75 Mongajt, A. L., Staraja Rjazan', Moskau 1955, 228 S.



tendsten Städte der Ruß aufgerückt, als sie im Dezember des Jahres 1237 von den Tataren überfallen und verwüstet wurde, was von einem Augenzeugen in einem ausführlichen Bericht bezeugt ist<sup>76</sup>. So aufschlußreich und anschaulich die Stadtentwicklung von ihren Anfängen bis zu dem Stand zur Zeit des Tatarenüberfalls auch geschildert ist, der Autor vermag nicht einmal andeutungsweise etwas Stichhaltiges über die Verfassungszustände von Rjazah auszusagen. So schlußfolgert er, daß es hier das "veče" gegeben habe, ohne dies mit Angaben aus den Chroniken belegen zu können. Da aber die Chroniken berichten, daß die Fürsten mit den Städten Verhandlungen führten, ließe sich annehmen, daß die Stadt keine Fürstenstadt im strengen Sinne des Wortes war. Unter dem Ausdruck "starcy" sei die Oberschicht der Stadtbevölkerung zu verstehen. Ob sich die Situation zuungunsten der Stadt veränderte, als im letzten Drittel des 12. Jahrhunderts der mächtige Fürst Vsevolod bolšoe gnezdo sich die Fürsten des Rjazaner Landes botmäßig machte, läßt der Autor offen. Es ist jedoch sehr wahrscheinlich, daß in der Ära dieses mächtigen Großfürsten von Vladimir-Suzdal' Rjazah der Habitus einer Fürstenstadt aufgezwungen wurde. Hierzu, wie zum Problem der Stadtverfassung von Rjazah im allgemeinen, bietet auch Il'in nichts, der fast gleichzeitig mit Mongajt eine andere Monographie über Rjazah schrieb, allerdings zu dessen späterer und vor allem neuerer Geschichte.<sup>77</sup>

Nicht viel anders als in Rjazah vollzog sich die Siedlungsgeschichte in Grodno, das als westliche Grenzstadt der alten Ruß bezeichnet werden kann. Dieser Ort wird zum erstenmal unter dem Jahre 1128 in der Chronik erwähnt<sup>78</sup>, so daß seine Entstehung und Entwicklung für die Zeit bis zum Mongoleneinfall in die Ruß nur aufgrund der archäologischen Ausgrabungsergebnisse rekonstruiert werden kann. Ihnen zufolge<sup>79</sup>, wie zum Beispiel anhand von Funden schieferner in Ovruč gefertigter Spinnwirteln, bestand hier schon im 11. Jahrhundert eine Siedlung. Da sie an dem 32 Meter hohen Steilufer des Njemen günstig angelegt war, hat sie schon zu Beginn des 12. Jahrhunderts der dortige Lokalfürst zur Residenz auserwählt und in eine Stadt verwandelt. Mittelpunkt war eine Burg (oder "zamok"), vor der eine Wallmauer errichtet wurde, deren Überreste die Archäologen freilegten. Zum Innenkomplex der Stadt gehörten zwei steinerne Sechs-Pfeiler-Kirchen, von denen die eine die Fürstenkirche war. Um diese gruppierten sich die fürstlichen Hofbauten, so daß das übrige Stadtterrain den Handwerkern, Kaufleuten und auch Bauern als Niederlassung Platz bot. Die Beschäftigung mit Ackerbau ist bezeugt mit Funden mehrerer eiserner Sicheln und einer messerförmigen 11,5 Zentimeter langen Pflugschar, wie sie zu dem in der Waldzone gebräuchlichen Gabelpflug (socha) benötigt wurden. Bebaut wurden Felder, die vor der Stadt ausgebreitet lagen. Aus den gefundenen Gegenständen geht hervor, daß folgende Handwerkergruppen hier lebten: Schuhmacher, Weber, Juweliere, Eisenschmiede, Zimmerer, Keramiker, Ziegler. Die Niederlassung von Kaufleuten ist zwar weniger eindrucksvoll bezeugt als die der Handwerker; dennoch weisen die Funde von Ovručer Spinnwirteln und baltischem Bernstein eindeutig darauf hin. Vor allem scheint der Binnenhandel recht aktiv gewesen zu sein, den schließlich die Lage der Stadt unmittelbar am Njemen begünstigte. Der Handelsverkehr erstreckte sich somit im wesentlichen in südlicher Richtung bis zum mittleren Dnepr-Raum und nach Norden bis zum unteren Njemen-Raum. Urbanistischer Ausbau, architektonische Gestalt und die ökonomische Betätigung der Bevölkerung des Ortes drücken schon für die Zeit vor seiner Integration in den litauischen Staat hinreichend seine Stadtkultur aus. Über die Stadtverfassung Grodnos ist bis auf die Tatsache, daß es eine Fürstenstadt war, nichts Näheres bekannt. Selbst über das Verhältnis von Fürst und Stadt ist aufgrund der äußerst dürftigen Aus-

76 Povest' o razorenii Rjazan, in: Voinskie povesti Drevnej Rusi, Moskau 1949, S. 7 - 20; deutsche Übersetzung in: O Bojan, Du Nachtigall der alten Zeit, 2. Aufl. Berlin 1965, S. 187 - 199.

77 Il'in, M., Rjazah, Moskau 1954, S. 7 - 38.

78 Ipat'evskaja letopiš, a. a. O., Sp. 292.

79 Voronin, N. N., Drevnee Grodno, Moskau 1954, 240 S.

sagen der schriftlichen Quellen so gut wie nichts zu erschließen. Die Erörterung dieser Frage für die Zeit der litauischen Herrschaft - etwa unter dem Großfürsten Witold - liegt schon jenseits des zeitlichen Rahmens dieser Abhandlung.

Als die sowjetische Geschichtswissenschaft die Städteforschung aufgriff und sich stark auf die Städte der vormongolischen Ruß konzentrierte, konnte es nicht ausbleiben, daß sie auch für die "Kiever Periode" Moskau ins Blickfeld zog. Schließlich ist ja Moskau für das Jahr 1147 in einer Chronik erwähnt.<sup>80</sup> Immer wieder haben die archäologischen Forschungsergebnisse das Interesse an der Frühgeschichte dieser Stadt geweckt. Bereits im Jahre 1947 veröffentlichte Tichomirov auf der Grundlage der Materialien der ersten in Moskau durchgeführten archäologischen Forschungen eine größere Monographie über das "alte Moskau".<sup>81</sup> Seitdem ist eine so umfangreiche Literatur zur Stadtgeschichte Moskaus erschienen<sup>82</sup>, daß sie sich nur mühsam erfassen läßt. In ihr nimmt eine sechs Bände umfassende Monographie<sup>83</sup> den ersten Platz ein.

Freilich rückt Moskau in die erste Reihe der großen und bedeutenden altrussischen Städte erst in der Periode des zentralisierten russischen Staates auf, als es dessen Hauptstadt und demzufolge die Residenzstadt der Zaren geworden ist. Diese Periode seiner Geschichte ist auch von verhältnismäßig reichem und aussagekräftigem schriftlichem Quellenmaterial beleuchtet. Für die frühe Periode kann lediglich das gegenständliche Material der archäologischen Forschung zur Aussage herangezogen werden.

Bis vor etwa zehn Jahren war noch strittig, ob Moskau schon im 11. Jahrhundert oder erst im 12. Jahrhundert als Stadt anzusehen ist.<sup>84</sup> Inzwischen haben aber die Ergebnisse der intensiven archäologischen Forschungen den Beweis erbracht, daß Moskau bereits im 11. Jahrhundert eine Stadt war; Schon Vladimir Monomach und sein Bevollmächtigter residierten hier. Funde arabischer Münzen deuten an, daß hier bereits um das 9./10. Jahrhundert eine Siedlung bestand.

Aus den archäologischen Forschungsergebnissen läßt sich folgendes Entwicklungsbild Moskaus für die Zeit bis zur Mitte des 13. Jahrhunderts nachzeichnen.<sup>85</sup> Bereits Ende des 11. Jahrhunderts bestanden die Stadtanlagen aus einem Burgplatz mit darauf stehender in Blockbau errichteter Burg (Kreml). Dieser Burgplatz war von einem Wall umgeben, auf dem eine Holzbefestigung ruhte, und einem "posad", der sich zwischen Kreml und Wall ausbreitete. Der Sohn des Großfürsten Vladimir Monomach, Jurij Dolgorukij, der erst Mitte des 12. Jahrhunderts in diesen Kreml Einzug hielt und darin sein "Gehöft" (usad'ba) errichtete, dürfte als eigentlicher "Stadtgründer" daher nicht in Betracht kommen; es läßt sich vielmehr nicht ausschließen, daß der Bojar Kucko schon vor Dolgorukij Eigentümer der Stadt gewesen ist.

Die Posadbevölkerung setzte sich aus einheimischen Handwerkern und Händlern zusammen und ergänzte sich im 12. Jahrhundert mit von den Fürsten Jurij Dolgorukij und Andrej Bogoljubskij aus Vladimir-Suzdal' nach Moskau gerufenen Kolonisten. Die Handwerker waren Metallurgen, Schmiede, Juweliere, Weber, Gerber, Schuhmacher, Kammacher, Zimmerleute, Böttcher, Stellmacher, Ziegler und wahrscheinlich auch Glasmacher. Funde von

80 Ipat'evskaja letopiš, a. a. O., Sp. 339.

81 Tichomirov, M. N., Drevnjaja Moskva, Moskau 1947.

82 Rabinovič, M. G., O drevnej Moskve, Moskau 1964, S. 323 - 350.

83 Istorija Moskvj, Bd. 1 - 6, Moskau 1952 - 1959, 5308 S. - Leider sind darin nur ganze 15 Seiten über das vormongolische Moskau enthalten (Bd. 1, S. 9 - 24).

84 Ravdina, T. V., Ešče raz o datirovke drevnego sloja Moskvj, in: Sovetskaja arheologija, Nr. 1/1963, S. 98 - 109; Veksler, A. G., K voprosu o drevnejšej date Moskovskogo Kremlja, in: ebenda, S. 110 - 113.

85 Rabinovič, M. G., O drevnej Moskve, Moskau 1964.

Uvručer schieferen Spinnwirteln, Amphoren aus dem Schwarzmeergebiet und westeuropäischer Bleiplomben deuten an, daß im "posad" auch Kaufleute und Händler lebten, die sich im Fern- und auch im Binnenhandel betätigten. Funden von bronzenen und knöchernen Schreibgriffeln zufolge waren gewisse Teile der Bevölkerung schriftkundig.

Die Gassen der Stadt waren mit Holzbohlen belegt, und an ihren Rändern zog sich eine hölzerne Wasserableitung entlang. So ragte Moskau, wenn auch als kleine Stadt, schon im 11. und 12. Jahrhundert aus den es umgebenden kleinen Dorfsiedlungen (sela) hervor. Die Bevölkerung der umliegenden Dörfer suchte den Markt der Kleinstadt auf, der im "posad" vor dem Kreml stattfand. Auf dem Marktplatz stand wahrscheinlich schon zu dieser Zeit eine Freitags-Kirche (pjatnica).

Im Lichte der archäologischen Materialien besehen, erweist sich, daß Moskau mit Burg und "posad" jene Attribute einer Siedlung besaß, die es zur Stadt, wenn auch kleineren Formats, qualifizierte.<sup>86</sup> Leider ist außer dem Fakt, daß es im 12. Jahrhundert eine Fürstenstadt war, weiter nichts über seine Stadtverfassung erkennbar. Dieser Punkt gehört in die Liste der "ungelösten Probleme"<sup>87</sup> der Frühgeschichte Moskaus.

Ein besonderer Komplex des altrussischen Städtewesens präsentiert sich in der südwestlichen Ruß, die sich wie eine Zunge in den mitteleuropäischen Raum vorschiebt. Es ist der Siedlungsraum zwischen Dnestr, San und mittlerem Bug, in dessen nördlichem Teil die sogenannten "tscherwenischen Städte" lagen, wie sie in der Nestorchronik bezeichnet werden.<sup>88</sup> Durch dieses Territorium, das - groß umrissen - zwischen den Pripjetsümpfen und den Karpaten lag, führte die bedeutendste Handelsstraße, die Europa mit Asien auf dem Landweg verband. Sie verlief nach Westen von Kiev über Lemberg, Krakau, Prag und Regensburg, nach Osten über das untere Wolgagebiet bis hin nach Indien und China und existierte bereits im frühen Mittelalter. Nicht zuletzt wegen dieser handels- und verkehrspolitischen Bedeutung war dieser südwestliche Teil der Ruß Streitobjekt zwischen den Herrschern Polens und der Ruß<sup>89</sup>; im 12. Jahrhundert erhob außerdem noch Ungarn<sup>90</sup> Ansprüche auf dieses Gebiet. Städte, wie Galič, Vladimir, Volyn, Červeh, Sutiejsk, Chelm/Cholm, Lemberg (Lvov), Peremysl/Przemysl, Plishesk, Kamenec-Podolskij, ragen aus einem verhältnismäßig dichten Netz von befestigten Siedlungen mehr oder weniger städtischen Charakters als bedeutende stadtartige Niederlassungen hervor. Da ihre Geschichte nur in geringem Maße und für einen relativ späten Zeitpunkt von den schriftlichen Quellen erhellt ist, konzentriert sich die Forschung stark auf die archäologischen Ermittlungen. Sowohl sowjetische als auch polnische Archäologen sind zu beiden Seiten der jetzigen polnisch-sowjetischen Staatsgrenze seit 1945 am Werk, das Städtewesen in diesem Raum für die Zeit vor dem Einfall der Mongolen

86 Ebenda, S. 63.

87 Ebenda, S. 321 f.

88 Povest' vremennych let, a. a. O., S. 58, 97; Trautmann, Reinhold, a. a. O., S. 107.

89 Skrzypek, Józef, Studia nad pierwotnym pograniczem polsko-ruskim w rejonie Wołynia i grodów czerwieńskich (Studie über das erste polnisch-russische Grenzland im Rayon von Wolhynien und der tscherwenischen Städte), Warschau 1962; Persowski, Franciszek, Studia nad pograniczem polsko-ruskim w X - XI wieku (Studie zum polnisch-russischen Grenzland im 10. - 11. Jh.), Warschau 1962; Nascnov, A. N., "Ruskaja zemlja" i obrazovanie territorii drevnerusskogo gosudarstva, Moskau 1951, S. 128 - 144; Łówmiański, Henryk, Stosunki polsko-pruskie za pierwszych Piastów (Die Beziehungen zwischen Polen und den Preußen/Pruzen in der Zeit der ersten Piasten), in: Przegląd Historyczny, Bd. 41, 1950, S. 152 - 179; Rhode, Gotthold, Die Ostgrenze Polens, Köln 1955.

90 Pašuto, V. T., Očerki po istorii galicko-volynskoj Rusi, Moskau 1950; derselbe, Vnešnaja politika drevnej Rusi, Moskau 1968, S. 167 - 186, 297 - 301.

zu erfassen und in Veröffentlichungen zu verdeutlichen<sup>91</sup>, wenn auch in den letzten zehn Jahren polnischerseits die Ausgrabungstätigkeit offenbar nachgelassen hat. Aus den polnischen und sowjetischen Veröffentlichungen geht hervor, daß die Städte in diesem Raum zwar frühe Anfänge als Siedlungen haben - sie reichen in den Beginn des 10. Jahrhunderts zurück -, aber erst im 11. Jahrhundert oder, wie Lemberg, ab 12. Jahrhundert zu Städten im eigentlichen Sinne des Wortes geworden sind. Außerdem zeigen diese Publikationen, daß hier in diesem Territorium die Städte fast ohne Ausnahme militärische Stützpunkte waren, was sich wohl - besonders im Süden - aus der Nachbarschaft zu den aggressiven Steppenvölkern, den Petschenegen, Torken und später Polovzen, ergab. Im wesentlichen trägt die archäologische Forschung reichliches gegenständliches Material zur Situation des Handwerks und Handels zusammen, so daß auf diese Weise die Städte als Zentren des Handwerks und des Handels mit zusätzlichem Verteidigungscharakter deutlich in Erscheinung treten. In dem südlichsten Gebiet dieses Raumes, wie in Ekimauce und Alčedar am mittleren Dnestr, hat sich die Eisenverhüttung konzentriert, wie die Entdeckung von größeren Hüttenplätzen zeigt. Daher sind nicht alle Orte, die in den Chroniken als "grady" oder "goroda" erwähnt werden, Städte im unmittelbaren Sinne des Wortes. Es ist keine leichte Aufgabe für die Forschung, die Burgen von den Städten zu scheiden.

Die nach Erscheinen von Tichomirows Buch über das altrussische Städtewesen weitergeführten archäologischen Forschungen haben in vielem seine Thesen bestätigt, in manchem haben sie zu neuen zusätzlichen Feststellungen geführt, in einigen Fragen haben sie aber seine Thesen auch widerlegt.

Zu den zusätzlichen Feststellungen gehört die Ermittlung von Städten, die in Tichomirows Städteverzeichnis fehlen, wie Danilov<sup>92</sup> (im Fürstentum Galiž), Serensk<sup>93</sup> im Land der Wjatičten, Ekimauce<sup>94</sup>. Widerlegt wurde die These, daß in der alten Ruß Städte schon im 9. bzw. im 7./8. Jahrhundert entstanden. Die Entstehung der Städte läßt sich erst für das 10. Jahrhundert ansetzen.<sup>95</sup> Nur in wenigen Fällen ließen sich Entstehungsansätze im 9. Jahrhundert aus den Ausgrabungsergebnissen ermitteln.<sup>96</sup> Der Siedlungs- und Festungsanlagenforscher Rappoport reduziert die von Tichomirov für das 12./13. Jahrhundert fixierte Zahl von 250 Städten auf ganze 100. Er hält die Feststellung für berechtigt, daß es damals in der vormongolischen Ruß "nicht mehr als 100 'gorodisca' von mehr als einem Hektar Fläche gibt".<sup>97</sup> Schließlich hat die Forschung erwiesen, daß nicht jedes Handwerkerzentrum "ge-

91 Vgl. die Schriftenreihen Sprawozdanie archeologiczne (Archäologische Berichte), Archeologia Polski (Archäologie Polens), Wiadomości archeologiczne (Archäologische Nachrichten); Wartołowska, Zofia, Grod czerwieński Sutiejsk (Die tscherwenische Stadt Sutiejsk), Warschau 1958, 140 S.; Poppe, Andrzej, Wołyń, in: Studia Średniowieczne, Bd. 4, Warschau 1958, S. 227 - 300; Kratkie soobščeniya instituta archeologii, Kiew/Moskau; Archeologičeskie otkrytija; Sovetskaja archeologija.

92 Rappoport, P. A., Danilov, in: KSIA - Moskau, Nr. 125/1971, S. 82 - 86.

93 Nicol'skaja, T. N., Drevnerusskij gorod Serensk - gorod vjatičeskich remeslennikov, a. a. O., S. 73 - 81; dieselbe, K istorii drevnerusskogo Serenska, in: KSIA - Moskau, Nr. 113/1968, S. 108 - 116.

94 Fedorov, G. F., Gorodišče Ekimauce, a. a. O.; dieselbe, Posad Ekimauckogo poselenija, a. a. O.

95 Rappoport, P. A./Voronin, N. N., Archeologičeskie izučenie drevnerusskogo goroda, in: KSIA - Moskau, Nr. 96/1963, S. 3 - 17; Rappoport, P. A., O tipologii drevnerusskich poselenij, in: KSIA - Moskau, Nr. 110/1967, S. 8; Ljapuškina, I. I., Vostočnye slavjane nakanune drevnerusskogo gosudarstva, Moskau 1968, S. 149, 164 ff.

96 Širinskij, S. S., Ob-ektivnye zakonomernosti i sub-ektivnyj faktor v stanovlenii drevnerusskogo gosudarstva, in: Leninskie idej v izučenii istorii pervobytnogo obščestva, rabovladienija i feodalizma, Moskau 1970, S. 202.

97 Rappoport, P. A., O tipologii drevnerusskich poselenij, a. a. O., S. 5.

setzmäßig" zur Stadt geworden ist.<sup>98</sup> Nicht jeder in den Chroniken aufgeführte "gorod" war tatsächlich eine Stadt.<sup>99</sup> Sicherlich muß die Forschung nachprüfen, ob das von Tichomirov aufgestellte Städteverzeichnis stimmt, aber die von Rappoport vorgenommene Reduzierung der Städtezahl auf ein Drittel geht wohl doch zu weit. Es drängt sich hier die Feststellung von Ammann auf, nach welcher in der Schweiz zum Beispiel Ortschaften als Städte anzusehen sind, die etwa 500 Einwohner hatten.<sup>100</sup>

In zwei wesentlichen Fragen hat die archäologische Forschung die Feststellungen Tichomirovs in vollem Umfang bestätigt. Einmal hinsichtlich der These, daß die Entwicklung des Handwerks das altrussische Städtewesen entscheidend bestimmte, weil sie zur Bildung des "posad" führte.<sup>101</sup> Aus dem durch die archäologische Forschung geborgenen gegenständlichen Material geht hervor, daß in den größeren Städten der vormongolischen Ruß hundert Handwerksbranchen wirksam waren.<sup>102</sup> Bis auf den Bergbau, für den die vormongolische Ruß keine Voraussetzungen hat, waren hier ebensoviel Handwerke ausgebildet wie in Byzanz Mittel- und Westeuropa, insbesondere in Deutschland. Bestätigt und erhärtet hat die archäologische Forschung die These Tichomirovs, daß die Waräger oder Normannen nirgends in der Ruß Städte gegründet haben. Vor allem trifft diese Feststellung für jene Orte zu, in denen - der Nestorchronik zufolge - sich die Waräger-Fürsten niedergelassen haben, wie in Novgorod, Beloozero und Izborsk.<sup>103</sup> Die umfangreichen Ausgrabungen in Novgorod haben als früheste Kulturschichten die des 10. Jahrhunderts freigelegt. Folglich bestand diese Stadt im 9. Jahrhundert noch gar nicht.<sup>104</sup> Obwohl die Grabungen in Izborsk nicht systematisch fortgeführt werden, ergaben die Materialien eine frühe Besiedlung durch die ostslawischen Kriwitschen und keinerlei Spuren einer schwedischen Niederlassung.<sup>105</sup> Die Grabungen in Beloozero haben Kulturschichten freigelegt, die lediglich bis ins 10., allerhöchstens ins ausgehende 9. Jahrhundert zurückreichen, also Kulturschichten, die erheblich später zu datieren sind als für den Zeitpunkt, zu dem laut Nestorchronik der Waräger-Fürst Sineus sich dort niedergelassen hat. Außerdem geht aus den geborgenen Materialien hervor, daß es sich um ostslawische Hinterlassenschaften handelt.<sup>106</sup> Das skandinavische Material ist

98 Ljapuškín, I. I., *Gorodišče Novotroickoe*, Moskau 1958; derselbe, *Vostočnyeslavjane nakanune drevnerusskogo gosudarstva*, 1968, S. 142 - 169; Gorjunova, E. I., *Étničeskaja istorija volgo-oksogo meždureč'ja*, Moskau 1961, S. 200.

99 Rabinovič, M./Latyševa, G., *Iz žizni drevnej Moskvy*, Moskau 1961, S. 63.

100 Ammann, Hektor, *Die frühmittelalterlichen Marktorte der Schweiz*, in: *Westfälische Forschungen*, Bd. 15, 1962; derselbe, *Wie groß war die mittelalterliche Stadt?*, in: *Die Stadt des Mittelalters*, Bd. 1, Darmstadt 1969, S. 411 f.

101 Alekseev, P. V., *Polockaja zemlja*, Moskau 1966, S. 113.

102 Rybakov, B. A., *Kievskaja Ruß*, in: *Istorija SSSR s drevnejšich vremen do našich dnei*, Bd. 1, Moskau 1966, S. 536.

103 Povest' vremennykh let, Bd. 1, a. a. O., S. 18.

104 Trudy Novgorodskoj archeologičeskoj ékspedicii, Bd. 1 - 4, Moskau 1956 - 1964; Kolčín, B. A., *K itogam rabot Novgorodskoj archeologičeskoj ékspedicii*, a. a. O., S. 7.

105 Gvozdilov, G., *Archeologičeskie raboty v Izborske*, in: *Soobščénija gosudarstvennogo Éremitaža*, Nr. 6/1954, S. 38.

106 Golubeva, L. A., *Raskopki drevnego Beloozera*, in: *KSIA - Moskau*, Nr. 96/1953, S. 64 - 71; dieselbe, *Slavjanskije pamjatniki v Beloozere*, in: *Sbornik po archeologii Vologodskoj oblasti*, Vologda 1961, S. 25 - 46; dieselbe, *Beloozerskaja ékspedicija*, in: *KSIA - Moskau*, Nr. 81/1960, S. 77 - 85.

unbedeutend und darüber hinaus erst ab 11. Jahrhundert zu datieren.<sup>107</sup> Nur für Alt-Ladoga könnte eine nennenswertere skandinavische Mitbesiedelung in Frage kommen.<sup>108</sup>

Schließlich deutet die archäologische Forschung für das 12. Jahrhundert auf eine "Privatisierung" der bisher fürstlichen Städte hin, da nunmehr die feudalen Grundherren in die Städte einziehen und sich hier einen befestigten Hof (ukreplennaja usad'ba) anlegten.<sup>109</sup>

Im Lichte dieses überaus reichen archäologischen Materials ist die Behauptung von Ennen unverständlich, daß die Städte Rußlands "nahezu unberührt vom Einfluß der mittelalterlichen Stadtkultur" blieben.<sup>110</sup> Dieser Irrtum erklärt sich nicht zuletzt aus der Tatsache, daß die Autorin die sowjetische Literatur zum Thema Städtewesen und Stadtkultur nicht herangezogen hat, sondern sich nur auf veraltete Arbeiten von P. Miljukov (1918) und J. Kulischer (1925) stützte. Die Autorin hat sich auch nicht die Mühe gemacht, das wenige, aber immerhin aufschlußreiche Material der altrussischen Chroniken auszuwerten. Ihre Aussagen über die altrussische Stadt sind ein aus Unkenntnis der Sachlage gefälltes Urteil.

Daß auch äußere Einflüsse auf die Bildung und Entwicklung des Städtewesens in der Ruß einwirkten, wird seitens der sowjetischen Städteforschung durchaus bestätigt. Das gilt zum Beispiel für die Übernahme des sogenannten Magdeburger Rechts, das ab 14. Jahrhundert auch in der Ruß Eingang fand. Zunächst haben es die Städte in den südwestlichen Fürstentümern Galič und Wolhynien übernommen, wie Lemberg, Vladimir, Luck.<sup>111</sup> Im Jahre 1498 verlieh es der Fürst Alexander der Stadt Polock<sup>112</sup> und im Jahre 1499 den Bürgern von Minsk<sup>113</sup>. Im 16. Jahrhundert galt in Mohilev und Vitebsk Magdeburger Recht<sup>114</sup>, und schließlich bekamen es die Städte Černigov, Kiev und Poltava<sup>115</sup>.

Grekov hat schon zu Beginn der fünfziger Jahre die positiven Auswirkungen des Magdeburger Rechts unterstrichen, insbesondere den rechtlich gesicherten Abgang des Bauern vom Grundherrn, wiewohl er die Meinung, daß die Anwendung des Magdeburger Rechts gleichbedeutend mit der Gründung der Städte (in Galič und Wolhynien) sei, zurückwies.<sup>116</sup>

Zieht man aus den in der Literatur niedergelegten Forschungsergebnissen ein Resümee, so lassen sich folgende Feststellungen treffen: Die Archäologen haben ungewöhnlich viel Sachmaterial zur Geschichte, und vor allem zur Entstehung der russischen Stadt als Folge der sozialökonomischen Entwicklung bereitgestellt. Dabei konzentriert sich ihr Forschungsanliegen auf folgende Fragen: Wie entwickelten sich die hauptsächlichlichen Beschäftigungsarten der zwei Hauptgruppen der städtischen Bevölkerung, nämlich der Handwerker und der Kaufleute? Welche Bevölkerungsgruppen haben sich der Reihe nach auf dem Terrain der sich zur Stadt entwickelnden Siedlung niedergelassen? Wie bildete sich das Weichbild der Stadt

107 Golubeva, L. A., Beloozerskaja ekspedicija, a. a. O., S. 84.

108 Davidan, O. I., K voprosu o kontaktach drevnej Ladogi so Skandinavami, in: Skandinavskij sbornik, Bd. 16, Tallin 1971, S. 134 - 145.

109 Rappoport, P. A./Voronin, N. N., a. a. O., S. 15.

110 Ennen, Edith, a. a. O., S. 309. - Ihr negatives Urteil revidierte die Autorin auch nicht in ihrem 1969 veröffentlichten Beitrag "Stadt zwischen Mittelalter und Neuzeit", in: Die Stadt des Mittelalters, Bd. 1, Darmstadt 1969, S. 416 - 435.

111 Sofronenko, K. A., Obščestvenno-političeskoj stroj Galicko-Volynskoj Rusi XI - XIII vv., Moskau 1955, S. 73.

112 Belorussija v epochu feodalizma, Minsk 1959, S. 263 - 266 (= Urkunde Nr. 116).

113 Ebenda, S. 407 - 408 (= Urkunde Nr. 181).

114 Očerki istorii SSSR. Period feodalizma, Konec XV - načalo XVII veka, Moskau 1955, S. 737.

115 Sovetskaja istoričeskaja encyklopedija, Bd. 8, Moskau 1965, Sp. 883 f.

116 Grekov, B. D., Krest'jane na Rusi, Bd. 1, Moskau 1952, S. 331 - 335; derselbe, Die Bauern in der Ruß, Bd. 1, Berlin 1958, S. 337 - 358.

heraus? Wie wurden die Mauern der Stadt (Wall und die darauf ruhende Befestigung) gebaut und umgebaut? Wann entstanden die Städte, die schon vor dem 11. Jahrhundert existierten? Wann entstanden die Kolonisationsstädte? Wie formte sich das altrussische Volkstum, die "drevnerusskaja narodnost'", in den Städten? Teilweise bemühen sich die Archäologen auch um die Antwort auf die Frage, ob und wann die Stadt zur feudalen Stadt geworden ist. Die Probleme, die sich in der Stadtverfassung, im "gorodskij stroj", ausdrücken, stehen nicht im Forschungskatalog der Archäologen.<sup>117</sup> Sie sind ja auch hauptsächlich aus den Mitteilungen der schriftlichen Quellen zu erkennen und liegen damit im Aufgabenbereich der Historiker. Daher obliegt es den sowjetischen Mediävisten, den Sozial-, Wirtschafts- und Politik-historikern, das Problem des "gorodskij stroj" zu lösen. In diesem Zusammenhang sei auf einen kurzen, aber sehr informativen Beitrag von Pašuto<sup>118</sup> verwiesen, in welchem der Autor die Forschungsaufgaben für die Zukunft umreißt. Er weist darauf hin, daß sich Ende des 11. Jahrhunderts die Städte aus den Klammern der Staatsmacht zu befreien suchten, und führt in Verbindung damit folgende Probleme an, die zur Erforschung anstehen: Verhältnis der Stadt zum Staat, Fixierung der vielfältigen Arten von Städten, Herausbildung der "Städteigentumsformen" (Fürsten-, Bischofs-, Kloster- und auch Bojarenstädte), Unterscheidungsmerkmale zwischen "freien Städten" und "Eigentümerstädten". Als "freie Städte" sind Städte anzusehen, die ihre eigene Gesetzlichkeit, ihre "pravda", haben. Als weitere Aufgabe nennt Pašuto die Erforschung der "Schutz-" und "Festungsstädte" in den Kolonisationsländern des Nordostens und Nordwestens der Ruß. Zur Lösung des letzteren Problems liegen bereits einige neue Beiträge vor.<sup>119</sup> Schließlich bietet sich die Rolle der altrussischen Stadt für die Herausbildung und Entwicklung des altrussischen Staates des Kiever Reiches als Forschungsgegenstand an.<sup>120</sup>

Es gibt also eine sehr intensive Forschung über das altrussische Städtewesen. In vielem sind ihre Ergebnisse noch fragmentarisch. Jedoch sind auch schon viele Ergebnisse wissenschaftlich gesichert. Dazu gehört der Nachweis, daß sich die altrussischen Städte in das gesamt-europäische Städtebild einfügen lassen. Sie haben die gleichen Wurzeln der Entstehung, und sie werden von den gleichen urbanistischen, architektonischen, kulturellen und gesellschaftlichen Erscheinungen geprägt, wie sie auch in den west- und mitteleuropäischen Städten auftreten. Die neueste Forschung konnte ferner nachweisen, daß die altrussischen Städte schon in der vormongolischen Periode ähnliche, wenn nicht sogar die gleichen juristischen und administrativen Institutionen wie jene Städte besaßen. Die Fortsetzung dieser Forschungen dürfte aller Wahrscheinlichkeit nach zu dem Ergebnis führen, daß das altrussische Städtewesen auch hinsichtlich der Stadtverfassung keine wesentlichen Unterschiede zu den Städten des übrigen Europas im hohen Mittelalter aufwies. Wenn Wünsche und Empfehlungen an die sowjetische Forschung zu melden wären, dann folgende: a) bei der Stadtforschung für die vormongolische Ruß die mittel- und westeuropäischen Städte des gleichen Zeitraums stärker zum Vergleich heranzuziehen, b) die Hanseforschung, besonders der Frühperiode, wieder aufzunehmen und dabei an die Tradition der fünfziger Jahre anzuknüpfen, c) aus den vorliegenden Detailarbeiten und Detailpublikationen eine Gesamtmonographie über die "drevnerusskie goroda" zu erarbeiten, weil bei aller Bedeutung, die die Publikation von Tichomirov bis auf den heutigen Tag besitzt, diese doch schon überholt ist. Vor allem müßte ein neu-

117 Am konkretesten sind die Forschungsanliegen der sowjetischen Archäologen formuliert bei Rabinovič, M. G., O drevnej Moskve, a. a. O., S. 319 - 322.

118 Pašuto, V. T., O nekotorych putjach izučeniija drevnerusskogo goroda, in: Goroda feodal'noj Rossii, Moskau 1966, S. 93 - 98; derselbe, Rjad (Abkommen), in: Drevnerusskoe gosudarstvo i ego meždunarodnoe značenie, Moskau 1965, S. 34 - 50; Ščapov, Ja. N., a. a. O., S. 99 - 104.

119 Golubeva, L. A., O date poselenija Veši na Beloozere, in: KSIA - Moskau, Nr. 104/1965, S. 12 - 17; Gorjunova, E. I., a. a. O., S. 198 - 204; Mongajt, A. L., Rjazanskaja zemlja, Moskau 1961, S. 142 - 249.

120 Širinskij, S. S., a. a. O., S. 189 - 211.

es Register der altrussischen Städte erstellt werden. Aus der neuen Zahl der Städte und aus einer ausführlicheren Darstellung des städtischen Lebens würde ein weiterer plausibler Nachweis für das zivilisatorische Niveau der vormongolischen Ruß erbracht.

Aus den vorliegenden Darlegungen leitet sich aber auch eine gewichtige Forderung an die westeuropäische, insbesondere an die westdeutsche mediävistische, Städteforschung ab. Sie darf die sowjetischen Forschungen zum altrussischen Städtewesen der vormongolischen Periode nicht weiter ignorieren und muß die diesbezüglichen Publikationen aufmerksam verfolgen und eingehend studieren. Erst dann werden solche blamablen Fehurteile, wie sie E. Ennen, D. Garske, O. Brunner fällten, in Zukunft unterbleiben.

... der großen ... die nicht verstanden ... in der gleichen Lage ...

... die sich zum gewöhnlichen ...

... des ...

... die ...

... die ...

... die ...

... die ...



## DIE SKLAVENELITE DES HAUSES EGIBI

(Szenen aus dem Geschäftsleben im Babylon des 6. Jahrhunderts v. u. Z.)

von V. A. Beljavskij

Das berühmte babylonische Haus Egibi besaß zahlreiche Güter und Stadthäuser, ein großes Geldkapital sowie eine Vielzahl von Sklaven.<sup>1</sup> Die Egibi verstanden es, ihr "lebendes Eigentum" auszunutzen. Ihre Sklaven befanden sich durchaus nicht alle in der gleichen Lage. Einige von ihnen wurden zu reichen Leuten, andere hatten alle Mühen des Sklavenloses zu tragen. Hier soll am Beispiel einiger Biographien von Sklaven dieser Familie die Schichtung der Sklavenklasse in der babylonischen Gesellschaft des 6. Jahrhunderts v. u. Z. und das Auftreten einer privilegierten Oberschicht, der "Sklavenelite", untersucht werden.

Unter den Sklaven des Hauses Egibi, die sich eine privilegierte Stellung zu schaffen vermochten, sind in erster Linie Nabū=utirri und seine Frau Miṣatum zu nennen. Beide fielen den Egibi auf eine recht komplizierte Weise zu.

Nabū=utirri gehörte zuerst Bēl=ahhē=rīb S. des Bēl=ušēzib N. des Dabibi und seiner Frau Kaššā T. des Bēl=iqīša<sup>2</sup>, die so sehr verschuldet waren, daß sie diesen Sklaven bei mehreren Personen gleichzeitig verpfändet hatten. Nabū=ahhē=iddin S. des Šulā N. des Egibi nutzte diesen Umstand. Er beauftragte seinen Klienten Bēl=rīmanni S. des Marduk=mukīn=apli N. des Sin=damaqu und Itti=Nabū=balātu S. des Bēl=iddin N. des Egibi, den Sklaven zu erwerben.

Bēl=rīmanni verhandelte mit den Herren des Nabū=utirri und kaufte den Sklaven am 28. Juli 545 für 1 Mine 5 Sekel Silber.<sup>3</sup> Der größere Teil des Geldes wurde dabei nicht an die Verkäufer Bēl=ahhē=rīb und Kaššā gezahlt, sondern an einige ihrer Gläubiger.<sup>4</sup> Auf Nabū=utir-

1 In den Archivadokumenten der Egibi sind 280 Sklaven namentlich aufgeführt. Im dritten Viertel des 6. Jh. v. u. Z. besaß das Haus Egibi nicht weniger als 300 Sklaven. Zu den Egibi vgl. Kohler, J./Peiser, F. E., Aus dem babylonischen Rechtsleben, 4 Bde, Leipzig 1890 - 1898 (im folgenden: BRL); Weingort, S., Das Haus Egibi in neubabylonischen Rechtsurkunden, Berlin-Charlottenburg 1939; Ungnad, A., Das Haus Egibi, in: Archiv für Orientforschung, Bd. 14, H. 1, 1941; Beljavskij, V. A., Zemlevladienie doma Egibi, in: Doklady otdelenij i komissii Geografičeskogo obščestva SSSR, Nr. 5, Leningrad 1968; derselbe, Vavilon legendarnyj i Vavilon istoričeskij, Moskau 1971, S. 148 - 152, 284 f., 291 f., u. a.

2 Hier und weiter unten gelten für die nähere Bezeichnung der Eigennamen folgende Abkürzungen: S. - Sohn, T. - Tochter, N. - Nachkomme.

3 1 Mine = 505 g; 1 Sekel = 8,416 g; 1 Mine = 60 Sekel.

4 Strassmaier, J. N., Inschriften von Nabonidus, König von Babylon, Leipzig 1887 - 1889 (im folgenden: Nbn), Nr. 518: Babylon, den 23. 04. 11. Jahr = 28. VII. 545. Hier und weiter unten bezeichnet das erste Datum die babylonische Datierung (der Königsname ist weggelassen, wenn er mit der Chiffre des Dokumentes übereinstimmt), das zweite die

ri hatten jedoch noch weitere Gläubiger seiner Herren Anspruch, mit denen man die Rechnung begleichen mußte. Noch am 16. Juli 545 bezahlte Bēl=rīmanni für den Sklaven 18 Sekel Silber an Inātum, die Frau des Aplā.<sup>5</sup> Am 24. September 545 zahlte Itti=Nabū=balātu, der andere Klient des Hauses Egibi, 1 1/3 Mine Silber an Baba=ellil T. des Ardi=Bēl N. des Egibi für die ihr gehörenden Sklaven Nabū=utirri und Nabū=alsi=ul=abaš.<sup>6</sup> So hat Nabū=utirri dem Hause Egibi insgesamt rund 2 Minen Silber gekostet.

Ebenfalls im Jahre 545 erstanden die Egibi auch die Sklavin Mišatum. Ihr Herr war Nabū=ēreš S. des Tabnēa N. des Aḫu=bāni. Von ihm kauften die Egibi, nachdem sie ihn in Schulden gestürzt hatten, 13 Sklaven.<sup>7</sup> Mišatum befand sich als Pfand bei Ardi=Marduk S. des Marduk=ētir N. des Salzlers. Er wollte sich nicht von ihr trennen, brauchte aber Geld, zumal sein Schuldner Nabū=ēreš bankrott war. Am 19. März 545 nahm Ardi=Marduk unter der Bürgschaft seiner Frau Tašme=tum=rē'ūa T. des Taqīš=Gula N. des Pförtners eine zinspflichtige Anleihe von 25 Sekel Silber bis zum 6. Juni 545 bei Itti=Marduk=balātu, dem ältesten Sohn des Nabū=ahḫē=iddin, auf und trat ihm Mišatum als Pfand ab.<sup>8</sup> Am 2. Juni 545 wird Mišatum unter den Sklaven aufgezählt, die Itti=Marduk=balātu bei Nabū=ēreš aufkaufte.<sup>9</sup> Bald darauf erhielt Nabū=utirri die anziehende und verständige Sklavin von den neuen Herren zur Frau. Er war zwar um vieles älter als sie, aber in der Familie Egibi hoch geschätzt.

Nabū=utirri's Geschäftssinn entfaltete sich erst zu vollem Glanz, als er Sklave der Egibi wurde. Bereits vorher hatte Nabū=utirri einem gewissen Rīmūt S. des Nabū=riḫi=uṣur ein Darlehen in Höhe von 40 Sekeln Silber zur Verfügung gestellt. Am 19. August 545 wurde eine Novation im Zusammenhang damit vorgenommen, daß Nabū=utirri den Herrn gewechselt hatte und sich "Knecht (qallu) des Itti=Marduk=balātu, des Nachkommen des Egibi", nannte. Den Restbetrag der Schuld von Rīmūt in Höhe von 28 2/3 Sekel Silber übernahm dessen Sohn Silim=Bēl, der versprach, sie bis zum 15. Mai 543 zu tilgen, und dem Sklaven Nabū=utirri den Sklaven Lūš=ana=nūri zum Pfand gab.<sup>10</sup> Silim=Bēl und sein Vater warteten den Zahlungstermin nicht ab, sondern verkauften Nabū=utirri sowohl den verpfändeten Sklaven als auch dessen Mutter, die Sklavin Mamanu=šuli=liṣur.<sup>11</sup> So verwandelte sich der Sklave Nabū=utirri in einen Sklavenhalter.

julianische (vgl. Parker, R. A./Dubberstein, W. H., Babylonian Chronology 626 B. C. - A. D. 75, Providence/Rhode Island 1956).

5 Nbn 516; Babylon, den 11. 04. 11. Jahr = 16. VII. 545; vgl. Strassmaier, J. N., Inschriften von Nabuchodonosor, König von Babylon, Leipzig 1889 (im folgenden: Nbk), Nr. 193; Nbn 1068.

6 Nbn 533; Babylon, den 21. 06. 11. Jahr = 24. IX. 545; vgl. Nbn 16 sowie auch Strassmaier, J. N., Inschriften von Darius, König von Babylon, Leipzig 1892 - 1897 (im folgenden: Dar), Nr. 379, Vs. 25.

7 Siehe Nbn 336, 340, 348, 367, 388, 400, 434, 495, 501, 508, 605, 1103, 1120 sowie auch Strassmaier, J. N., Die babylonischen Inschriften im Museum zu Liverpool, in: Actes du 6<sup>e</sup> Congrès International des orientalistes 1883 à Leide, Leiden 1885 (im folgenden: Liv), Nr. 1, u. Strassmaier, J. N., Inschriften von Cyrus, König von Babylon, Leipzig 1890 (im folgenden: Cyr), Nr. 337.

8 Nbn 479/Moldenke 22; Babylon, den 10. 12. 10. Jahr = 19. III. 545 (Moldenke - Moldenke A. B., Cuneiform Texts in the Metropolitan Museum of Art, New York 1893).

9 Nbn 508; Babylon, den 26. 02. 11. Jahr = 2. VI. 545; s. BRL IV, S. 82.

10 Nbn 526; Babylon, den 15. 05. 11. Jahr = 19. VIII. 545; s. Petschow, H., Neubabylonisches Pfandrecht, Berlin 1956 (im folgenden: NPR), S. 15 Anm. 31; S. 45 Anm. 109.

11 Nbn 681; Babylon, den 19. 12. 12. Jahr = 7. III. 543; s. Koschaker, P., Babylonisch-assyrisches Bürgschaftsrecht, Leipzig 1911 (im folgenden: BAB), S. 204 Anm. 14; Cuq, Éd., Études sur le droit babylonien, les lois assyriennes et les lois hittites, Pa-

Der nächste Geschäftserfolg des Nabū=utirri stand in direkter Beziehung zu Miṣatum. Er rechnete auf echt babylonische Weise mit ihrem ehemaligen Herrn ab; Er verhalf jenem zum endgültigen Ruin. Wie bereits erwähnt, verlor der in seine Schulden völlig verstrickte Nabū=ēreš alle seine Sklaven. Im Juni 544 lieh Nabū=utirri dem Nabū=ēreš 1 Mine Silber und erhielt dafür dessen Gut bei dem Tor des Gottes Bēl bei Babylon zum Pfand. Nach nicht ganz einem Monat lieh Nabū=ēreš weitere 15 Sekel Silber bei Nabū=utirri. Am 5. Juli 544 wurde der alte Wechsel in einen neuen von 1 Mine 15 Sekeln umgewandelt. Als Pfand diente dasselbe Gut für einen Zeitraum von 19 Tagen (bis zum 24. Juli).<sup>12</sup> Nabū=ēreš konnte die Schuld nicht bezahlen und verlor sein Gut. Nach Nabū=utirri's Tod fiel es an seine Herren Egibi.<sup>13</sup>

Nabū=utirri gab sich jedoch noch nicht zufrieden. Es genügte ihm nicht, Nabū=ēreš sein Land zu nehmen, er wollte ihn zwingen, das Sklavenlos eines babylonischen Bettlers zu teilen. Er jagte ihn 15 Jahre und erreichte schließlich sein Ziel. Nabū=ēreš hatte versucht, sich mit Zinswucherei von den Verlusten zu erholen und der Verarmung zu entgehen. Er hatte einer gewissen Esagili=bēlīt T. des Nādin=aḫī N. des Ēpeš=ili ein Darlehen gewährt und, da diese die Schuld nicht begleichen konnte, ihr Land gegenüber dem Tor des Gottes Zaba-ba bei Babylon erhalten. Um diese Operation zu Ende führen zu können, brauchte er jedoch dringend Geld. Nabū=utirri stellte ihm einen Kredit gegen Verpfändung des Landes von Esagili=bēlīt zur Verfügung. Dann aber zog der Sklave seinen Herrn ins Geschäft. Esagili=bēlīt, völlig ruiniert, hielt Nabū=ēreš für den Schuldigen an ihrem Unglück und trat am 15. Mai 530 ihr Land gegen ein "Geschenk" von 10 Sekeln Silber an Itti=Marduk=balāṭu ab.<sup>14</sup> Die letzte Hoffnung des Nabū=ēreš war zunichte gemacht worden. Er konnte nicht protestieren, Nabū=utirri hielt ihn durch seine Anleihe gefesselt. Das Gut fiel an die Familie Egibi<sup>15</sup>, während Nabū=utirri sich als befriedigt betrachten durfte: Er hatte Nabū=ēreš die Kränkungen gegen seine Frau Miṣatum heimgezahlt. Das war babylonische Art!

Eine der Einkommensquellen von Nabū=utirri waren Wuchergeschäfte. Am 26. Februar 543 verlieh er an Iddin=Nabū S. des Šumā N. des Sin=nāšir 2 Sekel Silber auf zweieinhalb Monate.<sup>16</sup> Silim=Baba, Sklave des Itti=Marduk=balāṭu (also ein "Kollege" von Nabū=utirri), erhielt am 27. Juni 542 von ihm 1 Sekel Silber für zwei Monate.<sup>17</sup> Aḫū=ēdu=ina=šukun nahm ebenfalls einen kurzfristigen Kredit von 2 Sekeln Silber bei Nabū=utirri auf, ohne aber die frühere Schuld zu begleichen.<sup>18</sup> In allen drei Fällen handelt es sich um kleinere zinslose Anleihen, ohne Pfand oder gar Bürgschaft. Welchen Nutzen zog Nabū=utirri daraus? Er war bei weitem kein Philanthrop. Die Schuldner waren vielmehr seine Agenten, die er mit Geld zur Durchführung verschiedener Geschäfte versah. Ein solches Geschäft konnte zum Beispiel der Kauf der Ernte bei kleinen Landbesitzern sein, ein unter den babylonischen Wucherern ziemlich populäres Gewerbe. Drei bis vier Monate vor der Ernte stellte der Wucherer dem in eine schwierige Lage geratenen Landbesitzer ein Darlehen zur Verfügung; dieser

ris 1929, S. 334; NPR, S. 94 Anm. 276. - Die genannten Autoren halten Rīmūt für den Gläubiger, der die verkauften Sklaven zum Pfand behielt, wobei sie aber nicht Nbn 526 berücksichtigt haben, das zum Wesen der Sache eine völlig klare Aussage macht.

12 Nbn 605: Babylon, den 11. 04. 12. Jahr = 5. VII. 544.

13 Dar 123, 488; s. Beljavskij, V. A., Zemlevladienie doma Egibi, a. a. O., S. 174.

14 Cyr 337: Babylon, den 22. 02. 9. Jahr = 15. V. 530; s. NPR, S. 40, 94.

15 Strassmaier, J. N., Inschriften von Nabopalassar und Smerdis, in: Zeitschrift für Assyriologie, Bd. 4, 1889, S. 9; s. Beljavskij, V. A., Zemlevladienie doma Egibi, a. a. O., S. 171; derselbe, Vo vremena Vavilonskogo stolpotvorenija, in: Voprocj i otvety, Nr. 12/1969, S. 51; derselbe, Vavilon legendarnyj i Vavilon istoričeskij, a. a. O., S. 211 - 213.

16 Nbn 674: Babylon, den 10. 12. 12. Jahr = 26. II. 543.

17 Nbn 769: Bīt=šar=Bābili, den 24. 03. 14. Jahr = 27. VI. 542.

18 Nbn 1114: [Babylon], den 21. 08 [x. Jahr].

verpflichtete sich, es nach der Ernte durch Gerste-, Dattel- und Lieferung anderer Früchte (natürlich zu den niedrigen Preisen der Erntezeit) zu tilgen. Im Endergebnis ging solch ein Landbesitzer eines bedeutenden Teiles seiner Ernte verlustig. Seine Schulden wuchsen, und schließlich geriet er in völlige Abhängigkeit von seinem "Wohltäter".<sup>19</sup>

Bēl-kāšir S. des Nabū-šum=iddin N. des Egibi nahm am 12. August 541 ein Darlehen bei Nabū=utirri auf, wobei er sich verpflichtete, im Araḥsamnu=Monat (bis zum 16. November 541) 10 Kurru (1515, 6 l) Datteln zu liefern.<sup>20</sup> Am 18. August 541 kaufte Nabū=utirri zu den gleichen Bedingungen 20 Kurru (3031, 2 l) Datteln bei Lieferung im Tašrītu=Monat (bis zum 17. Oktober 541) sowie unter Bezahlung der Transportkosten bis zur Siedlung [...] imšī-Ištar auf, wobei eine frühere Schuld von 11 Kurru (1667, 2 l) Datteln bestehen blieb.<sup>21</sup> Ardija S. des Nergal=šum=iddin N. des Sin=imitti erhielt am 15. Februar 540 eine Anleihe von Nabū=utirri gegen Lieferung von 1 Kurru (151, 56 l) Datteln bis zum Tašrītu=Monat (bis zum 6. November 540) sowie 1 Kurru Gerste bis zum Ajura=Monat (bis zum 11. Juni 540).<sup>22</sup>

Die Höhe der Anleihen zeugt davon, daß Nabū=utirri mit kleinen Landbesitzern zu tun hatte. Damit lassen sich auch jene kleinen Geldsummen vereinbaren, die er den weiter oben erwähnten Agenten zur Verfügung stellte. Die Agenten kauften die Ernte in Nabū=utirri's Namen auf. Übrigens betrieb er selbst solche Geschäfte nicht aus eigener Initiative, sondern im Interesse des Hauses Egibi, das auf diese Weise seinen Einfluß auf ganze Stellungen ausdehnte und auf Kosten der ruinierten Mitbürger seinen Grundbesitz erweiterte.

Nabū=utirri leitete zusammen mit seiner Frau Mišatum und untergeordneteren Partnern ein ziemlich großes Unternehmen zur Herstellung und Absatz von Sikera (einer Bierart). Am 31. Dezember 542 machten sie eine Abrechnung. Für das Jahr 543/42 beliefen sich ihre Einkünfte auf 2 Minen 52 1/2 Sekel Silber. Davon erhielten die Partner: Nādin S. des Ina=šilli=Bēl<sup>23</sup> - 56 Sekel, Ḥaddā S. des Ḥanunu - 6 1/2 Sekel, Nabū=šum=ušur - 7 Sekel, Lābāši S. des Bēl=rišūa, ein Širku des Gottes Bēl<sup>24</sup> - 41 Sekel Silber, das übrige Geld diente zur Deckung der Ausgaben des Unternehmens. Nabū=utirri und Mišatum konnten in 16 Monaten (ab 12. September 543) insgesamt 2 Minen 56 1/2 Sekel Silber in bar, 50 Tonfässer Sikera im Wert von 2 Minen 5 Sekeln, also einen Gesamtgewinn von mehr als 5 Minen Silber einstecken. Außerdem gehörten ihnen leere Tonfässer und verschiedenartige Gerätschaften.<sup>25</sup>

Zur Einrichtung des Getränkeausschanks mietete Nabū=utirri einige Häuser in Babylon. Für eins davon bezahlte er am 2. April 541 die Miete.<sup>26</sup> Bei einem anderen, das er von Nabū=ēreš S. des Bēl=le' und von Bānītum=eṭērat und Amti=Nanā, den Töchtern des Marduk=šum=ušur N. des Ölmüllers, gemietet hatte, verpflichtete sich Nabū=utirri vertraglich, eine Scheune zu bauen, erfüllte diese Bedingung aber nicht und zahlte den Hausbesitzern am 19. Mai 541 als Ausgleich 4 Sekel Silber.<sup>27</sup> Übrigens hatte Nabū=ahḫē=iddin, das Haupt des Hauses Egibi, dieses Haus am 18. Mai 544 für 12 Sekel Silber jährlich auf zwei Jahre gemietet, und zwar nicht für sich, sondern für Nabū=utirri.<sup>28</sup> Im Herbst 543 starb Nabū=ahḫē=iddin, und Nabū=utirri verlängerte den Kontrakt bereits selbständig. Am 5. Mai 539 verlängerten Nabū=utirri und sein Partner Kīnā S. des Libbi=āli=lūmur einen Pachtkontrakt mit dem Haus-

19 Beljanskij, V. A., Vavilon legendarnij i Vavilon istoričeskij, a. a. O., S. 116 - 118.

20 Nbn 874: Babylon, den 22. 05. 15. Jahr = 12. VIII. 541.

21 Nbn 875: Babylon, den 28. 05. 15. Jahr = 18. VIII. 541.

22 Nbn 931: Ḥumma, den 2. 12. 15. Jahr = 15. II. 540.

23 Vgl. Nbn 716.

24 Vgl. Nbn 945.

25 Nbn 815: 3. 10. 14. Jahr = 31. XII. 542.

26 Nbn 827: Babylon, den 8. 01. 15. Jahr = 2. IV. 541.

27 Nbn 845: Babylon, den 25. 02. 15. Jahr = 19. V. 541.

28 Nbn 597: Babylon, den 22. 02. 12. Jahr = 18. V. 544.

besitzer Nabū-šum=iddin S. des Zēr=ukīn. Dieses Haus befand sich in Bīt=šar=Bābili, einem vornehmen Vorort von Babylon nahe dem königlichen Sommerpalast. Dafür bezahlten sie die bedeutende Summe von 13 Sekeln Silber jährlich. Der Hausbesitzer hatte sich zum Bau einer Hürde verpflichtet. Für die Verletzung des Kontraktes wurden 10 Sekel Silber Strafe angesetzt.<sup>29</sup>

Ein anderes Tätigkeitsfeld Nabū=utirri's war der Großhandel, wobei er zum Teil mit seinem Herrn gemeinsam operierte. Am 14. August 542 untersuchten die königlichen Richter einen Rechtsstreit, bei dem es um eine auf 1 Mine Silber taxierte Guffa=Karawane sowie um ein Schiff im Wert von 1/2 Mine Silber ging, die Nabū=utirri für seinen Herrn Itti=Marduk=balātu und seinen Partner Nabū=balātu=iqbi S. des Dajān=Marduk N. des Priesters und Iriba=Marduk S. des Nergal=banūnu N. des Rab=bāni vorbereitet hatte.<sup>30</sup> Am 31. März 539 mietete Nabū=utirri selbständig für 11/30 Sekel Silber pro Tag ein Schiff bei Nūr=šamaš S. des Amurru=nāšir und Palil=kinnu, Matrosen des Schultheißen Nabū=šum=iddin. Da er gleichzeitig die Schiffsmiete für die Zeit vom 16. - 31. Dezember 540 beglich, benutzte er das Schiff offenbar öfter.<sup>31</sup>

Über die Höhe der regulären Einkünfte Nabū=utirri's kann man aufgrund einer Abrechnung mit seinem Herrn urteilen, die am 8. Mai 541 stattfand. Seit April 542 nahm Nabū=utirri 4 Minen Silber und für den Oktober 542 nochmals 1 1/2 Minen Silber ein. Er hatte also für 11 1/2 Monate insgesamt 5 1/2 Minen Silber "vom Bazar fortgeholt" (ultu sūqi iššū), wovon er 59 Sekel Silber (also 18 Prozent des Gewinns) an den Herrn abführte.<sup>32</sup> Außerdem mußte er an Itti=Marduk=balātu eine Wechselschuld sowie eine Abgabe für sich und seine Frau für die Zeit seit dem 29. Dezember 542 bezahlen. Am 16. Juni 541 zahlte Nabū=utirri 12 Sekel Silber als Abgabe für Mišatum an seinen Herrn. Es ist charakteristisch, daß er das Geld bei dem Sklaven Nergal=rišūa borgte, von dem weiter unten noch die Rede sein wird.<sup>33</sup> Nabū=utirri hatte also trotz seines Reichtums kein Bargeld, denn er "machte Geld" und hielt es nicht in der Schatulle.

Noch ein anderer Umstand ist interessant. Die Abgabe für einen Sklaven pro Jahr betrug gewöhnlich 20 Prozent seines Wertes. Für Mišatum waren halbjährlich 12 Sekel Silber bezahlt worden, das heißt, ihre Abgabe erreichte 24 Sekel Silber jährlich. Mit anderen Worten: Sie wurde im Jahre 541 auf 2 Minen Silber taxiert. Indessen kostete eine gewöhnliche Sklavin zu dieser Zeit 35 bis 40 Sekel Silber. Mišatum selbst war, wie wir wissen (Nbn 479/Moldenke 22 - S. 2) für 25 Sekel Silber verpfändet worden. Damit ist ihr Wert - wohl infolge der erhöhten Einkünfte, die sie und ihr Mann erzielten - in vier Jahren beinahe um das Fünffache gestiegen. Das zeigt, welchen Nutzen ein Sklavenbesitzer aus den Fähigkeiten seines Sklaven ziehen konnte, wenn er ihn gegen Abführung einer Abgabe frei handeln ließ. Nabū=utirri und Mišatum besaßen solche Fähigkeiten in hohem Maße.

Nabū=utirri war ein erfahrener Geschäftsmann und wußte um die Bedeutung des Kredits. Wir wissen bereits, daß seine Kreditgeber, sein Herr Itti=Marduk=balātu und Nergal=rišūa, ein Sklave, ebenso geschäftstüchtig wie er selbst waren. Außerdem nahm Nabū=utirri auch bei anderen Personen Kredit auf. Am 2. Mai 540 verpflichtete er sich, am nächsten Tag, so dieser günstig sein werde, oder aber in einem Monat bei den Göttern zu schwören, daß er seinem Kreditor Nādinu S. des Marduk=šum=ušur N. des Aḥu=bāni, einem in der baby-

29 Nbn 1030: Bīt=šar=Bābili, den 3. 02. 17. Jahr = 5. V. 539.

30 Nbn 776 = Liv 106: Babylon, den 13. 05. 14. Jahr = 14. VIII. 542.

31 Nbn 1019: Bīt=šar=Bābili, den 27. 12. 16. Jahr = 31. III. 539.

32 Nbn 838: Bīt=šar=Bābili, den 14. 02. 15. Jahr = 8. V. 541.

33 Nbn 858: Babylon, den 24. 03. 15. Jahr = 16. VI. 541; s. BRL I, S. 1.

Ionischen Geschäftswelt wohlbekanntem Mann, die Schuldsomme von 1 Mine 10 Sekeln Silber vertragsgemäß zurückzahlte.<sup>34</sup>

Nabū-utirri besaß also einerseits das Vertrauen der babylonischen Geschäftsleute, andererseits hinderte ihn sein Status als Sklave nicht daran, ihnen privatrechtlich gleichgestellt zu sein. Ja er durfte sogar offiziell bei den babylonischen Göttern schwören. Viele babylonische Geschäftsleute aus der Reihe des Sklaven befanden sich in derselben Lage.

Um 530 starb Nabū-utirri. Itti=Marduk=balāṭu, sonst gegenüber anderen Menschen hartherzig und gnadenlos, behandelte die Witwe Miṣatum mit besonderer Aufmerksamkeit, bedeutend besser als seine leiblichen Brüder. Er wurde um diese Zeit ebenfalls Witwer und Miṣatum offenbar seine Geliebte. Anders wäre der Skandal, der sich ihretwegen in der Familie Egibi zutrug, kaum zu erklären.

Nach dem Tode Nabū-aḥḫē=iddin im Herbst 543 wurde Itti=Marduk=balāṭu das Oberhaupt der Familie Egibi. Seine jüngeren Brüder Iddin=Nabū und Nergal=ēṭir versuchten vergeblich, ihren älteren Bruder zur Aufteilung des Erbes zu veranlassen.<sup>35</sup> Da nutzte Iddin=Nabū die Abwesenheit Itti=Marduk=balāṭu aus und verkaufte am 15. März 527 Miṣatum in das entfernte Opis, an einen gewissen Marduk=aḫ=ušur S. des Šila' für 1 Mine 25 Sekel Silber. Er gab sich dabei als Itti=Marduk=balāṭu aus, den man in Opis nicht persönlich kannte. So mußte er auftreten, weil Miṣatum in allen Dokumenten, die er dem Käufer aushändigen mußte, als Sklavin des Itti=Marduk=balāṭu bezeichnet war und sein Name akkadisch und aramäisch auf ihr Handgelenk tätowiert war.<sup>36</sup>

Marduk=aḫ=ušur bezahlte für die Sklavin 48 Sekel in bar, stellte auf die restlichen 37 Sekel Silber einen Wechsel aus und verpflichtete sich, in vier Tagen zu zahlen. Auch der Wechsel lautete auf Itti=Marduk=balāṭu.<sup>37</sup> Der Käufer hatte für Miṣatum nur noch den doppelten Preis einer gewöhnlichen Sklavin bezahlt: Offensichtlich war die Witwe, obwohl nicht mehr in erster Blüte, noch immer recht anziehend!

Der Betrug wurde jedoch bald offenbar - wozu Miṣatum selbst beigetragen haben kann. Marduk=aḫ=ušur löste den Wechsel daher nicht ein. Zu dieser Zeit kehrte Itti=Marduk=balāṭu zurück, und es kam zu einem öffentlichen Skandal. Um Miṣatum zurückzuerhalten, schonte er nicht einmal den Ruf der Familie, der für ihn als ihr Oberhaupt sehr viel bedeutete. Itti=Marduk=balāṭu führte gegen seinen Bruder Klage wegen Diebstahls; nachdem er dem Marduk=aḫ=ušur Geld und Wechsel zurückerstattet hatte, erhielt er am 22. August 527 seine Sklavin wieder. Iddin=Nabū hatte jedoch an diesem "Geschäft" 48 Sekel Silber "verdient" und den älteren Bruder zum Gespött von ganz Babylon gemacht.

Miṣatum überlebte ihren Herrn Itti=Marduk=balāṭu, der Ende des Jahres 522 umkam. Sein ältester Sohn und Nachfolger Marduk=nāšir=apli behandelte sie mit großer Hochachtung. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Miṣatum seine Amme gewesen war und ihm in der Kindheit die Mutter ersetzt hatte. Als Marduk=nāšir=apli im Jahre 508 die Sklavenfamilie mit seinen Brüdern teilte, behielt er Miṣatum (die damals nicht weniger als 50 bis 55 Jahre alt war) bei sich.<sup>38</sup>

34 Nbn 954: Babylon, den 19. 01. 16. Jahr = 2. V. 540. - Nādinu ist von 579 bis 540 als Zeuge und Schreiber bekannt: Nbk 166, 188, 191, 214; Nbn 687, 688, 1132; Evetts, B. T. A., Inscriptions of the Reigns of Evil=Merodach, Nerglissar and Laborosoarchod, Leipzig 1892 (im folgenden: Ev. M, Ner, Lab), Ev. M 22.

35 Beljavskij, V. A., Vo vremena Vavilonskogo stolpotvorenija, a. a. O., S. 50 f.; derselbe, Vavilon legendarnyj i Vavilon istoričeskij, a. a. O., S. 213 - 215.

36 Strassmaier, J. N., Inschriften von Cambyses, König von Babylon, Leipzig 1890 (im folgenden: Camb), Nr. 143; Opis, den 24. 12. 2. Jahr = 15. III. 527.

37 Camb 144; Opis, den 24. 12. 2. Jahr = 15. III. 527.

38 Liv 19; Babylon, den 7. 06. 3. Jahr des Kambyses = 22. VII. 527; Dar 379, Vs. 19; s.

Wenden wir uns nach dem babylonischen "Gobseck" nun dem babylonischen "Diener zweier Herren" zu, dem Sklaven Nergal=riṣūa, dessen Lebenslauf wir vom Jahre 554 bis zum Jahre 525 v. u. Z. verfolgen können.

Nergal=riṣūa war zusammen mit anderen Bestandteilen einer Mitgift Eigentum von Ina=Esagili=ramāt T. des Zērija N. des Nabaja, Frau des bekannten babylonischen Wucherers und Bankiers Iddin=Marduk S. des Iqīšā N. des Nūr=Sin, geworden.<sup>39</sup> Auf der Geschäftsebene trat Nergal=riṣūa unter Leitung des Gatten seiner Herrin auf, denn in den Dokumenten wird er meist als "Knecht (qallu) des Iddin=Marduk" bezeichnet. Der Herr ließ den gewitzten Sklaven die Ernte bei den Landbesitzern im babylonischen Vorort Šahrin aufkaufen.

Am 19. August 554 gewährte Nergal=riṣūa dem Nabū=ḏīni=ēpuš S. des Kinēna ein Darlehen gegen Lieferung von 11 Kurru (1667 l) Datteln im Araḥsamnu=Monat (bis zum 10. Dezember 554), die nach der Ernte direkt in das Haus von Iddin=Marduk am Barsippa-Kanal gebracht werden sollten. Gleichzeitig mußte er 3 Sūtu (15 l) Weizen liefern. Nabū=ḏīni=ēpuš hatte bereits früher ein Darlehen von Iddin=Marduk und Nergal=riṣūa erhalten, das noch nicht bezahlt war.<sup>40</sup> Nergal=riṣūa S. des Aḥḥēa erhielt von Iddin=Marduk eine Anleihe in Höhe von 4 Minen Silber. Einen Teil der Schuld deckte er durch Gerstellelieferungen, auf den Rest stellte er am 24. Dezember 553 einen Wechsel an Nergal=riṣūa aus, in dem er sich verpflichtete, ihm [x] Minen 5 Sekel Silber und [x+] 300 Gebinde Knoblauch zu geben.<sup>41</sup> Am 24. Juli 527 stellte Nabū=zēr=ibni S. des Ḥašdā in Šahrin einen Wechsel über 55 1/24 Sekel Silber und 110 Gebinde Knoblauch auf Nergal=riṣūa aus und versprach, ihn im Nisānu=Monat (bis zum 8. Mai 526) zu tilgen. Das Geld brauchte er für Zahlungen an die Götter Bēl und Nabū, also an den Tempel. Früher hatte Nabū=zēr=ibni bei Dajān=bēl=uṣur, der ebenfalls Sklave bei Iddin=Marduk war, bereits eine Anleihe aufgenommen.<sup>42</sup>

In allen diesen Fällen spielte Nergal=riṣūa die Rolle eines geschäftlichen Vertreters seines Herrn und ging in enger Verbindung mit anderen Geschäftsvertretern vor, insbesondere mit dem Sklaven Dajān=bēl=uṣur. Nachdem er als einfacher Willensvollstrecker seines Herrn begonnen hatte, fand er sich schnell und gewandt in seine neue Rolle und gewann das Vertrauen seines Herrn, der ihn mit komplizierteren und verantwortungsvolleren Aufgaben betraute.

Die bei den kleinen Landbesitzern aufgekauften Produkte, Gerste, Datteln, Knoblauch und andere, importierten Iddin=Marduk und seine Agenten auf dem Wasserwege nach Babylon. Ihr Umschlagsort war die Siedlung Bīt=Ṭābi=Bēl, wo die königlichen Beamten Naturalsteuern erhoben. Die Produkte verkauften sie wiederum an Iddin=Marduk. Zu den Beamten gehörte auch der Kurator (bēl=piqitti) von Bīt=Ṭābi=Bēl namens Kimašaku=ilu. Bei ihm kaufte am 13. April 548 Nergal=riṣūa auf Anweisung seines Herrn 80 Kurru (12124, 8 l) Gerste. Der Beamte sollte sie im Ajaru=Monat (bis zum 10. Juni 548) liefern und die Transportspesen nach Babylon übernehmen.<sup>43</sup> Dabei handelte es sich um Gerste, die er als Steuer eingezogen hatte.

Meissner, B., De servitute Babylónico-Assyriaca, Diss., Berlin 1892, S. 29; BAB, S. 187.

39 Vgl. Nbn 466; s. Beljavskij, V. A., Sefnja Nabajja, in: IV Sessija po Drevnemy Vostoku. Tezisy dokladov, Moskau 1968, S. 50 ff.; derselbe, Vavilon legendarnyj i Vavilon istoričeskij, a. a. O., S. 203 - 205.

40 Nbn 71; Babylon, den 5. 05. 2. Jahr = 19. VIII. 554.

41 Nbn 122 = Liv 163; Babylon, den 25. 09. 3. Jahr = 24. XII. 553; vgl. Nbn 445/1109, 562, 576/577, 663, 820, 1008; Cyr 376 = CT XXII; Dar 260 (CT XXII - Cuneiform Texts from Babylonian Tablets in the British Museum, Part XXII, London 1906).

42 Camb 167; Šahrin, den 7. 05. 3. Jahr = 24. VII. 527.

43 Nbn 280; Babylon, den 1. 01. 8. Jahr = 13. IV. 548; vgl. Nbn 268, sowie auch Nbk 357, 358, 384, 389, 397, 400; Liv 2; Ev. M 8 = Liv 127; Nbn 30 = Liv 46; Camb 272.

Nergal=rišūa waren Gehilfen unterstellt. Einer von ihnen war Nabū=šum=ukin S. des Nabū=bēl=šunu N. des Lakupurru. Am 30. März 538 verpflichtete er sich gegenüber Nergal=rišūa, im Ajura=Monat (bis zum 21. Mai 538) [x+] 3000 Schnüre Knoblauch an das Haus des Iddin=Marduk zwischen den Kanälen zu liefern.<sup>44</sup> Den Knoblauch sollte er bei den Landbesitzern für Geld kaufen, das er von Nergal=rišūa erhalten hatte. Am 12. Februar 537 erhielt derselbe Nabū=šum=ukin auf eine Vollmacht seines Bruders Nabū=ahhē=iddin hin von Ina=Esagili=rāmat, der Frau des Iddin=Marduk, und von Nergal=rišūa 30 Kurru (4546, 8 l) Sesam, auf den Nabū=ahhē=iddin für Iddin=Marduk einen Wechsel ausstellte.<sup>45</sup> Nabū=ahhē=iddin war Ladenbesitzer und bekam seine Waren von Iddin=Marduk. Da aber Iddin=Marduk zu jener Zeit ein hinfälliger Greis geworden war, leiteten seine energische Frau Ina=Esagili=rāmat und der Sklave Nergal=rišūa alle Geschäfte für ihn. Nergal=rišūa wurde Verwalter von Iddin=Marduks Handelsunternehmungen. Seine Rolle zeigt folgender Brief:

"Brief des Iddin=Marduk an Marduk=rīmāni, Nergal=rišūa und Ina=šilli=Bēl. Mögen die Götter Euch Frieden künden! Ihr hörtet, daß die Flur bewässert ist (das heißt die Zeit des Hochwassers ist gekommen und die Kanäle sind wieder befahrbar - V. B.). Warum also erscheint Euer Bote nicht? Nun habe ich Euch geschrieben. Schickt Bēl=šulimāni und Nergal=ēdu=ušur mit Iddinā. Und was Euch Lū=aḥūa auch immer des Backschisch wegen erzählen mag, handelt. Was den Iddinā nun betrifft, den ich zu Euch sandte, so pflegt ihn und respektiert ihn".<sup>46</sup>

Marduk=rīmāni war der einzige Sohn von Iddin=Marduk und Ina=Esagili=rāmat; Iddinā - das war ihr Schwiegersohn Itti=Marduk=balāṭu, das Haupt des Hauses Egibi; Bēl=šulimāni<sup>47</sup> und Nergal=ēdu=ušur waren Sklaven des letzteren; Ina=šilli=Bēl war ein Sklave von Iddin=Marduk, ein erfahrener Geschäftsmann und Verwalter seines Herrn<sup>48</sup>; wer Lū=aḥūa war, ist nicht bekannt. Aus dem Brief geht hervor, daß Marduk=rīmāni sich in Begleitung von Nergal=rišūa und Ina=šilli=Bēl, seinen Betreuern, auf einer Geschäftsreise befand. Das gesamte Geschäft aber leitete Itti=Marduk=balāṭu (Iddinā), der das Besitztum des alten Schwiegervaters nach und nach an sich zu bringen suchte.

Nergal=rišūa betrieb mit Zustimmung seines Herrn auch auf eigene Gefahr Wuchergeschäfte. Er gab Darlehen gegen Zins und Verpfändung von Immobilien, steckte Geld in Bankgeschäfte und andere Unternehmen. Ein gewisser Itti=Nabū=balāṭu S. des Rīmūt brauchte Balken. Nergal=rišūa bestellte am 25. Oktober 546 als Mittler 200 Balken für ihn bei Marduk=šum=iddin S. des Kiribtu N. des Ēnija, und dieser verpflichtete sich, sie in anderthalb Monaten in das Haus des Bēl=ibni zu liefern. Für die Bezahlung der Balken verbürgte sich Itti=Nabū=balāṭu<sup>49</sup>. Der hier erwähnte Bēl=ibni war der Partner Nergal=rišūa's. Mit ihnen arbeitete außerdem Šum=iddin S. des Marduk=šarrāni N. des Šallalā, ein Klient von Iddin=Marduk, zusammen.<sup>50</sup> Iddin=Marduk versorgte sie mit Geld, hin und wieder sogar ohne Wechsel<sup>51</sup>; solches Vertrauen setzte er in sie.

Nach einer Notiz vom 3. Februar 545 stellte Nergal=rišūa einem gewissen Ēa=nāšir und Rīmūt 5 Minen 2 Sekel Silber als Kommenda zur Verfügung. Nergal=rišūa ist dort als "Knecht der Esagili=rāmat bezeichnet, also nach seiner juristischen Herrin, nicht aber nach ihrem Gatten.<sup>52</sup> Damit wird betont, daß Iddin=Marduk mit diesem Geschäft gar nichts zu tun hatte.

44 Cyr 12: Babylon, den 7. 01. 1. Jahr = 30. III. 538.

45 Cyr 27: Babylon, den 2. 12. 1. Jahr = 12. II. 537; s. Nbn 1014; Camb 46.

46 CT XXII 9 = Cyr 377.

47 Vgl. Nbk 191 = Liv 150.

48 Nbn 750, 839, 900.

49 Nbn 441: Babylon, den 11. 07. 10. Jahr = 25. X. 546.

50 Vgl. Nbn 157; Camb 86; Cyr 65, 222, 223.

51 Cyr 223: Šahrin, den 20. 01. 6. Jahr = 16. IV. 533; s. NPR, S. 19 Anm. 38.

52 Nbn 466 = Liv 102: 24. 10. 10. Jahr = 3. II. 545.



Nergal=rišūa führte es auf eigene Faust. Etwa um die gleiche Zeit verließ Nergal=rišūa 1 Mine Silber an Lābāši S. des Nabū=bāni=ahī N. des Kidin=Sin, sowie an die Söhne eines gewissen Ēa=lūmur, die sich verpflichteten, ihm monatlich 1 Sekel Silber als Zins zu zahlen (das heißt 20 Prozent pro Jahr).<sup>53</sup> Zwei Jahrzehnte später wurde Lābāši zum hochgeehrten Bürger, zum Ältesten der Stadt Šahrin.<sup>54</sup> Nergal=rišūa besaß, wie dieser Fall beweist, bereits Ende der vierziger Jahre den Ruf eines Geldmannes, bei dem man einen Kredit aufnehmen konnte.

Nergal=rišūa richtete bereits in diesen Jahren ein Bankkontor ein, dessen Dienste von vielen in Anspruch genommen wurden. So zahlte er zum Beispiel am 7. Dezember 538 aufgrund einer Vollmacht (oder eines Schecks) seiner Deponentin Esagila T. des Marduk=ah=iddin einem gewissen Nabū=ah=iddin S. des Ilu=aqāba 5 Sekel Silber aus.<sup>55</sup> Am 18. Juli 544 verließ Nergal=rišūa an Marduk=šum=iddin S. des Zērija N. des Priesters der Göttin Gula 1 1/2 Minen 5 Sekel Silber auf eine Woche.<sup>56</sup> Die Anleihe war wohl zinslos, nicht aber ganz uneigennützig gegeben worden. Diese wohlhabende, aber liederliche Familie, im Verlauf vieler Jahre Objekt einer konzentrierten Wuchergeschäftsattacke von Seiten des Iddin=Marduk und Ina=Esagili=rāmat, war schließlich völlig bankrott. Ihren Besitz erwarb Itti=Marduk=balātu auf einer Auktion am 22. September 535.<sup>57</sup> Nergal=rišūa erwies seinen Herren in dieser heiklen Angelegenheit einen wichtigen Dienst.

Nergal=rišūa beobachtete, daß Itti=Marduk=balātu immer mehr Einfluß auf seine Herren gewann und bemühte sich seinerseits, sich den Leuten des Hauses Egibi zu nähern. Wir wissen bereits, daß er am 16. Juni 541 Nabū=utirri 12 Sekel Silber lieh und überwies diese Gelder für ihn selbst an das Haupt des Hauses Egibi.<sup>58</sup> Im Jahre 533 starb Marduk=rīmāni.<sup>59</sup> Seine Schwester Nuptā war noch früher gestorben. Einzige Erben seiner reichen Eltern waren ihre unmündigen Enkel Marduk=nāšir=apli (Širku), Nabū=ahhē=bullit (Liblu) und Nergal=ušēzib (Puršu), die Söhne von Itti=Marduk=balātu und Nuptā. In Nergal=rišūa's Leben vollzogen sich dadurch wichtige Veränderungen. Ina=Esagili=rāmat verschenkte ihn an ihren jüngsten und offenbar liebsten Enkel Nergal=ušēzib, der zu dieser Zeit noch ein Kind war, deshalb faktisch sein Vater Itti=Marduk=balātu zum Herrn des Sklaven wurde. In einigen Dokumenten nannte sich Nergal=rišūa von nun an "Knecht (qallu) des Itti=Marduk=balātu" (Cyr 224; Camb 43, 68, 161, 253, 285), in anderen aber, die in dieselben Jahre gehören, nannte er sich wie früher "Knecht des Iddin=Marduk" (Camb 54, 127, 161).

So hatte sich Nergal=rišūa zum Diener zweier Herren gemacht, wobei keiner von beiden - weder Iddin=Marduk noch Itti=Marduk=balātu - sein juristischer Eigentümer war. Nergal=rišūa ließ sich hierbei von einer in Babylon bestehenden ungeschriebenen Regel leiten: Ein Sklave nannte sich nach dem Namen des faktischen, nicht aber des juristischen Herrn. Diese Regel galt für Sklaven, die Personen mit eingeschränkter Rechtsfähigkeit gehörten, zum Beispiel unmündigen und jüngeren miterbenden Brüdern, die ihr Erbteil noch nicht erhalten und sich noch nicht von der Familie des älteren Bruders getrennt hatten. Sie galt auch für Sklaven, die lange Zeit verpfändet waren. Auf solche Erscheinungsformen werden wir noch eingehen. Die Sklaven wählten selbst den Namen des im konkreten Fall passenderen Herrn. Die Behörden mischten sich nicht ein, sofern die Sklavhalter nichts dagegen einzuwenden hatten.

53 Nbn 1123; [Babylon?], den 22. 10. [x. Jahr].

54 Vgl. Camb 321.

55 Camb 86; Babylon, den 23. 09. 1. Jahr des Kambyzes, Königs von Babylon = 7. XII. 538.

56 Nbn 613; Babylon, den 24. 04. 12. Jahr = 18. VII. 544.

57 Vgl. Nbn 153, 158, 276, 613, 693, 964, 1032; Liv 2; Cyr 3, 51, 160/161; Camb 81, 287; s. Beljavskij, V. A., Zemlevladenie doma Egibi, a. a. O., S. 168.

58 Nbn 858 - s. Anm. 33.

59 Das letzte bekannte Dokument: Cyr 212 (20. I. 533).

Der erste Fall, daß Nergal=rišūa sich als "Knecht des Itti=Marduk=balāṭu" betitelte, ist vom 28. April 533 bekannt. An diesem Tag bezahlte er einen Monat im voraus die als "urāšū" bekannte Abgabe für Iddin=Marduk an den königlichen Beamten Nummuru S. des Zērija. 60 Itti=Marduk=balāṭu zögerte nicht, Nergal=rišūa's Erfahrungen für das Haus Egibi auszunutzen, während Nergal=rišūa bemüht war, aus den sich ihm eröffnenden neuen Möglichkeiten maximalen Vorteil zu ziehen.

So schloß Nergal=rišūa einen Vertrag ab über die umfassende Instandsetzung von Häusern, die dem Bēl=iddin S. des Bēl=ēṭir N. des Rab=bāni gehörten. Der Bauunternehmer errichtete gewöhnlich das neue Haus auf dem Platz des zerfallenen auf eigene Kosten und erhielt anstelle einer Bezahlung vom Hauseigentümer das Recht, das instandgesetzte Haus mehrere Jahre zu benutzen. So war es auch diesmal. Aber der Hauseigentümer Bēl=iddin brauchte Geld. Nergal=rišūa half ihm. Am 23. Juli 529 stellte Itti=Marduk=balāṭu dem Bēl=iddin 1 Mine 17 Sekel Silber zur Verfügung und nahm dessen Häuser zum antichretischen Pfand, die Nergal=rišūa repariert hatte. Von nun an zahlte der Sklave die Miete nicht dem Hauseigentümer, sondern dessen Gläubiger, seinem Herrn. Bēl=iddin konnte seine Häuser nur nach Ablauf des mit Nergal=rišūa vereinbarten Kontrakttermins und nach Bezahlung seiner Schulden bei Itti=Marduk=balāṭu zurückerhalten. 61 Da er die Schuld nicht beglich, gingen die Häuser an die Familie Egibi über. Nergal=rišūa hatte seinem Herrn also zum Erwerb einiger Häuser in Babylon verholfen.

Nergal=nāšir S. des Nādin, der den Wuchergeschäften des Egibihauptes zum Opfer gefallen war, erhielt auch von Nergal=rišūa eine Anleihe und verpfändete ihm dafür sein Gut am Sumpf des Barsippa=Kanals im Gebiet von Šahrin. Am 29. August 529 verpflichtete sich der Pächter dieses Gutes, Bēl=iddin S. des Nabū=balāṭ:su=iqbi N. des Egibi, im Araḥsamnu=Monat (bis zum 3. Dezember 529) 12 Kurru (1818, 7 l) Datteln als Rente nicht an den Grundbesitzer, sondern an Nergal=rišūa, in dessen Maß zu liefern. In der Verpflichtung wurde die Zahlung des Zehnten an den Gott Nergal verankert. 62 Das Gut war also Tempelland, das sein Inhaber Nergal=nāšir zu Bedingungen der Antichrese an den Sklaven Nergal=rišūa verpfändete. Nergal=rišūa erhielt also jetzt als Inhaber eines Gutes eine Rente vom Pächter. Es ist interessant, daß sich Nergal=rišūa in diesem Falle "Knecht des Iddin=Marduk" nannte. So ließ sich die Aneignung des Landes des Schuldners durch dessen Hauptgläubiger - das Haus Egibi - bequemer verschleiern. Nergal=rišūa vermochte das Gut nicht wieder in seinen Besitz zu bringen. Es fiel an das Haus Egibi. 63

Dasselbe geschah mit dem Haus auf der Hūbur=Straße in Babylon. Am 6. November 529 liehen sich Bēlit=tašlim S. des Andahar und seine Frau Šinibāna' T. des Ninlil=zēr=ibni bei Nergal=rišūa 2 Minen Silber. Für 1 Mine gaben sie ihm als antichretisches Pfand das erwähnte Haus, während sie sich verpflichteten, für die andere Mine jährlich 20 Prozent Zinsen zu zahlen. Das Haus sollten sie erst nach Tilgung der gesamten Anleihe zurückerhalten. 64 Das waren eindeutig Wucherbedingungen, die die Schuldner zwingen sollten, das Haus abzutreten, was auch geschah. Wie wir sehen werden, wurde das Haus 22 Jahre später zum Zankapfel in der Familie Egibi. Am 9. November 526 erhielt Nergal=rišūa als Vollstreckungsbeauftragter des Itti=Marduk=balāṭu 12 Sekel Silber, eine noch fällige Mietsschuld von

60 Cyr 224; Babylon, den 3. 02. 6. Jahr = 28. IV. 533; urāšū - eine Steuerart, s. Beljavskij, V. A., Potomki Ea-iluta-bani, in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 1/1968, S. 110 ff., bes. 100.

61 Camb 43; Babylon, den 14. 04. 1. Jahr = 23. VII. 529; s. NPR, S. 116 - 118.

62 Camb 54; Šahrin, den 21. 05. 1. Jahr = 29. VIII. 529.

63 Vgl. Camb 17, 53, 54, 104, 321, 329; CT XXII 148; s. Beljavskij, V. A., Zemlevladenie doma Egibi, a. a. O., S. 84 f.

64 Camb = Liv 167; Babylon, den 2. 08. 1. Jahr = 6. XI. 529; s. NPR, S. 96 Anm. 282, S. 104 f., 117.

Ardi=Bēl S. des Kalbā N. des Mukallim, der eins der den Egibi gehörenden Häuser gemietet hatte: 8 Sekel für die erste Hälfte des laufenden Jahres, 4 Sekel für die ersten Monate der zweiten Jahreshälfte.<sup>65</sup>

Nergal=rišūa verhalf dem Haus Egibi also aktiv, seinen Grundbesitz zu erweitern und Stadthäuser in Besitz zu nehmen. Gleichzeitig unterhielt er das Bankkontor weiter, das sowohl Freie als auch Sklaven bediente.

Am 24. Mai 527 verließ Nergal=rišūa an Itti=Nabū=balātu S. des Mušēzib=Marduk N. des Sin=tabni 30 1/8 Sekel Silber für beinahe drei Monate zinslos, ohne Pfand und Bürgschaft.<sup>66</sup> Der Wechsel enthält keine Bedingungen. Es ist aber kaum vorstellbar, daß Nergal=rišūa aus reiner Nächstenliebe einem freigeborenen babylonischen Bürger ein Darlehen gegeben hätte. Es muß sich entweder um eine Kommenda oder um einen Zusatz zu einer früher gegen Zins oder Pfand gegebenen Anleihe gehandelt haben.<sup>67</sup>

Der Statthalter Bīt=irāni=šarru=ušur hatte bei Nergal=rišūa Geld deponiert. Am 30. November 528 löste der Sklavenbankier einen ihm von dem Sklaven des Statthalters, Nabū=mušē-tiq=urri, übergebenen Scheck in Höhe von 2 Minen Silber ein.<sup>68</sup> Ein gewisser Nūr=šamaš erhielt am 18. November 528 Naturalien und 1 1/2 Sekel Silber von Nergal=rišūa, davon 1 Sekel Silber auf einen Scheck des Nabū=ajālu, eines Sklaven, über den noch zu berichten sein wird.<sup>69</sup> Am 1. Januar 527 löste Nergal=rišūa einen Scheck ein, den der Sklave Dajān=bēl=ušur auf 16 Sekel Silber für einen gewissen Rīmūt ausgestellt hatte. Auf Dajān=bēl=ušur werden wir ebenfalls noch eingehen. Rīmūt hatte Dajān=bēl=ušur Knoblauch, einen Hammel und Kleidung (?) verkauft und von ihm statt Geld einen Scheck für Nergal=rišūa's Bankkontor erhalten.<sup>70</sup> Nabū=ajālu und Dajān=bēl=ušur waren Sklaven und Eigentum desselben Herrn wie Nergal=rišūa. Sie kannten ihn weit besser als die Herren und hielten ihn für anständig und zuverlässig. Denselben Ruf genoß Nergal=rišūa auch bei den erfahrenen babylonischen Geschäftsleuten.

Am 5. September 525 erhielt er von Bēl=iddin S. des Kāširu N. des Nūr=Sin<sup>71</sup> ein Darlehen von 11 Minen Silber zu 20 Prozent Zins jährlich ohne jegliche Garantie, einfach als Wechsel.<sup>72</sup> Dieser Geschäftsabschluß wurde von recht ehrwürdigen Bürgern bezeugt, darunter vom Königshaupt Iddin=Nabū und von Bēl=udammīq S. des Bēl=ahhē=iddin N. des Egibi, dem Schwager von Nergal=rišūa's Herrn Itti=Marduk=balātu. Sie waren von der Zahlungsfähigkeit, Ehrlichkeit und Akuratess des Sklaven überzeugt, Eigenschaften, die unter babylonischen Geldsäcken selten anzutreffen waren. Seinen Herren, deren Reichtum in ganz Babylon bekannt war, hatte niemand jemals Geld zu so günstigen Bedingungen geliehen, denn man traute ihnen weniger als ihrem Sklaven.

Nach dem 5. September 525 taucht der Name dieses Sklaven in den Dokumenten nicht mehr auf. Offensichtlich ist er bald darauf verstorben. Sein Erbe war Nergal=ušēzib, der Sohn des Itti=Marduk=balātu, sein juristischer Herr. Nergal=ušēzib blieb bis 508 in der Familie Egibi, die seit Ende 522 (nachdem Itti=Marduk=balātu umgekommen war) sein ältester Bruder Marduk=nāšir=apli leitete. Daher befand sich der gesamte Besitz der Familie Egibi, darunter auch das von dem Sklaven Nergal=rišūa hinterlassene Erbe, in der Verfügungsgewalt von Marduk=nāšir=apli.

65 Camb 253; Babylon, den 7. 08. 4. Jahr = 9. XI. 526; vgl. Camb 182, 226; Dar 307, 423, 424.

66 Camb 161; Babylon, den 6. 03. 3. Jahr = 24. V. 527.

67 Beljavskij, V. A., Vavilon legendarnyj i Vavilon istoričeskij, a. a. O., S. 145 - 147, 152 f.

68 Camb 127 = Liv 168; Babylon, den 29. 08. 2. Jahr = 30. XI. 528.

69 Camb 125; Babylon, den 17. 08. 2. Jahr = 18. XI. 528.

70 Camb 135; 10. 05. 2. Jahr = 1. I. 527.

71 Der Neffe des Iddin=Marduk, ein Sohn seines älteren Bruders.

72 Camb 285; [Babylon], den 13. 06. 5. Jahr = 5. IX. 525.

Am 8. September 508 aber teilten die Brüder den Besitz auf. Das erwähnte Haus in der Ĥubur=Straße fiel Marduk=nāšir=apli zu, nicht aber Nergal=ušēzib.<sup>73</sup> Es kam zu einem Prozeß zwischen Marduk=nāšir=apli und seiner Großmutter Ina=Esagili=rāmat, die ihm aus irgendwelchen Gründen feind war. Juristisch gesehen gehörte das Haus nicht zum aufzuteilenden Erbe der Familie, sondern Nergal=ušēzib als juristischem Herrn des verstorbenen Sklaven, der aber ein Geschenk von Ina=Esagili=rāmat an Nergal=ušēzib gewesen war. Das Haus auf der Ĥubur=Straße fiel als Teil des Geschenkes der Großmutter folglich ebenfalls Nergal=ušēzib zu. Ina=Esagili=rāmat betrachtete die Einbeziehung dieses Hauses in den Anteil des ältesten Enkels als Raub eines Geschenkes, das sie Nergal=ušēzib gemacht hatte, oder als Ablehnung ihres Geschenkes durch ihn. In beiden Fällen mußte das Geschenk an sie zurückgehen. Juristisch war Ina=Esagili=rāmat im Recht, und Marduk=nāšir=apli mochte vor Gericht mit ihr nicht darüber streiten. Er ließ jedoch Nergal=ušēzib selbst als Zeugen vorladen und bewies, daß dieser das Geschenk nicht abgelehnt hatte und seiner auch nicht verlustig gegangen war, sondern es bei der Aufteilung des Familienbesitzes für einen entsprechenden Gegenwert eingetauscht hatte. Das Gericht beschied Ina=Esagili=rāmat Forderung schließlich abschlägig und sprach das Haus Marduk=nāšir=apli als Eigentum zu.<sup>74</sup>

Die Biographie des Sklaven Nabū=ajālu kann man von 528 bis 503 verfolgen. Er war Eigentum von Iddin=Marduk und hatte es verstanden, der Vertraute seines Herrn bei Wuchergeschäften zu werden. So erhielt Kalbā, der Adoptivsohn des Nabū=ahhē=iddin, des Hauptes der Egibi, und Kommendatarius des Iddin=Marduk<sup>75</sup>, durch ihn 2 Minen Silber.<sup>76</sup> Am 4. Juli 525 zogen Ina=Esagili=rāmat und der Sklave Nabū=ajālu 15 Sekel Silber ein als Zinsen von Sūqaja S. des Šumā N. des Šamaš=bāri, eines Schuldners von Iddin=Marduk.<sup>77</sup> Iddin=Marduk selbst, der zu dieser Zeit etwa 90 Jahre alt war, lag im Sterben und verschied bald darauf. Nabū=ajālu war also der Kassierer seines Herrn. Das verschaffte ihm die Möglichkeit, eigenes Geld zu bekommen, das er in der Bank Nergal=rišūa's deponierte.<sup>78</sup> Nach Iddin=Marduk's Tod erbten seine Enkel, Marduk=nāšir=apli und seine Brüder, dessen gesamtes Vermögen, so auch den Sklaven Nabū=ajālu.<sup>79</sup> So gelangte Nabū=ajālu ebenfalls in die Sklavenfamilie des Hauses Egibi.

Das hinderte ihn nicht daran, die Verbindung mit Ina=Esagili=rāmat, der Witwe seines verstorbenen Herrn und Großmutter der neuen Herren, aufrechtzuerhalten. Am 11. Juli 524 zog er mit ihrer Vollmacht von Guzānu S. des Mušēzib=Marduk N. des Ašganna einen Mietbetrag ein, als dieser ein Haus bezogen hatte, das einer gewissen Nada und ihrem Bruder (?) gehörte, aber an Ina=Esagili=rāmat verpfändet war.<sup>80</sup> Nabū=ajālu nannte sich hier bereits "Knecht des Itti=Marduk=balāṭu", also nach seinem faktischen Herrn.

Itti=Marduk=balāṭu erkannte nicht sofort die Fähigkeiten von Nabū=ajālu, dem das Leben bei den neuen Herren daher zuerst nicht leicht fiel. Man setzte ihn als Landpächter in das Gut der Egibi am Neuen Kanal ein, und 523 lieferte er seinem Herrn 21 Kurru (3182, 8 l) Gerste als Rente ab.<sup>81</sup>

<sup>73</sup> Dar 379, Vs. 2 - 4.

<sup>74</sup> Dar 410; Babylon, den 10. 08. 15. Jahr = 12. XI. 507.

<sup>75</sup> Moldenke 21, 31; Nbn 71, 966, 967; Cyr 315; Camb 119, 184, 214, 217; Nbk 13; Dar 35, 114, 123, 124, 126, 129, 171, 194, 266, 305, 310, 319, 336, 338, 353, 379, 465, 466, 467, 468, 488, 492.

<sup>76</sup> Camb 119; 25. 06. 2. Jahr = 21. IX. 528.

<sup>77</sup> Camb 279; Babylon, den 10. 04. 5. Jahr = 4. VII. 525.

<sup>78</sup> Camb 125; Babylon, den 17. 08. 2. Jahr = 18. XI. 528.

<sup>79</sup> Vgl. Dar 51, 57, 187.

<sup>80</sup> Camb 351; Babylon, den 27. [02.] 6. Jahr = 11. VI. 524.

<sup>81</sup> Camb 361; 29. 01. 7. Jahr = 5. V. 523; s. Beljavskij, V. A., Zemlevladienie doma Egibi, a. a. o., S. 161.

Der Sklave hatte aber Ersparnisse, die er nun in das Wuchergeschäft steckte. Einer seiner Schuldner war ein gewisser Nabū=uballit, offensichtlich ein kleiner Landbesitzer. Nabū=ajālu gab ihm eine Anleihe, die durch dessen Ernte gedeckt war. Am 28. Mai 524 verpflichtete sich Nabū=uballit, in einem Jahr 1/3 Mine Silber zu zahlen und 40 Gebinde Knoblauch zu liefern, außerhalb der früheren Schulden.<sup>82</sup> Den auf diese Weise erhaltenen Knoblauch verkaufte Nabū=ajālu. Itti=Marduk=balātu bemerkte sein kommerzielles Können und prüfte es. Er beauftragte den Sklaven, 270 000 Schnüre Knoblauch und eine große Lieferung Wolle zu veräußern. In acht Monaten (vom 11. X. 524 bis zum 3. VI. 523) hatte Nabū=ajālu diese Aufgabe glänzend bewältigt und 27 2/3 Minen Silber in bar erhandelt. Am 27. Mai 523 übergab er seinem Herrn 18 1/2 Minen Silber Bargeld sowie dessen Verwalter Dajān=bēl=ušur 3 Minen 2 3/4 Sekel Silber. Nabū=ajālu verblieben 6 Minen 7 1/4 Sekel Silber für das Jahr 524/23 und 8 Minen Silber für 525/24.<sup>83</sup> Damit war Nabū=ajālu in die Sklavenelite des Hauses Egibi aufgerückt.

Am 23. Oktober 521 gab Marduk=nāšir=apli, das Haupt des Hauses Egibi, dem Nabū=ajālu eine Anleihe von 14 Minen 49 Sekeln Silber gegen 20 Prozent pro Jahr.<sup>84</sup> Dieses Geschäft wurde in einer für die Familie Egibi wie für das gesamte Babylon außergewöhnlich schweren Zeit abgeschlossen. Kurz zuvor, Ende 522, war Itti=Marduk=balātu bei der Niederschlagung des ersten Aufstandes in Babylon durch die Perser umgekommen. Jetzt rebellierte Babylon zum zweiten Mal, und die Perser bereiteten ein erneutes Gemetzel vor.<sup>85</sup> Marduk=nāšir=apli tat alles, um das Vermögen des Hauses Egibi vor Verlusten zu schützen, wobei ihm Nabū=ajālu große Dienste erwies. Tatsächlich war die gesamte babylonische Geschäftswelt von Furcht und Unsicherheit vor dem nächsten Tag wie gelähmt, während der Sklave mit großen Summen handelte und - was die Hauptsache war - wie im tiefsten Frieden Zinsen zahlte!

Am 25. März 518 kamen Nabū=ajālu und der freigeborene Babylonier Bēl=kāšir S. des Marduk=ētir N. des Bleichers überein, ein Geschäftskapital (ḥarrānu) von 10 Minen Silber zusammenzubringen, indem jeder die Hälfte beisteuerte und die Hälfte des Profits erhalten sollte.<sup>86</sup> Die Geschäfte gingen erfolgreich, und Marduk=nāšir=apli gab ihnen Kredit. Am 8. November 518 erhielt Bēl=kāšir 12 Minen Silber von ihm gegen die Hälfte des Gewinns, unter der Bedingung, sich ausschließlich mit diesem Geschäft zu befassen.<sup>87</sup> Später stieg noch Nidintum=Bēl S. des Ša=Nabū=šū N. des Priesters des Gottes Ninurta in das Geschäft ein. Am 9. Februar 517 stellte Marduk=nāšir=apli ihm und Bēl=kāšir weitere 15 Minen Silber als Kommenda zur Verfügung.<sup>88</sup> Nabū=ajālu war nicht nur Teilhaber, sondern auch Beobachter, der die Interessen seines Herrn wie auch die eigenen wahrte. Faktisch leitete er die gesamte Tätigkeit der Partner. Am Rande sei vermerkt, daß ihn das Verbot anderweitiger Geschäftsabschlüsse nicht betraf. So ging Nabū=ajālu eine neue Partnerschaft mit Ubar S. des Nabū=ina=ēši=ētir N. des Budikers, einem Klienten des Hauses Egibi, ein.<sup>89</sup> Marduk=

82 Camb 308; Babylon, den 13. 02. 6. Jahr = 28. V. 524.

83 Camb 369; Sippar (oder Barsippa), den 22. 02. 7. Jahr = 27. V. 523.

84 Nbk 17; Babylon, den 16. 07. 1. Jahr des Nebukadnezar IV. = 23. X. 521; s. Keilinschriftliche Bibliothek, Bd. IV. Berlin, 1896 (im folgenden: KB IV), S. 300 f., III.

85 Turav, B. A., *Istorija Drevnego Vostoka*, Bd. 2, 2. Aufl. Leningrad 1936, S. 130; *Beljavskij, V. A.*, *Potomki Ea-iluta-bani*, a. a. O., S. 116 f.; *derselbe*, *Vavilon legendarnyj i Vavilon istoričeskij*, a. a. O., S. 286 - 293.

86 Dar 97; Babylon, den 14. 12. 3. Jahr = 25. III. 518.

87 Dar 134; Babylon, den 5. 08. 4. Jahr = 8. XI. 518; s. BRL III, S. 47.

88 *Contenau, G.*, *Contrats néo-babyloniens I - II*, Paris 1927 - 1929 = *Musée du Louvre, Département des Antiquités Orientales. Textes Cunéiformes, XII - XIII* (im folgenden: TCL XII - XIII), TCL XIII 184; Babylon, den 10. 11. 4. Jahr des Darius I. = 9. II. 517.

89 Dar 127, 269, 363, 384, 387, 389, 390, 391, 392, 395/396, 398, 403, 404, 412, 425, 426, 428, 441, 443, 448, 478.

nāšir=apli stellte ihnen eine Kommenda zur Verfügung. Dafür regelten sie eine für ihn recht delikate Angelegenheit.

Im Jahre 519 hatte Nergal=ētir S. des Nabū=ahhē=iddin N. des Egibi seinen Neffen Marduk=nāšir=apli gezwungen, ihm sein Erbteil aus dem Vermögen der Familie Egibi auszuzahlen. Dabei kam die Hälfte des Familiengutes am Neuen Kanal an Nergal=ētir, das für die Egibi von bedeutendem Wert war. 512 starb Nergal=ētir und hinterließ einen Haufen Schulden. Marduk=nāšir=apli ergriff die Gelegenheit beim Schopfe und drängte dessen Witwe Sūqajti T. des Itti=Nabū=balāju N. des Egibi zu einem Vermögenstausch: Er nahm den erwähnten Teil des Gutes am Neuen Kanal, vermachte ihr dafür ein kleines Gut bei Dilbat und bezahlte die Schulden seines verstorbenen Onkels.<sup>90</sup> Marduk=nāšir=apli wollte sich jedoch auch von dem Gut bei Dilbat nicht trennen, sondern die Witwe und ihren Bruder und Vermögensverwalter Nabū=zēr=ibni ausplündern. Nabū=ajālu und Ubar erfüllten seinen Wunsch. Sie gaben Nabū=zēr=ibni ein Darlehen gegen Lieferung von 10 Kurru 2 Pān (1576, 2 l) Gerste von der zu erwartenden Ernte. Am 5. August 512 nahm dieser bei ihnen eine neue Anleihe gegen 22 Kurru (3334, 3 l) Gerste auf und versprach, sie nach der Mahd in das Haus des Ubar am Piqudu=Kanal unterhalb Babylons zu liefern. Beide Anleihen stammten aus der von Marduk=nāšir=apli erhaltenen Kommenda.<sup>91</sup> Nabū=zēr=ibni und Sūqajti waren in eine Falle gegangen, aus der sie sich nicht mehr herauszuwinden vermochten.<sup>92</sup>

Im Jahre 508/07 übertrug Marduk=nāšir=apli eine Kommenda in Form von 100 Kurru (15 156 l) Datteln, 50 Kurru (7578 l) Gerste, 60 Tonfässer und einen mietfreien Raum im babylonischen Vorort Bīt=Ḥahhuru auf drei Jahre an Ubar und Nabū=ajālu. Sie eröffneten einen Getränkeauschank und vereinbarten, den Gewinn zu teilen. An Marduk=nāšir=apli mußten sie 2 Minen jährlich abführen und nach Ablauf der Kontraktfrist das vorgeschossene Kapital voll und ganz ersetzen.<sup>93</sup>

Neben ihrer eigenen vielseitigen Tätigkeit leisteten Nabū=ajālu und Ubar dem Haupt des Hauses Egibi ständig Dienste und erwiesen ihm Hilfe bei der Abwicklung seiner Geschäfte.

Am 27. Februar 513 erhielt der Kleinhändler Nabū=bulliṣu S. des Iddin=Nabū N. des Dabibi, ein Schuldner des Hauses Egibi<sup>94</sup>, zusammen mit dem Sklaven Nabū=ajālu aufgrund einer Vollmacht von Libluṭ (Nabū=ahhē=bullit), dem Bruder von Marduk=nāšir=apli, 1 Sekel Silber auf einen Wechsel, den Lābāši=Marduk N. des Priesters des Gottes Šamaš, ein Schuldner von Marduk=nāšir=apli, auf 1/2 Mine Silber ausgestellt hatte.<sup>95</sup> Nabū=bēl=napšāti S. des Mušēzib=Marduk erkaufte für 10 Sekel Silber von Nabū=ajālu das Recht, eine Eselin zu benutzen, und stellte am 30. Juli 509 dafür einen Wechsel aus.<sup>96</sup> Für Nabū=ajālu bzw. für seinen Herrn galt dabei das Hauptinteresse dem Sklaven Ubar, der Nabū=bēl=napšāti gehörte. Nabū=ajālu verstrickte den letzteren in Schulden, so daß er am 6. März 502 seinen Leibwächter Ubar für 1/2 Mine Silber an Marduk=nāšir=apli verkaufen mußte, was durch die Vermittlung von Bēl=ittannu S. des Iqīša=Marduk N. des Kalbi=Sin, einen Klienten des Hauses Egibi, geschah.<sup>97</sup> Aufgrund einer Vollmacht von Iddin=Bēl S. des Guzānu, einem Kommen-

90 Dar 80, 265; s. Beljavskij, V. A., Zemlevladienie doma Egibi, a. a. O., S. 162; derselbe, Vavilon legendarnyj i Vavilon istoričeskij, a. a. O., S. 215.

91 Dar 269; Dilbat, den 6. 05. 10. Jahr = 5. VIII. 512.

92 Vgl. Dar 271, 276.

93 Dar 395/396; Babylon, den 3. [x]. 14. Jahr = 508/507; s. Beljavskij, V. A., Simptomy krizisa rabovladel'českogo stroja v Novom Vavilone, in: Vestnik Leningradskogo universiteta, Nr. 8/1965, S. 58; derselbe, Vavilon legendarnyj i Vavilon istoričeskij, a. a. O., S. 296.

94 Vgl. Dar 182, 187, 238, 243, 259, 260, 418.

95 Dar 243; Šahrin, den 12. 12. 8. Jahr = 27. II. 513.

96 Dar 349; Šahrin, den 3. 05. 13. Jahr = 30. VII. 509.

97 Dar 492; Babylon, den 21. 11. 19. Jahr = 6. III. 502; vgl. Dar 488, 489, 531.

datarius der Egibi, lieferte Nabū=ajālu am 3. Februar 508 an Erībā S. des Nabū=ittannu 20 Kurru (3031, 2 l) Datteln aus.<sup>98</sup>

Nabū=ajālu's Partner Ubar verließ am 30. November 507 an Nidintum=Bēl S. des Marduk=erība N. des Egibi 13 Sekel Silber; dieser lebte im Vorort Bīt=Ḥaḥḥuru, wo die beiden ihren Getränkeausschank betrieben.<sup>99</sup> Der Landbesitzer Bēl=ēdu=pitin S. des Balāṭu geriet in die Hörigkeit von Marduk=nāṣir=apli. Er erhielt von ihm Ochsen, Samen und Futter und führte regelmäßig einen Teil der Ernte an ihn ab. Alle Abrechnungen liefen über Nabū=ajālu. Am 6. Dezember 507 verpflichtete sich Bēl=ēdu=pitin, dessen Gesamtschuld an die Egibi 28 Kurru (4243, 7 l) Gerste betrug, 16 Kurru (2425 l) davon in der babylonischen City nach 15 Tagen an Nabū=ajālu abzuliefern.<sup>100</sup> Aufgrund einer Vollmacht von Marduk=nāṣir=apli erhielt Ubar am 20. September 506 18 Sekel Silber, die Wohnungsmiete, von Iddin=Nabu S. des Nabu=šum=ukīn N. des Haṭtu=ēreš, der in einem der Häuser der Familie Egibi in Barsippa wohnte.<sup>101</sup>

Nabū=ajālu war also auch bei seinem neuen Herrn Kassierer und Vertrauter, der viele Geschäftsvollstrecker, Agenten und Klienten des Hauses Egibi befahl. Diese Tätigkeit verband er erfolgreich mit den auf eigenes Risiko betriebenen Unternehmungen und Geldgeschäften. Marduk=nāṣir=apli schätzte natürlich diesen Sklaven ganz besonders hoch. Bei Vermögensteilung zwischen den Brüdern im Jahre 508 behielt er Nabū=ajālu, dessen Frau Ina=Esagili=šiminni und ihre beiden Töchter (eine hieß Murašitum) bei sich.<sup>102</sup>

Zum letztenmal wird Nabū=ajālu in einem Register für Getreideeingänge des Jahres 504/03 aus dem Tempelgut Bīt=Etirā erwähnt. Inhaber dieses Gutes gegen Zahlung des Zehnten war das Haus Egibi. Nabū=ajālu hatte 25 Kurru (3789 l) Gerste geliefert, sein Partner Ubar 2 Kurru (303, 1 l) Weizen.<sup>103</sup> Demnach hat Nabū=ajālu auch den Ackerbau nicht völlig aus den Augen gelassen. Er hatte allerdings weder Zeit noch den Wunsch, den Boden selbst zu bearbeiten. Ein Sklave wie er konnte Tagelöhner einstellen und Unterpächter haben.

Der Sklave Dajān=bēl=ušur kam auf eine selbst für Babylon nicht ganz alltägliche Weise an Iddin=Marduk. Die erste Kunde von ihm gibt ein Dokument aus dem Jahre 545/44: "Dajān=[bēl=ušur], der Knecht (qallu) des Iddin=Marduk"<sup>104</sup>, erhielt auf Anweisung von Itti=Marduk=balāṭu von dessen Gut Bīt=Ḥaḥḥuru 15 Kurru (2273, 4 l) Datteln<sup>105</sup>. Offensichtlich betrieb Dajān=bēl=ušur einen Dattelhandel und bezog seine Ware vom Haus Egibi.

Am 4. März 539 erhielt Nanā=silim, die Sklavin des Nergal=aḥ=iddin S. des Aḥḥēa, aufgrund einer Vollmacht ihres Herrn 10 Kurru (1515, 6 l) Gerste von Dajān=bēl=ušur; vorher hatten sie und ein gewisser Nabū=ēṭir=napšāti bereits eine Lieferung Gerste bekommen.<sup>106</sup> Nergal=aḥ=iddin ist als Klient des Iddin=Marduk bekannt, der besonders mit Gerste handelte, die Id-

98 Dar 361; Babylon, den 13. 11. 13. Jahr = 3. II. 508; vgl. Dar 526.

99 Dar 412; Bīt=Ḥaḥḥuru, den 28. 08. 15. Jahr = 30. XI. 507.

100 Dar 413; Babylon, den 5. 09. 15. Jahr = 6. XII. 507.

101 Dar 428; Barsippa, den 28. 06. 16. Jahr = 20. IX. 506.

102 Dar 379, Vs. 21 - 22.

103 Dar 480 (ohne Datum).

104 Der Name des Sklaven ist beschädigt, aber nach den auf uns gekommenen Dokumenten zu urteilen, hatte Iddin=Marduk nur einen Sklaven, in dessen Namen sich die theophore Komponente "Dajān" fand - nämlich Dajān=bēl=ušur. Das Dokument Nbn 570 stammt aus dem Archiv Egibi und ist eine private Notiz, nicht aber eine offizielle Akte. Daher konnte der darin genannte Iddin=Marduk nur der Schwiegervater des Itti=Marduk=balāṭu sein.

105 Nbn 570; Babylon, den 17. 11. 11. Jahr = 14. II. 544.

106 Nbn 1008; Šahrin, den 29. 11. 16. Jahr = 4. III. 539.

din=Marduk und seine Leute bei den Landbesitzern aufkauften.<sup>107</sup> Nanā=silim und offenbar auch der Sklave Nabū-ēṣir=napsāti waren ihrerseits Agenten ihres Herrn Nergal=aḥ=iddin und bezogen ihre Ware durch Dajān=bēl=uṣur. Letzterer nannte sich 545/44 und 540/39 "Knecht des Iddin=Marduk", war aber nicht dessen Eigentum. Als sein juristischer Herr galt in dieser Zeit Mušēzib=Marduk S. des Marduk=šākin=šūmi N. des Eṣṣeru. Im übrigen mußte sich Dajān=bēl=uṣur fast sein ganzes Leben lang nach dem Namen des faktischen, nicht aber des juristischen Herrn nennen. Lange Zeit verfügte Iddin=Marduk über Dajān=bēl=uṣur (offenbar war er ihm verpfändet), und er galt daher als sein Sklave. Erst 535 sicherte Iddin=Marduk sein Eigentumsrecht auf diesen Sklaven.

Mušēzib=Marduk hatte den Sklaven von seiner Mutter Hištum erhalten. Am 12. März 535 verkaufte er ihn in Anwesenheit der Mutter für 1 Mine Silber, also für den vollen Wert, an Rīmūt=Nabū S. des Šamaš=pir=uṣur N. des Epeš=ili.<sup>108</sup> Ein Verkauf im eigentlichen Sinne fand jedoch nicht statt, denn Dajān=bēl=uṣur befand sich seit mehr als zehn Jahren im Besitz des Iddin=Marduk. Statt Geld erhielt Mušēzib=Marduk Wechsel von Rīmūt=Nabū, die er seinerzeit Iddin=Marduk ausgestellt hatte (darum sind sie im Archiv des Iddin=Marduk-Egibi nicht zu finden). Rīmūt=Nabū, ein Schuldner des Iddin=Marduk, fungierte bei diesem Geschäft als Strohhmann. Er war als ältester Sohn des verstorbenen Vaters verpflichtet gewesen, seiner Schwester Amtija bei deren Heirat mit einem gewissen Nabū=šum=uṣur eine Mitgift zu geben, hatte aber die Abrechnung mit ihr hinausgezögert. Dann fanden Nabū=šum=uṣur und seine Mutter Baba=eṣṣerat einen originellen Ausweg, Geld dieser Mitgift zu bekommen: Nabū=šum=uṣur gab seiner Frau einen fiktiven Wechsel auf die ihr zustehenden 1 2/3 Minen Silber gegen sein Haus als Pfand; darauf begannen er, seine Mutter und Amtija auf Rīmūt=Nabū Druck auszuüben. Dieser hatte aber kein Geld und stellte der Schwester einen Wechsel auf 1 2/3 Minen Silber aus, woraufhin die fiktive Anleihe annulliert wurde. Amtija konnte nun eine Forderung gegen ihn erheben, da im Wechsel - im Unterschied zum Ehekontrakt - ein genauer Zahlungstermin angegeben war.<sup>109</sup> Das Geld zur Zahlung dieser Forderung stellte ihm Iddin=Marduk zur Verfügung gegen die Dienstleistung, den Sklaven Dajān=bēl=uṣur von Mušēzib=Marduk zu "kaufen". Bald darauf folgte eine neue Fiktion: Rīmūt=Nabū "verkaufte" den Sklaven an einen anderen Strohhmann, Dummuqu S. des Bēl=aḥḥē=iddin N. des Egibi. Dieser "bezahlte" anfänglich 6 Sekel Silber und am 9. April 535 weitere 45 Sekel an Ardi=Marduk, den Bruder des Rīmūt=Nabū, händigte das Geld aber nicht ihm, sondern Iddin=Marduk, dem Gläubiger des Rīmūt=Nabū aus.<sup>110</sup> So wurde der Sklave Dajān=bēl=uṣur zum Eigentum von Iddin=Marduk.

Warum wählte Iddin=Marduk einen so umständlichen Weg, um Dajān=bēl=uṣur zu erwerben? Die babylonische Gesellschaft verurteilte das Wuchergeschäft moralisch und ließ eine direkte Bemächtigung des Schuldnervermögens durch Gläubiger auch unter dem Schein eines Kaufs nicht zu. Da sowohl Mušēzib=Marduk als auch Rīmūt=Nabū Schuldner des Iddin=Marduk waren, benötigte er die Hilfe des Dummuqu sowie diese ganze Serie fiktiver Akte. Übrigens wurde diese Kombination von Itti=Marduk=balāṣu, dem Haupt des Hauses Egibi, ausgearbeitet; jedenfalls hatte er die Strohmänner organisiert, denn Rīmūt=Nabū war sein Klient und begleitete ihn 538 - 536 während seiner Reise nach Medien<sup>111</sup>, dessen Bruder Ardi=Mar-

107 Nbn 122, 445/1109, 562, 576/577, 663, 820, 1008; Cyr 376 = CT XXII 182; Dar 260.

108 Cyr 146; Babylon, den 22. 12. 3. Jahr = 12. III. 535.

109 Cyr 154; [Babylon, den x.x]. 3. Jahr = 536/35; s. KB IV. S. 270, VIII; BAB, S. 203 Anm. 11.

110 Cyr 362; Babylon, den 21. 12. [3. Jahr] = 9. IV. 535.

111 Cyr 29.



duk war sein Schuldner<sup>112</sup>, während Dummuqu mit seiner Schwester Qibi'tum=qīšat verheiratet war<sup>113</sup>.

Iddin=Marduk "spezialisierte" Dajān=bēl=ušur auf den Aufkauf der Ernte bei den Landbesitzern im Gebiet von Šahrin, wobei dieser bald große Erfolge zu verzeichnen hatte. Der Gemüsebauer Mušēzib=Bēl S. des Ana=Bēl=upāqa N. des Priesters der Göttin Ištar von Babylon pflanzte Knoblauch. Dem Aufkäufer Nabū=šum=ukīn war es als erstem gelungen, ihm Kredit zu geben und den Knoblauch aufzukaufen. Iddin=Marduk konnte nicht tatenlos zusehen. Dajān=bēl=ušur nahm sich der Sache an. Er beobachtete jeden Schritt des Nabū=šum=ukīn und berichtete seinem Herrn brieflich. Schließlich riet er seinem Herrn, mit Nabū=šum=ukīn, der sich nach Babylon begeben hatte, zu verhandeln und bei ihm den Knoblauch aufzukaufen.<sup>114</sup>

Es bleibt offen, ob Iddin=Marduk dem Rat folgte. Jedenfalls gab Dajān=bēl=ušur dem Mušēzib=Bēl noch eine Anleihe. Ferner bezahlte Iddin=Marduk am 23. Januar 535 die halbe Mine Silber, die der Gemüsebauer dem Nabū=šum=ukīn schuldete, und brachte damit diesen Konkurrenten aus dem Spiel. Mušēzib=Bēl sollte das Geld an Iddin=Marduk in einem halben Jahr zurückzahlen. Da ihm das nicht gelang, befand er sich nun in der Gewalt des Iddin=Marduk und verpflichtete sich, ihm als Anleihezinsen 45 Gebinde Knoblauch zu liefern.<sup>115</sup>

Dajān=bēl=ušur war kein einfacher Vertreter seines Herrn. Er leitete das gesamte Geschäft im Gebiet von Šahrin. Ihm waren viele Agenten unterstellt. Zu ihnen gehörte Nabū=ētir S. des Nergal=šum=ibni N. des Metzgers.<sup>116</sup> Am 11. Februar 529 zog Dajān=bēl=ušur Bilanz. Nabū=ētir hatte sich verpflichtet, ihm bis zum 11. Mai 36 1/2 Sekel Silber und 17 Gebinde 7 700 (oder 7 900) Schnüre Knoblauch abzuliefern sowie bis zum 9. Juni 57 Kurru 3 Pān 3 Sūtu (8 745 l) Gerste, bis zum 27. Februar 12 Kurru (1 818, 8 l) Datteln und bis zum 7. August 3 Pān 3 Sūtu (106, 1 l) Sesam in das Haus des Iddin=Marduk zu liefern. Das Geld und die Produkte sollten die Anleihen tilgen, die Nabū=ētir von Dajān=bēl=ušur im Namen von dessen Herrn erhalten hatte. Die Lieferungstermine für die Produkte lagen ein bis zwei Monate nach der Ernte. In dieser Zeit mußte Nabū=ētir sie von den Landbesitzern, denen er Kredit gegeben hatte, eintreiben. Nabū=ētir hatte bereits früher Anleihen von Iddin=Marduk und Dajān=bēl=ušur erhalten und noch nicht getilgt.<sup>117</sup>

Dajān=bēl=ušur hielt ständigen Geschäftskontakt mit dem Sklaven Nergal=rišūa. Durch dessen Bank wickelte er die Abrechnungen mit seinen Kontrahenten ab. So löste Nergal=rišūa am 1. Januar 527 einen Scheck von Dajān=bēl=ušur über 16 Sekel Silber an Rīmūt ein, der Knoblauch, einen Hammel und Kleidung (?) geliefert hatte.<sup>118</sup> Dajān=bēl=ušur half seinerseits Nergal=rišūa, den Landbesitzer Nabū=zēr=ibni S. des Ḥašdā aus Šahrin in die Schuldknechtschaft zu zwingen.<sup>119</sup>

Unter den Kontrahenten des Dajān=bēl=ušur befand sich auch Itti=Nabū=balātu S. des Marduk=bāni=zēri N. des Bēl=ētir. Dieser reiche Grundbesitzer nahm die Dienste des Sklaven beim Absatz der Ernte in Anspruch. Er erhielt regelmäßig Geld von Dajān=bēl=ušur, das er ebenso regelmäßig zurückzahlen "vergaß". So stellte Itti=Nabū=balātu am 15. Juni 527 einen Wechsel über 6 Kurru 3 Pān 2 Sūtu (1010, 4 l) Gerste an Dajān=bēl=ušur aus und ver-

112 Cyr 249.

113 Nbn 760, 761/Liv 32; vgl. Ner 58; Nbn 310, 1047, 1048; TCL XII 120; Cyr 64, 129/130, 303, 337, 338, 362; CT XXII 6; Camb 2, 38, 285.

114 CT XXII 81.

115 Cyr 141; Babylon, den 4. 11. 3. Jahr = 23. I. 535.

116 Nbn 4, 52, 176, 268, 287, 627, 1039; Cyr 340; Camb 321, 329.

117 Liv 27; Šahrin, den 29. 10. 0. Jahr des Kambyses = 11. II. 529.

118 Camb 135; 10. 10. 2. Jahr = 1. I. 527.

119 Camb 167; Šahrin, den 7. 05. 3. Jahr = 24. VII. 527.

pflichtete sich, die Ware innerhalb eines Jahres in das Haus des Iddin=Marduk in Babylon zu liefern. In dem Wechsel wurde auch ein altes Darlehen erwähnt, das noch nicht getilgt war.<sup>120</sup> Dajān=bēl=ušur kaufte also Gerste, die noch nicht einmal gesät war! Itti=Nabū=balātu war jedoch der Schwiegersohn von Itti=Marduk=balātu<sup>121</sup>, und Dajān=bēl=ušur wußte sehr gut, daß nach dem Tode von Iddin=Marduk letzterer sein neuer Herr sein würde. Daher schwieg er wohlweislich zu den Launen von dessen wohlhabendem und einflußreichem Schwiegersohn.

Nichts könnte übrigens besser als diese Episode Dajān=bēl=ušur's Ruf bei den Herren kennzeichnen. Sie waren überzeugt, daß es bei dem Sklaven etwas zu holen gäbe und daß man sich auf ihn verlassen könne, wobei kleinere "Aderlässe" seinem Geldbeutel keineswegs zu schaden vermochten. Tatsächlich holte er seine Verluste auf Kosten anderer Schuldner wieder auf.

So nahm der Grundbesitzer Bariki=Adad S. des Jaḫālu aus Šaḫrin im Laufe mehrerer Jahre Kredit bei ihm auf. Am 5. März 526 betrug seine Schulden 40 Kurru (6062,4 l) Gerste, 1 Mine Silber und 3 300 Schnüre Knoblauch sowie andere Darlehen. Die Gerste sollte er im Hause des Iddin=Marduk abliefern, den Wert von 1/2 Mine Silber durch Knoblauch decken. Im Wechsel ist vermerkt, daß Bariki=Adad die Gerste als Saatgut und zur Ernährung, das Geld aber zur Begleichung eines Rückstandes erhielt.<sup>122</sup> Mit anderen Worten, er befand sich völlig in der Hand des Dajān=bēl=ušur und war gezwungen, für ihn Knoblauch anzubauen, ohne auch nur die eigene Ernährung mit Gerste sichern zu können. Die Erwähnung eines Rückstandes belegt die Tatsache, daß Bariki=Adad Inhaber von Tempelland war. Dajān=bēl=ušur hatte vornehmlich mit dieser Art Besitzern zu tun. In einem seiner Briefe fordert Iddin=Marduk die Bereitstellung von Pflügern im Kisīmu=Monat sowie die Rechenschaftslegung über die in Form von Knoblauch erfolgende Zahlung des Zehnten an den Gott Nergal.<sup>123</sup>

Weiterhin sind drei Briefe des Dajān=bēl=ušur an Iddin=Marduk erhalten. In dem ersten berichtet der Sklave von der Dattelernte, von einer Schiffsladung von 183 Kurru 2 Pān (27 796 l) Datteln, von der Zahlung von 9 Sekel für Schafe als Zehnten an den Gott Nergal; gleichzeitig rät der Sklave seinem Herrn, den Tempelzehnten an den Gott Nergal auszunutzen, um von den Landbesitzern eine Rente im selben Umfang wie im Vorjahr zu erheben.<sup>124</sup> Der zweite Brief spricht über die "Arbeiter" (šābē), die in der Dill- und Malzernte beschäftigt waren sowie über einen Irrigationskanal.<sup>125</sup> Der dritte schließlich kündigt Iddin=Marduk eine Sendung Knoblauch durch einen gewissen Bēlšunu an und berichtet über Verhandlungen des Sklaven Kušurūa mit einem Beamten über die Abschaffung der Steuer für den Boden zwischen den Kanälen.<sup>126</sup> Das alles bezeugt, daß Dajān=bēl=ušur sich aus einem bescheidenen Agenten in einen leitenden Vertreter des Iddin=Marduk im Gebiet von Šaḫrin verwandelt hatte. Er knechtete die dort ansässigen Landbesitzer durch Kredite und übernahm offenbar im Namen seines Herrn als Steuerpächter die Eintreibung des Zehnten von den Inhabern der Tempelländereien. Ihm standen bedeutende Mittel in Form von Geld und Naturalien sowie auch Tempelsklaven und Tagelöhner zur Verfügung.

Übrigens hatte der oben erwähnte Grundbesitzer Nergal=nāšir S. des Nādin, der unter aktiver Mitwirkung von Nergal=rišūa in Schuldknechtschaft geraten war, auch mit Dajān=bēl=ušur zu tun. Nergal=nāšir hatte sich wegen einer Anleihe an Nabū=dīni=šarri, den Bankagen-

120 Camb 164: Babylon, den 28. 03. 3. Jahr = 15. VI. 527.

121 Vgl. Cyr 143; Camb 214, 215, 216, 217.

122 Camb 218: Šaḫrin, den 24. 11. 3. Jahr = 5. III. 526.

123 CT XXII 8.

124 CT XXII 78.

125 CT XXII 79.

126 CT XXII 80.

ten des Iddin=Marduk, gewandt. Dieser schickte ihn in Begleitung des Agenten Bēl=rīmanni zu seinem Chef. Nabū=īni=šarri benachrichtigte Iddin=Marduk und bat ihn, solange sich kein günstiger Kurs abzeichne, Nergal=nāšir bis zu 1/3 Mine Silber zu leihen. Gleichzeitig berichtete er über die Weitergabe eines vom Chef erhaltenen Dokuments an Dajān=bēl=ušur.<sup>127</sup> Dieser kontrollierte also auch die Wuchergeschäfte, die die Vertreter des Iddin=Marduk im Gebiet von Šahrin abwickelten.

Letztmalig wird Dajān=bēl=ušur am 5. März 536 als "Knecht des Iddin=Marduk" bezeichnet (Camb 218). Im nächsten Dokument vom 10. Januar 525 erscheint er schon als "Knecht des Itti=Marduk=balāṭu", obwohl Iddin=Marduk erst ein halbes Jahr später starb. Sein Ende fühlend, verschenkte Iddin=Marduk ihn an seinen zweiten (Ihm offenbar am nächsten stehenden) Enkel Nabū=ahḫē=bulliṭ (Libluṭ), den Sohn des Itti=Marduk=balāṭu, der damals noch ein Knabe war. Itti=Marduk=balāṭu, der neue faktische Herr, setzte den Sklaven im Gebiet von Šahrin ein, wo er schon unter Iddin=Marduk "gearbeitet" hatte. Ihm wurde die Verwaltung der Egibigüter dieser Gegend übertragen. Sein Aufgabenkreis hatte sich bedeutend erweitert.

Der Grundbesitzer Ḥabaširu S. des Libluṭ geriet in die Schuldhörigkeit des Hauses Egibi. Seine Schuld wuchs auf 500 Kurru (75 780 l) Datteln und 4 Kurru (606, 2 l) Gerste an, während sein Gut verpfändet war. Am 10. Januar 525 erhielt Dajān=bēl=ušur als Grundrente für das Jahr 526 von Ḥabaširu 69 Kurru 2 Pān 3 Sūtu (10 533, 4 l) Datteln und 3 Kurru 2 Pān 3 Sūtu (530, 5 l) Gerste.<sup>128</sup>

Nergal=nāšir S. des Nādin, von dem wir schon mehrmals hörten, befand sich ganz und gar in der Gewalt des Dajān=bēl=ušur, der dessen verpfändetes Gut als vom Hause Egibi eingesetzter Verwalter kontrollierte. Am 10. Dezember 524 forderte Dajān=bēl=ušur im Namen seines Herrn vor den Ratsmitgliedern der Stadt Šahrin von Kalbi=Baba S. des Nabū=unammir<sup>129</sup> Rechenschaft über die Rente für das Gut des Nergal=nāšir, das sich als Pfand im Besitz von Itti=Marduk=balāṭu befand. Der das Gut verwaltende Kalbi=Baba, Schwiegersohn des Nergal=nāšir, antwortete, Nabū=ētir S. des Nergal=šum=ibni N. des Metzgers habe die Rente erhalten. Unterdessen hatte sich dieser Nabū=ētir, der Agent von Dajān=bēl=ušur, fast zwei Monate vorher, am 16. Oktober 524, vor den Ratsmitgliedern der Stadt für schuldig erklärt und Dajān=bēl=ušur um Verzeihung dafür gebeten, daß er die Rente unberechtigt erhalten und offenbar veruntreut hatte.<sup>130</sup> Folglich war Dajān=bēl=ušur die ganze Angelegen-

127 CT XXII 148.

128 Camb 257: Bīl=Ṭābi=Bēl, den 10. 10. 4. Jahr = 10. I. 525; s. KB IV, S. 290, IX.

129 Zeuge: Dar 144 (24. III. 517).

130 Camb 321: Šahrin, den 6. 07. 6. Jahr = 16. X. 524. Das sehr interessante Dokument Camb 329 gebe ich hier im vollen Wortlaut wieder: (1) LÚ. DUMU=DÜ. MEŠ Šá ina pa=ni=šú=nu (2) (md) DI. KU<sub>6</sub>=EN=PAB (LÚ) qal=la (3) Šá (m) KI=(d) AMAR. UTU=TIN A (m) e=gi=bi (4) a=na (m) kal=bi=(d) KÁ (5) A=šú Šá (m) d+NĀ=ú(=nam)=mir (ir) (6) ú=ki=il=lu=ú um=ma (7) ZAG. LU Šá (md) U. GUR=PABA=A=šú Šá (m) na=din (8) Šá e=me=e=ka a=ni=ni (m) kal=bi (d) KÁ (9) iq=bu=ú um=ma a=na (10) (m) d+NĀ=SUR A=šú Šá (md) U. GUR=MU=DÜ (11) at=ta=din (12) (LÚ) mu=kin=nu (md) sa=par=ri=DÜ (13) A=šú Šá (m) a=ta=na=aḫ=DINGIR (14) d+NĀ=ta=at=nu=URÜ A=šú Šá (15) (m) šu=la=a (m) d+NĀ=it=tan=nu (16) A=šú Šá (m) iṣ=šur A (m) GISSU=a=a (17) (m) ḥa=ba=ši=ru A=šú Šá (m) šu=la=a A (m) e=ṭir=ru (18) u LÚ. ŠID (m) bul=lu=uṭ A (m) MU=(d) ŠU A (m) bu=šu (19) (URU) šaḫ=ri=nu ITI. GAN UD l=KÁM (20) MU 6=KÁM (m) kám=bu=zi=ja (21) LUGAL KUR. KUR (22) Šá A. ŠĀ É=maš=ka=nu (23) Šá (m) KI=(d) AMAR. UTU=TIN - "Die Bürger, vor denen Dajān=bēl=ušur, der Knecht des ITTI=Marduk=balāṭu, des Nachkommen des Egibi, an Kalbi=Baba, den Sohn des Nabū=unammir, (die Frage) bereitgehalten (d. h. gestellt) hat: 'Wo ist die Rente deines Schwiegervaters Nergal=nāšir, des Sohnes des Nādin?' - Kalbi=Baba aber erwiderte: 'Ich habe sie an Nabū=ētir, den Sohn des Nergal=šum=ibni, abgegeben' - die Zeugen: Šaparrī=ibni, der Sohn des Atanaḫ=ili; Nabū=tatnu=ušur, der Sohn des

helt wohlbekannt. Er brauchte aber für die Abrechnung mit seinem Herrn ein offizielles Dokument. Das handigte ihm der Rat von Šaḥrin aus, obwohl er ein Sklave, die Verhörten aber babylonische Bürger waren.

Itti=Marduk=balātu vertraute Dajān=bēl=ušur große Geldsummen an. Wie erwähnt, übergab der Sklave Nabū=ajālu 523 dem Dajān=bēl=ušur 3 Minen 2 3/4 Sekel Silber, die dem Herrn gehörten<sup>131</sup> und für Wuchergeschäfte bestimmt waren.

Am 20. Januar 522 verpflichtete sich der Grundbesitzer Rīmūt=Bēl S. des Talim aus Šaḥrin, an Dajān=bēl=ušur 1 010 Schnüre Knoblauch und 4 Kurru 1 Pān 4 Sūtu (656, 8 l) Gerste nach der Ernte zu liefern, und zwar in das Haus von Itti=Marduk=balātu. Außerdem stand auf dem Konto von Rīmūt=Bēl und seinem Bruder eine früher aufgenommene, ebenfalls ungetilgte Anleihe.<sup>132</sup>

Die recht wohlhabenden Šaḥriner Grundbesitzer Iddinūnu und Nabū=nāšir, die Söhne des Nabū=udammīq, gerieten auf folgende Weise in die Schuld von Dajān=bēl=ušur. Um sich vom Kriegsdienst und von der Teilnahme am ägyptischen Feldzug des Perserkönigs Kambyses zu befreien, stellten sie einen Söldner namens Mušēzib=Nabū. Daher nahmen die Brüder am 18. April 525 bei Dajān=bēl=ušur ein Darlehen gegen Solidarhaftung und Verpfändung ihres Landes auf. Sie verpflichteten sich, nach der Mahd 6 Kurru 3 Pān 2 Sūtu (1 010 l) Gerste in das Haus des Itti=Marduk=balātu zu liefern und innerhalb eines Jahres 12 Sekel Silber zu zahlen. Das als Darlehen erhaltene Geld schickten sie an den königlichen Soldaten Mušēzib=Nabū.<sup>133</sup>

Nach dem Tode des Itti=Marduk=balātu (Ende 522) befreite das neue Oberhaupt der Egibi, Marduk=nāšir=apli (Širku), Dajān=bēl=ušur von jeglicher Bevormundung und gab ihm die Möglichkeit, noch selbständiger zu wirken. Bei Dajān=bēl=ušur tauchte ein Schüler und Handlanger auf namens Šēpē=Bēl=ašbat, der in der Sklavenfamilie der Egibi geboren war. Seine Mutter war offenbar die Sklavin Kubbutum, die die Egibi etwa um 540 erworben hatten.<sup>134</sup> Der Grundbesitzer Kīnā S. des Nabū=aplu=iddin nahm am 9. Oktober 517 bei Šēpē=Bēl=ašbat ein Darlehen auf und verpflichtete sich, nach der Ernte 4 Kurru 2 Pān 2 Sūtu (667 l) Datteln und 10 Fruchtstandlasten der Dattelpalme in das Haus des Dajān=bēl=ušur zu liefern.<sup>135</sup> Das war für Šēpē=Bēl=ašbat eine Art Reifepfung, die ihm Dajān=bēl=ušur auferlegt hatte, der nunmehr sein eigenes Maß und sein eigenes Kontor hatte. Danach arbeitete Šēpē=Bēl=ašbat bereits selbständig.

Zu den Schuldnern des Dajān=bēl=ušur gehörte Kašir S. des Šulā, der versuchte, seine Schulden nicht zu bezahlen, weil sein Gläubiger Sklave war. Da mischte sich dessen Herr Marduk=nāšir=apli ein. Am 12. März 512 fand eine Novation statt. Kašir erhielt seine dem Dajān=bēl=ušur ausgestellten Wechsel zurück und mußte einen neuen, diesmal auf den Namen des Hauptes der Egibifamilie ausstellen. Darin verpflichtete er sich, im Hause des Marduk=nāšir=apli und in dessen Maß 3 Kurru (454, 7 l) Gerste und 4 Kurru (606, 2 l) Datteln, jeweils nach der Ernte, abzuliefern.<sup>136</sup>

Šulā; Nabū=ittannu, der Sohn des Iššur, des Nachkommen des Šillija; Habaširu, der Sohn des Šulā, des Nachkommendes Etirru. Und der Schreiber Bulluṭ, der Sohn des Iddin-Marduk, des Nachkommen des Būšu. Šaḥrinu, den 1. Kislimu des 6. Jahres Kambyses, Königs der Länder (den 10. Dezember 524). Über das dem Itti=Marduk=balātu verpfändete Feld".

131 Camb 369.

132 Camb 391: Šaḥrin, den 24. 10. 7. Jahr = 20. I. 522.

133 Camb 409: Šaḥrin, den 23. 01. 8. Jahr = 18. IV. 522.

134 Vgl. Dar 379, Vs. 14 - 17; Nbn 602, 953.

135 Dar 177: [Babylon?], den 16. 07. 5. Jahr = 9. X. 517.

136 Dar 261: Babylon, den 7. 12. 9. Jahr = 12. III. 512.

Ein ähnlicher Fall ereignete sich zehn Jahre später, im Jahre 502. Es begann damit, daß die drei Söhne des Nergal=iddin, namens Ardija, Bēl=upahḫir und Aplā, im Gebiet von Šahrin die Aufmerksamkeit des Marduk=nāšir=apli auf sich zogen. Sie zu ruinieren, übernahmen Nabū=ahḫē=bullit und Nergal=ušēzib, die Brüder des Marduk=nāšir=apli sowie der Sklave Dajān=bēl=ušur mit seinen Söhnen Zababa=iddin und Dajān=iddin. Außerdem wurden die Klienten Nabū=ušuršu und Rīmūt, die Söhne des Mušēzib=Marduk, der Klient Iddin=Nergal und die Sklaven Gubba und Ša=Bēl=atta hinzugezogen. Die Operation begann nicht sehr ermutigend. Nergal=ušēzib beschwerte sich in einem Brief bei Marduk=nāšir=apli über Nabū=ušuršu und Rīmūt und bat, Zababa=iddin, Dajān=iddin und Gubba seiner Kontrolle zu unterstellen.<sup>137</sup> Danach lief die Angelegenheit gut. Ardija verpflichtete sich am 26. Dezember 511, zur Tilgung einer von Marduk=nāšir=apli erhaltenen Anleihe innerhalb eines Monats 8 Kurru (1 212, 5 l) Gerste, 34 Kurru (5 153 l) Datteln und 13 Sekel Silber an Dajān=iddin abzuführen. Im Falle eines Vertragsbruches sollte Nergal=bullitanni, der als Pfand bei Dajān=iddin befindliche Sklave des Ardija, für 34 Kurru Datteln und 13 Sekel Silber Eigentum des Marduk=nāšir=apli werden, während die noch ausstehenden 8 Kurru Gerste zur Erntezeit von Ardija eingefordert werden sollten, und zwar zu dem dann in Babylon geltenden Preis. Iddin=Nergal bürgte für Ardija, und Nabū=ušuršu stellte als Schreiber den Wechsel aus.<sup>138</sup>

Da Mitte des Winters die alte Ernte fast verbraucht, die neue aber noch nicht herangereift war, konnte Ardija die Schuld gar nicht in einem Monat begleichen. Der Gläubiger hatte sich aber die legale Möglichkeit geschaffen, sich den verpfändeten Sklaven anzueignen. Der Schuldner hätte zwar das Recht gehabt, den Sklaven einzulösen, aber von vornherein stand fest, daß er es mit Sicherheit nicht würde wahrnehmen können. Der Wechsel enthält außerdem eine wichtige Beischrift: "14 Kurru (2 121, 8 l) Datteln und 16 Kurru (2 425 l) Gerste sind geliefert worden". Diese Menge fällt aber nicht mit der am Anfang des Wechsels genannten Schuld zusammen. Des Rätsels Lösung liegt darin, daß Ardija eine Geldanleihe erhalten hatte, die nun zweimal in Naturalien umgerechnet wurde, und zwar zu einem für ihn nicht sehr vorteilhaften Kurs. Tatsächlich waren im Dezember die Datteln gerade geerntet und ihr Preis lag niedrig, während der Gerstepreis in die Höhe ging; in der Beischrift aber war der Anteil an Datteln verringert worden, der Gersteanteil jedoch erhöht.

Wie zu erwarten, konnte Ardija seine Schuld nicht tilgen (deshalb verblieb sein Wechsel Dar 309 auch im Archiv Egibi). Er verlor seinen Sklaven und vermochte sich dennoch nicht aus den Schuldfesseln zu lösen. Zu dieser Zeit wurde auch sein Bruder Bēl=upahḫir (Puḫhuru) in Schulden gestürzt. Er verpflichtete sich am 2. April 509, dem zweiten Egibibruder, Nabū=ahḫē=bullit im Laufe eines Monats 140 Gebinde Knoblauch und im Laufe von drei Monaten 1 Mine Silber mit den entsprechenden Zinsen zu zahlen; außerdem verblieb noch eine Schuld von 140 Gebinden Knoblauch.<sup>139</sup> Bēl=upahḫir vermochte seine Schulden nicht termingemäß zu tilgen, und es folgte eine Novation. Am 4. Mai 508 verpflichtete er sich, in fünf Tagen 1 Mine Silber zu zahlen oder statt dessen 61 Kurru (9 245, 2 l) Gerste während der Mahd an Nabū=ahḫē=bullit abzuführen.<sup>140</sup> Die Egibi zweifelten keinen Augenblick an seiner Zahlungsunfähigkeit und berechneten die Gerste von vornherein zu den niedrigsten Preisen des Jahres.

Im September 508 trennten sich Nabū=ahḫē=bullit und Nergal=ušēzib vom Hause Egibi und traten aus dem Geschäft aus. Dajān=bēl=ušur setzte die begonnene Operation fort. Es gelang ihm, Aplā, den dritten Bruder, in Schulden zu verstricken und dessen Parzelle am Kanal des Urukäers bei Šahrin als antichretisches Pfand zu übernehmen. Am 7. Oktober 507

137 CT XXII 73.

138 Dar 309: Šahrin, den 11. 09. 11. Jahr = 26. XII. 511; s. BRL III, S. 33; BAB, S. 37 f. Anm. 28; NPR, S. 121 f. Anm. 377, 381.

139 Dar 345: Babylon, den 2. 01. 13. Jahr = 2. IV. 509.

140 Dar 369: Šahrin, den 15. 01. 14. Jahr = 4. V. 508.

verpflichtete sich Aplā S. des Gimillu, der Pächter dieses Landes, nach der Ernte Datteln als Rente nicht an den Grundbesitzer, sondern an Dajān=bēl=ušur zu liefern.<sup>141</sup>

Das Finale dieses Geschäfts verlief etwa so: Bēl=upahhjr versuchte verzweifelt, der Zahlungspflicht zu entgehen. Er erklärte, er habe die Wechsel über Silber, Gerste, Datteln und einen Ochsen bereits mit Dajān=bēl=ušur abgerechnet. Erneut warf sich Marduk=nāšir=apli zum Verteidiger seines Sklaven auf. Am 13. Dezember 502 zwang er Bēl=upahhjr die Verpflichtung auf, entweder innerhalb von zwei Monaten die Quittungen des Dajān=bēl=ušur vorzuweisen oder zum 17. Februar 501 die Wechsel einzulösen - nunmehr aber nicht dem Sklaven, sondern ihm, Marduk=nāšir=apli.<sup>142</sup> Die Brüder konnten natürlich weder die Quittungen beibringen, noch ihre Schulden tilgen: Sie waren zu Bettlern geworden.

Die Tricks des Dajān=bēl=ušur im Wuchergeschäft und seine Erbarmungslosigkeit zeigt die Geschichte einer anderen Landbesitzerfamilie aus Šahrin. Am 12. November 511 nahm Bēl=iddin S. des Nabū=zēr=ušabši, um sich vom Kriegsdienst in Elam freizukaufen, eine Anleihe bei Dajān=bēl=ušur auf, wobei er sich verpflichtete, ihm innerhalb eines Jahres 30 Kurru (4 546, 8 l) Datteln zu liefern und eine halbe Mine Silber zu zahlen. Als Pfand diente das Gut des Schuldners in der Siedlung Kaprini.<sup>143</sup> Als der Zahlungstermin herangerückt war, konnte Bēl=iddin nicht zahlen. Zum 7. August 507 führte seine Frau Qunnabi T. des Ahhē=iddin 34 Kurru 2 Pān 3 Sūtu (5 229 l) Datteln an Dajān=bēl=ušur zur Tilgung der Schuld des Gatten und der aufgelaufenen Zinsen aus der Rente für ihr Gut in der Siedlung Ḥaširātum für die Jahre 509 und 508 ab.<sup>144</sup> Aber die Schuld des Bēl=iddin wurde davon nicht geringer, sie wuchs in der Folgezeit durch die Zinsen weiter an.

Bēl=iddin war kein einfacher Grundbesitzer, sondern Inhaber eines militärischen Landloses des "Bogenhauses", deshalb mußte er sich vom Kriegsdienst freikaufen. Schließlich verstrickte er sich so in Schulden, daß er sich einer Art Vormundschaft unterziehen mußte. So trieb am 22. September 506 der Beamte Palil=ah=iddin S. des Nabū=ahhē=bulliṭ als Zwangsvollstreckung von seinem Gut eine halbe Mine Silber für das Jahr 506/05 zugunsten der Vertreter der königlichen Verwaltung Nabū=ntō=šarri und Amurru=šarru=kīni sowie auch zugunsten der privaten Gläubiger, also Dajān=bēl=ušur und eines gewissen [...]=apli S. des Ardija, ein. Das Geld wurde von den Unterpächtern des Bēl=iddin eingezogen, also von Idina und dessen Frau Sagga T. des Ēa=kīni.<sup>145</sup> Bald darauf wurde Bēl=iddin die Verfügung über den Besitz ganz entzogen und er selbst für nicht rechtsfähig erklärt. Die Last der Schulden lag nun auf den Schultern seiner Frau Qunnabi und seines Sohnes Nergal=uballiṭ. Am 29. Januar 504 zahlten sie an Dajān=bēl=ušur eine halbe Mine Silber und lieferten 3 Kurru 2 Pān 3 Sūtu (530, 5 l) Gerste. Die Gesamtschuld Bēl=iddin's bestand aus 35 Kurru (5304, 6 l) Datteln und einer halben Mine Silber.<sup>146</sup>

Aber Qunnabi und Nergal=uballiṭ waren gezwungen, immer wieder bei Dajān=bēl=ušur Kredit aufzunehmen. So nahmen sie am 14. März 504 bei ihm eine Anleihe bis zur Ernte auf und verpflichteten sich, 3 Pān 2 Sūtu (101 l) Gerste im Maß des Dajān=bēl=ušur in dessen Haus zu liefern.<sup>147</sup> Das von Dajān=bēl=ušur gesponnene Netz erwies sich als fest, und die Schuldner verstrickten sich immer mehr darin. Ihre Wechsel blieben ungetilgt, und das Haus Egi-bi strich alljährlich einen Teil ihrer Ernte als Zins und Wechselraten ein.

141 Dar 405: Šahrin, den 4. 07. 15. Jahr = 7. X. 507.

142 Dar 509: Babylon, den 8. 09. 20. Jahr = 13. XII. 502; s. BRL IV, S. 17.

143 Dar 308: Šahrin, den 26. 07. 11. Jahr = 12. XI. 511.

144 Dar 400: Šahrin, den 3. 05. 15. Jahr = 7. VIII. 507.

145 Dar 430: Šahrin, den 30. 06. 16. Jahr = 22. IX. 506.

146 Dar 452: Šahrin, den 22. 10. 17. Jahr = 29. I. 504.

147 Dar 452: Šahrin, den 7. 12. 17. Jahr = 14. III. 504.

Ein nächstes Opfer von Dajān=bēl=ušur wurde Ša=Nabū=šū S. des Nabū=ittannu, der am 16. Januar 508 von ihm einen Kredit bekommen hatte und der sich verpflichtete, nach der Ernte 7 Kurru 2 Pān 3 Sūtu (1 136, 7 l) Gerste und 2 Pān 3 Sūtu (75, 8 l) Senf im Maß und in das Haus des Sklaven in der Siedlung Bīt=Ṭābi=Bēl unweit von Šahrin abzuliefern.<sup>148</sup>

Im Archiv der Egibifamilie haben sich einige Briefe von der Hand Dajān=bēl=ušur's an seinen Herrn Marduk=nāšir=apli (Širku) erhalten. In einem Brief berichtete der Sklave von einem gewissen Bēl=eṭir, daß dieser die vom Herrn an einen gewissen Nūr=Šamaš gesandten Schafe ausgewechselt hatte, sowie von einer Sklavin, die er, Dajān=bēl=ušur, durch einen Prozeß gewinnen konnte.<sup>149</sup> In einem anderen Brief schreibt der erkrankte Dajān=bēl=ušur: "Auf mein Auge bin ich geworfen, aus meinem Tore bin ich nicht hinausgegangen" - und gleichzeitig bittet er um fünf Leute für die Knoblauchernnte und um Geld.<sup>150</sup> Aus einem Brief des Irāni an Marduk=šum=ušur (beides Klienten des Hauses Egibi) erfahren wir, daß Dajān=bēl=ušur offenbar in Bīt=Ṭābi=Bēl lebte und dort seine eignen Pflüger und Dattelhaine hatte.<sup>151</sup>

Marduk=nāšir=apli schätzte Dajān=bēl=ušur so sehr, daß er bei der Vermögensteilung der Familie Egibi seinen Bruder Nabū=ahḫē=bulliṭ, den juristischen Eigentümer des Sklaven, zwang, ihm Dajān=bēl=ušur, dessen Frau Nanā=bēl=ušri, ihre Söhne Zababa=iddin, Dajān=iddin, Bēl=gabbi=Bēl=umma und Aḫušunu, ihre Töchter Aḫatsunu und Ḫašdaftum zu verkaufen. Einen Teil des Preises bezahlte Marduk=nāšir=apli in bar, über 2 1/2 Minen 4 Sekel Silber aber stellte er am 6. August 508 dem Bruder einen Wechsel auf etwas über vier Monate aus.<sup>152</sup> So wurde Dajān=bēl=ušur auch im juristischen Sinne Eigentum des Marduk=nāšir=apli, aber nicht auf die Dauer.

Marduk=nāšir=apli erkaufte sich für 42 1/2 Minen Silber zusammen mit seinem Bruder Nabū=ahḫē=bulliṭ für die Jahre 512 und 511 das Recht, den Zehnten von den Inhabern des Tempellandes von Esagila im Gebiet von Šahrin einzutreiben, der in Form von Knoblauch eingefordert wurde. 510 zogen sie Marduk=nāšir S. des Marduk=ušallim als dritten Partner ins Geschäft.<sup>153</sup> Ganz unerwartet scheiterte das Unternehmen jedoch. Es scheint, daß die Partner des Marduk=nāšir=apli ausgestiegen waren, während dieser jedoch keinesfalls aufgeben wollte. Schließlich handelte es sich um Knoblauch, eines der Grundnahrungsmittel der babylonischen Bevölkerung. Die unmittelbare Eintreibung des Zehnten oblag Dajān=bēl=ušur. In einem Brief an seinen Herrn berichtet er zunächst über Lämmerlieferungen für die Šamaš=Opferhandlungen und fährt dann fort: "Was den Zehnten des Knoblauches des Verwalters anlangt, die der Herr empfangen hat, so stehen die Besitzer der Felder, nachdem sie gekommen sind, da, also sprechend: 'Ist der Verwalter unserer Felder für Silber verkauft worden?' Beinahe wäre ich dabei verprügelt worden, und wenn der Herr gesagt hat also: 'Warum hast du keinen Boten geschickt und das Land vermessen?', so habe ich dir deswegen keinen geschickt, ein eigner Bote von dir möge hin und her gehen".<sup>154</sup> Die Landinhaber hatten sich also über die hinter ihrem Rücken mit dem Hause Egibi getroffenen Abmachungen empört.

148 Dar 360; Bīt=Ṭābi=Bēl, den 29. 10. 13. Jahr = 16. I. 508.

149 CT XXII 82.

150 CT XXII 83.

151 CT XXII 243.

152 Dar 376; Babylon, den 21. 04. 14. Jahr = 6. VIII. 508.

153 Dar 315; Šahrin, den 21. 12. 11. Jahr = 3. IV. 510.

154 Pinches, Th. G., Inscribed Babylonian Tablets in the Possession of Sir Henry Peek, Part IV, London 1894, S. 93 f., Nr. 22; Ebeling, E., Glossar zu den neubabylonischen Briefen, München 1953, S. 258 f.

Das Unternehmen war rühmlos geplatzt, und Marduk=našir=apli erlitt einen großen Verlust. Er stand vor dem Bankrott.<sup>155</sup> Seine Frau Amti=Baba T. des Kalbā N. des Nabaja half ihm und stellte ihm ihr gesamtes Vermögen und ihre Mitgift zur Verfügung: 30 Minen Weißsilber, 2 Minen Gold, 5 Minen Reinsilber, 10 Armabänder; sie gestattete ihm sogar, ihre persönlichen Diener - den Sklaven Nabū=ittija und die Sklavin Nanā=kilili=ušri - zu verkaufen. Am 31. Mai 506 übertrug Marduk=našir=apli als Ausgleich seinen Anteil am Gut Bīt=rab=kāšir am Ṭupāšu=Kanal sowie den Sklaven Dajān=bēl=ušur mit seiner ganzen Familie und der Sklavin Kāširtum auf den Namen seiner Frau.<sup>156</sup> Als einer der Zeugen taucht dabei Libluṭ (Nabū=ahḫe=bullit) auf, also der ehemalige Herr von Dajān=bēl=ušur.<sup>157</sup> So wurde Dajān=bēl=ušur juristisches Eigentum der Frau seines faktischen Herrn.

Die Hilfe der Frau konnte Marduk=našir=apli jedoch nicht retten. Er erhielt keinen Kredit mehr und kam dadurch nicht aus den Geldschwierigkeiten heraus. Da fand sich Amti=Baba zu einem neuen Opfer bereit. Am 20. September 506 verkaufte sie Dajān=bēl=ušur und seine Familie sowie die Sklavin Kāširtum für 24 Minen Silber an den reichen Geschäftsmann Marduk=bēlšunu S. des Ardi=Marduk N. des Priesters des Gottes Ēa.<sup>158</sup> Statt Bargeld erhielt sie jedoch einen Wechsel, und als die Situation sich zu ihren Gunsten verändert hatte, erklärte Amti=Baba am 27. März 505 den für sie unvorteilhaften und erzwungenen Verkauf der Sklaven für ungültig.<sup>159</sup> Marduk=našir=apli hatte nämlich unerwartet einen Gläubiger gefunden: Der königliche Beamte Šarru=dūru stellte ihm am 27. März 505 eine Anleihe von 45 Minen Silber auf 3 1/2 Monate unter Verpfändung eines Gutes in der Siedlung Šuppatum und des Sklaven Dajān=bēl=ušur mit seiner Familie zur Verfügung; bei Nichteinhaltung galt das Verpfändete als für 55 Minen Silber an den Gläubiger verkauft.<sup>160</sup> Marduk=našir=apli aber gelang es, die Schuld termingerecht zu bezahlen, Dajān=bēl=ušur und seine Verwandten blieben Eigentum des Hauses Egibi.

Ungeachtet dieser Schicksalsschläge widmete sich Dajān=bēl=ušur weiter seinen Geschäften in Šahrin und nannte sich auch weiterhin "Knecht des Marduk=našir=apli", obwohl sein juristischer Herr von 526 - 508 Nabū=ahḫe=bullit und ab 506 Amti=Baba war. Die Nachrichten über Dajān=bēl=ušur brechen Ende des Jahres 502 ab.<sup>161</sup> Bald darauf starb er wahrscheinlich, oder er ging auf das "Altenteil", da im Jahre 500 die Güter der Familie Egibi im Gebiet von Šahrin, insbesondere aber das Gut Bīt=rab=kāšir bereits von dem Sklaven Šēpē=Bēl=ašbat, dem Schüler des Dajān=bēl=ušur, verwaltet wurden.

Der zweite Sohn des Dajān=bēl=ušur, Dajān=iddin, trat in die Fußstapfen des Vaters. Wir kennen bereits seine Rolle als Agent der Herren zusammen mit seinem Bruder Zababa=iddin. Am 18. August 512 pachtete Dajān=iddin bei seinem Herrn Marduk=našir=apli auf fünf Jahre ein Gut in der Siedlung Litāmu, dessen Eigentümerin Amti=Baba war.<sup>162</sup> 508 gewann er in dem Sklaven Itti=Nabū=guzu (Guzānu), der 522 vom Hause Egibi erworben war, einen Pachtpartner.<sup>163</sup>

Šēpē=Bēl=ašbat begann als Verwalter der Häuser seines Herrn in Babylon eine selbständige Tätigkeit. Er kassierte Mietgelder von den Mietern. Zu seiner Verfügung stand der Agent

155 Vgl. Dar 366, 453, 472.

156 Vgl. Dar 379, Vs. 23.

157 Pinches, Th. G., A Babylonian Dower=Contract, in: The Babylonian and Oriental Record, Bd. II, Nr. 1, London 1887/1888, S. 1 - 8.

158 Vgl. Dar 205, 206, 268, 280, 286, 294, 207, 318, 321, 325, 330, 331, 334, 339, 356, 376, 449, 450; TCL XIII 190.

159 Dar 429: [Babylon, den 10. 12.] 16. Jahr = 27. III. 505; vgl. TCL XIII 193.

160 TCL XIII 193; 10.12<sub>2</sub>. 16. Jahr des Darius I. = 27. III. 505.

161 Das letzte bekannte Dokument: Dar 509 (13. XII. 502).

162 Dar 273: Babylon, den 19. 05. 10. Jahr = 18. VIII. 512.

163 Dar 384: Siedlung des Nabū=ēreš, den 27. 08. 14. Jahr = 10. XII. 508; vgl. Liv 22.



Nidintum=Bēl S. des Damqija N. des Nādīnšē.<sup>164</sup> Außerdem verwaltete Šēpē=Bēl=ašbat die Egibigüter am Neuen Oberen Kanal<sup>165</sup>, in Šuppatum<sup>166</sup> sowie Bīt=rab=kāšir, das früher sein Meister Dajān=bēl=ušur verwaltet hatte<sup>167</sup>. Er trieb die Rente ein und führte die Abrechnungen mit den Teilhabern seines Herrn.<sup>168</sup> Auch hier hatte er in den Sklaven Ilē=pi=ušur und Rībat ihm unterstellte Agenten.<sup>169</sup> Bei der Vermögensteilung der Egibi im Jahre 508 befehlt Marduk=nāšir=apli den Sklaven Šēpē=Bēl=ašbat, seine Frau Mušēzibtum, ihre Söhne Nabū=aj=ittannu und Balātu sowie auch die Sklavinnen Kubbutum (offenbar die Mutter des Šēpē=Bēl=ašbat) und Lūbalāt (die Schwester des Šēpē=Bēl=ašbat), deren Mann Šamaš=ittija, ihre Söhne Bēl=lūmur, Šamaš=rīmanni, Bēl=bullīṣu, Ulūlaja und ihre Töchter Lamagirtum und Hilipunitum bei sich.<sup>170</sup>

Marduk=nāšir=apli schätzte Šēpē=Bēl=ašbat sehr, aber nur als notwendigen und nützlichen Gegenstand, den man im Notfall auch opfern konnte, ohne die Gefühle des Sklaven zu beachten. Als er Geld brauchte, verkaufte Marduk=nāšir=apli für 3 Minen Silber den Sklaven Bēl=lūšulmu und die Sklavin Lūbalāt an Bēl=ibni S. des Šāpik=zēri N. des Priesters des Gottes Ēa zu Pfandbedingungen mit dem Recht der Einlösung, wobei er weder auf Šēpē=Bēl=ašbat noch auf Lūbalāt's Mann und Kinder Rücksicht nahm. Der Rückkaufstermin lief am 2. Mai 510 ab. Marduk=nāšir=apli zahlte das Geld erst an diesem Tage zurück und fertigte die Quittung dafür erst zwei Tage später aus.<sup>171</sup> Man braucht wohl kaum davon zu sprechen, was Lūbalāt und Šēpē=Bēl=ašbat dabei ausgestanden haben.

Einer ähnlichen Qual war Šēpē=Bēl=ašbat's Frau Mušēzibtum ausgesetzt, die Marduk=nāšir=apli am 16. Januar 498 als antichretisches Pfand an seinen Gläubiger Ḥašdā S. des Nabū=mukīn=zēri N. des Babūtu übergeben hatte, wobei er sich verpflichtete, sie für die Zeit der Verpfändung zu kleiden und für sie pro Tag 3 Ka (2, 5 l) Gerste als Abgabe zu zahlen, falls sie sich an einen anderen Ort begibt.<sup>172</sup> Diese Bedingung ist recht interessant: Der Gläubiger hatte also nichts dagegen, daß Mušēzibtum sich bei ihrer Familie "an einem anderen Ort" aufhielt, wofür aber ebenso natürlich nicht der Herr bezahlte, sondern ihr Mann Šēpē=Bēl=ašbat. In der Folge muß Mušēzibtum zurückgekauft worden sein, da der Wechsel in das Archiv der Egibi zurückgeführt worden ist; es hat sie aber offenbar Šēpē=Bēl=ašbat, nicht ihr Herr, zurückgekauft. So erleichterte Marduk=nāšir=apli den Geldbeutel seines Sklaven gründlich, indem er ihn durch den drohenden Verlust der Frau zwang, seine, des Herrn, Schulden zu bezahlen.

Vor unseren Augen zog das Schicksal einiger Sklaven des Hauses Egibi vorüber. Sie können für die Lage der Hauptmasse der babylonischen Sklaven im 6. Jahrhundert v. u. Z. keinesfalls als charakteristisch gelten, aber ihr Status war ebensowenig eine Ausnahme. Die soziale Differenzierung der Sklaven ist für die Neubabylonische Gesellschaft eine typische Erscheinung.<sup>173</sup> Das wesentliche Moment dieses Prozesses bestand in der Herausbildung einer eigenartigen Elite unter den Sklaven, die im Vergleich zur übrigen Masse der Sklaven eine privilegierte Stellung einnahm.

164 Dar 271; Babylon, den 15. 05. 10. Jahr = 14. VIII. 512; Dar 424; Babylon, den 25. 05. 16. Jahr = 18. VIII. 506.

165 Dar 313; Neuer Oberkanal, den 3. 12. 11. Jahr = 16. III. 510.

166 Dar 362; Šuppāt, den 24. 11. 13. Jahr = 14. II. 508; s. KB IV, S. 306, VI.

167 Dar 542/534; 20. 03. 22. Jahr = 9. VI. 500.

168 Dar 392, Vs. 7 - 10.

169 Dar 362, 379 (Vs. 19 - 20, Rs. 45), 454, 461.

170 Dar 379, Vs. 14 - 17.

171 Dar 319; Babylon, den 22. 01. 12. Jahr = 4. V. 510.

172 Dar 575; Babylon, den 15. 10. 23. Jahr = 16. I. 498.

173 Beljanskij, V. A., Simptomy krizica rabovladel' českogo stroja v Novom Vavilone, a. a. O., S. 55 - 59; derselbe, Vavilon legendarnyj i Vavilon istoričeskij, a. a. O., S. 218 - 251.

Wenn man über solche Sklaven wie Nabū=utirri, Miṣatum, Nergal=rišūa, Nabū=ajālu, Dajān=bēl=uṣur und Šēpē=Bēl=ašbat liest, so erinnert man sich unwillkürlich jener Sätze, die anderthalb Jahrhunderte später über die athenischen Sklaven geprägt wurden: "Wenn sich jedoch jemand wundert, daß man hierzulande (in Athen - V. B.) den Sklaven erlaubt, sich zügellos zu benehmen, einige von ihnen sogar ein luxuriöses Leben führen, so wird sich zeigen, daß hierbei Absicht waltet. Tatsächlich sollen in einer Seemacht die Sklaven für Geld dienen, damit ich von dem, was sie erarbeiten, Abgaben erheben kann und sie schließlich freilasse. Wo es reiche Sklaven gibt, ist es aber nicht mehr vorteilhaft, wenn mein Sklave dich fürchtet" ([Xen.], Ath. pol., I, 11).

Die babylonischen Sklavenhalter, zum Beispiel die Egibi, stellten nicht nur ähnliche Überlegungen an, sondern machten sie auch zum Leitfaden ihrer praktischen Tätigkeit. Was in Hellas um die Wende des 5. zum 4. Jahrhundert noch Erstaunen erregte, wundert im Babylon des 6. Jahrhunderts v. u. Z. niemanden. Dafür aber haben wir es auch mit Babylon der Zeit des Tohuwabo zu tun, nicht aber mit Athen der Perikleszeit oder Korinth, von Theben oder Lakedaimon ganz zu schweigen. Nicht die Menschlichkeit der Herren, sondern ihre materielle Interessiertheit, ihr nüchterner Geschäftssinn führten zur weiten Verbreitung einer Abgabesklaverei, auf deren Boden auch die Sklavenelite des Hauses Egibi erwachsen ist.

Diese geschäftstüchtigen Sklaven blieben im juristischen Sinne Sklaven, "lebendiges Eigentum", eine Ware, die man kaufen und verkaufen, verschenken und vererben sowie verpfänden konnte. Sie blieben Ausbeutungsobjekte ihrer Herren und brachten ihnen solide Einkünfte. Gleichzeitig hörten sie aber auf, im ökonomischen Sinne Sklaven zu sein. Selbst Ausgebeutete, waren sie Ausbeuter sowohl von Sklaven als auch von freien babylonischen Bürgern. Sie verfügten über ein Vermögen, wie es die Mehrzahl der freien Babylonier nicht besaß. Das babylonische Recht erkannte diese Erscheinungsform an. Der Sklave wird zur juristischen Person, schließt sogar mit dem eigenen Herrn Kontrakte. Im Bereich des Privatrechts ist er dem freien Bürger fast gleichgestellt. Aber "fast" bedeutet nicht "ganz".

Der Sklave blieb rechtlich vor allem durch seinen Herrn beschränkt, dem sein gesamtes Vermögen gehörte und der auch bei Geschäften mit dritten Personen, besonders in Konfliktsituationen, hinter ihm stand. Der Sklave konnte daher zwar verschiedenste Arten von Vermögen erwerben, aber es findet sich kein Fall, daß er Boden, Häuser oder Sklaven verkauft hatte. Seine Rechte als juristische Person blieben eng begrenzt, was nicht den Interessen des Sklaven selbst, sondern denen der Sklavenbesitzer entsprach.

Dem Differenzierungsprozeß, der den fortschreitenden Zerfall der Klassenstruktur der neubabylonischen Gesellschaft zum Ausdruck bringt, waren also nicht nur die Freien, sondern auch die Sklaven unterworfen. Dabei ist interessant, daß dieser Prozeß sich nicht nur durch die Verwischung der Grenzen zwischen den Sklaven und den freien werktätigen Armen, sondern auch auf dem Wege der Aufnahme der Sklavenelite in die Reihen der Ausbeuterklassen vollzieht.

von Hans-Heinrich Müller

Wenn am 13. Dezember 1972 die fortschrittliche Welt Heinrich Heines 175. Geburtstag begeht, Abordnungen vieler Länder an seinem Grabe auf dem Montmartre des "kühnen Streiters, der seine Kräfte und sein Talent dem Dienst der ganzen Menschheit gewidmet hat", gedenken, wenn die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik und die Partei der selbst Macht gewordenen Arbeiterklasse auf einem Staatsakt die einzigartige Bedeutung Heinrich Heines im nationalen deutschen Kulturerbe würdigen und der Minister für Kultur die Verleihung des Heinrich-Heine-Preises vornimmt, wenn Verlage neue Ausgaben der Werke Heines vorlegen oder ankündigen und die Vertreter der Literaturgeschichte Lyrik und Prosa des berühmten Dichters der Mitwelt aufs neue erschließen, dann haben auch wir Wirtschaftshistoriker allen Anlaß, uns auf Heinrich Heine zu besinnen.

Heinrich Heine - das ist der Dichter des "Buchens der Lieder". Wer kennt sie nicht, die Perlen deutscher Lyrik, die ironisch-funkelnden, spöttischen, rebellisch-bekennnishaften Verse, die Volkslieder, vertont von den größten Komponisten: Schubert, Schumann, Tschaikowski, Wolf, Rachmaninow, Rimski-Korsakow, Liszt, Borodin... ?

Heinrich Heine - das ist der Schöpfer der "Reisebilder", in denen sich mit stimmungsvollen Mitteln gestaltete, tiefempfundene Naturschönheit mit dichterischen Visionen abwechselte; es ist eine Prosa, die nach seinen Worten "eine Mischung von Naturschilderung, Witz, Poesie, Washington Irvingscher Beobachtung" ist, gewonnen auf seinen unruhigen Wanderungen zwischen Hamburg und München, Genua und London, Berlin und Posen, getränkt mit gesellschaftlich-politischen Satiren, gewürzt mit Aphorismen von kritischer Schärfe, von einer demokratischen Weltanschauung kündend, die gegen die bestehenden Zustände, gegen Adel, Pfaffen, Feudalismus, gegen Spießbücherei, Kriechertum und "Geldadel" revoltiert.

Heinrich Heine - das ist der subjektivste aller deutschen Dichter, aber das ist auch der größte politische Dichter Deutschlands im 19. Jahrhundert, der revolutionäre Kämpfer, das ist der Dichter der "sozialen Frage" - eine Erkenntnis, uns seit langem bekannt, doch viel zuwenig in uns lebendig.

Wenn einst Shakespeare von den Brettern des Londoner Globe-Theaters verkündete:

Wahrhaft groß sein, heißt  
nicht ohne großen Gegenstand sich regen -,

so war gewiß bei Heine die soziale Wirklichkeit und die soziale Frage der große Gegenstand, an dem er seine gesellschaftlichen Einsichten gewann, die großen historischen Zusammen-

<sup>+</sup> Überarbeiteter Vortrag, gehalten im Institut für Wirtschaftsgeschichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, Dezember 1972.

hänge und Bewegungslinien aufspürte, an dem er sich zu der Entscheidung durchrang, das Schwert für den "Befreiungskrieg der Menschheit" zu ergreifen.

Es war ja auch ein "soziales" Zeitalter, durch das der Lebensbogen Heines führte. Es ist gleichsam eingerahmt von dem Sturm auf die Bastille, der ein neues Weltzeitalter anzeigte und fortan den Lauf der Geschichte bestimmte, und der ersten großen Weltwirtschaftskrise, die von Amerika heraufzog und von Marx vorausgesagt wurde, deren Schatten sich ein Jahr vor ihrem Ausbruch, in dem Todesjahr Heines, über Europa senkten.

Und wie ereignisreich waren diese Dezennien; Zerfall der Feudalordnung, Agrarreform, preußischer Weg in der Landwirtschaft, Industrielle Revolution. Kohle, Dampf und Eisen erobern die Produktion, Schienen und Lokomotiven verbinden das Land, bringen die Länder einander näher. Fabriken entstehen, Aktiengesellschaften werden gegründet, der wirtschaftliche Fortschritt ist nicht mehr aufzuhalten, so daß noch Goethe an seinem Lebensabend an Zelter schreiben kann: "Reichtum und Schnelligkeit ist, was die Welt bewundert." Großbauern, Gutsbesitzer, Fabrikherren verwandeln sich in moderne Ausbeuter; Bauern, Handwerker und Gesellen werden aus ihrer traditionellen Lebensbahn geschleudert - die soziale Struktur der Gesellschaft ändert sich von Grund auf.

Der Kapitalismus entwickelt die Produktivkräfte und verschlechtert im raschen Tempo den Lebensstandard der Bevölkerung. Während der Bourgeoisie die Reichtümer anhäuft, ist das Leben der Arbeiter, Gesellen und der Landarmut ein fortdauerndes Hungern. Aber wie sich die neuen Produktivkräfte gegen die alten, ja auch schon gegen die modernen Produktionsverhältnisse empören, empören sich auch die ausgebeuteten Massen. "Arbeit und Brot" ist ihr Schrei in den Hungerrevolten von Lyon, Paris, London und Berlin - Wetterleuchten nahender Revolution. Er hallt wider in der Julirevolution von Paris, in den revolutionären Bewegungen in Belgien, Italien, der Schweiz und Polen; er ist nicht zu überhören in der Revolution von 1848, die so große Hoffnungen erweckte und Enttäuschungen bescherte.

Doch aus den hungernden Massen, aus den Reihen der Geschundenen und Ausgebeuteten entwickelt sich das moderne Proletariat, dessen historische Rolle von Heine geahnt und von Marx und Engels im "Kommunistischen Manifest" begründet wird.

Das Erscheinen des "Kommunistischen Manifestes" war ein Ereignis von Rang in der Epoche, die auch von Heine geprägt wurde. Es ist eine der wenigen ganz großen gesellschaftsprogrammatischen Schriften der Menschheit. Marx und Engels entwerfen darin die Strategie des Klassenkampfes und die Umrisse der Diktatur des Proletariats. Mit hinreißender Bildhaftigkeit, in knappen Zügen entrollen sie eindringlich ein Jahrhunderte umspannendes Geschichtsbild, enthüllen sie das Profil der neuen Klasse, welche die geschichtliche Bühne betritt. Der ganze Marxismus steckt in dieser kleinen, aber nichtsdestoweniger ungeheuer wichtigen Schrift: der Klassenkampf, der dialektische Materialismus, das Verhältnis von Sein und Bewußtsein, die Rolle der kommunistischen Partei als einer revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse.

Gleich im ersten Abschnitt des "Manifestes" stellen Marx und Engels fest: "Unsere Epoche, die Epoche der Bourgeoisie, zeichnet sich jedoch dadurch aus, daß sie die Klassengegensätze vereinfacht hat. Die ganze Gesellschaft spaltet sich mehr und mehr in zwei große feindliche Lager, in zwei große, einander direkt gegenüberstehende Klassen: Bourgeoisie und Proletariat."

Was Marx und Engels hier in so einfacher, aber auch so großartiger Weise aussprechen, war das Resultat wissenschaftlicher und gesellschaftlicher Einsicht und Erfahrung, eine Erkenntnis, die sie aus der Anwendung des von ihnen geschaffenen dialektischen und historischen Materialismus gewannen. Auch Heine erkannte die Spaltung der Gesellschaft in zwei große Klassen, wiewohl er sie anders und als Dichter sah. Bereits 1821 schrieb er im düsteren "Ratcliff", seinem zweiten, jugendlichen Drama, durchaus noch ein "romantisches"

Werk und auch dramatisch schwach, von dem er aber dreißig Jahre später sagte, es gehöre "als eine bedeutsame Urkunde zu den Prozeßakten" seines Dichterlebens:

"... Robin ist

Ein Mann, und einen Mann ergreift der Zorn,  
Wenn er betrachtet, wie die Pfennigseelen,  
Die Buben, oft im Überflusse schwelgen,  
In Samt und Seide schimmern, Austern schlürfen,  
Sich in Champagner baden, in dem Bette  
Des Doktors Graham ihre Kurzweil treiben,  
In goldnen Wagen durch die Straßen rasseln,  
Und stolz herabsehn auf den Hungerleider,  
Der, mit dem letzten Hemde unterm Arm,  
Langsam und seufzend nach dem Leihhaus wandert.  
Oh, seht mir doch die klugen, satten Leute,  
Wie sie mit einem Walle von Gesetzen,  
Sich wohlverwahret gegen allen Andrang  
Der schreiend überläßt 'gen Hungerleider!  
Weh' dem, der diesen Wall durchbricht!  
Bereit sind Richter, Henker, Stricke, Galgen..."

So Ratcliff, der Held des Dramas. Und Heine läßt darauf Tom, den Wirt einer Diebesherberge, antworten:

"So dacht' ich auch, und teilte ein die Menschen  
In zwei Nationen, die sich wild bekriegen;  
Nämlich in Satte und in Hungerleider ...  
Wahrhaftig, das ist nur ein Hundeleben!  
Man wird durch Busch und Feld gehetzt wie'n Wild,  
In jedem Baume sieht man einen Häscher,  
Und sitzt man auch in still verborg'ner Kammer,  
Erschrickt man, wenn die Tür sich öffnet."

Als Heine viele Jahre später sein jugendliches Drama erneut veröffentlichte, bemerkte er, welche Bedeutung solche frühen Erkenntnisse für seine weitere Entwicklung gehabt haben: "Der junge Autor ... spricht ... im Ratcliff eine wache, mündige Sprache und sagt unverhohlen sein letztes Wort ... Am Herde des ehrlichen Tom im Ratcliff brodelte schon die große Suppenfrage..."

Aber sie brodelte im Drama erst auf schwachem Feuer. Heine empfand zwar die sozialen Ungerechtigkeiten, klagte sie an, doch eine klare Stellung in gesellschaftlich-politischen Fragen hatte er noch nicht gewonnen. Doch in der gefühlsbetonten und gefühlsrealistischen Gegenüberstellung von Satten und Hungerleidern zeichnete sich schon ab, daß die großen Zeitauseinandersetzungen mehr und mehr um einen neuen Inhalt, um den Kampf zwischen Besitzenden und Besitzlosen gehen würden.

Hatte Heine in seinem dramatischen Versuch, dessen künstlerische Gestaltung mißlungen war, die "große Suppenfrage" noch sehr unvollkommen erfaßt, so wächst sein Verständnis für die sozialen Probleme der Zeit, je mehr er Anteil am gesellschaftlichen Leben nimmt, je tiefer er in die Geschichte dringt, je mehr er sich von den Ideen des bürgerlichen Liberalismus trennt und den Übergang zum revolutionären Demokratismus vollzieht. Schon in seiner 1823 im Berliner "Gesellschafter" erschienenen Schrift "Über Polen", in der er die Eindrücke einer Reise in den von Preußen annektierten Teil Polens verarbeitete, überrascht er mit erstaunlich gereiften gesellschafts- und sozialkritischen Gedankengängen. Seine Sympathie für den nationalen Freiheitskampf hinderte Heine nicht, die Rolle des polnischen Adels, der die Führung der nationalen Bewegung an sich gerissen hatte, und die Lage der Bauernschaft kritisch einzuschätzen. Schon die ersten Sätze lassen aufhorchen: "Von den Menschen

hab ich sehr viele und aus allen Teilen Polens kennengelernt. Diese waren freilich meistens nur Edelleute, und zwar die vornehmsten. Aber wenn auch mein Leib sich bloß in den Kreisen der höheren Gesellschaft, in dem Schloßbann der polnischen Großen bewegte, so schweifete der Geist doch oft auch in den Hütten des niederen Volkes. Hier haben Sie den Standpunkt für die Würdigung meines Urteils über Polen."

Die sozialen und gesellschaftlichen Interessen der Volksmassen, das ist sein Standpunkt, das ist die Elle, mit der Heine nunmehr sein ganzes Leben lang die gesellschaftlichen Verhältnisse messen wird.

Eindrucksvoll schildert Heine die elende Lage der polnischen Bauernschaft: "Den traurigsten Anblick geben die polnischen Dörfer: niedere Ställe von Lehm, mit dünnen Latten oder Binsen bedeckt. In diesen lebt der polnische Bauer mit seinem Vieh und seiner übrigen Familie. . .", und er empört sich über die Unterwürfigkeit des Bauern gegenüber den Adligen: "Wer den Gehorsam personifiziert haben will, sehe einen polnischen Bauern vor seinem Edelmann stehen; es fehlt nur der wedelnde Hundeschweif. Bei einem solchen Anblick denke ich unwillkürlich; und Gott erschuf den Menschen nach seinem Ebenbilde - und es ergreift mich ein unendlicher Schmerz, wenn ich einen Menschen vor einem andern so tief erniedrigt sehe. . ."

Indem Heine auf diese furchtbaren und unwürdigen Verhältnisse hinweist, deckt er aber auch auf, daß der polnische Adel trotz aller Freiheitslosungen nicht daran dachte, die Leibeigenschaft aufzuheben, deren Vernichtung doch die unerläßliche Voraussetzung für einen siegreichen Befreiungskampf des polnischen Volkes bildete. "Das Wort Freiheit, das so schön und volltönig in der polnischen Geschichte durchklingt, war nur der Wahlspruch des Adels. . . , um seine eigene Macht zu vergrößern." Heine hatte bereits begriffen, daß ohne Lösung der sozialen Frage der nationalen Bewegung auf die Dauer kein Erfolg beschieden ist, denn "die Freiheiten müssen untergehen, wo die allgemeine gesetzliche Freiheit gedeihen soll". Die Aufrechterhaltung der Ausbeutung der Bauern durch den polnischen Adel war daher auch eine der Ursachen der Niederlage des polnischen Freiheitskampfes in den dreißiger Jahren.

In den Ansichten über Polen, die ihn "bei den Baronen und Grafen sehr verhaßt gemacht" haben, lebt die Überzeugung, daß die revolutionäre Überwindung des Feudalismus die historische Aufgabe seiner Zeit war. Er hat sie in der "Reise von München nach Genua" (1830), vor allem im 29. Kapitel, in dem Heine zum ersten Mal ein klares Bekenntnis seiner revolutionären Auffassung ablegt, näher ausgeführt: "Jede Zeit hat ihre Aufgabe, und durch die Lösung derselben rückt die Menschheit weiter. Die frühere Ungleichheit, durch das Feudalsystem in Europa gestiftet, war vielleicht notwendig oder notwendige Bedingung zu den Fortschritten der Zivilisation; jetzt aber hemmt sie diese, empört sie die zivilisierten Herzen. Die Franzosen, das Volk der Gesellschaft, hat diese Ungleichheit, die mit dem Prinzip der Gesellschaft am unleidlichsten kollidiert, notwendigerweise am tiefsten erbittert, sie haben die Gleichheit zu erzwingen gesucht, indem sie die Häupter derjenigen, die durchaus hervorstachen wollten, gelinde abschnitten, und die Revolution ward ein Signal für den Befreiungskrieg der Menschheit."

Für diesen Befreiungskrieg, für den Kampf gegen die feudalreaktionären Kräfte und Mächte, gegen die "Pfaffen und Aristokraten", die Hauptpfeiler der feudalen Ordnung in Deutschland, hat Heine leidenschaftlich gestritten und gelitten. Er haßte die "schamlose Reaktion, die sich nur durch einen Zug von Furchtsamkeit und Schwäche auszeichnete", wie Engels die herrschenden Gewalten in den "Deutschen Zuständen" charakterisierte. Mit seinen Versen und seiner Prosa setzte sich Heine für die restlose Zerschlagung des Feudalabsolutismus, insbesondere in seiner preußischen Prägung, ein, weil sonst die "Emanzipation des Volkes" unmöglich ist. "Alle Konstitutionen, selbst die beste, können uns nicht helfen, solange nicht das ganze Adeltum bis zur letzten Wurzel zerstört ist."

Welche Schärfe, welche Entschiedenheit, welche revolutionäre Einsicht und Voraussicht spricht aus diesen Worten; und wie weit war er schon von der liberalen Bourgeoisie entfernt, die um ihres Profites willen bereit war, mit den feudalabsolutistischen Mächten einen Kompromiß einzugehen.

Wenn Heine in der Vernichtung der feudalabsolutistischen Gesellschaftsordnung die notwendige Voraussetzung für den gesellschaftlichen Fortschritt erblickt, entdeckt er aber auch schon die ersten Anzeichen der Disharmonie bei den Trägern der kommenden bürgerlichen Lebensordnung oder in der kapitalistischen Gesellschaft überhaupt. Geschah jedoch die kritische Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie in den "Bädern von Lucca" (1830), jenen "Reisebildern", die er seinem Waffenbruder Karl Immermann, dem einzigen bedeutenden deutschen Romanschriftsteller der Industriellen Revolution, widmete und in denen die Bourgeoisie nur in den Gestalten des Baron Gumpel und des Lotteriekollekteurs Hirsch-Hyacinth verkörpert ist, noch auf ironische, witzige, geistreiche Art, wenn auch glänzend, aber keineswegs tiefschürfend, so ist die Schilderung seiner englischen Reiseerlebnisse eine schonungslose Enthüllung kapitalistischer Wirklichkeit. Nach England gekommen, um den bürgerlichen Parlamentarismus, das demokratische Staatswesen zu studieren, mußte er erleben, daß hinter der vielgerühmten bürgerlichen Freiheit Englands religiöse Intoleranz, puritanische Nüchternheit, "kolossale Einförmigkeit, ... maschinenhafte Bewegung" hervorlugten. "Schickt einen Philosophen nach London, beleiße keinen Poeten!", schreibt er rückblickend in den "Englischen Fragmenten" (1831). Der Anblick der Armut, des Elends, der Profitmacherei, eben die "klassischen Proletariatszustände", wie sie Engels in "Die Lage der arbeitenden Klasse in England" bezeichnete, mußten auf einen Poeten, zudem noch von empfindsamer Natur, erschütternd wirken. Heine verglich das Massenelend mit dem verlustreichen Übergang des zurückflutenden Heeres Napoleons I. über die Beresina im Jahre 1812: "Das Bild aber, welches ich an der Ecke von Cheapside angaffte, war der 'Übergang der Franzosen über die Beresina'. Als ich, aus dieser Betrachtung aufgerüttelt, wieder auf die tosende Straße blickte, wo ein buntscheckiger Knäul von Männern, Weibern, Kindern, Pferden, Postkutschen, darunter auch ein Leichenzug, sich brausend, schreiend, ächzend und knarrend dahinwälzte; Da schien es mir, als sei ganz London so eine Beresinabrücke, wo jeder in wahnsinniger Angst, um sein bißchen Leben zu fristen, sich durchdrängen will, wo der kecke Reuter den armen Fußgänger niederstampft, wo derjenige, der zu Boden fällt, auf immer verloren ist, wo die besten Kameraden fühllos einer über die Leiche des andern dahineilen und Tausende, die, sterbensmatt und blutend, sich übergebens an den Planken der Brücke festklammern wollten, in die kalte Eisgrube des Todes hinabstürzen."

In England, wo "überall ... Reichtum und Vornehmheit" starrt und "hineingedrängt in abgelegene Gäßchen und feuchte Gänge ... die Armut mit ihren Lumpen und ihren Tränen" wohnt, wo das nackte Profitinteresse und der gefühllose Egoismus herrschte und die menschlichen Werte in Grund und Boden gestampft wurden, da verlor Heine seine Illusionen über die kapitalistische Ordnung. Er fand nur einen Marktplatz voller tiefer gesellschaftlicher Widersprüche, die übrigens auch für Amerika - wie seine "Briefe aus Helgoland" belegen - kennzeichnend seien, dessen herrschender Klasse er bescheinigt: "Der weltliche Nutzen ist ihre eigentliche Religion, und das Geld ist ihr Gott, ihr einziger allmächtiger Gott. Freilich, manches edle Herz mag dort im stillen die allgemeine Selbstsucht und Ungerechtigkeit bejammern. Will es aber dagegen ankämpfen, so harret seiner ein Märtyrium, das alle europäischen Begriffe übersteigt."

1831 verließ Heine Deutschland, um nach Frankreich überzusiedeln. Die deutschen Verhältnisse bedrückten ihn, die spießbürgerliche Enge, die Zensurschwierigkeiten, der Adel: "Armes, unglückliches Vaterland! welche Schande steht dir bevor, wenn du sie erträgst, diese Schmach! welche Schmerzen, wenn du sie nicht erträgst! Nie ist ein Volk von seinen Machthabern grausamer verhöhnt worden ... Eine Handvoll Junker, die nichts gelernt haben als

ein bißchen Roßtäuscherel, Volteschlagen, Becherspiel oder sonstige plumpe Schelmenkünste, womit man höchstens nur Bauern auf Jahrmärkten übertölpeln kann; diese wähen, damit ein ganzes Volk betören zu können, und zwar ein Volk, welches das Pulver erfunden hat und die Buchdruckerei und die 'Kritik der reinen Vernunft'. Er war Anfeindungen ausgesetzt, die "ungesunde Luft" vertrug er nicht, vor allem aber haßte er Preußen: "Ich traute nicht diesem Preußen, diesem langen, frömmelnden Gamaschenheld mit dem weiten Magen und mit dem großen Maule und mit dem Korporalstock, den er erst in Weihwasser taucht, ehe er damit zuschlägt. Mir mißfiel dieses philosophisch-christliche Soldatentum, dieses Gemengsel von Weißbier, Lüge und Sand. Widerwärtig, tief widerwärtig war mir dieses Preußen, dieses steife, heuchlerische, scheinheilige Preußen, dieser Tartuffe unter den Staaten."

Und in Frankreich hatte die Revolution gesiegt, die Pariser Julirevolution, die erste erfolgreiche Revolution auf dem europäischen Kontinent nach dem Sturz Napoleons und der Errichtung der Heiligen Allianz. Sie erschütterte das reaktionäre Staatensystem Europas, die ganze Metternichtigkeit, und kündigte die Auseinandersetzung zwischen Bourgeoisie und Proletariat an. Heine, dessen Ankunft in Paris im "Globe", dem Blatt der französischen utopischen Sozialisten, angezeigt und der als "einer der jungen und mutigen Männer, welche die Sache des Fortschritts verteidigen", begrüßt wird, begeistert sich für die Revolution, von der er meinte, "daß diesmal ... die armen Leute den Sieg erfochten" haben; er ertrinkt "im Strudel der Begebenheiten, der Tageswellen, der brausenden Revolution"!

In Paris tritt Heine in seine zweite, die bedeutendste Schaffensperiode ein. Die profilierteste Erscheinung der revolutionären Demokratie, stellte er den Anschluß der deutschen Literatur an die Weltliteratur nach dem Tod Goethes her. Er ist der führende Kopf der literarischen Opposition; er verkehrt mit berühmten Dichtern, Schriftstellern, Historikern, Malern und Musikern; Balzac, Béranger, Hugo, Saint-Beuve, Sand, Thiers, Musset, Liszt, Meyerbeer...; er arbeitet an der französischen Tagespresse mit und ist als Korrespondent der "Augsburger Allgemeinen Zeitung" tätig; er vertieft seine theoretisch-revolutionären Einsichten und erweitert seinen historischen Blick...

Und immer wieder beschäftigt er sich mit den sozialen Problemen seiner Zeit.

Den Auftakt zu seiner zweiten Schaffensperiode bilden die geistvollen, farbenreichen, fesselnden Aufsätze für die "Augsburger Allgemeine Zeitung", nach Mehring "das einzige deutsche Blatt von nationaler und selbst internationaler Bedeutung", von Heine in der Absicht verfaßt, auf die deutschen Verhältnisse einzuwirken, und von ihm unter dem Titel "Französische Zustände" in Buchform 1832 der Öffentlichkeit unterbreitet.

In vielen seiner Aufsätze verknüpft Heine Gegenwärtiges mit Vergangenen und gelangt zu Urteilen, die heute in unserem marxistischen Geschichtsbild fortleben. So charakterisiert er die unter der bezeichnenden Überschrift "Die Befreiung" behandelten großen Revolutionen der Neuzeit als notwendige Etappen im Befreiungskampf der Menschheit. Am Anfang steht die Reformation, die er nicht wie viele Historiker vor und auch nach ihm als religiöse, sondern als sozialpolitische Bewegung wertet: "Da wurden nicht mehr alte Pergamente, sondern Prinzipien vorgebracht, und der Bauer in Deutschland und der Puritaner in England beriefen sich auf das Evangelium, dessen Ansprüche damals an Vernunft Statt galten, ja noch höher galten, nämlich als eine geoffenbarte Vernunft Gottes. Da stand deutlich ausgesprochen, daß die Menschen von gleich edler Geburt sind, daß hochmütiges Besserdünken verdammt werden muß, daß der Reichtum eine Sünde ist, und daß auch die Armen berufen sind zum Genusse in dem schönen Garten Gottes, des gemeinsamen Vaters." "Mit der Bibel in der einen Hand und mit dem Schwerte in der andern zogen die Bauern durch das südliche Deutschland". Aber Heine macht auch auf "die hohe Jagd, die der deutsche Adel, der roheste der Welt, gegen die Besiegten geübt", aufmerksam, er erinnert an die Wehrlosen, die "tausendweis ... toteschlagen, gefoltert, gespießt und gemartert wurden".



In dem "Rückblick auf das Jahr 1789", dem "Jahr der Gnade", wie er es nannte, zog Heine erstaunliche historische Verbindungen zwischen der Großen Französischen Revolution und der Reformation, denn "was einst im Bauernkrieg die Lehrer des Evangeliums versucht, das taten die Philosophen jetzt in Frankreich". Er beginnt mit einem Wort Müntzers: "Siehe zu, die Grundsuppe des Wuchers, der Dieberei und der Räuberei sind unsere Großen und Herren", und er fährt fort, "so sprach vor dreihundert Jahren Thomas Müntzer, einer der heldenmütigsten und unglücklichsten Söhne des deutschen Vaterlandes, ein Prediger des Evangeliums, das nach seiner Meinung nicht bloß die Seligkeit im Himmel verhielt, sondern auch die Gleichheit und Brüderschaft der Menschen auf Erden befiehlt". Doch Luther sei anderer Meinung gewesen und habe solche Lehren als aufrührerische verdammt, "wodurch sein eigenes Werk, die Losreißung von Rom und die Begründung des neuen Bekenntnisses gefährdet wurde". So schrieb er "das unrühmliche Buch gegen die unglücklichen Bauern", das "in jüngster Zeit" in neuen Auflagen verbreitet werde, "um durch Luthers Autorität den Freiheitsenthusiasmus in Deutschland niederzudrücken". Da aber Christus "für die Gleichheit und Brüderschaft der Menschen gestorben" sei, habe "sein Wort nicht als Werkzeug des Absolutismus" genutzt. "Luther hatte unrecht, und Thomas Müntzer hatte recht".

Wie gut war Heine in die Geschichte eingedrungen! Heine war, um mit Max Steinmetz, dem Leipziger Historiker der Reformationgeschichte, zu reden, der "erste historische Denker, der Luther ebenso zu würdigen verstand wie Müntzer".

Nicht unerwähnt soll bleiben, daß sich Heine auch mit "Verschiedenartigen Geschichtsauffassungen" auseinandersetzte, in denen er den Vertretern der Historischen Schule "Fatalitätsgedanken" und "elegischen Indifferentismus", die das "Freiheitsfieber des Volkes ... dämpfen", vorwirft. Es gehe vielmehr um das zu "verfechtende Menschenrecht, das Recht zu leben", dessen Bedeutung er mit einem Wort aus der Französischen Revolution unterstreicht: "Le pain est le droit du peuple, sagte Saint Just, und das ist das größte Wort, das in der ganzen Revolution gesprochen wurde." Hier ist, um noch einmal Steinmetz anzuführen, "wenn auch in schwachen Umrissen, zum ersten Male das Heranreifen der proletarischen Revolution als Konsequenz des revolutionären Prozesses, der 'Universalrevolution', ahnend erfaßt".

Aus der Geschichte, aus den geistigen und sozialen Strömungen der Vergangenheit revolutionäre Veränderungen der Gegenwart abzuleiten, hat Heine auch in seiner Aufsatzsammlung "Zur Geschichte der Religion und Philosophie in Deutschland" (1834) begründet, die zur Förderung des französischen Verständnisses für deutsche Religion und Philosophie geschrieben wurde. Darin hatte er auf originelle Weise, ohne große Systematik, die er als "Würgeengel aller Korrespondenz" betrachtete, aber in bewundernswürdiger Leichtfaßlichkeit die Formeln der Philosophie in die "Muttersprache des gesunden Menschenverstandes" übersetzt und nachgewiesen, daß die klassische deutsche Philosophie als Vorbereitung jeder künftigen Revolution zu verstehen sei. Dieser Gedankengang erhebt sich am Schluß des Buches zu einer großartigen politischen Prophetie, indem Heine eine Volksrevolution ankündigt, die ohne soziale Freiheit nicht denkbar sei.

Diese geradezu epochale Schrift - in der Heine mit intuitivem Einfühlungsvermögen und vorbildlicher Durchdringung der dargestellten Perioden zeigt, wie geistige Bewegungen, Menschen und Institutionen in ihrer Zeit wurzeln und aus sozialen Zuständen erklärt werden müssen, wie die aufeinanderfolgenden Geschichtsabschnitte miteinander verflochten sind und die sozialen, geistigen und kulturellen Bewegungen in wechselseitiger Abhängigkeit stehen, wie absterbende Ideen in anderen Funktionen weiterleben, wie die philosophische Revolution den politischen Zusammenbruch einleitet - trägt ihm einst bleibende Anerkennung ein, denn fünfzig Jahre später hat kein Geringerer als Friedrich Engels in seiner Schrift "Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie" sie ausgesprochen: "Was aber weder die Regierung noch die Liberalen sahen, das sah bereits 1833 wenigstens ein Mann, und der hieß allerdings Heinrich Heine."

Die Idee der sozialen Befreiung hat Heine auch in der 1836 erschienenen "Romantischen Schule", in der er sich mit der Flucht der reaktionären Romantiker ins wirklichkeitsfremde Mittelalter auseinandersetzt, vertreten: "Es ist dies der Glaube an den Fortschritt, ein Glaube, der aus dem Wissen entsprang. Wir haben die Lande gemessen, die Naturkräfte gewogen, die Mittel der Industrie berechnet, und siehe, wir haben ausgefunden, daß diese Erde groß genug ist, daß sie jedem hinlänglichen Raum bietet, die Hütte seines Glückes darauf zu bauen; daß diese Erde uns alle anständig ernähren kann, wenn wir alle arbeiten und nicht einer auf Kosten des anderen leben will, und daß wir nicht nötig haben, die größere und ärmere Klasse an den Himmel zu verweisen."

Wenn Heine sich auf den Fortschritt beruft, so erkennt er zweifellos auch die historische Notwendigkeit der kapitalistischen Gesellschaftsordnung an, denn die gewogenen Naturkräfte, die berechneten Mittel der Industrie, das sind die Produktivkräfte, die die Bourgeoisie in ihrer Klassenherrschaft geschaffen hat. In den "Französischen Zuständen" hat er die Angehörigen der vorwärtsdrängenden Bourgeoisie auch lobend erwähnt, jene "Männer der Gewerbe", die "den Sturz des alten Regimes befördert" haben. Den "Industriellen" gebühre deshalb auch "gesetzlich die Anerkennung ihrer hohen Bedeutung", weil ihnen "die Gesellschaft ... die beiden neuen Gewalten ..., worin eben die meiste Lebenskraft quoll, nämlich die Wissenschaft und die Industrie", verdankt. Sein Verständnis für die höchst revolutionäre Rolle der Produktivkräfte, ihre Entwicklung unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen, aber auch für die Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Politik, obwohl er niemals bis zu den inneren Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Gesellschaftsordnung vordringt und die politische Ökonomie des Kapitalismus ihm weitgehend unbekannt bleibt, hat er in den Berichten an die "Augsburger Allgemeine Zeitung" bezeugt. In den Jahren 1840 bis 1843 geschrieben, 1854 unter dem Titel "Lutetia" zusammengefaßt, entwirft der blendende Schilderer Heine darin "ein getreues Gemälde einer Epoche", einer Zeit, die "rasch vorwärts, unaufhaltsam, auf rauchenden Dampfwagen" rollt und in der "der wahre Held die soziale Bewegung" ist. Das Buch, das Heine auch eine "Vorschule der Februarrevolution" von 1848 nennt, bildet ohne Zweifel den Höhepunkt in seiner weltanschaulich-politischen Entwicklung. Es gilt die Feststellung Engels', obwohl er sie schon 1839 getroffen hatte: "Heine und Börne waren schon vor der Julirevolution abgeschlossene Charaktere, aber jetzt erst bekommen sie Bedeutung, und auf ihnen fußt ein neues Geschlecht, das die Literaturen und das Leben aller Völker sich zunutze macht."

Kommen wir auf die "rauchenden Dampfwagen" zurück. Die Entwicklung des Eisenbahnwesens hatte Heine aufmerksam verfolgt, insbesondere die Eröffnung neuer Eisenbahnlinien in Frankreich. Sie übten auf ihn einen "schauerlichen Reiz, verlockend und zugleich beängstigend", aus; aber er erkannte ihre weltgeschichtliche Bedeutung; er verglich sie mit der Entdeckung Amerikas, der Erfindung des Schießpulvers und des Buchdruckes. "Die Eisenbahnen sind wieder ein solch providentielles Ereignis, das der Menschheit einen neuen Umschwung gibt, das die Farbe und Gestalt des Lebens verändert; es beginnt ein neuer Abschnitt in der Weltgeschichte, und unsere Generation darf sich rühmen, daß sie dabeigewesen."

Wie tief hatte Heine die Bedeutung der Eisenbahn, fraglos eine außerordentlich wichtige gesellschaftliche Produktivkraft in der Periode der Industriellen Revolution, erfaßt, und wenn er Goethes berühmtes Wort, das dieser 1792 auf dem Schlachtfeld zu Valmy ausrief, um damit das Weltgeschichtliche des Sieges des bürgerlich-revolutionären Frankreich über die feudal-konterrevolutionären Mächte Preußens und Österreichs kundzutun, anführte, dann wies er um so mehr auf die den Wirkungskreis des Menschen gewaltig erweiternde Produktivkraft Eisenbahn hin; "Welche Veränderungen müssen jetzt eintreten in unserer Anschauungsweise und in unseren Vorstellungen! Sogar die Elementarbegriffe von Zeit und Raum sind schwankend geworden."

Eisenbahnen zu bauen, erfordert Kapital. Die geeignetste Form der Kapitalbeschaffung waren die Aktiengesellschaften, eine in der Sturm- und Drangzeit der Produktion revolutionäre

Form der Kapitalakkumulation und Kapitalzentralisation, ohne die, wie Marx im "Kapital" ausführte, "die Welt noch ohne Eisenbahn wäre". Auch Heine ging auf die Bildung der französischen Eisenbahn-Aktiengesellschaften ein und enthüllte die Geschicklichkeit der Bourgeoisie, die sie bei der Kapitalzentralisation entwickelte, indem sie sich nicht scheute, ihren Werbeprospekten die prachtvoll klingenden Namen der einst von ihr bekämpften und besiegten Vertreter des anciens regime voranzustellen: "Mit kolossalen Buchstaben stehen oben gedruckt die Namen der Personen, die das Comité de surveillance der Sozietät bilden; es sind nicht bloß Namen von Finanziers, Bankiers, Receveurs generaux, Usinen-Inhabern und Fabrikanten, sondern auch Namen von hohen Staatsbeamten, Prinzen, Herzögen, Marquis, Grafen, die zwar meist unbekannt, aber mit ihrer offiziellen Titulatur gar prachtvoll klingen, so daß man glaubt, die Trompetenstöße zu vernehmen, womit Bajazzo auf dem Balkon einer Marktbude das verehrungswürdige Publikum zum Hereintreten einladet. On ne paie qu'en entrant. Wer traute nicht einem solchen Comité de surveillance, das aber keineswegs, wie viele glauben, eine solidarische Garantie versprochen haben will und keine feste Stütze ist, sondern als Karyatide figuriert."

Bei der sozialökonomischen Betrachtung des Eisenbahnwesens fehlt auch nicht der Bankier Baron James von Rothschild, der mittels Spekulation in Eisenbahnaktien seinen Reichtum beträchtlich vermehrt hatte. Heine nannte ihn, die leibhaftige Inkarnation des Kapitals, in seiner spöttischen Art den "Held des Tages", der "in der Geschichte unserer heutigen Misere eine so große Rolle spielt". Er spielte damit auf die Abhängigkeit nicht nur kleinerer und mittlerer Eisenbahnbauunternehmer, sondern auch vieler im Hause des Barons ein- und ausgehender Künstler und Wissenschaftler vom Großkapital an, die auch schon in der bezeichnenden Überschrift seines Berichtes, nämlich "Industrie und Kunst" - man beachte die Wortwahl des Dichters! - ihren sinnfälligen Ausdruck fand.

Ahnte Heine aus letzterem schon jene Feststellung im "Kommunistischen Manifest" voraus, die besagt, daß "die Bourgeoisie ... den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Poeten, den Mann der Wissenschaft in ihren bezahlten Lohnarbeiter verwandelt", um so erstaunlicher ist sein Wissen um das Wechselverhältnis von Ökonomie und Politik, um den Einfluß der ökonomisch erstarkten und erstarkenden Bourgeoisie auf den Staat, wenn er über die Folgen der Kapitalkonzentration in den Händen der Aufsichtsratsmitglieder der Aktiengesellschaften zu der Schlußfolgerung gelangt: "Das Ruder, das ihren Händen einst anheimfällt oder zum Teil schon anheimgefallen" ist, das "ist das Staatsruder, dessen sich die herrschende Geldaristokratie täglich mehr und mehr bemächtigt. Jene Leute werden bald nicht sowohl das Comité de surveillance der Eisenbahnsozietät, sondern auch das Comité de surveillance unserer ganzen bürgerlichen Gesellschaft bilden. ..." Eine bemerkenswerte Einsicht in die Realität der kapitalistischen Gesellschaft! Und wer wollte daraus etwas anderes ableiten, als daß die Ökonomie den Staat und dessen Politik bedingt? Daraus läßt sich aber auch entnehmen, daß Heine über die "Herrschaft des Volkes", die er in den ersten Tagen der Julirevolution noch zu erkennen glaubte, keine Illusionen mehr hegte; sie waren in ihm schon seit langem zerstört worden. Einem so tiefveranlagten Geist wie Heine, einem revolutionären Demokraten, blieb nur wenig später, nach der Julirevolution nicht verborgen, daß die Bourgeoisie die Revolution des Volkes verraten und mit dem Bürgerkönig Louis Philippe den Interessenvertreter der Großbourgeoisie an die Macht gebracht hatte. Noch im Revolutionsjahr faßte er es enttäuscht in die Worte: "Nicht für sich, seit undenklicher Zeit, nicht für sich hat das Volk geblutet und gelitten, sondern für andere. Im Juli 1830 erfocht es den Sieg für jene Bourgeoisie, die ebensowenig taugt, wie jene Noblesse, an deren Stelle sie trat mit dem selben Egoismus. ...", und dem Verleger Cotta übermittelte er am 31. Oktober 1831 die briefliche Nachricht: "Ach, lieber Baron, der Reichtum hat freilich im großen Wochenbette die Freiheit zur Welt gebracht, aber diese Freiheit hat ihrer Mutter das Leben gekostet." Je mehr er die "Barone der Industrie", die "Auserwählten des Eigentums", die "Enthusiasten des ruhigen Besitzes", wie er die Besitz- und profitgierige herrschende Klasse zu bezeichnen pflegte, erlebte, um so mehr festigte sich bei ihm die Überzeugung,

daß die Bourgeoisie unfähig sei, den Forderungen des Volkes nachzukommen, und infolgedessen der Keim zu neuen Klassenauseinandersetzungen gelegt wurde.

Die Wechselbeziehungen zwischen Ökonomie und Politik, die Heine am Eisenbahnwesen so bildhaft sichtbar zu machen verstand, hat er auch am Beispiel der Tagespresse und der Abgeordnetenwahlen aufgedeckt. Er widerlegte dabei die Behauptung von der Meinungs- und Pressefreiheit: "Die französische Tagespresse ist gewissermaßen eine Oligarchie, keine Demokratie; denn die Begründung eines französischen Journals ist mit so vielen Kosten und Schwierigkeiten verbunden, daß nur Personen, die imstande sind, die größten Summen aufs Spiel zu setzen, ein Journal errichten können. Es sind daher gewöhnlich Kapitalisten oder sonstige Industrielle, die das Geld herschießen zur Stiftung eines Journals . . . Angewiesen auf die Ausbeutung der vorhandenen Parteien oder des Ministeriums, geraten die Journale in eine beschränkende Abhängigkeit und, was noch schlimmer ist, in eine Exklusivität, eine Ausschließlichkeit bei allen Mitteilungen, wegen die Hemmnisse der deutschen Zensur nur wie heitere Rosenketten erscheinen dürften." Bei der Wahl zur Abgeordnetenkammer ist es der Gegensatz zwischen der deklarierten bürgerlichen Freiheit und den tatsächlichen Machtverhältnissen, geprägt vom Eigentum der Bourgeoisie, der Heine zu den geistreichen Sätzen veranlaßt: "In einem Lande, wo die Eitelkeit so viele eifrige Jünger zählt, wird die Zeit der Deputiertenwahl immer eine sehr bewegte sein. Da die Deputation aber nicht bloß die Eigenliebe kitzelt, sondern auch zu den fettesten Ämtern und zu den einträglichsten Einflüssen führt; da hier nicht bloß Ehrgeiz, sondern auch die Habsucht ins Spiel kommt; da es sich hier auch um jene materiellen Interessen handelt, denen unser Zeitalter so inbrünstig huldigt, so ist die Deputiertenwahl ein wahrer Wettlauf, ein Pferderennen, dessen Anblick für den fremden Zuschauer eher kurios als erfreulich sein mag."

Heine fängt in seinen Berichten auch englische Verhältnisse ein, die er früher, bei einem viermonatigen Aufenthalt aus eigener Anschauung kennengelernt hatte. Erschrecken ihn damals die "Gegensätze in ihren tollsten Extremen", so ist sein Urteil über England fünfzehn Jahre später keineswegs versöhnlicher geworden. Die Engländer, die er in einem Seebad an der französischen Küste am Ärmelkanal traf und die zumeist die mittleren und gehobenen Schichten der Bourgeoisie repräsentierten, waren für ihn weiterhin "Maschinen, deren inwendige Triebfeder der Egoismus" ist. Er hegte zwar Respekt vor ihrer "materiellen Obmacht", vor ihrer "brutalen Energie", womit sie England zum fortgeschrittensten, produktionskräftigsten Lande Europas verholten haben, aber in ihren Mienen und menschlichen Regungen habe er nur egoistische Berechnungen herauslesen können. In ihren politischen Ideen, und damit wieder auf die Verflechtung von Politik und Ökonomie, auf die Triebkräfte englischer Politik hinweisend, fand er nur "eine Masse von Ansichten über die materiellen Interessen Englands und ein richtiges Abwägen der ausländischen Zustände, inwieweit sie für Englands Wohl und Handel schädlich oder heilsam sein können".

Selbst den kapitalistischen Wirtschaftskrisen wandte sich Heine zu. 1842 befand sich England in einer krisenhaften Situation; es gab größere Absatzstockungen und Produktionseinschränkungen, die auch auf dem europäischen Kontinent ihre Wirkung nicht verfehlten. In England verschlechterte sie die Lage der Arbeiterklasse und verschärfte die gesellschaftlichen Widersprüche. Darüber äußerte sich Heine höchst besorgt. "Seitdem ich nämlich tief begriffen habe, welcher schnöde Egoismus auch in ihrer Politik waltet, erfüllen mich diese Engländer mit einer grenzenlosen, grauenhaften Furcht . . . Und jetzt ist England gefährlicher als je, jetzt, wo seine merkantilischen Interessen unterliegen; es gibt in der ganzen Schöpfung kein so hartherziges Geschöpf wie einen Krämer, dessen Handel ins Stocken geraten, dem seine Kunden abtrünnig werden und dessen Warenlager keinen Absatz mehr findet. Wie wird England sich aus solcher Geschäftskrisis retten? Ich weiß nicht, wie die Frage der Fabrikarbeiter gelöst werden kann; aber ich weiß, daß die Politik des modernen Karthagos nicht sehr wälig in ihren Mitteln ist. Ein europäischer Krieg wird dieser Selbst-

sucht vielleicht zuletzt als das geeignetste Mittel erscheinen, um dem inneren Gebreite einige Ableitung nach außen zu bereiten."

Aus diesen Worten klingt Heines große Befürchtung, daß England einen Krieg anzetteln könnte, um sich der durch die Wirtschaftskrise heraufbeschworenen ökonomischen Schwierigkeiten und sozialen Unruhen, die sich in der von ihm sehr aufmerksam verfolgten Chartistenbewegung reflektierten, zu entledigen. Kriege hielt er jedoch für untaugliche Mittel und hat sie stets entschieden verurteilt. Um sich auf die Dauer aus den "Geschäftskrisen" zu retten, um den sozialen Konflikten entgegen zu können, das heißt, um die den kapitalistischen Produktionsverhältnissen innewohnenden gesellschaftlichen Widersprüche zu lösen, dazu bedarf es sozialer Maßnahmen: "Die gesteigerte Not der unteren Volksklassen ist ein Gebreite, das die unwissenden Feldscherer durch Aderlässe zu heben glauben, aber ein solches Blutvergießen wird eine Verschlimmerung hervorbringen. Nicht von außen, durch die Lanzette, nein, nur von innen heraus, durch geistige Medikamente kann der sieche Staatskörper geheilt werden. Nur soziale Ideen könnten hier eine Rettung aus der verhängnisvollsten Not herbeiführen, aber, um mit Saint-Simon zu reden, auf allen Werften Englands gibt es keine einzige große Idee; nichts als Dampfmaschinen und Hunger."

Welche "sozialen Ideen" können helfen?

Heine hatte darauf schon längst geantwortet. Er erläuterte sie seinem Freund Heinrich Laube in einem Brief aus dem Jahre 1833: "Sie stehen höher als alle andern, die nur das Äußerliche der Revolution und nicht die tieferen Fragen derselben verstehen. Diese Fragen betreffen weder Formen noch Personen, weder die Einführung einer Republik noch die Beschränkung einer Monarchie, sondern sie betreffen das materielle Wohlsein des Volkes. Die bisherige spiritualistische Religion war heilsam und notwendig, solange der größte Teil der Menschen im Elend lebte und sich mit der himmlischen Religion trösten mußte. Seit aber durch die Fortschritte der Industrie und der Ökonomie es möglich geworden, die Menschen aus ihrem materiellen Elend herauszuziehen und auf Erden zu beseligen, seitdem - Sie verstehen mich! Und die Leute werden uns schon verstehen, wenn wir ihnen sagen, daß sie in der Folge alle Tage Rindfleisch statt Kartoffeln essen sollen und weniger arbeiten und mehr tanzen werden. - Verlassen Sie sich darauf, die Menschen sind keine Esel."

Das "materielle Wohlsein des Volkes"! - darin erkannte er das Wesen der sozialen Frage der Gesellschaft. Deren Verwirklichung konnte nur, wie Heine in seinen ökonomisch-politischen Betrachtungen Englands, insbesondere der Chartistenbewegung, unmißverständlich darlegte, durch die "soziale Umwälzung" der bürgerlichen Gesellschaft, durch die "Erschütterung der bisherigen Eigentumsidee, des Grundpfeilers der heutigen Gesellschaft", geschehen.

Erkannte Heine aber auch die gesellschaftlichen Kräfte, die bereit waren, die bürgerliche Klassengesellschaft zu überwinden?

In der Tat: Heine hat sie erstaunlich gut gekannt! Er fand sie in der einzig revolutionären Klasse: im Proletariat - im Industrieproletariat! "Man muß dergleichen mit eigenen Ohren angehört haben, zum Beispiel in jenen ungeheuren Werkstätten, wo Metalle verarbeitet werden, und die halbnackten, trotzigen Gestalten während des Sings mit dem großen eisernen Hammer den Takt schlagen auf dem dröhnenden Amboß." Und: "Es handelt sich nicht mehr um Gleichheit der Rechte, sondern um Gleichheit des Genusses auf dieser Erde, und es gibt in Paris etwa vierhunderttausend rohe Fäuste, welche nur des Losungswortes harren, um die Idee ... zu verwirklichen..."

Heinrich Heine! - In Paris lebend, im bürgerlichen Frankreich, in der Zeit des Vormärz, in der Zeit des sich entfaltenden Kapitalismus, aber auch in der Zeit aufreißender Gegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat, wie weit hatte ihn die historische Entwicklung zu tiefgreifenden Fragestellungen gedrängt!

Und doch würden wir Heine nicht gerecht werden, wenn wir nicht auch seine historisch bedingten Grenzen wenigstens andeuten. Trotz seines kritischen Blickes für die gesellschaftlichen Verhältnisse und dialektischen Zusammenhänge, für die Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsordnung blieb er weitgehend der idealistischen Tradition der klassischen deutschen Philosophie verhaftet, die ihn dazu verführte, die Übel der modernen Gesellschaft häufig auf den "schnöden Egoismus" der Bourgeoisie zurückzuführen, wie er sich auch nicht von der Auffassung der revolutionären Prozesse als einer im wesentlichen ideellen Auseinandersetzung freimachen konnte. Nicht zuletzt finden wir in der Überschätzung des "Ideenkampfes" auch einen Schlüssel für seine noch zu erwähnende schwankende Haltung in der Frage des Kommunismus.

Heine war Dichter! Heine war ein glänzender, ironischer, satirischer, geistreicher Schriftsteller, er war ein politischer, kämpferischer Schriftsteller! Aber als politischer Schriftsteller sieht er immer nur als Dichter den Dingen auf den Grund. Als Dichter und Künstler hat Heine einen sicheren Blick für das Einmalige, das Besondere, für den großen Gegenstand der Menschheit; aber es liegt ihm fern, seine sozialen, politischen und ökonomischen Ansichten in ein wissenschaftliches System zu zwingen; daher immer die abwechslungsreiche Darstellung, die Verknüpfung von scheinbar nicht Zusammengehörigem - teilweise durch die Zensur gezwungen -, seine unerschöpfliche Assoziationsfähigkeit, die belletristische Form seiner Werke und politischen Tagesberichte. Wie dichterisch und wie realistisch ist die Erfassung kapitalistischen Lebens, etwa in einem Korrespondenzbericht aus Paris für die "Augsburger Allgemeine Zeitung": "Es ist alles still wie in einer verschneiten Winternacht, nur ein leiser, monotoner Tropfenfall. Das sind die Zinsen, die fortlaufend hinabträufeln in die Kapitalien, welche beständig anschwellen; man hört ordentlich, wie sie wachsen, die Reichtümer der Reichen. Dazwischen das leise Schluchzen der Armut. Manchmal auch klirrt etwas wie ein Messer, das gewetzt wird."

Wer bewundert nicht diesen Stil, diesen Ausdruck, diese Meisterschaft der Sprache?

Das "Wetzen des Messers" deutete auf die Gärung unter der arbeitenden Klasse in Frankreich der vierziger Jahre hin. Diese Zeit war voller Unruhe und voller Hoffnungen. Auch Heine war ganz davon eingefangen. Sein Blick schweifte dabei auch nach Deutschland, nach Preußen. Er ersehnte sich die Veränderung der bedrückenden, feudalabsolutistischen, spießbürgerlichen Zustände; er verfocht die Ideen von der Einheit Deutschlands, aber keine Einheit Deutschlands unter Preußens Vorherrschaft. Heines Stellungnahme war klar und eindeutig: "Ein einiges Deutschland tut uns not, einig nach außen und innen", aber "es ist wahr, noch vor kurzem haben viele Freunde des Vaterlands die Vergrößerung Preußens gewünscht und in seinen Königen die Oberherren eines vereinigten Deutschlands zu sehen gehofft, ... Was mich betrifft, ich habe mich nie zu solchem Vertrauen verstehen wollen. Ich betrachtete vielmehr mit Besorgnis diesen preußischen Adler, und während andere rühmten, wie kühn er in die Sonne schauet, war ich desto aufmerksamer auf seine Krallen". Er lehnte jeden Kompromiß, den die preußische liberale Bourgeoisie mit dem feudal-bürokratischen junkerlichen Absolutismus einzugehen bereit war, grundsätzlich ab.

In dieser Zeit, im Januar 1844 fließt aus seiner Feder das "neue große Gedicht", sein "Deutschland, ein Wintermärchen", ein Gedicht voller poetischen Reizes, frisch und lebendig bis auf den heutigen Tag. Es ist von vernichtender Kritik an dem "verschimmelten Philisterstand", an der deutschen Kleinstaaterei, an der anachronistischen Idee von Kaiser und Reich und immer wieder am verhaßten Preußentum. Er kennt keinen Respekt vor gekrönten Häuptern, geißelt in unübertroffener satirisch-komischer Art das romantische Ästhetentum des Preußenkönigs, entfacht heftiges Kreuzfeuer gegen den Despotismus, in einer rücksichtslosen Aggressivität, wie es die deutsche Literatur und Öffentlichkeit bisher noch nicht kannte. Aber das "Wintermärchen" ist auch, wie Franz Mehring in seiner "Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" hervorhebt, ein Gedicht, in das die auftauchenden Lichter des So-

zialismus hineinleuchten, "das freieste Lied, das er je gedichtet hat: vernichtend in seinem Witze, wahrhaftig in seinem Pathos: singende Flammen, die eine vermoderte Welt verzehren, um aus der Asche den Phönix einer neuen Welt erstehen zu lassen. Sie hallen immer wieder im Emanzipationskampf des Proletariats, die siegessicheren Verse mit ihrem frohen Ernst und ihrem kichernden Übermut":

Ein neues Lied, ein besseres Lied,  
O Freunde, will ich euch dichten!  
Wir wollen hier auf Erden schon  
Das Himmelreich errichten.

Wir wollen auf Erden glücklich sein,  
Und wollen nicht mehr darben;  
Verschlemmen soll nicht der faule Bauch,  
Was fleißige Hände erwarben.

Es wächst hinieden Brot genug  
Für alle Menschenkinder,  
Auch Rosen und Myrten, Schönheit und Lust,  
Und Zuckererbsen nicht minder.

Ja, Zuckererbsen für jedermann,  
Sobald die Schoten platzen!  
Den Himmel überlassen wir  
den Engeln und den Spatzen.

Das "Wintermärchen" hat Marx mit aus der Taufe heben geholfen. Als Marx 1843 nach Paris kam, fand Heine, der Fortgeschrittenste unter den Schreitenden der ersten vier Jahrzehnte seines Jahrhunderts, in ihm "einen neuen Genossen". Beide haben über ein Jahr lang eine fruchtbare Zusammenarbeit gepflegt. Marx, der den endgültigen Bruch mit den Junghegelianern vollzog und sich auf dem Weg zum wissenschaftlichen Kommunismus befand, bewunderte an Heine das instinktive Gefühl für die großen historisch-ökonomischen Zusammenhänge, und er gewann den zwanzig Jahre älteren Heine zur Mitarbeit an den "Deutsch-Französischen Jahrbüchern" und am Pariser "Vorwärts". Darin veröffentlichte Heine einige seiner bedeutendsten satirisch-politischen Gedichte. Seine politische Dichtung erreichte den Höhepunkt. Das "Wintermärchen" hatte Heine vor dem Druck an Marx gesandt mit der Bitte, das "große Gedicht" im "Vorwärts" zu propagieren und auszugsweise abzdrukken. Der begleitende Brief Heines an Marx, in dem er das "Wintermärchen" ankündigt und in dessen Vorwort der große Dichter die historische Perspektive des Übergangs von der bürgerlichen Revolution, "die dem Magen der großen Menge viel zu wünschen übrig ließ", zu einer neuen, menschenwürdigen Gesellschaft aufzeigt, schließt mit dem schlichten, doch so aufschlußreichen Satz: " - aber wir brauchen ja wenige Zeichen, um uns zu verstehen!"

Marx, wie auch Engels, hat für Heine große Verehrung empfunden, und der beste Beweis für Marx' Hochachtung für den Dichter ist der Brief, den Marx vor seiner von der preußischen Reaktion erzwungenen Abreise aus Paris an Heine sandte und der mit den Worten schließt: "Von allem was ich hier an Menschen zurücklasse, ist mir die Heinesche Hinterlassenschaft am unangenehmsten. Ich möchte Sie gern mit einpacken..."

Unter dem Einfluß der Freundschaft Heines mit Marx und Engels findet der Aufstand der zum Hungern verdammt schlesischen Weber im Jahre 1844, der weit über das hinausging, was sich bisher an Streiks und Arbeiterunruhen in Deutschland ereignet hatte, in Heine seinen stärksten sozialen dichterischen Gestalter. Er veröffentlichte das aufwühlende, anklagende, von düsterer und erbitterter Stimmung erfüllte, in seiner letzten Strophe aber optimistische, sprachgewaltige Weberlied, "das menschlich wie dichterisch forttreibendste

Revolutionslied", wie der bürgerlich-humanistische Klubund in seiner "Literaturgeschichte" bekennt:

Im düstern Auge keine Träne,  
Sie sitzen am Webstuhl und fletschen die Zähne:  
Deutschland, wir weben dein Leichentuch,  
Wir weben hinein den dreifachen Fluch -  
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem Gotte, zu dem wir gebeten  
In Winterskälte und Hungersnöten;  
Wir haben vergebens gehofft und geharrt,  
Er hat uns geöff't und gefoppt und gearrt -  
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem König, dem König der Reichen,  
Den unser Elend nicht konnte erweichen,  
Der den letzten Groschen von uns erpreßt  
Und uns wie Hunde erschießen läßt -  
Wir weben, wir weben!

Ein Fluch dem falschen Vaterlande,  
Wo nur gedeihen Schmach und Schande,  
Wo jede Blume früh geknickt,  
Wo Fäulnis und Moder den Wurm erquickt -  
Wir weben, wir weben!

Das Schiffchen fliegt, der Webstuhl kracht,  
Wir weben emsig Tag und Nacht -  
Altdeutschland, wir weben dein Leichentuch,  
Wir weben hinein den dreifachen Fluch,  
Wir weben, wir weben!

Engels begrüßte das Gedicht, eines der stärksten Gedichte, die er kenne, als offenes Bekenntnis zum Kommunismus. Er übersetzte das "Weberlied", in dem Heine als erster deutscher Dichter die kämpfende Arbeiterklasse als Totengräber der alten Ordnung in Deutschland feierte, selbst ins Englische, wobei er befürchtete, daß die Übersetzung in England als Blasphemie wirken wird, wie wir es in der "New Moral World" vom 13. Dezember 1844 nachlesen können.

Das Bekenntnis Heines, "des größten von allen lebenden deutschen Dichtern", wie Engels ihn nannte, zum Kommunismus war jedoch keine ausschließliche Folge des Umgangs mit den beiden Begründern des Marxismus. Schon früher hatte er mit kommunistischen Ideen Bekanntschaft geschlossen. In den ersten Pariser Exiljahren geriet er in den Bannkreis der Saint-Simonisten, den französischen utopischen Sozialisten; besuchte deren Versammlungen, lernte noch Fourier kennen, schloß Freundschaft mit den Führern dieser Bewegung, Proudhon und Infantin; er sympathisierte mit ihren Ideen, ohne sich jedoch mit ihnen zu identifizieren. Heine, der Freigeist, der bürgerliche Revolutionär, wandelt sich unter ihrem nachhaltigen Einfluß zum revolutionären Demokraten, zum Verfechter des sozialen Fortschritts. Er erhält seine "theoretische Ausbildung", die ihn befähigt, das Wesen der bürgerlichen Revolution zu erkennen. Der proletarisch-kommunistischen Bewegung selbst gehörte von nun an seine Aufmerksamkeit. In den "Lutetia"-Briefen ist er des öfteren auf die kommunistische Bewegung zurückgekommen; sie zu erwähnen, kleidete er in die Worte: "Solche Hindeutungen sind vielleicht wichtiger, als alle Mitteilungen über Wahlumtriebe, Parteihader und Kabinettsintrigen." Was ihn an dieser radikalen Bewegung so fesselte, war, daß "die Propaganda des Kommunismus eine Sprache (besitzt), die jedes Volk versteht; die



Elemente dieser Universalsprache sind so einfach wie der Hunger, wie der Neid, wie der Tod. Das lernt sich so leicht."

Das war aber schon die Sprache der radikalen Kommunisten, nicht mehr die der Saint-Simonisten; das war die Sprache eines Blanqui, nicht mehr die einer formalen Beteiligung am bürgerlichen Staat, sondern die der ökonomischen Befreiung der Arbeiterklasse. Heine hatte es tief begriffen: "Ja, vor einer Republik von der früheren Sorte, selbst vor ein bißchen Robespierismus, hätte die französische Bourgeoisie keine Furcht, und sie würde sich leicht mit dieser Regierungsform aussöhnen und ruhig auf die Wache ziehen und die Tuileries beschützen, gleichviel, ob hier ein Ludwig Philipp oder ein Comité du salut public residiert; denn die Bourgeoisie will vor allem Ordnung und Schutz der bestehenden Eigentumsrechte - Begehrenisse, die eine Republik ebensogut wie das Königstum gewähren kann. Aber diese Boutiquiers ahnen, wie gesagt, instinktmäßig, daß die Republik heutzutage nicht mehr die Prinzipien der neunziger Jahre vertreten möchte, sondern nur die Form wäre, worin sich eine neue, unerhörte Proletarierherrschaft mit allen Glaubenssätzen der Gütergemeinschaft geltend machen würde."

Der freundschaftliche Umgang mit Karl Marx förderte Heines Reifeprozess. In den "Briefen über Deutschland", 1844 geschrieben, in der Zeit seiner engsten Beziehungen zu Marx, gesteht er: "Die Vernichtung des Glaubens an den Himmel hat nicht bloß eine moralische, sondern auch eine politische Wichtigkeit; die Massen tragen nicht mehr mit christlicher Geduld ihr irdisches Elend und lechzen nach Glückseligkeiten auf Erden. Der Kommunismus ist eine natürliche Folge dieser veränderten Weltanschauung, und er verbreitet sich über ganz Deutschland. Es ist eine ebenso natürliche Erscheinung, daß die Proletarier in ihrem Ankampf gegen das Bestehende die fortgeschrittensten Geister, die Philosophen der großen Schule, als Führer besitzen; diese gehen über von der Doktrin zur Tat, dem letzten Zweck alles Denkens, und formulieren das Programm."

Doch nicht genug: Heine geht noch einen Schritt weiter. 1854, zwei Jahre vor seinem Tode, erfaßt Heine die Notwendigkeit des kommunistischen Sieges und die weltgeschichtliche Bedeutung von Marx und Engels: "Diese Kohorten der Zerstörung, diese Sapeure, deren Axt das ganze gesellschaftliche Gebäude bedroht, sind den Chartisten Englands und den Gleichmachern und Umwälzern in andern Ländern unendlich überlegen, wegen der schrecklichen Konsequenz ihrer Doktrin . . . Die mehr oder minder geheimen Führer der deutschen Kommunisten sind große Logiker, von denen die stärksten aus der Hegelschen Schule hervorgegangen, und sie sind ohne Zweifel die fähigsten Köpfe und die energievollsten Charaktere Deutschlands. Diese Doktoren der Revolution und ihre mitleidslos entschlossenen Jünger sind die einzigen Männer in Deutschland, denen Leben innewohnt, und ihnen gehört die Zukunft. Alle andern Parteien und ihre linkischen Vertreter sind tot, mausetot und wohl eingesargt unter der Kuppel der St. Pauls-Kirche zu Frankfurt. Ich spreche hier weder Wünsche noch Beklagnisse aus; ich berichte Tatsachen, und ich rede die Wahrheit."

Dennoch: Heine empfand Schrecken vor dem Kommunismus. Heine, der so tief in das Wesen der bürgerlichen Gesellschaft einzudringen vermochte, so tief, wie ein bürgerlicher Denker überhaupt nur gehen konnte; der die Notwendigkeit der proletarischen Bewegung begriff, ja, ihr engster Verbündeter wurde; der die unausweichliche Notwendigkeit der sozialen, der proletarischen Revolution voraussagte und sich damit weit über die Klassenschranken des Bürgertums hinwegsetzte, ohne sie jedoch jemals vollends zu überwinden, Heine hatte, wie Mehring feststellte, "das innere Grauen vor dem Kommunismus nie überwunden". In der Vorrede der "Lutetia" hat er es bekundet: "Die Kommunisten, isoliert in allen Ländern ausgebreitet und eines klaren Bewußtseins ihrer gemeinsamen Bestrebungen beraubt, erfuhren durch die Augsburgsburger 'Allgemeine Zeitung', daß sie wirklich existierten, sie lernten bei dieser Gelegenheit ihren wahren Namen kennen, der mehr als einem jener armen Findelkinder der Gesellschaft völlig unbekannt war. Durch die Augsburgsburger 'Allgemeine Zeitung' erhielten die zerstreuten Gemeinden der Kommunisten authentische Nachrichten über

die unablässigen Fortschritte ihrer Sache; sie erfuhren zu ihrem großen Erstaunen, daß sie, weit entfernt, eine schwache, kleine Gemeinde zu sein, vielmehr die stärkste aller Parteien bildeten; daß ihr Tag allerdings noch nicht gekommen war, daß aber für Menschen, denen die Zukunft gehört, ein ruhiges Abwarten kein Zeitverlust ist.

Dieses Bekenntnis, daß die Zukunft den Kommunisten gehöre, machte ich im Ton der Besorgnis und äußersten Furcht, und - ach! das war keineswegs Verstellung! Wahrhaftig, nur mit Schauer und Schrecken denke ich an die Zeit, da diese finsternen Bilderstürmer zur Herrschaft gelangen werden; mit ihren schwieligen Händen werden sie erbarmungslos alle Marmorstatuen der Schönheit zerbrechen, die meinem Herzen so teuer sind; sie werden alle jene Spielereien und phantastischen Nichtigkeiten der Kunst zerschmettern, die der Dichter so liebte; sie werden meine Lorbeerhaine zerstören und dort Kartoffeln pflanzen; die Lilien, die weder spannen noch arbeiteten und doch ebenso herrlich gekleidet waren wie der König Salomo in aller seiner Pracht, sie werden ausgerissen werden aus dem Boden der Gesellschaft, es sei denn, sie nehmen die Spindel zur Hand; die Rosen, jene müßigen Bräute der Nachtigallen, wird das gleiche Geschick treffen; die Nachtigallen, diese unnützen Sänger, werden vertrieben werden, und - ach! mein 'Buch der Lieder' wird dem Gewürzkrämer dienen, um daraus Tüten zu drehen, in die er Kaffee schütten wird oder Schnupftabak für die alten Weiber der Zukunft. Ach! ich sehe dies alles voraus und mich beschleicht unsägliche Trauer, wenn ich an den Untergang denke, mit dem das siegreiche Proletariat meine Verse bedroht, die ins Grab sinken werden mit der ganzen alten romantischen Welt..."

Die Soldschreiber der Bourgeoisie, die modernen wie die älteren, haben, wenn sie Heines Werk "würdigen" und auf seine Vorstellungen vom Kommunismus eingingen, spätestens an dieser Stelle der Heineschen Vorrede abgebrochen, um den "Dichter" in einen antikommunistischen Vorkämpfer umzuwandeln. Gewiß war Heine zwiespältig, durch sein Herz ging der "große Weltriß". Er konnte aufgrund seiner ideengeschichtlichen Auffassung von der Geschichte nicht den letzten Schritt zum wissenschaftlichen Kommunismus, an dessen Schwelle er so nahe stand, vollziehen. Die Gleichheitsideen der Saint-Simonisten, der primitive Gleichheitskommunismus der im Pariser Exil lebenden deutschen Handwerker und Gesellen mit ihrem Asketentum und ihrer Kunstfeindlichkeit hallten in ihm nach. Zwanzig Jahre älter als Marx, konnte der in seiner Weltanschauung ausgereifte Heine den von Marx entwickelten wissenschaftlichen Gedankengängen nicht mehr in vollem Umfange folgen, nicht zuletzt auch durch seine Isolierung von der praktischen Bewegung der arbeitenden Klasse: wie er schließlich dem Werke Marx' keine Aufmerksamkeit mehr schenkte, als Marx durch seine Übersiedlung nach London aus dem unmittelbaren Bannkreis Heines ausschied. Aber auch individualistische Lebensauffassungen, die sein Dichter- und Künstlertum so stark geprägt haben, und seine furchtbare Krankheit, die ihn acht Jahre an die grauenvolle "Matratzengruft" fesselte, haben an dem "Weltriß" mitgewirkt.

Doch die Vorrede zur "Lutetia", die als sein "politisches Testament" gilt und die wir unterbrochen haben, ist noch nicht zu Ende:

"Und dennoch, ich bekenne es mit Freimut, übt dieser Kommunismus, der all meinen Interessen und Neigungen so feindlich ist, auf meine Seele einen Reiz aus, dem ich mich nicht entziehen kann; zwei Stimmen erheben sich in meiner Brust zu seinen Gunsten, zwei Stimmen, die sich nicht zum Schweigen bringen lassen wollen, die vielleicht im Grunde nur teuflische Einflüsterungen sind - aber was immer es sei, ich bin davon besessen, und keine Macht der Teufelsbeschwörung könnte sie bändigen.

Denn die erste dieser Stimmen ist die der Logik. Der Teufel ist ein Logiker! sagt Dante. Ein fürchterlicher Syllogismus hält mich umstrickt, und wenn ich diesen ersten Satz nicht widerlegen kann, 'daß alle Menschen das Recht haben zu essen', so bin ich gezwungen, mich auch allen anderen Konsequenzen zu unterwerfen. Wenn ich daran denke, so laufe ich Gefahr, den Verstand zu verlieren, ich sehe alle Dämonen der Wahrheit im Triumph mich umtanzen,

und schließlich bemächtigt sich meines Herzens eine großmütige Verzweiflung, und ich rufe aus: sie ist schon seit langem gerichtet, verurteilt, diese alte Gesellschaft! Möge die Gerechtigkeit ihren Lauf nehmen! Möge sie in Stücke gehen, diese alte Welt, wo die Unschuld zugrunde ging, wo die Selbstsucht gedieh, wo der Mensch vom Menschen ausgebeutet wurde! Mögen sie von Grund aus zerstört werden, diese übertünchten Grabstätten, in denen die Lüge und die Verderbnis herrschten! Und gesegnet sei der Gewürzkrämer, der einst aus meinen Gedichten Tüten drehen wird, um Kaffee oder Tabak für die armen, guten, alten Weiber hineinzuschütten, die sich vielleicht in unserer jetzigen Welt der Ungerechtigkeit eine solche Annehmlichkeit hätten versagen müssen - fiat justitia, pereat mundus!

Die zweite der beiden gebieterischen Stimmen, die mich bestricken, ist noch mächtiger und noch infernalischer als die erste, denn es ist die des Hasses, - des Hasses, den ich gegen eine Partei hege, deren schrecklichster Gegner der Kommunismus und die aus diesem Grunde unser gemeinsamer Feind ist. Ich spreche von den sogenannten Repräsentanten der Nationalität in Deutschland, von jenen falschen Patrioten, deren Vaterlandsliebe in nichts anderem besteht als in einer idiotischen Abneigung gegen alles Fremde und gegen die Nachbarnvölker, und die jeden Tag ihre Galle verspritzen, besonders gegen Frankreich. Ja, diese Überbleibsel oder Nachfahren der Teutomanen von 1815, die nur ihr altes ultra-teutsches Narrenkostüm modernisiert haben und sich ein wenig die Ohren haben stutzen lassen - mein ganzes Leben lang habe ich sie verabscheut und bekämpft, und jetzt, da das Schwert der Hand des Sterbenden entfällt, fühle ich mich durch die Überzeugung getröstet, daß der Kommunismus, der sie als erste auf seinem Wege finden wird, ihnen den Gnadenstoß versetzen wird, und das wird sicherlich nicht ein Keulenschlag sein, nein, mit einem einfachen Fußtritt wird der Riese sie zertreten, so wie man eine Kröte zertritt. Das wird sein Debüt sein. Aus Haß gegen die Parteigänger des Nationalismus könnte ich den Kommunisten meine Liebe zuwenden."

Heine, der große Kämpfer auf der Grenzscheide zweier Weltalter, selbst kein Kommunist, zeigt hier wahrhaft geschichtliche Größe. Seine Vorbehalte sind den objektiven Realitäten der gesellschaftlichen Entwicklung untergeordnet.

Wenn wir zum Abschluß kommen, so wollen wir mit einem anderen großen Schriftsteller, der ebenfalls aus dem Bürgertum kam und den Weg des Verständnisses für die historische Rolle des Proletariats und des Sozialismus fand, Heinrich Heine ehren und würdigen. Heinrich Mann sprach 1931 anlässlich eines Aufrufs für Heines Denkmal in Düsseldorf die Worte: "Er hat den sicheren Blick des dichterischen Geistes, der die Gesellschaft seiner Zeit erfäßt, sie anschaulich macht durch Steigerung der Wirklichkeit und auf sie einwirkt vermittels des endgültigen Wortes. Ein Blick und ein Wort wie die seinen bestehen fort auch unter wechselnden Zuständen. Jeder, der seine Tagesberichte liest, muß fühlen: es sind Berichte aus allen Tagen, jene nicht ausgenommen, die auf sein leibliches Ende gefolgt sind. Unsere heute mitlebende Welt hätte keine Geheimnisse für ihn. Wäre er da, er würde dieselben Kämpfe führen wie wir. Ungerechtigkeit und Entwürdigung des Menschen müßten ihn bewegen wie je. Sein Ziel wäre immer noch Vermenschlichung der Welt, Vergeistigung des Lebens. Er hat um uns und unsere Not gewußt. Er war unter den ersten, die soziale Gedichte schrieben. Er hat dabei das Land, das ihm die Sprache schenkte, männlich und ohne Redensart geliebt. Ihm bezeugte er Dauer, ja ewigen Bestand."

So wie Heine unserem Lande, ja, wir können es heute mit Gewißheit sagen, unserem Lande der Arbeiter und Bauern, unserer Arbeiterklasse Dauer, ja ewigen Bestand bezeugte, so bezeugt unser Staat und unsere Arbeiterklasse, in denen sein fortschrittliches, humanistisches und kämpferisches Werk fortlebt und bewahrt wird, Heinrich Heine Dauer, ja ewigen Bestand!<sup>1</sup>

1 Der Vortrag wurde unter Verwendung folgender Literatur ausgearbeitet: Heine, Heinrich, Sämtliche Werke in zwölf Teilen. Mit Einleit. u. Anmerk. hg. v. Paul Beyer, Karl Quen-

(Fortsetzung der Anmerkung)

zel, Karl Hanns Wegener, Leipzig o. J.; Heine, Heinrich, Briefe, hg. v. Gotthard Erler, Leipzig o. J. (Reclam, Nr. 408); Houben, H. H., Gespräche mit Heine, 2. Aufl., Potsdam 1948; Eulenberg, Herbert, Heinrich Heine, Berlin 1949; Vontin, Walther, Heinrich Heine, Berlin 1949; Hirth, Friedrich, Heinrich Heine und seine französischen Freunde, Kupferberg 1949; Betz, Louis, Heine in Frankreich, Zürich 1895; Karpeles, Gustav, H. Heine, Leipzig 1899; Lichtenberger, Henri, H. Heine als Denker, Dresden 1905; Bock, Helmut, Die ökonomisch-politischen Auffassungen Heinrich Heines in den Briefen an die Augsburger Allgemeine Zeitung von 1840 - 1843, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, Nr. 4/1957; Geisler, U., Die sozialen Anschauungen des revolutionären Demokraten Heinrich Heine, in: Wissenschaftliche Zeitschrift der Karl-Marx-Universität Leipzig, Nr. 1/1965; Victor, Walther, Marx und Heine, Berlin 1953; Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, 2 Bde, Berlin 1960; derselbe, Aufsätze zur deutschen Literaturgeschichte, hg. v. Hans Koch, Leipzig 1972 (Reclam, Nr. 246); Marx/Engels, Über Kunst und Literatur, Berlin 1948; Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 4, Berlin 1959; Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 1, in: ebenda, Bd. 23, Berlin 1962; Engels, Friedrich, Ludwig Feuerbach und der Ausgang der klassischen deutschen Philosophie, in: ebenda, Bd. 21, Berlin 1962; Reimann, Paul, Hauptströmungen der deutschen Literatur 1750 - 1848. Beiträge zu ihrer Geschichte und Kritik, 2. Aufl., Berlin 1963; Kuczynski, Jürgen, Gestalten und Werke. Soziologische Studien zur deutschen Literatur, Berlin/Weimar 1969; Steinmetz, Max, Das Müntzerbild von Martin Luther bis Friedrich Engels, Berlin 1971.

## Diskussionen

## ÜBER DEN ZUSAMMENHANG ZWISCHEN ARBEITSPRODUKTIVITÄT UND WERT- PRODUKTIVITÄT

Bemerkungen zu: Jürgen Kuczynski, Zum Problem der Messung der Arbeitsproduktivität auf Grund von Berechnungen für die Landwirtschaft in den USA<sup>+</sup>

von Fritz Behrens

Jürgen Kuczynski fordert meines Erachtens richtig, man müsse bei der seit 1950 in der Landwirtschaft der USA rasch steigenden Arbeitsproduktivität auch die "starken Leistungen der Industrie an die Landwirtschaft" berücksichtigen. Die industriellen Leistungen - "Maschinen, Düngemittel etc." - schufen überhaupt erst die Voraussetzungen für den starken Aufschwung der agrikolen Arbeitsproduktivität, wobei es natürlich eine andere Frage ist, ob sie sozusagen "industriellautonom" waren oder auf Anstöße, eine "Nachfrage" aus der Landwirtschaft zurückgingen. Doch ist diese Frage im diskutierten Zusammenhang von untergeordneter Bedeutung. Wenn das aber so ist, so darf man die Industrieleistungen für die Landwirtschaft auch bei der Berechnung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität nicht unberücksichtigt lassen. Sie müssen im Wert bzw. Preis der landwirtschaftlichen Produkte enthalten sein und zum Ausdruck kommen. Wenn man die auch mitunter von sozialistischen Ökonomen vertretene Auffassung ablehnt, daß jede Arbeit, die Einkommen schafft, produktiv sei, und die marxistische These akzeptiert, daß nur die Arbeit in der Sphäre der materiellen Produktion produktive Arbeit ist, dann entstehen, wie Kuczynski weiter bemerkt, allerdings "recht vielfältige und komplizierte Probleme" hinsichtlich der Messung der - nicht nur agrikolen - Arbeitsproduktivität. Die gängigen und bekannten Ziffern über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität basieren nämlich fast ausschließlich auf der Zusammenfassung betrieblicher und günstigenfalls zweiglicher Angaben und nicht einzelner Produkte. Es ist meines Wissen bisher auch nicht gelungen, theoretisch befriedigende volkswirtschaftliche Ziffern zu berechnen, obwohl es Vorschläge hierfür gibt.<sup>1</sup> Die großen Hoffnungen, die noch vor wenigen Jahren auf elektronische Datenverarbeitungsmaschinen und globale Input-Output-Rechnungen gesetzt wurden, haben sich auch nicht erfüllt, nicht zuletzt infolge der Konservativität der statistischen Praxis, aber auch wegen der Schwierigkeit der Beschaffung des Urmaterials für die Berechnung komplexer Ziffern der Arbeitsproduktivität. Somit muß die Frage Kuczynskis, ob es "noch sinnvoll" sei, "über längere Zeit Veränderungen der Arbeitsproduktivität im Rahmen einer einzelnen Industrie, eines einzelnen Wirtschaftszweiges zu berechnen, um so deren Leistung unter dem Gesichtspunkt der Ökonomie der Zeit zu messen", nach wie vor verneint werden. Es ist heute so wenig sinnvoll, wie es in den vergan-

+ Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 4.

1 Vgl. hierzu außer der auch von Kuczynski zitierten Schrift des Verfassers "Zur Theorie der Messung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit" unter anderem auch Behrens, Fritz, Probleme der Messung des Nutzeffektes der gesellschaftlichen Arbeit, in: Wirtschaftswissenschaft, Nr. 8/1961; derselbe, Gesamter Arbeitsaufwand und Wert, in: ebenda, Nr. 6/1962; derselbe, Messung des gesamten Arbeitsaufwandes als Weiterentwicklung der Zeitsummenmethode, in: ebenda, Nr. 7/1963; derselbe, Arbeitsproduktivität und Wertkategorien, in: Arbeitsökonomik, Nr. 11/1967.

genen Jahren sinnvoll war - wenn man nicht zu neuen Methoden übergeht! Daraus folgt natürlich ein gewisser Skeptizismus hinsichtlich der Beurteilung bekannter Angaben über die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die, unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, "falsch" sind, aber auch die Aktualität von Vorschlägen, neue Methoden für die Berechnung "richtiger" komplexer Ziffern zu finden. Wenn Jürgen Kuczynski meint, "solange die Veränderungen in der Arbeitsteilung nicht schnell vor sich gingen, also keine allzu große Rolle spielen", sei die Berechnung von Ziffern über die Veränderung der Arbeitsproduktivität in der bisher üblichen Weise nicht tragisch, so ist das allerdings nur ein schwacher Trost. Auch geringfügige Veränderungen können sich über längere Zeit summieren.

Ich stimme Kuczynski zu, Ziffern der gesamtwirtschaftlichen Produktivität könne man berechnen, wenn man für jedes Produkt Tauschwert und Gebrauchswert gegenüberstellt. Natürlich gibt es dabei auch eine ganze Reihe von Problemen und Schwierigkeiten, vor allem deshalb, weil die Bildung addierbarer Aggregate für Gebrauchswerte relativ begrenzt ist. Man wird sich, wenn man sich den Vorschlag Kuczynskis zu eigen macht, daher auf einige - repräsentative - möglichst exakt zu definierende Gebrauchswerte beschränken müssen und wird Indizes für die durchschnittlichen Veränderungen - im Unterschied zur Veränderung des Durchschnitts - berechnen müssen. Das ist aber, wenn es um die Gewinnung von Aussagen über die Veränderung der Arbeitsproduktivität geht und nicht um Niveauvergleiche, kein Nachteil.

Eine theoretische Begründung der Messung der Veränderung der Arbeitsproduktivität durch die Gegenüberstellung von Gebrauchswert und Tauschwert für bestimmte Produkte ist nicht schwierig. Sie ergibt sich daraus, daß zwischen der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und des Wertes je Produkt - dessen Erscheinungsform der Tauschwert ist - ein direkter ökonomischer Zusammenhang besteht. Der Wert je Produkt sinkt umgekehrt zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, allerdings weniger als proportional, da mit steigender Arbeitsproduktivität der Wert der verbrauchten Produktionsmittel - Arbeitsgegenstände und Arbeitsmittel -, der durch die produktive als konkrete Arbeit auf das neue Produkt im gleichen Prozeß übertragen wird, wie die produktive als abstrakte Arbeit das Wertprodukt schafft, relativ wächst. Die Senkung des Wertes je Produkt mit steigender Arbeitsproduktivität ist das entscheidende Kriterium dafür, ob eine Erhöhung der Produktivität der lebendigen nicht durch einen überproportionalen Mehrverbrauch an vergegenständlichter Arbeit kompensiert oder sogar überkompensiert wurde, so daß sich die Effektivität der gesellschaftlichen - lebendigen und vergegenständlichten - Arbeit nicht erhöhte, vielleicht sogar verschlechterte! Allerdings ist dabei zu beachten, daß der Wert je Produkt nicht als solcher, sondern nur ausgedrückt in Geld, als Preis, erscheint, und daß es - solange eine Warenproduktion existiert - keine Möglichkeit gibt, den Wert eines Produktes in Arbeitszeit ausgedrückt zu messen. Wenn daher mit steigender Arbeitsproduktivität die Preise nicht sinken, ja eher noch steigen, dann kann, aber muß nicht eine Kompensation oder Überkompensation der Einsparung von lebendiger durch vergegenständlichte Arbeit die Ursache hierfür sein. In der Regel wird die Ursache hierfür vielmehr eine Wirtschaftspolitik sein, die sich von dem Keyneschen Rezept leiten läßt, daß es einfacher - und auch populärer - ist, mit steigender Arbeitsproduktivität notwendige - oder erkämpfte - Lohnerhöhungen mit gleichbleibenden oder "leicht steigenden" Preisen zu verbinden.

Aber zunächst einige Festlegungen: Wir bezeichnen

B = wertmäßiges Bruttoprodukt (in Preisen),

Q = summierbare Menge von Gebrauchswerten ( $Q = \sum q$ ),

T = Aufwand für lebendige Arbeit für Q,

$a = \frac{Q}{T}$  als Arbeitsproduktivität,

$\alpha = \frac{B}{T}$  als Wertproduktivität,

$t$  = Aufwand an lebendiger Arbeit je Produkt,

$p$  = Wert je Produkt =  $\frac{B}{Q}$ .

Dann ist

$$a = \frac{Q}{T} = \frac{B}{T} : \frac{B}{Q} = \frac{\alpha}{p} \quad \text{und} \quad p = \frac{B}{Q} = \frac{B}{T} : \frac{a}{T} = \frac{\alpha}{a}$$

Wenn mit steigender Arbeitsproduktivität der Wert je Produkt sinkt, wenn auch nicht umgekehrt proportional, sondern langsamer, dann muß ein Index der Arbeitsproduktivität schneller steigen als ein Index einer Wertproduktivität. Das gilt nicht für mit steigender Arbeitsproduktivität gleichbleibende oder gar steigende Preise, wie leicht einzusehen ist, ändert aber nichts an dem Zusammenhang

$$a = \frac{\alpha}{p}$$

Wenn somit  $B$ ,  $T$  und  $p$  bekannt sind, kann man die Arbeitsproduktivität und umgekehrt aus Wertproduktivität und Arbeitsproduktivität den Wert bzw. Preis je Produkt berechnen.

### Übersicht

Arbeits- Produktivität	Wert- Produktivität	Wert (Preis) je Produkt	Aufwand
$a = \frac{Q}{T}$	$\alpha = \frac{B}{T}$	$p = \frac{B}{Q}$	$t = \frac{T}{Q}$
$= \frac{\alpha}{p} = \frac{1}{t}$	$= \frac{p}{t} = a \cdot p$	$= \frac{\alpha}{a} = a \cdot t$	$= \frac{p}{a} = \frac{1}{a}$

Allerdings - auch das ist leicht einzusehen - hat man, wenn man aus der Wertproduktivität  $\alpha$  und dem Preis eines Produktes die Arbeitsproduktivität berechnet hat, damit noch kein Kriterium dafür, ob der Preis je Produkt einem mit steigender Arbeitsproduktivität gesunkenen Wert entspricht. Dazu bedarf es einer weiteren Analyse, die unter den gegebenen Bedingungen der Warenproduktion eine Kostenanalyse, eine Analyse der Entwicklung der Kosten für Abschreibungen, Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und Lohnkosten, sein muß. Doch umfaßt - darauf kommt es hier an - eine aus der Wertproduktivität errechnete Ziffer der Arbeitsproduktivität immer auch die für das jeweilige Produkt in der Produktion verbrauchte und wertmäßig übertragene vergegenständlichte Arbeit. Wenn wir einen Index der Arbeitsproduktivität mit  $a'$  bezeichnen, dann ist die untere - und nur in seltenen Grenzfällen mögliche - Grenze für die Senkung des Wertes je Produkt bei steigender Arbeitsproduktivität.

$$\frac{p_n}{a'} \cdot 100$$

In diesem - Grenzfall - wäre der Wert je Produkt umgekehrt proportional zur gestiegenen Arbeitsproduktivität gefallen. Die bei steigender Arbeitsproduktivität wirtschaftspolitisch tolerierbare Grenze für den Wert je Produkt sind unveränderte Preise. Sie bedeuten, daß die durch Steigerung der Arbeitsproduktivität eingesparte lebendige Arbeit durch einen Mehrverbrauch an vergangener Arbeit wieder kompensiert wurde, oder bezwecken, daß eine Erhöhung der Reallöhne nicht durch Senkung der Preise, sondern durch Erhöhung der Nominallöhne bei unveränderten Preisen erzielt werden soll.

Bevor die Schlussfolgerungen gezogen werden, soll das Vorangegangene an einem schematischen Beispiel erläutert werden.



## Beispiel

Zeit	Variante A						Variante B					
	Q	T	a	B	p	Q	T	a	B	p		
0	10	5	2	30	3	6	10	5	2	30	3	6
n	30	5	6	60	2	12	30	5	6	90	3	18
Prozent	-	-	200	-	-33	100	-	-	200	-	= 0	200

In Variante A ist mit der Steigerung der Arbeitsproduktivität eine Senkung des Wertes, also auch Preises je Produkt verbunden, in Variante B blieb der Preis je Produkt trotz gestiegener Arbeitsproduktivität unverändert. Während in Variante A, was ökonomisch die Regel, weil rationell ist, die Wertproduktivität langsamer stieg als die Arbeitsproduktivität, stiegen in Variante B beide gleich. Die untere mögliche Grenze für den Preis je Produkt wäre bei einer Verdoppelung der Arbeitsproduktivität in Variante B

$$\frac{p}{a} \cdot 100 = \frac{300}{200} = 1,5.$$

Das ist nur möglich, wenn die Steigerung der Arbeitsproduktivität nicht durch eine relative Erhöhung des Anteils an verbrauchter und übertragener vergegenständlichter Arbeit oder von Erhöhungen des Nominallohnes begleitet ist.

Die Forderung Kuczynskis, für die Berechnung von Indizes einer gesamtwirtschaftlichen Produktivität für jedes Produkt Gebrauchswert und Tauschwert gegenüberzustellen, läßt sich somit verwirklichen, wenn man aus einer Ziffer der Wertproduktivität die Arbeitsproduktivität berechnet. Da Preis je Produkt, Preissumme und Aufwand an lebendiger Arbeit in der Regel bekannt sind, ist dies möglich. Aus dem Vergleich der Entwicklung von Arbeits- und Wertproduktivität lassen sich Rückschlüsse auf die tatsächliche oder auf eine mögliche Preisentwicklung ziehen. Das ist natürlich nur der Fall, wenn man mit dieser Methode zur Messung der Entwicklung der Arbeitsproduktivität eine - quantitative und qualitative - Analyse der Entwicklung des Verhältnisses der lebendigen zur vergegenständlichten Arbeit verbindet, denn das raschere Wachstum der letzteren im Vergleich zur ersteren ist Konsequenz und Kriterium des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der materiellen Produktion - unter welchen gesellschaftlichen Verhältnissen auch immer!

## ZU EINIGEN FRAGEN DES WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN FORTSCHRITTS<sup>+</sup>

von Robert Rompe/Kurt Werner

Der wissenschaftlich-technische Fortschritt in unserer Zeit ist keine gesellschaftsneutrale Bezugsgröße. Er ist abhängig von den Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, den Zielen und Möglichkeiten der Gesellschaft. Bei der Analyse der historischen Entwicklung von Wissenschaft und Technik muß dieser Tatbestand beachtet werden, um mögliche Fehlschlüsse auf ein Mindestmaß zu reduzieren.

In den letzten Jahren haben Fragestellungen, wie zum Beispiel die Möglichkeiten der Beherrschung der wissenschaftlich-technischen Revolution, der Wechselwirkung von Wissenschaft und Produktion, der Verflechtung von Zivil- und Militärtechnik und der Steuerung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, an Bedeutung gewonnen. Ein äußeres Kennzeichen dafür ist das schnelle Anwachsen der Literatur zu diesem Problemkreis.

Die Stimulierung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der DDR, einem Land, das kaum Mittel für Forschung und Entwicklung im militärischen Bereich aufwendet, gehört zu den Aufgaben, denen in den nächsten Jahren besondere Bedeutung zukommt. Auf der Basis eines leistungsfähigen Wirtschafts- und Bildungssystems, einer kontinuierlichen Wissenschaftspolitik, die zur Durchsetzung der gesellschaftsnotwendigen Priorität bei der Vergabe von Forschungsaufgaben führte, müssen die Zielstellungen der Technik stärker als bisher aus den Erfordernissen der Gesellschaft abgeleitet werden.

Die allgemeine Entwicklung in der Wissenschaft ist dadurch gekennzeichnet, daß der Fundus des Wissens in der Welt so angewachsen ist, daß es nicht darauf ankommt, diesen nur ständig zu vergrößern, sondern vielmehr seine Praxiswirksamkeit zu erhöhen bzw. nötigenfalls zu vertiefen und echte Beziehungen zu den Bedürfnissen der Gesellschaft herzustellen. Ähnlich ist die Situation in der Technik, die einen Teil dieses Fundus darstellt. Dazu schreibt Steinbuch: "Technische Ziele, die keinen physikalischen und logischen Gesetzen widersprechen, können bei angemessener Anstrengung stets verwirklicht werden. Was man ernsthaft will, das kann man."<sup>1</sup>

Im gegenwärtigen Zeitraum kommt der effektiven und rationellen Nutzung der Erkenntnisse und Ergebnisse erhöhte Bedeutung zu. Die Nutzung selbst ist damit ein vorrangiges wissenschaftliches und technisches Problem geworden.<sup>2</sup> Von ihr hängt die Geschwindigkeit, aber auch die Richtung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ab.

+ Der Beitrag entstand als Antwort auf die interessanten und ideenreichen Ausführungen von J. Kuczynski im vorliegenden Band über die Rolle der Wissenschaft in der wissenschaftlich-technischen Revolution. Die Bemerkungen der Autoren versuchen, das Gesagte teilweise zu konkretisieren; für einige Probleme wird aber die Sicht aus einem anderen Blickwinkel vorgeschlagen.

1 Steinbuch, Karl, Zur Systemanalyse des technischen Fortschritts, Zukunftsfragen, Stuttgart 1970, S. 19 = Systems 69.

2 Rompe, Robert, Zu einigen wissenschaftsstrategischen und wirtschaftsökonomischen

Die Geschwindigkeit des wissenschaftlich-technischen Fortschritts wird von zahlreichen Autoren, so zum Beispiel Servant-Schreiber<sup>3</sup> und Dobrov<sup>4</sup>, in Zeitreihen dargestellt, die verdeutlichen sollen, daß sich die Zeiten von der Entdeckung eines neuen Prinzips bis zu dessen technischer Realisierung laufend verkürzen. Dieser Tatbestand ist natürlich keine Gesetzmäßigkeit. Er zeigt aber, daß bei enormen wirtschaftlichen Anstrengungen auf ausgewählten Gebieten eine Verkürzung der Überleitungszeiten möglich ist. Diese Überleitungsphase ist zu einem komplizierten Problem geworden. Während noch Archimedes seine Entdeckungen selbst "überleitete", benötigt die Industrie heute zahlreiche Methoden verschiedener Wissenschaftsgebiete, um meßbare Erfolge in vertretbarer Zeit zu erreichen. Die wissenschaftliche Analyse des Problems stößt auf zahlreiche Schwierigkeiten, insbesondere durch die Komplexität des Untersuchungsgegenstandes, die starke Wechselwirkung der Einflußgrößen und die fehlende Verallgemeinerungswürdigkeit des vorliegenden statistischen Materials bedingt.

Aus der Analyse wichtiger Entdeckungen und Erfindungen in unserem Jahrhundert leitete Auth<sup>5</sup> charakteristische Systemaspekte (gesellschaftlicher, technologischer und applikativer Art) ab. Damit leistete er einen ersten Beitrag zur Erforschung der Einführungs- und Überführungsproblematik. Er eröffnet damit Denkmöglichkeiten für eine der sozialistischen Gesellschaft adäquaten Form der Lösung des Problems. Gleichzeitig zeigt Auth in seiner Arbeit<sup>6</sup> am Beispiel des Feldeffekttransistors mit isolierter Steuerelektrode, daß zwischen der Patentanmeldung und der Realisierung in kommerziell vertretbarer Form 35 Jahre liegen, eben weil die fehlenden Systembedingungen keine wesentlich schnellere Einführung zuließen. Ein weiteres Beispiel für den komplizierten Weg von der Idee bis zur Einführung in die Massenproduktion ist die Entdeckung des Penicillins durch Fleming. Krauch<sup>7</sup> beschreibt anschaulich diese Phase und zeigt, daß erst militärisches Interesse die entscheidende Förderung des Vorhabens ermöglichte. Diese Feststellung gilt für viele Entdeckungen und Erfindungen, die in den letzten fünfzig Jahren in die Produktion, insbesondere in die elektronische und chemische Industrie, eingeführt wurden.

Im Zusammenhang mit den Beiträgen von Auth - gewissermaßen als Ergänzung dazu - sind die Ausführungen von Pavljutčenko<sup>8</sup> über qualitative und quantitative Veränderungen im wissenschaftlich-technischen Fortschritt zu sehen. Natürlich kann man bei der Analyse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts nicht mit einer Klassifizierung in qualitative und quantitative Aspekte auskommen. Es müssen auch sogenannte "lokale Sprünge" bei technischen Gattungen, wie sie zweifellos durch die Einführung von Hartmetall und Numerik in den Werkzeugmaschinenbau auftraten, stärker berücksichtigt werden. Ordnet man die beiden obengenannten Aspekte dem bekannten Grundsatz, daß die Natur keine Sprünge macht, unter, dann lassen sich Schlüsse für die zukünftige Entwicklung der Technik ziehen. Ergänzend ist darauf hinzuweisen, daß eine Expertenbefragung über mögliche Trends der technischen Entwicklung gründliche wissenschaftliche Untersuchungen nicht ersetzen kann. Es gab und gibt immer wieder Beispiele für folgenschwere Irrtümer von Experten, auch außerhalb der Wissen-

Problemen der Entwicklung, des Vertiefungsgrades und der Multivalenz der modernen Physik, Berlin 1969 = Preprint Zentralinstitut für Elektronenphysik, Nr. 5/1969.

- 3 Servant-Schreiber, Jean Jacques, Die amerikanische Herausforderung, Hamburg 1968, S. 79/80.
- 4 Dobrov, G. M., Prognostik in Wissenschaft und Technik, Berlin 1971, S. 100 - 103.
- 5 Auth, J., Vortrag, gehalten auf der Tagung "Physik und Elektronik" in Berlin am 24. 9. 1969; derselbe, Zum Systemcharakter naturwissenschaftlich-technischer Forschung, in: die Technik, Nr. 9/1971, S. 564 - 566.
- 6 Derselbe, Vortrag auf der Tagung "Physik und Elektronik", a. a. O.
- 7 Krauch, Helmut, Die organisierte Forschung, Neuwied 1970, S. 75 ff.
- 8 Pavljutčenko, V., Količestvennye i kačestvennye izmenenija v naučno-techničeskom progresse, in: Voprosy ekonomiki, Nr. 7/1970, S. 23 - 32.

schaft. Als die Firma Berliner Telefongesellschaft beim Postminister anfragte (Ende des 19. Jahrhunderts), mit wieviel Anschlüssen man in Berlin in den nächsten Jahren rechnen könne, bekam sie die Antwort: etwa 100. Und wir wissen, daß analog zögernd der Start der Eisenbahn und des Autos vonstatten ging.

Alle diese Fragen müssen Gegenstand vertiefter wissenschaftlicher Untersuchungen werden, da in den zitierten und vorgelegten Ausführungen auch vieles enthalten ist, was einer näheren Prüfung nicht standhält und vielleicht durch zu starke Vereinfachung uns nicht den wirklichen Gang der technischen Entwicklung richtig wiedergibt. Der Satz "Das Morgen ist schon heute da" gilt offenbar sehr stark für die Entwicklung der Technik. Ähnlich wie in der Meteorologie, wo man bekanntlich in Berlin bis hin zu seiner weiteren Umgebung eine brauchbare Wetterprognose mit etwa 70 Prozent Treffern erhalten kann, indem man sagt, das Wetter morgen ist so wie heute, kann man auch sagen, die zivile Technik in zwanzig Jahren wird sich im wesentlichen nicht von unserer unterscheiden - außer daß vieles sehr viel billiger und haltbarer werden muß!

Eine besondere Stellung bei der Entwicklung der Technik nimmt die Militärtechnik ein. Die Verflechtung von beiden Gebieten mit der Gesellschaft ist recht kompliziert, eine Tatsache, die auch Fritsch<sup>9</sup> hervorhebt. Die von Krauch<sup>10</sup> und Kuczynski<sup>11</sup> dazu angeführten Gesichtspunkte tragen zur weiteren Durchdringung des Problemkreises bei. Einige Bemerkungen aus einem anderen Blickwinkel sollen diese Ausführungen ergänzen.

Die moderne Militärtechnik hat ihren Ursprung im zweiten Weltkrieg, als man erkannte, daß aus der Grundlagenforschung Erkenntnisse in den militärischen Bereich umgesetzt werden können, die ein Überraschungsmoment ergeben. Gepaart mit Prestigedenken einer ständigen Überlegenheit, hat sich diese Einstellung in den imperialistischen Staaten bis heute erhalten. Dadurch werden vorzugsweise Wissenschaftsgebiete von Militärs finanziert, die solche Überraschungsmomente hervorbringen können (zum Beispiel Grundlagenforschung für chemische und bakteriologische Kampfstoffe, Hochenergiephysik, Kommunikation mit Lebewesen auf anderen Planeten, Raumfahrt usw.). Das Prestigedenken führt sogar soweit, daß für die Wissenschaft absurd anmutende Probleme, wie zum Beispiel die Möglichkeit der Gedankenübertragung, durch staatliche Finanzierung gefördert wurden.

Die Auffassung von Kuczynski<sup>12</sup>, daß die Grundlagenforschung im Krieg welkt, kann man nicht vorbehaltlos annehmen. Wenn man Grundlagenforschung im Sinne von Marx definiert mit dem Merkmal universeller Gültigkeit der Erkenntnisse und ihrer multivalenten Nutzbarkeit, dann wurden im zweiten Weltkrieg bestimmte Gebiete der Physik, Chemie und Elektronik stark gefördert. Diese Förderung hält bis heute an bzw. verlagert sich auf andere Gebiete (zum Beispiel Biologie), da der Imperialismus stets bestrebt ist, den Krieg in anderen Spielarten auf Friedenszeiten auszudehnen (zum Beispiel kalter Krieg).

Den Niedergang der Grundlagenforschung konnte man noch im Krieg 1870/71 beobachten. Dasselbe gilt, wenn auch mit geringer Einschränkung, im ersten und zweiten Weltkrieg für Deutschland. Es ist vor allem eine spezifische Erscheinung des Faschismus, die Bedeutung der Wissenschaft allgemein unterschätzt zu haben. Es bildete sich sogar eine ausgesprochene wissenschaftsfeindliche Einstellung auf wichtigen Wissenschaftsgebieten heraus. Die Fehleinschätzung kam trotz traditioneller Bindung von Industrie und Militär zustande. Der sogenannte Militär-Industrie-Komplex, der zweifellos in seiner Verflechtung in den USA einen

9 Fritsch, Bruno, Wechselwirkungen zwischen Gesellschaft und Technik. Zukunftsfragen, Stuttgart 1970, S. 32 = Systems 69.

10 Krauch, Helmut, a. a. O., S. 151 ff.

11 Vgl. den Beitrag Kuczynski, Jürgen, Wissenschaft und Rüstung, im vorliegenden Band des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte.

12 Ebenda.

Höhepunkt erreicht hat und in dieser Form ein ernstes Hindernis für weltweite Abrüstungsbemühungen darstellt, hat Wurzeln in Deutschland, verkörpert durch die Namen Krupp, Rathenau und Haber. Gerade Haber ist ein Beispiel für die Einheit von hohem Offizier und Schöpfer eines neuen Industriezweiges. Als weitere spezifische Form muß auch der großdeutsche Komplex mit dem Mammutkonzern des "Reichsmarschalls" Göring angesehen werden.

Die USA dagegen haben über einen längeren Zeitraum verschiedene Zweige der Grundlagenforschung aus militärischen Gründen gefördert. Im Ergebnis dieser spontanen, von Prestigedenken getragenen Förderung wurde das Gebäude der Wissenschaften in spezifischer Weise deformiert. Diese Deformation wird teilweise als Erfolg der wissenschaftlich-technischen Revolution angesehen. Natürlich haben sich bei dieser Entwicklung Teilerfolge auf einzelnen Gebieten eingestellt. Diese Ergebnisse strahlen auf den zivilen Sektor aus, vor allem in den Industriezweigen (zum Beispiel Luftfahrt, Elektronik, chemische Industrie), die eng mit der Rüstung verflochten sind. Es ist nicht gerechtfertigt, diese Erfolge als Segnungen der wissenschaftlich-technischen Revolution auszugeben.

Unbestritten wird in der Militärtechnik der höchste technische Fortschritt angestrebt. Das ist aber nur möglich, weil in der Militärtechnik Material- und Kostenfragen in den Hintergrund treten. Trotzdem wird damit die Frage der Kosten nicht aufgehoben. Neben dem hohen Spezialisierungsgrad militärischer Entwicklungen und der Fragwürdigkeit ihrer Anwendung für zivile Belange hat die Militärtechnik im Imperialismus negative Tendenzen, die der Entwicklung der Technik insgesamt und dem Lebensinteresse der Menschen schaden. Es kommt zu einer Änderung der Moralbegriffe (Verschwendungssucht, Brutalität, Korruption, künstlich forciertes moralischer Verschleiß). Die sogenannten Reklamewaffen, die, mit ungeheuren Aufwendungen entwickelt, am grünen Tisch moralisch verschleißten und im wesentlichen nur aus dem Gesichtspunkt des Maximalprofits von Interessengruppen verstanden werden können, sind dafür ein Beispiel. Krieg als Geschäft und legitime Form der politischen Machtausübung führt zu anderen technischen Konsequenzen als Rüstung zu Verteidigungszwecken. Die spektakuläre Seite der Militärtechnik von den Superflugzeugträgern, die wahrscheinlich in einem Atomkrieg die ersten Tage nicht überleben würden, bis zur Form der Militärbasen und der Ausrüstung der Truppen zeigen entscheidende, in der Sache begründete Unterschiede. Der Satz von Kuczynski<sup>13</sup>, "genau wie Fabriken sind die Waffensysteme austauschbar", gilt mit starken Einschränkungen. Der Imperialismus hat gelernt, an der Rüstung durch Manipulierung des moralischen Verschleißes Unsummen zu verdienen, bevor auch nur ein einziger Schuß fällt, was natürlich bekanntlich nicht ausschließt, daß trotzdem ständig geschossen wird. Aber dort wird weniger an der Munition verdient als an den enormen Aufwendungen für die Etappe. Das galt für den Algerienkrieg der französischen Regierung und gilt für den Vietnamkrieg der USA-Regierung. Im Algerienkrieg kamen auf etwa 20 000 direkt an dem Kampf Beteiligte eineinhalb Millionen, die an diesem Krieg direkt profitierten, zum Beispiel durch verbilligtes Benzin, Dienstwohnungen, Dienstkleidung, freies Reisen, Kriegszuschläge zu den Gehältern, schnellere Beförderung im Kriegszustand. Wendet man diese Relation auf den Vietnamkrieg an, so kann geschlußfolgert werden, daß etwa 15 bis 20 Prozent der Bevölkerung der USA an diesem Krieg geschäftlich direkt oder indirekt beteiligt sind, was der Realität offenbar nahekommt.

Bei der gegenwärtig vorhandenen Verflechtung zwischen Staat, Rüstung und Wissenschaft in den imperialistischen Staaten werden fast alle Wissenschaftszweige direkt oder indirekt von der Militärtechnik angesprochen. Durch die verstärkte Forschung und Entwicklung für Rüstungszwecke werden Wissenschaft und Technik in spezifischer Weise deformiert. Das sich herausbildende Profil ist für eine friedliche Nutzung nicht optimal (das gilt sowohl für das Potential als auch für die Relation) und stellt besonders für die schnelle Abrüstung ein Hin-

13 Ebenda.

dernis dar. Ein Teil des durch die Militärtechnik hervorgebrachten technischen Fortschritts ist für zivile Zwecke nutzbar. In der Regel entsprechen aber die Qualitäts-/Preisrelationen nicht kommerziellen Bedingungen.

Die komplizierten Zusammenhänge von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wissenschaftlich-technischer Revolution und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft sollten stärker Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen werden.

*Die Rolle der Militärtechnik im Fortschritt der Technik*

Dr. Hans-Joachim

„In seinem Aufsatz 'Die Rolle der Militärtechnik im Fortschritt der Technik' wird die Rolle der Militärtechnik im Fortschritt der Technik untersucht. Es wird gezeigt, dass die Militärtechnik in der Regel die Qualität der zivilen Technik verbessert, aber die Preisrelationen nicht kommerziellen Bedingungen entsprechen. Die komplizierten Zusammenhänge von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wissenschaftlich-technischer Revolution und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft sollten stärker Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen werden.“

„Die Rolle der Militärtechnik im Fortschritt der Technik wird untersucht. Es wird gezeigt, dass die Militärtechnik in der Regel die Qualität der zivilen Technik verbessert, aber die Preisrelationen nicht kommerziellen Bedingungen entsprechen. Die komplizierten Zusammenhänge von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wissenschaftlich-technischer Revolution und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft sollten stärker Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen werden.“

„Die Rolle der Militärtechnik im Fortschritt der Technik wird untersucht. Es wird gezeigt, dass die Militärtechnik in der Regel die Qualität der zivilen Technik verbessert, aber die Preisrelationen nicht kommerziellen Bedingungen entsprechen. Die komplizierten Zusammenhänge von wissenschaftlich-technischem Fortschritt und wissenschaftlich-technischer Revolution und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft sollten stärker Gegenstand wissenschaftlicher Untersuchungen werden.“

*Die Rolle der Militärtechnik im Fortschritt der Technik*

„Die Rolle der Militärtechnik im Fortschritt der Technik wird untersucht. Es wird gezeigt, dass die Militärtechnik in der Regel die Qualität der zivilen Technik verbessert, aber die Preisrelationen nicht kommerziellen Bedingungen entsprechen.“

Vgl. *ibid.*, S. 222, 227.

„Die Rolle der Militärtechnik im Fortschritt der Technik wird untersucht. Es wird gezeigt, dass die Militärtechnik in der Regel die Qualität der zivilen Technik verbessert, aber die Preisrelationen nicht kommerziellen Bedingungen entsprechen.“

## SPRACH LENIN VON DER FÜHRENDEN ROLLE DES BANKKAPITALS GEGENÜBER DEM INDUSTRIEKAPITAL?

Bemerkungen zu: Kurt Gossweiler, Die Rolle der Großbanken im Imperialismus<sup>+</sup>

von Hans Radandt

In seinem Aufsatz "Die Rolle der Großbanken im Imperialismus" hat Kurt Gossweiler eine ganze Reihe diskussionswürdiger Probleme aufgeworfen. Hier geht es jedoch um das "theoretische Fundament", das Gossweiler seinen Ausführungen gibt. Gossweiler erklärt, Lenin habe von der Abhängigkeit bzw. Unterordnung des Industriekapitals unter das Bankkapital oder von der führenden Rolle des Bankkapitals gegenüber dem Industriekapital gesprochen. Diese Behauptung bildet auch die Grundlage der von Gossweiler und Kuczynski geführten Diskussion über die Rolle der Banken im Imperialismus, auf die aber im folgenden nicht eingegangen werden soll.

Gossweiler schreibt: "Lenin hatte bekanntlich in seiner grundlegenden Arbeit über den Imperialismus gezeigt, daß Industrie- und Bankkapital beim Übergang des Kapitalismus in sein monopolistisches Stadium zum Finanzkapital verschmelzen und die Banken eine neue Rolle zu spielen beginnen, indem sie das Industriekapital in immer größere Abhängigkeit von sich bringen."<sup>++</sup> Diese Unterordnung des Industriekapitals unter das Bankkapital war als neue Erscheinung so allgemein und auffällig, daß sie vor dem ersten Weltkrieg kaum bestritten, um so mehr aber von industrieller Seite beklagt und bekämpft wurde.<sup>+++</sup> (S. 35)<sup>1</sup>

Nirgends hat Lenin formuliert - und es ist auch nicht, wie Gossweiler meint, aus seinem Werk über den Imperialismus herauslesbar -, daß die Banken "das Industriekapital in immer größere Abhängigkeit von sich bringen".

Und doch könnte eine Stelle bei Lenin zu einer solchen Schlußfolgerung Anlaß geben: "Wenn die Bank die Wechsel irgendeines Unternehmers diskontiert, ihm ein Kontokorrent eröffnet usw., so vermindern diese Operationen, einzeln betrachtet, die Selbständigkeit dieses Unternehmers um keinen Deut, und die Bank bleibt in der bescheidenen Rolle eines Vermittlers. Sobald aber diese Operationen sich häufen und zu einer ständigen Einrichtung werden, sobald die Bank Kapitalien von ungeheuren Dimensionen in ihrer Hand 'ansammelt', sobald die Führung des Kontokorrents eines Unternehmens die Bank in die Lage versetzt - und das ist ja der Fall -, die wirtschaftliche Lage ihres Kunden immer genauer und vollständiger

+ Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 3, S. 35 - 54.

++ Lenin, W. I., Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 214 ff.

+++ Vgl. ebenda, S. 223, 227.

1 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf Gossweiler, Kurt, Die Rolle der Großbanken im Imperialismus, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1971, T. 3.

kennenzulernen, ergibt sich eine immer vollständigere Abhängigkeit des Industriekapitalisten von der Bank."<sup>2</sup>

Diese Entwicklung zur "Abhängigkeit des Industriekapitalisten von der Bank" ist zweifellos anschaulich für die neue Rolle der Banken, und nur um diese zu kennzeichnen, brachte Lenin dieses Beispiel. Aber diese "Abhängigkeit" ergibt sich aus der gesellschaftlichen Arbeitsteilung und ist ökonomisch im Grunde genommen nicht anders zu sehen als die "Abhängigkeit" des Industriekapitalisten von seinen Zulieferern bzw. Abnehmern. Könnte nicht aber eine finanzielle "Abhängigkeit des Industriekapitalisten von der Bank" von größerer Bedeutung sein als die von Zulieferern oder Abnehmern? Gewiß, im Einzelfall, nicht aber in der Gesamtheit, deshalb hat Lenin sicher auch im Singular formuliert und sagt anschließend an diesen Satz: "Zugleich entwickelt sich sozusagen eine Personalunion der Banken mit den größten Industrie- und Handelsunternehmungen, eine beiderseitige Verschmelzung durch Aktienbesitz, durch Eintritt der Bankdirektoren in die Aufsichtsräte (oder die Vorstände) der Handels- und Industrieunternehmungen und umgekehrt."<sup>3</sup>

Gossweiler zitiert diesen Satz in anderem Zusammenhang und sagt: "Daraus geht hervor, daß für Lenin das Zusammenwachsen von Bank- und Industriekapital keineswegs die Abhängigkeit des einen Partners (der Industrie) vom anderen (den Banken) ausschließt." (S. 38 f.) Lenin schließt aber auch die umgekehrte Abhängigkeit nicht aus. Diesen Gedanken deutet Gossweiler nicht weiter und verbaut sich so gewissermaßen selbst die Sicht. Aus der Beteiligung der Industrie- und Handelsunternehmungen an den Banken und der sich daraus ergebenden Personalunion, dem Mitspracherecht von Industrie- und Handelskapitalisten in Leitungsgremien der Banken, ergibt sich, daß die von Gossweiler angenommene Abhängigkeit des Industriekapitals vom Bankkapital in der Wirklichkeit gar nicht existieren kann. Extrem gesehen, ließe das nämlich darauf hinaus, daß das Industriekapital auf dem Umweg über die Banken von sich selbst abhängig wäre.

Andererseits ist zu fragen, welches besondere Interesse können die Banken haben, die Industrie- und Handelsunternehmungen, an deren Aktienkapital sie beteiligt sind, in deren Leitungsgremien ihre Vertreter sitzen, stärker von sich abhängig zu machen, als es sich aus der erwähnten gesellschaftlichen Arbeitsteilung ergibt. Selbstverständlich verlangen sie, daß die finanzielle Abwicklung von Geschäften über ihre Bank geleitet wird. Aber sie werden hierbei, wie bei der Kreditbewilligung, im allgemeinen die größtmögliche Sorgfalt walten lassen, denn es ist doch auch ihre Unternehmung. Die Bankkapitalisten sitzen hier mit den industriellen oder Handelskapitalisten im gleichen Boot. Sie haben in der Hauptsache das gleiche Ziel, die Erlangung höchstmöglichen Profits. Gerade deshalb auch sind sie beiderseitig voneinander abhängig, gegenseitig angewiesen auf ihre bankgeschäftliche, fabrikatorische oder händlerische Erfahrung. Gewiß gibt es eine Tendenz beim Bankkapital, im speziellen Einzelfall aus bestimmten Sonderinteressen dieses allgemeine Interesse unberücksichtigt zu lassen. Dieser Tendenz kann jedoch der auch im Imperialismus auf höherer Ebene noch vorhandene Konkurrenzkampf zwischen den Großbanken entgegenwirken.

Gossweiler geht aber noch weiter. Er weitet die nicht nachzuweisende "Abhängigkeit" des Industriekapitals zur "Unterordnung des Industriekapitals unter das Bankkapital" aus. Diese "Unterordnung" wäre, so meint er, von industrieller Seite beklagt und bekämpft worden. Er beruft sich dabei auf zwei Beispiele, die Lenin gibt. Aber Lenin hat in diesem Zusammenhang weder die "Unterordnung" nachzuweisen versucht noch dieses Wort gebraucht. Im ersten Beispiel ging es Lenin darum, die Entwicklung des Bankwesens zum Monopol zu erklären, und dazu zitierte er die "Frankfurter Zeitung". Diese schrieb von der "Abhängigkeit der Großindustrie von einigen wenigen Bankkonzernen", eine Formulierung, die Lenin

<sup>2</sup> Lenin, W. I., Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 224.

<sup>3</sup> Ebenda.



aber in seinen Sätzen nicht gebrauchte. Lenin hätte der Feststellung der "Frankfurter Zeitung" zugestimmt (S. 38), bleibt daher eine unbewiesene Behauptung Gossweilers, der das folgende Zitat auch in anderem Zusammenhang wiedergibt. "Mit der fortschreitenden Konzentrationsbewegung engt sich der Kreis, an den man mit den großen Kreditansprüchen herantreten kann, ständig ein, so daß die Abhängigkeit der Großindustrie von einigen wenigen Bankkonzernen zunimmt. Bei den inneren Zusammenhängen zwischen Industrie und Finanz wird die Bewegungsfreiheit der auf Bankkapital angewiesenen Industriegesellschaften eingeschränkt. Deshalb begleitet die Großindustrie die zunehmende Vertrusting der Banken mit gemischten Gefühlen; zeigen sich doch schon Ansätze zu gewissen Abmachungen zwischen den einzelnen Großbankkonzernen, die auf eine Beschränkung des Wettbewerbs hinauslaufen."<sup>4</sup>

Nichts steht in diesem Zitat davon, daß sich die Industrie über eine Unterordnung unter das Bankkapital beklagt. Die Großindustrie beobachtete gewiß die zunehmende Konzernbildung der Banken mit gemischten Gefühlen. Das aber nicht aus Furcht vor einer Unterordnung. Früher nahm die Großindustrie von vielen kleinen Banken Kredite zu bestimmten Bedingungen. Aus der Erfahrung ihres eigenen Handelns wußte sie, ein stärkerer Geschäftspartner in der Bankwelt, der diese kleinen Banken aufgesogen hatte, würde härtere Bedingungen stellen. Er würde der Großindustrie mehr von ihrem Profit abzwacken, als die kleinen Banken es in der freien Konkurrenz zu Wege brachten, weil diese begierig sein mußten, sich auch mit Zugeständnissen Geschäfte zu verschaffen. Die Großindustrie wußte genau aus den Kartellen, an denen sie beteiligt war, daß sich einige Großbankkonzerne schnell auf bestimmte Geschäftsbedingungen einigen konnten. Das bedeutete in Zukunft etwas weniger Profit für das Industriekapital, aber es bedeutete im allgemeinen nicht Unterordnung unter das Bankkapital. Das Bankkapital hatte nur gleichgezogen. Das Industriekapital hatte bereits Erfahrungen mit den im letzten Drittel des vorigen Jahrhunderts gebildeten Kartellen und mit den großen Aktiengesellschaften, die sich zu Monopolen formierten. Monopole standen jetzt Monopolen gegenüber. Das bedeutete Konkurrenzkampf auf höherer Ebene, aber nicht Unterordnung des Industriekapitals unter das Bankkapital.

Das zweite Beispiel, an dem Gossweiler die Klagen der Industrie über die Unterordnung unter das Bankkapital nachweisen will, zitiert Lenin aus "Geld und Bankwesen" von Oskar Stille. Es handelt sich um einen Brief, in dem eine Berliner Großbank dem Nordwestmitteldeutschen Zementsyndikat den eingeräumten Kredit kündigt, weil sie mit der Möglichkeit rechnet, daß auf der nächsten Generalversammlung des Syndikats Beschlüsse gefaßt werden, die ihr nicht genehm sein würden. Sollten diese Beschlüsse nicht gefaßt werden, schrieb die Bank, wäre sie bereit, wegen eines neuen Kredits in Verhandlung zu treten.<sup>5</sup> Lenin bemerkt dazu: "Im Grunde genommen sind das die alten Klagen des Kleinkapitals über den Druck des Großkapitals, nur ist hier ein ganzes Syndikat in die Kategorie der 'Kleinen' geraten! Der alte Kampf zwischen Klein- und Großkapital wiederholt sich auf einer neuen, unvergleichlich höheren Entwicklungsstufe."<sup>6</sup>

Also ein im Imperialismus auch unter Monopolen übliches Geschäftsgebaren, nichts von "Unterordnung".

Doch Gossweiler hat noch andere Eisen im Feuer. Er schreibt: "Indem er die Verschmelzung von Bank- und Industriekapital konstatiert, hebt Lenin gleichzeitig hervor, daß dieses Verschmelzen die Folge vor allem der verstärkten Bemühungen der Banken um die Überwachung der Industrie ist". (S. 39)

4 Zit. ebenda, S. 223 f.

5 Vgl. ebenda, S. 227.

6 Ebenda, S. 227 f.

Lenin aber geht, gerade umgekehrt, von der Verschmelzung des Industrie- und Bankkapitals aus, zitiert dann Jeidels, der von der "Überwachung" spricht<sup>7</sup>, und schließt daraus den Satz, den Gossweiler als nächsten zitiert (S. 39): "Die Folge ist einerseits eine immer größere Verschmelzung..."<sup>8</sup>

Lenin schreibt nicht von "Bemühungen der Banken um die Überwachung der Industrie". Er zitiert vielmehr Jeidels, der die Vorgänge beim Verschmelzungsprozeß keineswegs so einseitig sieht wie Gossweiler. Jeidels spricht nämlich von der Erweiterung des Tätigkeitsgebietes einzelner Großindustrieller in bezug auf die Banken und umgekehrt von der Erweiterung des Tätigkeitsgebietes der Großbankdirektoren in bezug auf die Industrie, bei der "jeder Direktor einzelne isolierte oder mehrere nach Gewerbe und Interessen verwandte Unternehmungen zur Überwachung als Aufsichtsratsmitglied übernimmt".<sup>9</sup> Lenin bemerkt dazu ausdrücklich, "der Kapitalismus ist bereits zu einer organisierten Kontrolle über die einzelnen Unternehmungen herangereift".<sup>10</sup> Gossweiler aber benutzt weder die Formulierung Jeidels' noch die Lenins. Er konstruiert aus beiden, um seine These zu stützen, "die Überwachung der Industrie", ohne den qualitativen Unterschied seiner Formulierung zu denen Lenins und Jeidels' zu beachten.

Gossweiler verweist (S. 39) weiter auf folgenden Satz Lenins: "Die Folge (der fortschreitenden Personalunion zwischen Banken und Industrie - H. R.) ist einerseits eine immer größere Verschmelzung oder, nach einem treffenden Ausdruck von N. I. Bucharin, ein Verwachsen des Bankkapitals mit dem Industriekapital, und andererseits ein Hinüberwachsen der Banken in Institutionen von wahrhaft 'universalem Charakter'".<sup>11</sup>

Ohne das bei Lenin Folgende zu beachten, schlußfolgert Gossweiler auch aus der Formulierung "universaler Charakter", Lenin würde dem Bankkapital eine führende Rolle gegenüber dem Industriekapital zusprechen (S. 39). Lenin aber fährt fort: "Wir halten es für notwendig, genau die Formulierungen von Jeidels über diese Frage anzuführen, der die Dinge am eingehendsten studiert hat."<sup>12</sup> Dieser eindringliche Hinweis zwingt zum aufmerksamen Lesen des darauf folgenden Zitats; Jeidels schreibt:

"Als Resultat der Betrachtung der Industriebeziehungen in ihrer Gesamtheit ergibt sich der universale Charakter der für die Industrie tätigen Finanzinstitute: Im Gegensatz zu anderen Bankformen und im Gegensatz zu der zuweilen von der Literatur aufgestellten Forderung, die Banken sollten sich auf ein bestimmtes Gebiet oder Gewerbe spezialisieren, um den Boden nicht unter den Füßen zu verlieren - suchen die Großbanken ihre Verbindungen mit industriellen Unternehmungen nach Ort und Gewerbeart möglichst vielseitig zu gestalten, die Ungleichheiten in der örtlichen und gewerblichen Verteilung, die sich aus der Geschichte der einzelnen Institute erklärt, mehr und mehr zu beseitigen ... Die Verbindung mit der Industrie allgemein zu machen, ist die eine, sie dauernd und intensiv zu machen, die andere Tendenz; beide sind in den sechs Großbanken in nicht ganz aber im wesentlichen gleichem Maße bereits stark verwirklicht."<sup>13</sup>

Universalbanken betreiben im Gegensatz zu Spezialbanken alle Arten der Bankgeschäfte, das steht heute in jedem einschlägigen Handbuch. Nichts anderes hat Jeidels hier zum "universalen Charakter" der Großbanken gesagt. Das wird noch deutlicher, wenn wir berücksichtigen, daß Lenin - der offensichtlich nie an eine solche Auslegung, wie sie Gossweiler vor-

7 Ebenda, S. 225 f.

8 Ebenda, S. 226 (Hervorhebung von mir - H. R.).

9 Zit. ebenda, S. 225.

10 Ebenda (Hervorhebung von mir - H. R.).

11 Ebenda, S. 226.

12 Ebenda.

13 Zit. ebenda, S. 227.

nimmt, gedacht hat - darauf verzichtete, folgenden Satz zu zitieren, was er durch die Auslassungspunkte kennzeichnete: "Damit (mit dem universalen Charakter - H. R.) geht Hand in Hand das Bestreben, die Industriebeziehungen zu fundieren..."<sup>14</sup>

Jeidels spricht - deutlich getrennt von der Frage des universalen Charakters - also lediglich von den Industriebeziehungen der Banken. Nichts davon berechtigt zu der Schlußfolgerung einer führenden Rolle des Bankkapitals gegenüber dem Industriekapital.

Als weiteren Kronzeugen für seine These von der "führenden Rolle" des Bankkapitals versucht Gossweiler, Hilferding heranzuziehen. Er verweist darauf, daß Lenin das Kapitel über das Finanzkapital mit folgender Feststellung von Hilferding beginnt:

"'Ein immer wachsender Teil des Kapitals der Industrie', schreibt Hilferding, 'gehört nicht den Industriellen, die es anwenden. Sie erhalten die Verfügung über das Kapital nur durch die Bank, die ihnen gegenüber den Eigentümer vertritt. Andererseits muß die Bank einen immer wachsenden Teil ihrer Kapitalien in der Industrie fixieren. Sie wird damit in immer größerem Umfang industrieller Kapitalist. Ich nenne das Bankkapital, also Kapital in Geldform, das auf diese Weise in Wirklichkeit in industrielles Kapital verwandelt ist, das Finanzkapital.' Das Finanzkapital ist also 'Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industriellen'."<sup>15</sup>

Zu diesem Zitat bemerkt Gossweiler: "Nun ist diese Hilferdingsche Definition des Finanzkapitals gewiß zu eng, weil sie das Verschmelzen von Bank- und Industriekapital zu einer neuen Einheit, eben dem Finanzkapital, nicht deutlich genug herausarbeitet. In unserem Zusammenhang kommt es aber auf die Kennzeichnung des Finanzkapitals als 'Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industrie' an und darauf, daß Lenin diese schwerwiegende Formulierung zustimmend zitiert. Anknüpfend an Hilferdings Ausführungen formuliert Lenin die klassische Definition des Finanzkapitals: 'Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie - das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs.'" (S. 39 f.)

Lenin weist aber nach, daß die Definition Hilferdings nicht nur "zu eng", sondern durch den fehlenden "Hinweis auf eines der wichtigsten Momente"<sup>16</sup> unvollständig ist. Die Meinung Gossweilers, daß Lenin die Formulierung von Hilferding zustimmend zitiere, ist ebenso unrichtig wie die Behauptung, daß Lenin seine klassische Formulierung des Finanzkapitals an das Hilferding-Zitat "anknüpfend" brächte. Vorher kritisiert Lenin nämlich die Hilferding-Formulierung, an sie "anknüpfend":

"Diese Definition ist insofern unvollständig, als ihr der Hinweis auf eines der wichtigsten Momente fehlt, nämlich auf die Zunahme der Konzentration der Produktion und des Kapitals in so hohem Grade, daß die Konzentration zum Monopol führt und geführt hat. Doch wird in der ganzen Darstellung Hilferdings überhaupt und insbesondere in den zwei Kapiteln, die demjenigen, dem diese Definition entnommen ist, vorangehen, die Rolle der kapitalistischen Monopole hervorgehoben.

Konzentration der Produktion, daraus erwachsende Monopole, Verschmelzung oder Verwachsen der Banken mit der Industrie - das ist die Entstehungsgeschichte des Finanzkapitals und der Inhalt dieses Begriffs."<sup>17</sup>

Nur auf der Grundlage der in dieser Definition von Lenin gekennzeichneten Merkmale konnte das, was Hilferding Finanzkapital nennt, Finanzkapital werden.

14 Zit. in ebenda, Bd. 39, Berlin 1970, S. 148.

15 Ebenda, Bd. 22, S. 229 f.

16 Ebenda, S. 230.

17 Ebenda.

Gossweiler nennt, um seine These von der "führenden Rolle des Bankkapitals" zu stützen, Hilferdings Kennzeichnung des Finanzkapitals als "Kapital in der Verfügung der Banken und in der Verwendung der Industrie" eine "schwerwiegende Formulierung". Wiegt sie aber für seine These wirklich so schwer? Es handelt sich bei Hilferdings Kennzeichnung des Finanzkapitals nur um das Geldkapital, das in der Verfügung der Banken ist. Offensichtlich hat die Verfügungsgewalt der Banken über dieses Geldkapital Gossweiler so fasziniert, daß er demgegenüber die Verwendung der Gelder durch die Industrie als ihr untergeordnet ansieht. Nun ist diese Verfügungsgewalt im rechtlichen Sinne - wenn auch mit relativ stark einschränkenden gesetzlichen Bestimmungen - tatsächlich gegeben. Auch von der ökonomischen Seite her sind dieser Verfügungsgewalt jedoch entscheidende Grenzen gesetzt. Sie werden zunächst grundlegend gezogen durch den Verschmelzungsprozeß des Bank- und Industriekapitals, der die Industrie- und Handelsmonopolisten gleichermaßen am Tische der Bankmonopolisten mit-sprechen läßt, wie auch umgekehrt. Die Grenzen werden aber auch bei einem Vergleich der Aktiv- und Passivgeschäfte der Banken sichtbar, der gerade auf dem Gebiet des Geldkapitals zur klaren Erkenntnis der gegenseitigen Abhängigkeit der Monopole des Bank- und Industriekapitals führt.

Marx faßt diese Geschäfte der Banken mit Geldkapital folgendermaßen zusammen:

"Allgemein ausgedrückt besteht das Bankiergeschäft ... darin, das verleihbare Geldkapital in seiner Hand in großen Massen zu konzentrieren, so daß statt des einzelnen Geldverleihers die Bankiers als Repräsentanten aller Geldverleiher den industriellen und kommerziellen Kapitalisten gegenüberreten. Sie werden die allgemeinen Verwalter des Geldkapitals. Andererseits konzentrieren sie allen Verleihern gegenüber, die Borger, indem sie für die ganze Handelswelt borgen. Eine Bank stellt auf der einen Seite die Zentralisation des Geldkapitals, der Verleiher, auf der andern die Zentralisation der Borger dar. Ihr Profit besteht im allgemeinen darin, daß sie zu niedrigeren Zinsen borgt als sie ausleiht."<sup>18</sup>

Daraus ergibt sich allgemein, daß das Bankkapital nur dann künftig mit höheren Einlagen des Industriekapitals, die ja die Grundlage für ihre Kredite und damit auch für ihre Profite bilden, rechnen kann, wenn es sich gegenüber dem Industriekapital so verhält, daß dieses künftig auch gute Profite macht. Diese allgemeine Feststellung schließt ein gewisses kurzfristiges Schwanken im gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnis zwischen Industrie- und Bankkapital nicht aus. Entscheidende Faktoren für solche Schwankungen sind die zyklischen Überproduktionskrisen. Diese führen zum Beispiel auch, wie Marx schreibt, in der Zeit, in der "die Besserung beginnt, aber der kommerzielle Kredit den Bankkredit noch wenig in Anspruch nimmt", dazu, daß Kredite der Banken durch die Industrie in steigendem Maße in Anspruch genommen werden, "aber zu sehr niedrigem Zinsfuß, weil jetzt der industrielle und kommerzielle Kapitalist dem Geldkapitalisten die Bedingungen vorschreibt."<sup>19</sup> Diese von Marx festgestellte Grundtendenz setzt sich unter modifizierenden Bedingungen des Imperialismus im Konkurrenzkampf auf höherer Ebene durch.

Um seine These von der führenden Rolle des Bankkapitals gegenüber dem Industriekapital zu stützen, beruft sich Gossweiler immer wieder auf Lenin, wobei er dessen Formulierungen unrichtig interpretiert. Das kommt unter anderem in zwei Sätzen von Gossweiler prägnant zum Ausdruck: "Lenin faßt also das Finanzkapital als eine dialektische Einheit von Bank- und Industriekapital auf, bei der eines der beiden Elemente, das Bankkapital, eine führende Rolle spielt." (S. 39)

"Die Charakteristik, die Lenin vom Finanzkapital gab: Verwachsen des monopolistischen Industrie- und Bankkapitals zu einer höheren Einheit, dem Finanzkapital, bei gleichzeitiger

<sup>18</sup> Marx, Karl, Das Kapital, Bd. 3, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 25, Berlin 1964, S. 416.

<sup>19</sup> Ebenda, S. 512.

Abhängigkeit des Industriekapitals vom Bankkapital, behält auf Grund objektiver Gegebenheiten ihre Gültigkeit, solange Finanzkapital existiert." (S. 41)

Lenin hat tatsächlich im Oktober 1916 von der "Allmacht der Banken" gesprochen.<sup>20</sup> Einige Seiten später, im gleichen Aufsatz, formuliert er: "Denn das Finanzkapital ist das große, zum Monopol fortentwickelte Industriekapital, das sich mit dem Bankkapital verschmolzen hat."<sup>21</sup> Nichts schreibt Lenin hier von einer führenden Rolle des Bankkapitals. Er akzentuiert besonders das Industriekapital. Es wäre aber verfehlt, daraus etwa eine führende Rolle des Industriekapitals ableiten zu wollen.

Im Oktober 1917 setzte sich Lenin anlässlich der Diskussion zur Revision des Parteiprogramms mit W. Sokolnikow auseinander, dessen Entwurf zum Parteiprogramm folgenden Absatz enthielt:

"Im letzten Vierteljahrhundert ist die direkte oder indirekte Verfügung über die kapitalistisch organisierte Produktion in die Hände allmächtiger, untereinander vereinigter Banken, Trusts und Syndikate übergegangen, die monopolistische Weltverbände gebildet haben, anderen Spitze ein Häuflein von Magnaten des Finanzkapitals steht".<sup>22</sup>

Lenin erklärte es für falsch, den Einfluß der Monopolverbände auf die "kapitalistisch organisierte Produktion" zu beschränken. Das soll im folgenden Zitat ausgelassen werden, in dem Lenin, anknüpfend an das von Sokolnikow Zitierte, sagte:

"Mir scheint, hier ist zuviel 'Agitation', d. h. 'der Volkstümlichkeit zuliebe' ist in das Programm etwas aufgenommen, was nicht hineingehört. In Zeitungsartikeln, in Reden, in populären Broschüren ist 'Agitation' notwendig, aber das Parteiprogramm muß sich durch ökonomische Genauigkeit auszeichnen und darf nichts Überflüssiges enthalten. Daß die Monopolverbände 'entscheidende Bedeutung' erlangt haben, scheint mir die genaueste Formulierung zu sein, und damit ist alles gesagt ... Ferner ist im Entwurf des Genossen S. über die Rolle der Banken zweimal dasselbe gesagt: einmal in dem eben angeführten Absatz und ein zweites Mal im Absatz über die Krisen und Kriege, wo folgende Definition gegeben ist: 'Das Finanzkapital (das Produkt der Verschmelzung des Bankkapitals mit dem Industriekapital)'. In meinem Entwurf heißt es: Das hochkonzentrierte Bankkapital hat sich mit dem Industriekapital verschmolzen. Es genügt, wenn das im Programm einmal gesagt ist."<sup>23</sup>

Wenn Lenin, wie Gossweiler meint, der Auffassung von der führenden Rolle des Bankkapitals gewesen wäre, hätte er das gerade im Parteiprogramm ausdrücken müssen, von dem er "ökonomische Genauigkeit" verlangte. Auch bei einer späteren Überarbeitung seines Entwurfs fügte Lenin keinen entsprechenden Satz ein, sondern änderte lediglich den Akzent in seiner Formulierung. Aus "... das hochkonzentrierte Bankkapital hat sich mit dem Industriekapital verschmolzen..."<sup>24</sup> wurde: "... Verschmelzung des Bankkapitals mit dem hochkonzentrierten Industriekapital..."<sup>25</sup>

Damit ist bewiesen, daß sich Gossweiler mit seiner These von der führenden Rolle des Bankkapitals gegenüber dem Industriekapital zu Unrecht auf Lenin bezogen hat.

20 Lenin, W. I., Werke, Bd. 23, Berlin 1957, S. 34.

21 Ebenda, S. 39.

22 Zit. ebenda, Bd. 26, Berlin 1961, S. 151.

23 Ebenda, S. 151 f.

24 Ebenda, Bd. 24, Berlin 1959, S. 459, 470; ebenda, Bd. 29, Berlin 1965, S. 87.

25 Ebenda, Bd. 29, S. 106.

# Literaturkritik

PROBLEME DER WIRTSCHAFTSGESCHICHTE DER SOZIALISTISCHEN LÄNDER  
EUROPAS IN NEUEN ARBEITEN SOWJETISCHER AUTOREN

Bemerkungen zu

Ekonomičeskaja istorija socialističeskich stran (Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder), unter der Redaktion von F. J. Poljanskij und V. A. Žamin<sup>1</sup>

Verlag "Ekonomika", Moskau 1971, 528 S.

und

A. A. Uspenskij, Ekonomičeskaja istorija zarubežnych stran Evropy (Wirtschaftsgeschichte des europäischen Auslands)

Verlag "Vysšaja Škola", Moskau 1971, 3. überarb. und erw. Aufl., 253 S.

von I. Bobovič/T. Pažitnova

1971 erschienen in der Sowjetunion zwei neue Lehrbücher zur Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder. Ihr Erscheinungsdatum fiel mit einem denkwürdigen Zeitpunkt zusammen: dem Abschluß des ersten Vierteljahrhunderts, in dem das sozialistische Weltsystem besteht. "Vom Standpunkt der Entwicklung der revolutionären Theorie und Praxis her", führte Leonid Breshnew im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU auf dem XXIV. Parteitag aus, "waren diese Jahre außerordentlich fruchtbar. Die sozialistische Welt vermittelte der kommunistischen und Arbeiterbewegung Erfahrungen von riesiger wahrhaft historischer Bedeutung."<sup>2</sup> Die Bücher, die hier besprochen werden sollen, verdienen in diesem Zusammenhang die besondere Aufmerksamkeit der Wirtschaftshistoriker. Beide Bücher zeichnen sich durch reiches, in historischer Folgerichtigkeit dargebotenes Faktenmaterial aus. Ihr Wert besteht ferner in der systematischen Analyse der Gesetzmäßigkeiten und Probleme, wie sie sich bei der wirtschaftlichen Entwicklung der sozialistischen Länder ergaben. Beide Arbeiten sind auf einem hohen wissenschaftlichen Niveau abgefaßt; sie werden den Anforderungen für Unterrichtsmaterial des gesellschaftswissenschaftlichen Bereichs gerecht. Das Grundprinzip, von dem sich die Autoren bei der Auswahl und Einschätzung der Fakten leiten ließen, ergab sich aus den objektiven gesellschaftlichen Entwicklungszügen der sozialistischen Länder - aus der Verbindung zwischen allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und nationalen Besonderheiten. Es liegt auf der Hand, daß dieser Aspekt auch den folgenden verallgemeinernden Feststellungen und Schlüssen zu den beiden Büchern zugrunde liegen soll.

Bei aller Gemeinsamkeit in den Grundprinzipien bei der Analyse des wirtschaftshistorischen Materials und bei aller Ähnlichkeit in der Anlage hat jede der Arbeiten ihre individuellen Züge.

1 Das Buch besteht aus zwei Teilen; im ersten Teil wird die Wirtschaftsgeschichte der UdSSR, im zweiten die der übrigen sozialistischen Länder behandelt. Die vorliegende Rezension bezieht sich nur auf den zweiten Teil.

2 Breshnew, L. I., Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU an den XXIV. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, Moskau/Berlin 1971, S. 9.

In dem Buch von A. A. Uspenskij werden die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der sozialistischen Umgestaltung und des Aufbaus des Sozialismus mit ihren spezifischen Erscheinungsformen in den einzelnen europäischen sozialistischen Ländern prägnant und konsequent konfrontiert, und zwar sowohl in Form eines Gesamtüberblicks (S. 5 - 10) als auch im Blickwinkel der konkreten Bedingungen jedes einzelnen Landes. Die historische Bedeutung der sowjetischen Erfahrungen und der kollektiven Erfahrungen aller sozialistischen Länder bei der Errichtung der materiell-technischen Basis von Sozialismus und Kommunismus wird klar herausgestellt (unter anderem S. 4, 5, 7 - 9, 10 - 12). Die Aufmerksamkeit für das Studium dieser Probleme wird nicht zuletzt dadurch vertieft, daß der entsprechende Lehrstoff nicht nur im Text, sondern auch in den Kontrollfragen zur Geltung kommt, die jedes Kapitel beschließen. In dem Lehrbuch von F. J. Poljanskij und V. A. Žamin fehlt dagegen eine derartige methodische Ausrichtung. Aber die darin enthaltene Verflechtung der sowjetischen Wirtschaftsgeschichte mit der Geschichte der anderen sozialistischen Länder gibt dem Leser auch so die Möglichkeit, erforderliche Vergleiche anzustellen und Schlüsse zu ziehen.

Die Analyse der Grundprobleme der Wirtschaftsgeschichte, die in den besprochenen Büchern beleuchtet werden, setzt zwangsläufig bei den Voraussetzungen und Bedingungen des Sieges der sozialistischen Revolutionen in den betreffenden mittel- und südeuropäischen Ländern ein.

Die Herausbildung des sozialistischen Weltsystems leiten die Autoren aus der inneren Entwicklung der betreffenden Länder ab (wobei Poljanskij und Žamin auch asiatische sowie lateinamerikanische Länder in die Übersicht einbeziehen). Unter den internationalen politischen Bedingungen gilt ihr besonderes Augenmerk den Siegen der Sowjetarmee im zweiten Weltkrieg (Poljanskij/Žamin, S. 358 f.; Uspenskij, S. 3). Zweifellos war die Zerschlagung des deutschen Faschismus durch die Kräfte der Antihitlerkoalition mit der Sowjetunion an führender Stelle von entscheidender Bedeutung beim Sieg der volksdemokratischen Revolutionen. Uns will indessen scheinen, daß der Einfluß der internationalen Gegebenheiten eine noch breitere Darstellung verdient hätte. Dabei wäre auch hervorzuheben gewesen, daß derartige Gegebenheiten bereits in der gesamten Periode zwischen dem ersten und dem zweiten Weltkrieg wirksam wurden, wie sie denn überhaupt weit intensiver und vielschichtiger wirkten, als in den beiden Lehrbüchern zum Ausdruck kommt. Der wichtigste äußere Faktor bei der Entwicklung des weltweiten revolutionären Prozesses war die Sowjetunion, der erste sozialistische Staat in der Welt. Im Zeichen ihrer ökonomischen, politischen und militärischen Macht festigte sie ihre Rolle als Avantgarde der revolutionären Kräfte im Weltmaßstab. So übte sie einen entscheidenden Einfluß auf den Verlauf des Klassenkampfes in den bürgerlichen Staaten, das heißt also auch in den späteren sozialistischen Staaten, aus.

Auch die allgemeine Krise des Kapitalismus begünstigte als weltweiter äußerer Faktor die Vertiefung und internationale Ausbreitung des revolutionären Prozesses. Die Entwicklung jedes bürgerlichen Staates war organisch verflochten mit den ökonomischen und politischen Beziehungen innerhalb des kapitalistischen Weltsystems, mit der aufkommenden Krise dieses Systems als Folgeerscheinung sich verschärfender Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten und mit dem Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus als dem Grundwiderspruch unserer Epoche.

Gerade in einem Lehrbuch ist es höchst wichtig, die in unserer Epoche außerordentlich gewachsene Aktivität der internationalen Faktoren zu zeigen, läßt sich doch sonst nur schwer eine richtige Einschätzung der materiellen Voraussetzungen treffen, unter denen sich die Revolutionen der Gegenwart vollziehen. Diese Voraussetzungen reifen aber jetzt in hohem Maße auf dem internationalen Schauplatz heran. Dementsprechend hat der Stand der Produktivkräfte - und zwar nicht im begrenzten nationalen, sondern im Weltmaßstab - eine prinzipielle Bedeutung. Erst wenn man die Integration innerer und äußerer Bedingungen als Wirkungsfaktor berücksichtigt, gelangt man zum Verständnis des Sieges von Revolutionen in Ländern, die



in ihrer kapitalistischen Entwicklung hinter dem kapitalistischen Weltsystem in seiner Gesamtheit zurückgeblieben sind, sowie jener Besonderheiten der sozialökonomischen Umgestaltung, wie sie in den demokratischen und sozialistischen Etappen dieser Revolutionen ihre Verwirklichung findet.

Die Große Sozialistische Oktoberrevolution des Jahres 1917 zeigte zuerst die grundlegenden Wege, Formen und Methoden der sozialistischen Umgestaltung. Die Erfahrungen des Sowjetvolkes beim Aufbau des Sozialismus haben eine enorme internationale Bedeutung. Geführt von der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, schufen die Volksmassen der Sowjetunion das Vorbild der von der Ausbeutung freien sozialistischen Gesellschaft, wie auch kürzlich in einer in der DDR erschienenen Untersuchung hervorgehoben wurde.<sup>3</sup> Jedoch kommen die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus in einzelnen Ländern unter dem Vorzeichen vielfältiger konkreter historischer Bedingungen und nationaler Besonderheiten zum Ausdruck. Daher wurden die Erfahrungen der Sowjetunion nicht auf andere Länder mechanisch übertragen, sondern unter Berücksichtigung der nationalen Unterschiede und der spezifischen politischen Verhältnisse schöpferisch verarbeitet und angewandt.

Das Allgemeine und das Besondere im Verlauf der sozialistischen Revolutionen wird in beiden Lehrbüchern bei den Analysen zur Lösung der Agrarfrage ausführlich herausgestellt. Bei der Errichtung der neuen, sozialistischen Gesellschaft stützte sich die Arbeiterklasse Rußlands auf ein festes Bündnis mit den werktätigen Massen außerhalb des Proletariats. Sie verstand es, diese Massen der Bourgeoisie zu entreißen, insofern nämlich, als sie die urchigsten ökonomischen Bedürfnisse dieser Massen befriedigte, und zwar auf dem revolutionären Wege der "Expropriation der Gutsbesitzer und der Bourgeoisie"<sup>4</sup>. Die Revolutionen der Folgezeit unterstrichen, daß der Lösung der Bodenfrage als allgemeiner Gesetzmäßigkeit sozialistischer Revolutionen stets eine erstrangige Bedeutung zukommen muß. Dieser Grundsatz gilt für alle Länder (also gleichermaßen für Agrar-, Agrar-Industrie- und Industriestaaten, gleichermaßen für durchschnittlich und hochentwickelte kapitalistische Staaten). Mit Recht heben die Autoren der beiden Bücher sowohl diese allgemeine Gesetzmäßigkeit als auch die These hervor, daß in jedem Land das Schicksal der alten Eigentumsformen an Grund und Boden und die Wege zu neuen Verhältnissen in der Landwirtschaft nur unter Berücksichtigung der für die zurückliegende ökonomische Entwicklung typischen Eigenheiten und der Besonderheiten der Evolution der Agrarstruktur bestimmt werden können. Die Bodenreformen in Mittel- und Südeuropa führten zwar zur Beseitigung des gutsherrlichen Grundeigentums, aber anders als in Rußland wurde der Boden nicht in seiner Gesamtheit nationalisiert; ein Teil dieses wichtigsten Produktionsmittels der Landwirtschaft wurde vielmehr persönliches Eigentum der Bauern. Diese wesentliche Besonderheit der agraren Umgestaltung in der DDR und anderen sozialistischen Staaten bezeichnet Uspenskiĭ (S. 98) als Folgeerscheinung "jahrhundertealter Traditionen des Grundbesitzes und der Bodennutzung". Wie der Autor darlegt, schlossen Gesetze in allen sozialistischen Ländern Europas für die Zukunft die Möglichkeit aus, das private Landeigentum als Mittel der Ausbeutung zu mißbrauchen: Der private Grundbesitz durfte eine bestimmte Größe nicht überschreiten und außerdem nicht als Handelsware veräußert oder verpachtet werden. So läßt sich aus dem in den Lehrbüchern verarbeiteten Material deutlich der allgemeingültige Schluß ableiten, daß die Unterschiede der agraren Umgestaltungen in den einzelnen sozialistischen Ländern die gemeinsame prinzipielle Grundlage nicht etwa in Frage stellen, sondern ganz im Gegenteil bekräftigen; Denn sowohl bei der Nationalisierung als auch bei der Überführung in Privateigentum wurde zum Herren des Bodens, wer ihn bearbeitete.

3 Falk, Waltraud/Richter, Gerhard/Schmidt, Wilhelm, Wirtschaft - Wissenschaft - Welt-höchststand. Vom Werden und Wachsen der sozialistischen Wirtschaftsmacht DDR, Berlin 1969, S. 11.

4 Lenin, W. I., Die Wahlen zur konstituierenden Versammlung und die Diktatur des Proletariats, in: Werke, Bd. 30, Berlin 1961, S. 254.

Die Erfahrungen der russischen Revolution haben gezeigt, daß die Arbeiterklasse nach der Erringung der politischen Macht nur dann ihre Position behaupten kann, wenn sie die Herrschaft über die Kommandostellen der Wirtschaft - die Banken, die Schwerindustrie, das Transportwesen, den Außenhandel - ausübt. Angesichts der höchst angespannten inneren und äußeren Lage war der Sowjetstaat gezwungen, diese Aufgabe in einer Rekordzeit (innerhalb des ersten Jahres nach der Revolution) zu lösen. In den anderen sozialistischen Staaten vollzog sich die Verstaatlichung des Eigentums der Bourgeoisie in unterschiedlichem Tempo. Zum Beispiel wurde in Polen die Verstaatlichung der Industrie faktisch schon 1945 durchgeführt. In einer Reihe von Ländern wurde sie allmählich vollzogen, durchlief sie mehrere Stadien. In Ostdeutschland war die Enteignung von Industrieunternehmen und Banken, die in Volkseigentum übergingen, zugleich auch ein Bestandteil des Urteilsvollzugs gegen großkapitalistische Kriegs- und Naziverbrecher. In der Tschechoslowakei zog sich der Kampf der Arbeiterklasse mit den Kräften der Reaktion bis 1948 hin. In Ungarn wurde die Enteignung der Kapitalisten erst 1949 durchgeführt: Sie erstreckte sich auf alle Industrieunternehmen mit mehr als zehn Beschäftigten. In Rumänien vollzog sich die Vergesellschaftung der Produktionsmittel 1948, nach der Beseitigung der Monarchie.

Bei allen konkreten Unterschieden im Tempo und in den Terminen der Nationalisierung lag doch generell überall das gleiche Ergebnis vor, wie die Autoren der beiden Lehrbücher zeigen: Das kapitalistische Eigentum an den wichtigsten Produktionsmitteln wurde beseitigt; an seine Stelle trat das sozialistische Eigentum und öffnete den Weg zu einer geplanten Entwicklung der Volkswirtschaft (Uspenskij, S. 8).

Die Hauptaufgabe der Perspektivpläne, die sich in allen sozialistischen Ländern Europas dem Wiederaufbau anschlossen, war die Errichtung der materiell-technischen Basis des Sozialismus. "Die einzige materielle Grundlage des Sozialismus kann nur" - worauf bereits Lenin hinwies - "die maschinelle Großindustrie sein, die imstande ist, auch die Landwirtschaft zu reorganisieren."<sup>5</sup> In den auf der Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien der Mitgliedsstaaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe gefaßten Beschlüssen von 1962 wurde betont, daß die sozialistische Industrialisierung die entscheidende Bedingung für die Errichtung der materiellen Basis des Sozialismus ist, und zwar für alle Länder ohne Ausnahme, also sowohl für entwickelte Industrie- als auch für Agrarstaaten.

In den anderen sozialistischen Ländern Europas vollzog sich die Industrialisierung unter anderen Bedingungen als in der UdSSR. Von ihm feindlichen kapitalistischen Ländern umgeben, war der sowjetische Staat gezwungen, in kürzester Frist ein ganzheitliches Industriesystem zu errichten, das die völlige technisch-ökonomische Unabhängigkeit von der kapitalistischen Welt sicherstellte. Die anderen sozialistischen Länder vollzogen die Industrialisierung unter den wirtschaftlichen Bedingungen der Herausbildung des sozialistischen Weltsystems; sie konnten sich die Vorzüge der internationalen Arbeitsteilung zunutze machen und unmittelbare Hilfe von der Sowjetunion erhalten. Bei den allgemeinen Zielen der sozialistischen Industrialisierung und ihrer grundsätzlichen Ausrichtung auf eine größtmögliche Entwicklung der Schwerindustrie spiegelten sich in den konkreten Aufgaben der Perspektivpläne für die einzelnen Länder (das kommt in beiden Lehrbüchern gut und lückenlos zum Ausdruck) spezifische strukturelle Besonderheiten der entsprechenden Volkswirtschaft und Unterschiede im wirtschaftlichen Entwicklungsstand wider. Die Industrialisierung gewährleistete die allmähliche Annäherung und Angleichung der Niveaunterschiede, und darin zeigt sich die Wirksamkeit des Gesetzes von der planmäßigen, proportionalen wirtschaftlichen Entwicklung des sozialistischen Weltsystems, wie Uspenskij (S. 13 f.) vermerkt.

Die allgemeine Gesetzmäßigkeit des Aufbaus des Sozialismus besteht auch in der Umwandlung des individuellen bäuerlichen Eigentums an Grund und Boden in eine vergesellschaftete

<sup>5</sup> Derselbe, Thesen zum Referat auf dem III. Kongreß der Kommunistischen Internationale über die Taktik der KPR (ursprünglicher Entwurf), in: Werke, Bd. 32, Berlin 1961, S. 481.

kollektive Wirtschaft. Es wird betont, daß die sowjetische Erfahrung anderen Ländern beim Übergang zur bäuerlichen Kooperation half, daß dieser Prozeß dort jedoch auch seine Besonderheiten aufwies. So führte zum Beispiel die Beibehaltung von privatem Landeigentum zu spezifischen Formen von Produktionsgenossenschaften, bei denen die Arbeitseinkünfte mit Einkünften gekoppelt wurden, die sich aus den eingebrachten Bodenanteilen ableiteten. Die Vielfalt der ursprünglichen Formen von Produktionsgenossenschaften auf dem Lande und das unterschiedliche Tempo der Kooperationsbildung verbinden die Autoren mit historisch gewachsenen Besonderheiten der Agrarstruktur, mit einem unterschiedlichen Entwicklungsstand des Kapitalismus in der Landwirtschaft vor der Revolution, mit in den Bauernmassen verwurzelten Traditionen. So gründete sich die schnelle Herausbildung und Entwicklung relativ fortgeschrittener Genossenschaften in Bulgarien (Trudovo-Kooperativno Zemedelsko Stopanstvo) auf die starke Tradition der Dorfgemeinde bei den Bauern, ferner darauf, daß gutsherrlicher Großgrundbesitz in der Vergangenheit kaum existierte und daß die genossenschaftliche Bewegung in Bulgarien schon vor der Revolution einen bestimmten Entwicklungsstand erreicht hatte (Poljanskij/Žamin, S. 395). Der in den Lehrbüchern enthaltene Stoff zeigt, daß - bei einer beträchtlichen Vielfalt der Arten von Produktionsgenossenschaften - die Umgestaltung der Landwirtschaft in allen diesen Ländern in eine Richtung verläuft; Sie führt zu einer immer größeren Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Bodens. Die Erfahrungen der UdSSR bei der Errichtung der sozialistischen Großraumproduktion in der Landwirtschaft werden durch die Erfahrungen der anderen sozialistischen Länder erhärtet und ergänzt.

Ein überaus wichtiges Problem der ökonomischen Entwicklung aller sozialistischen Länder, das in den Lehrbüchern eine seiner Bedeutung entsprechende Behandlung erfordert, ist das Problem des sozialistischen Weltwirtschaftssystems. Die Herausbildung und die Besonderheiten der Funktionsweise dieses Systems, sein prinzipieller Unterschied zum kapitalistischen Weltssystem, seine Rolle bei der Entwicklung der Länder, aus denen es besteht, und eines jeden von ihnen im einzelnen müssen die Quintessenz eines Leitfadens der Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder sein. Wie dieses Problem in den Lehrbüchern behandelt wird, ist von enormer politisch-erzieherischer Bedeutung; denn es bietet die besten Möglichkeiten zum Nachweis der unbestreitbaren Vorzüge des Sozialismus gegenüber dem Kapitalismus im Weltmaßstab. Die Autoren der beiden hier rezensierten Lehrbücher widmen Einführungsabschnitte ihrer Arbeiten (Poljanskij/Žamin, Kapitel 20; Uspenskij, Einführung) der Charakteristik des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, die sich durch das erforderliche Maß an Ausführlichkeit (innerhalb des einem Lehrmittel zwangsläufig gesetzten Rahmens) und theoretische Tiefe auszeichnen. In diesem Zusammenhang bietet die Methodik der Darlegung Anlaß zu einigen Bemerkungen.

Dem Prozeß der Herausbildung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems und der ihm eigenen internationalen Arbeitsteilung liegt eine ganze Reihe objektiver Voraussetzungen zugrunde: die Gleichartigkeit der ökonomischen und staatlichen Struktur der sozialistischen Länder; der Wettstreit zweier Weltsysteme und die Veränderung des internationalen Kräfteverhältnisses zugunsten des Sozialismus; die für die Gegenwart typische Internationalisierung von Wissenschaft, Technik, Produktion und Kommunikation; die ungleichmäßige Verteilung des Kraft- und Rohstoff-, Energie- und Arbeitskräftereservoirs unter den sozialistischen Ländern; die Unterschiede in den natürlichen und klimatischen Bedingungen. Auf dieser Grundlage vollzieht sich der objektive historische Prozeß der wirtschaftlichen Annäherung zwischen den einzelnen sozialistischen Ländern. Seiner Natur nach ist ein solcher Prozeß im Kapitalismus genauso objektiv. Aber nur unter den Bedingungen des Sozialismus kann sich eine durch und durch stabile, eine wirklich allumfassende internationale Arbeitsteilung herausbilden. In allen ihren Zügen unterstreicht sie die bekannte Feststellung Lenins, wonach sich im Kapitalismus das Wirtschaftsleben "immer mehr" internationalisiert,

während es der Sozialismus "vollends" internationalisiert.<sup>6</sup> Die auch hier im Sozialismus enthaltenen größeren Potenzen erklären sich vor allem daraus, daß es die den Sozialismus errichtenden Volksmassen selbst sind, die den Prozeß des Internationalismus im ureigenen lebensnotwendigen Interesse vorantreiben. Gegenwärtig hängt das Schicksal ihres sozialen Fortschritts in höchstem Maße vom Wachstum und von der Stärkung des sozialistischen Weltwirtschaftssystems, von allgemeinen Erfolgen im Kampf um eine gegenüber dem Kapitalismus höhere gesellschaftliche Arbeitsproduktivität ab. Es bestätigt sich die Voraussage Lenins: "Im Sozialismus werden sich die werktätigen Massen selbst aus ... rein ökonomischen Motiven nirgends zur Abschließung verstehen."<sup>7</sup> Die Solidarität der Völker verkürzt den Prozeß der Internationalisierung, und das um so mehr, als sie mit der spezifischen sozialen Natur des sozialistischen Systems der Arbeitsteilung, seinem bewußten, planvollen Charakter verbunden ist. Als Initiatoren und Organisatoren der internationalen Arbeitsteilung fungieren die sozialistischen Staaten, repräsentiert durch ihre Organe der wirtschaftlichen Planung und Leitung.

Neue, vom Sozialismus geprägte Züge der internationalen Arbeitsteilung, neue Maßstäbe und Aufgaben der Internationalisierung schaffen besondere, für die sozialistischen Länder spezifische Formen der internationalen Arbeitsteilung. Bei den sich dabei herausbildenden Wechselwirkungen erweist sich das System der internationalen Arbeitsteilung als Faktor von erstrangiger Bedeutung: Mit jeder Entwicklungsstufe entstehen neue, vielschichtigere Formen der ökonomischen Zusammenarbeit.

Aufgrund dieser Überlegungen kann man sich mit der Behauptung Poljanskij und Žamins, daß das sozialistische System der internationalen Arbeitsteilung aus der Koordinierung der Volkswirtschaftspläne der sozialistischen Länder hervorgeht (S. 363), nicht einverstanden erklären. Eine solche Behandlungsweise ist unseres Erachtens nicht richtig; denn die innere Verbindungslinie der Erscheinungen verläuft anders, in umgekehrter Richtung. Dementsprechend halten wir es auch für methodisch unglücklich, wenn Poljanskij und Žamin zuerst die Etappen und Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der sozialistischen Länder abhandeln und erst danach auf die Besonderheiten der sozialistischen internationalen Arbeitsteilung eingehen (S. 363 - 372). Die Logik des historischen Entwicklungsprozesses des sozialistischen Weltwirtschaftssystems verlangt nach unserer Ansicht eine andere Darstellungsfolge. Methodisch ungerechtfertigt erscheint auch, daß bei der konkreten Charakteristik der wirtschaftlichen Zusammenarbeit die ersten drei Entwicklungsetappen des sozialistischen Weltsystems (Poljanskij/Žamin, S. 361 f.) und die gegenwärtige Etappe unter dem Aspekt der sozialistischen Wirtschaftsintegration (ebenda, S. 375 f.) getrennt behandelt werden. Die Vereinigung dieses Materials an einer Stelle hätte stärkere Möglichkeiten zur Würdigung der Integration als einer qualitativ neuen, höheren Stufe der wirtschaftlichen Annäherung der sozialistischen Länder geboten.

Diese Bemerkungen betreffen jedoch nur das unter der Redaktion von Poljanskij und Žamin entstandene Lehrbuch. Auf beide hier besprochene Arbeiten bezieht sich jedoch eine zweite, nicht minder wichtige Frage: Was soll bei der Darstellung vorgehen - eine allgemeine Charakteristik des sozialistischen Weltwirtschaftssystems oder die Geschichte der ökonomischen Entwicklung der einzelnen sozialistischen Länder? Denn die sozialistische Weltwirtschaft ist doch nicht einfach die Summe der sozialistischen Volkswirtschaften. Sie ist vielmehr ein vielschichtiger, von Wechselwirkungen bestimmter Komplex, der sich auf das System der internationalen sozialistischen Produktionsbeziehungen stützt und wiederum einen besonderen Mechanismus zur Verwirklichung und organisatorischen Steuerung dieser Bezie-

<sup>6</sup> Derselbe, Thesen zur nationalen Frage, in: Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 237.

<sup>7</sup> Derselbe, Die Ergebnisse der Diskussion über die Selbstbestimmung, in: Werke, Bd. 22, Berlin 1960, S. 346.

lungen auslöst. Aber zugleich sind es ja die staatlich eigenständigen Volkswirtschaften, aus denen sich dieser Komplex zusammensetzt und mit deren Entwicklung seine Stärke wächst. Denn der Prozeß der Integration beruht seinerseits auf einer Vielzahl revolutionärer sozial-ökonomischer Umgestaltungen in den einzelnen Ländern, auf einer Veränderung ihrer volkswirtschaftlichen Strukturen, die volle Herausbildung einer auf der Höhe der Zeit stehenden materiell-technischen Basis des Sozialismus. So heißt es in den Beschlüssen der XXV. Tagung des Rats für Gegenseitige Wirtschaftshilfe: "Die allseitige Entwicklung und Festigung jedes einzelnen sozialistischen Landes ist eine entscheidende Bedingung für die Vorwärtsbewegung des gesamten sozialistischen Weltsystems."<sup>8</sup>

Uns will daher scheinen, daß es rationeller ist, die Arbeit am Zyklus der Wirtschafts-geschichte der sozialistischen Länder - nach einer kurzen Einführung über die Entstehung des sozialistischen Weltsystems - mit dem Faktenmaterial zur Geschichte des Aufbaus der sozialistischen Wirtschaft in den einzelnen Gliedstaaten zu beginnen. Das gilt sowohl für den Aufbau von Vorlesungen als auch für das Selbststudium. Der Inhalt der entsprechenden Kapitel (bzw. Lektionen) muß daher darauf ausgerichtet sein, dem Leser zu erklären, auf welcher Grundlage die wechselseitige Ergänzung und Abhängigkeit der nationalen Wirtschaftsorganismen entsteht und sich ausdehnt, warum die Zahl der Probleme wächst und nicht abnimmt und warum die sozialistischen Länder einzeln mit diesen Problemen nur schwer fertig werden können und daß es auf alle Fälle erfolgversprechender und ökonomischer ist, diese Probleme in gemeinsamer Anstrengung zu meistern. Behandelt man also zunächst die Wirtschaftsentwicklung der einzelnen Länder, würde dies beim Studium ein tieferes Verständnis von Wesen und Besonderheiten des sozialistischen Weltwirtschaftssystems und eines so wichtigen Prozesses der Gegenwart wie der sozialistischen Wirtschaftsintegration begünstigen.

Zweckmäßig erschiene uns auch, die Lehrbücher zur Wirtschaftsgeschichte der sozialistischen Länder mit einem Kapitel zu beschließen, in dem verallgemeinernde Schlüsse gezogen werden. Es könnte zugleich den Rahmen für eine breitere, auf Zahlenmaterial beruhende vergleichende Analyse von Stand und Entwicklungstendenzen der Länder des sozialistischen und jener des kapitalistischen Weltsystems abgeben. In einem solchen Kapitel müßten statistische Angaben über das Wachstum der Industrieproduktion in den sozialistischen Ländern, über Veränderung in ihrer Wirtschaftsstruktur (zum Beispiel im Hinblick auf das Verhältnis zwischen Industrie und Landwirtschaft, zwischen der Herstellung von Produktionsmitteln und jener von Konsumtionsgütern), über die Zunahme des spezifischen Gewichts des Maschinenbaus innerhalb der Schwerindustrieproduktion usw. ausgewertet werden. Im Lehrbuch von Poljanskij und Žamin fehlt Material dieser Art gänzlich. Von Uspenskij's Lehrbuch kann man das nicht sagen. In der Einführung führt der Autor eine Reihe von Zahlen an, die das wirtschaftliche Wachstum der sozialistischen Staaten Europas charakterisieren. Diese Angaben treten jedoch nur vereinzelt auf: sie vermitteln daher auch keine umfassende Vorstellung von den Erfolgen bei der Entwicklung der sozialistischen Weltwirtschaft.

Im letzten Kapitel sollte auf alle Fälle auch das Fazit aus dem ökonomischen Wettstreit der beiden Weltssysteme gezogen werden. Die Konfrontation des Wachstumstempos der Industrie- und der Arbeitsproduktivität, der Dynamik des Nationaleinkommens und anderer allgemeiner Kennziffern der sozialistischen und der kapitalistischen Länder hat zugleich auch die Veranschaulichung der Gegensätzlichkeit zwischen der Welt des Sozialismus und jener des Kapitalismus, zwischen sozialistischer und kapitalistischer Integration zum Ziel. Zusammenstellungen dieser Art sind in einem Lehrbuch überaus notwendig - besonders als

8 Komplexprogramm für die weitere Vertiefung und Vervollkommnung der Zusammenarbeit und Entwicklung der sozialistischen ökonomischen Integration der Mitgliedsländer des RGW, in: Dokumente RGW, Berlin 1971, S. 14 (Hervorhebung - I. B./T. P.).

Schlußpunkt. Dann nämlich hat der Leser am Ende die Beweise vor Augen, die ihm in umfassender Weise die Richtigkeit von Theorie und Praxis des Marxismus-Leninismus, die Richtigkeit der programmatischen Dokumente der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder bestätigen.

(Übersetzt von Fedor Kretschmar)

## SPIEGEL ODER ZERRSPIEGEL?

Zur Darstellung der Arbeiterklasse in einigen soziologischen Publikationen der BRD

Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus, hg. u. eingel. v. Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter,

Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt (Main) 1970, 221 Seiten, 9 DM

Braun, Siegfried/Fuhrmann, Jochen, Angestelltenmentalität. Berufliche Positionen und gesellschaftliches Denken der Industrieangestellten. Bericht über eine industriesoziologische Untersuchung,

Hermann Luchterhand Verlag GmbH, Neuwied (Rhein)/(West-)Berlin 1970, 568 Seiten, 44 DM

Fürstenberg, Friedrich, Die Soziallage der Chemiarbeiter. Industriesoziologische Untersuchungen in rationalisierten und automatisierten Chemiebetrieben,

Hermann Luchterhand Verlag GmbH, Neuwied (Rhein)/(West-)Berlin 1969, 323 Seiten, 34 DM

Bottomore, T. B., Die sozialen Klassen in der modernen Gesellschaft,

Nymphenburger Verlagshandlung GmbH, München 1967, 143 Seiten, 15,80 DM

von Horst Handke

In den vergangenen Jahren sind in der BRD verschiedene soziologische Bücher zu dem Thema "Arbeiterklasse" publiziert worden. Auf vier dieser Veröffentlichungen, die unter verschiedenen Gesichtspunkten bemerkenswert sind, wollen wir hier eingehen.

### Eine "neue Arbeiterklasse"?

Unter den zu besprechenden Veröffentlichungen ragt zweifellos der Sammelband "Die neue Arbeiterklasse. Technische Intelligenz und Gewerkschaften im organisierten Kapitalismus" besonders hervor. Dieses Buch enthält nicht nur eine ausführliche, vom marxistischen Standpunkt geschriebene Einführung der drei Herausgeber, Frank Deppe, Hellmuth Lange und Lothar Peter, sondern auch eine Reihe interessanter Beiträge, vor allem von französischer Seite, die die gegenwärtigen Strukturwandlungen der Arbeiterklasse unter staatsmonopolistischen Verhältnissen zum Inhalt haben. (Die Autoren sind Manuel Bridier, Serge Laurent, Jacques Leenhardt, Serge Mallet, Ernest Mandel, Joe Metzger, Alain Touraine.) Besonderer Erwähnung bedarf auch die Aufnahme einer Diskussion in den Band, die zwischen Funktionären und aktiven Mitgliedern der beiden Gewerkschaftsverbände Confédération Générale du Travail (CGT) und Confédération Française Démocratique des Travailleurs (CFDT) zu dem

Thema "Gewerkschaften und politisches Bewußtsein der Techniker" am 20. Mai 1967 in Paris stattgefunden hat, weil hier mit dem Klassenkampf unmittelbar verbundene "Praktiker" zu Wort kommen.

Die Beiträge bieten insgesamt und im einzelnen eine Fülle anregender Gedanken und Thesen. Einige Autoren weisen auf den hypothetischen Charakter ihrer Thesen hin. Selbst die Thesen, die zum Widerspruch herausfordern, sind im einzelnen so gehaltvoll, daß sie zum Weiterdenken, zum Vorstoßen in soziologisches Neuland anregen. Mit Genugtuung kann gesagt werden, daß hier eine der seltenen Buchpublikationen auf dem bundesdeutschen Büchermarkt vorliegt, die trotz gelegentlicher kritischer Einwände gegen den Kommunismus oder gegen einzelne marxistische Thesen frei von bürgerlichem Dogmatismus und borniertem Antikommunismus ist.

Es fällt schwer, aus der Vielzahl der Probleme eines herauszugreifen, ohne Gefahr zu laufen, andere darüber zu vernachlässigen. Das zentrale Thema ist die These von der "neuen Arbeiterklasse" und die Auseinandersetzung damit. Diese These wurde 1963 fast gleichzeitig von Pierre Belleville<sup>1</sup> und Serge Mallet<sup>2</sup>, allerdings mit unterschiedlichen Akzenten, entwickelt. Sie läuft darauf hinaus, daß die Entwicklung der Produktivkräfte zur Herausbildung einer neuen Arbeiterklasse mit neuem Klassenbewußtsein geführt habe bzw. führe. Unter dieser neuen Arbeiterklasse werden vor allem die mit den modernsten Produktionsmitteln verbundenen, rasch zunehmenden Gruppen der hochqualifizierten Facharbeiter, Techniker, Ingenieure und Wissenschaftler verstanden.

Die ausführliche Einleitung der Herausgeber wie auch verschiedene in den Band aufgenommene Beiträge, vor allem der von Manuel Bridier, gehen kritisch auf diese These ein und weisen auf ihren reformistischen und revisionistischen Inhalt hin. Da in dem Band auch Mallet mit einem Beitrag vertreten ist, in dem er einige seiner Überlegungen zur "neuen Arbeiterklasse" weiterführt, kann sich der Leser schnell ein umfassendes Bild verschaffen, wo die Fehler dieses Autors liegen: in einseitiger Überschätzung, vorschneller Verallgemeinerung und aus dem Zusammenhang gerissener Vorselektion seiner Thesen. Aus der Überbewertung und isolierten Betrachtung der mit der Entwicklung der Produktivkräfte schnell wachsenden Schichten, die der Arbeiterklasse angehören oder sich ihr annähern, folgen auch politische Fehlschlüsse. Die Bedeutung dieser Schichten für den revolutionären Kampf wird nicht nur überbetont, sondern sie werden zur führenden revolutionären Kraft erhoben. Demgegenüber wird die Rolle der "alten", "traditionellen" Arbeiterklasse - sowenig die mit "traditionellen" Produktionsformen verbundenen Teile der Arbeiterklasse bezeichnet - vernachlässigt, wenn nicht geringgeschätzt. Bridier sieht in Mallets Auffassung, daß die "neue" Arbeiterklasse "die eigentliche Avantgarde der Arbeiterbewegung" sei, eine Avantgarde, die andere Motive und Kampfmethoden als die verelendeten Massen des 19. Jahrhunderts habe und die zum ersten Male wirklich fähig sei, deren Ziele zu realisieren, ganz richtig den politischen Hauptfehler (S. 117 f.)<sup>3</sup>. Mallet kommt zu diesem Fehler, weil er zwar Veränderungen an der Oberfläche erkennt, aber sie nicht in ihrem Zusammenhang mit der Arbeiterklasse insgesamt, mit der historischen Veränderung der Struktur der Arbeiterklasse begreift, nicht versteht, daß die Rolle der Arbeiterklasse und ihrer einzelnen Teile gegenüber dem 19. Jahrhundert gewachsen ist, und zwar nicht nur quantitativ nach ihrer Zahl, sondern auch nach ihrer Bildung, Organisiertheit und politischen Aktivität. Im Grunde leugnet er auch die sozialistischen Revolutionen, die inzwischen auf einem Drittel des Erdglobus stattgefunden haben und bei denen gerade die "alte" Arbeiterklasse die führende Rolle gespielt hat.

1 Belleville, Pierre, Une nouvelle classe ouvrière, Paris 1963.

2 Mallet, Serge, La nouvelle classe ouvrière, Paris 1963.

3 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.



Obwohl Mallets These von der "neuen Arbeiterklasse" prinzipiell abzulehnen ist, soweit sie dazu dient, eine "neue Arbeiterklasse" neben der "alten" oder eine "neue Avantgarde" der Arbeiterklasse zu konstruieren, enthält sie auch einige richtige Erkenntnisse von der Entwicklung der Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen staatsmonopolistischen Verhältnissen. Einige Entwicklungsprozesse sieht Mallet in seinem in den Sammelband aufgenommenen Beitrag "Sozialismus und die neue Arbeiterklasse" durchaus in ihrem dialektischen Zusammenhang. So spricht er davon, daß mit dem Vordringen der neuen Technik in die verschiedenen Bereiche der Produktion, der Distribution, des Transports und der Dienstleistung der Begriff der Arbeiterklasse ganz entscheidend gewandelt werde, und er sieht diese Wandlung ganz richtig in einer Veränderung des Verhältnisses von produktiver und nichtproduktiver Arbeit sowie von manueller und intellektueller Arbeit (S. 107).

Von dieser Erkenntnis ausgehend, hätte Mallet zeigen können, wie sich die Struktur der Arbeiterklasse verändert. Statt dessen setzt er das Aufkommen "neuer Arbeiterschichten", der Techniker, Forscher und Facharbeiter in automatisierten Betrieben, mit der Entstehung einer "mit den fortgeschrittensten Prozessen der wirtschaftlichen Entwicklung verbundenen Fraktion der Arbeiterklasse" gleich (S. 110 f.), und es ist schließlich nur noch ein Schritt bis zur Herauslösung dieser "Fraktion" aus dem Zusammenhang, bis zur Separierung dieses Teils der Arbeiterklasse und seiner Konstituierung als "neuer Arbeiterklasse".

Mallets These von der "neuen" Arbeiterklasse bietet infolge der Fehlinterpretation einiger neuer Erscheinungen in der spätkapitalistischen Gesellschaft genügend Anhaltspunkte, sie in die Nähe solcher bürgerlicher und revisionistischer Theorien zu rücken, die gegenwärtig in den entwickelten kapitalistischen Ländern als brauchbarste Variante für die Verteidigung der staatsmonopolistischen Verhältnisse angesehen werden. Eine ideologische Auseinandersetzung mit ihr ist deshalb nicht weniger notwendig als mit anderen "Theorien" der bürgerlichen Gesellschaft, auch wenn Mallets Haltung nicht von blindem Antikommunismus diktiert sein sollte, sondern von dem subjektiv ehrlichen Bemühen, die revolutionären Bestrebungen der Arbeiterklasse zu fördern.

Wie eng die Beziehungen zwischen Mallets revisionistischen Ansätzen und bürgerlichen Theorien sind, läßt sich zum Beispiel an der Galbraithschen These von der "Technostruktur" zeigen.

Dieser "Technostruktur", einem in sich widersprüchlichen Begriff, der einmal sozial, ein andermal nur "technisch", als Organisationsstruktur, gefaßt wird<sup>4</sup>, liegt die Behauptung zugrunde, daß sich seit etwa fünfzig Jahren die Macht vom Kapital auf die "organisierte Intelligenz" verlagert, ähnlich wie zuvor eine Machtverlagerung vom Grundbesitz auf das Kapital stattgefunden habe.<sup>5</sup> Damit werden einige strukturelle Veränderungen in der kapitalistischen Produktionsweise, die mit der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus zusammenhängen, hervorgehoben und zur Verhüllung der tatsächlichen Prozesse benutzt. Vor allem negiert Galbraith mit seiner Überbetonung der "Intelligenz" die tatsächliche Entwertung der "geistigen" Arbeit im Kapitalismus, den tatsächlichen Proletarisierungsprozeß der Schicht der Intelligenz, und er läßt mit dem "Abtreten" der "Macht des Kapitals" die kapitalistische Produktionsweise überhaupt verschwinden. Im Gegensatz zu Mallet lehnt Galbraith von vornherein jeden Versuch ab, tiefer in die gesellschaftlichen Strukturen einzudringen. Die von ihm erfundene Kategorie "Technostruktur" dient einzig dem Zweck, alle bestehenden sozialen Unterschiede in einer Art harmonischer Einheitsstruktur, die durch die Rationalität des Produktionsprozesses gefordert werde, untergehen zu lassen. Dabei spielt es für Galbraith keine Rolle, daß er unter "Technostruktur" einmal die "Gemeinschaft von Leuten mit verschieden reichem technischem Wissen, mit Erfahrung oder anderen Talenten" im

4 Galbraith, John Kenneth, Die moderne Industriegesellschaft, München/Zürich 1971, S. 73 f.

5 Ebenda, S. 61.

Blickfeld hat, "die sich von der Leitung moderner Industrieunternehmen hinab bis fast zu den Arbeitern" erstreckt<sup>6</sup>, und daß er ein andermal auch die Meister, Vorarbeiter und Arbeiter einbezogen wissen will, allerdings offen lassend, inwieweit diese Gruppen dem von ihm aufgestellten Kriterium "Beitrag zur Entscheidungsfindung" entsprechen, ja entsprechen können.<sup>7</sup>

Ähnlichkeiten ergeben sich auch zwischen der Auffassung Mallets und revisionistischen Konzeptionen wie der von Roger Garaudy. So weist die Überbetonung der Rolle der Techniker und der technischen Intelligenz bei Mallet zweifellos auf Garaudys These vom "historischen Block" hin. Bei Garaudy besteht dieser "Block" aus der Vereinigung von Arbeiterklasse und Intelligenz und tritt an die Stelle der Arbeiterklasse. Der Intelligenz wird dabei eine treibende Rolle zugeschoben.<sup>8</sup>

Den politischen Irrtümern Mallets liegen theoretische Fehler zugrunde. Vor allem orientiert sich Mallet bei der Herausarbeitung seiner These einseitig auf die Entwicklung der Technik, auf den Arbeitsprozeß und beachtet nicht die soziale Seite des Arbeitsprozesses, den Verwertungsprozeß, das Produktionsverhältnis. Damit wird völlig verwischt, was wirklich "neu" an der Entwicklung der Arbeiterklasse und ihrer einzelnen Schichten ist und was über alle historischen Veränderungen des Kapitalismus hinweg das Wesen der Arbeiterklasse ausmacht: ihr Verhältnis zum Eigentum an den Produktionsmitteln, ihre Stellung in der kapitalistischen Gesellschaft als ausgebeutete und unterdrückte Klasse. Die Wandlungen im Charakter der Arbeit (vorwiegend handwerkliche Arbeit, vorwiegend Massenfertigung, vorwiegend Kontroll- und Überwachungsarbeit im automatisierten Betrieb) verändern dieses Wesen der Arbeiterklasse nicht; sie führen nur zu Strukturveränderungen, zum Auftreten neuer oder Verschwinden alter Schichten der Arbeiterklasse.<sup>9</sup>

Mallets Fragestellung, ob die "neue Fraktion der Arbeiterklasse" "eine mögliche revolutionäre Kraft oder einen Faktor der Integration in das System des organisierten Kapitalismus" darstelle (S. 110), weist auf die eminent politische Bedeutung seiner These hin. Mallets irreführende Antwort auf diese Frage muß doppelt gefährlich erscheinen, weil sie die Arbeiterklasse auch im praktischen Klassenkampf desorientiert. Abgesehen von seiner unklaren Behauptung, daß "Revolution die ständige Bereitschaft" sei, "bestehende soziale Beziehungen zu verändern" (S. 111), lassen seine Formulierungen die "objektiven Bedingungen" der Produktion als eine Art automatischen Wirkungsfaktor erscheinen, der die "neue Arbeiterklasse" in eine "vorbildliche Avantgarde der sozialistischen Bewegung" verwandeln soll. Damit wird nicht nur der objektive Prozeß der strukturellen Wandlungen der Arbeiterklasse isoliert gesehen, nur auf die Entstehung "neuer Schichten" bezogen, sondern es wird auch das Bewußtsein dieser Schichten fälschlicherweise verallgemeinert, mit dem revolutionären Bewußtsein der Arbeiterklasse überhaupt gleichgesetzt. Bestimmte Bewußtseinsveränderungen in diesen Schichten, wie sie in den Mai- und Junikämpfen des Jahres 1968 in Frankreich klar zum Ausdruck kamen, werden somit als revolutionäres Bewußtsein der Arbeiterklasse insgesamt ausgegeben. Mallet und Anhänger seiner Auffassung hätten jedoch bei einer exakten Analyse dieser Kämpfe erkennen können, daß gerade sie das zum guten Teil unentwickelte, zwiespältige und deshalb nicht selten auch nach ultralinks ausschlagende Bewußtsein der "neuen Arbeiterschichten" zeigten. Mehr noch; Mallet stellt einen me-

6 Ebenda, S. 62.

7 Ebenda, S. 73.

8 Garaudy, Roger, Die große Wende des Sozialismus, Wien/München/Zürich 1970, S. 204 ff. Siehe auch Bauer, Heana/Liepert, Anita, Sirenengesang eines Renegaten oder die "große Wende" des Roger Garaudy, Berlin 1971, S. 117 - 123.

9 Vgl. dazu auch Handke, Horst, Entwicklung und Struktur der Arbeiterklasse. Ein Diskussionsbeitrag, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 3, insbes. S. 165, 172 f.

chanischen Zusammenhang zwischen den "Produktionsverhältnissen" der "neuen Schichten" und dem Bewußtsein, der Ideologie her, die "neue Arbeiterklasse" aufgrund ihrer bloßen Stellung in der Produktion zur politischen Avantgarde stempelnd. Damit treten bei ihm selbst ultralinke, anarchistische Züge zutage; denn er negiert im selben Atemzug die Tatsache, daß nur auf der Basis der marxistisch-leninistischen Weltanschauung, nur auf der Basis ideologischer Überzeugungsarbeit, also nur durch die führende Partei der Arbeiterklasse, das revolutionäre Bewußtsein in der Arbeiterklasse entwickelt werden kann. Infolgedessen kann die notwendigerweise auch bewußtseinsmäßig zu vollziehende Vereinigung der "neuen Arbeiterschichten" mit der Ideologie der Arbeiterklasse nur über das Wirken der marxistisch-leninistischen Kampfpartei erfolgen. Sie muß dazu führen, daß diese Schichten ihre objektiv gegebene eigene Stellung in der Arbeiterklasse immer besser erfassen. Nur die Verbindung ihres politischen Kampfes mit der Partei der Arbeiterklasse wird sie ihre Ziele und Bestrebungen, die bei aller Spezifik in letzter Konsequenz nur die der Arbeiterklasse sein können, immer deutlicher artikulieren lassen und revolutionäre Erfolge ermöglichen. In diesem Sinne ist selbst Mallets Fragestellung, ob die "neue Fraktion der Arbeiterklasse" eine mögliche revolutionäre Kraft oder einen "Faktor der Integration in das System des organisierten Kapitalismus" darstelle, fragwürdig; denn es kann darauf keine absolute Antwort geben. Das eine wie das andere hängt vom Erkenntnis- und Reifegrad dieser Schichten ab, wobei deren zunehmende Proletarisierung und zunehmende Einbeziehung in den revolutionären Kampf der Arbeiterklasse die objektive Basis bilden, den Erkenntnis- und Reifeprozess zu beschleunigen.

Der Mitarbeiter beim Zentrum für ökonomische Studien der CGT, Jean Magniadas, hat in der Diskussion zwischen Vertretern der CGT und der CFDT 1967 auf das Hinterherhinken jeder bewußtseinsmäßigen Entwicklung hingewiesen. Er stellte fest, daß es von der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse bis zur Entwicklung von Klassenbewußtsein ein weiter Weg sein könne. Es sei schon bei den traditionellen Industriearbeitern - im Sinne von in traditioneller Weise in der Industrie Arbeitenden - nicht so sei, daß die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse automatisch zur Entwicklung von Klassenbewußtsein führe, um wieviel mehr träfe das auf die neuen Arbeitergruppen zu, die hinsichtlich der Einschätzung ihres eigenen Platzes im sozialen Gefüge ebenso wie ihrer sozialen Herkunft und ihrer Ausbildung noch größere Hindernisse zu überwinden hätten (S. 209 f.).

Der Beitrag von Jacques Leenhardt ist insofern sehr aufschlußreich, als er auch innerhalb der "neuen Schichten" der Arbeiterklasse, insbesondere zwischen Technikern und Ingenieuren, deutliche Bewußtseinsunterschiede nachweist. Leenhardt, der die Auswirkungen der Mai- und Junikämpfe 1968 in Frankreich in einem Unternehmen der elektronischen Industrie untersucht, kommt zu dem Ergebnis, daß hier die Techniker die treibende Kraft aller Aktionen gewesen seien. Zwischen Technikern und Arbeitern hätte es bei diesen Aktionen keine Unterschiede gegeben. Ein Bruch habe lediglich in dem Verhältnis zu den Ingenieuren bestanden. Diese seien in ihrer geistigen Haltung, ihrer gewerkschaftlichen und politischen Bildung und in ihrem Vermögen, gesellschaftliche Zusammenhänge zu erkennen, im Rückstand gewesen.

Aufgrund der begrenzten Untersuchungseinheit bezeichnet Leenhardt seine Interpretationen als hypothetisch (S. 174). Doch unabhängig davon, ob die Ergebnisse noch als vereinzelt oder bereits auf einer höheren Ebene als verallgemeinerungsfähig zu betrachten sind, werden sie auf jeden Fall so wie durch Jean Vayne einzuschätzen sein. Vayne, Mitglied des Nationalbüros der Confédération Générale des Ingénieurs et Cadres (CGIC), der Gewerkschaft der Ingenieure und Techniker in der CGT, kommt bei einer Untersuchung des Streiks in der Region von St. Nazaire zu ähnlichen Ergebnissen wie Leenhardt. Die zunehmende Einbeziehung der Techniker in den Klassenkampf bezeichnet er als Trend, der von zwei Seiten vorangetrieben wird: Einmal gewinnen die Techniker in dem Maße, wie sie ihren eigenen Kampf für ihre eigenen Forderungen führen, auch Einsicht in die Gemeinsamkeit der Interessen,

die sie mit den Arbeitern verbinden; zum anderen treten die Arbeiter als der mobilisierende Faktor auf, ziehen sie die Techniker mit, helfen sie diesen, ihren auf die eigenen Probleme beschränkten Standpunkt aufzugeben und einen allgemeineren Standpunkt zu gewinnen (S. 208).

Die Herausgeber, die in ihrer gründlichen Einführung auch den Zusammenhang zwischen der Struktur der technischen Intelligenz und deren gesellschaftlichem Bewußtsein in der BRD untersuchen, machen deutlich, daß die durch die Arbeitstellung in Betrieb und Gesellschaft bedingten Strukturwandlungen zu ungleichzeitigen und ambivalenten Reaktionen der technischen Intelligenz führen. So kann die Proletarisierungstendenz bei Naturwissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern erhöhte Anpassung an und Integration in das herrschende System, Flucht in berufsständische Elitenvorstellungen zur Folge haben. Die Gruppe der älteren Naturwissenschaftler, Ingenieure und Techniker in abhängigen Positionen kann sich reaktionären Gruppierungen zuwenden. Die Gruppe, deren Selbstbewußtsein vor allem auf ihrer hohen Qualifikation, ihrem hohen Einkommen, ihrer selbständigen Dispositionsbefugnis und ihren Aufstiegsmöglichkeiten beruht, bildet am ehesten das Reservoir für technokratische Leistungsideologien, vor allem wenn sie bei mangelndem Rückhalt gewerkschaftliche oder politische Organisationen ihre spezielle Arbeitssituation vor gesamtgesellschaftliche Probleme und Konflikte stellt. Andererseits könnten die Arbeitserfahrungen dieser Gruppe die Entwicklung von Demokratisierungsforderungen begünstigen. Ihre Interessen sind wesentlich auf eine Erweiterung ihres Verantwortungsbereiches gerichtet, und das ist unter den Bedingungen der kapitalistischen Organisation der Arbeit nur durch eine Erweiterung der innerbetrieblichen Demokratie zu realisieren. Diese verschiedenen Erscheinungsformen des gesellschaftspolitischen Bewußtseins von Gruppen der technischen Intelligenz spiegeln sich - wie die Herausgeber ausführen - auch in den verschiedenen Organisationen und Verbänden wider, die deren Interessen repräsentieren (S. 87 f.).

Als Fazit aus der These von der "neuen Arbeiterklasse" ergibt sich: Es ist richtig, daß sich die Struktur der Arbeiterklasse verändert, daß neue Schichten der Arbeiterklasse entstehen oder andere soziale Schichten proletarisiert und in die Arbeiterklasse integriert werden. Damit verändert sich das Gesamtbild der Arbeiterklasse, treten neue Züge in der Arbeiterklasse auf. Aber so "neu" die Arbeiterklasse aufgrund ihrer Strukturwandlungen auch immer erscheinen mag, in ihrem Produktionsverhältnis, als ausgebeutete und unterdrückte Klasse, bleibt sie trotz aller Wandlungen stets die alte. Erst eine sozialökonomische Umwälzung, die sozialistische Revolution, die die alten Produktionsverhältnisse zerstört, macht den Weg für eine wirklich "neue Arbeiterklasse" frei. Dann erst kann die Arbeiterklasse an die Spitze der Gesellschaft treten und ihre historische Mission, eine Gesellschaft ohne Klassen aufzubauen, verwirklichen.

Fakten und Fehlinterpretationen: Zur Integration der Angestellten in die Arbeiterklasse

Ein völlig andersgearteter Beitrag zum Thema "Arbeiterklasse" ist das Buch "Angestelltenmentalität. Berufliche Positionen und gesellschaftliches Denken der Industrieangestellten. Bericht über eine industriesoziologische Untersuchung" von Siegfried Braun und Jochen Fuhrmann, das der Luchterhand-Verlag als Band 63 seiner Reihe "Soziologische Texte" vorgelegt hat.

Zweifellos verfügen die beiden Autoren über gute Voraussetzungen für eine Studie über die soziale Rolle der Angestellten. Siegfried Braun trat bereits 1964 mit zwei bedeutsamen Untersuchungen zur Soziologie der Angestellten hervor.<sup>10</sup> Jochen Fuhrmann, ein Schüler

<sup>10</sup> Braun, Siegfried, Zur Soziologie der Angestellten, Frankfurt (Main) 1964; derselbe,

des Marburger Soziologen Heinz Maus, leitet ein Institut für empirische Soziologie in Westberlin.

Das Ergebnis der Arbeit liegt etwa auf der Linie, die sich ungefähr seit Anfang der sechziger Jahre bei einigen Soziologen der BRD abzuzeichnen begann und die in gewisser Weise eine kritische Abwendung von den traditionellen Strömungen bedeutet. Die neue Richtung erkennt wesentliche negative Seiten der alten, nämlich sich entweder auf empirisch diffuse Detailschilderungen oder spekulative Verallgemeinerungen oder auch auf beides zu beschränken. In der bisher umfassendsten Arbeit dieser Richtung, in der von Horst Kern und Michael Schumann im Auftrag des Rationalisierungskuratoriums der deutschen Wirtschaft (RKW) e. V. gefertigten Studie "Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein", wird deren Forschungsmethodik wie folgt dargestellt<sup>11</sup>:

"Sinnvoll erscheint weder eine mikro-sozialwissenschaftliche Fallstudie noch eine makro-sozialwissenschaftliche Globalanalyse, sondern eine Erhebungstechnik, die differenzierte Arbeitsanalysen und Generalisierungen in einem erlaubt."

Mit Hilfe dieser Methode, in Verbindung mit einer gewissen - wenn auch insgesamt unzureichenden - Kenntnis marxistischer Thesen, konnten in der Tat einige Vorurteile der bisherigen bürgerlichen Sozialforschung überwunden werden. Das darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Methode ebenfalls einem praktischen Bedürfnis der Monopolbourgeoisie entspricht, nämlich einige genauere Kenntnisse der sozialen Wirklichkeit zu gewinnen, die im Zusammenhang mit den vorsichgehenden Prozessen der wissenschaftlich-technischen Revolution stehen. Desgleichen haben die verschärfte Auseinandersetzung mit dem Sozialismus und die zunehmende Widersprüchlichkeit der sozialen Entwicklung seit Beginn der dritten Etappe der Allgemeinen Krise in den imperialistischen Hauptländern das Bedürfnis nach einer differenzierteren Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse und Beziehungen und nach wirklichkeitsnäheren "Anpassungshinweisen" geweckt. Die Arbeit von Braun und Fuhrmann darf jedenfalls als interessantes Beispiel dieser neuen Strömung gewertet werden. Gerade aufgrund einiger neuer und auch progressiver Züge ist es aber auch notwendig, sich mit den theoretischen und gesellschaftspolitischen Hintergründen der Arbeit ausführlicher auseinanderzusetzen.

Die Autoren stellen sich die Aufgabe, "Grundlagen und Tendenzen des gesellschaftlichen Denkens von Industrieangestellten" zu ermitteln (S. 7). Als Ausgangsmaterial dienen ihnen 514 Interviews, die in 23 Industriebetrieben unterschiedlicher Produktionszweige und unterschiedlicher Größe geführt wurden.

In die Untersuchung werden nur kaufmännische und technische Angestellte im Tarifverhältnis (oder im Lohnarbeiterverhältnis, wie wir hinzufügen möchten) einbezogen. Leitende Angestellte und Meister bleiben außerhalb der Betrachtung, weil sie nicht "typisches Verhalten" und "typische Denkweisen" von Industrieangestellten aufweisen (siehe S. 544). Aus demselben Grunde wurde auch auf die Befragung von weiblichen Angestellten verzichtet: Soweit diese ihre soziale Haltung und Denkweise zum Ausdruck brächten, heißt es in der Studie, würde beides durch die vorherrschenden Meinungen und Auffassungen der männlichen Angestellten gebildet (S. 544).

Die vorgenommene Beschränkung der Untersuchungseinheit ist bei der sozialstrukturellen Unschärfe des Angestelltenbegriffs zweifellos zu vertreten. Zumindest werden dadurch die

Die gesellschaftliche Position der Angestellten und die soziale Differenz Arbeiter/Angestellte, Frankfurt (Main) 1964.

- 11 Kern, Horst/Schumann, Michael, Industriearbeit und Arbeiterbewußtsein. Eine empirische Untersuchung über den Einfluß der aktuellen technischen Entwicklung auf die industrielle Arbeit und das Arbeiterbewußtsein, T. 1, Frankfurt (Main) 1970, S. 31.

mehr oder weniger eindeutig "kapitalistischen" bzw. "proletarischen" Teilschichten aus der Untersuchung herausgenommen. Auch der Feststellung, daß bei den weiblichen Angestellten die männlichen Verhaltens- und Denkweisen dominieren, wird zuzustimmen sein, soweit es die hier aufgeworfene allgemeine Problematik der sozialen Mentalität der Angestellten als Schicht betrifft. Eine solche Feststellung ist nicht zuletzt Ausdruck der doppelt abhängigen Stellung des weiblichen "Lohnarbeiters" im Kapitalismus als Ausgebeutete und Frau. Es ist einzusehen, daß die Behandlung der zahlreich vorhandenen speziellen Probleme der weiblichen Angestellten auch einer speziellen Abhandlung bedarf.

Von der vertretbaren Abgrenzung des Untersuchungsgegenstandes her, von der Konzentrierung der beiden Autoren auf die zwei zentralen Gruppen der Angestellten, die die sozialen Besonderheiten dieser Schicht am reinsten widerspiegeln, hätten sich durchaus vielfältige Möglichkeiten geboten, die historischen Wandlungen dieser Schicht unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus im Zeitausschnitt der sechziger Jahre zu erfassen und vor allem darzustellen, wie weit sich diese Wandlungen im Bewußtsein dieser Schicht niedergeschlagen haben. Daraus wären entsprechende Schlußfolgerungen für den Klassenkampf zu ziehen gewesen. Den Autoren gelingt es auch, eine Fülle von interessantem Material zusammenzustellen und eine Reihe wertvoller Einzelansichten zu vermitteln, doch insgesamt bleibt ihr theoretischer und gesellschaftspolitischer Standort weit hinter den Erfordernissen zurück. Theoretisch sind sie einem objektivistischen Eklektizismus verhaftet, über den auch die von Braun gewählte Selbstcharakterisierung, einen "aufgeklärten Empirismus" zu vertreten, nicht hinwegtäuschen kann. Gesellschaftspolitisch enden sie damit in perspektivlosen Zukunftsmodellen der spätkapitalistischen Gesellschaft.

Bereits die ausführliche Einleitung bringt einigen Aufschluß über den Standort der Verfasser. Sie kritisieren dort die bisherigen Angestelltentheorien, marxistische und bürgerliche, und geben dann vor, "von keiner Theorie im Sinne dieser traditionellen" ausgehen, jedoch "wesentliche Gesichtspunkte" daraus berücksichtigen zu wollen (S. 12).

Der Versuch, Elemente der Gesellschaftstheorien von Marx, Schmoller und Max Weber - die sie als Vertreter von drei bestehenden Hauptrichtungen der Angestelltensoziologie unterscheiden - zu vereinen (S. 11 f.), führt nicht nur zu einer eklektizistischen Aneinanderreihung von teilweise antagonistischen Gesichtspunkten, sondern auch zu begrifflich ungenauen, ja verschwommenen Formulierungen. So erscheint den Autoren die "Sozialordnung" in der BRD und die "daraus entspringende Sozialstruktur der Gesellschaft" einmal als Ausdruck einer "funktionsbestimmten, rationalistischen Industriegesellschaft", dann als einer "kapitalistischen Klassengesellschaft" und schließlich als einer "demokratischen Ausgleichs- und Aufstiegs-gesellschaft" (S. 299). Oder: Die Perspektive der "aktuellen Gesellschaft" (sprich: staatsmonopolistischen Gesellschaft der BRD) wird im Bereich der Arbeit und der wirtschaftlichen Tätigkeit durch drei "leitende Institutionen" bestimmt: die "industrielle Technik", die "soziale, bürokratisch-fachlich vermittelte Herrschaft des Kapitalinteresses" und den "demokratischen Prozeß" (S. 12 f.).

Gesellschaftspolitische Positionen dieser Art sind kaum geeignet, die Struktur der staatsmonopolistischen Gesellschaft in der BRD in der Tiefe zu erfassen. Von ihnen sind auch keine klaren Richtlinien für die gesellschaftspolitische Praxis, für eine Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse zu erwarten. Die Qualität der Aussagen hängt mehr oder weniger davon ab, wann welche Gesellschaftsvorstellung ins Blickfeld der Autoren gerät, und es ist dann nicht verwunderlich, daß richtige Einsichten und flache oder falsche Vorstellungen ineinander übergehen. Der Versuch, Marx mit der bürgerlichen Sozialtheorie und die "kapitalistische Klassengesellschaft" mit einer klassenindifferenten "demokratischen Ausgleichs- und Aufstiegs-gesellschaft" zu verbinden, muß scheitern und endet in einer Art bürgerlichen Reformismus. Der Leser kann nur bedauern, daß auf diese Weise so viele Möglichkeiten verschenkt werden, für die bundesdeutschen Gewerkschaften - es handelt sich um eine Auf-

tragsarbeit für das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) - auch einige grundsätzliche Positionen abzustecken.

Eines der wichtigsten Ergebnisse der Arbeit ist der Nachweis, daß die allgemeine Angestelltenideologie in der spätkapitalistischen Gesellschaft der BRD "brüchig" geworden ist (S. 289, 293). Es wird darauf hingewiesen, daß alle Elemente, die eine kritische Distanz "zum Typus Arbeiter" hervorrufen, "tendenziell im Verschwinden begriffen" sind. Als Ursache wird insbesondere die Arbeitsteilung, die Technisierung der Verwaltungsarbeit angegeben. Soweit noch Grundlagen für eine Differenzierung bestehen, werden sie vor allem auf die Sphäre des Betriebes und des "Verhaltens" beschränkt. "Ein gesellschaftlicher Unterschied wird damit nicht begründet und auch nicht gesucht: in der größeren Gesellschaft fühlt man sich in einer ähnlichen Lage wie die Arbeiter, ja schon gegenüber den höheren Sphären des Managements ist man ein einfacher 'kleiner Mann'." (S. 293)

Diese Aussagen enthalten mehrere wichtige Aspekte sowohl der objektiven als auch der im Bewußtsein der Angestellten vor sich gehenden Entwicklung. Darüber hinaus machen sie aber auch die fehlerhaften Grundpositionen der beiden Autoren deutlich. Braun und Fuhrmann stoßen selten ganz bewußt zum Kern der Dinge vor. Grundlegende Ursache dafür ist, daß sie "Arbeit und Tätigkeit" - als Ausdruck einer bestimmten Funktion "in der jeweiligen sozialen Organisation der Arbeit" - bei der Bestimmung des sozialen Status an die erste Stelle rücken und daß sie das "jeweilige Einkommen", "das verfügbare Eigentum an materiellen oder im materiellen 'Werten' (Besitz, Titel, Privilegien)", als davon gewissermaßen abgeleitete Bestimmungen ansehen. Damit erfassen sie zwar die entscheidenden sozialen Kriterien, doch das tatsächliche Verhältnis zwischen "Eigentum" - das heißt Eigentum an Produktionsmitteln - und der Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit wird auf den Kopf gestellt; die Erkenntnis der tatsächlichen Klassenstruktur sowie des Verhältnisses von Klassen- und Schichtkriterien wird unmöglich; übrig bleibt eine an bürgerlichen Schichtungstheorien<sup>12</sup> gemessene Einschätzung des sozialen Status, die bis zum "Ausdruck der Wertschätzung innerhalb des jeweiligen Wertsystems" (S. 13) - hier bricht zum Beispiel das Schmollersche Vorbild durch - verflacht wird.

Wenn also Braun und Fuhrmann auch nicht zum Kern der gesellschaftlichen Trennung, der Klassenfrage, vordringen und die Angestellten in ihren Beziehungen zu den Arbeitern als Klasse sehen, so bringt ihre Arbeit doch durch ihren auf die Produktion bezogenen Ausgangspunkt einige wichtige Überlegungen. Im Gegensatz zu Jahrzehnte üblichen Auffassungen der bürgerlichen Soziologie gelangen sie zu der Erkenntnis, daß sich die Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten nicht mehr als "hierarchische Unterschiede" oder gar "Prestigeunterschiede" erklären und darstellen lassen. Arbeitsteilung und Spezialisierung der Büroarbeit hätten die alte "hierarchische Schichtung" längst aufgelöst. Die objektiven Grundlagen für weiterhin bestehende Unterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten lägen woanders: in der räumlichen Trennung von Büro und Werkstatt; in der verschiedenartigen Organisation der Arbeit an diesen beiden Arbeitsstätten, insbesondere in den unterschiedlichen Anforderungen, die in Büro und Werkstatt an den einzelnen gestellt werden; in den unterschiedlichen Ergebnissen und in dem unterschiedlichen "technischen Effekt" der Arbeit in Büro und Werkstatt, die auch durch die "soziale Organisation" und das "soziale Milieu" unterschiedlich anerkannt werden (S. 288 ff.).

Von solchen Feststellungen ausgehend, hätte untersucht werden müssen, inwieweit die Angestellten noch als besondere Schicht zu fassen sind oder inwieweit Teilschichten bereits Bestandteile der Arbeiterklasse sind. Doch da Braun und Fuhrmann die Eigentumsverhält-

12 Siehe als einen der gegenwärtigen Hauptvertreter z. B. Parsons, Talcott, Ansatz zu einer analytischen Theorie der sozialen Schichtung, in: Beiträge zur soziologischen Theorie, Neuwied (Rhein)/(West-)Berlin 1964.

nisse nur als abgeleitet betrachten, nicht als primäres Klassenmerkmal, bleibt ihnen der Klassenbegriff trotz gelegentlicher Verwendung fremd. So erkennen sie zwar die wesentlichen Schichtunterschiede zwischen Arbeitern und Angestellten in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit - allerdings verfallen sie auch hier zuweilen in platte, vulgäre Differenzierungen, wenn sie neben das Kriterium der Arbeitsteilung in gleicher Wertung eine "Fülle von Details", angefangen bei dem "selbstverständlichen Gebrauch des Telefons", setzen (S. 293) -, doch sie sehen keines ihrer unterscheidenden Kriterien im dialektischen Wechselverhältnis mit dem Eigentum an Produktionsmitteln. Damit verbauen sie sich den Weg, die objektiv bestehende grundlegende Gemeinsamkeit zwischen Arbeitern und Angestellten (abgesehen von der auch in der Untersuchung von Braun und Fuhrmann ausgeklammerten Gruppe der leitenden Angestellten) zu erkennen und in ihrer historischen Entwicklung zu verfolgen.

Die Gemeinsamkeit von Arbeitern und Angestellten als "Arbeitnehmer" ist ihnen ebenso in erster Linie eine Frage der Funktion im "sozialen System der Arbeit", des "sozialen Status" und in plattester Form der "Wertschätzung" (S. 219) wie die Begründung der Unterschiede. Die grundlegende Gemeinsamkeit zwischen Arbeitern und Angestellten, die auf der einheitlichen Stellung zu den Produktionsmitteln beruht, wird durch die weitgehende Nichtbeachtung gerade dieses entscheidenden Merkmals verwischt. Die Reduzierung der spezifischen Angestelltenmerkmale, deren abnehmendes spezifisches Gewicht, erscheint dementsprechend nicht als Prozeß der Integration der Angestellten in die Arbeiterklasse, sondern als "Angleichung" zweier verschiedener "Statusschichten". Wohin diese "Angleichung" dann tendiert, lassen die beiden Autoren offen; sie schwanken zwischen der "Angleichung" an eine "wachsende Mittelklasse", der Auflösung aller Klassen oder einer neuen "Klasse der arbeitenden Bevölkerung" (S. 8), unter der sowohl das eine als auch das andere verstanden werden kann.

Die Unterschätzung der Rolle des Eigentums an den Produktionsmitteln führt dazu, daß sich die angedeuteten Prozesse außerhalb der Produktionsverhältnisse bzw. im Rahmen eines Mixtum compositum von Gesellschaftsmodellen kapitalistischer Prägung vollziehen, bestehend aus der technizistisch gefaßten "rationalistischen Industriegesellschaft", aus der im Rahmen der bestehenden Eigentumsverhältnisse zu überwindenden reformistischen "kapitalistischen Klassengesellschaft" und aus dem apologetischen Leitbild einer "demokratischen Ausgleichs- und Aufstiegs-gesellschaft". Die gesetzmäßige Perspektive der Gesellschaft der BRD, die Entwicklung zum Sozialismus, dessen objektive Voraussetzungen sich ständig verbreitern, wie die in dem vorliegenden Band zusammengetragenen Fakten belegen, bleibt völlig außerhalb der Sichtweite der Autoren. Infolgedessen wird auch nirgendwo folgende grundlegende Einsicht ausgesprochen, die sich aus ihrem Material aufdrängt: Je mehr die grundlegende Gemeinsamkeit der Angestellten mit den Arbeitern wirksam wird, je mehr vorhandene antikapitalistische Stimmungen unter den Angestellten durch Wissen um die Grundfrage der gesellschaftlichen Entwicklung und ihre eigene Stellung, durch Klassenbewußtsein, ersetzt werden, desto eher und zahlreicher werden die Angestellten sich auch politisch der Arbeiterklasse anschließen und dazu beitragen, systemverändernde Maßnahmen durchzusetzen, die zum Sozialismus als der historisch notwendigen Produktionsweise führen.

So entschieden der inhaltliche und begriffliche Eklektizismus der beiden Autoren abgelehnt werden muß, weil er die tatsächlichen Sozialstrukturen in der BRD mehr verdunkelt als erhellt, so nützlich können jedoch viele der empirisch gewonnenen Aussagen für die Einschätzung des objektiven Grades des Annäherungsprozesses der Angestellten an die Arbeiter, für die Einschätzung des Bewußtseinsstandes der Angestellten, sein. Voraussetzung ist allerdings, daß man diese Aussagen kritisch überprüft und ihre rationellen Elemente zu erkennen sucht.

Braun und Fuhrmann legen trotz der hier ausführlich dargelegten und zum Verständnis der Problematik notwendigen theoretischen Einwände ein beachtliches konkretes Material vor,



das, theoretisch richtig verarbeitet, viele Hinweise für den praktischen Klassenkampf liefern kann. Wie wichtig ist es zum Beispiel zu wissen, daß 30 Prozent der befragten Angestellten zur Mitarbeit im Betriebsrat bereit sind oder dort bereits tätig sind (S. 326). Eine solche Aussage zeugt erstens von dem Wandel in der Angestelltenideologie, von dem relativ großen Kreis von Angestellten, der sich gewerkschaftlich engagiert (ohne daß man sich Illusionen über das damit verbundene Klassenbewußtsein machen sollte), und vermittelt zweitens Vorstellungen von der Größe des Reservoirs, das es für die gewerkschaftliche Arbeit und über diese Stufe hinaus für den bewußten Klassenkampf zu gewinnen gilt.

Soziologisch bedeutsam und aufschlußreich für die "Brüchigkeit" der Angestelltenideologie ist auch die Tabelle, die den Grad der Organisiertheit der Angestellten, aufgeschlüsselt nach Art und Größe der Betriebe, wiedergibt (siehe Tabelle 1).

Tabelle 1

Angestellte nach Gewerkschaftszugehörigkeit und nach der Größe der Betriebe (in Prozent)

Gewerkschafts- zugehörigkeit	"Mitbestim- mungsbetriebe" <sup>+</sup>	Andere Groß- betriebe <sup>++</sup>	Mittel- betriebe <sup>+++</sup>	Klein- betriebe <sup>o</sup>
DGB	77	25	27	21
DAG	5	28	10	11
DHV	-	1	2	4
keine Gewerkschafts- zugehörigkeit	17	43	60	61
keine Angaben	1	3	1	3
Insgesamt	100	100	100	100
Erhebungszahl	200	139	103	72

+ Großbetriebe mit "qualifizierter Mitbestimmung".

++ Großbetriebe, die den Bestimmungen des westdeutschen Betriebsverfassungsgesetzes unterliegen.

+++ Betriebe mit meist 200 oder etwas über 200 Angestellten.

o Betriebe mit 100, meist mit weniger Angestellten.

Quelle: Braun, Siegfried/Fuhrmann, Jochen, Angestelltenmentalität. Berufliche Positionen und gesellschaftliches Denken der Industrieangestellten, Neuwied (Rhein)/(West-)Berlin 1970, S.418.

Danach sind in den größten Betrieben, in den sogenannten Mitbestimmungsbetrieben, 77 Prozent der Angestellten im DGB, also in der Gewerkschaft der westdeutschen Arbeiterklasse, organisiert. 5 Prozent sind Mitglieder der Deutschen Angestelltengewerkschaft (DAG), der traditionellen Organisation der Angestellten. Der Prozentsatz der Nichtorganisierten liegt relativ niedrig, bei 17 Prozent. Der Organisationsgrad sinkt mit abnehmender Betriebsgröße, liegt jedoch in den kleineren Betrieben (in der Untersuchung sind das immerhin Betriebe mit über 100 Beschäftigten, also rein industrielle Betriebe) noch bei 36 Prozent, also weit über einem Drittel (DGB, DAG und Deutscher Handlungsgehilfenverein [DHV] zusammengekommen) (S. 418). Ganz eindeutig ist also bei den Industrieangestellten ein hoher Grad der Organisiertheit festzustellen, und er ist - ähnlich der Situation bei den Industriearbeitern - dort am höchsten, wo die stärkste Konzentration von Beschäftigten vorhanden ist.

Bei der Analyse des Organisationsgrades der Angestellten kann auch nachgewiesen werden, daß die soziale Herkunft eine wichtige Rolle bei der Bereitschaft spielt, sich einer Gewerk-

schaft anzuschließen (siehe Tabelle 2). So zeigt sich bei den Angestellten, die aus der Arbeiterklasse stammen, eine besonders große Bereitschaft zum Eintritt in die Gewerkschaft. Mit Recht weisen hier Braun und Fuhrmann auf die gewerkschaftlichen Traditionen hin, die in den Arbeiterfamilien weitergegeben werden (S. 419 f.).

Tabelle 2

Angestellte nach Gewerkschaftszugehörigkeit und sozialer Herkunft  
(in Prozent)

Gewerkschafts- zugehörigkeit	Arbeiter	Mittelschicht+	"Gehobene Berufe"
DGB	57	41	27
DAG	15	13	15
DHV	2	1	-
keine Gewerkschafts- zugehörigkeit	25	44	56
keine Angaben	1	1	2
Insgesamt	100	100	100
Erhebungszahl	169	214	55

+ Ohne Bauern.

Quelle: Braun, Siegfried/Fuhrmann, Jochen, Angestelltenmentalität. Berufliche Positionen und gesellschaftliches Denken der Industrieangestellten, Neuwied (Rhein)/(West-)Berlin 1970, S. 420.

Überhaupt muß bei der Einschätzung der Angestellten als Schicht und ihres Bewußtseins berücksichtigt werden, daß die Zahl der Angestellten, die aus Arbeiterfamilien stammt, relativ groß ist. Auch dazu liefern Braun und Fuhrmann Zahlen. So steht die Gruppe der Angestellten, deren Väter Arbeiter waren, mit 33 Prozent an der Spitze. Es folgt die Gruppe, die aus Angestellten- und Beamtenfamilien stammt, mit 27 Prozent, die aus Familien von selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden und von selbständigen Landwirten mit 26 Prozent und die von "gehobenen Berufen" (Akademiker, freie Berufe, leitende Angestellte, mit 10 Prozent (vergleiche S. 69).

Ein wichtiges Kennzeichen für die Zersetzung der Angestelltenideologie ist schließlich die Selbsteinstufung der Angestellten (S. 519). Zwar spiegelt die hier vorgenommene Gruppierung die von der bürgerlichen Ideologie verbreiteten und von Braun und Fuhrmann übernommenen "Schichtungsmodelle" wider. Es lassen sich also auch die Antworten der Befragten nur in diesem ideologischen Rahmen erwarten. Doch trotz dieser Einschränkung ist aus den Ergebnissen abzulesen, daß das Bewußtsein einer Eigenstellung in den Reflexionen der Angestellten kaum vorhanden ist und daß diese Eigenstellung, soweit sie betont wird, als gemeinsame Stufe mit den Facharbeitern bzw. qualifizierten Arbeitern gesehen wird. Die Angestellten, die sich auf diese Weise einstufen, umfassen 16 Prozent der Befragten. 20 Prozent der Befragten stufen sich nach unten ein. Für sie sind die bestehenden Machtverhältnisse entscheidend. Sie fühlen sich als "kleine Leute". 21 Prozent lehnen jede Einstufung ab, da sie ihnen problematisch erscheint. Braun und Fuhrmann schreiben, daß für das Verhalten dieser Gruppe egalitäre, humanitäre und auch politische Gründe maßgebend sind. Es besteht kein Zweifel, daß als letzte Ursache für diese Gründe verschiedene ethisch oder po-

litisch motivierte Leitbilder der bürgerlichen Gesellschaft in Frage kommen (zum Beispiel das der "Leistungsgesellschaft", der "demokratischen Ausgleichs- und Aufstiegsgesellschaft", der "pluralistischen Gesellschaft" usw.), ohne daß sich diese Gruppe sozial als Mittelschicht betrachtet. Nur bei 20 Prozent der Befragten ist ein ausgesprochenes "Mittelstandsbewußtsein" vorhanden, wird eine Einstufung in der "Mitte" vorgenommen, und auch hier muß noch zwischen jenem Teil (etwa der Hälfte) unterschieden werden, der mit der Zuordnung zur Mittelschicht diese als etwas tatsächlich in der "Mitte", zwischen "oben und unten" Stehendes begreift, und jenem Teil (der anderen Hälfte), der in die Mittelschicht "alle" einbezogen wissen will, für den die alten sozialen Unterschiede verwischt sind, für den die Mittelschicht mehr oder weniger eine Bezeichnung für die Masse ist, die einer Oberschicht gegenübersteht. Zweifellos spielen auch bei diesen Vorstellungen soziale Leitbilder der spätbürgerlichen Gesellschaft wie das der "nivellierten Mittelstandsgesellschaft"<sup>13</sup> eine Rolle. Insgesamt bestätigt die Untersuchung von Braun und Fuhrmann jene Klagen bürgerlicher Soziologen, daß die Marxsche These von der Proletarisierung der Mittelschichten "unter mancherlei Abwandlungen" in das Bewußtsein der bürgerlichen "Mittelschichten" eingedrungen sei und die gegenteilige Entwicklungstendenz, die angebliche Zunahme der Mittelschichten, nie so recht zur Kenntnis genommen worden sei.<sup>14</sup>

Der Proletarisierungsprozeß der Angestellten, der hier vor allem in ihrem eigenen Bewußtsein reflektiert wird, hat seine Ursachen in der Veränderung der Stellung der Angestellten in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, in der Degradierung ihrer Positionen, in der Angleichung ihrer Lebensverhältnisse und ihrer Lebensweise, nicht zuletzt auch im Bereich der Distribution und Konsumtion, an die Lebensverhältnisse der Arbeiter.

Bei einem großen Teil der Angestellten - denken wir vor allem an die technischen Angestellten in der Industrie - lassen sich gegenwärtig kaum noch wichtige spezifische, von der Arbeiterklasse trennende Merkmale feststellen. In der vorliegenden Arbeit wird nachgewiesen, wie weit auch im Bewußtsein der Angestellten die besondere "Angestellten-" oder "Mittelschicht-"Ideologie "brüchig" geworden ist und daß gerade bei der genannten Gruppe der technischen Angestellten der Bruch mit alten Traditionen und die Annäherung an die Arbeiterklasse am weitesten fortgeschritten ist.

Insgesamt zeigt das "Brüchigwerden" der Angestelltenideologie, daß die Kluft zwischen Arbeitern und Angestellten auch bewußtseinsmäßig im Verschwinden begriffen ist. Dagegen ist die Kluft zur herrschenden Oberschicht - so unscharf sie häufig auch gesehen wird - tiefer geworden und wird dementsprechend reflektiert.

Aus der detaillierten Kenntnis der objektiven Veränderungen und deren Widerspiegelung im Bewußtsein der Klassen und Schichten ergeben sich wichtige Ansatzpunkte für eine wirksame politische Arbeit. Auch unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus entwickelt sich das Klassenbewußtsein nicht im Selbstlauf. Im Gegenteil, den technisch hochentwickelten und mit wissenschaftlichen Methoden perfektionierten massiven Manipulationsversuchen muß erst recht das politische Wissen der Arbeiterklasse entgegengestellt werden. Lenin schrieb bereits 1902 in der Auseinandersetzung mit dem Ökonomismus, daß dieses Wissen allein aus dem Gebiet der Beziehungen aller Klassen und Schichten zum Staat und zur Regierung, aus dem Gebiet der Wechselbeziehungen zwischen sämtlichen Klassen geschöpft werden kann und daß dieses Wissen immer wieder in die Arbeiterklasse hineingetragen werden muß.<sup>15</sup>

13 Vgl. z. B. Schelsky, Helmut, Gesellschaftlicher Wandel, in: derselbe, Auf der Suche nach Wirklichkeit. Gesammelte Aufsätze, Düsseldorf/Köln 1965, S. 340.

14 Siehe z. B. Bährdt, Hans Paul, Industriebürokratie. Versuch einer Soziologie des industrialisierten Bürobetriebs und seiner Angestellten, Stuttgart 1958, S. 107.

15 Lenin, W. I., Was tun?, in: Werke, Bd. 5, Berlin 1955, S. 436.

Braun und Fuhrmann tragen trotz ihrer ungenügenden bzw. unter dem Einfluß vorherrschender bürgerlicher Theorien fehlerhaften Aufbereitung von Material zur detaillierteren Kenntnis der Rolle und des Denkens einer so wichtigen Schicht wie der Angestellten bei. Eine sorgfältige und kritische Analyse ihrer Studie hilft, Schwerpunkte und Zielsetzungen der politischen Arbeit konkreter und wirkungsvoller festzulegen.

Wie weit einzelne empirische Ergebnisse von Braun und Fuhrmann der Realität entsprechen, ja prognostischen Wert besitzen, läßt sich an einem Beispiel zeigen. Die der Untersuchung zugrunde liegenden Befragungen dürften im wesentlichen vor den Septemberstreiks 1969 durchgeführt worden sein. Wichtige Aussagen über die Haltung der Angestellten zur Gewerkschaft, zu Streiks, zur Arbeiterklasse, zur Gesellschaft wurden im Verlauf dieser bedeutenden Klassenkampffaktion der westdeutschen Arbeiterklasse in der Grundtendenz bestätigt. In der ausführlichen Analyse dieser Streiks, die von Mitarbeitern des Instituts für marxistische Studien und Forschungen (IMSF) in Frankfurt (Main) angefertigt wurde, heißt es speziell zur Rolle der Angestellten:

"Die Streiks sind in erster Linie Arbeiterstreiks. Angestellte beteiligen sich dort in größerem Umfang, wo ihre Interessen in den Streikforderungen Berücksichtigung finden. Dies trifft auf alle Angestelltengruppen zu. Bis auf den Bergbau kommt es in vielen Betrieben zur Solidarisierung von Angestellten mit den streikenden Arbeitern, am stärksten bei jenen Angestelltengruppen, die durch den Produktionsprozeß mit den Arbeitern relativ eng verbunden sind (technische Angestellte). Es ist schwer zu beurteilen, inwieweit bei Gruppen kaufmännischer Angestellter, die arbeitsteilig und räumlich von den Arbeitern getrennt sind, Streikbereitschaft latent vorhanden ist."<sup>16</sup>

In bezug auf die "neue Arbeiterklasse", die sich vornehmlich aus den qualifizierten Angestelltengruppen rekrutieren soll, schreiben die Verfasser der Streikanalyse:

"Die Septemberstreiks zeigen, daß die Annäherung der objektiven Lage von Arbeitern und Angestellten, die in schnellem Tempo vor sich gegangen ist und weiter vor sich gehen wird, die breite Einbeziehung der Angestellten in soziale und ökonomische Kämpfe ermöglicht. Aber es finden sich bisher keine realen Anhaltspunkte dafür, daß die 'neue Arbeiterklasse', die sich vorwiegend aus qualifizierten Angestelltengruppen rekrutieren soll, in den Streiks die treibende Rolle zu spielen in der Lage ist."<sup>17</sup>

Auch das Problem noch bestehender Distanzen zwischen Arbeitern und Angestellten wird in der Analyse des IMSF berührt. Im Unterschied zu der Auffassung von Braun und Fuhrmann, die für die soziale Differenzierung einmal die unterschiedliche Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, dann aber wieder in platter, vulgärer Form eine "Fülle von Details" (S. 293) verantwortlich machen, wird hier grundsätzlich von der Stellung in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit in Verbindung mit dem Verhältnis zu den Produktionsmitteln ausgegangen. Dabei stoßen die Autoren dieser Analyse auf so wichtige Tatsachen wie die, daß sich in einzelnen Produktionszweigen, wie dem Bergbau, soziale Distanzen zwischen Arbeitern und Angestellten besonders ausgeprägt erhalten haben und daß diese Distanzen auch negative Auswirkungen auf die gemeinsamen Aktionen von Arbeitern und Angestellten haben.<sup>18</sup>

16 Die Septemberstreiks 1969. Darstellung - Analyse - Dokumente der Streiks in der Stahlindustrie, im Bergbau, in der metallverarbeitenden Industrie und anderen Wirtschaftsbereichen, hg. v. Institut für marxistische Studien und Forschungen, Köln 1969, S. 240.

17 Ebenda, S. 240 f.

18 Ebenda, S. 241.

Die Frage, wie weit die westdeutschen Gewerkschaften in der Lage sind, aus Arbeiten wie denen von Braun und Fuhrmann richtige Schlüsse zu ziehen, bleibt offen. Die theoretischen Aussagen von Braun und Fuhrmann entsprechen insgesamt wohl mehr der "integrationistischen", "ordnungspolitischen" Strömung in den Gewerkschaften. Die empirischen Unterlagen würden aber weit mehr andere Schlußfolgerungen zulassen, vor allem wenn man bedenkt, daß ein hoher Prozentsatz der Angestellten (37 Prozent) die Gewerkschaften als "Vertretung der Arbeitnehmer gegen die Macht der Unternehmer" ansieht und ein nahezu gleich hoher Prozentsatz der Befragten zwar möglichst eine Beschränkung auf die wirtschaftliche Interessenvertretung wünscht, aber durchaus in einem "antikapitalistischen" Sinn (S. 440). "Eine ausgesprochene Managementorientierung, die den Gewerkschaften lediglich die Rolle eines Hilfsorgans etwa im Sinne der Arbeiterausschüsse im 19. Jahrhundert übriglässe, ist ebenso gering vertreten wie die klassische, mittelständische, sozusagen negativ-politische Betrachtungsweise, die die Gewerkschaften vor allem als 'linke' Verbände ansieht und beobachtet. Diese Minderheiten setzen sich hauptsächlich aus Nichtorganisierten zusammen. Demgegenüber ist die DAG-Mitgliedschaft in erster Linie als berufs- und fachorientiert anzusehen, wogegen die DGB-Mitgliedschaft in der Mehrheit als sozialorientiert im definierten Sinn gelten darf. Allerdings ist die Orientierung der DGB-Mitglieder nicht so 'einheitlich': Eine starke Minderheit (rund 28 %) zeigt nicht jene politische Aufgeschlossenheit, die für die Mehrheit kennzeichnend ist. Es wird jedoch deutlich, daß auch für die Angestelltenmitglieder des DGB die politischen Traditionen der Arbeiter bedeutsam sind und eine gewisse polemische und reformerische Haltung prägen." (S. 441)

Auch solche Ergebnisse bestätigen die in der Analyse des IMSF vorgenommenen politischen Schlußfolgerungen:

"Für diese integrationistische Richtung sind die Gewerkschaften nicht Kampfinstrumente der Arbeiter, sondern Disziplinierungsinstrumente zur Zähmung der Arbeiter, was zur Abschmürung der gewerkschaftlichen Aktivität der Belegschaften führt. Wenn diese Konzeption dann in der gesellschaftlichen Wirklichkeit, wie im Falle der Streiks, scheitert, dann kann auch die Zuflucht zu den bewährtesten antikommunistischen Verschwörertheorien (strapaziert vom IGBE-Vorstand, ironisiert vom 'Arbeitgeber'), nicht die einfache Tatsache zu decken, daß immer mehr Arbeiter und Angestellte von der Funktion der Gewerkschaft völlig andere Auffassung haben.

Die Strömung, die die Gewerkschaften ganz auf die ordnungspolitische Linie drängen will, ist stark. Aber jeder Schritt in dieser Richtung ist ein Schritt auf dem Wege der Abdankung, der Selbstaufgabe der Gewerkschaften. Wenn es stimmt, daß ein Mündigwerden der Arbeiter in der Wahrnehmung ihrer ökonomischen Interessen sichtbar geworden ist, und das stimmt zweifellos, und wenn es richtig ist, daß diese Tendenz sich noch verstärken wird, dann muß jede integrationistische Praxis die Kluft der Gewerkschaften zu diesen mündig gewordenen Belegschaften nur weiter vertiefen. Die Entwicklung fordert im Gegenteil - das wird durch die sozialen Auseinandersetzungen in anderen westeuropäischen Ländern ebenso bewiesen wie durch die spontanen Streiks in der Bundesrepublik - eine Stärkung aller kämpferischen, auf entschiedene Durchsetzung der Arbeiterinteressen gerichteten Strömungen in den Gewerkschaften."<sup>19</sup>

#### Die Konstruktion des "emanzipierten Arbeiters"

Ebenfalls in der Reihe "Soziologische Texte" des Luchterhand-Verlages erschien das Buch "Die Soziallage der Chemiewerker. Industriesoziologische Untersuchungen in rationalisierten und automatisierten Chemiebetrieben" von einem Kollektiv unter Leitung von F. Fürstenberg. Es enthält die Ergebnisse einer empirischen soziologischen Untersuchung in sieben

<sup>19</sup> Ebenda, S. 269.

Betrieben der chemischen Industrie, die im Jahre 1966 durchgeführt wurde. Fürstenberg stellt sich das Ziel, Unterlagen über die objektive Arbeitssituation und die subjektive Einstellung der Arbeiter dazu in sechs ausgewählten rationalisierten Betriebsteilen zu gewinnen. In der allgemeinen Zielstellung ergibt sich damit eine gewisse Ähnlichkeit mit der Untersuchung von Braun und Fuhrmann. Doch in der Methodik und noch mehr in der theoretischen Aussage ist die Arbeit Fürstenbergs weit stärker den bürgerlichen Dogmen verhaftet. Empirisch bleibt sie auf der Stufe von lose miteinander verbundenen Teilstudien, theoretisch beruht sie auf spekulativen Annahmen und Voraussetzungen, in die das Material hineininterpretiert wird.

Die Arbeit Fürstenbergs mündet insgesamt in die Konstruktion eines Idealtyps vom "emanzipierten Arbeiter", der einem angeblichen Idealtyp der "orthodoxen marxistischen Literatur", dem "proletarischen Arbeiter", gegenübergestellt wird. Fürstenberg meint, daß die Wandlungen im Produktionsprozeß, das heißt im technologischen Arbeitsablauf, die sich beim Übergang von der technisierten zur automatisierten Fertigung ergeben, das Arbeitssystem und damit auch die sozialen Beziehungen in der Produktion verändern. Der Typ des "proletarischen Arbeiters", so Fürstenberg, sei dem extremen Anpassungsdruck eines Arbeitssystems ausgeliefert, das vollständig Ausmaß und Intensität der individuellen Arbeitsanstrengungen vorausbestimme. Die sozialen Beziehungen, die sich aus dem entsprechenden sozialen Ordnungsgefüge des Betriebes ergäben, seien "streng autoritär". Die Arbeiter könnten sich somit als "Personen" nur erfahren, indem sie das gesamte Arbeits- und Betriebssystem ablehnten. Ihr Bewußtsein werde von einer "sozialen Dichotomie zwischen den ausgebeuteten, entfremdeten, sich jedoch solidarisch verhaltenden Arbeitern und den ausbeutenden Mitgliedern der kapitalistischen Klasse" geprägt. Hauptmerkmale des "proletarischen Arbeiters" seien "Arbeitsentfremdung, Ausbeutung, relative Verelendung und eine militante Solidarität".

Demgegenüber glaubt Fürstenberg nunmehr in den technisch weit fortgeschrittenen Betrieben der chemischen Industrie, in denen automatisierte und teilautomatisierte Prozesse vorherrschen, den Typ des "emanzipierten Arbeiters" gefunden zu haben. Dieser Arbeiter werde durch ein "offenes Arbeitssystem" geprägt, das heißt, der Arbeiter habe einigen Spielraum bei der Verrichtung seiner Arbeitsfunktionen. Er diene nicht mehr einer Maschine durch Teilverrichtungen, sondern er übersehe und beaufsichtige umfassende Arbeitsabläufe. Dementsprechend sei das soziale Beziehungsgefüge des Betriebes in kooperierende Einheiten reorganisiert worden, wobei dem einzelnen Arbeiter "ein Recht auf Information, Beratung und sogar Teilnahme an bestimmten Entscheidungsprozessen" zugesichert sei. Dieser Typ des Arbeiters könne sich "selbst verwirklichen", er spüre die "Bürde der Entfremdung nicht mehr besonders stark", seine soziale Haltung sei "weniger klassenbewußt als selbstbewußt", "privatisierte Einstellungsweisen" seien für ihn typisch (S. 212 f.).

Mit diesen "theoretischen" Darlegungen entwickelt Fürstenberg eine industriesoziologische Variante der Theorie von der Industriegesellschaft", nach der sich die kapitalistische Gesellschaft aufgrund der wissenschaftlich-technischen Revolution automatisch in eine von Klassen und Klassenkampf befreite Gesellschaft "transformiert". Es steht außer Frage, daß Fürstenberg damit den Wünschen und Vorstellungen seiner Auftraggeber, dem Arbeitsring der Arbeitgeberverbände der deutschen chemischen Industrie entspricht, wenngleich er ausdrücklich behauptet, daß er die Arbeit in "völliger wissenschaftlicher Unabhängigkeit" durchgeführt habe (S. 1).

Das Verfahren Fürstenbergs ist recht primitiv. Er stellt einen mechanischen Zusammenhang zwischen dem "Arbeitssystem" und dem "Sozialsystem" - oder mit anderen Worten, zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen - her und täuscht durch diesen Kunstgriff vor, daß mit den sich verändernden Arbeitsfunktionen auch die soziale Stellung des Arbeiters eine Wandlung erfahre.

Wesentliche Bestandteile der Variante Fürstenbergs - zum Beispiel die These, daß aus der Veränderung der Arbeitsfunktionen die Aufhebung der Entfremdung und damit der "befreite Arbeiter" abzuleiten sei - sind nicht ganz neu. Sie stützen sich vor allem auf Robert Blauner, einen amerikanischen Soziologen, der in seinem Buch über "Entfremdung und Freiheit" die Entfremdung als das Unvermögen des Arbeiters ansieht, "seinen unmittelbaren Arbeitsprozeß zu kontrollieren".<sup>20</sup> Das ist - ähnlich wie bei Fürstenberg - eine Verflachung und Verfälschung der Marxschen Gedanken über die Entfremdung. Der gesellschaftliche Charakter der Arbeit, der dem Arbeiter als fremde Macht gegenübertritt, beruht nicht einfach in der Kombination der Arbeit des einzelnen mit der anderer und in der eventuellen "Unübersichtlichkeit" dieser Kombination, sondern vor allem in den speziellen Bedingungen, unter denen diese Kombination stattfindet, in den Verwirklichungsbedingungen dieser Kombination, die dem Arbeiter als fremdes, kapitalistisches Eigentum gegenübertreten.<sup>21</sup> Wenn Fürstenberg meint, daß eine "Entfremdung" im Sinne Blauiners "kaum eine strukturelle Komponente in den Verhaltensweisen der Mehrheit der von uns beschäftigten Chemiarbeiter" sei (S. 216), dann bedeutet das lediglich, daß er die Frage des Eigentums an den Produktionsmitteln, die Frage des Kapitalverhältnisses und damit des Wesens der Entfremdung überhaupt nicht berührt. Mit der Verschiebung der Problematik auf sich verändernde Arbeitsabläufe springt er über sein eigenes Nichtverständnis der Entfremdungsproblematik hinweg.

Sicher lohnte es kaum, Fürstenbergs primitive Apotheose der spätkapitalistischen Verhältnisse in der BRD so ausführlich zu behandeln, wenn sie nicht auch Bestandteil der staatsmonopolistischen Ideologie wäre. Man muß sich fragen, was einer solchen "Theorie" Anhänger verschafft. Es ist möglich, daß sich ihre doktrinaire Versimplifizierung besonders gut zur propagandistischen Ausschlichtung und damit zur Verbreitung eignet. Indem bloße funktionelle Beziehungen im Arbeitsprozeß mit sozialen Beziehungen identifiziert werden, indem die soziale Hierarchie in den kapitalistischen Betrieben aus ihren speziellen Produktionsverhältnissen herausgelöst wird - obwohl Fürstenberg die Vokabel Produktionsverhältnisse kennt (S. 217) -, wird der Blick von den tatsächlichen Klassenbeziehungen abgelenkt, entsteht ein klassendifferentes Bild von Arbeiter-Idealtypen, die durch eine "aktive soziale Betriebspolitik" (S. 238) manipuliert oder wegmanipuliert werden können.

Fürstenberg setzt eine Tradition der bürgerlichen Soziologie fort, die ihre empirischen Befunde völlig dem Zweck ihrer Auftraggeber unterordnet, das heißt in diesem Fall den Chemiemonopolen scheinwissenschaftliche Argumente gegen die Gewerkschaften liefert, vor allem gegen deren Mitbestimmungsforderungen.<sup>22</sup> Ein durch die technische Entwicklung "emanzipierter", nicht mehr unterdrückter Arbeiter, ein "weniger klassenbewußter als selbstbewußter Arbeiter", der sich eher auf die materielle Verbesserung seiner privaten Existenz orientiert als auf den Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaftsordnung, kommt den praktischen Bedürfnissen des Monopolkapitals entgegen. Einen Beweis für diese These zu liefern, ist Fürstenberg allerdings trotz seiner empirischen Verfahrensweise nicht in der Lage. Im Gegenteil, seine Studie belegt, daß wichtige Bestimmungselemente der Klassenlage der Ar-

20 Wörtlich schreibt R. Blauner: "Entfremdung existiert, wenn die Arbeiter unfähig sind, ihren unmittelbaren Arbeitsprozeß zu kontrollieren, ein Gefühl von dem Ziel und der Funktion zu entwickeln, die ihre Arbeit mit der gesamten Produktionsorganisation verbinden, zu integrierten industriellen Gemeinwesen zu gehören, und wenn sie nicht in die Arbeitsverrichtung als einer Art des persönlichen Selbstaushdrucks einbezogen werden." (Blauner, Robert, *Alienation and Freedom. The Factory Worker and his Industry*, Chicago/London 1964, S. 15.)

21 Marx, Karl, *Das Kapital*, Bd. 3, in: Marx/Engels, *Werke*, Bd. 25, Berlin 1964, S. 95 f.

22 Vgl. dazu Deppe, Frank/Lange, Hellmuth, *Zur Soziologie des Arbeiter- und Klassenbewußtseins. Ein kritischer Literaturbericht*, T. 2, in: *Das Argument*, H. 11 u. 12/1970, S. 816.

beiter - Abhängigkeit, Unselbständigkeit, Unterordnung, geringe Qualifikation und geringe Aufstiegsmöglichkeiten - auch unter den heutigen Bedingungen der Entfaltung der Produktivkräfte, darunter den kapitalistischen Formen der Automatisierung, unvermindert fortwirken.<sup>23</sup>

Auch im Bewußtsein der Arbeiter kann keine Veränderung nachgewiesen werden. Die inferiore Gesellschaftsposition des Arbeiters, ihre prinzipielle Unveränderlichkeit, ihr Bestehen außerhalb der Macht wird durchaus wahrgenommen, auch wenn diese Erfassung der Wirklichkeit - vor allem in den kapitalistischen Perioden des Aufschwungs und der Expansion - durch die Ideologie der Oberschicht überlagert wird<sup>24</sup>, auch wenn die Fernhaltung der Arbeiter von einer echten Interpretationsmöglichkeit ihrer sozialen Lage zu einer vordergründigen Überbetonung ihrer Lohn- und Konsumverhältnisse führen kann.<sup>25</sup>

### Der "Aufstieg" der Arbeiterklasse

Das Buch "Die sozialen Klassen in der modernen Gesellschaft" von T. B. Bottomore kam bereits 1967 bei der Nymphenburger Verlagshandlung heraus, während das englische Original sogar 1965 das erste Mal gedruckt wurde. Trotzdem erscheint es uns gerechtfertigt, dieses Buch zusammen mit einigen neueren Titeln zu besprechen, weil es innerhalb der gegenwärtigen bürgerlichen Auffassungen von den Klassen, vor allem von der Arbeiterklasse, besondere Akzente setzt und für bestimmte spätbürgerliche Denkweisen typisch ist.

Bottomore gehört zu jenen bürgerlichen Soziologen, die erkannt haben, daß sie, wenn sie überhaupt etwas aussagen wollen, an Marx anknüpfen müssen. Ihr bürgerlicher Standpunkt verhindert jedoch ein tieferes Verständnis der Marxschen Theorien. Ihre Adaptionen laufen mehr oder weniger darauf hinaus, einzelne Thesen von Marx aufzugreifen oder die Marxschen Auffassungen so zu verfälschen, daß sie mit der bürgerlichen Gesellschaftssicht verträglich werden.

Ein häufig angewandtes Verfahren der bürgerlichen Soziologen besteht darin, daß sie Marx zwar für das 19. Jahrhundert anerkennen, aber im übrigen versuchen nachzuweisen, daß die Entwicklung im 20. Jahrhundert der Marxschen Theorie widerspreche. Dabei übersehen sie, daß die Weiterentwicklung des Kapitalismus im 20. Jahrhundert auch in der Marxschen Theorie ihre Widerspiegelung gefunden hat und daß es vor allem Lenin war, der die wissenschaftlichen Grundlagen für die Erforschung der neuen Entwicklungstrends schuf.

Auch Bottomore steht auf dieser Position. Er fügt ihr einige neue Akzente hinzu, die es angebracht erscheinen lassen, sich mit seinem Buch näher zu befassen. Das, was ihn von anderen bürgerlichen Soziologen ähnlicher Couleur unterscheidet, ist unter anderem, daß er das Marxsche Konzept der klassenlosen Gesellschaft in anderer Weise aufgreift und reformistisch verfälscht. Während die meisten bürgerlichen Soziologen der Gegenwart versuchen, Klassen und Klassenkampf als Erscheinungen des 19. Jahrhunderts hinzustellen, die heute überwunden seien - wobei sie die bestehende spätkapitalistische Ordnung als schon erreichte klassenlose Gesellschaft ausgeben -, sieht Bottomore eine bürgerlich-reformistische Auf-

23 Siehe auch ebenda, S. 817.

24 Siehe Birnbaum, Norman, The Sociological Study of Ideology, in: Current Sociology, Bd. 9, 1962, S. 93. In Anlehnung daran auch Abendroth, Wolfgang, Die soziale Struktur der BRD und ihre politischen Entwicklungstendenzen, in: derselbe, Wirtschaft, Gesellschaft und Demokratie in der BRD, Frankfurt (Main) 1965, S. 53.

25 Siehe Deppe, Frank/Lange, Hellmuth, Wissenschaft im Dienste der Unternehmer. Informationsbericht des Instituts für marxistische Studien und Forschungen, Nr. 5; und Schumann, Michael/Kern, Horst, Emanzipierte Chemiearbeiter?, in: Gewerkschaftliche Umschau, Nr. 4/1970, S. 61 ff.



hebung der Klassen erst in der Zukunft. Er erkennt für die kapitalistische Gegenwart durchaus an, daß noch Klassen bestehen. Dabei geht er von der Annahme aus, daß die Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Gesellschaften ununterbrochen "aufgestiegen" sei, ohne daß es, wie Marx angenommen habe, zu einem Entscheidungskampf mit der "Bourgeoisie" gekommen sei. Er glaubt, wenn diese Entwicklung sich weiter fortsetze, könne am Ende Marx' "ideale Gesellschaftsordnung" verwirklicht werden. Die ökonomische Grundlage dafür sieht er in dem ungeheuren Aufschwung der Wissenschaften, der die "Möglichkeiten für wirklich reiche Gesellschaften" geschaffen habe (S. 107).

Bottomore wirft seinen bürgerlichen Kollegen, die sich mit der Klassenstruktur befassen, vor, daß ihr Hauptfehler mangelndes "historisches" Bewußtsein sei. "Wie die Ökonomen, von denen Marx sagt, sie glaubten nur deshalb an das Ende jeder Geschichte, weil der Feudalismus verschwunden wäre und nur der Kapitalismus eine natürliche und ewig andauernde soziale Ordnung verbürge, sind auch die Soziologen in diesen Fehler verfallen, wenn sie annehmen, daß es zwar im Frühkapitalismus Klassen und Klassenkonflikte gegeben habe, daß sie aber in den vollentwickelten Industriegesellschaften, in denen die Arbeiterklasse der Armut entfliehen konnte und in der Industrie wie auch als Staatsbürger ihre Rechte erhielt, zu existieren aufgehört haben. Diese Annahme stützt sich nicht auf die wirkliche Kenntnis der Entwicklung moderner Klassen in neuerer Zeit und das Wissen um gegenwärtige Bewegungen, die die Möglichkeit eines künftigen sozialen Wandels versprechen." (S. 108)

Bottomore beschuldigt seine Berufskollegen auch, daß sie weder die "wirkliche Entwicklung der modernen Klassen" noch die "gegenwärtigen sozialen Bewegungen" kennen würden. Nach seiner Meinung gebe es zwei Hauptwege, auf denen der gegenwärtige Zustand der Spaltung der Gesellschaft im Spätkapitalismus aufgehoben werden könne:

1. Stetiges Wirtschaftswachstum und die damit verbundene Arbeitszeitverkürzung und Ausdehnung der Freizeit engten die "hierarchische und autoritäre Struktur der Industrie" immer mehr ein, gäben ihr eine "verschwindende Rolle im gesellschaftlichen und persönlichen Leben", ließen sie "kaum mehr von Wichtigkeit" sein.
2. Könnten Anstrengungen unternommen werden, "auch in den Bereich der Güterproduktion einen Teil der Freiheit und Selbständigkeit einzuführen, die das Wesen der Freizeit ausmachen; diese Bemühungen könnten nun ihrerseits wieder durch grundlegende Wandlungen im Charakter der Produktion selbst gefördert werden, und zwar in dem Maße, wie sie zunehmend zur wissenschaftlich fundierten Tätigkeit wird, die sowohl Natur- als auch Sozialwissenschaften in Anspruch nimmt und hochqualifizierter und verantwortungsbewußter Menschen bedarf, die diesen Prozeß vorantreiben.

Diese zweite Entwicklung kann sich - und diese Einsicht ist für einen bürgerlichen Soziologen recht bemerkenswert - nur durch die gemeinsame Aktion der organisierten Arbeiterbewegungen durchsetzen. Diese müßten versuchen, den Arbeits- und Produktionsprozeß, "der noch immer - wie auch einst Marx betonte - als der fundamentale Prozeß in jedem Sozialsystem erscheint", in eigene Kontrolle zu bringen (S. 106 f.). Mit diesen Überlegungen stellt sich Bottomore über das Durchschnittsniveau vieler seiner Berufskollegen. Doch es muß unterschieden werden, ob "Kontrolle des Arbeits- und Produktionsprozesses" eine Einschränkung der Macht des Kapitals, insbesondere des Monopolkapitals, bedeutet oder ob es sich nur um eine "ordnungspolitische" Maßnahme handeln soll, die der Stabilisierung des herrschenden Systems dient. Trotz hier aufblitzender Einsichten in die bewegende Kraft der organisierten Arbeiterschaft bleibt Bottomores Konzeption illusionär, weil seine Staats- und Gesellschaftskonzeption insgesamt auf reformistischen Thesen aufbaut. Er vertritt - ähnlich, wie wir schon bei Fürstenberg feststellen konnten - eine der in den vielfältigsten Formen auftretenden und deshalb verbreitetsten Theorien der spätkapitalistischen Gesellschaft, die der "Industriegesellschaft". Bei ihm sind die bestehenden kapitalistischen und sozialistischen Staaten lediglich "unterschiedliche Erscheinungsformen der industriellen Gesellschaft" (S. 41). In Verbindung damit weist er dem Staat eine dominierende Rolle bei der Gestaltung

der Klassen zu. Die sozialen Klassen entstünden kaum mehr "spontan aus dem Wirtschaftshandeln von Menschen"; statt dessen zwänge eine "politische Elite" der Gesellschaft "ein typisches, bürokratisches Großstrukturen entlehntes Schichtungssystem" auf (S. 69).

Diese These, von dem französischen Soziologen R. Aron wohl am umfassendsten entwickelt<sup>26</sup>, vermengt Klassenlage und Funktion im arbeitsteiligen Produktionsprozeß, identifiziert und subjektiviert beides und wird dadurch zum Ausgangspunkt für die konvergenztheoretische Behauptung, daß es in allen "Industrielländern" eine "politische Elite" gäbe, die es in der Hand habe, das "Schichtungssystem" zu verändern (S. 71). Damit wird zugleich eine Stoßrichtung gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung angezeigt, da dort diese "politische Elite" angeblich über noch mehr Macht verfüge als in der kapitalistischen Gesellschaft (S. 70).

Die Konstruktion eines sozialen Gegensatzes zwischen den produktions- und gesellschaftsleitenden Kräften auf der einen Seite und der übrigen Gesellschaft auf der anderen Seite negiert völlig, daß in der sozialistischen Gesellschaft die Arbeiterklasse die herrschende Klasse ist und daß sie mit den Führungskräften eine Einheit bildet. Diese Konstruktion übersieht auch, daß in der sozialistischen Gesellschaft Führungspositionen nicht mit Kapital und Privateigentum an Produktionsmitteln, mit davon abhängiger ökonomischer Macht, verbunden sind, sondern auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den entscheidenden Produktionsmitteln beruhen. Führungspositionen entsprechen deshalb nicht Leit- oder Stellvertretungsorganen, geschaffen für die Verteidigung privater Eigentumsinteressen, sondern sie sind völlig frei von privaten Eigentumsbindungen, unmittelbarer Ausdruck gesellschaftlicher Interessen.

Auch bei der Anwendung der These von der "politischen Elite" auf die spätkapitalistische Gesellschaft rückt der funktionale Gesichtspunkt in den Vordergrund und wird Anlaß zu Fehlkonstruktionen. Die Herausbildung einer herrschenden Oberschicht wird nicht als Produkt der Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft zum Monopolkapitalismus und staatsmonopolistischen Kapitalismus gesehen, verbunden mit der ständig zunehmenden Konzentration der Produktionsmittel in den Händen weniger, sondern als technischer Prozeß, der zwangsläufig zur Erweiterung des Handlungsspielraumes des Staates in Wirtschaft und sozialpolitischen Bereichen führt. Die Herausbildung der staatsmonopolistischen Oligarchie wird zwar so weit gesehen, daß der Gegensatz zwischen der herrschenden Oberschicht und dem Rest der Gesellschaft erkannt wird, aber diese Einsicht wird gleichzeitig dazu benutzt, die Klassengegensätze zu verwischen, die herrschende Oberschicht von ihrer ökonomischen Grundlage, dem Eigentum an Produktionsmitteln, zu lösen, sie nur noch als eine "Elite" - und zwar vornehmlich politische Elite - zu fassen. Von dieser Auffassung leitet sich dann die Behauptung ab, daß der Staat, die "politische Elite", es weit eher in der Hand habe, das soziale Schichtungssystem zu verändern, als selbst Produkt eines solchen Systems zu sein (S. 71 f.). Dabei wird außer acht gelassen, auf welcher Grundlage und in wessen Interesse die "politische Elite" oder der Staat agiert.

Bottomores Konzeption ist darauf angelegt, daß gewissermaßen unter Einbeziehung des monopolkapitalistischen Staates der "Aufstieg der Arbeiterklasse" zur "klassenlosen Gesellschaft" vollendet werden könne. Da er Eigentumsfragen weitgehend ausklammert, zumindest nicht zum springenden Punkt des Verständnisses der Klassenstruktur macht; begreift er auch nicht die Dialektik der Entwicklung der Arbeiterklasse. Er erfaßt nicht den Zusammenhang zwischen dem Profitstreben der Monopolbourgeoisie und dem Kampf der Arbeiterklasse um bessere Lebensbedingungen. Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung sind für ihn nicht Ausdruck eines erbitterten Klassenkampfes, in dessen Verlauf sich immer wieder

<sup>26</sup> Siehe Aron, R., Social Structure and the Ruling Class, in: British Journal of Sociology, H. 1 u. 2/1950; und derselbe, La lutte de classes, Paris 1964.

aufs neue die Stärke und Kampfkraft sowie die Höhe des Bewußtseins der Arbeiterklasse bestätigen müssen; für ihn sind sie bloße Folge stetigen Wirtschaftswachstums (S. 106). Infolgedessen sieht er auch nicht die Opfer, die die Arbeiterklasse in diesem Kampf bringt, und er sieht nicht die Rückschläge, die für die Arbeiterklasse nicht nur eine relative Verschlechterung ihrer Lage bedeuten, sondern auch eine absolute - denken wir bloß an die Zeit der beiden Weltkriege und die darauffolgenden Jahre. Er ist blind dafür, daß sich selbst seit den fünfziger Jahren, seit die Arbeiterklasse in den entwickelten kapitalistischen Ländern die bisher größten Fortschritte in der Verbesserung ihrer Lebenslage erreichen konnte, einzelne Gebiete ihrer Lebenslage ebenfalls absolut verschlechtern, daß vor allem die psychische Anstrengung der Arbeiter zunimmt, daß Brutalisierung, Kriminalität und moralische Degradation, denen sie ausgesetzt sind, wachsen, daß sich der allgemeine kulturelle Verfall verstärkt und daß sich, nicht zuletzt aufgrund der manipulierenden Wirkung der Massenmedien, der Grad der Unwissenheit, ganz besonders über gesellschaftliche Zusammenhänge, zeitweise erhöht.

Die ungleiche Entwicklung einzelner Arbeiterschichten gerät zwar in Bottomores Blickfeld, doch da für ihn Verelendung gleich Armut ist, betrachtet er die ungleiche Entwicklung der einzelnen Arbeiterschichten vor allem im Hinblick auf ihr Einkommen, nicht aber im Hinblick auf alle Faktoren der Verelendung. Für ihn ist im 19. Jahrhundert "Armut das Schicksal einer ganzen Klasse"; "Armut trennte die Klassen scharf voneinander" und war die Ursache für "Unwillen" und "Aufbruch". "Heutzutage" sei das anders. Armut betreffe nur noch ganz bestimmte Bevölkerungsgruppen. Sie sei überwiegend beschränkt auf "alte Leute", auf Arbeiter in besonderen Industriezweigen und in besonderen Gebieten (S. 47 f.). Diese Aufzählung ließe sich erweitern. So könnten unter den zur Armut verurteilten oder überhaupt gesellschaftlich benachteiligten Gruppen auch Arbeiter bestimmter Herkunft, Hautfarbe oder Nationalität, Arbeitslose und Frauen oder Jugendliche genannt werden. Bottomore erkennt zwar einige der Differenzierungsprozesse, die nicht zuletzt zur bewußten Spaltung der Arbeiterklasse ausgenutzt werden, aber er vermag nicht in das Wesen des Verelendungsprozesses und seine vielfältigen Erscheinungsformen einzudringen. Er kehrt diesen Prozeß statt dessen in einen stetigen "Aufstieg" um.

Bottomores einseitige Betrachtung der Entwicklung der Arbeiterklasse, die Einschränkung auf den Faktor "materielle Armut", verrät eine enge geistige Verwandtschaft mit dem "Vater des Revisionismus", mit Eduard Bernstein. Auch Bernstein setzte die Einkommensverhältnisse der Arbeiter mit ihrer allgemeinen Lage gleich und leitete daraus eine fortlaufende Verbesserung ihrer Lage ab. Er sah "keine absoluten Grenzen der Lohnsteigerung" unter dem Kapitalismus.<sup>27</sup>

Bottomores Konzeption ist als eine moderne Variante des Sozialdemokratismus anzusehen. Sie zeigt den engen Zusammenhang von Revisionismus und Reformismus. Sein Hinweis auf eine "gemeinsame Aktion der organisierten Arbeiterbewegungen" ist deshalb auch kein Aufruf zur Durchsetzung revolutionärer Forderungen. Er bezieht sich vor allem auf die sozialdemokratischen Parteien und die mit ihnen verbundenen Gewerkschaften in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die soziale Reformen vorantreiben müßten (S. 120 f.). Damit stützt sich Bottomore nicht auf die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse, die als einzige in der Lage ist, Veränderungen der kapitalistischen Gesellschaft als eines Systems zu bewirken, Veränderungen, die zu einem wirklichen Aufstieg der Arbeiterklasse, das heißt zur Übernahme der Macht, führen. Er versucht statt dessen, diese Kraft zu blockieren, sie in eine Richtung zu drängen, die lediglich einer "Verbesserung" der staatsmonopolistischen Verhältnisse dient, einer "Anpassung" an diese Verhältnisse, einer Stabilisierung des Systems.<sup>28</sup>

27 Siehe Bernstein, Eduard, Gibt es Grenzen der Lohnsteigerung?, in: Sozialistische Monatshefte, Bd. 1, 1911, S. 174.

28 Siehe Perspektiven, Sozialdemokratische Politik im Übergang zu den 70er Jahren, hg.

Die Thesen Bottomores sind eine Art theoretischer Begründung der staatsmonopolistischen Reform- und Integrationspolitik der sozialdemokratischen Kräfte in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Die wachsende Unruhe unter der Arbeiterschaft und insbesondere bei Teilen der Jugend über die gesellschaftlichen Widersprüche und Mißstände in den sechziger Jahren erforderte neue Gedanken und Ideen für die Erhaltung des Systems. Bottomores Buch ist als eine mögliche Antwort zu werten, und es erschien in der BRD zudem ein Jahr danach, als sich eine Kursänderung der herrschenden Schicht durch die Bildung der "Großen Koalition" gerade abzuzeichnen begonnen hatte.

Zusammenfassend läuft Bottomores "groß angelegter Versuch", eine "neue Theorie der sozialen Klassen" zu schaffen, darauf hinaus, daß der monopolkapitalistische Staat, teilweise im Selbstlauf, teilweise unter dem Druck der organisierten Arbeiterbewegungen, zu Sozialreformen gedrängt wird und dadurch der "Aufstieg der Arbeiterklasse" zur "klassenlosen Gesellschaft" vollendet werden kann. Zu diesem Zweck hat Bottomore wesentliche Elemente des modernen Reformismus aufgegriffen: den Vorwurf gegen den Marxismus, daß er "überaltert", "unzeitgemäß" sei; den Glauben an die Allmacht des Staates und seine "neutrale", "über den Klassen stehende" Funktion und einige gegen die sozialistischen Staaten gerichtete antikommunistische Thesen, die bei Bottomore vor allem mit der von ihm aufgegriffenen konvergenztheoretischen Variante der "Industriegesellschaft" in Verbindung stehen. Auf diese Weise zielt Bottomores Konzeption objektiv darauf hin, "theoretische" Grundlagen für die reformistische Politik der sozialdemokratischen Parteien zu entwickeln. Sie spiegelt, vor allem von dem praktischen Beispiel der englischen Labour-Bewegung ausgehend, einige der Veränderungen in den politischen Machtstrukturen<sup>29</sup> und im bürgerlichen Denken nach dem zweiten Weltkrieg wider. Sie drückt neue Möglichkeiten der Politik aus, indem die sozialdemokratischen Parteien stärker als je zuvor in den inneren Kreis der staatsmonopolistischen Machtausübung eintreten. Sie ist auch ein Beispiel dafür, daß die sozialdemokratische Ideologie mit ihrem "sozialistischen" Anstrich endgültig in die grundlegenden Strömungen bürgerlichen Denkens eingereiht ist, daß sie gleichberechtigt neben den Konservatismus, den Liberalismus und den Nationalismus tritt.<sup>30</sup> Mehr noch, nachdem die traditionellen bürgerlichen Strömungen aufgrund der historischen Entwicklung zwischen den beiden Weltkriegen an Gewicht und Masseneinfluß verloren haben, hat die spezifische Funktion der Sozialdemokratie im System des staatsmonopolistischen Kapitalismus, nämlich dem Monopolkapital eine soziale Massenbasis zu sichern, an Bedeutung gewonnen.

Bei allem wird jede sozialdemokratische Politik, sei sie auch noch so systemkonform, zwiespältig und mit Risiken für das Monopolkapital verbunden bleiben. Einerseits übt sie in stärkerem Maße Integrationswirkungen auf große Teile der Arbeiter und Angestellten aus, als sie

v. Horst Ehmke, Reinbek (Hamburg) 1969, S. 125. Vgl. auch Gerns, Willi, Systemstabilisierende oder antimonopolistische Reformen, in: Marxistische Blätter, Nr. 5/1971.

<sup>29</sup> Die englische Labour-Partei befand sich zwischen den beiden Weltkriegen vorwiegend in der Lage einer Oppositionspartei. Nur ausnahmsweise und auf kurze Zeit erlangte sie die Regierungsmacht, so vom Januar bis November 1924 und vom Juni 1929 bis August 1931. In den bisher verflossenen 27 Nachkriegsjahren hatte sie dagegen 12 Jahre die Regierungsgewalt inne (Juli 1945 bis Oktober 1951, Oktober 1964 bis Juni 1970). Zu den mit der langjährigen Machtausübung verbundenen "Metamorphosen" der Partei- und Gewerkschaftsführer, ihrer zunehmenden Einbeziehung in den staatlichen Machtapparat siehe z. B. Peregudov, S., Lejboristskaja partija v sisteme vlasti, in: Social'no-političeskie svjigi v stranach razvitogo kapitalizma, Moskau 1971, insbes. S. 360 f. - Ähnliche Entwicklungen ließen sich - mit entsprechenden Abwandlungen - auch in anderen entwickelten kapitalistischen Ländern feststellen.

<sup>30</sup> Vgl. dazu Political Thought since World War II. Critical and Interpretive Essays, hg. v. W. J. Stankiewicz, New York 1964, S. 290 - 441.



HERESBACH, THUMBSHIRN UND GROSSER IN NEUAUSGABEN

Konrad Heresbach, Vier Bücher über Landwirtschaft (*Rei sticae libri quatuor*), Übersetzung mit kritischem Quellennachweis von Helmut Dreitzel, hg. v. Wilhelm Abel, Band 1: Vom Landbau (Nachdruck der lateinischen Originalausgabe; Köln 1570)

Verlag Anton Hain KG, Meisenheim 1970, 85, 85 Seiten, Preis: 39,50 DM

Martin Grosser, Anleitung zu der Landwirtschaft; Abraham von Thumbshirn, *Oeconomia*. Zwei frühe deutsche Landwirtschaftsschriften, hg. v. Gertrud Schröder-Lembke = Quellen und Forschungen zur Agrargeschichte, Bd. 12

Gustav Fischer Verlag, Stuttgart 1965, 109 Seiten, Preis: 34,- DM

von Ulrich Bentzien

Das Wiedererscheinen und die Übersetzung des ersten Bandes der Heresbachschen "*Rei rusticae libri quatuor*" darf man getrost als editorische Sensation auf dem Gebiet der Erschließung frühneuzeitlicher landwirtschaftsgeschichtlicher Quellen bezeichnen. Weniger sensationell und aufwendig, aber für den sonst durch Fernleihprozeduren geplagten Benutzer ebenso erfreulich sind die schon einige Jahre zurückliegenden Neudrucke von Grossers "*Anleitung zu der Landwirtschaft*" und von Thumbshirns "*Oeconomia*", deren Anzeige hiermit nachgeholt sei.

Konrad Heresbach (1496 bis 1576) gilt als Begründer eines eigenständigen landwirtschaftlichen Fachschrifttums in Deutschland. Was vor ihm geschrieben und gedruckt wurde, hatte keinen oder nur geringen Bezug auf die bioklimatischen und betriebswirtschaftlichen Verhältnisse in Zentraleuropa. Heresbach geht erstmals nicht ausschließlich von den antiken Autoritäten, sondern auch von eigenen Erfahrungen in seiner engeren Heimat aus. Diese Heimatlandschaft nun ist das Niederrheingebiet, von dem Friedrich Engels - im weiteren Sinne selbst Sohn dieser Landschaft - sagt, daß sich hier schon ausgangs des 15. Jahrhunderts Keime kapitalistischer Produktionsverhältnisse auch in der Landwirtschaft (Pächterwesen, "Halbbau", Geldrente) ausgebildet und die Feudalität unterhöhlt hätten.<sup>1</sup> Bedenkt man, daß jene den Niederlanden benachbarten und mit deren florierender Wirtschaft noch eng verflochtenen Gebiete auch im späten 16. Jahrhundert ganz wesentlich an der "Agrarkonjunktur" teilhatten, so will Köln 1570 als Geburtsort und -jahr der deutschen Landwirtschaftsliteratur alles andere als zufällig erscheinen. Dabei meint "deutsch" vor allem die Herkunft des Verfassers, teilweise auch den Gegenstand seiner Darstellung, aber keinesfalls die Sprache, in der das Buch geschrieben ist. Diese ist vielmehr das Lateinische.

Äußerlich besitzt die Darstellung Dialogform. Das Gespräch bestreiten der Gutsbesitzer Cono und sein zu Besuch weilender Freund Rigo (Conos Frau Metella und der Diener Hermes kommen kaum zu Wort). Cono belehrt den Freund über vielerlei landwirtschaftliche Probleme und einzelne Aspekte der Wirtschaftsführung, beispielsweise Geräteinventar, Kultur-

1 Engels, Friedrich, Über den Verfall des Feudalismus und das Aufkommen der Bourgeoisie (1884), in: Marx/Engels, Werke, Bd. 21, Berlin 1962, S. 394.

pflanzen, Gutsgebäude. Daraus entsteht ein Bild der Landwirtschaft, das eine merkwürdige Mischung von Zeitlosigkeit und Aktualität offenbart. Verantwortlich dafür sind die engen Bindungen des gelehrten Autors an die Traditionen der antiken Agrarschriftstellerei einerseits und seine zeitgemäßen Intentionen andererseits. Die ersteren überwiegen, zumindest im Spiegel der unermüdlichen Zitate aus Cato, Columella, Palladius, Plinius, Varro, Vergil, Xenophon usw. Was eigenständige Zutat des Verfassers ist, muß der heutige Leser recht mühevoll aus und zwischen den Zeilen herauspräparieren. Der Ertrag kann dennoch zufriedenstellend genannt werden: Zeit- und ortsspezifische Angaben, wie die über Bodennutzungssysteme (teilweise ohne Brache!), Erntetechnologien (auf die ich unten noch zurückkomme), Handels- und Futtergewächse (Flachs, Waid, Klee), Ölfrüchte (besonders Raps, dessengünstige Marktchancen hervorgehoben werden), bereichern oder bestätigen unsere Kenntnis des landwirtschaftlichen Betriebs und der materiellen Kultur des Dorfes im ausgehenden 16. Jahrhundert.

Rückschlüsse auf die gesamte agrarökonomische Situation der Zeit zu ziehen, ermöglicht die Lektüre indessen kaum. Dabei ist die Tatsache, daß hier ein einzelner, idealisierter "Musterbetrieb" geschildert wird, nicht das Entscheidende. Das Manko liegt darin, daß auch in bezug auf dieses Einzelbeispiel zu viele Fragen offenbleiben. Die wichtigsten sind: Wie steht es um die Eigentumsverhältnisse? Handelt es sich um ein Rittergut? Welche Form der Feudalrente bezieht (oder leistet womöglich?) Cono? Wie ist der sozialökonomische Status der unmittelbaren Produzenten? (Daß sie Heresbach Seite 18<sup>2</sup> im Gegensatz zu den antiken Autoren nicht mehr als "instrumenta vocalia" zum lebenden Inventar zählt, ist doch wohl selbstverständlich.) Und weiter: Wie groß ist das Gut? Welchen Umfang haben die Betriebsmittel? Welches sind die Schwerpunkte der pflanzlichen und tierischen Produktion? Wie lauten die Durchschnittserträge? Auf diese und viele andere Fragen gibt die Lektüre keine oder nur vage Antwort. Welch Unterschied zu den fast aufs Jahr gleichzeitig (1569 bis 1573) entstandenen Aufzeichnungen des Rienck Hemmema, jenes legendären niederländischen Landwirte aus Heresbachs weiterer Nachbarschaft<sup>3</sup>, ein Einzelfall gewiß, doch ungleich aufschlußreicher. Ja, selbst das altbewährte, in Auswahl längst edierte Quellengut in Form von Urbaren, Ämterinventaren, Gutsrechnungen usw. ist in dieser Hinsicht aussagekräftiger, wie denn meines Erachtens selbst einzelne bäuerliche Nachlaßverzeichnisse des 16. Jahrhunderts<sup>4</sup> etwa zur Frage der tatsächlich vorhandenen Betriebsmittel mehr hergeben als sämtliche libri quatuor des Heresbach.

Um nicht mißverstanden zu werden, Heresbachs Quellenwert gegen den eines Schriftguts ganz anderer Herkunft und Zielsetzung aufrechnen zu wollen, ist prinzipiell ungerechtfertigt. Aber gerade dazu wird man provoziert, wenn man das knappe Vorwort des Herausgebers Wilhelm Abel und dessen an anderer Stelle erschienene Würdigung Heresbachs<sup>5</sup> liest. Da wird nämlich aus dem Buch I "De re rustica" etwas herausinterpretiert, was nicht herauszuinterpretieren ist: Wieso besitzt Cono/Heresbach "alles Erforderliche" an Betriebsmitteln, wodoch nicht einmal das Zugvieh der Zahl nach aufgeführt wird? Sehr wahrscheinlich ist es in der Tat kein "Teilbetrieb" mit frondienstpflichtigen Bauern; aber das steht nirgends bei Heresbach. Oder: Die Schilderung vermittele "den Eindruck einer hochleistungsfähigen Landwirtschaft". Würde es Abel nicht aus anderen Quellen, auf Heresbach allein könnte man eine solche Aussage nur schwerlich gründen. Und dennoch, der Mann und das Buch sind ungemain

2 Alle nicht näher bezeichneten Seitenangaben im laufenden Text beziehen sich auf das jeweils besprochene Buch.

3 Slicher van Bath, B. H., Een Fries landbouwbedrijf in de tweede helft van de zestiende eeuw, in: Agronomisch-historische Bijdragen, Nr. 4/1958, S. 67 - 130.

4 Zufällige Beispiele aus dem hier interessierenden Gebiet: Rheinische Urbare, Bd. 3, Bonn 1917, S. 582 f.

5 Abel, Wilhelm, Conrad Heresbach (1496 - 1576), in: Große Landwirte, hg. v. Günther Franz u. Heinz Haushofer, Frankfurt (Main) 1970, S. 4 - 18.

wichtig, nämlich als Kronzeuge und Beweis für das erwachende agrarökonomische Interesse der frühbürgerlichen Intelligenz, die der Entwicklung der agrarischen Produktivkräfte bis dahin keine wesentlichen Impulse vermittelt hatte. Hier wird ein hochbedeutsamer Anfang gemacht, praktisch und publizistisch: Konrad Heresbach - Sohn des "Besitzers eines größeren Hofes (Salhof)"<sup>6</sup>, Jurist, Universitätsprofessor, Prinzenenerzieher am Clevischen Hof, Staatsbeamter - zieht sich, vierzigjährig, auf sein erheiratetes Gut in der Nähe von Wesel zurück, leitet den Betrieb dortselbst (mit welchem Erfolg, wissen wir nicht) und verfaßt in Humanistenlatein jene unterhaltsame Belehrung, in der das landwirtschaftliche Wissen der Zeit zwanglos resümiert wird. Das Werk erlebt mehrere Auflagen sowie eine Übersetzung ins Englische (!), bevor es dann recht schnell und gründlich in Vergessenheit gerät.

Jetzt liegt nach genau vierhundert Jahren ein fotomechanischer Nachdruck des ersten Bandes - in Paralleldruck mit einer Übersetzung ins Deutsche - vor. Die größte Leistung des Übersetzers Helmut Dreitzel macht zweifellos der kritische Apparat aus, in dem sämtliche antiken Quellen exakt nachgewiesen werden, wodurch eine Scheidung der kompilatorischen von der eigenständigen Arbeit Heresbachs sehr erleichtert wird. Die Übersetzung selbst ist flüssig und - soweit ich das beurteilen kann - durchweg fehlerfrei. Schwierigkeiten haben Dreitzel vor allem die lateinischen Fachtermini für landwirtschaftliche Geräte bereitet, und zwar sowohl hinsichtlich der bewahrten klassischen Wortbedeutungen (für deren Bestimmung wohl nicht alle Hilfsmittel<sup>7</sup> benutzt wurden) wie auch in Fällen, die Bedeutungswandel zeigen. So sind "falces foenariae" keine Sicheln, sondern Sensen zur Grasmahd; "sarculi" keine Gartenhacken, sondern Feldhacken; "vanni" keine Worfschaukeln (diese heißen "ventilabra"), sondern Dreschwannen zum Getreidereinigen; "flagella" keine Peitschen, sondern Flegel (alles S. 19a). Die treffliche Beschreibung der Getreideernte und der unterschiedlichen Mähwerkzeuge (S. 74a) ist teilweise arg mißverstanden: "falx lunata" meint hier die Getreidesichte (Hausense mit abgeknicktem Stiel), "uncus praelongus" ist der dazugehörige sogenannte Mathaken, mit dem das Mähgut vor jedem Schnitt passend abgeteilt wird. Hier hätte der Übersetzer einen mit der regionalen Geräteforschung vertrauten Volkskundler konsultieren sollen. Freilich bleiben auch für diesen einige Fragen offen, so bei der Pflugnomenklatur (S. 36b, 37a). Immerhin müßte "culter" mit "Sech", "rulla" mit "Reute" übersetzt werden; "aratra aurita" sind beidseitig mit Streichpflöcken versehene Pfluggeräte, während "ala ad dextram vomeris partem" das rechtsseitig angebrachte Streichbrett meint, das den Beetpflug charakterisiert; ist es "amovibilis" (umsetzbar), handelt es sich um einen Kehrpflug, mit dem man neben der zuletzt gezogenen Furche zurückackern kann. Von den beschriebenen Pflughtypen ist der erste antik-mediterran (wenn auch nicht ausschließlich), der zweite frühgeschichtlich (nördlich der Alpen), der dritte möglicherweise erst spätmittelalterlich (ebendort).

Auch die Beschreibung der Gutsgebäude (S. 13a - 23a, 75b - 77b) hätte dem Übersetzer weniger Rätsel aufgegeben, wenn ihm die Geschichte der niederrheinischen Bau- und Wohnweise nahegebracht worden wäre.<sup>8</sup> Das eigentliche Herrenhaus zeigt städtische Architektur, unter anderem besitzt es Erker (nicht "Balkone"). Das Haus auf dem Wirtschaftshof, in dem der Inspektor und das Gesinde wohnen, ist offenbar ein Niederrheinisches Hallenhaus bäuerlichen Zuschnitts. Den vorn gelegenen, durch Unterkellerung erhöhten Wohnteil trennt eine Scheidewand vom Wirtschaftsteil; die Küche - eine Wohnküche - hat noch keinen Schornstein, sie ist nach oben durch Holzauflagen auf den Balken abgedeckt (nicht "verputzt"), um den Funkenflug ins Dach zu verhindern. Bei den Scheunen ist Heresbachs Hinweis auf die Vier- bzw. Sechsrutenberge in den benachbarten Niederlanden hochinteressant.

6 Dies und die folgenden Angaben nach Abel, Wilhelm, a. a. O., S. 5 f.

7 Besonders das Standardwerk von White, K. D., Agricultural implements of the Roman world, Cambridge 1967.

8 Die folgenden Angaben verdanke ich Dr. Karl Baumgarten, Rostock.



Mit dem hier Gesagten sind die Belege für die Geschichte der materiellen Kultur noch keineswegs ausgeschöpft. Hingewiesen sei nur auf die präzise Beschreibung der Rapsernte (S. 72b), wo es auch in der Übersetzung keine Unklarheiten gibt. Daß diese an anderer Stelle auftauchen, sollte den Respekt vor der Leistung des Übersetzers nicht mindern. Das erste - und offensichtlich wichtigste - Buch der "Rei rusticae libri quatuor" des Konrad Heresbach liegt jetzt deutsch vor. Damit ist die wesentliche Voraussetzung für eine gründliche wirtschafts- und kulturhistorische Interpretation des Werkes geschaffen worden. Und das ist das Entscheidende.

Schon einige Jahre zurück liegt das Wiedererscheinen von Thumbshirns "Oeconomia" und Grossers "Anleitung zu der Landwirtschaft". Dazu einige Bemerkungen. Der früheste Druck der "Oeconomia" datiert von 1616, doch ist die Niederschrift schon um 1570, dem Erscheinungsjahr von Heresbachs Werk, anzusetzen. Das ist freilich die einzige Gemeinsamkeit zwischen beiden. Divergierend ist schon die Sprache: dort Humanistenlatein, hier kursächsische Kanzleisprache. Weiter: bei Heresbach unterhaltsame Belehrung mit unverbindlichem Bezug auf die antiken Autoritäten, bei Thumbshirn nüchterne Wirtschaftsanweisung auf der Grundlage der Autorität eines kurfürstlichen Hofmeisters (zentralen Domänenverwalters). Demnach scheint die "Oeconomia" dem Heresbachschen Werk um eine ganze Epoche voraus zu sein, und die Herausgeberin meint denn auch, hier komme "der Geist der frühkapitalistischen Gutswirtschaft" zu Worte (S. 10). Das ist ein krasses Fehlurteil. Die feudalherrliche Eigenwirtschaft, wie sie Abraham von Thumbshirn trefflich beschreibt und ehrgeizig zu verbessern bestrebt ist, ruht eindeutig in feudalen Produktionsverhältnissen. Ein wesentliches Indiz dafür ist der Frondienst, der in der "Oeconomia" eine bedeutende Rolle spielt (man beachte nur Seite 92 die Reihenfolge in der Kapitelüberschrift "Frohn, Lohn und andere Dienstbarkeit, auch gemietet Gesinde belangende"); leider fehlen exakte Angaben über das Ausmaß der bäuerlichen Arbeitsrente. Auf Thumbshirns eigenen Gütern - ein Passus (S. 90 f.) bezieht sich auf seine Besitzungen Frankenhausen und Ponitz - wurden an Zugvieh übrigens nur je drei Ochsen und ein Pferd (!) gehalten; alles andere hatten die fronenden Bauern zu stellen. Das ist Teilbetriebscharakter, kein Gutswirtschaftsstatus.

Als Quelle für die Geschichte der Landwirtschaft darf man Thumbshirns Wirtschaftsanweisungen kritisch nutzen. Das heißt: Die eminent aufschlußreichen Darlegungen des Verfassers, der sich auf der Höhe des landwirtschaftlichen Wissens seiner Zeit zeigt, und das tatsächliche Produktionsniveau der Masse aller Landwirtschaftsbetriebe einschließlich der feudalherrlichen Eigenwirtschaften um 1570 müssen strikt auseinandergelassen werden. Als Thumbshirn 1571 die kurfürstlichen Vorwerke visitierte, fand er diese keineswegs in dem durch "Oeconomia" geforderten Zustand vor.<sup>9</sup> Deren Zweck war es ja auch gerade, die elende feudale Agrarökonomie zu verbessern und sie an den Leistungsstand der gewerblichen Ökonomie im frühmerkantilistischen Kursachsen heranzuführen. Die "Schösser" auf den landesherrlichen Vorwerken sollten sich nach diesen Instruktionen, die ihnen von Amts wegen zugestellt wurden, richten. Ob sie es taten, sei dahingestellt.

Großer Beliebtheit erfreuten sich die Thumbshirnschen Wirtschaftsanweisungen, ursprünglich für die Schösser seiner eigenen Güter verfaßt, angeblich beim grundbesitzenden Adel, dessen Vertreter sich Kopien von der Handschrift herstellten (S. 64). Nachdenklich stimmt, daß sich davon in den Gutsarchiven nichts erhalten hat - mit einer interessanten (scheinbaren) Ausnahme übrigens: Unter den Papieren des Gutes Siebeneichen (von Miltitz) befindet sich ein von jüngerer Hand betiteltes Manuskript "Allgemeiner ökonomischer Rathgeber"<sup>10</sup>; es stammt aus dem 17. Jahrhundert, geht aber nicht oder nur punktuell auf Thumbshirns In-

<sup>9</sup> Vgl. Wiemann, Harm, Bericht über die Visitation der kurfürstlichen Vorwerke im Jahre 1571 von Abraham von Thumbshirn, Crimmitschau 1940.

<sup>10</sup> Staatsarchiv Dresden, Rittergut Siebeneichen, Nr. 845.

struktionen zurück, sondern stellt ein erschreckendes Sammelsurium von ökonomischen Platteheiten und magischen Praktiken dar. Auf der anderen Seite stellen wir ebendort das Vorhandensein von Michael Herres Kompilation aus Columella und Palladius<sup>11</sup> fest. Es ist der einzige ökonomische Titel unter den 58 Büchern, die Nicolaus von Miltitz 1630 hinterließ<sup>12</sup> - also kein Thumbshirn (weder handschriftlich noch in der Buchausgabe von 1616), kein Colerus, kein Grosser, keine "Haushaltung in Vorwerken"<sup>13</sup>. Dafür magische Anweisungen einerseits und antike Autoren andererseits: Man spürt den Abstand, der zwischen dem schon publizierten Wissen in Gestalt von Thumbshirns "Oeconomia" und der landwirtschaftlichen Praxis - selbst in der entwickelten feudalherrlichen Eigenwirtschaft, wie sie auf Siebeneichen betrieben wurde - klafft.

Soweit einige mahnende Bemerkungen zur Wirkungsgeschichte der "Oeconomia" bzw. ähnlicher Schriften. Daß dabei vorerst nicht auf den bäuerlichen Betrieb eingegangen wurde, hat gute Gründe. In Thumbshirns Wirtschaftsanweisungen ist vom Bauern nur in einer Hinsicht die Rede, nämlich als Objekt feudaler Ausbeutung; er hat Frondienst zu leisten und darf keine Initiativen zeigen, welche die feudalherrliche Eigenwirtschaft beeinträchtigen könnten (S. 92, betreffs Besömmern der Brache, wodurch die angemaste herrschaftliche Viehweide eingeschränkt würde). Die bäuerliche Wirtschaft selbst steht gänzlich außerhalb des Gesichtskreises von Thumbshirn.

Unter dem zuletzt genannten Aspekt gewinnt die abschließend zu erwähnende Re-Edition von Martin Grossers "Kurzer und gar einfältiger Anleitung zu der Landwirtschaft" an Bedeutung; nicht in der Weise etwa, daß das schmale Büchlein, 1590 in Görlitz erschienen, für Bauern geschrieben und von ihnen gelesen worden wäre. Als Leser hatte Grosser offenbar Landwirte von der Art seines Patrons und (bürgerlichen) Grundherrn Niclas Rhedinger auf Striese im Auge, ferner selbstwirtschaftende protestantische Dorfpastoren, wie er selbst einer war. Aber die Bauern sind Grossers Gewährsleute, ja Lehrmeister gewesen, und das ganze Werk hindurch beruft er sich auf sie (was ihn nicht hindert, sie vorsichtshalber in der Widmung an den "Junker" als gottlos und liederlich zu beschimpfen). Geschildert wird die Landwirtschaft niederschlesischer Bauern, genauer, die des Dorfes Schebitz, Kreis Trebnitz (nördlich von Breslau gelegen), und zwar, "wie man gemeinlich die Ecker zu bauen, und wo man jede Art des Getreides hinzuseen, auch wie man gewöhnlich das Viehe zu ziehen, zu nehren und zu füttern pflaget."

Aus dem Inhalt: Weizen und Roggen erhalten drei bis vier Pflugfurchen, darunter eine mit dem "Ruhrhaken" (Radlitz), Sommergerste zwei bis drei, Hafer eine Furche. Hirse wird viel angebaut, Buchweizen wenig. Färberröte (Krapp), ein für das Textilgewerbe Niederschlesiens und der Oberlausitz wichtiges Handelsgewächs, scheinen besonders die "Gärtner" (Kleinbauern) anzubauen. Bei der Viehwirtschaft fehlt jeder Hinweis auf den Weidengang der Kühe, demnach dürfen wir mit ganzjähriger Stallfütterung rechnen (?). Waldmast der Schweine ist - in günstigen Jahren - noch allgemein. In den Abschnitten über Schafe und Tauben fehlen Hinweise auf bäuerliche Produktionserfahrungen; das ist ein Indiz für die Okkupation dieser Bereiche durch die feudalherrliche Eigenwirtschaft. Im übrigen differenziert Grosser sozial auch sonst hier und da, etwa wenn er beim Pferdefutter die Möglichkeiten der "guten Wirte" und der "armen Pauren" erörtert. Grundsätzliches über den sozialökonomischen Status der Bauern ist freilich nicht zu erfahren, Abgaben und Dienste werden nicht erwähnt; kein Hinweis auf die Kontrolle der Frondienste vom feudalen Klassen-

11 Das Ackerwerk des Columella und Palladius, dt. v. Michael Herre, Straßburg 1538 (oder andere Ausgabe).

12 Staatsarchiv Dresden, Rittergut Siebeneichen, Nr. 237.

13 Haushaltung in Vorwerken. Ein landwirtschaftliches Lehrbuch aus der Zeit des Kurfürsten August von Sachsen, hg. v. Hubert Ermisch u. Robert Wuttke, Leipzig 1910 (zeitgleich und verwandt, aber nicht identisch mit der "Oeconomia").

standpunkt aus. Vielleicht hat dies dazu beigetragen, das Büchlein für die Mehrzahl lesekundiger Landwirte, das heißt die herrschende Klasse, als so uninteressant erscheinen lassen.<sup>14</sup> Zwar rügt der Verfasser gelegentlich die Bauern, aber er fußt letzten Endes auf ihrer landwirtschaftlichen Praxis, lobt diese sogar (indem er Seite 20 ihre Orientierung an der tatsächlichen Witterung - nicht am wechselnden Mond - hervorhebt) und beschließt sein Werk mit einem von Philologen und Volkskundlern prächtig auswertbarem Glossar des bäuerlichen Fachwortschatzes (Ausdrücke für Produktionsinstrumente), von dem er wörtlich sagt: "Und ist wol war, daß kein Drescher aufm Dorf so geringe, der sie nicht allc auswendig köndte, da sie doch dagegen den Allergelehrtesten mehrenteils ofte solten Cauderwelsch gnugsam vorkommen, denn ein jeder Kunst, wie geringe sie auch ist, hat ihre vocabula technologica. Nim also vorlieb und sei hiemit Gott befohlen, günstiger, freundlicher lieber Leser."

14 Es hatte kein Echo und wurde vergessen. Erster Neudruck (Faksimile) mit polnischer Übersetzung unter dem Titel Grosser, Marcin, Krótkie i bardzo proste wprowadzenie do gospodarstwa wiejskiego, hg. v. Stefan Inglot, Wrocław 1954.

PROBLEME DER SOZIALÖKONOMISCHEN STRUKTUR JUDÄAS VOM 6. JAHRHUNDERT V. U. Z. BIS ZUM 1. JAHRHUNDERT U. Z.

Zu einigen wirtschaftshistorischen Untersuchungen von Heinz Kreißig

von I. P. Vejnberg

In der umfangreichen wissenschaftlichen Literatur zur Geschichte Judäas vom 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z. gibt es wenige Arbeiten, die der sozialökonomischen Problematik gewidmet sind, und noch weniger Untersuchungen, in denen diese Problematik von Positionen der marxistisch-leninistischen Methodologie aus betrachtet wird. Die gründliche Erforschung der sozialökonomischen Struktur des alten Judäa ist für das richtige Verständnis der wesentlichsten Prozesse und Erscheinungen in der Geschichte dieses Landes notwendig, um so mehr, als einige anfangs lokale Erscheinungen späterhin universale Bedeutung erlangten (Judentum, Christentum und andere). Die sorgfältige Untersuchung der sozialökonomischen Struktur Judäas kann auch das bessere Verständnis für den Charakter der Ökonomie, der gesellschaftlichen und politischen Ordnung, der Kultur ganz Vorderasiens in einer sehr wichtigen und verhältnismäßig wenig erforschten Epoche in der zweiten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. fördern.

Deshalb sind die Untersuchungen von Kreißig von beträchtlichem Interesse, die wesentliche Erscheinungen in der jüdischen Geschichte in diesem Zeitraum behandeln: die nachexilische Gemeinde, den Makkabäeraufstand und den Jüdischen Krieg. Die gut aufgebaute Konzeption von der sozialökonomischen Struktur Judäas, eine Vielzahl interessanter Schlußfolgerungen und Beobachtungen, die breite Quellenbasis und die sorgfältige Analyse der herangezogenen Quellen, die kritische Betrachtung der vorhandenen wissenschaftlichen Literatur - diese und andere positive Züge bedingen die unbestrittene Bedeutung der Untersuchungen Kreißigs.

Es ist ganz natürlich, daß die Untersuchung von Fragen, die häufig eine terra nova in der marxistischen Historiographie darstellen, Diskussionen herausfordert. Doch der Wert wissenschaftlicher Arbeit besteht eben auch darin, daß sie durch das Aufwerfen von Problemen die Entwicklung der Wissenschaft begünstigt.

Das oben Gesagte berücksichtigend, scheint es am zweckmäßigsten zu sein, sich in diesem Überblick auf Probleme der sozialökonomischen Struktur Judäas zu beschränken und andere Aspekte der Untersuchungen Kreißigs nicht zu berühren. Der Überblick ist in zwei Teile untergliedert: Im ersten schätzen wir die hauptsächlichen Thesen und Schlußfolgerungen des Verfassers ein, im zweiten aber vermerken wir, was unserer Ansicht nach in ihnen umstritten scheint.

1. In den Arbeiten Kreißigs treffen wir auf eine in sich geschlossene Konzeption der sozialökonomischen Struktur Judäas vom 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z., wobei sich diese Konzeption aus der Frage nach der Zugehörigkeit der Gesellschaften der Alten Welt zu vorhandenen Gesellschaftsformationen ergibt. Deshalb ist es zweckmäßig, die Betrachtung der Arbeiten Kreißigs mit derjenigen zu beginnen, in der seine Auffassung über die Entwicklung der Produktionsweisen und Gesellschaftsformationen der Alten Welt am voll-

ständigsten dargelegt ist. Es handelt sich um den Artikel "Zwei Produktionsweisen, 'die der kapitalistischen vorhergehen'"<sup>1</sup>, der sich an die gegenwärtige Diskussion über die asiatische Produktionsweise anschließt. Die Betrachtung dieses Artikels ist auch deshalb wichtig, weil er bedauerlicherweise durch den Verfasser zweier neuer dieser Diskussion gewidmeter Arbeiten<sup>2</sup> unbeachtet bleibt.

Kreisig variiert das Schema der aufeinanderfolgenden Gesellschaftsformationen (S. 361)<sup>3</sup>. Nach Meinung des Verfassers existierten im Altertum, wenigstens im Gebiet des Mittelmeeres, Nordafrikas und Vorderasiens, zwei verschiedene Produktionsweisen - die auf Hörigkeit basierende "asiatische" und die auf Sklaverei basierende antike Produktionsweise. Der Hauptunterschied zwischen ihnen besteht darin, daß "der unmittelbare Produzent ... in der asiatischen Produktionsweise Besitzer, in der antiken Eigentümer des Hauptproduktionsmittels Boden" ist (S. 363 f.). Im Unterschied zu einigen Anhängern der asiatischen Produktionsweise, die deren Stagnation und Unveränderlichkeit annehmen<sup>4</sup>, setzt Kreisig voraus, daß sich die "asiatische" Produktionsweise entwickelte und sich deshalb in verschiedenen Formen und Modifikationen äußerte.

Die erste, die älteste Form der "asiatischen" Produktionsweise ist die Stammesgemeinde, wo die Gemeinde selbst als Eigentümer auftritt. Diese Form ist jedoch nicht langlebig, denn im Ergebnis der Herausbildung kleiner Staaten löst der Despot die Gemeinde als "Eigentümer und Nutznießer des Mehrproduktes" ab (S. 364). Solch eine Form ist für die ältesten Stadtstaaten Sumer und das archaische Ägypten charakteristisch, sie kommt aller Wahrscheinlichkeit nach auch in den alten Stadtstaaten im Jordantal vor. Kreisig meint, daß "für diese Form allein ... - was das Altertum anbelangt - im Grunde genommen die Marxsche Definition der asiatischen Produktionsweise" zutrifft (S. 364).

Aus dieser Form der "asiatischen" Produktionsweise entwickelt sich in den großen Territorialstaaten Vorderasiens (vom altbabylonischen Reich bis zum Reich der Achämeniden), in Ägypten (vom Alten Reich bis in die Saïtische Periode hinein), in den Staaten der kretomykenischen Kultur und in einigen anderen staatlichen Gebilden des vorantiken Europa und Nordafrika die "orientalische Despotie".<sup>5</sup> Die großen Ausmaße des Staates gestatten es dem Despoten - dem Eigentümer des Grund und Bodens - nicht, all sein Eigentum unmittelbar zu kontrollieren. Er ist gezwungen, über ausgedehnte Ländereien Stellvertreter einzusetzen, die sich mit der Zeit unvermeidlich in Eigentümer dieser Ländereien verwandeln. Dabei aber bleibt das Hauptmerkmal der Produktionsverhältnisse erhalten, nämlich "der Besitz an den Produktionsmitteln durch den unmittelbaren Produzenten, der Genuß des Mehrproduktes durch den Eigentümer der Produktionsmittel" (S. 364 f.).

- 1 Kreisig, Heinz, Zwei Produktionsweisen, "die der kapitalistischen vorhergehen", in: Ethnographisch-Archäologische Zeitschrift, 10. Jg. 1969, S. 361 - 368.
- 2 Kačanovskij, Ju. V., Rabovladenie, feodalizm ili asiatskij sposob proizvodstva? Spor ob obščestvennom stroe drevnego i srednevekogo Vostoka, dokolonial'noj Afriki i dokolombovoj Ameriki, Moskau 1971, S. 286; derselbe, Diskussija ob aziatskom sposobe proizvodstva na stranicach zarubežnoj marksistskoj pečati, in: Problemy dokapitalističeskich obščestv v stranach Vostoka, Moskau 1971, S. 45 - 94.
- 3 Die in Klammern angegebenen Seitenzahlen im laufenden Text beziehen sich auf die im entsprechenden Abschnitt behandelte Arbeit Kreisigs.
- 4 Chesneaux, Jean, Le mode de production asiatique: Quelques perspectives de recherche, in: La Pensée, Nr. 114, 1964, S. 53; Tökei, F., Sur le mode de production asiatique, Budapest 1966, S. 10, 88.
- 5 Eine analoge Meinung vertritt Kacnel'son, I. S., Napata i Meroë - drevnie carstva Sudana, Moskau 1970, S. 331 - 393.

Als neue Modifikation der "asiatischen Despotie" stellt sich der Hellenismus dar. Mit dem Eindringen der hellenischen Polis nach Asien tritt die Stadt ebenfalls als Eigentümer von Land auf. Da die Polis eine Gemeinschaft vollberechtigter Bürger, das heißt von Eigentümern an Produktionsmitteln ist, verwandelt sich das städtische Eigentum in das Eigentum von Privatpersonen (von Bürgern). Jedoch "der Polites als Eigentümer steht zum Produzenten und Besitzer des Produktionsmittels wie der Despot oder der von diesem bestellte (belehnte) Würdenträger" (S. 365).

Im Römischen Imperium erwächst aus der hellenistischen Form der "asiatischen" Produktionsweise der Kolonat, in dem "wir im Prinzip gleiche Eigentums- und Besitzverhältnisse sowie die gleichen Ausbeutungs- und Abhängigkeitsverhältnisse" wiederfinden (S. 365). Neu für den Kolonat ist im Vergleich zum Hellenismus das größere Gewicht des Privateigentums. Der Kolonat geht schließlich in die westeuropäische und byzantinische Form des Feudalismus über.

Kreißig zweifelt an der Zweckmäßigkeit der Bezeichnung der betrachteten Produktionsweise durch die Termini "asiatisch" oder "feudal" und schlägt die Bezeichnung "auf dem Produktionsverhältnis der Hörigkeit beruhende Produktionsweise" vor (S. 365 f.), da der abhängige Besitzer von Produktionsmitteln der Hauptproduzent ist.

Die zweite im Altertum existierende Produktionsweise wird in der Hauptsache dadurch charakterisiert, daß der unmittelbare Produzent Eigentümer der Produktionsmittel war, wobei aber "Voraussetzung zum Eigentum die Mitgliedschaft in der Gemeinde ist" (S. 366). Wenn die Größe des Grundeigentums die Bearbeitungsmöglichkeiten des Eigentümers überschreitet, wird fremde Arbeitskraft hinzugezogen - Sklaven und freie Lohnarbeiter (S. 366). Diese Produktionsweise, die mit Recht als antik bezeichnet werden kann, war im Altertum weniger verbreitet als die erstgenannte, denn sie erfaßte nur die Gebiete des Ägäischen Meeres, Italien, die gallische und iberische Küste des Mittelmeeres, Karthago und die phönizischen Städte vom 8. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 3. Jahrhundert u. Z.

Ohne auf andere vom Verfasser in diesem Artikel dargelegte interessante Thesen einzugehen, prüfen wir, wie sich diese Konzeption in seinen der Geschichte Judäas gewidmeten Untersuchungen widerspiegelt.

2. Die jetzt im Druck befindliche Habilschrift "Die wirtschaftliche Situation Judas zur Achämenidenzeit"<sup>6</sup> besteht aus der "Einleitung", in der Kreißig die Notwendigkeit einer vertieften Erforschung der sozialökonomischen Struktur des achämenidischen Judäas begründet, drei großen Kapiteln und der "Zusammenfassung".

Das erste Kapitel, "Prolegomena", wird mit dem Abschnitt "Zur Diskussion um die vorkapitalistischen Produktionsweisen" eröffnet, in welchem die hauptsächlichen Thesen des oben betrachteten Artikels zum Ausdruck gebracht werden. Im zweiten Abschnitt, "Die Quellen", bestimmt und charakterisiert der Verfasser den Kreis der von ihm benutzten Quellen. Auch wenn wir gegen ihre Zusammensetzung im wesentlichen nichts einzuwenden haben, muß man doch bemerken, daß es kaum zweckmäßig ist, solche Teile des Alten Testaments als Quellen für die Geschichte des 6. bis 4. Jahrhunderts v. u. Z. zu benutzen, wie das Buch der Lieder, das Buch Hiob und die Sprüche, deren Datierung nach dem Eingeständnis des Verfassers selbst (S. 34 f.) umstritten ist, oder mit den Namen Asaphs, Korahs und Ethans verbundene Psalmen, die ebensogut auf die erste Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. bezogen werden können.<sup>7</sup> Die quellenkundliche Basis durch das in die Achämenidenzeit datierte

<sup>6</sup> Kreißig, Heinz, Die wirtschaftliche Situation Judas zur Achämenidenzeit, phil. Habil. - Schr. Berlin 1970. - Ich danke hiermit H. Kreißig für die liebenswürdig gewährte Möglichkeit, mich mit dieser Arbeit vertraut zu machen.

<sup>7</sup> Bus, M. J., The Psalms of Asaph and Korah, in: Journal of Biblical Literature, Nr. 82, 1963, S. 382 - 392.

Buch Judith erweitert<sup>8</sup>, aber auch durch die neuen archäologischen und epigraphischen Materialien aus Arađ, Ramat-Rachel, Engedi und anderen Orten ergänzt werden. Im dritten Abschnitt, "Das Problem des Exils", betrachtet Kreißig die ökonomischen und sozialen Folgen der Eroberung Judäas durch die Babylonier, bestimmt die Menge und die Zusammensetzung der Deportierten und der in Judäa Zurückgebliebenen, wobei er hervorhebt, daß im Ergebnis der Deportationen "die ohnehin nicht große Schicht der Großgrundeigentümer nahezu völlig dezimiert wurde" (S. 42).

Das zweite Kapitel, "Die ökonomischen Gegebenheiten Judas zur Achämenidenzeit", wird mit dem Abschnitt "Das Problem der 'Rückkehr'" eröffnet, in dem Kreißig die Repatriierung der Exulanten als allmählichen Prozeß in mehreren Etappen betrachtet, der erst in der Mitte der zwanziger Jahre des 6. Jahrhunderts v. u. Z. begann. Der Verfasser nimmt die umstrittene These von Galling von einem längeren Schwebezustand in Palästina (539 bis 526 v. u. Z.) auf. Da diese Periode eine wichtige Rolle in der Interpretation der Evolution der Agrarverhältnisse im Judäa des 6. Jahrhunderts v. u. Z. spielt, wäre es wünschenswert, wenn der Verfasser seinen Gesichtspunkt ausführlicher begründet hätte. In diesem Abschnitt wird auch die Frage der Anzahl und der sozialen Zusammensetzung der Repatrianten, des Territoriums des achämenidischen Judäas und seiner Bevölkerungszahl (ungefähr 100 000 Menschen) behandelt. Kreißig berührt flüchtig die administrative Organisation Judäas und macht den bemerkenswerten Vorbehalt: "... doch sind diese politisch-administrativen Situationen nicht vordringlicher Gegenstand dieser Arbeit" (S. 66).

Im zweiten Abschnitt, "Die wirtschaftliche Situation", betrachtet der Verfasser folgerichtig die Organisation und das Niveau der Landwirtschaft, des Handwerks und des Handels. In einem besonderen Paragraphen sind die verschiedenen Arten von Dienstleistungen und nichtproduktiver Tätigkeit hervorgehoben. Die Aussonderung eines solchen Paragraphen scheint strittig, denn erstens waren einige Kategorien von Personen (ein Teil der Priester und der Leviten, der Nethinim und anderer) gleichfalls mit produktiver Tätigkeit verbunden und zweitens nehmen in diesem Paragraphen Fragen der Agrarverhältnisse, die im dritten Abschnitt behandelt werden, einen großen Platz ein.

Indem er über das wirtschaftliche Leben im achämenidischen Judäa spricht, unterstreicht Kreißig die bestimmende Rolle der landwirtschaftlichen Produktion. Getreideanbau, Gartenbau, Gemüseanbau, Weinbau, Olivenanbau und anderes mehr sind vorhanden, und in einigen Gebieten des Landes beschäftigte man sich auch mit der Zucht von Vieh, Geflügel und Waldbienen. Der Verfasser nimmt an, daß "die Erträge im Durchschnitt mittelmäßig waren" (S. 89), die landwirtschaftliche Produktion jedoch den Bedarf der Bevölkerung Judäas deckte.

Nach Kreißigs Meinung blieb die handwerkliche Produktion ihrer Bedeutung nach hinter der Landwirtschaft zurück. Das war in gewisser Weise dadurch bedingt, daß im 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. sich nicht nur die dörfliche Bevölkerung in bedeutendem Maße mit den notwendigen handwerklichen Erzeugnissen selbst versorgte, sondern auch die Städte des achämenidischen Judäa, die hauptsächlich von Bauern besiedelt waren, noch nicht als Konsumenten von Erzeugnissen eines spezialisierten Handwerks galten. Letztere wurden nur vom Tempel und seinem Personal verbraucht, also von einer schmalen herrschenden Oberschicht.

Die Autarkie der Bauernwirtschaften und die Unterentwicklung der Städte bedingten den niedrigen Stand und den geringen Umfang des Binnenhandels, der dem Außenhandel bedeutend nachstand. Der letztere, insbesondere die Einfuhr von Luxusgütern und Gegenständen des Kultbedarfs, wuchs vom 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. allmählich an, was zu einer gewissen Entwicklung der Geldwirtschaft führte, obwohl "trotz Münzprägung die Naturalwirtschaft weiterhin überwiegt" (S. 112).

<sup>8</sup> Barag, D., The Effects of the Tennes Rebellion on Palestine, in: Bulletin of the American Schools of Oriental Research, Nr. 183, 1966, S. 6 - 12.

Im dritten Abschnitt, "Die soziale Situation", betrachtet Kreißig das System der Agrarverhältnisse im Judäa zur Achämenidenzeit. Dieser Analyse schickt der Verfasser eine kurze Charakteristik der Agrarverhältnisse im vorexilischen Judäa voraus, wo seiner Meinung nach im 8. bis 7. Jahrhundert v. u. Z. der Boden Eigentum einer privilegierten Oberschicht (des Königs, von Amtspersonen und Priestern) war und von Bauern bearbeitet wurde, die sich "überwiegend im Status der Hörigkeit befanden" (S. 45). Die Eroberung Judäas durch die Babylonier und die Deportation der jüdischen Oberschicht, das heißt der Grundeigentümer, schufen günstige Voraussetzungen für die Verwandlung der Besitzer in Eigentümer (S. 48). Dieser Prozeß der Umwandlung abhängiger Bauern - Besitzer - in Landeigentümer kam in der Zeit des Interregnums in Judäa von 539 bis 526 v. u. Z. zum Abschluß.

Die Angaben der Quellen beweisen nach Kreißigs Meinung für das achämenidische Judäa das Überwiegen des kleinen bäuerlichen Eigentums neben dem Großeigentum des persischen Königs, der Statthalter in Judäa, der Gebietsvorsteher und anderer Amtspersonen sowie der Häupter reicher Familien. Ein Teil des Großgrundeigentums wurde von Bauern bearbeitet, die "Landbesitzer und nicht Eigentümer" (S. 126) waren. Tempelländereien, aber auch Land im Eigentum von Dorfgemeinden oder Sippen sind in Judäa zur Achämenidenzeit nicht bezeugt und können deshalb bei der Analyse der Lage der unmittelbaren Produzenten nicht berücksichtigt werden.

Zu den unmittelbaren Produzenten im achämenidischen Judäa zählen kleine Bauern-Eigentümer, die ihr Land mit den Mitgliedern ihrer Familien bearbeiteten, und verschiedene Kategorien abhängiger Menschen. Die Analyse dieser Kategorien beginnt Kreißig mit der Untersuchung der Personen, die in der vorexilischen alttestamentlichen Literatur mit dem Terminus  $\text{tōšāḇ}$  bezeichnet sind, der im 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. durch den Begriff 'am hā'ārēš ersetzt wurde. Das waren abhängige Besitzer, die dem Grundeigentümer eine Rente zahlten, deren Höhe uns unbekannt ist, und verschiedene Steuern an den Staat sowie an den Tempel entrichteten.

Die Dürftigkeit der Angaben gestattet es nicht, das Gewicht der Tagelöhner ( $\text{sāḳīr}$ ) unter den Produzenten festzustellen, obwohl Kreißig annimmt, daß im Judäa der Achämenidenzeit "Tagelöhner etwas ganz Alltägliches waren" (S. 149). Indem er die Rechtlosigkeit, das geringe Arbeitsentgelt, die ausweglose Armut der Tagelöhner in Betracht zieht, meint Kreißig, daß die oftmalige Erwähnung solcher Begriffe wie 'ānī, 'ēḫyōn, dal und anderer in der alttestamentlichen Literatur "ein Bild der sozialen und sozialökonomischen Lage der Lohnarbeiter zu geben vermögen" (S. 152).

Indem er das quantitative Verhältnis zwischen Freien und Sklaven wie 3 zu 1 bestimmt, glaubt Kreißig, diese Tatsachen würden beweisen, "daß es in der persischen Periode keine Massensklaverei gegeben hat, also auch keine Latifundien, die vorwiegend mit Sklavenarbeit betrieben worden wären" (S. 154).

Die Geschichte Judäas zur Achämenidenzeit ist angefüllt mit dem Klassenkampf der Bauern gegen die großen Grundeigentümer, die bestrebt waren, die Kleineigentümer in abhängige Besitzer zu verwandeln oder die Landbesitzer zu enteignen, um so billige Lohnarbeiter oder Schuldklaven für ihre Wirtschaften zu erhalten. Das rief in der Mitte des 5. Jahrhunderts v. u. Z. einen Bauernaufstand hervor, der Nehemia zu Reformen veranlaßte, die nur zeitweiligen und vorübergehenden Erfolg hatten; denn der beginnende Aufschwung der Ökonomie in den Gebieten intensiver Landwirtschaft vertiefte die soziale und ökonomische Differenzierung, verstärkte den "Trend zur antiken Produktionsweise" (S. 178).

Bei der Zusammenfassung der Resultate seiner Untersuchungen schlußfolgert Kreißig, daß im achämenidischen Judäa "die antike Produktionsweise neben der auf Hörigkeit des Produzenten ... an den Produktionsmitteln basierende Produktionsweise existierte" und sich gegen Ende der Achämenidenherrschaft festigte (S. 179 f.).



Veränderte sich nun dieses Verhältnis mit dem Eintritt Judäas in das Zeitalter des Hellenismus? Vollzogen sich merkliche Veränderungen in der sozialökonomischen Struktur Judäas im 3. bis 2. Jahrhundert v. u. Z. ?

3. Die Antworten auf diese Fragen sind von Kreißig in zwei inhaltsreichen Untersuchungen über den Makkabäeraufstand und den Kampf der Volksmassen gegen die Herrschaft der Hasmonäer im 1. Jahrhundert v. u. Z. gegeben worden.<sup>9</sup>

Der Makkabäeraufstand wird vom Verfasser als ein erfolgreicher Aufstand der bäuerlichen Massen angesehen, der mit der Errichtung eines "Bauernstaates" zu Beginn der Herrschaft der Hasmonäer abschloß und die Hellenisierung der Agrarverhältnisse in Judäa behinderte, obwohl er die Einbeziehung des Landes in die Gesamtsphäre des Hellenismus nicht aufhielt (ga, S. 166). Letztere förderte die Entwicklung von Handwerk und Handel, einen gewissen Aufschwung des Wohlstandes zu Beginn der Regierung der Hasmonäer, der jedoch am Beginn des 1. Jahrhunderts v. u. Z. einem jähen Abfall des Lebensstandards Platz machte, hauptsächlich infolge der Kriegspolitik Alexander Jannais (gb, S. 179).

Bei der Untersuchung des Charakters der Oppositionsbewegungen und der Volksaufstände in Judäa am Ende des 2. Jahrhunderts und zu Beginn des 1. Jahrhunderts v. u. Z. verwirft Kreißig die weitverbreitete Meinung, daß die Pharisäer, die in Opposition zu den hasmonäischen Herrschern standen, in ihrem Kampf gegen die "ungesetzliche" Macht der Hasmonäer für die Wiederherstellung der Herrschaft der Davididen (gb, S. 174 f.) die Unterstützung der Mehrheit des Volkes genossen. Kreißig sieht es als wenig wahrscheinlich an, daß "eine große Volksgruppe sich gegen die regierende zugunsten einer fünfundert Jahre früher entmachteten Dynastie erhebt - ohne daß ein Prätendent vorhanden wäre" oder daß sich das Volk erhoben hätte für die Wiederherstellung einer "Theokratie mit dem Hohepriester und einer Priesterhierarchie an der Spitze", gegen die das Volk im Makkabäeraufstand gekämpft hatte (gb, S. 175 f.).

Viele Angaben der Quellen - Josephus Flavius und die Werke der Qumraniten - sprechen über den "Neid" des Volkes auf den Reichtum der hasmonäischen Herrscher und den Haß gegen die von ihnen verübte Willkür und Gewalt. Gerade diese "in den zitierten Schriften niedergelegten Meinungen . . . , die von einer bestimmten Gruppe zwar besonders vertreten und publiziert werden konnten, aber darüber hinaus Gemeingut aller waren . . ." (gb, S. 179), dienten als Grundlage für die Vereinigung und das gemeinsame Auftreten der Pharisäer und des Volkes unter der Leitung der ersteren. Jedoch muß man berücksichtigen, daß die Mehrzahl der Pharisäer "gutsituierte Handwerker, Händler, mittlere Grundbesitzer, Inhaber staatlicher Ämter . . ." (gb, S. 180) waren, das heißt Vertreter der sich entwickelnden städtischen Mittelschichten. Deshalb erwies sich ihr Bündnis mit der Stadt- und Dorfarmut, das heißt mit dem Volk, als nicht dauerhaft und ephemer. Die Pharisäer verloren, als sie mit der Königin Alexandra Salome Frieden schlossen, das Interesse an den Kämpfen der Kleinbauern und Tagelöhner. "Erst das Eingreifen der Römer und die durch sie ermöglichte Usurpierung des Throns durch Herodes hat die Pharisäer wieder in Opposition zum Königtum getrieben" (gb, S. 182). Darüber schreibt Kreißig in dem Buch "Die sozialen Zusammenhänge des Jüdischen Krieges".<sup>10</sup>

<sup>9</sup> Kreißig, Heinz, Der Makkabäeraufstand. Zur Frage seiner sozialökonomischen Zusammenhänge und Wirkungen, in: *Studii Classice*, Nr. 4, 1962, S. 143 - 175 (Bei der Seitenangabe im Text mit ga bezeichnet); derselbe, Zur Rolle der religiösen Gruppen in den Volksbewegungen der Hasmonäerzeit, in: *Klio*, Nr. 43 - 45, 1965, S. 174 - 182 (bei der Seitenangabe im Text mit gb bezeichnet).

<sup>10</sup> Derselbe, Die sozialen Zusammenhänge des Jüdischen Krieges. Klassen und Klassenkampf im Palästina des 1. Jahrhunderts u. Z., Berlin 1970. - Vgl. auch die hauptsächlichen Thesen dieser Arbeit in derselbe, Einleitung [zu] Flavius Josephus, Geschichte des Jüdischen Krieges, Leipzig 1970, S. 5 - 19, einer revidierten, mit neuen Anmerkungen versehenen Ausgabe der Übersetzung von H. Clementz.

4. Im Vorwort zu dieser bedeutenden Arbeit hebt der Verfasser das Fehlen von speziellen Untersuchungen über die sozialökonomischen Hintergründe dieses Krieges in der Historiographie zum Jüdischen Krieg hervor und definiert das Hauptanliegen seiner Arbeit: "Es geht ... um die Frage der klassenmäßigen Zusammensetzung des jüdischen Volkes im 1. Jahrhundert u. Z. und um die Beziehungen zwischen den Klassen und Schichten. Sie ist zugespitzt auf den Ausbruch des Jüdischen Krieges und will herausfinden, ob diese Auseinandersetzung neben religiösen und nationalistischen auch soziale Ursachen hatte, ja, ob diese nicht zu einem Kulminationspunkt des Klassenkampfes führten" (S. 15).

In voller Übereinstimmung mit der gestellten Aufgabe hebt der Verfasser im ersten Kapitel, "Klassen und Schichten", drei Abschnitte hervor: "Landwirtschaftliche Bevölkerung", "Städtische Bevölkerung" und "Die israelitische Bevölkerung in Judäa und Galiläa in ihrem Verhältnis zu den Produktionsmitteln und zur Art der Erlangung und Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum". Das zweite Kapitel, "Der Klassenkampf", hat ebenfalls drei Abschnitte: "Zur Frage der Berechtigung religiöser Gesetze", "Das Verhältnis der Klassen zueinander" und "Entwicklung und Charakter der bewaffneten Aufstände im 1. Jahrhundert u. Z." In der "Schlußbetrachtung" werden die Gründe der Niederlage des Aufstandes der Volksmassen Judäas und seine Folgen betrachtet. Eine kurze Literaturübersicht und ein Register der Personennamen, der geographischen Termini und der sozialen Begriffe ergänzen den Inhalt des Buches, in welchem bedauerlicherweise eine Übersicht der Quellen fehlt, deren Kreis durch neue archäologische und epigraphische Materialien erweitert werden kann.

Der Verfasser weist überzeugend die dominierende Rolle der landwirtschaftlichen Produktion in der Ökonomie Judäas um die Zeitenwende nach. Die Mehrzahl der Bevölkerung war in der Landwirtschaft beschäftigt, jedoch "Judäa allein dürfte landwirtschaftlich kaum in der Lage gewesen sein, sich selbst zu unterhalten, wenn es nicht von Galiläa unterstützt worden wäre" (S. 19). Kreißig nimmt an, daß sich um die Zeitenwende der Ackerboden in Judäa im wesentlichen in den Händen großer Eigentümer (der Vertreter des herodianischen Hauses, des priesterlichen und weltlichen Adels) sowie von Klein- und Mittelbauern befand. Die vorhandenen Tatsachen gestatten nach Meinung des Verfassers die Annahme, daß es ein gewisses Grundeigentum des Tempels gab, aber das Gemeindeeigentum, falls es existierte, nicht die "produktiven Bodenanteile" erfaßte (S. 32). Deshalb blieb in Judäa "der Kleinbauer, der allein mit seiner Familie den ihm gehörenden Boden bestellt ... , die hauptsächlichste Produktivkraft" (S. 27). Neben den mittleren und kleinen bäuerlichen Grundeigentümern gab es eine große Anzahl von Pächtern, die Landstücke bei Großgrundbesitzern in Pacht nahmen. Einen bedeutenden Teil der dörflichen Bevölkerung machten die Produzenten aus, die von den Produktionsmitteln losgelöst waren - Tagelöhner und Sklaven, wobei "der freie Tagelöhner an Bedeutung dem Sklaven vorangeht" (S. 32).

Die großen Wirtschaften, die sich die für die intensive landwirtschaftliche Produktion am besten geeigneten Ländereien angeeignet hatten, waren die Haupterzeuger einer Warenproduktion für den Binnen- und Außenmarkt. Die Einträglichkeit der Großwirtschaften war beträchtlich, um so mehr, als ihre Eigentümer oft gleichzeitig als Händler und Wucherer auftraten. Da die römische Besteuerung, aber auch die Zahlungen an den Tempel und die Priester nicht differenziert waren, lasteten sie besonders schwer auf den Schultern der Kleinproduzenten. Landarmut und hoher Pachtzins, Steuern und hohe Kosten handwerklicher Erzeugnisse, völlige Abhängigkeit von den Launen der Natur - all das bedingte die unbeständige Lage der Kleinproduzenten. Kreißig zeigt die elende Lage der Tagelöhner, die zusammen mit den ärmsten Bauern und einem Teil der Städter die häufig in den Quellen erwähnten "Armen" bildeten, die "einen sehr hohen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung" ausmachten (S. 51).

Den Überblick über die städtische Bevölkerung beginnt der Verfasser mit einer Analyse spezialisierter Handwerke, in denen "die Differenzierung innerhalb eines Handwerks schon beachtliche Fortschritte gemacht hat, aber daneben durchaus erkennbar auch bevorteilte und

benachteiligte Handwerke bestehen" (S. 58). Zur Zahl der ersteren gehören die Berufszweige, die die Bedürfnisse des Adels und des Tempels befriedigten. In diesen Zweigen existierten bätm, das sind die "mit mehreren ständigen Lohnarbeitern, zu einem geringen Teil vielleicht auch mit Sklaven arbeitenden Handwerksbetriebe" (S. 62). Kleine Handwerker, die in ihren nicht sehr großen Werkstätten arbeiteten, aber auch wandernde Handwerker ohne ständige Werkstätten waren besonders in den zweitrangigen Handwerken verbreitet.

Die Einbeziehung Judäas in das System der "hellenistischen Weltwirtschaft" förderte das Wachstum des Innen- und Außenhandels. Wenn sich der Außenhandel in den Händen einer kleinen, jedoch sehr wohlhabenden Schicht von Kaufleuten konzentrierte, so überwogen im Innenhandel Wanderhausierer und kleine Krämer. Im Judäa des 1. Jahrhunderts v. u. Z. fehlte nach Kreißigs Meinung "die anderorts so zahlreiche Schar der mittleren Kaufleute, die in einem Ladengeschäft eine nicht üppige, aber gesicherte Existenz haben" (S. 72).

In den Städten Judäas, besonders in Jerusalem, lebte eine bedeutende Anzahl von Menschen, die in den verschiedenen Sphären von Dienstleistungen und anderer Arten nichtproduktiver Tätigkeit beschäftigt waren, hauptsächlich bei den Gerichtsinstanzen, im Tempelapparat und in der Provinzialverwaltung. Unter ihnen gab es einige wenige sehr reiche und einflußreiche Mitglieder der Oberschicht (Hohepriester und andere), während "die übergroße Mehrheit in drückendem Elend lebte" (S. 80).

Die judäische Gesellschaft hatte nach Kreißigs Meinung im 1. Jahrhundert v. u. Z. folgende Struktur:

1. Die herrschende Klasse, welche die Großgrundeigentümer, die reichen Kaufleute und die Eigentümer der handwerklichen bätm einschloß.
2. Die ausgebeuteten Klassen:
  - a) die mittleren Schichten (kleine Bauern und die niedere Priesterschaft, die Mehrzahl der Handwerker, Krämer, qualifizierte Tagelöhner und andere;
  - b) die armen Freien (die hauptsächlichliche Masse der Tagelöhner und ein bedeutender Teil der sogenannten λησताल);
  - c) die Sklaven.

Die schonungslose Ausbeutung der breiten Massen durch die judäische Oberschicht verursachte das Anwachsen des Hasses und des Widerstandes im 1. Jahrhundert v. u. Z., die sich "nicht primär gegen die Römer[richteten], sondern gegen die Unterdrücker unter den Judäern; natürlich müssen sie dabei auch in Gegnerschaft zu den Römern geraten, die die Ordnung im Lande zugunsten der bestehenden Herrschaft aufrechterhalten wollen" (S. 116). Die sozialökonomische Ungleichheit der Volksmassen führte zu einer Vielzahl von Strömungen und Gruppierungen im wachsenden Volkskampf, dessen Kulminationspunkt der Judäische Krieg war. Im letzten Abschnitt seines Buches bestimmt Kreißig das soziale Wesen der verschiedenen, häufig sich bekämpfenden Gruppierungen und Strömungen im Judäischen Krieg, präzisiert ihre Ziele und Aktionen. Er kommt zu dem Schluß, daß die Niederlage des Volksaufstandes unausbleiblich war, denn "er hatte kein echtes Programm, das die getrennt wirkenden Gruppen zu einer Einheit zusammengeschlossen hätte. Ihr gemeinsames Ziel war nur eine Negation: Beseitigung der Herrschaft der Oberpriester und Großgrundeigentümer" (S. 147).

Da jede der Untersuchungen Kreißigs einer bestimmten Periode in der Geschichte Judäas gewidmet ist, stellt der Verfasser nicht die Frage nach der Evolution der sozialökonomischen Struktur im Laufe der von ihm erfaßten sieben Jahrhunderte. Doch die Schlußfolgerungen Kreißigs in jeder seiner Untersuchungen gestatten es, seine Auffassung von der Evolution der sozialökonomischen Struktur Judäas vom 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahr

hundert u. Z., seine Beantwortung der Frage nach der Formationszugehörigkeit der Gesellschaft einer jeden der untersuchten historischen Perioden zu bestimmen. (Allerdings muß man beachten, daß die fünf hier besprochenen Arbeiten in einem Zeitraum von nahezu 10 Jahren entstanden, in dem man dem Verfasser auch Wandlungen in seinen Anschauungen zubilligen muß).

Vom 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. - das Nebeneinander der "asiatischen" und der antiken Produktionsweisen<sup>11</sup>;

vom 3. bis 2. Jahrhundert v. u. Z. - die hellenistische Form der "asiatischen" Produktionsweise ohne Hellenisierung der Agrarverhältnisse<sup>12</sup>;

im 1. Jahrhundert u. Z. - die hellenistische Form der "asiatischen" Produktionsweise<sup>13</sup>.

In diesem Zusammenhang ergeben sich eine Reihe von Fragen. Erstens, wie soll man die Formulierung hellenistische Form der "asiatischen" Produktionsweise "ohne Hellenisierung der Agrarverhältnisse" verstehen? Zweitens, wie lassen sich die von Kreißig festgestellten Veränderungen in der Formationszugehörigkeit der Gesellschaft Judäas im 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z. mit der Schlussfolgerung in Übereinstimmung bringen, daß "wir bedeutende Spuren beider Produktionsweisen (das heißt der "asiatischen" und der antiken - d. Verf.) bis ins 1. Jahrhundert u. Z. hinein nebeneinander finden"<sup>14</sup>? Drittens, wenn es im Judäa der hellenistisch-römischen Zeit keine "ausgeprägte Fesselung an den Boden gab", die derart charakteristisch für das hellenistische Ägypten und Syrien war<sup>15</sup>, die hauptsächlichlichen Produzenten aber freie Bauern und Handwerker, Tagelöhner und Sklaven waren, kann man dann eine solche Gesellschaft zu der "auf dem Produktionsverhältnis der Hörigkeit beruhenden Produktionsweise" zählen?

Diese Fragen führen uns zum zweiten Teil der Betrachtung. In ihm untersuchen wir einige unserer Meinung nach diskussionswürdige Fragen: den Einfluß der wechselnden Formendes politischen Oberbaus auf die sozialökonomische Struktur Judäas im 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z.; die Stadt und ihr Platz in der sozialökonomischen Struktur Judäas; die agnatischen Gruppen und ihre Rolle in der jüdischen Gesellschaft; das System der Agrarverhältnisse und seine Evolution; die soziale Schichtung der jüdischen Gesellschaft.

Die funktionelle Abhängigkeit des Überbaus von der Basis ist überaus kompliziert, auch übt der Überbau einen rückwirkenden Einfluß auf die Basis aus, der sehr bedeutend sein kann. In bezug auf die Gesellschaften des Altertums unterstreicht Zel'in, daß "unter der Herrschaft des außerökonomischen Zwangs die Organisation des Staates, das heißt des Zwangsapparates, eine gewaltige Bedeutung für die sozialökonomischen Verhältnisse haben muß ... Wem die Macht gehörte, der bestimmte in gewisser Weise auch die Entwicklungsrichtung der Gesellschaft."<sup>16</sup>

Die nachexilische jüdische Dorfgemeinde des 6. bis 4. Jahrhunderts v. u. Z. stellte einen komplizierten sozialpolitischen Organismus dar, der sich wesentlich von den jüdisch-israelitischen Monarchien der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. unterschied. Wir be-

11 Derselbe, Die wirtschaftliche Situation Judas zur Achämenidenzeit, a. a. O., S. 179.

12 Derselbe, Der Makkabäeraufstand, a. a. O., S. 166.

13 Derselbe, Die sozialen Zusammenhänge des Jüdischen Krieges, a. a. O., S. 15 Anm. 2.

14 Derselbe, Die wirtschaftliche Situation Judas zur Achämenidenzeit, a. a. O., S. 180.

15 Derselbe, Die sozialen Zusammenhänge des Jüdischen Krieges, a. a. O., S. 26.

16 Zel'in, K. K., Principy morfoložeskoj klassifikacii form zavisimosti, in: Vestnik drevnej istorii, Nr. 2/1967, S. 22.

stimmten diese Gemeinde als Bürger-Tempel-Gemeinde (graždansko-chramovaja-obščina), die sich aus nach sozialen und Vermögensverhältnissen relativ gleichen Bürgern zusammensetzte; diese scharten sich um den Tempel des Jahwe und sonderten sich von der übrigen Bevölkerung Judäas ab.<sup>17</sup> Da die Bürger-Tempel-Gemeinde nur einen Teil der Bevölkerung Judäas vereinte und nur einen Teil seines Territoriums umfaßte, müssen solche Fragender sozialökonomischen Struktur, wie Besitzverhältnisse und Schichtung der Gesellschaft, die Stadt usw. entweder im Rahmen der Bürger-Tempel-Gemeinde oder außerhalb dieses sozialpolitischen Organismus auf dem übrigen Territorium Judäas betrachtet werden.<sup>18</sup> Doch handelt es sich nicht nur darum! Wesentlicher ist, daß die Eigenart der Bürger-Tempel-Gemeinde den Charakter der Agrarverhältnisse in der Gemeinde, ihre soziale Struktur usw. beeinflusste.

Die Eroberung weiter Territorien außerhalb der Grenzen der Bürger-Tempel-Gemeinde durch die Hasmonäer und der Einfluß dieser Ländereien mit ihrer anderen sozialökonomischen Organisation in das neue Staatsgebilde, die Ablösung der abgeschlossenen Bürger-Tempel-Gemeinde durch die offenere Monarchie hellenistischer Art - all das übte einen nicht geringen Einfluß auf die sozialökonomische Struktur Judäas im 3. bis 2. Jahrhundert v. u. Z. aus (Beschleunigung des Prozesses der besitzmäßigen und sozialen Differenzierung). Man kann die Erhaltung wichtiger struktureller Elemente der vorhellenistischen und hellenistischen Gesellschaften im römischen Judäa nicht verneinen; es wird jedoch schwerlich richtig sein, die wesentlichen Wandlungen nicht in vollem Maße zu berücksichtigen, welche die römische Eroberung und Herrschaft in der sozialökonomischen Struktur der östlichen Provinzen hervorrief, darunter auch Judäas.<sup>19</sup>

Keinen Widerspruch ruft die Schlußfolgerung Kreißigs hervor, daß im wirtschaftlichen Leben Judäas vom 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z. das Handwerk und der Handel eine geringere Rolle spielten als die Landwirtschaft. Doch die Gesamtheit der alttestamentlichen Angaben und der archäologischen Tatsachen bezeugt das Vorhandensein eines spezialisierten Handwerks in den Städten der Bürger-Tempel-Gemeinde. Die Existenz von Vereinigungen von Händlern unter den Mitgliedern der Bürger-Tempel-Gemeinde (Neh. 3, 31 - 32), die Einbeziehung von Artikeln über den Handel in die "Konstitution" der Gemeinde (Neh. 10, 32 und andere), die massenweisen Funde von importierter Keramik in Engedi, Mizpa und anderen Städten der Bürger-Tempel-Gemeinde<sup>20</sup> zeugen von einem überaus lebhaften Außen- und Innenhandel im 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. Kreißig hat recht, wenn er über das Vorhandensein von bäuerlicher Bevölkerung in den jüdischen Städten dieser Zeit spricht. Die Stadt des Altertums jedoch ist ein besiedelter Punkt, der das Zentrum eines zu ihm tendierenden landwirtschaftlichen Umkreises und gleichzeitig das Zentrum eines spezialisierten Handwerks und Handels darstellt, zweitrangiges Merkmal der Stadt des Altertums aber war das Vorhandensein von Schutzmauern<sup>21</sup>. Die archäologischen Tatsachen und die Angaben des Alten Testaments beweisen, daß diese Kennzeichen städtischen Lebens

17 Vgl. Vejnberg, I. P., Graždansko-chramovaja obščina v zapadnyh provincijach Achemenijskoj deržavy. Autorreferat der Dissertation zur Erlangung des wissenschaftlichen Grades eines Doktors der historischen Wissenschaften, Moskau 1971.

18 Vgl. Weinberg, J. P., Demographische Notizen zur Geschichte der nachexilischen Gemeinde in Juda, in: Klio Nr. 54, 1972 (im Druck).

19 Vgl. Ranovič, A. B., Vostočnye provincii Rimskoj imperii v I-III vv., Moskau/Leningrad 1949, S. 251 - 262.

20 Vgl. Auscher, D., Les relations entre la Grèce et la Palestine avant la conquête d'Alexandre, in: Vetus Testamentum, Nr. 17, 1967, S. 8 - 30.

21 Vgl. D'jakonov, I. M., Problemy goroda v Vavilonii II tys. do n. é., in: Tezisy dokloda Vsesojuznogo simpoziuma "Goroda i trgovlja drevnego Vostoka III - I tys. do n. é.", Jerewan 1969, S. 12 f.

nicht nur auf Jerusalem, sondern auch auf Bet-Zur, Gibeä, Mizpa und andere besiedelte Punkte der Bürger-Tempel-Gemeinde zutrafen.<sup>22</sup>

Deshalb darf man die Rolle der Stadt in der sozialökonomischen Struktur Judäas im 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. nicht verkleinern<sup>23</sup>, ebensowenig wie man ihre Rolle und Bedeutung in Judäa um die Zeitenwende nicht vergrößern sollte. Man kann sich mit Kreißigs Meinung einverstanden erklären, daß im Judäa des 1. Jahrhunderts u. Z. "die Aufspaltung der jüdischen Bevölkerung in landwirtschaftliche und städtische problematisch ist"<sup>24</sup>.

Wichtig und fruchtbar ist Kreißigs These über die Existenz von Familienverbänden im 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z.<sup>25</sup> und weltlicher und priesterlicher Geschlechter noch im 1. Jahrhundert u. Z.<sup>26</sup> Die Untersuchung von bēit 'ābōt im 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. gestattet die Schlussfolgerung, daß diese große agnatische Gruppe, die sich unter den Bedingungen der Gefangenschaft und der Repatriierung herausbildete, genetisch bis zur vorexilischen Gens (mišpāhā) oder zur Großfamilie (bēit 'āh) zurückreicht und die hauptsächlich strukturelle Einheit der Gesellschaft in der Bürger-Tempel-Gemeinde darstellt.<sup>27</sup> Das bēit 'ābōt, das aus einer Reihe miteinander verwandter Familien bestand, wird durch die große zahlenmäßige Zusammensetzung und den komplizierten inneren Bau, durch das Vorhandensein von Genealogien und die Einbeziehung der Bezeichnung des bēit 'ābōt in den vollen Namen des Mitglieds, durch Elemente der Solidarität und der gegenseitigen Hilfe charakterisiert, die im System der Eigentumsverhältnisse wurzelten (siehe unten). Solche großen agnatischen Gruppen existierten in Judäa im 2. Jahrhundert v. u. Z. (IMacc. 2, 20; 16, 2 und andere) und um die Zeitenwende (b. Taanit IV 5; IQSa I 16, 24, 25; IQM II 13, 7 und andere). Deshalb wird es die Aufgabe künftiger Forschungen sein, das Wesen und die Zusammensetzung dieser späten agnatischen Gruppen zu untersuchen, ihren Platz und ihre Rolle in der sozialökonomischen Struktur Judäas im 3. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z. zu bestimmen.

Kreißig nimmt an, daß "die Begriffe für Bodenanteile: 'āḥuzā, naḥālā, 'sādē, ḥāšēr, gōrāl ... in den Quellen nicht konsequent gebraucht [werden], so daß sich aus ihnen keine bestimmte Form ablesen läßt"<sup>28</sup>. Die Untersuchung der Semantik dieser und einiger ihnen verwandter Begriffe beweist, daß sie in zwei Gruppen gegliedert werden können, die sich auf verschiedenem taxonomischem Niveau befinden.<sup>29</sup> Die Begriffe der einen Gruppe (migrāš, 'sādē, ḥāšēr und andere) drücken die wirtschaftliche Spezifik des Landes aus, die Begriffe der zweiten Gruppe aber ('āḥuzā, naḥālā, miḥnē, ḳinyān und andere) - den besitzrechtlichen Status dieses Landes. Das Studium der Verwendungsformen der Begriffe 'āḥuzā und naḥālā bezeugt die Identität beider Begriffe, die in der ersten Hälfte des 1. Jahrtausends v. u. Z. gentile, im Prinzip unveräußerliche Ländereien

22 Vgl. Vejnberg, I. P., Gorod i "chora" v achamenidskoj Iudee, in: Tezisy dokladov Vseoznogo simpoziuma Goroda i trgovlja drevnego Vostoka III-I tys. do n. é., a. a. O., S. 7 - 9.

23 Kreißig, Heinz, Die wirtschaftliche Situation Judas zur Achämenidenzeit, a. a. O., S. 103 f.

24 Derselbe, Die sozialen Zusammenhänge des Jüdischen Krieges, a. a. O., S. 55.

25 Derselbe, Die wirtschaftliche Situation Judas zur Achämenidenzeit, a. a. O., S. 131.

26 Derselbe, Die sozialen Zusammenhänge des Jüdischen Krieges, a. a. O., S. 55.

27 Vejnberg, I. P., Graždansko-chramovaja obščina v zapadnych provincijach Achemenidskoj deržavy, a. a. O.

28 Kreißig, Heinz, Die wirtschaftliche Situation Judas zur Achämenidenzeit, a. a. O., S. 136.

29 Vgl. Vejnberg, I. P., Žrečeskoe zemlevladienie po dannym vetchozavetnych materialov VI-IV vv. do n. é., in: Programma zasedanij i tezisy dokladov Konferencii po problemam antičnosti, Moskau 1968, S. 9 f.

bezeichneten, die nur innerhalb der Gens umverteilt werden können. Die Begriffe *miḵnē* und *ḵinyān* bezeichneten privates Grundeigentum, das Gegenstand von Kauf und Verkauf sein konnte.<sup>30</sup>

Wenn man das oben Gesagte, aber auch die Gesamtheit der alttestamentlichen und epigraphischen Angaben beachtet, kann man annehmen, daß das System der Agrarverhältnisse im vorexilischen Judäa die königlichen Ländereien und möglicherweise die Reste der Tempelländereien, die *'āḥuzā - naḥālā* der nichtpriesterlichen und priesterlichen Geschlechter sowie das private Grundeigentum (*miḵnē - ḵinyān*) einschloß, dessen spezifisches Gewicht jedoch unbedeutend war.

Die Eroberung Judäas durch die Babylonier und die Deportation eines Teils der Bevölkerung riefen gewisse Wandlungen im System der Agrarverhältnisse hervor, besonders im südlichen Judäa. Die alttestamentlichen und epigraphischen Angaben erlauben die Annahme, daß im Jahre 586 v. u. Z. die Ländereien der judäischen Könige und anderer deportierter Personen Eigentum der babylonischen Könige wurden, die auf ihnen *dalathā 'ārēṣ* ansiedelten, das sind noch in der vorexilischen Zeit landlos gewordene Vertreter der *'am hā'ārēṣ*<sup>31</sup>, deren Rechtsstatus möglicherweise dem Status der assyrischen *šaknu* nahe war.<sup>32</sup> Die vorhandenen Quellen beweisen das hartnäckige Bestreben der Repatrianten, sich nach 538 v. u. Z. an den Wohnplätzen ihrer Vorfahren vor der Deportation anzusiedeln. Solch ein Bestreben war bedingt durch den Wunsch der *bātēi 'āḥōt* des 6. bis 4. Jahrhunderts v. u. Z., die verlorengewandene *'āḥuzā - naḥālā* zurückzugewinnen. Die Verwirklichung dieses Wunsches mußte unvermeidlich den Widerstand derer hervorrufen, die 586 v. u. Z. auf diesen Ländereien angesiedelt wurden oder die sich ihrer bemächtigt hatten. Damit war der Anfang des Konfliktes gelegt, der in bedeutendem Maße die Formierung der Agrarverhältnisse in der Bürger-Tempel-Gemeinde beeinflusste.

Der besitzrechtliche Status der Ländereien von Mitgliedern der Bürger-Tempel-Gemeinde im 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. ist durch die Begriffe *'āḥuzā* (Neh. II, 3 und andere) und *naḥālā* (Neh. II, 20 und andere) ausgedrückt, die in der Zeit der Achämeniden ihre frühere Bedeutung erhielten und den Grund und Boden der agnatischen Gruppe *bēit 'āḥōt* bezeichneten. Dieser Grund und Boden war unveräußerlich oder konnte nur im Rahmen dieser agnatischen Gruppe veräußert werden (Rt. 4, 9 - 10; Jud. 16, 29 und andere), deren Mitglieder Landanteile an dieser *'āḥuzā - naḥālā* besaßen. Privateigentum an Grund und Boden existierte vielleicht, aber sein Gewicht war, nach den äußerst seltenen Erwähnungen der es bezeichnenden Termini (*miḵnē - ḵinyān*) zu urteilen, unbedeutend. Es erscheint möglich, anzunehmen, daß im 6. bis 4. Jahrhundert v. u. Z. *'āḥuzā - naḥālā* den hauptsächlichsten Bodenfond der Bürger-Tempel-Gemeinde darstellt, das ist das Eigentum der agnatischen Gruppe *bēit 'āḥōt*. Der Grund und Boden einer jeden agnatischen Gruppe war in Landanteile aufgliedert, die sich im Besitz der Familien der entsprechenden *bēit 'āḥōt* befanden.<sup>33</sup>

Man braucht keinen Einspruch gegen Kreißigs Grundsatz von der Entwicklung des privaten Grundeigentums vom 3. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z. zu erheben, man sollte aber dem in den Quellen oft erwähnten Begriff *'āḥuzā* (B. Ar. III 2; VII 5;

30 Vgl. Šifman, I. Š., *Zemel'nye otnošenija v Palestine v pervoj polovine I tys. do n. è.*, in: *Vestnik drevnej istorii*, Nr. 2/1965, S. 33 f.

31 Vgl. Amusin, J. D., *Narod zemli. K voprosu o svobodnych zemledel'cach drevnej Perednej Azii*, in: *Vestnik drevnej istorii*, Nr. 2/1955, S. 21.

32 Vgl. D'jakonov, I. M., *Razvitie zemel'nych otnošenij v Assirii*, Leningrad 1949, S. 99 f.; Jakobson, V. A., *Social'naja struktura Novossirijskogo carstva*, in: *Vestnik drevnej istorii*, Nr. 1/1965, S. 114 f.

33 Vgl. Vejnberg, I. P., *Graždansko-chramovaja obščina v zapadnych provincijach Achemenidskoj deržavy*, a. a. O.

(Git. 48a und andere) größeres Augenmerk schenken. Ob man mit der Meinung Šifmans einverstanden ist oder nicht, daß die alte Rechtsnorm, nach der die Sippenländereien ('šḥuzā) nicht für immer über die Grenzen der Gens hinaus veräußert werden dürfen, um die Zeitenwende die Gesetzeskraft verlor und sich nur als ethische Norm erhielt<sup>34</sup>, verdient ein genauer Vergleich von 'šḥuzā und gekauftem Land doch große Aufmerksamkeit, besonders wenn man die Existenz agnatischer Gruppen in Betracht zieht.

Um einer unbedachten und völlig unbeabsichtigten Modernisierung bei der Erforschung der Gesellschaften des Altertums aus dem Wege zu gehen, dürfen wir, wenn wir solche Begriffe wie "Klasse", "Klassenstruktur" usw. gebrauchen, "keinesfalls vergessen, daß wir faktisch ein Netz uns zeitgenössischer Begriffe auf eine Gesellschaft (und eine Epoche) übertragen, die sich objektiv überhaupt noch nicht die existierenden Verhältnisse vergegenwärtigen konnte, die mit diesen Begriffen charakterisiert werden".<sup>35</sup> Deshalb darf man bei der Analyse der Gesellschaftsstruktur des Altertums erstens nicht die Vorstellungen der Alten über Gruppen und Schichten der ihnen gegenwärtigen Gesellschaften ignorieren und zweitens muß man nach Möglichkeit die Semantik der Begriffe genauer bestimmen, die zur Bezeichnung dieser Gruppen und Schichten verwandt werden.

Im Zusammenhang damit erscheint es zweckmäßig, bei der Analyse der Struktur der jüdischen Gesellschaft des 6. bis 4. Jahrhunderts v. u. Z. die sozialen Berufsgruppen zu berücksichtigen, die in der Bürger-Tempel-Gemeinde tatsächlich existierten und zu denen alle Mitglieder dieser Gemeinde gehörten. Die vorhandenen alttestamentlichen Angaben (Neh. 7 = Esr. 2) gestatten, nicht nur diese Gruppen hervorzuheben - "die Männer des Volkes Israel"<sup>36</sup>, nach dem Gebiet benannte Kollektive, "Geistliche", "Leviten", "Sänger", "Torhüter", und "Nethinim und die Söhne der Sklaven Salomons" -, sondern auch die zahlenmäßige Zusammensetzung jeder Gruppe und die Anzahl der agnatischen Gruppen (bēit 'āḥōt) in ihr festzustellen, ihre Rolle in der Gemeinde usw.<sup>37</sup> Die Quellenangaben gestatten auch, die quantitativen und qualitativen Veränderungen zu verfolgen, die sich im Rahmen einzelner Gruppen und in den Beziehungen zwischen ihnen vollzogen: Man kann zum Beispiel feststellen, daß in der Mitte des 5. Jahrhunderts v. u. Z. die Anzahl der Priester merklich zunahm, ihr Anteil an der Gemeindebevölkerung wuchs, was eine wesentliche Rolle bei der Ausbildung der Bürger-Tempel-Gemeinde spielte. Wichtig ist es, darauf hinzuweisen, daß die im Schoße der Bürger-Tempel-Gemeinde entstandene Schichtung der Gesellschaft nach sozialen Berufsgruppen sich mit gewissen und notwendigen Modifikationen auch in der jüdischen Gesellschaft der nachfolgenden Jahrhunderte erhielt.

Für das richtige Verständnis der Klassenstruktur der Gesellschaft des Altertums ist es wesentlich und wichtig, nach Möglichkeit die Semantik der sozialen Termini genauer zu bestimmen. So geben zum Beispiel in der Beschreibung eines scharfen sozialen Konfliktes in der Bürger-Tempel-Gemeinde in der Mitte des 5. Jahrhunderts v. u. Z.<sup>38</sup> die Zeilen in Neh. 5 eine farbenreiche, emotionale Beschreibung der wachsenden Unterdrückung ein und derselben Kategorie von Menschen, die mit dem Terminus 'aḥīm bezeichnet wird, der

34 Šifman, I. Š., Carskie i polsnye zemli v ēllinističesko-rimskoj Sirii, in: Palestinskij sbornik, Nr. 15(78), 1966, S. 100.

35 Utčenko, S. L./D'jakonov, I. M., Social'naja stratifikacija drevnego obščestva, Moskau 1970, S. 2 = XIII Meždunarodnyj kongress istoričeskich nauk.

36 In Anführungszeichen sind die alttestamentlichen Bezeichnungen der Gruppen angegeben, ohne Anführungszeichen die umschreibende Bezeichnung.

37 Veinbergs, J., Vecā derība: mīti, fakti, dogmas (Das Alte Testament: Mythen, Fakten, Dogmen), Riga 1969, S. 108 - 120.

38 Kreißig, Heinz, Die wirtschaftliche Situation Judas zur Achämenidenzeit, a. a. O., S. 171 f.



der Schlüssel zum Verständnis des Wesens dieses Konfliktes und seiner Teilnehmer ist. Der Terminus 'aḥṭm wird in Esr. - Neh. ungefähr 35 Mal erwähnt, wobei er immer die Mitglieder der Bürger-Tempel-Gemeinde, die Mitglieder einer der sozialen Berufsgruppen oder bēit 'āḥōt bezeichnet. Man darf annehmen, daß die Leidtragenden 'aḥṭm Mitglieder der bātēi 'āḥōt waren, in deren Rahmen sich in der Mitte des 5. Jahrhunderts v. u. Z. ein überaus intensiver Prozeß der Besitzergreifung von Parzellen der 'āḥuzā - na-ḥāḥā, die sich im Besitz einzelner Familien befanden, durch reichere und einflußreichere Mitglieder dieser agnatischen Gruppen vollzog. Da das die sozialen Gegensätze in der Gemeinde, die von ihr feindlich gesinnten Kräften umgeben war, verschärfte, verwirklichte Nehemia die Reform, welche die Erhaltung (wenigstens bis zur zweiten Hälfte des 4. Jahrhunderts v. u. Z.) einer relativen klassenmäßigen Gleichartigkeit der vollberechtigten Mitglieder der Bürger-Tempel-Gemeinde förderte.<sup>39</sup>

Doch besondere Vorsicht wird bei der Benutzung solcher verschwommener und vielseitiger biblischer, qumranischer und talmudistischer Termini, wie "Armer", "Bettler" und anderer, notwendig, die nicht nur soziale, sondern auch religiös-ethische Bedeutung hatten.<sup>40</sup> Solch eine Analyse der Semantik von Termini setzt gleichzeitig die Berücksichtigung der Spezifik der zu untersuchenden Quelle, ihres "Platzes im Leben", voraus. Ist es in solch einem Fall zweckmäßig, die Qumran-Kommentare zur Charakterisierung der Beziehungen nicht nur des Volkes, sondern auch der Pharisäer zu den Hasmonäerkönigen heranzuziehen<sup>41</sup>: Gerade in diesen Werken, besonders in den Kommentaren zu Nahum, äußert sich deutlich die Feindschaft der Qumraniten zu den "Auslegern des Zweideutigen" (4 Qp Nah. III 3, 6 - 7 und andere), den Pharisäern.<sup>42</sup> Wenn man aber anerkennt, daß die Verfasser dieser Werke, die die Willkür und die Gewalt der Hasmonäerkönige entlarven, "Priester, Leviten, Laienschriftgelehrte bzw. Essener" waren<sup>43</sup>, dann muß man sich notgedrungen mit der Meinung der Forscher einverstanden erklären, die der Auffassung sind, daß "die Opposition das illegale Königtum der Hasmonäer bekämpft, das den Davididen zukomme"<sup>44</sup>, denn in vielen Werken der Essener-Qumraniten ist deutlich die Hoffnung auf eine Wiederherstellung der Macht der Davididen ausgedrückt<sup>45</sup>.

Der Rahmen unserer Übersicht erlaubt es leider nicht, alle wichtigen und interessanten Fragen zu betrachten, die in Kreißigs Untersuchungen, einem gewichtigen Beitrag zur marxistisch-leninistischen Erforschung Palästinas im Altertum, gestellt wurden. Der Historiker kann weder ohne Kreißigs Studien auf dem Gebiet der Ökonomie Judäas im 6. Jahrhundert v. u. Z. bis zum 1. Jahrhundert u. Z. noch ohne seine Schlußfolgerungen über die Sozialstruktur der jüdischen Gesellschaft dieser Zeit und anderes auskommen. Wenn wir in dieser Übersicht nur einige Fragen diskutierten, so nicht deshalb, weil wir die von uns vorgeschlagenen Lösungen als die einzig richtigen und endgültigen ansehen, sondern um die Wich-

39 Veinbergs, J., *Vecā derṭba*, a. a. O., S. 145 - 148.

40 Vgl. Štaerman, Je. M./Trofimova, M. K., *Rabovladel'českie otnošenija v rannej Rimskoj imperii (Italija)*, Moskau 1971, S. 279 f.

41 Kreißig, Heinz, *Zur Rolle der religiösen Gruppen in den Volksbewegungen der Hasmonäerzeit*, a. a. O., S. 177 - 179.

42 Teksty Kumrana, Übersetz. a. d. Althebräischen u. Aramäischen, Einführung u. Kommentare v. I. D. Amusin, Moskau 1971, S. 209 - 212.

43 Kreißig, Heinz, *Zur Rolle der religiösen Gruppen in den Volksbewegungen der Hasmonäerzeit*, a. a. O., S. 179.

44 Ebenda, S. 175.

45 Starkova, K. B., *Pamjatniki Kumranskoj literatury. K issledovaniju ideologii kumranskoj obščiny*. Autorreferat der Dissertation zur Erlangung des wissenschaftlichen Grades eines Doktors der philologischen Wissenschaften, Leningrad 1971, S. 14.

tigkeit und Bedeutung der Arbeiten Kreißigs besonders zu unterstreichen. Weitere Forschungen werden die bisher erreichten Lösungen bestätigen oder verwerfen, möglicherweise völlig andere hervorbringen, doch je nach Vertiefung und Erweiterung der Erforschung der Geschichte Palästinas im Altertum werden sich die Historiker unbedingt Kreißigs Untersuchungen zuwenden, die er sicher erfolgreich fortsetzen wird.

## KAPITALISMUS

(Bericht über das Symposium "Strukturprobleme der Arbeiterklasse")

(Übersetzt von Armin Jähne)

Von Franz Schick

### Zur Ausgangsposition des Symposiums

Physiologische Arbeit - menschliche Verbindung mit der Maschine - Erhaltung der Energie für die Arbeit - in oder nicht?

Zur Abgrenzung der Arbeiterklasse von anderen Lohnarbeitern - sind Angehörige im Kapitalismus Klotzbürger?

Von ist "Großindustrie im Kapitalismus"? Gibt es außerhalb der Großindustrie revolutionäre Arbeiterklassen?

Sozialökonomische Bedingungen für die Herausbildung einer revolutionären Arbeiterklasse und bewusster politischer Klasse

Widersprüche und Gegenströmungen - führt Fragen zur Diskussion

### Zur Ausgangsposition des Symposiums

Fragen des Charakters und der Struktur der Arbeiterklasse rückten in der letzten Zeit wieder stark in den Vordergrund der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung der DDR.

Anknüpfend an frühere Arbeiten und Diskussionen zum Thema Struktur der Arbeiterklasse im "Jahrbuch für Wirtschafts- und Sozialgeschichte" nahm die Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte die problemgeschichtliche Studie "Charakter, Struktur und Anzahl der Industriearbeiter im 19. Jahrhundert" von Jürgen Kuczynski zum Anlass, die Diskussion um diese Problematik in schriftlicher und mündlicher Form zu fördern. Die genannte Studie von Kuczynski lieferte in vieler Hinsicht Stoff für einen lebhaften Meinungsstreit. Die Redaktion erhielt Beiträge von Lotte Meppen, Hans-Johannes Hans-Jürgen Meyer und Horst Rander und veröffentlichte sie in Teil 1 1972.

1. Giesche, Norval/Müller, Hans-Johannes/Häusser, Helmut: Strukturprobleme der Arbeiterklasse. Bericht vom internationalen Kolloquium über die Struktur der Arbeiterklasse und deren Wandlungen in der Geschichte, im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 4, S. 139 - 145.

2. Kuczynski, Jürgen: Charakter, Struktur und Anzahl der Industriearbeiter im 19. Jahrhundert. Eine problemgeschichtliche Studie, im Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 4, S. 11 - 19.

BERICHTE

ZU EINIGEN KRITERIEN DER ZUGEHÖRIGKEIT ZUR ARBEITERKLASSE IM KAPITALISMUS

(Bericht über das Symposium "Strukturprobleme der Arbeiterklasse in wirtschaftshistorischer Sicht")

von Traute Scholz

Zur Ausgangssituation des Symposiums

Physische Arbeit - manuelle Verbindung mit der Maschinenarbeit - Kriterium für die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse - ja oder nein?

Zur Abgrenzung der Arbeiterklasse von anderen Lohnarbeitern - Sind Angestellte im Kapitalismus Kleinbürger?

Was ist "Großindustrie im Kapitalismus"? Gibt es außerhalb der Großindustrie revolutionäre Arbeiterklasse?

Sozialökonomische Bedingungen für die Herausbildung einer revolutionären Arbeiterklasse und bewußter politischer Kampf

Widersprüche und Gegenmeinungen - einige Fragen zur Diskussion

Zur Ausgangsposition des Symposiums

Fragen des Charakters und der Struktur der Arbeiterklasse rückten in der letzten Zeit wieder stark in den Vordergrund der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung der DDR.

Anknüpfend an frühere Arbeiten und Diskussionen zum Thema Struktur der Arbeiterklasse im Institut für Wirtschaftsgeschichte<sup>1</sup>, nahm die Redaktion des Jahrbuchs für Wirtschaftsgeschichte die problemgeschichtliche Studie "Charakter, Struktur und Anzahl der Industriearbeiter im 20. Jahrhundert"<sup>2</sup> von Jürgen Kuczynski zum Anlaß, die Diskussion um diese Problematik in schriftlicher und mündlicher Form zu fördern. Die genannte Studie von Kuczynski lieferte in vieler Hinsicht Stoff für einen lebhaften Meinungsstreit. Die Redaktion erhielt Beiträge von Lotte Zumpe, Hans Radandt, Hansgünter Meyer und Horst Handke und veröffentlichte sie in Teil 3/1972.

1 Handke, Horst/Müller, Hans-Heinrich/Thümmler, Heinzpeter, Strukturprobleme der Arbeiterklasse. Bericht vom internationalen Kolloquium über die Struktur der Arbeiterklasse und deren Wandlungen in der Geschichte, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1964, T. 4, S. 130 - 155.

2 Kuczynski, Jürgen, Charakter, Struktur und Anzahl der Industriearbeiter im 20. Jahrhundert. Eine problemgeschichtliche Studie, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 1, S. 11 - 19.

Der Kernsatz von Kuczynskis Antwort auf die Frage "Wer gehört zur Arbeiterklasse im Sinne einer wirklich revolutionären Klasse" lautete: "Der Charakter der Arbeiterklasse wird durch Arbeit im Großbetrieb an vom Kapital privat in Eigentum besessenen Maschinen bestimmt."

Damit hatte er als wichtigste Kriterien herausgearbeitet:

Arbeit in der kapitalistischen Großindustrie,  
Arbeit bei der Produktion materieller Güter,  
Arbeit an Maschinen, die dem Kapital und nicht den Arbeitern gehören.

Daraus leitete er weiter ab:

- Proletariat und Arbeiterklasse im Sinne der "wirklich revolutionären Klasse" sind miteinander identisch,
- keineswegs alle Lohnarbeiter gehören zur Arbeiterklasse,
- in keinem Fall kann man die Angestellten zur Arbeiterklasse rechnen.<sup>3</sup>

Hauptsächliche Gegenmeinungen in der schriftlichen Diskussion waren:

- Kuczynski lasse die Abgrenzung der Großindustrie ungeklärt,
- Kuczynski vereinfache die Frage der Abgrenzung zwischen Arbeiterklasse und anderen Schichten, insbesondere Angestellten und anderen Lohnarbeitern,
- seine Vereinfachung hänge damit zusammen, daß er die Entwicklung der Produktivkräfte und Produktionsverhältnisse, die sich innerhalb des Imperialismus vollzieht, ungenügend berücksichtige (Tendenzen der Automatisierung, Änderungen in der Struktur der ökonomischen Beziehungen),
- seine Vereinfachung hänge weiter damit zusammen, daß er den revolutionären Charakter der Arbeiterklasse nur sozialökonomisch begründet sehe und die Frage der subjektiven Faktoren, insbesondere die Organisation des Proletariats bei der Frage nach dem revolutionären Charakter der Arbeiterklasse, negiere.

Die hier nur in wenigen Hauptpunkten skizzierte schriftliche Diskussion wurde auf dem von der Jahrbuch-Redaktion veranstalteten Symposium am 11. April 1972 fortgesetzt.

Die mündliche Diskussion begann zunächst mit einem Beitrag von Wolfgang Jonas, der die Auffassung von Kuczynski unterstützte. Er ergänzte und erhärtete die Auffassung durch ein Modell der Zuordnungskriterien zur Arbeiterklasse, das er anhand einer graphischen Darstellung vortrug. Dabei ging Jonas davon aus, wie Marx die Arbeiterklasse aufgrund einer Analyse ihrer objektiven historischen, politökonomischen und gesamtmateriellen Genesis charakterisiert hat.

Jonas führte folgende Kriterien an, die trotz aller Strukturveränderungen im Kapitalismus gegeben sein müssen, wenn von der Arbeiterklasse als der konsequent revolutionären Klasse die Rede ist, und die, als Einheit gesehen, die entscheidenden objektiven materiellen Lebensbedingungen dieser Klasse ausmachen:

erstens - Stellung zu den Produktionsmitteln (Nichteigentum an Produktionsmitteln, Verkauf der eigenen Arbeitskraft),

<sup>3</sup> Vgl. auch Kuczynski, Jürgen, Klassen und Klassenkämpfe in der BRD, Berlin 1972, insbes. Einleitung, Abschnitt 4, T. 1, Kap. 4 - 7.

- zweitens - Stellung zur Produktion materieller Güter (Arbeit in der Produktion materieller Güter, die manuelle Verbindung mit der Maschinenarbeit bzw. mit der modernen Technik),
- drittens - Art und Höhe des Einkommens,
- viertens - Stellung im Rahmen der Arbeitsteilung,
- fünftens - Stellung im Unterdrückungsapparat (Befehlssituation: Proletariat - Befehlsempfänger),
- sechstens - soziale Mobilität (Proletariat - keine Aufstiegsmöglichkeit).<sup>4</sup>

Physische Arbeit - manuelle Verbindung mit der Maschinenarbeit  
- Kriterium für die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse - ja oder nein?

Zu einem wichtigen Kristallisationspunkt der Diskussion wurde das von Jonas neben anderen Kriterien angeführte Merkmal der physischen Arbeit. Er selbst hatte dazu folgende Erläuterung gegeben: "Es handelt sich um die manuelle Verbindung mit der Maschinenarbeit oder mit der modernen Technik." Eine Reihe von Diskussionsteilnehmern wollte unter den verschiedensten Aspekten diesem Kriterium nicht die gleiche Bedeutung und Stelle in der Rangordnung der Kriterien einräumen, wie es Jonas tat. Einige lehnten es als Kriterium auch völlig ab.

Manfred Lötsch bezeichnete es als sehr problematisch, den Charakter der Arbeit in die Kriterien der "Bestimmung und Abgrenzung der Arbeiterklasse" mit aufzunehmen. Als entscheidenden Ausgangspunkt für diese Fragestellung sieht er die Kriterien an, die Lenin in seiner Klassendefinition gegeben hat. Lötsch stimmt zwar Kuczynski hinsichtlich der Auffassung zu, Lohnarbeiter im allgemeinen und Proletariat seien nicht identisch, aber für die Abgrenzung, so meint Lötsch, sei nicht der Charakter der Arbeit, sondern die Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit ausschlaggebend, innerhalb derer die von Jonas angeführte Befehlssituation eine bedeutende Stelle einnehme. Bei gleichen Eigentumsverhältnissen und bei im Prinzip gleichen Ausbeutungsverhältnissen könnten verschiedene Personen eine unterschiedliche Rolle bei der Realisierung des Machtmechanismus des Kapitals spielen. Nur so könne man innerhalb der Lohnarbeiter sinnvolle Abgrenzungen vornehmen, jedoch nicht mit der Frage, ob sie vorwiegend manuelle oder nichtmanuelle Arbeit leisten.

Die manuelle Arbeit als Kriterium für die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse zu verwenden, lehnte Lötsch auch deshalb ab, weil im Zuge der sich in der kapitalistischen Großindustrie vollziehenden Entwicklung der Produktivkräfte der Charakter der Tätigkeit sich ändert. Er verwies auf die immer umfangreicher werdende Gruppe der technischen Angestellten: "Das sind Menschen, die im Produktionsprozeß nicht mehr unmittelbar manuell tätig, nicht direkt mit der Maschine gekoppelt sind, sondern Kontrollfunktionen, Regelungsfunktionen, Überwachungsfunktionen usw. ausüben. Natürlich kann man nicht sagen - wie es einige Monopolidologen behaupten -, daß hier die Arbeiterklasse verschwindet. Es verändert sich der Charakter der Tätigkeit, der Charakter des Produktionsprozesses und damit auch der Charakter der Arbeiterklasse. Die Zunahme geistiger Funktionen als Kontroll- und Überwachungsfunktionen ist ein nicht zu unterschätzender Prozeß. Wenn aber innerhalb des Kapitalismus ein Merkmal schwindet, kann es nicht das leisten, was es angeblich theoretisch leisten soll: Es kann nicht erklären, worin der Charakter und Umfang der Arbeiterklasse in eben dieser Gesellschaft besteht.

4 In einem der nächsten Bände bringen wir die von Jonas gegebene Diskussionsgrundlage einschließlich des Modells in einem gesonderten Artikel.

In diesem Zusammenhang legte Löttsch seine Auffassung dar, daß man die Entwicklungstendenzen zur Automatisierung nicht unterschätzen sollte und führte neueren sowjetischen Publikationen entnommene Angaben über das Ausmaß von Automatisierungsinvestitionen in den USA an.

Die Richtigkeit der Angaben wurde von Kuczynski angezweifelt bzw. bestritten.

Das bei Jonas angeführte Merkmal "vorwiegend physische Arbeit" erscheint auch Horst Handke anfechtbar. Dieses Merkmal, auf den Kern der Arbeiterklasse angewendet, so meint Handke, würde unter den sich gegenwärtig abzeichnenden Entwicklungstendenzen Arbeiter in bestimmten Industrien, die für den technischen Fortschritt entscheidend sind, zu einem beträchtlichen Teil aus der Arbeiterklasse ausklammern. Wie Löttsch hat auch Handke hierbei weitgehend automatisierte Industriezweige, Schaltzentralen usw. im Blickfeld.

Hansgünter Meyer warnt gleichfalls vor dem Faktor physische Arbeit als Zuordnungskriterium zur Arbeiterklasse als einzig konsequent revolutionärer Klasse. Seine Fragen zu diesem Problem lauten: Was ist physische Arbeit? Kann man nicht beispielsweise die Tätigkeit an den in Bergwerken angewandten Maschinen, die durch Knöpfe - nicht einmal durch ein Lenkrad - gesteuert werden, mit der Tätigkeit eines Kraftfahrers vergleichen?

Was ist bei diesen Tätigkeiten physische Arbeit? Dennoch sei die physische Belastung bei dieser Art von Tätigkeiten ohne Zweifel groß. Hinsichtlich der physischen Arbeit und Belastung gebe es hier kaum Unterschiede zum modernen Bürobetrieb. Die physische Arbeit als handwerkliche Tätigkeit tritt mehr und mehr in den Hintergrund. Verbindet man aber dieses Kriterium so eng mit der Frage nach dem revolutionären Element, meint Meyer, können hinsichtlich des Profils der Arbeiterklasse Vorstellungen entstehen, die dem Entwicklungsgang der Produktivkräfte nicht adäquat sind. Nirgendwo werden sich die Elemente einer Zuordnung zur Arbeiterklasse so stark verändern wie gerade im Bereich der physischen Arbeit. An den Wachstumspunkten der modernen Produktion und der Konzentration der Arbeiterklasse geht die Schwere der physischen Arbeit stark zurück, während sie zum Beispiel gerade bei Außenseitergruppen, speziell auch in der nichtproduktiven Sphäre, zum Beispiel bei Packern, im Transportwesen usw., also besonders bei vielen unqualifizierten Tätigkeiten, nach wie vor stark vertreten ist.

Zu diesen Darlegungen präzisierten Jonas und Kuczynski ihre Standpunkte. Jonas mißt der physischen Arbeit als Zuordnungskriterium zur Arbeiterklasse sehr große Bedeutung bei. Dabei setzt er als selbstverständlich voraus, daß sich die physische Arbeit in ihrer spezifischen Art wandelt. Es sei ein Unterschied, ob der Arbeiter eine Maschine nur mit Knöpfen und Hebeln zu steuern hat oder ob er die Arbeitsgegenstände bzw. die Werkzeuge zum größeren Teil mittels der Körperkraft bewegen und bedienen muß. Vieles wird im Einsatz der physischen Kraft leichter, und so gesehen gibt es bedeutende Veränderungen. Doch was ist das Bleibende innerhalb dieses Entwicklungsprozesses? Das Bleibende ist die unmittelbare physische Steuerung der Maschine. Die unmittelbare Verbindung des Arbeiters zur Praxis der Produktion existiert weiter, und es gilt demzufolge weiterhin der von Marx in diesem Zusammenhang herausgearbeitete charakteristische Fakt: Der Arbeiter ist Anhängsel der Maschine.

Der Arbeiter ist dadurch, daß er die Maschine steuert, weiterhin Anhängsel der Maschine, selbst wenn es sich um ein modernes Pilgerwalzwerk handelt, auf dem der Arbeiter nur sitzt und Knöpfe und Hebel zu bedienen hat. Er ist noch nicht eigentlich Beherrscher der Maschine, sondern er ist noch in das Maschinensystem integriert. Diese durch den Produktionsmechanismus erzwungene notwendige Disziplin ist ein sehr wichtiges Moment, denn der Zwang der objektiven Bedingungen ist die Grundlage für die Organisationsfähigkeit des Proletariats. Hier liegt auch der Unterschied zur eigentlichen vollautomatisierten Produktion, bei der der gesamte Produktionsprozeß von Schaltwarten gesteuert wird, in der der Mensch nur noch programmiert und überwacht und darüber hinaus bei der Überwachung durch Klingelzeichen

gerufen wird, wenn sein Eingreifen erforderlich wird. In der übrigen Zeit ist er gewissermaßen innerhalb seiner Arbeitszeit "frei" und nicht mehr Anhängsel der Maschine. Die in diesen Funktionen Beschäftigten kann man unter kapitalistischen Bedingungen nicht zur Arbeiterklasse zählen.

Man müßte von der Frage ausgehen, führte Jonas weiter aus, welche Bedingungen im materiellen Lebensprozeß die Arbeiterklasse objektiv formen, welche die objektiven Grundlagen sind, die bewirken, daß sie sich als Klasse bewußt wird. Die physische Arbeit ist ein wesentliches Element dieser objektiven Grundlagen. Außerdem müsse man sich darüber im klaren sein, daß in vielen Fällen, in denen von Automation und Vollautomatisierung gesprochen wird, diese hohe Stufe der Automatisierung in Wahrheit noch gar nicht erreicht ist. Auch in der kapitalistischen Welt sei sie nur in einigen wenigen Fällen erreicht.

Kuczynski schließt sich den Ausführungen von Jonas zur physischen oder manuellen Arbeit als wichtigem Kriterium für die Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse voll an und wendet sich ebenfalls gegen das Argument, daß die Automatisierung schon in ihrem gegenwärtigen Entwicklungsstand den Charakter der Arbeit grundsätzlich ändere.

Ergänzend fügt er hinzu, daß der Arbeiter im Kapitalismus unter den von Jonas beschriebenen Bedingungen nicht nur in dem Sinne Anhängsel der Maschine bleibe, daß er ein Knecht der Maschine ist, sondern auch in dem Sinne, daß er für sein ganzes Leben gewissermaßen auf die Maschine angewiesen ist. Das heißt, hier ist auch die Frage der sozialen Mobilität entscheidend.

Zwar gebe es einzelne Beispiele, daß aus Arbeitern Unternehmer wurden. Doch die Zahl dieser Beispiele ist verschwindend gering. Dagegen ist die Zahl der kleinen Angestellten, die mittlere Angestellte werden, oder die Zahl der mittleren Angestellten, die höhere Angestellte werden, ganz beträchtlich.

Hierin liege ein sehr wichtiges sozialökonomisches Unterscheidungsmerkmal. Bei der Intelligenz spiele der Mobilitätsfaktor eine noch viel größere Rolle. Als zusätzliches Moment wirkt sich ein zeitweiliger gleichartiger Entwicklungsweg aus: Gemeinsame Schulzeit und gemeinsames Studium verbinden den in der sozialen Hierarchie unbedeutenden Landadvokaten mit dem mächtigen Syndikus. Dies spielt für das Physische, die ideologische Haltung eine ganz große Rolle. Man muß sich auch die zahlreichen Zusammenkünfte vorstellen, die in der kapitalistischen Gesellschaft eine Rolle spielen, auf denen sich der kleine Landadvokat und der große Syndikus auf das herzlichste begrüßen und sich ihrer Gemeinsamkeiten (Jugendzeit, Studienzeit usw.) erinnern. Diese Art Beziehungen gelten für alle Schichten der Intelligenz. Umgekehrt müsse man auch feststellen, daß es zahlreiche überaus bekannte Mitglieder der Intelligenz gibt, die ökonomisch auf dem Niveau der mittleren Angestellten stehen - zum Beispiel berühmte Philologen usw. -, und andere Mitglieder der Intelligenz, die international so gut wie unbekannt sind, aber im Stil von Monopolherren leben. Diese Art der gesellschaftlichen Beziehungen spielen natürlich bei den Angestellten und der Intelligenz eine große Rolle. "Deshalb", schloß Kuczynski zu dieser Frage seine Ausführungen, "halte ich das Kriterium der Mobilität, das auch in dem Modell von Jonas seinen Platz hat, für ein ganz außerordentlich wichtiges Kriterium sowohl für die Arbeiterklasse auf der einen Seite wie für andere Schichten auf der anderen Seite."

Zur Abgrenzung der Arbeiterklasse von anderen Lohnarbeitern - Sind Angestellte im Kapitalismus Kleinbürger?

Ein weiterer Problemkomplex, bei den einzelnen Diskussionsteilnehmern eng verflochten mit der physischen Arbeit als Kriterium der Zugehörigkeit zur Arbeiterklasse, betraf die Abgrenzung zwischen der Arbeiterklasse und ihr nahestehenden Gruppen von Angestellten und Lohnarbeitern.

Diese Frage klingt bereits unmittelbar an bei den schon wiedergegebenen Meinungen von Kuczynski und Meyer.

Kuczynski ging von der gegenwärtigen theoretischen Situation aus, die er so charakterisierte: "Die Mehrheit der Marxisten ist der Ansicht, die Arbeiterklasse schließt die Angestellten und andere Schichten mit ein, und meint etwa wie Carey, daß in Australien 85 Prozent der Werktätigen zur Arbeiterklasse gehören. Im 'Imperialismus der BRD' wird dieser Prozentsatz mit etwa 80 Prozent angegeben. Dazu ist zu sagen, daß es damit keine führende Rolle der Arbeiterklasse mehr gäbe, denn es wäre ja praktisch niemand mehr da, der geführt würde. Bei diesem Ausmaß von Arbeiterklasse wäre das Volk 'konsequent revolutionär'. Hier handelt es sich um eine grundverschiedene Auffassung von der Lenins, denn dieser hat stets betont, daß die Mittelschichten eine Mehrheit bilden, während die Arbeiterklasse in der Minderheit ist. Das Entscheidende ist, daß die Arbeiterklasse das Volk auch so führen kann.

Außerdem ist in diesem Zusammenhang auch noch darauf aufmerksam zu machen, daß eines der Grundprobleme der Strategie des Proletariats, nämlich die Bündnisfrage, bei einem solchen Ausmaß von Arbeiterklasse praktisch entfielen.

Welche Rolle sollten noch Bündnisse mit anderen Klassen und Schichten spielen, wenn 80 bis 85 Prozent der werktätigen Masse die revolutionäre Klasse ausmachen?"

Zum Problem der Angestellten wandte sich Lötsch gegen den globalen Gebrauch dieses Terminus, der, wie er meint, heute als Generalbegriff weder wissenschaftlich noch politisch einen eindeutigen Sinn hat. Vor allem dann, wenn es um die Frage nach der Klassenzugehörigkeit geht, kann man nicht einfach danach fragen, zu welcher Klasse "die Angestellten" gehören, weil es hier um Probleme geht, die mit wesentlichen Momenten der Stellung in den Produktionsverhältnissen zu tun haben, während die Angestellten gerade in dieser Hinsicht durchaus keine sozialökonomisch einheitliche Gesamtheit darstellen.

Der Begriff "Angestellte" umfaßt zum Beispiel: nichtleitende Verwaltungsangestellte, technische Angestellte mit sehr unterschiedlichen Rollen in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, Angestellte mit ebenfalls sehr unterschiedlichen Funktionen im Staat und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, aber auch das kapitalistische Management und die staatliche Bürokratie. Die sogenannte "Schicht" der Angestellten ist in Wirklichkeit vor allem nach ihrer Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit außerordentlich heterogen.

Lötsch wandte sich vor allem gegen die von Kuczynski aufgestellte These, daß man die Angestellten im allgemeinen zum Kleinbürgertum rechnen müsse. So unterscheide sich ein beträchtlicher Teil der technischen Angestellten von den Arbeitern im eigentlichen Sinne sozialökonomisch überhaupt nicht. Sicherlich gibt es hier Unterschiede im Charakter der Tätigkeit oder in der Lohnform - aber diese Unterschiede haben mit der Frage, um die es hier geht, überhaupt nichts zu tun: Hier geht es um die Stellung in den kapitalistischen Produktionsverhältnissen. Werktätige, die im kapitalistischen Großbetrieb mit der Steuerung oder Überwachung technischer Anlagen beschäftigt sind und keinerlei soziale Leitungsfunktion ausüben, gehören selbstverständlich zur Arbeiterklasse und nicht zum "Kleinbürgertum".

Weiterhin gibt es Angestelltengruppen, die man sicher nicht ohne weiteres zur Arbeiterklasse rechnen kann, beispielsweise solche Gruppen wie Verkäuferinnen in kapitalistischen Warenhäusern. Das Wesentliche dieser Gruppen ist aber nicht die Abgrenzung von der Arbeiterklasse, sondern es sind vielmehr die in den Produktionsverhältnissen wurzelnden Gemeinsamkeiten: die Trennung von den Produktionsmitteln und die Unterwerfung unter das Ausbeutungsverhältnis. Zählt man solche Angestelltengruppen - die durchaus nicht eine zahlenmäßig bedeutungslose Minderheit darstellen - zum "Kleinbürgertum", dann wirft man sie



mit Handwerkern, Gewerbetreibenden usw., kurz: mit Eigentümern von Produktionsmitteln, in einen Topf und verwischt gerade das, worauf es in der marxistischen Klassenanalyse vor allem ankommt; die Eigentumsverhältnisse.

Selbstverständlich kann man nicht alle Angestellten, die dem Kapitalverhältnis unterworfen sind, einfach zur Arbeiterklasse zählen. Aber ebenso sicher ist, daß man nicht alle Angestellten einfach aus der Arbeiterklasse ausklammern kann. Schon gar nicht kann man sie pauschal dem "Kleinbürgertum" zuordnen. Wenn man nicht von Erscheinungsformen ausgeht, sondern von den wesentlichen Kriterien der marxistisch-leninistischen Klassentheorie, dann wird offensichtlich, daß die "Angestellten" nach den Eigentumsverhältnissen und der Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit differenziert betrachtet werden müssen.

Zu dieser Auffassung von Lötsch entgegnete Kuczynski, daß man angesichts der überwältigenden Anzahl von kleinen und mittleren innerhalb der Gesamtzahl der Angestellten durchaus von "die Angestellten" sprechen könne. Man könne, wie es Lenin getan hat, von ihnen sprechen als Kleinbürger, Kleinbourgeoisie, Mittelstand - je nachdem, wie man den Ausdruck auffaßt -, nicht aber als Teil der Arbeiterklasse. Selbstverständlich gibt es eine Reihe von Beispielen, die zeigen, daß die Angestellten ganz dicht bei der Arbeiterklasse zu finden sind, wie man umgekehrt von Arbeitern sagen kann, daß sie sich ganz dicht bei den Angestellten befinden. Aber das sind Einzelfragen, die wohl in einem bestimmten Betrieb eine Rolle spielen könnten, aber nicht in der Gesamtpolitik einer Partei.

Was ist "Großindustrie im Kapitalismus"? Gibt es außerhalb der Großindustrie revolutionäre Arbeiterklasse?

Aus Kuczynskis schriftlichem Beitrag läßt sich der Schluß ableiten, daß alle Lohnarbeiter, die nicht in Großunternehmen (sondern in kleinen und mittleren Industriebetrieben sowie im Handwerk - T. Sch.) arbeiten, die nicht an Maschinen arbeiten (das heißt Gruppen von Lohnarbeitern in der Landwirtschaft, in der Dienstleistungssphäre, im Verkehrswesen, Handel usw. - T. Sch.), nicht zur Arbeiterklasse im Sinne der "einzig wirklich revolutionären Klasse" der kapitalistischen Gesellschaft gehören.

Diese Auffassung, die schon in den schriftlichen Diskussionsbeiträgen angefochten wurde, stieß in der mündlichen Diskussion auf folgende Gegenargumente:

Erstens: Da der Begriff "Großindustrie" von Kuczynski mit keiner genaueren Größenvorstellung verbunden worden sei, sei zu befürchten, daß viele Lohnarbeiter, die man zur Arbeiterklasse als revolutionärer Klasse zählen müßte, unberücksichtigt blieben.

Kuczynski räumte ein, daß dieser Begriff bei ihm tatsächlich nicht genügend geklärt und abgegrenzt sei und legte - auf die Kritik von Hans Radandt eingehend - ergänzend die Schwierigkeit der Abgrenzung dar. "Auch bei Lenin, - worauf Radandt in seinem schriftlichen Beitrag ebenfalls hingewiesen hatte -" sagte Kuczynski, "wird der Begriff Großindustrie unterschiedlich gebraucht, zum Beispiel im Sinne großer Industriebetriebe, wenn von der Konzentration der Industrie die Rede ist, aber auch an anderen Stellen ist der Begriff Großindustrie identisch mit der Fabrik, doch niemals ist er etwa identisch mit dem Handwerk." Aber der Begriff des Handwerks sei wiederum auch sehr kompliziert zu bestimmen, wenn man zum Beispiel an Gewerke mit etwa hundert Arbeitern denke, wie es im Bauhandwerk nicht selten vorkomme. Kuczynski schlug vor, diese Einzelkomplikationen aus der Diskussion möglichst auszuschließen und etwa zu folgender Abgrenzung zu kommen. Der Begriff Großindustrie kann sich nicht nur auf Betriebe mit tausend und mehr Arbeitern beziehen, sondern muß die gesamte Fabrikindustrie umfassen.

Zweitens: Man könne die Abgrenzung hinsichtlich der Größe der kapitalistischen Betriebe nicht für die gesamte Zeit der Geschichte des Kapitalismus/Imperialismus einheitlich festlegen.

Neben Meyer und Lotte Zumpke, die diese Auffassung schon in ihren schriftlichen Berichten im Zusammenhang mit ihrer Auffassung vom Wandel der Zuordnungskriterien vertraten, ist auch Handke, wie er in der Diskussion zum Ausdruck brachte, der Meinung, daß man die im Handwerk beschäftigten Arbeiter zur Arbeiterklasse rechnen kann. Mit dem Aufkommen des Elektromotors, so meint Handke, hat der technische Fortschritt, die Maschine, wenn auch in kleinem Maßstab, in das Handwerk Eingang gefunden und die dort tätigen Arbeiter mitefaßt. Die Hinzurechnung der im Handwerk tätigen Arbeiter zur Arbeiterklasse ist bedeutsam vor allem für Länder, in denen die Kleinproduktion vorherrscht.

Drittens: Mit der Entwicklung des Imperialismus, insbesondere mit dem Proletarisierungsprozeß der verschiedensten Schichten (Angestellte, Intelligenz, Handwerker), und mit der Änderung im Charakter der Arbeit näherte sich die materielle Lebensweise dieser Schichten derjenigen der Arbeiter stark an, so daß diese Schichten einen zunehmend revolutionären Charakter annähmen.

### Sozialökonomische Bedingungen für die Herausbildung einer revolutionären Arbeiterklasse und bewußter politischer Kampf

Ein weiterer sehr wichtiger Schwerpunkt der Diskussion stellte die Frage nach dem Verhältnis von objektiven Kriterien und subjektivem Faktor hinsichtlich des revolutionären Charakters der Arbeiterklasse dar. Hansgünter Meyer betonte im Zusammenhang mit dem Diskussionsbeitrag von Jonas und in Fortsetzung und Hervorhebung einiger Gedanken seines schriftlichen Diskussionsbeitrags zu Kuczynski, daß sich in der Fragestellung "Welche Gruppen der Lohnarbeiter gehören zu demjenigen Teil, den man als 'einzig konsequent revolutionäre Arbeiterklasse' bezeichnen kann", zwei verschiedene Fragestellungen mischen: die Frage nach dem subjektiven und die Frage nach dem objektiven Faktor. So habe Lenin betont: Die Tatsache, daß jemand physische Arbeit ausführt, die Tatsache, daß jemand Lohnempfänger und Arbeiter ist, mache ihn noch nicht zum Sozialisten. Unter dem Blickwinkel der "einzig konsequent revolutionären Klasse" müsse man vor allen Dingen die Frage sehen, wie der wissenschaftliche Sozialismus in die Arbeiterklasse eindringt, welche politische Qualität die Arbeiterbewegung hat. In diesem Zusammenhang müsse sich die Frage anschließen: Welche objektiven sozialökonomischen Voraussetzungen sind hier wirksam, wozu auch die Konzentration der Arbeiterklasse in bestimmten Industriegebieten, Ballungszentren, Großbetrieben gehört.

Damit, meinte Meyer, gelange man zu einer etwas anderen Problemstellung als Jonas, nämlich zu der Frage: Wie klassifizieren sich die Lohnarbeiter hinsichtlich ihrer Beteiligung an der revolutionären Bewegung nach dem Charakter der Tätigkeit und anderen Merkmalen? Welche Bedingungen besonders günstig für die Herausbildung eines konsequent revolutionären Teils der Arbeiterklasse sind, sei eine weitere Frage. Die von Jonas angeführten Kriterien trügen zu ihrer Beantwortung bei. Doch diese Kriterien seien nicht vollständig, weil eben ein so wesentliches wie der Grad der Organisiertheit ebenfalls dazugehörten. Meyer will also methodisch die Frage nach den Quellen, nach den Ursprüngen, nach den sozialökonomischen Bedingungen des revolutionären Charakters der Arbeiterklasse trennen von der Frage der Klassifizierung der Lohnarbeiter nach Gesichtspunkten, die es gestatten, den Kern der Arbeiterklasse und die Klassengrenzen schärfer zu erfassen (ohne den dialektischen Zusammenhang dieser Probleme negieren zu wollen).

Wie schon in ihrem schriftlich vorliegenden Diskussionsbeitrag, betonte Lotte Zumppe auch in der mündlichen Diskussion die Notwendigkeit der Trennung zwischen der sozialökonomischen Herausbildung der Arbeiterklasse und der Entwicklung des subjektiven Faktors, das heißt der Klasse als revolutionärer Klasse. Hinsichtlich der sozialökonomischen Bestimmung sei eine relativ genaue Abgrenzung möglich, da sich hier objektive Kriterien festlegen lassen. Dafür sei auch das von Jonas angeführte Schema sehr nützlich. Bei der Suche nach Kriterien müsse man aber überlegen, welche Faktoren sich im Laufe der historischen Entwicklung ändern und welche Faktoren die gesamte Epoche überdauern.

Eine zweite Frage sei die Herausbildung des subjektiven Faktors. Er könne sich innerhalb dieser oder jener Gruppen der Arbeiterklasse schneller oder langsamer entwickeln. Diese Prozesse zu beobachten und den subjektiven Faktor zu fördern, gehöre schließlich auch zur Hauptaufgabe der Arbeiterparteien als der revolutionären Vorhut der Arbeiterklasse. Gehe es ihnen doch nicht zuletzt darum, das Klassenbewußtsein der Arbeiterklasse zu entwickeln, zu festigen und sie zu entsprechender politischer Aktivität zu befähigen. Je nach der Situation müssen sie sich auf die einzelnen Kategorien der Arbeiterklasse einstellen, um sie im politischen Kampf führen zu können, bzw. die Frage stellen, wie die Arbeiterklasse ihrer historischen Mission gerecht wird. Doch für diesen subjektiven Faktor ändern sich die Bedingungen im Laufe der historischen Entwicklung ganz wesentlich. Bedenken wir zum Beispiel, wie sehr sich die Situation in den Großbetrieben geändert hat, wie stark heute seitens der Monopolherren durch Korrumptierung, geistige Manipulierung und andere Maßnahmen versucht wird, das revolutionäre Bewußtsein zu paralysieren. Diese beiden Seiten - objektive Kriterien für die sozialökonomische Herausbildung und Bedingungen für den subjektiven Faktor - muß man trennen, wenn man die Frage nach dem revolutionären Charakter der Arbeiterklasse stellt.

Zur Frage der Trennung der sozialökonomischen Kriterien vom subjektiven Faktor führte Kuczynski aus, daß die sozialökonomischen Kriterien - man könnte sie auch ökonomische Kriterien nennen - die Basis für die Entwicklung des subjektiven Faktors sind.

Meyers Forderung, auch subjektive Faktoren in die Zuordnungskriterien zur Arbeiterklasse miteinzubeziehen, begegnete Kuczynski mit der These: Die durch bestimmte sozialökonomische Faktoren geformte Arbeiterklasse ist die konsequent revolutionäre Klasse der Gesellschaft. Das sei die Ausgangsbasis. Doch dürfe man daraus nicht den Schluß ableiten, daß etwa jeder einzelne Arbeiter konsequent revolutionär sei oder zu einem bestimmten Zeitpunkt die Arbeiter einer bestimmten Kategorie oder einer bestimmten Industrie zwangsläufig revolutionär seien.

Sehr bedenklich erscheint Kuczynski, daß Meyer Angehörige der Arbeiteraristokratie nicht zur Arbeiterklasse rechnen wolle. Kuczynski führte aus: "Zunächst einmal ist festzustellen, die Arbeiteraristokratie ist bestochen. Das hat aber nichts damit zu tun, daß sie objektiv einen revolutionären Charakter hat. Wenn man bestochen sagt, so hängt das nur mit dem Lohn zusammen, im Vergleich zum Lohn der anderen Arbeiter. Es handelt sich also um eine speziell ökonomische Kategorie. Das aber ist natürlich die Basis für die Anfälligkeit des subjektiven Faktors innerhalb dieses Teils der Arbeiterklasse, für seine geringere Widerstandskraft gegen Korruption. Doch es wäre völlig verfehlt zu glauben, daß etwa die Arbeiteraristokratie 'an sich' weniger revolutionär wäre als andere Schichten der Arbeiterklasse. Man kann sagen: Die Arbeiteraristokratie ist der Nährboden für den Opportunismus, und es gibt viele Opportunisten in ihr. Aber es hat noch keine Revolution des Proletariats gegeben, in der nicht die gelernten Metallarbeiter mit an der Spitze der revolutionären Schichten standen. Die Textilarbeiter, die im allgemeinen nicht zur Arbeiteraristokratie gehören, haben dabei eine wesentlich geringere Rolle gespielt, was aber keineswegs immer so sein muß. Ebenso gut kann man sich eine Revolution vorstellen, in der die Textilarbeiter eine besondere Rolle spielen. Das ist eine Frage des historischen Moments.

Der historische Moment, die historische Situation ist für den subjektiven Faktor selbstverständlich von ganz entscheidender Bedeutung. Hierher gehört auch die Frage der Arbeit der Partei. Die Partei konzentriert ihre Arbeit auf ganz bestimmte Abteilungen der Arbeiter, zum Beispiel auf die Arbeiter in bestimmten strategisch wichtigen Industriezweigen. Doch hat das nichts zu tun mit der Frage, ob bestimmte Schichten in der Industrie nach der sozialökonomischen Bestimmung, wie ich sie vorgenommen habe, mehr oder weniger revolutionär sind. Deshalb bin ich auch nicht einverstanden, wenn gesagt wird, daß die Arbeiter in den imperialistischen Großbetrieben heute weniger revolutionär sind."

Sehr entschieden wandte sich Kuczynski gegen die Auffassung, daß zwar bestimmte Schichten sozialökonomisch nicht als Arbeiterklasse bezeichnet werden können, aber "aus politischer Notwendigkeit" zur Arbeiterklasse gerechnet werden müssen. "Als Marxisten müssen wir davon ausgehen, daß die sozialökonomische Bestimmung, die Bestimmung aus den Produktionsverhältnissen und aus den Produktivkräften, das heißt aus der Produktionsweise heraus, die entscheidende ist und daß es ganz gefährlich wäre, aus taktischen oder strategischen Gründen - wie immer man das nennen will -, aus politischer Notwendigkeit, plötzlich eine bestimmte Schicht zur Arbeiterklasse rechnen zu wollen. Da die Ideologie letztlich durch sozialökonomische Faktoren bestimmt wird und wir eben in der Bündnistaktik mit diesen sozialökonomisch bestimmten Ideologien rechnen müssen, wäre unsere Bündnistaktik völlig desorientiert, wenn wir plötzlich Gruppen zur Arbeiterklasse rechnen, die sozialökonomisch nicht dazugehören."

#### Widersprüche und Gegenmeinungen - einige Fragen zur Diskussion

- Als das wesentliche Kriterium für die Abgrenzung zwischen Arbeitern und Angestellten wurde von einigen Diskussionsteilnehmern die mit Maschinen verbundene physische Arbeit angesetzt. Andere sagten, für die Abgrenzung zwischen Arbeitern und Angestellten sei vielmehr die Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit entscheidend.  
Frage: Ist nicht der Charakter der Tätigkeit sehr entscheidend für die Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit? Inwieweit ist der Charakter der Tätigkeit dafür entscheidend, inwieweit ist er es nicht?
- Was heißt revolutionär? Für Kuczynski ist "revolutionär" im Sinne der Arbeiterklasse eine durch ökonomische Verhältnisse determinierte Gesetzmäßigkeit, eine objektive Eigenschaft der Klasse. Damit ist nicht gesagt, daß jeder einzelne, der der Klasse angehört, jede einzelne Gruppe revolutionär ist. Oder ist revolutionär eine Frage des Klassenbewußtseins, des sich Bewußtwerdens der Klassenlage aufgrund der Aneignung der Einsichten in die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung, insbesondere der Klassenverhältnisse und der darauf basierenden politischen Verhältnisse?
- Verzichtet Kuczynski darauf, von der Klassendefinition auszugehen, wenn er sagt "Der Charakter der Arbeiterklasse wird durch die Arbeit im Großbetrieb, an vom Kapital privat in Eigentum besessenen Maschinen bestimmt"?

Oder handelt es sich hierbei nicht um eine konzentrierte Anwendung der Klassendefinition auf die Arbeiterklasse, in der das "geschichtlich bestimmte System der gesellschaftlichen Produktion", das "Verhältnis zu den Produktionsmitteln" (Lenin) zum Ausdruck kommt?

Kommt hier bzw. inwieweit kommt hier die "Rolle in der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit" und die "Art der Erlangung und der Größe des Anteils am gesellschaftlichen Reichtum" zum Ausdruck oder nicht zum Ausdruck?

Die Redaktion hat den Wunsch, daß die Diskussion in den Seiten des Jahrbuchs, wenn möglich auch unter Einbeziehung neuerer Veröffentlichungen, fortgesetzt wird.

### IN WERDEN MIT ZITIEREN

Die Teilnehmenden und die Komplexität der Welt unserer Republik auch sehr geringe Fortschritte, das weitgehendste Interesse entgegenbrachte – so reich der Ausgang der Arbeit war. Die sozialistische Gegenwart der DDR – zwischen von verschiedenen der Arbeit eines langjährigen interdisziplinären Forscherteams, das in der Lage ist, auf einer abschließenden theoretischen und methodologischen Basis zu arbeiten, notwendig auf ein neues Werk wurde es möglich, Beiträge für eine erfolgreiche konzeptionelle, theoretische und methodologische Arbeit zu schaffen. Der interdisziplinäre Charakter – bestimmt aus den Notwendigkeiten der Forschungswissenschaft – spiegelt sich sehr deutlich im Teilnehmenden durch der 8. Jahrestagung wissenschaftlicher der Akademie der Wissenschaften der DDR, der Bergakademie Freiberg, der Volkshochschule "Friedrich List" Dresden, der Hörsperischen Hochschule Dresden, der Humboldt-Universität Berlin, der Karl-Marx-Universität Leipzig, der Martin-Luther-Universität Halle und der Technischen Universität Dresden veröffentlichten folgende wissenschaftliche Veranstaltungen: Vorträge- und Tagungsberichte, Tagungs- und Wissenschaftsberichte, Chronik- und historische Geographie, Verkehrsgeographie, Geschichte der Geographie und der Berufsausbildung sowie sprachliche Beiträge.

Das Anliegen der 8. Jahrestagung bestand darin, ausgehend von den Ergebnissen und Dokumenten des VII. Parteitages der SED und von den Aufgaben, die die Jugend der OGB der Wissenschaften der DDR am 14. 10. 1971 in Berlin formuliert hatte, den in der vorliegenden Arbeit die wichtigsten Ergebnisse der Forschung und der methodologischen und methodologischen Erkenntnisse darzustellen, zu vertiefen, die Bedeutung und die inhaltlichen Schwerpunkte der weiteren Arbeit zu präzisieren. Den Tagungsteilnehmern lag ein als Arbeitsergebnis gewonnener "Grundriß der Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland" sowie ein methodologischer Forschungsplanentwurf vor. Der Forschungsplanentwurf zielt die wichtigsten Linien der Entwicklung der historischen Phasen und Perioden, in den Teilnehmenden der gesellschaftlichen Produktivkräfte und in der methodologischen Übertragung der Hypothese später.

Eingeleitet und bestimmt wurde die Diskussion im Hinblick auf die vier Arbeitsfragen durch das Referat des Produktivkräfte, Prof. Dr. habil. Wolfgang Jenz.

Im ersten Teil jeder Ausführungen stehen sich der Referent mit den Funktionen einer Geschichte der Produktivkräfte auseinander. Er unterstreicht sehr deutlich die Grundkomponente des Menschlichen Materialismus von der primär menschlichen Rolle der gesellschaftlichen Produktivkräfte für den gesellschaftlichen Entwicklungsprozess und zielt im Zusammenhang damit die Bedeutung der Erforschung der Entwicklung der Produktivkräfte ab. Er die Vertiefung dieser marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaften als auch die die intensive Planung und Durchführung der gesellschaftlichen Produktivkräfte auf der Basis einer objektiven wissenschaftlichen Methode durch die Arbeitsergebnisse im Materialismus. Mit der Vertiefung der Grundfrage von der menschlichen Produktivkräfte – in der der Produktivkräfte, der Produktivkräfte und der Mensch bildet die Produktivkräfteforschung einen wesentlichen Beitrag bei der Aufklärung der gesellschaftlichen Wege zur Verbindung der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Verträgen des Sozialismus.

ZUR 3. JAHRESTAGUNG DES ARBEITSKOLLEKTIVS ZUR ERFORSCHUNG DER  
"GESCHICHTE DER PRODUKTIVKRÄFTE" VOM 22. 11. BIS 26. 11. 1971  
IN WEISSIG BEI RATHEN

Die Vielschichtigkeit und die Komplexität dieses in unserer Republik noch sehr jungen Forschungszweiges, der weitgespannte Untersuchungszeitraum - er reicht vom Ausgang des 15. Jahrhunderts bis in die sozialistische Gegenwart der DDR - machten von vornherein den Aufbau eines homogenen interdisziplinären Forscherkollektivs, das in der Lage ist, auf einer einheitlichen theoretischen und methodologischen Basis zu arbeiten, notwendig. Nur auf diesem Wege wurde es möglich, Bedingungen für eine erfolgreiche konzeptionelle, theoretische und methodologische Arbeit zu schaffen. Der interdisziplinäre Charakter - abgeleitet aus den Notwendigkeiten der Forschungsproblematik - spiegelte sich unter anderem im Teilnehmerkreis auch der 3. Jahrestagung wider. Wissenschaftler der Akademie der Wissenschaften der DDR, der Bergakademie Freiberg, der Verkehrshochschule "Friedrich List" Dresden, der Pädagogischen Hochschule Potsdam, der Humboldt-Universität Berlin, der Karl-Marx-Universität Leipzig, der Martin-Luther-Universität Halle und der Technischen Universität Dresden repräsentierten folgende wissenschaftliche Disziplinen: Wirtschafts- und Agrargeschichte, Technik- und Wissenschaftsgeschichte, Ökonomisch-historische Geographie, Verkehrsgeschichte, Geschichte der Pädagogik und der Berufsausbildung sowie sozialistische Betriebswirtschaft.

Das Anliegen der 3. Jahrestagung bestand darin, ausgehend von den Beschlüssen und Dokumenten des VIII. Parteitagess der SED und von den Aufgaben, die die Tagung der Gesellschaftswissenschaftler der DDR am 14. 10. 1971 in Berlin formuliert hatte, den in der vergangenen Arbeitsphase erreichten Forschungsstand und den theoretischen und methodologischen Erkenntnisgrad kritisch zu werten, zu vertiefen, die Richtung und die inhaltlichen Schwerpunkte der weiteren Arbeit zu präzisieren. Den Tagungsteilnehmern lag ein als Arbeitsmaterial gestalteter "Grundriß der Geschichte der Produktivkräfte in Deutschland" sowie ein umfangreicher Forschungsplanentwurf vor. Der Forschungsplanentwurf macht die bestehenden Lücken in der Erforschung der historischen Epochen und Perioden, in den Teilbereichen der gesellschaftlichen Produktivkräfte und in der theoretischen Durchdringung der Problematik sichtbar.

Eingeleitet und bestimmt wurde die Diskussion im Plenum und in den vier Arbeitskreisen durch das Referat des Projektleiters, Prof. Dr. habil. Wolfgang Jonas.

Im ersten Teil seiner Ausführungen setzte sich der Referent mit den Funktionen einer Geschichte der Produktivkräfte auseinander. Er unterstrich unter anderem die Grunderkenntnis des historischen Materialismus von der primär entscheidenden Rolle der gesellschaftlichen Produktivkräfte für den gesamtgesellschaftlichen Entwicklungsprozeß und zeigte im Zusammenhang damit die Bedeutung der Erforschung der Geschichte der Produktivkräfte sowohl für die Vertiefung unseres marxistisch-leninistischen Geschichtsbildes als auch für die bewußte Planung und Entwicklung der gesellschaftlichen Produktivkräfte auf der Basis ihrer objektiv wirkenden Gesetze durch die Arbeiterklasse im Sozialismus. Mit der Vertiefung der Kenntnisse von den dialektischen Wechselbeziehungen zwischen den Produktivkräften, den Produktionsverhältnissen und dem Überbau leistet die Produktivkräfteforschung einen wesentlichen Beitrag bei der Auffindung der geeignetsten Wege zur Verbindung der wissenschaftlich-technischen Revolution mit den Vorzügen des Sozialismus.

Im anschließenden Teil befaßte sich der Referent mit der publizistischen Grundanlage des Forschungsprojektes. Sie zielt darauf ab, basierend auf einem hohen theoretischen Niveau, dem Leser ein tiefes Verständnis der historischen Prozesse zu vermitteln, das Denken in Systemzusammenhängen zu fördern, ihn zu befähigen, grundlegende theoretische Erkenntnisse aus der Geschichte zu schöpfen.

Der letzte Teil der Ausführungen von Prof. Jonas war der Grundlinie der weiteren Arbeit gewidmet und er warf eine Reihe theoretischer Probleme auf. Er ging dabei unter anderem auf die Vorzüge der interdisziplinären Arbeit, des interdisziplinären Meinungsstreites unter dem Aspekt ihrer positiven Wirkungen gegen die Gefahr einer theoretischen und methodologischen Vereinseitigung der Einzeldisziplinen ein und unterstrich die Notwendigkeit des zielstrebigen, wenn auch ausgewogenen stufenweisen Ausbaus der interdisziplinären Arbeit am Forschungsprojekt Geschichte der Produktivkräfte.

Die sich anschließenden Diskussionen, deren Anliegen nicht zuletzt darin bestand, den vorgelegten Forschungsplanentwurf thematisch und theoretisch zu bereichern, gruppieren sich um Problemkreise wie die Frage der Periodisierung der Geschichte der Produktivkräfte; die Einordnung der deutschen Entwicklung in den welthistorischen Prozeß; die Rolle und Funktion des Produzenten in den verschiedenen Gesellschaftsformationen; die Problematik der Arbeitsteilung; das Problem der Entwicklung der Wissenschaft zur Produktivkraft; Fragestellungen im Zusammenhang mit den Elementen und dem System der gesellschaftlichen Produktivkräfte.

Im Ergebnis der Arbeitstagung, die die theoretische und methodologische Geschlossenheit des Forscherkollektivs weiter festigte, wurde für die künftige Arbeit folgendes festgelegt. Entsprechend den gesellschaftlichen Bedürfnissen, die die Auseinandersetzung mit der imperialistischen Ideologie einschließen, werden in den nächsten Arbeitsetappen die Forschungskapazitäten auf die Ausarbeitung der Geschichte der Produktivkräfte im 19. Jahrhundert und in der DDR konzentriert. Primärquellenstudium, verbunden mit monographischen Arbeiten, und theoretische Diskussionen werden als notwendige Zwischenstufen für die Erarbeitung der ersten Teile einer Gesamtdarstellung der Geschichte der Produktivkräfte in den genannten Perioden die Arbeit und das wissenschaftliche Leben dieses Forscherkollektivs prägen.

Karl Lärmer

## **Bibliographie**



HOCHSCHULSCHRIFTEN ZUR WIRTSCHAFTSGESCHICHTE

von Renate Günther

Günter Barthel

DIE INDUSTRIALISIERUNG AUSGEWÄHLTER OSTARABISCHER LÄNDER IM PROZESS  
DER WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN REVOLUTION - PROBLEME UND TENDENZEN

Dissertation B (30. 11. 1970)

Sektion Afrika- und Nahostwissenschaften, Karl-Marx-Universität Leipzig

Vorwort

1. Die historische und politische Bedeutung der Industrialisierung in den ostarabischen Ländern im Prozeß des weltweiten Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus
  - 1.1. Die Industrialisierung als Wachstumsfaktor und Bestandteil gesellschaftlicher Veränderungen
  - 1.2. Die nichtkapitalistische Entwicklung als der den anstehenden Problemen adäquate Lösungsweg
2. Die wissenschaftlich-technische Revolution und die vorhandenen materiellen Grundlagen für die Industrialisierung
  - 2.1. Die extraktive Industrie
    - 2.1.1. Allgemeine Charakteristika
    - 2.1.2. Die erforschten Bodenschätze
    - 2.1.3. Nationale Erdölpolitik im Interesse der ökonomischen Unabhängigkeit
  - 2.2. Der Agrarsektor
    - 2.2.1. Nahrungsmitteldefizit und Lebensmittelimporte
    - 2.2.2. Die Zulieferkapazität für die auf landwirtschaftlichen Rohstoffen basierende verarbeitende Industrie und der Agrarsektor als Absatzmarkt für Industriewaren
  - 2.3. Struktur und Ausstrahlungskraft der Industrie
3. Die dynamische Entwicklung als ein Erfordernis der wissenschaftlich-technischen Revolution
  - 3.1. Die Gesetzmäßigkeiten der Industrialisierung
    - 3.1.1. Wachstumstempo und volkswirtschaftliche Proportionen
    - 3.1.2. Zwang und Realität der Umgestaltung
    - 3.1.3. Die quantitative Widerspiegelung
  - 3.2. Industrialisierung und dynamische Zweige
    - 3.2.1. Der Einfluß ökonomischer und technischer Wandlungen auf die Zweigstruktur
    - 3.2.2. Faktoren der Strukturentscheidung
  - 3.3. Die Wahl der Technik und die Absorbierung überschüssiger Arbeitskräfte - Alternative oder Kompromiß
    - 3.3.1. Die Ausgangssituation

- 3.3.2. Kapital- oder arbeitsintensiver Weg
- 3.3.3. Kombination verschiedener Wege
- 3.3.4. Die Notwendigkeit der Qualifizierung von Arbeitskräften
- 4. Industrialisierung und Außenhandel
  - 4.1. Imperialistische Handelsschranken und koloniales Erbe als Hemmnisse für die Ausdehnung der Exporte
  - 4.2. Gedanken zur gegenwärtigen Außenhandelssituation
    - 4.2.1. Strukturveränderungen und ihre Ursachen
    - 4.2.2. Erweiterte Reproduktion und Stabilisierung durch den Handel mit den sozialistischen Staaten
  - 4.3. Der Beitrag des Außenhandels zur komplexen und dynamischen Industrialisierung im Verlauf der wissenschaftlich-technischen Revolution
    - 4.3.1. Zu einigen grundlegenden Aufgaben des Außenhandels
    - 4.3.2. Maximaler Nationaleinkommenszuwachs durch optimierte Austauschrelationen
    - 4.3.3. Kriterien für die Etablierung von Exportindustrien
- 5. Zusammenfassung

Béla Bélafi

## PROBLEME DES HABSBURGISCHEN BERGBAUS UND HÜTTENWESENS WÄHREND DER INDUSTRIELLEN REVOLUTION

Dissertation A (25. 9. 1970)  
 Fakultät für Gesellschaftswissenschaften des  
 Wissenschaftlichen Rates der  
 Bergakademie Freiberg

### Einleitende Bemerkungen

- 1. Grundlagen der Wirtschaftspolitik der habsburgischen Monarchie und industrielle Revolution
  - 1.1. Zu Fragen der industriellen Revolution
  - 1.2. Voraussetzungen der Wirtschaft der habsburgischen Monarchie während der industriellen Revolution
- 2. Die Montan- und Hüttenproduktion der habsburgischen Monarchie während der industriellen Revolution
  - 2.1. Das Zurückgehen der Edelmetallproduktion
  - 2.2. Kupfer und andere Nichteisenmetalle
  - 2.3. Die Entwicklung der Eisenerzeugung
  - 2.4. Die Entwicklung der Kohlenproduktion

## 2.5. Zusammenfassung

3. Die Besitzverhältnisse im habsburgischen Bergbau und Hüttenwesen
  - 3.1. Der staatliche Besitz im Berg- und Hüttenbereich
  - 3.2. Die Berg- und Hüttenproduktion des Adels
  - 3.3. Die privatkapitalistische Berg- und Hüttenproduktion
4. Probleme der Entwicklung der Technik im Berg- und Hüttenwesen der habsburgischen Monarchie während der industriellen Revolution
  - 4.1. Die feudalen Produktionsverhältnisse und die Auswirkungen auf das Berg- und Hüttenwesen
    - a) Das Direktionsprinzip
    - b) Die mangelnde Konzentration des Kapitals im Berg- und Hüttenwesen
    - c) Der Konkurrent Holz
    - d) Die Kommunikationsmittel
    - e) Die ausländische Konkurrenz
  - 4.2. Das Zurückbleiben des technischen Niveaus im österreichischen Bergbau
    - a) Versuche zur Verbesserung der Gewinnungsmethoden
    - b) Der Transport unter Tage
    - c) Der Transport über Tage
  - 4.3. Das Zurückbleiben des technischen Niveaus im österreichischen Hüttenwesen
5. Zur Lage der Berg- und Hüttenarbeiter der habsburgischen Monarchie während der industriellen Revolution

Heinz Beyer/Helga Kanzig

ZUR WIRTSCHAFTSPOLITIK DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS BEI DER ANWENDUNG DES NEUEN ÖKONOMISCHEN SYSTEMS DER PLANUNG UND LEITUNG DER VOLKSWIRTSCHAFT IN DER INDUSTRIE DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK (1963 BIS DEZEMBER 1965)

Dissertation A (13. 5. 1971)

Institut für Gesellschaftswissenschaften

beim Zentralkomitee der SED

Lehrstuhl Geschichte der Arbeiterbewegung

Vorwort

Kapitel 1

Grundprobleme der Wirtschaftspolitik der SED und ihre Lösung im Prozeß der Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (1963/1964)

1. Das Programm der SED - Grundlage der Wirtschaftspolitik zur Ausarbeitung und Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
2. Der Übergang von der Ausarbeitung zur Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (Juli 1963 bis Februar 1964)

3. Die wissenschaftlich-begründete Führungstätigkeit der SED und des sozialistischen Staates zur Lösung der ökonomischen Hauptaufgabe des Jahres 1964
  - 3.1. Die Konzeption zur allseitigen Stärkung der DDR im Wirtschaftsjahr 1964
  - 3.2. Die Einheit von Produktions- und Territorialprinzip als ein wesentliches Moment der wissenschaftlichen Wirtschaftsführung im neuen ökonomischen System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
  - 3.3. Praktisch-politische Maßnahmen der zentralen Partei- und Staatsorgane zur Durchsetzung der Wirtschaftspolitik
4. Die Entwicklung der VVB zu ökonomischen Leitungsorganen und die Erprobung und schrittweise Durchsetzung von Gesetzen und Kategorien der sozialistischen Ökonomik
  - 4.1. Die Stellung der VVB in der Volkswirtschaft in der ersten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
  - 4.2. Erfahrungen der VVB Schiffbau und Hochseefischerei. Die Perspektivplangruppen der VVB
  - 4.3. Die wirtschaftliche Rechnungsführung der VVB
  - 4.4. Die Umbewertung der Grundmittel und die Industriepreisreform
5. Der Wettbewerb zum 15. Jahrestag der Gründung der DDR. Die Entstehung neuer Formen der sozialistischen Demokratie
6. Die Vorbereitung von Grundsatzlösungen zur Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in anderen Bereichen der Volkswirtschaft

## Kapitel 2

Die Politik der SED und des sozialistischen Staates zur weiteren Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft und zur Vorbereitung des Perspektivplanes im Jahre 1965

1. Die theoretische und politisch-ideologische Klärung von Grunderfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution durch die SED
2. Die Wirtschaftspolitik zur Erfüllung der Hauptaufgaben des Volkswirtschaftsplanes 1965 und zur weiteren Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
  - 2.1. Die weitere Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts in der Industrie der DDR
  - 2.2. Zu einigen Grundproblemen der weiteren Anwendung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung im Kampf um die Erfüllung des Volkswirtschaftsplanes 1965
  - 2.3. Der internationale Erfahrungsaustausch zur weiteren Vervollkommnung des sozialistischen Planungs- und Leitungssystems
3. Die Ausarbeitung und Anwendung von Grundsätzen des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft im Bereich der örtlichen Organe der Staatsmacht
4. Die Wirtschaftspolitik der SED zur Ausarbeitung des Perspektivplanes der Entwicklung der Volkswirtschaft 1966 bis 1970

## Kapitel 3

Die Ergebnisse der ersten Etappe und der Beginn der zweiten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung

1. Die konkreten Ergebnisse der Wirtschaftspolitik der SED in der ersten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft
2. Das Wesen der ersten Etappe des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft. Die historische Bedeutung der 11. Tagung des Zentralkomitees der SED

Heinz Bonk

NEUE BEDINGUNGEN DER REPRODUKTION DER ARBEITSKRAFT UND WIDERSPRÜCHE AUF DEM GEBIET DER KONSUMTION DER ARBEITERKLASSE ALS OBJEKTIVE GRUNDLAGEN FÜR DIE ENTSTEHUNG NEUER TREIBKRÄFTE DES KLASSENKAMPFES IM STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

Dissertation A (April 1971)

Institut für Gesellschaftswissenschaften  
beim ZK der SED Berlin

### Einleitung

1. Objektive Ursachen, Inhalt und Konsequenzen einiger wesentlicher Veränderungen auf dem Gebiet der Konsumtion der Arbeiterklasse in den industriell entwickelten Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus
  - 1.1. Herausbildung einiger neuer Bedingungen für die Reproduktion der Arbeitskraft
  - 1.2. Veränderungen in den Bedürfnissen der Arbeiterklasse unter den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen
  - 1.3. Die Herausbildung einiger neuer Tendenzen auf dem Gebiet der Konsumtion der Arbeiterklasse
2. Der Klasseninhalt und die objektiven Schranken der staatsmonopolistischen Reaktion auf die Verschärfung der Widersprüche auf dem Gebiet der Konsumtion der Arbeiterklasse
  - 2.1. Die wachsende Widersprüchlichkeit auf dem Gebiet der Entwicklung der Konsumtion der Arbeiterklasse in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus
  - 2.2. Der Klasseninhalt der staatsmonopolistischen Reaktion auf die Verschärfung der Widersprüche auf dem Gebiet der Konsumtion der Arbeiterklasse
    - 2.2.1. Die Manipulierung der Bedürfnisse und der Konsumtion der Arbeiterklasse durch das Monopolkapital
    - 2.2.2. Die Unterordnung der gesellschaftlichen Konsumtion der Arbeiterklasse unter die Interessen des Monopolkapitals
  - 2.3. Objektive Schranken des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf dem Gebiet der Entwicklung der gesellschaftlichen Konsumtion der Arbeiterklasse

3. Über Notwendigkeit, Inhalt und Funktion einer demokratischen Alternative der Arbeiterklasse auf dem Gebiet der Konsumtion in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus

Werner Chrenko

## ZU DEN ÖKONOMISCHEN URSACHEN DER ABWANDERUNG DER AGRARISCHEN ÜBERBEVÖLKERUNG AUS DER LANDWIRTSCHAFT IN ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Dissertation A (25. 9. 1970)

Wissenschaftlicher Rat der  
Hochschule für Ökonomie  
in Berlin

### Vorwort

1. Bedeutung, Umfang und Charakter der Abwanderung der Bevölkerung aus der Landwirtschaft in Entwicklungsländern
  - 1.1. Die Bedeutung der Abwanderung der Bevölkerung aus der Landwirtschaft in Entwicklungsländern im Prozeß der ökonomischen Entwicklung
  - 1.2. Zum Umfang der Abwanderungsprozesse und zu ihrer zukünftigen Entwicklung
  - 1.3. Die Bestimmung des historischen Platzes der Abwanderung der Bevölkerung aus der Landwirtschaft in Entwicklungsländern
2. Die Repulsionswirkung der Landwirtschaft im Prozeß der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung
  - 2.1. Zum Widerspruch zwischen Produktionsweise und Bevölkerungsentwicklung
  - 2.2. Die widersprüchliche Rolle der Rente im halbfeudalen System in bezug auf die Abwanderung der überschüssigen agrarischen Bevölkerung
  - 2.3. Die Funktion des agrikolen Mehrprodukts im Prozeß der Abwanderung der ländlichen Bevölkerung
3. Die Attraktionswirkung der Industrie im Prozeß der Zuwanderung der agrarischen Überbevölkerung
  - 3.1. Zusammenhänge zwischen der Akkumulation des Kapitals und der Abwanderung der agrarischen Überbevölkerung
  - 3.2. Beziehungen zwischen der Arbeitskräftebewegung der Industrie und der Abwanderung der agrarischen Überbevölkerung
4. Einige abschließende Betrachtungen und Schlußfolgerungen

ZUM WEITEREN AUSBAU DES STAATSMONOPOLISTISCHEN APPARATES DER FASCHISTISCHEN KRIEGSWIRTSCHAFT IN DEN JAHREN 1943 BIS 1945 UND ZUR ROLLE DER SS UND DER KONZENTRATIONSLAGER IM RAHMEN DER RÜSTUNGSPOLITIK, DARGESTELLT AM BEISPIEL DER UNTERIRDISCHEN VERLAGERUNG VON TEILEN DER RÜSTUNGSINDUSTRIE

Dissertation A (3. 12. 1970)  
Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät  
des Wissenschaftlichen Rates der  
Humboldt-Universität zu Berlin

1. Vorwort
2. Vorbemerkungen
3. Die Lage des faschistischen Deutschlands im Jahre 1943
  - 3.1. Die Krise des faschistischen Systems im Jahre 1943
    - 3.1.1. Die militärische und politische Krise
    - 3.1.2. Die Krise der deutschen Rüstungswirtschaft
  - 3.2. Auseinandersetzungen und Konkurrenzkampf in der Monopolindustrie
    - 3.2.1. Die Monopolgruppe Chemie-Elektro und die Kohle-Stahl-Gruppe - Die Zuordnung der Flugzeugindustrie zu den Monopolgruppen
    - 3.2.2. Das Problem der Arbeitskräfte und seine Bedeutung für den Konkurrenzkampf
4. Der Beginn der unterirdischen Verlagerung von Teilen der deutschen Rüstungsindustrie
  - 4.1. Die unterirdische Verlagerung - eine Möglichkeit, die Kapazitäten der deutschen Rüstungsindustrie zu erhalten
    - 4.1.1. Die Luftkriegstheorie Douhets und die ersten Anfänge der unterirdischen Verlagerung
    - 4.1.2. Der Umfang der alliierten Bombardierungen der deutschen Wirtschaft und der Beginn der Verlegung der Rüstungsindustrie
    - 4.1.3. Der Umfang und die Bedeutung der unterirdischen Verlagerungen
  - 4.2. Die unterirdische Produktionsstätte Mittelwerk GmbH und das Konzentrationslager Dora-Mittelbau
    - 4.2.1. Das Verhältnis zwischen Monopolindustrie und SS
    - 4.2.2. Das "R-Programm" und die unterirdische Verlagerung in den Kohnstein - Die spezifische Aufgabe der SS beim Auf- und Ausbau der Produktionsanlage und des Häftlingseinsatzes
    - 4.2.3. Die besondere Rolle des Bauwesens und seine Struktur vor Beginn der unterirdischen Verlagerung
5. Die unterirdische Verlagerung und der Konkurrenzkampf der Monopole
  - 5.1. Die Widerspiegelung des Konkurrenzkampfes innerhalb des staatsmonopolistischen Machtmechanismus

- 5.1.1. Die Entwicklung der staatsmonopolistischen Regulierungsorgane der faschistischen Kriegswirtschaft
- 5.1.2. Die Rolle der Luftrüstung in der Kriegswirtschaft und ihre staatsmonopolistische Lenkung
- 5.1.3. Die Schaffung eines künstlichen Arbeitskräftemarktes für die Zwecke der Luftrüstung durch die SS
- 5.2. Die Flugzeugindustrie als treibende Kraft der unterirdischen Verlagerung
  - 5.2.1. Die Entwicklung der unterirdischen Verlagerung
  - 5.2.2. Die Verlagerungsprogramme (Der Jägerstab; das Geilenberg-Programm; der Rüstungsstab)
6. Die Handlangerrolle der SS bei der unterirdischen Verlagerung
  - 6.1. Die Organisation Kammler
    - 6.1.1. Zur Person und Rolle des SS-Obergruppenführers und General der Waffen-SS Dr. Ing. Hans Kammler
    - 6.1.2. Die SS-Sonderinspektionen und die SS-Führungsstäbe
    - 6.1.3. Finanzierungs- und Eigentumsfragen bei den von der SS errichteten Anlagen
    - 6.1.4. Die KZ-Häftlinge in den unterirdischen Bauvorhaben
  - 6.2. Zur Rolle der unterirdischen Verlagerung in den strategischen Überlegungen des deutschen Monopolkapitals ab Sommer 1944
    - 6.2.1. Die unterirdische Verlagerung im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf die Nachkriegsentwicklung
    - 6.2.2. Der Sperrkreis Mittelbau und der "Sonderauftrag Kammler"
7. Schlußbemerkungen zur Charakterisierung des funktionellen Zusammenspiels zwischen Monopolindustrie und SS bei den Verlagerungsmaßnahmen

Helmut Fessen

DIE LANDREFORM IN INDONESIEN 1960 - 1965 - IHRE PROBLEME, IHRE DURCHFÜHRUNG, IHRE SOZIALÖKONOMISCHEN ERGEBNISSE

Habilitationsschrift (27. 3. 1970)

Sektion Asienwissenschaften der

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Zur Vorgeschichte der Landreform
  - 1.1. Einige Bemerkungen zum Entwicklungsniveau der Produktivkräfte und zum Charakter der Produktionsverhältnisse in der Landwirtschaft Indonesiens zur Zeit der Unabhängigkeitserklärung
  - 1.2. Die Entfaltung der Bauernbewegung seit 1945 und die Entstehung eines Agrarprogramms der indonesischen Kommunisten
  - 1.3. Die Politik der indonesischen Regierungen auf dem Agrarsektor 1945 - 1957



- 1.4. Die indonesische Landwirtschaft am Vorabend der Landreform
2. Die wichtigsten Gesetze und Verordnungen der indonesischen Regierung zur Bodenreform
  - 2.1. Das Agrargrundgesetz
  - 2.2. Der Achtjahrplan des allumfassenden geplanten Aufbaus
  - 2.3. Die Regierungsverordnung über die Festsetzung der landwirtschaftlichen Nutzfläche
  - 2.4. Die Regierungsverordnung über die Durchführung der Bodenverteilung und die Vergabe von Schadenersatz
  - 2.5. Das Gesetz über Ernteteilungsverträge
3. Die Stellung der indonesischen Kommunisten zur Landreform
  - 3.1. Die PKI im System des "Indonesischen Sozialismus"
  - 3.2. Die PKI und die offizielle Bodenreform der Regierung
4. Die Durchführung der Bodenreformpolitik in der Republik Indonesien und die Politik der PKI
  - 4.1. Die erste Periode: September 1960 bis Ende 1963
  - 4.2. Die zweite Periode: Das Jahr 1964
  - 4.3. Die dritte Periode: Von der Bogor-Deklaration bis September 1965
5. Analyse

Örn Erlendsson

## ENTWICKLUNGSTENDENZEN DES INTERNATIONALEN VERBRAUCHS UND HANDELS MIT FISCH UND FISCHERZEUGNISSEN UND SCHLUSSFOLGERUNGEN FÜR DIE PERSPEKTIVISCHE GESTALTUNG DES ISLÄNDISCHEN FISCHEXPORTS

Dissertation A (18. 6. 1971)

Wissenschaftlicher Rat der  
Hochschule für Ökonomie, Berlin

Einleitung

Kapitel I

Internationale Tendenzen auf dem Gebiet des Verbrauchs von Fisch und Fischerzeugnissen unter besonderer Berücksichtigung der Märkte der EWG, EFTA und USA

1. Wesentliche Veränderungen in der Entwicklung des Verbrauchs und der Verbrauchsstruktur von Fisch und Fischerzeugnissen
  - 1.1. Wesentliche Einflußfaktoren für den Fischverbrauch
  - 1.2. Die mengenmäßige Entwicklung des Fischverbrauchs, insbesondere auf den Märkten der EWG, der EFTA und in den USA
  - 1.3. Die strukturelle Entwicklung des internationalen Fischverbrauchs in den USA

## Kapitel II

Internationale Entwicklungslinien auf dem Gebiet des Handels mit Fisch und Fischerzeugnissen unter besonderer Beachtung der Handelsgebiete der EWG, EFTA und USA

1. Haupttendenzen der internationalen Entwicklung des Handels mit Fisch und Fischerzeugnissen besonders auf den kapitalistischen Märkten
2. Die Stellung und Bedingungen des Außenhandels der EFTA, EWG und USA mit Fisch und Fischerzeugnissen
  - 2.1. Die Stellung des Außenhandels mit Fisch und Fischerzeugnissen
  - 2.2. Der Einfluß wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Regulierung des Warenaustauschs
3. Entwicklungslinien des Außenhandels der EFTA, EWG und USA mit Fisch und Fischerzeugnissen
  - 3.1. Die Entwicklungslinien des Fischexports der EFTA, EWG und USA
  - 3.2. Tendenzen des Fischimports der EFTA, EWG und USA
4. Zusammenfassung

## Kapitel III

Die Entwicklung des isländischen Exports von Fisch und Fischerzeugnissen sowie Schlußfolgerungen für seine perspektivische Gestaltung

1. Die Entwicklung des Aufkommens, der Waren- und Territorialstruktur des isländischen Exports von Fisch und Fischerzeugnissen
  - 1.1. Fragen des Aufkommens als Grundlage des isländischen Fischexports
  - 1.2. Die Entwicklung der Warenstruktur des isländischen Fischwarexports
  - 1.3. Die Entwicklung der Territorialstruktur des isländischen Fischwarexports
2. Schlußfolgerungen für die perspektivische Entwicklung des isländischen Fischexports
  - 2.1. Die Weiterentwicklung der Waren- und Territorialstruktur des isländischen Fischexports
  - 2.2. Technisch-ökonomische und kommerzielle Voraussetzungen für die perspektivische Sicherung des isländischen Fischexports

Horst Fiedler

DAS SYSTEM DER STAATSMONOPOLISTISCHEN RÜSTUNGSPLANUNG DES WEST-DEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Dissertation (19. 3. 1971)  
Institut für Gesellschaftswissenschaften beim  
Zentralkomitee der SED Berlin

1. Die Rüstungsplanung im Imperialismus - Ausdruck der vertieften allgemeinen Krise des Kapitalismus

- 1.1. Die Bonner Rüstungsplanung - Teilprozeß der verstärkten ökonomischen Kriegsvorbereitung des westdeutschen Imperialismus
- 1.2. Ursachen für den Übergang zur Rüstungsplanung in den wichtigsten NATO-Staaten
  - 1.2.1. Die notwendige Abstimmung zwischen der ökonomischen Kriegsvorbereitung und den anderen Seiten der Gesamtpolitik und -strategie des westdeutschen Imperialismus
  - 1.2.2. Die Vertiefung des gesellschaftlichen Charakters der Entwicklung und Produktion von Kriegstechnik im Imperialismus
  - 1.2.3. Der zunehmende Einfluß der Militarisierung der Wirtschaft auf den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß im Kapitalismus
2. Kriegsökonomische Funktionen und Inhalt der Rüstungsplanung des westdeutschen Imperialismus
  - 2.1. Die Funktionen der Rüstungsplanung
    - 2.1.1. Die Kosten-Wirksamkeits-Analyse bei der Auswahl von Waffensystemen. Die Bedarfsplanung der Bundeswehr
    - 2.1.2. Die programmierte Entwicklung der Rüstungswirtschaft
    - 2.1.3. Die zielgerichtete Umsetzung von Wissenschaft und Technik in militärische Aggressionskraft
    - 2.1.4. Die Vorbereitung der Wirtschaft auf ihre Funktion im Kriege
  - 2.2. Das Planungssystem des Bonner Kriegsministeriums
3. Die Phasen der Rüstungsplanung und deren Methoden
  - 3.1. "Planungsleitlinien" für die Aufstellung von Rüstungsprogrammen
  - 3.2. Der Inhalt der Phasen und deren Ergebnisse
  - 3.3. Wesentliche Methoden der Rüstungsprogrammierung
4. Zum Wesen und einigen charakteristischen Merkmalen der imperialistischen Rüstungsplanung. Möglichkeiten und Grenzen einer programmierten Aufrüstung im Imperialismus
  - 4.1. Der staatsmonopolistische Charakter der westdeutschen Rüstungsplanung
  - 4.2. Der Einfluß der Rüstungsplanung auf die weitere Konzentration und Machtzunahme des Rüstungskapitals. Der verschärfte Konkurrenzkampf zwischen den Waffenproduzenten

Schlußbemerkungen: Der friedensfeindliche Charakter der staatsmonopolistischen Programmierung in Gestalt der Rüstungsplanung

Klaus Franke

DIE KRISE 1966/67 UND DIE ÖKONOMISCHE TÄTIGKEIT DES IMPERIALISTISCHEN STAATES IN DER BRD. IHRE KONSEQUENZEN FÜR DIE KAMPFBEDINGUNGEN DER ARBEITERKLASSE IN DER BUNDESREPUBLIK

Dissertation A (April 1971)

Institut für Gesellschaftswissenschaften

beim Zentralkomitee der SED

Berlin

Einleitung

1. Die neue strategische Lage des Imperialismus. Ihre Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung und die ökonomische Tätigkeit des imperialistischen Staates in der BRD
2. Zur Wirtschaftsentwicklung der BRD im Zyklus 1963 - 1967
3. Der Einfluß der ökonomischen Tätigkeit des imperialistischen Staates in der BRD auf die Bewegung der Widersprüche der kapitalistischen Reproduktion im Zyklus 1963 - 1967
4. Der Übergang zu einer neuen Stufe der ökonomischen Tätigkeit des imperialistischen Staates in der BRD während der Krise 1966/67. Das "Gesetz über Stabilität und Wachstum der Wirtschaft" vom Juni 1967
5. Der Einfluß der ökonomischen Tätigkeit des imperialistischen Staates auf den Verlauf der Krise 1966/67 und die anschließende Wirtschaftsentwicklung in der BRD
6. Die ökonomische Tätigkeit des imperialistischen Staates und das Verhältnis zwischen zyklischem Verlauf der kapitalistischen Reproduktion und antimonopolistischem Kampf der Arbeiterklasse
7. Zur wirtschaftspolitischen Konzeption der CDU/CSU. Tendenzen der weiteren Entwicklung der ökonomischen Tätigkeit des Staates in der BRD

Schlußbemerkungen

Literaturverzeichnis

KONKURRENZ UND STAATSMONOPOLISTISCHE REGULIERUNG IN DER LUFT- UND RAUMFAHRTINDUSTRIE DER USA UND WESTEUROPAS (GROSSBRITANNIEN, FRANKREICH, WESTDEUTSCHE BUNDESREPUBLIK) ALS AUSDRUCK DER VERSTÄRKTEN UNGLEICHMÄSSIGEN POLITISCHEN UND ÖKONOMISCHEN ENTWICKLUNG ZWISCHEN DEN IMPERIALISTISCHEN STAATEN

Dissertation A (18. 3. 1971)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät  
des Wissenschaftlichen Rates der  
Humboldt-Universität zu Berlin

Einleitung

1. Die Entwicklung der Luft- und Raumfahrtindustrie nach dem zweiten Weltkrieg
  - 1.1. Die Luft- und Raumfahrtindustrie in den USA
  - 1.2. Die westeuropäische Luft- und Raumfahrtindustrie
2. Die Luft- und Raumfahrtindustrie in den USA und Westeuropa als Ausdruck der Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung
  - 2.1. Lenins Entdeckung und die bisherige Darstellung der Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung
  - 2.2. Neue Erscheinungsformen der Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung und ihre Ursachen
    - 2.2.1. Qualitativ neue Erscheinungsformen
    - 2.2.2. Die Ursachen der neuen Erscheinungsformen der Wirkungsweise des Gesetzes der ungleichmäßigen Entwicklung
    - 2.2.3. Die Rolle der Luft- und Raumfahrtindustrie als Wachstumsindustrie
  - 2.3. Die Verstärkung der Ungleichmäßigkeit der Entwicklung in den nächsten Jahrzehnten
3. Die Entwicklung der Luft- und Raumfahrtindustrie und die zunehmende Bedeutung der Wechselwirkung zwischen Politik und Ökonomie
  - 3.1. Die dominierende Rolle der Politik im Verhältnis von Politik und Ökonomie
  - 3.2. Die Luft- und Raumfahrtindustrie und die Politik der imperialistischen Staaten
  - 3.3. Die Luft- und Raumfahrtindustrie als Ausdruck der verstärkten ungleichmäßigen politischen, ökonomischen und militärischen Entwicklung der imperialistischen Staaten und der internationale Klassenkampf

DAS RINGEN DES BRITISCHEN IMPERIALISMUS UM EINE NEUE POSITION IM SYSTEM DER WESTEUROPÄISCHEN INTEGRATION

Dissertation A (1971)

Wissenschaftlicher Rat der  
Hochschule für Ökonomie Berlin

Vorbemerkungen

1. Die Entfaltung der Widersprüche zwischen den imperialistischen Mächten und die Tendenz der Formierung antisozialistischer gemeinsamer Interessen in der west-europäischen Integration
  - 1.1. Ungleichmäßige Entwicklung - wichtige Grundlage imperialistischer Rivalität und Kräfteumgruppierung
  - 1.2. Die veränderten Begleitbedingungen für das Wirken des Gesetzes der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung des Kapitalismus in der Gegenwart
    - 1.2.1. Die veränderte Hauptstoßrichtung des Monopolkapitals
    - 1.2.2. Wissenschaftlich-technische Revolution und staatsmonopolistischer Kapitalismus
    - 1.2.3. Die langfristigen Trends der ungleichmäßigen Entwicklung
  - 1.3. Die staatsmonopolistische Integration als entscheidende Form imperialistischer Kräfteformierung und Umgruppierung
    - 1.3.1. Die Tendenz zur beschleunigten Internationalisierung des Wirtschaftslebens im Kapitalismus
    - 1.3.2. Die Internationalisierung der monopolistischen Produktionsverhältnisse
  - 1.4. Die EWG als gegenwärtig entwickeltste Form des internationalen staatsmonopolistischen Kapitalismus
2. Wandel und Verfall der Weltmachtstellung des britischen Imperialismus
  - 2.1. Zwiespältige Kriegsergebnisse
  - 2.2. Der politische Zerfall des Commonwealth
  - 2.3. Das langfristige Zurückbleiben Großbritanniens
    - 2.3.1. Rüstung und neokolonialistische Entwicklungshilfe
    - 2.3.2. Die Rolle des britischen Kapitalexports
    - 2.3.3. Die labile Finanz- und Währungslage Großbritanniens
    - 2.3.4. Die britische Spezifik des "magischen Dreiecks"
    - 2.3.5. Niedrige Investitionsquote und volkswirtschaftlich ineffektive Forschung
    - 2.3.6. Das Dilemma der Stop-and-go-Politik
  - 2.4. Der Ausbau des staatsmonopolistischen Planungs- und Regulierungsmechanismus
    - 2.4.1. Staatsmonopolistische Förderung der Zentralisation

- 2.4.2. Kurs auf verstärkte Integration der Gewerkschaften in das staatsmonopolistische Regulierungssystem
- 2.5. Die Handels- und Zahlungsbilanz - ein Schlüsselproblem britischer Wirtschaftspolitik
- 2.6. Einschneidende Veränderungen in der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Stellung des britischen Imperialismus
  - 2.6.1. Die dritte Abwertung des britischen Pfundes
  - 2.6.2. Allmählicher Abbau der Sterling-Zone
  - 2.6.3. Die militärische Räumung britischer Positionen "östlich von Suez"
- 3. Die Auseinandersetzungen der imperialistischen Mächte um die Erweiterung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
  - 3.1. Die Wandlungen in der "Europa"-Konzeption des britischen Imperialismus
    - 3.1.1. Die integrationsfeindliche Politik des britischen Imperialismus in den 50er Jahren
    - 3.1.2. Das neue Primat der "Europa"-Politik
    - 3.1.3. Etappen der britischen "Europa"-Politik
  - 3.2. Die veränderten Bedingungen in der zweiten Phase einer aktiven britischen Westeuropa-Politik (1966 - 1970)
    - 3.2.1. Die Lage in Großbritannien
    - 3.2.2. Das geringe Gewicht von Commonwealth und EFTA
    - 3.2.3. Zwiespältige USA-Interessen
  - 3.3. Die "Europa"-Interessen Westdeutschlands, Frankreichs und der anderen EWG-Staaten
  - 3.4. Das Tauziehen um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen
    - 3.4.1. Die Vorschläge präferentieller Handelsarrangements
    - 3.4.2. Projekte "außerhalb des EWG-Vertrages"
    - 3.4.3. Das enge britisch-westdeutsche Zusammenspiel in NATO und WEU
  - 3.5. Die Ursachen für die veränderte Interessenlage in der EWG und die Kräfteverschiebungen im Gemeinsamen Markt
    - 3.5.1. Kräftegruppierung des staatsmonopolistischen Systems in Frankreich
    - 3.5.2. Die Europa-Politik der SPD/FDP-Regierung
- 4. Aspekte einer neuen Phase der westeuropäischen Integration
  - 4.1. Der notwendige Anschluß an den EWG-Agrarmarkt
  - 4.2. Widersprüche einer EWG-Währungsunion
  - 4.3. Komplizierte Probleme einer "gemeinsamen" Wissenschafts- und Technologie-Politik
  - 4.4. Neue Kräftekonstellation

Paul Halpap

## PROBLEME UND THEORETISCHE ASPEKTE DER ENTWICKLUNG DER INDUSTRIE ZWEIGSTRUKTUR IN ARGENTINIEN

Ein Beitrag zur marxistisch-leninistischen Theorie der Entwicklung der Industriezweigstruktur in industriell fortgeschrittenen Entwicklungsländern mit kapitalistischer Orientierung unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bedeutung für die progressiven Kräfte

Dissertation B (20. 7. 1971)

Wissenschaftlicher Rat der  
Hochschule für Ökonomie in Berlin

### Einleitung

1. Theoretische Probleme der Entwicklung der Industriezweigstruktur in Argentinien
  - 1.1. Struktur und Industrialisierung
  - 1.2. Wechselbeziehungen von sozialökonomischer Struktur und Industriezweigstruktur in Argentinien
  - 1.3. Spezifische Probleme der Klassenstruktur und ihr Einfluß auf die Entwicklung der Industriezweigstruktur in Argentinien
  - 1.4. Zum Problem der Priorität der zweigstrukturellen Entwicklung in der Industrie Argentinien und einiger daraus resultierender theoretischer Fragen
    - 1.4.1. Struktur und Wachstum der Abteilungen I und II in der Industrie Argentinien
    - 1.4.2. Zur Rolle der Schwer- und Leichtindustrie im Industrialisierungsprozeß in Argentinien
2. Zu einigen Einflußfaktoren auf die Entwicklung der Industriezweigstruktur in Argentinien
  - 2.1. Die Bedeutung des staatlichen Sektors für die Entwicklung der Industriezweigstruktur in Argentinien
    - 2.1.1. Der staatliche Sektor in der argentinischen Erdölindustrie
    - 2.1.2. Staatlicher Sektor und Entwicklung der Industriezweige
    - 2.1.3. Staatlicher Sektor und zukünftige Gestaltung der Industriezweigstruktur in Argentinien
  - 2.2. Rolle und Bedeutung der argentinischen Industriepolitik
  - 2.3. Auswirkungen der Importsubstitution auf den industriellen Zweigstrukturwandel
    - 2.3.1. Bisherige Ergebnisse der industriellen Importsubstitution
    - 2.3.2. Regionale Importsubstitution und nationale Industriezweigstruktur
  - 2.4. Wirtschaftliche Integration in Lateinamerika und industrieller Strukturwandel in Argentinien
    - 2.4.1. Aspekte und Auswirkungen der Haltung der argentinischen Bourgeoisie zur subregionalen Wirtschaftsintegration
    - 2.4.2. Wege und Ergebnisse der Spezialisierung in der Industrieproduktion Argentinien



- 2.4.3. Einfluß spezieller industrieller Integrationsabkommen auf die industrielle Zweigstruktur Argentiniens
- 2.4.4. Weitere Auswirkungstendenzen auf die Industriezweigstruktur Argentiniens
- 2.5. Die Rolle des Auslandskapitals bei der Entwicklung der Industriezweigstruktur in Argentinien
3. Zu einigen Strukturproblemen der Industrie in Argentinien
  - 3.1. Wachsende Bedeutung der Industrie in Argentinien
  - 3.2. Industrialisierungsniveau und weitere Entwicklungstendenzen in Argentinien
  - 3.3. Zur Entwicklung der Struktur der Industriezweige in Argentinien
    - 3.3.1. Zu einigen Aspekten kurzfristiger beschleunigter Strukturentwicklung
    - 3.3.2. Spezifische Aspekte der Entwicklung der Industriezweigstruktur in Argentinien
  4. Strukturprobleme des Bergbaus und der verarbeitenden Industrie in Argentinien
    - 4.1. Strukturprobleme in der Brennstoffindustrie Argentiniens
    - 4.2. Entwicklung der Elektroenergieerzeugung
    - 4.3. Zusammenfassende Analyse der Entwicklung der extraktiven und verarbeitenden Industrie
  5. Wechselbeziehungen zwischen metallurgischer und metallverarbeitender Industrie in Argentinien
    - 5.1. Veränderungen in der Produktionsstruktur der Schwarzmetallurgie in Argentinien
    - 5.2. Strukturprobleme in der metallverarbeitenden Industrie
      - 5.2.1. Strukturprobleme der Transportmittelindustrie
      - 5.2.2. Strukturprobleme im Maschinenbau Argentiniens
    - 5.3. Zusammenfassung
  6. Strukturprobleme in der Leichtindustrie Argentiniens
    - 6.1. Strukturfragen der argentinischen Nahrungsmittelindustrie
    - 6.2. Strukturfragen der argentinischen Textilindustrie
      - 6.2.1. Spezielle Probleme der Wolltextilindustrie
    - 6.3. Zusammenfassung
  7. Probleme der zukünftigen Gestaltung der Industriezweigstruktur in Argentinien
    - 7.1. Beachtung einiger Wechselbeziehungen spezifischer Strukturprobleme für die zukünftige Gestaltung der Industriezweigstruktur in Argentinien
    - 7.2. Wissenschaftlich-technische Revolution und Entwicklung der Industriezweigstruktur in Argentinien
8. Schlußwort

DIE STAATSMONOPOLISTISCHE AGRARPROGRAMMIERUNG - EIN PRODUKT DER  
VERSCHÄRFUNG DER IMPERIALISTISCHEN WIDERSPRÜCHE (DARGESTELLT AM  
BEISPIEL WESTDEUTSCHLANDS, FRANKREICHS UND DER EG-KOMMISSION)

Dissertation B (12. 5. 1971)

Franz-Mehring-Institut der  
Karl-Marx-Universität Leipzig

Einleitung

1. Die staatsmonopolistische Agrarprogrammierung in der EWG - ein Produkt imperialistischer Widersprüche
  - 1.1. Wissenschaftlich-technische Revolution und EWG-Landwirtschaft
  - 1.2. Der Widerspruch zwischen Produktivkräften und Produktionsverhältnissen in der Landwirtschaft der EWG-Länder
  - 1.3. Die vertikale monopolkapitalistische Kooperation - ein Stimulator der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 1.4. Die Rolle der Agrarprogrammierung im gesamtwirtschaftlichen Programmierungssystem der EWG-Länder
  - 1.5. Die Einwirkung des Verhältnisses von Ökonomie und Politik auf die staatsmonopolistische Agrarprogrammierung
2. Das System der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung in der EWG
  - 2.1. Bedeutung und Begriff der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 2.2. Die grundlegenden Zielsetzungen der imperialistischen Agrarprogramme als Ausdruck einer neuen Phase der staatsmonopolistischen Beherrschung der Landwirtschaft
3. Die Stellung der Agrarmarktregulierung im System der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 3.1. Veränderungen in der Stellung der Agrarmarktregulierung
  - 3.2. Die Ziele der Agrarmarktregulierung im System der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 3.3. Prognosen der Agrarmarktentwicklung - wichtige Grundlagen der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 3.4. Das Instrumentarium der staatsmonopolistischen Agrarmarktentwicklung
    - 3.4.1. Der Einsatz der EWG-Agrarmarktordnungen zur Realisierung der Agrarprogramme
    - 3.4.2. Der Europäische Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) als Instrument für die staatsmonopolistische Programmierung der Agrarmarktentwicklung in der EWG
  - 3.5. Prognostische Vorstellungen der EG-Kommission über die Entwicklung des EWG-Agrarmarktes bei einer Erweiterung der EWG

4. Programmierung der Agrarstrukturentwicklung - Hauptinhalt der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 4.1. Die Intensivierung des Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft - wichtigstes Ziel der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 4.2. Die Entwicklung neuer kapitalistischer Unternehmensformen in der Landwirtschaft - ein Hauptziel der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 4.3. Die Beschleunigung und Regulierung des Bauernruins als die entscheidende soziale Zielsetzung der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 4.4. Das staatsmonopolistische Instrumentarium zur Regulierung der agrarstrukturellen Ziele
    - 4.4.1. Die soziale Demagogie als Mittel zur Realisierung der Agrarprogramme
    - 4.4.2. Die staatsmonopolistischen Maßnahmen zur Entwicklung kapitalistischer Großunternehmen in der Landwirtschaft
    - 4.4.3. Staatsmonopolistische Maßnahmen zur Zentralisation der landwirtschaftlichen Bodenbewirtschaftung
    - 4.4.4. Die Maßnahmen zur staatsmonopolistischen Kartellierung der Landwirtschaft
    - 4.4.5. Sozial- und Bildungspolitik im Dienste des Bauernruins
    - 4.4.6. Die Konzentration der staatsmonopolistischen Agrarfinanzierung auf die agrarstrukturellen Zielsetzungen der Agrarprogrammierung
5. Möglichkeiten und Grenzen der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 5.1. Die staatsmonopolistische Agrarprogrammierung - ein Ergebnis der Verschärfung der Widersprüche
  - 5.2. Der Monopolisierungsprozeß - bestimmend für Grenzen und Möglichkeiten der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 5.3. Grundlegende Zielwidersprüche der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
  - 5.4. Widersprüche im Instrumentarium der staatsmonopolistischen Agrarprogrammierung
6. Die Notwendigkeit und der Hauptinhalt einer antimonopolistischen und demokratischen Agrarprogrammierung
  - 6.1. Die antimonopolistischen Bauernprogramme der kommunistischen Parteien in den EWG-Ländern - Ausgangspunkt und Grundlage einer demokratischen Agrarprogrammierung
  - 6.2. Grundlegende Ziele und Maßnahmen einer demokratischen Agrarprogrammierung in der EWG
  - 6.3. Die Machtfrage - das entscheidende Problem der demokratischen Agrarprogrammierung

Siegfried Horn, Helmut Kober, Rolf Otto, Egon Peter

ZUR BEDEUTUNG DER GENOSSENSCHAFTEN FÜR DIE ÖKONOMISCHE UND GESELLSCHAFTLICHE ENTWICKLUNG IN LÄNDERN TROPISCH-AFRIKAS, VORNEHM- LICH UNTERSUCHT AM BEISPIEL DER GENOSSENSCHAFTEN IN TANSANIA, UGAN- DA, KENIA, NIGERIA UND MALI

Dissertation A (28. 4. 1971)

Wissenschaftlicher Rat der

Hochschule für Ökonomie

in Berlin

## Vorbemerkungen

1. Wesentliche ökonomische, soziale und politische Faktoren der Entstehung und Ausbreitung von Genossenschaften und ihre Auswirkungen auf deren Charakter
  - 1.1. Grundlegende Voraussetzungen für das Entstehen von Genossenschaften
    - 1.1.1. Die Bedeutung der traditionellen Dorfgemeinde für das Entstehen der Genossenschaften
    - 1.1.2. Die objektiven Möglichkeiten der Bildung von Genossenschaften unter dem Einfluß der sich entwickelnden Ware-Geld-Beziehungen
    - 1.1.3. Die Bildung von Genossenschaften als eine Form der Reaktion der afrikanischen Bevölkerung auf die sich verschärfende koloniale Ausbeutung einerseits und als Instrument imperialistischer Kolonialpolitik andererseits
    - 1.1.4. Die Entstehung von Genossenschaften - ein Ergebnis vielschichtiger und widerspruchsvoller gesellschaftlicher Prozesse
  - 1.2. Der Einfluß des Entwicklungsstandes der Produktivkräfte und der bestehenden Produktionsverhältnisse auf den Charakter der Genossenschaften
    - 1.2.1. Der Entwicklungsstand der Produktivkräfte, die für die Genossenschaften von besonderer Bedeutung sind
    - 1.2.2. Stand und Entwicklungstendenzen der Eigentumsverhältnisse
    - 1.2.3. Zur Entwicklung der Klassen
    - 1.2.4. Der sich aus den Einflüssen der Produktivkräfte und Produktionsverhältnissen ergebende widerspruchsvolle Charakter der Genossenschaften
  - 1.3. Das Verhältnis von Staat und Genossenschaften in den afrikanischen Entwicklungsländern und die Auswirkungen dieses Verhältnisses auf den Charakter der Genossenschaften
    - 1.3.1. Die Spezifika der Beziehungen zwischen Staat und Genossenschaften in den Entwicklungsländern des subsaharischen Afrika
    - 1.3.2. Zu einigen Auffassungen nichtmarxistischer Genossenschaftstheoretiker über das Verhältnis von Staat und Genossenschaften in den Entwicklungsländern
    - 1.3.3. Die Auswirkungen des Verhältnisses von Staat und Genossenschaften auf den Charakter der Genossenschaften
  - 1.4. Zusammenfassende Darstellung der Faktoren, die die Entstehung und den Charakter der afrikanischen Genossenschaften beeinflussen

2. Der Beitrag der gegenwärtig bestehenden Genossenschaften zur ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung
  - 2.1. Die wichtigsten Genossenschaftsarten und ihr Einfluß auf die Steigerung der Produktion und die rationelle Gestaltung der Zirkulation
    - 2.1.1. Die landwirtschaftlichen Absatz- und Produktionsgenossenschaften
    - 2.1.2. Die Genossenschaften des Handwerks und die genossenschaftseigenen Produktionsbetriebe
    - 2.1.3. Die Kredit- und Spargenossenschaften und die Genossenschaftsbanken
    - 2.1.4. Die Konsumgenossenschaften
    - 2.1.5. Zusammenfassende und vergleichende Darstellung der Bedeutung wichtiger Genossenschaftsarten für die Steigerung der Produktion und die rationelle Gestaltung der Zirkulation
  - 2.2. Der Zusammenschluß der Genossenschaften zu Verbänden und die Durchsetzung der innergenossenschaftlichen Demokratie in den Genossenschaften und ihren Verbänden
    - 2.2.1. Die gegenwärtig bestehenden Genossenschaftsverbände und ihre Aufgaben
    - 2.2.2. Die aktive Teilnahme der Mitglieder an der Leitung der Genossenschaften und der Verbände - eine wichtige Voraussetzung zur Erhöhung der Effektivität der genossenschaftlichen Tätigkeit
  - 2.3. Die Tätigkeit der Genossenschaften auf dem Gebiet der Bildung und der Beitrag der Genossenschaften zur besseren Ausnutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens
    - 2.3.1. Die Bildungsarbeit in den Genossenschaften als ein wesentlicher Bestandteil ihrer Tätigkeit
    - 2.3.2. Der Beitrag der Genossenschaften zur besseren Ausnutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens
  - 2.4. Zur Rolle der Genossenschaften bei der Umverteilung des in der Landwirtschaft erzeugten Nationaleinkommens
    - 2.4.1. Die Sicherung der ökonomischen Effektivität der Genossenschaften als eine Voraussetzung für die Akkumulation
    - 2.4.2. Die Stellung der landwirtschaftlichen Genossenschaften im Realisierungsprozeß des agrikolen Produkts
    - 2.4.3. Einige Probleme des rationellen und zweckmäßigen Einsatzes der akkumulierten Mittel im Interesse des Wirtschaftswachstums
3. Aspekte der Weiterentwicklung der Genossenschaften auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg
  - 3.1. Zu einigen Grundzügen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges unter besonderer Berücksichtigung der Genossenschaften
    - 3.1.1. Der nichtkapitalistische Entwicklungsweg - die Grundlage für die progressive Entwicklung der Genossenschaften
    - 3.1.2. Zur nichtkapitalistischen Umgestaltung der Landwirtschaft mittels Genossenschaften
  - 3.2. Die Schaffung eines der nichtkapitalistischen Entwicklung adäquaten Systems von Genossenschaften und dessen Einbeziehung in den Aufbau einer progressiven Volkswirtschaft

- 3.2.1. Zur Gestaltung der Beziehungen zwischen der revolutionär-demokratischen Partei und dem Staat einerseits und den Genossenschaften andererseits
- 3.2.2. Die Schaffung eines Systems von Genossenschaften und die neue Rolle der Genossenschaftsverbände als politische und ökonomische Führungszentren in diesem System
- 3.3. Notwendige Veränderungen in den Aufgaben und im Charakter der Genossenschaften mit dem Ziel der optimalen Nutzung ihrer Potenzen für die nichtkapitalistische Entwicklung
  - 3.3.1. Vorschläge für die Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Genossenschaften
  - 3.3.2. Vorschläge für Weiterentwicklung der Produktionsgenossenschaften des Handwerks
  - 3.3.3. Zu einigen Veränderungen in den Aufgaben und im Charakter der Kredit- und Spargenossenschaften
  - 3.3.4. Vorschläge für die Entwicklung der Konsumgenossenschaften

#### Schlußbemerkungen

Günter Hummel

### INTERNATIONALE VERFLECHTUNG UND EXPANSION DER MONOPOLBANKEN FÜHRENDER IMPERIALISTISCHER LÄNDER IN DER PHASE DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS

Dissertation A (3. 12. 1970)  
 Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät  
 des Wissenschaftlichen Rates der  
 Humboldt-Universität zu Berlin

- 1. Einleitung
- 2. Das Bankkapital als wesentliches Element des Finanzkapitals
  - 2.1. Eine politökonomische Einschätzung der imperialistischen Großbanken aus der Sicht der marxistisch-leninistischen Theorie
  - 2.2. Die Charakterisierung der Banken und des Finanzkapitals durch die bürgerliche Literatur
- 3. Die Konzentration und Zentralisation des Bankkapitals als Ausdruck der Entfaltung des Monopols im Bankwesen
  - 3.1. Die Monopolstellung der Mammutbanken in den imperialistischen Ländern
  - 3.2. Die größten kapitalistischen Banken und die Entwicklung der internationalen Bankkonzerne
  - 3.3. Die fortschreitende internationale Verflechtung der Monopolbanken
    - 3.3.1. Die Entstehung internationaler Bankkonzerne
    - 3.3.2. Internationale Finanzierungsgesellschaften
    - 3.3.3. Die Bildung internationaler Kartelle

- 3.3.4. Die Verflechtung des internationalen Bank- und Industriekapitals durch Bankgruppen
4. Die Tendenzen des internationalen Bankkapitals im Rahmen der Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus
  - 4.1. Die weitere Konzentration und Zentralisation des Bankkapitals
  - 4.2. Monopol und Konkurrenz kapitalistischer Banken
  - 4.3. Schlußbemerkungen

Hans Kätzel

DIE INTEGRIERUNG DER DEUTSCHEN BUNDESPOST IN DAS STAATSMONOPOLISTISCHE HERRSCHAFTSSYSTEM DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - DARGESTELLT AN DER NACHRICHTENVERKEHRSPOLITIK AUF DEM GEBIET DER ORGANISATION UND FINANZIERUNG

Dissertation A (16. 4. 1971)

Fakultät für Gesellschaftswissenschaften

des Wissenschaftlichen Rates der

Hochschule für Verkehrswesen "Friedrich List", Dresden

0. Vorbemerkungen
1. Die Änderung der Organisationsform der Deutschen Reichspost durch das Reichspostfinanzgesetz vom 18. Mai 1924 - Ausdruck der staatsmonopolistischen Entwicklung auf dem Gebiet des Nachrichtenwesens
  - 1.1. Die Hauptgründe für den Erlaß des Reichspostfinanzgesetzes
  - 1.2. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost - ein Instrument der deutschen Monopolbourgeoisie
    - 1.2.1. Die klassenmäßige Zusammensetzung des Verwaltungsrates der Deutschen Reichspost im Sinne der herrschenden deutschen Monopolbourgeoisie
    - 1.2.2. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost nach dem Gesetz zur Abänderung des Reichspostfinanzgesetzes vom 15. Juli 1926
  - 1.3. Die Finanzierungsproblematik unter dem Reichspostfinanzgesetz
    - 1.3.1. Die Ablieferungspflicht der Deutschen Reichspost an den Reichshaushalt in den Jahren 1924 bis 1932
    - 1.3.2. Die Unterstützung der deutschen Monopolbourgeoisie durch die Deutsche Reichspost mit Hilfe ihrer Beschaffungs-, Gebühren- und Investitionspolitik
  - 1.4. Das Gesetz zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung (Vereinfachungsgesetz) vom 27. 2. 1934 - seine Vorbereitung und Hauptzielrichtung
    - 1.4.1. Der steigende Einfluß der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) auf die Deutsche Reichspost in den Jahren 1930 bis 1932
    - 1.4.2. Der Erlaß des Gesetzes zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung (Vereinfachungsgesetz) vom 27. 2. 1934 (RGBl I, S. 130) - Grundlage für die Verwirklichung der aggressiven Politik des deutschen Monopolkapitals auf dem Nachrichtensektor

2. Die Organisationsform der Deutschen Bundespost - Spiegelbild des entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus auf dem Nachrichtengebiet in der Bundesrepublik
- 2.1. Die Errichtung der westdeutschen Bundespost - Ausdruck und Ergebnis der Spaltung Deutschlands durch die imperialistischen Westmächte in enger Zusammenarbeit mit der deutschen Monopolbourgeoisie
- 2.2. Das Postverwaltungsgesetz der Deutschen Bundespost als rechtliche Grundlage der Einbeziehung der Deutschen Bundespost in den staatsmonopolistischen Machtmechanismus der Bundesrepublik Deutschland
  - 2.2.1. Die Rechtsform der Deutschen Bundespost - Ausgangsbasis ihrer Integration in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland
  - 2.2.2. Der Verwaltungsrat der Deutschen Bundespost
3. Die Finanzierungsproblematik der Deutschen Bundespost - Ausdruck ihrer Integration in das staatsmonopolistische Herrschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland
  - 3.1. Die allgemeinen Finanzierungsgrundsätze unter den kapitalistischen Produktionsverhältnissen und ihre Spezifik bei der Deutschen Bundespost
  - 3.2. Die Deutsche Bundespost - eine wichtige Quelle zur Finanzierung des Bundeshaushaltes und zur Sicherung der Verwertungsbedingungen des Monopolkapitals der Bundesrepublik Deutschland
    - 3.2.1. Die Ablieferung von 6 2/3 v. H. der jährlichen Betriebseinnahmen der Deutschen Bundespost an den Bundeshaushalt
    - 3.2.2. Die von der Deutschen Bundespost zu tragenden betriebsfremden (politischen) Lasten
    - 3.2.3. Einige Aspekte der Investitionsfinanzierung der Deutschen Bundespost
4. Die geplante neue Unternehmensverfassung für die Deutsche Bundespost - ihre Ursache und Hauptzielrichtung
  - 4.1. Die Auswirkungen der unmittelbaren Integration der Deutschen Bundespost in den staatsmonopolistischen Machtmechanismus der Bundesrepublik Deutschland auf ihren Finanzhaushalt
    - 4.1.1. Der Rückgang des Eigenkapitals und die damit verbundene Fremdfinanzierung der Bruttoinvestitionen der Deutschen Bundespost
    - 4.1.2. Die Problematik der Fremdfinanzierung der Bruttoinvestitionen der Deutschen Bundespost
    - 4.1.3. Die Folgen der Finanzierungspolitik der Deutschen Bundespost
  - 4.2. Ausblick auf die geplante Unternehmensverfassung für die Deutsche Bundespost an Hand einer kurzen Einschätzung der Stellung des Verwaltungsrates und des für das Post- und Fernmeldewesen der Bundesrepublik Deutschland zuständigen Bundesministers
5. Schlußbemerkungen



ROLLE UND ENTWICKLUNG DES GENERALDEPARTEMENTS FÜR INDUSTRIE -  
GDfi - BEIM AUFBAU EINER UNABHÄNGIGEN VOLKSWIRTSCHAFT IM IRAK

(Analyse der Entwicklung vom Juli 1964 bis zum März 1968)

Dissertation A (30. 7. 1970)

Hochschule für Ökonomie  
in Berlin

Vorwort

1. Die Rolle des Staates bei der Entwicklung der nationalen Volkswirtschaft im Irak
2. Die gegenwärtige Struktur des verstaatlichten Industriesektors
  - 2.1. Die Entwicklung des verstaatlichten Industriesektors
  - 2.2. Der Charakter des verstaatlichten Industriesektors
3. Die Leitungsstruktur des verstaatlichten Industriesektors
  - 3.1. Allgemeiner Überblick über das gegenwärtige Leitungssystem des staatlichen Industriesektors
  - 3.2. Stellung des Generaldepartements für Industrie im System der Planung und Leitung der nationalen Volkswirtschaft
  - 3.3. Das Generaldepartement für Industrie als Leitungsorgan des staatlichen Industriesektors
  - 3.4. Die Zentralen Fachdirektionen des Generaldepartements für Industrie und ihre Aufgaben
  - 3.5. Aufgaben, Rechte und Pflichten der Betriebsleitung
4. Die Industrie- bzw. Erzeugnisgruppen als Eckpfeiler des verstaatlichten Industriesektors und damit seiner Leitung
  - 4.1. Die Notwendigkeit der Bildung von Industrie- bzw. Erzeugnisgruppen
  - 4.2. Zur Definition der Erzeugnisgruppe
  - 4.3. Wesen der Erzeugnisgruppenarbeit
  - 4.4. Hauptaufgaben der Erzeugnisgruppenarbeit
  - 4.5. Der Erzeugnisgruppenrat und seine Arbeitsweise
5. Einige Probleme der Weiterentwicklung des Generaldepartements für Industrie - GDfi
  - 5.1. Überblick über den Entwicklungsstand des Generaldepartements für Industrie im Lichte der Erzeugnisgruppe für Baustoffindustrie
  - 5.2. Allgemeine Probleme der Weiterentwicklung des Generaldepartements für Industrie
  - 5.3. Das Generaldepartement für Industrie als Leitungsorgan des verstaatlichten Industriesektors
  - 5.4. Rolle der Erzeugnis- bzw. Industriegruppenarbeit bei der Entwicklung des GDfi

5.5. Die Kooperationsbeziehungen bei der Entwicklung des verstaatlichten Industriesektors

5.6. Die Rationalisierung und die Entwicklung des verstaatlichten Industriesektors

Zusammenfassung

Jacques Latta

## DAS WÄHRUNGSSYSTEM DER REPUBLIK KAMERUN UND SEIN EINFLUSS AUF DIE ÖKONOMISCHE ENTWICKLUNG DES LANDES

Dissertation A (17. 11. 1970)

Wissenschaftlicher Rat der

Hochschule für Ökonomie

in Berlin

1. Das Währungssystem der Republik Kamerun
  - 1.1. Die Entstehung der Franczone und ihre Entwicklung bis zur juristischen Selbständigkeit der Republik Kamerun
  - 1.2. Die Anpassung des kolonialen Währungssystems an die Bedingungen der juristischen Selbständigkeit der Republik Kamerun
  - 1.3. Die Grundlagen und die Organisation des Geldumlaufs der Republik Kamerun
  - 1.4. Das Kreditsystem und die Rolle des ausländischen Bankkapitals in der Republik Kamerun
  - 1.5. Die Investitionspolitik und der Einfluß des Auslandskapitals auf die Investitionstätigkeit in Kamerun
  - 1.6. Die Bildung afrikanischer Finanz- und Bankeinrichtungen und die Entwicklung ihrer Tätigkeit
2. Die finanziellen Bindungen der Republik Kamerun an Frankreich
  - 2.1. Der Staatshaushalt der Republik Kamerun und der Einfluß Frankreichs auf die Währungsgesetzgebung der Republik
  - 2.2. Der Einfluß Frankreichs auf die Währungsgesetzgebung der Republik Kamerun
  - 2.3. Der Kapitalexport Frankreichs nach Kamerun vor und nach der juristischen Selbständigkeit
  - 2.4. Die Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen und des Bankkapitals in der Republik Kamerun
  - 2.5. Die Rolle Frankreichs auf dem Gebiet des Kapitalimports Kameruns
  - 2.6. Die "Kommission Frankreich-Kamerun" als Instrument der Sicherung der Vorherrschaft Frankreichs gegenüber den anderen imperialistischen Staaten
3. Der Einfluß des Geld- und Kreditsystems und der internationalen Währungsbeziehungen der Republik Kamerun auf die ökonomische Entwicklung des Landes
  - 3.1. Das Geld- und Kreditsystem der Republik Kamerun und sein Einfluß auf die ökonomische Entwicklung des Landes

- 3.2. Der Einfluß der neokolonialistischen Währungsbindungen an Frankreich auf die Außenwirtschaftsbeziehungen und die ökonomische Entwicklung des Landes
- 3.3. Die Auswirkungen der neokolonialen Bindung Kameruns an Frankreich auf die Wirtschaftspolitik der Regierung der Republik Kamerun
- 3.4. Die Notwendigkeit und Bedeutung der Schaffung einer selbständigen nationalen Währung für die Lösung der ökonomischen Hauptprobleme und für den sozialen Fortschritt in Kamerun

## Schlußbemerkungen

Norbert Lehmann

### DER NEOKOLONIALISMUS DER V. REPUBLIK

(Die jungen Staaten in der Strategie des französischen Imperialismus)

Dissertation A (31. 3. 1971)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät  
des Wissenschaftlichen Rates der  
Humboldt-Universität zu Berlin

## Einleitung

1. Der Zerfall des französischen Kolonialsystems und der Übergang zum Neokolonialismus
  - 1.1. Die Krise des Kolonialsystems als Teil der allgemeinen Krise des Kapitalismus
  - 1.2. Die Politik der militärischen Gewalt
    - 1.2.1. Der Indochinakrieg 1945 - 1954
    - 1.2.2. Die Suezaggression 1956
    - 1.2.3. Der Algerienkrieg 1954 - 1962
  - 1.3. Die Aufrechterhaltung der Kolonialherrschaft unter dem Deckmantel von Reformen und Verfassungskonstruktionen
    - 1.3.1. Von der Union Française zur Communauté
    - 1.3.2. Guinea, die Mali-Föderation und der Zerfall der Communauté
2. Politische Grundzüge des französischen Neokolonialismus
  - 2.1. Der Kampf des französischen Imperialismus um die Erneuerung seiner Großmachtposition
  - 2.2. Die jungen Staaten in der außenpolitischen Strategie des französischen Imperialismus
  - 2.3. Der Wandel der französischen Politik am Beispiel Südvietnam und Nahost
  - 2.4. Hauptlinien der differenzierten Politik des französischen Neokolonialismus
  - 2.5. Die militärischen Interessen Frankreichs in den jungen Staaten

3. Die ökonomischen Interessen des französischen Imperialismus in den jungen Staaten und die Hauptinstrumente ihrer Verwirklichung
  - 3.1. Die neokoloniale Entwicklungshilfe Frankreichs
    - 3.1.1. Die Entwicklungshilfe als Faktor der Expansion durch das französische Monopolkapital
    - 3.1.2. Herausbildung kapitalistischer Strukturen und begrenzte Industrialisierung - Hauptziele der französischen Entwicklungspolitik
    - 3.1.3. Zwei Tendenzen der französischen Entwicklungshilfe: Relative Abnahme der Gesamtleistungen und regionale Neuorientierung
    - 3.1.4. Die staatliche Förderung des Waren- und Kapitalexports der Monopole
    - 3.1.5. Aspekte internationaler Ausbeutung: Verschuldung der Entwicklungsländer und "innerer Kolonialismus" Frankreichs
    - 3.1.6. Technische Hilfe und Frankophonie im System des Neokolonialismus
  - 3.2. Die Bedeutung der Franc-Zone im System des französischen Neokolonialismus
    - 3.2.1. Die Bindung der jungen Staaten an den Währungsmechanismus der Franc-Zone
    - 3.2.2. Die neokoloniale Umgestaltung der französischen Banken in den jungen Staaten
  - 3.3. Die Außenhandelsinteressen des französischen Monopolkapitals gegenüber den jungen Staaten
    - 3.3.1. Tendenzen des Außenhandels der kapitalistischen Länder unter besonderer Berücksichtigung Frankreichs
    - 3.3.2. Der Außenhandel mit den jungen Staaten als ein Instrument des französischen Imperialismus
      - 3.3.2.1. Grundfragen des neokolonialen Außenhandels
      - 3.3.2.2. Tendenz und Struktur des französischen Außenhandels mit der Franc-Zone
      - 3.3.2.3. Faktoren zur Sicherung der Position Frankreichs im Außenhandel der Franc-Zonen-Länder
      - 3.3.2.4. EWG-Assoziation: Französische Interessen und veränderte Expansionsbedingungen
        - 3.3.2.4.1. Ergebnisse der Assoziation
        - 3.3.2.4.2. Ziele der französischen Assoziierungspolitik: Verteilung der Lasten und Bewahrung der Positionen
        - 3.3.2.4.3. Die Assoziation Tunesiens und Marokkos
    - 3.4. Zu einigen Aspekten der Rohstoffpolitik des französischen Imperialismus in den jungen Staaten
      - 3.4.1. Veränderungen in der Rohstoffwirtschaft und -politik infolge der wissenschaftlich-technischen Revolution und des Wandels im internationalen Kräfteverhältnis
      - 3.4.2. Die Rohstoffsituation des französischen Imperialismus und seine Ziele
      - 3.4.3. Die Auseinandersetzung um das Erdöl Algeriens
      - 3.4.4. Machtkampf um neue Erdölquellen

### 3.4.5. Die Uraninteressen des französischen Imperialismus in Zentralafrika

#### Schlußbemerkungen

Siegfried Liebing

## DER BETRAG W. I. LENINS ZUR POLITISCHEN ÖKONOMIE DES SOZIALISMUS VOR DER GROSSEN SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION

Dissertation A (22. 1. 1971)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät  
des Wissenschaftlichen Rates der  
Karl-Marx-Universität Leipzig

#### 0. Einleitung

1. Die Herausbildung theoretischer und methodologischer Grundlagen der Leninschen politischen Ökonomie des Sozialismus um die Jahrhundertwende
  - 1.1. W. I. Lenins theoretische Voraussicht über das ökonomische System der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft vor dem II. Parteitag der SDAPR
    - 1.1.1. Die Auffassungen W. I. Lenins von der politischen Ökonomie als Wissenschaft vom ökonomischen System einer historisch bestimmten Gesellschaftsformation
    - 1.1.2. Die Begründung der Diktatur des Proletariats als der unerläßlichen politischen Vorbedingung der sozialen Revolution durch W. I. Lenin
    - 1.1.3. Die wissenschaftliche Voraussicht Lenins über das ökonomische Bewegungsgesetz der sozialistisch-kommunistischen Gesellschaft
  - 1.2. Die wissenschaftliche Begründung der Objektivität und der Wirkungsweise der ökonomischen Gesetze durch W. I. Lenin
    - 1.2.1. Die objektive Bedingtheit des Systems der ökonomischen Gesetze durch die Eigentumsverhältnisse
    - 1.2.2. Das Verhältnis zwischen objektiven Bedingungen und subjektiven Faktoren in der Funktionsweise der ökonomischen Entwicklungsgesetze
    - 1.2.3. Die Rolle der proletarisch-sozialistischen Ideologie in der Funktionsweise der ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktionsweise
  - 1.3. Die Verteidigung und Weiterentwicklung der marxistischen Reproduktionstheorie durch W. I. Lenin und ihre Bedeutung für die politische Ökonomie des Sozialismus
    - 1.3.1. Die Verteidigung der marxistischen Reproduktionstheorie gegenüber den kleinbürgerlichen "Realisierungstheorien"
    - 1.3.2. Die Grundproportion des Wert- und Stoffersatzes im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß
    - 1.3.3. Die Wirkung des technischen Fortschritts auf die Entwicklung des Marktes
    - 1.3.4. Die Begründung des Gesetzes vom vorrangigen Wachstum für Abteilung I der Volkswirtschaft

2. Die Weiterentwicklung der Theorie der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus durch W. I. Lenin und die Grundsteinlegung der politischen Ökonomie des Sozialismus
  - 2.1. Die Begründung der Notwendigkeit und des Wesens der Übergangsperiode im monopolistischen Stadium des Kapitalismus durch W. I. Lenin
    - 2.1.1. Die Theorie der Übergangsperiode - Bestandteil der politischen Ökonomie des Sozialismus
    - 2.1.2. Der Imperialismus das höchste Stadium des Kapitalismus und der Beginn der Ära der sozialistischen Revolution
    - 2.1.3. Die politisch-ökonomischen Theorien W. I. Lenins über die Phase der revolutionären demokratischen Vorbereitung des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus
  - 2.2.1. Die Lösung des Hauptwiderspruchs zwischen der Monopolbourgeoisie und dem werktätigen Volk durch die revolutionäre Demokratie
  - 2.2.2. Die Einwirkung der revolutionären Demokratie auf die Produktionsverhältnisse im monopolistischen Entwicklungsstadium des Kapitalismus
  - 2.2.3. Die demokratische Nationalisierung - die Entwicklung zu einem höheren Typus der gesellschaftlichen Organisation und Kontrolle der Produktion
  - 2.2.4. Das Agrarprogramm der SDAPR (B) und der Übergang von der demokratischen zur sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft
- 2.3. Das ökonomische Programm der sozialistischen Revolution - die Vorausbestimmung der Hauptinhalte der Übergangsperiode durch W. I. Lenin
  - 2.3.1. Die Verwirklichung der gesellschaftlichen Rechnungsführung und Kontrolle der Produktion und Verteilung - die Hauptaufgabe der sozialistischen Revolution
  - 2.3.2. Der demokratische Zentralismus - das Grundprinzip der sozialistischen Wirtschaftsführung
  - 2.3.3. Der Sozialismus als niedere Entwicklungsstufe des Kommunismus

Mamadou Nabé

DIE ENTWICKLUNG DER LANDWIRTSCHAFT IN GUINEA SEIT DER ERRINGUNG DER POLITISCHEN UNABHÄNGIGKEIT UND MÖGLICHKEITEN DES LANDWIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS AUF DEM WEITEREN NICHTKAPITALISTISCHEN ENTWICKLUNGSWEG

Dissertation A (23. 7. 1971)

Wissenschaftlicher Rat der  
Hochschule für Ökonomie  
in Berlin

Vorwort

Einleitung: Zu theoretischen Fragen des nichtkapitalistischen Entwicklungsweges

1. Die Rückständigkeit in der Landwirtschaft als Erbe der Kolonialwirtschaft

- 1.1. Zur geographischen Lage Guineas
- 1.2. Das Erbe der Kolonialherrschaft in der Landwirtschaft Guineas
  - 1.2.1. Die Rückständigkeit der Produktivkräfte, die Zersplitterung der Produktionsinstrumente und ihre Folgen
  - 1.2.2. Die Eigentumsverhältnisse in der Landwirtschaft vor der Unabhängigkeit
  - 1.2.3. Zur Entstehung und Lage der Arbeiterklasse in der Landwirtschaft während der Kolonialzeit
  - 1.2.4. Zur Frage der Überbevölkerung in Guinea
  - 1.2.5. Die Kolonialherrschaft als entscheidende Ursache der Rückständigkeit in der Landwirtschaft Guineas
2. Das guinesische Experiment auf dem nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zur Umgestaltung der Landwirtschaft
  - 2.1. Notwendigkeit und Bedeutung der Entwicklung der Landwirtschaft im Rahmen der gesamten Volkswirtschaft
  - 2.2. Das Modell der guinesischen Agrarreform
  - 2.3. Ergebnisse der Agrarreform in der Republik Guinea
    - 2.3.1. Zur Genossenschaftsbewegung
    - 2.3.2. Die Erstarkung des einheimischen kapitalistischen Sektors in der Landwirtschaft
  - 2.4. Die landwirtschaftliche Produktion und die Kommerzialisierung der Produkte
    - 2.4.1. Die Entwicklung der Subsistenzproduktion und ihre Verflechtung mit der sich herausbildenden Leichtindustrie
    - 2.4.2. Die Entwicklung der landwirtschaftlichen Exportproduktion
    - 2.4.3. Die Gründung der OCA (Offices de Commercialisation Agricoles) zur besseren Kommerzialisierung der landwirtschaftlichen Exportprodukte
  - 2.5. Auswirkungen der Agrarumgestaltung seit der Unabhängigkeit Guineas
    - 2.5.1. Auflösung der Naturalwirtschaft
    - 2.5.2. Verbesserung der sozialen Lage der Bauernschaft
    - 2.5.3. Die Beseitigung der "Dualität" und die vollständige Integration der Wirtschaft
3. Die komplexe Mechanisierung und wissenschaftliche Planung als entscheidende Voraussetzung für das Wachstum der Produktion bei der weiteren Entwicklung der Landwirtschaft Guineas
  - 3.1. Problemstellung
  - 3.2. Zur Wahl der Technik
    - 3.2.1. Bedingungen für die Wahl der richtigen Technik in einem Entwicklungsland wie Guinea
    - 3.2.2. Die Notwendigkeit der Wahl der hochmodernen Technik (d) für die Landwirtschaft der Republik Guinea
  - 3.3. Mechanisierung der Landwirtschaft und Wachstumsprozeß

### 3.4. Planung und Produktionsfunktionen zur rationalen Lenkung des Wachstums in der Landwirtschaft

## Schlußbemerkungen

Kurt Meyer

# DIE ENTWICKLUNG DER GROSSBAUERNCHAFT IM PROZESS DER SOZIALISTISCHEN REVOLUTION IN DER DDR BIS ZU IHREM ÜBERGANG IN DIE KLASSE DER GENOSSENSCHAFTSBAUERN (1949/50 BIS 1961), NACHGEWIESEN AM BEISPIEL DES MITTELSÄCHSISCHEN RAUMES

Dissertation A (16. 7. 1971)

Sektion Geschichte der

Karl-Marx-Universität Leipzig

## Vorwort

1. Die Großbauernproblematik in den beiden Revolutionen in der DDR
2. Die Entwicklung der Großbauernschaft in der DDR und ihre Einbeziehung in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft 1949 bis 1952
  - 2.1. Die Politik der SED gegenüber den Großbauern beim Übergang zur sozialistischen Revolution in der DDR 1949 bis 1950
  - 2.2. Die Entwicklung der Großbauernschaft in der DDR in den Jahren 1951/52
  - 2.3. Die Stellung der Großbauern zum Beschluß der II. Parteikonferenz und zur Entwicklung sozialistischer Großbetriebe auf dem Lande
3. Die Entwicklung der Großbauernschaft und die Anfänge ihres Übergangs zu den Genossenschaften im Verlaufe der sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft 1952 bis 1955
  - 3.1. Die bündnispolitische Konzeption der SED nach der II. Parteikonferenz 1952 und die Lösung der Großbauernfrage in der DDR
    - 3.1.1. Die Verschärfung des Klassenkampfes 1952/53 und die Haltung der Großbauern zur Feindarbeit und zur gezielten Abwerbung - ihre politische Differenzierung
    - 3.1.2. Die Wirkungen der Maßnahmen vom 9. und 11. Juni 1953 auf die Großbauernschaft
    - 3.1.3. Die Strukturveränderungen in der Großbauernschaft 1952/53
  - 3.2. Die wirtschaftliche Festigung der großbäuerlichen Betriebe 1953/54 - Ausdruck der nationalen Agrarpolitik der SED und der Regierung der DDR
  - 3.3. Die Entscheidung der III. LPG-Konferenz und die Aufnahme von loyal gesinnten Großbauern in die LPG 1954/55 - Strukturwandel in Richtung auf den Sozialismus
4. Die Großbauernschaft in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse 1956/57 bis 1961
  - 4.1. Die Auswirkungen der politisch-ideologischen Offensive in der DDR 1956/57 auf die Entscheidung der Großbauern und für den Genossenschaftsweg



- 4.1.1. Die Großbauern und die Lösung der nationalen Frage
- 4.1.2. Die Zerschlagung der revisionistischen Auffassungen von der Agrarentwicklung und ihre Auswirkungen auf die Großbauernschaft
- 4.2. Die Zuspitzung der Widersprüche zwischen der schnellen Entwicklung der Produktivkräfte und der Produktionsverhältnisse in den LPG und der ökonomischen und sozialen Rückständigkeit in den großbäuerlichen Betrieben
- 4.3. Die Veränderungen in der Sozialstruktur der Großbauernschaft in der Periode des Sieges der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR
  - 4.3.1. Die Sozialstruktur der Großbauernschaft in den Jahren 1956 - 1959
  - 4.3.2. Der vollständige Übergang der noch individuell wirtschaftenden Großbauern in die LPG im Frühjahr 1960
5. Schlussteil

Christian Möbius

ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN DER ENTWICKLUNG DER BAUWIRTSCHAFT UND DEM WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUM UNTER DEN BEDINGUNGEN DER STAATSMONOPOLISTISCH ORGANISIERTEN WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHEN REVOLUTION - DARGESTELLT AM BEISPIEL WESTDEUTSCHLANDS

Dissertation A (4. 5. 1971)

Fakultät für Sozialistische Betriebswirtschaft  
des Wissenschaftsrates der  
Technischen Universität Dresden

0. Problemstellung
1. Erläuterungen zu den theoretischen Grundlagen und zur Entwicklung der Bauproduktion
  - 1.1. Grundlagen und Aspekte der marxistisch-leninistischen Theorie
  - 1.2. Analyse der Entwicklung des Systems Bauwirtschaft und seiner Teilsysteme im Untersuchungszeitraum
  - 1.3. Exkurs: Zur sogenannten "Schlüsselposition" der westdeutschen Bauwirtschaft
2. Untersuchung der Wechselbeziehungen zwischen Anlageinvestitionen und Bauproduktion von 1950 bis 1969
  - 2.1. Begriff und Struktur der Investitionen
  - 2.2. Die Entwicklung der Bauproduktion als Voraussetzung und Folge der Investitionstätigkeit im Untersuchungszeitraum
3. Die Rolle der westdeutschen Bauwirtschaft in der neuen Phase staatsmonopolistischer Regulierung
  - 3.1. Wirtschaftspolitik und Bauproduktion in den Phasen der Restauration und Expansion
  - 3.2. Der Übergang zur staatsmonopolistischen Globalsteuerung und die veränderten Entwicklungsbedingungen der Bauwirtschaft

4. Gesamtschätzung der Untersuchungen und Ergebnisse. Zusammenfassung: Der Anpassungsprozeß der Bauwirtschaft mit seinen Widersprüchen und Grenzen. Bewertung und Ausblick

5. Anhang

Manfred Ohlsen

DIE AUSTRAGUNG DES GEGENSATZES ZWISCHEN MONOPOLKAPITAL UND KLEINEN UND MITTLEREN UNTERNEHMERN ZU BEGINN DER FASCHISTISCHEN HERRSCHAFT IN DEUTSCHLAND, 1933 - 1934

(Unter besonderer Berücksichtigung der Umwandlung der Unternehmerverbände in staatsmonopolistische Regulierungsorgane des Faschismus)

Dissertation A (20. 4. 1971)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät  
des Wissenschaftlichen Rates der  
Friedrich-Schiller-Universität Jena

Vorwort

Einleitung

1. Die Gegensätze zwischen dem Monopolkapital und den kleinen und mittleren Unternehmern bei der Gestaltung der faschistischen Wirtschaftspolitik
  - 1.1. Der Charakter der Hitler-Regierung und ihre Bedeutung für die Interessen des Monopolkapitals
  - 1.2. Das Verhältnis des kleinen und mittleren Unternehmertums zum Machtantritt des Faschismus
  - 1.3. Grundzüge des Interessengegensatzes zwischen Monopolkapital und kleinen und mittleren Unternehmern bei der Gestaltung der faschistischen Wirtschaftspolitik
2. Der Kampf um den "ständischen Aufbau" (Januar 1933 - Juni 1933)
  - 2.1. Die Behandlung der wirtschaftspolitischen Interessen der Monopole und der kleinen und mittleren Bourgeoisie durch die faschistische Führung bis zu den Reichstagswahlen im März 1933
  - 2.2. Die Einleitung der Reorganisation der Unternehmerverbände durch das Monopolkapital
  - 2.3. Die Aktionen der kleinen und mittleren Unternehmer zur Durchsetzung ihrer Wirtschaftsinteressen
    - 2.3.1. Die Vorgänge vom 1. April 1933 in der Geschäftsstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und deren Auswirkungen auf die Bestrebungen des Kampfbundes des gewerblichen Mittelstandes
    - 2.3.2. Die Eroberung der zentralen Vertretungen des Handwerks, des Handels und der Industrie- und Handelskammern durch den Kampfbund des gewerblichen Mittelstandes und sein Eindringen in das Verbandswesen der industriellen Unternehmer

- 2.3.3. Die wirtschaftspolitischen Anstrengungen der kleinen und mittleren Bourgeoisie
- 2.4. Das gemeinsame Vorgehen von Monopolkapital und Naziführung gegen die Bestrebungen der kleinen und mittleren Bourgeoisie und die Fortsetzung der Reorganisation der Unternehmerverbände durch das Monopolkapital
  - 2.4.1. Die Reaktion des Monopolkapitals auf die Aktion gegen die Geschäftsstelle des Reichsverbandes der Deutschen Industrie
  - 2.4.2. Die im April und Mai eingeleiteten Maßnahmen der Naziführung zur Unterdrückung der wirtschaftspolitischen Anstrengungen der Klein- und Mittelbourgeoisie und zur Förderung der staatsmonopolistischen Wirtschaftspolitik
  - 2.4.3. Die Fortsetzung der Reorganisation der Unternehmerverbände durch das Monopolkapital
  - 2.4.4. Zur Haltung Wageners gegenüber dem Reichsverband der Deutschen Industrie
  - 2.4.5. Die Bildung des Reichsstandes der Deutschen Industrie
3. Die Auseinandersetzung des Monopolkapitals mit den kleinen und mittleren Unternehmern während der Amtszeit von Schmitt als Reichswirtschaftsminister (Juli 1933 bis Juni 1934)
  - 3.1. Der neue Wirtschaftskurs unter Reichswirtschaftsminister Schmitt in seinen Auswirkungen auf die Organisationsinteressen der kleinen und mittleren Unternehmer
  - 3.2. Die Auseinandersetzungen zwischen dem Monopolkapital und den kleinen und mittleren Unternehmern auf der Ebene der regionalen Unternehmerorganisationen
  - 3.3. Das Gesetz zur Vorbereitung des organischen Aufbaus der deutschen Wirtschaft
  - 3.4. Das Anschwellen der Massenunzufriedenheit mit der faschistischen Wirtschaftspolitik und die anhaltenden Auseinandersetzungen um die Unternehmerverbände
4. Die Unterdrückung der Interessen der kleinen und mittleren Unternehmer nach dem 30. Juni 1934 und der Ausbau der staatsmonopolistischen Unternehmerorganisationen unter Schacht
  - 4.1. Die Bedeutung des 30. Juni 1934 für die Interessen der kleinen und mittleren Unternehmer und die Organisation der Unternehmerverbände
  - 4.2. Die Maßnahmen Schachts zum weiteren Ausbau der Unternehmerverbände als staatsmonopolistische Regulierungs- und Unterdrückungsorgane

## Schlußbemerkungen

PROBLEME DER WIRTSCHAFTLICHEN ZUSAMMENARBEIT ZWISCHEN DEN OST-  
AFRIKANISCHEN STAATEN KENIA, UGANDA UND TANSANIA IM PROZESS IHRER  
INDUSTRIALISIERUNG

Dissertation A (3. 12. 1970)

Wissenschaftlicher Rat der  
Hochschule für Ökonomie  
in Berlin

Einleitung

1. Die historische Entwicklung der Industrieproduktion in Kenia, Uganda und Tansania
  - 1.1. Natürliche Voraussetzungen für die Industrialisierung der Länder Ostafrikas
    - 1.1.1. Bevölkerung, Bevölkerungswachstum und -verteilung
    - 1.1.2. Physische Geographie, Klima und Wasserverhältnisse
    - 1.1.3. Bodenschätze
  - 1.2. Die Infrastruktur als Voraussetzung für die Industrialisierung
    - 1.2.1. Verkehrserschließung und Trassenführung
    - 1.2.2. Energieproduktion und Verteilernetze
    - 1.2.3. Wasserversorgung
    - 1.2.4. Soziale Infrastruktur
  - 1.3. Die Entwicklung der Produktionsverhältnisse sowie des Überbaus in Kenia, Uganda und Tansania, ihr Einfluß auf den Industrialisierungsprozeß
    - 1.3.1. Die Kolonialherrschaft und die koloniale Wirtschaftspolitik Großbritanniens in Ostafrika
    - 1.3.2. Die Entwicklung der Klassen- und Machtverhältnisse nach der Erringung der Unabhängigkeit und ihre ökonomischen Wurzeln
    - 1.3.3. Der Einfluß der staatlichen Handels- und Finanzpolitik auf die Industrialisierung nach der Erringung der Unabhängigkeit
2. Die wirtschaftliche Zusammenarbeit der ostafrikanischen Länder Kenia, Uganda und Tansania unter den Bedingungen der britischen Kolonialherrschaft und der beginnenden nationalstaatlichen Entwicklung
  - 2.1. Die Entwicklung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Ostafrika unter den Bedingungen der Kolonialherrschaft und ihre Veränderung nach der Erringung der politischen Unabhängigkeit
    - 2.1.1. Das britische Streben nach kolonialer Föderation in Ostafrika
    - 2.1.2. Der Einfluß der schrittweisen politischen Befreiung der ostafrikanischen Länder auf die Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit
    - 2.1.3. Die Auswirkungen des Kampala-Abkommens und der gegenwärtige Stand der ostafrikanischen Wirtschaftsassoziierung

- 2.2. Politische und ökonomische Grundlagen der gegenwärtigen wirtschaftlichen Zusammenarbeit von Kenia, Uganda und Tansania
3. Zur Perspektive der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit der Länder Ostafrikas bei der Industrialisierung
  - 3.1. Die Notwendigkeit der zwischenstaatlichen Kooperation bei der Industrialisierung ehemals kolonialer Länder
    - 3.1.1. Die Bedeutung der Industrialisierung für die nationale Unabhängigkeit der ehemals kolonialen Staaten Kenia, Uganda und Tansania
    - 3.1.2. Bedarf an ausländischer finanzieller und materieller Hilfe für die Industrialisierung Kenias, Ugandas und Tansanias
    - 3.1.3. Die Vereinigung des finanziellen und materiellen Potentials mehrerer Länder auf Industrieschwerpunkte
    - 3.1.4. Formen der Kooperation zum Zwecke der Industrialisierung
  - 3.2. Das Verhältnis von Politik und Ökonomie in der zwischenstaatlichen Wirtschaftskooperation
    - 3.2.1. Der Einfluß des Gesellschaftssystems auf den Charakter und die Ziele der internationalen Arbeitsteilung und Wirtschaftshilfe
    - 3.2.2. Die internationalen Wirtschaftsbeziehungen und ihre Auswirkungen auf die ökonomische Entwicklung der jungen Nationalstaaten (Kenia, Uganda und Tansania)
  - 3.3. Politische Entwicklung und wirtschaftliche Zusammenarbeit in den ostafrikanischen Staaten Kenia, Uganda und Tansania
    - 3.3.1. Die Möglichkeiten und Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit unter den Bedingungen einer Stabilisierung der gegenwärtigen politischen Verhältnisse in den drei Ländern
    - 3.3.2. Der Übergang zur Wirtschaftsintegration unter den Bedingungen eines gemeinsamen nationaldemokratischen nichtkapitalistischen Entwicklungsweges

## Schlußbemerkungen

Ursula Röder

DER KAMPF DER WESTDEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN UM DIE GLEICHBERECHTIGUNG DER FRAUEN UNTER DEN BEDINGUNGEN DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS - UNTERSUCHT FÜR DEN ZEITRAUM ZWISCHEN DEM 7. UND 8. ORDENTLICHEN BUNDESKONGRESS DES DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTSBUNDES

Dissertation A (8. 9. 1970)

Sektion Marxismus-Leninismus der  
Technischen Universität Dresden

## Vorwort

1. Einige grundsätzliche Bemerkungen zur Entwicklung der Problematik und zum Inhalt der Gleichberechtigung der Frauen
2. Die Bedingungen für den Kampf der Arbeiterklasse Westdeutschlands um die Gleichberechtigung der Frauen

- 2.1. Die Gleichberechtigung der Frauen in der westdeutschen Gesetzgebung
- 2.2. Die Lage der erwerbstätigen Frauen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Westdeutschland
  - 2.2.1. Umfang und Motive der Erwerbstätigkeit der Frauen
  - 2.2.2. Die Erwerbstätigkeit der Frauen in der öffentlichen Meinung
  - 2.2.3. Formen und Methoden der Diskriminierung der erwerbstätigen Frauen - Ausdruck für die objektive Situation der Frauen
- 2.3. Möglichkeiten und Grenzen des Kampfes der Arbeiterklasse um die Gleichberechtigung der Frauen unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Systems
3. Die Frauenpolitik der westdeutschen Gewerkschaften zwischen dem 7. und 8. Ordentlichen Bundeskongreß des DGB - 1966 bis 1969
  - 3.1. Einige grundsätzliche Bemerkungen über die Haltung der westdeutschen Gewerkschaften zur Gleichberechtigung der Frauen
  - 3.2. Der Kampf der westdeutschen Gewerkschaften um die Gleichberechtigung der Frauen
    - 3.2.1. Der Kampf um die Durchsetzung des Rechts der Frauen auf Arbeit unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution
    - 3.2.2. Der Kampf um die Durchsetzung des Prinzips der Lohngleichheit
    - 3.2.3. Der Kampf um gleiche Bildungschancen für alle Mädchen und Frauen
    - 3.2.4. Der Kampf um die Durchsetzung sozialer Rechte für die werktätigen Frauen
  - 3.3. Die Bemühungen der westdeutschen Gewerkschaften um die Einbeziehung der erwerbstätigen Frauen in die gewerkschaftliche Organisation als Voraussetzung für ihre politische Aktivierung
  - 3.4. Zu einigen Problemen, die sich aus dem Inhalt und der Struktur der Frauenarbeit des DGB ergeben
    - 3.4.1. Zur Arbeit der Frauenausschüsse des DGB
    - 3.4.2. Das "Programm des DGB für Arbeitnehmerinnen - Grundsätze und Forderungen"
    - 3.4.3. Zu den Richtlinien für die gewerkschaftliche Frauenarbeit
4. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

25 JAHRE ERFOLGREICHE MARXISTISCH-LENINISTISCHE BÜNDNISPOLITIK DER ARBEITERKLASSE MIT DER BAUERNSCHAFT UNTER DER FÜHRUNG DER SOZIALISTISCHEN EINHEITSPARTEI DEUTSCHLANDS DARGESTELLT AM SAALKREIS (BEZIRK HALLE)

Dissertation A (20. 7. 1971)  
Philosophische Fakultät des  
Wissenschaftlichen Rates der  
Martin-Luther-Universität in Halle (Saale)

1. Einleitung
2. Die Schaffung und Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft im Saalkreis in der ersten Phase des Aufbaus des Sozialismus
  - 2.1. Vorbemerkung
  - 2.2. Der Kampf der Arbeiterklasse um die Verwirklichung des Klassenbündnisses mit der Hauptmasse der Bauern auf der Grundlage des Aktionsprogramms der KPD vom 11. Juni 1946
  - 2.3. Die Herstellung der politischen Einheit der Arbeiterklasse als eine Grundvoraussetzung für die Schaffung der demokratischen Einheit im Dorfe und ihre Verwirklichung im Saalkreis
  - 2.4. Die Organisierung der werktätigen Bauernschaft zur staatstragenden Kraft unter der Führung der Arbeiterklasse und ihrer marxistisch-leninistischen Kampfpartei
  - 2.5. Der Kampf der Arbeiterklasse im Bündnis mit den werktätigen Bauern und den anderen Schichten um die Festigung ihres ersten deutschen Arbeiter- und Bauernstaates
  - 2.6. An der Seite der Arbeiterklasse und unter der Führung der SED verwirklichen die werktätigen Bauern die Beschlüsse der II. Parteikonferenz der SED
    - 2.6.1. Die nationale Bedeutung des revolutionären Umwälzungsprozesses in der Landwirtschaft der DDR
    - 2.6.2. Die neuen Formen und Methoden der Politik der SED im Kampf um die Herausbildung der sozialistischen Klasse der Genossenschaftsbauern
    - 2.6.3. Die Vorbereitung der Werktätigen der Landwirtschaft auf den Abschluß der sozialistischen Umgestaltung und den Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse
  - 2.7. Die revolutionäre Umwälzung auf dem Gebiete des Bildungswesens als eine Grundvoraussetzung für die Schaffung einer modernen sozialistischen Klasse der Genossenschaftsbauern, die die sozialen Verhältnisse in der Landwirtschaft bewußt mitzugestalten hat
3. Die weitere Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern im Saalkreis in der zweiten Phase des Aufbaus des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik
  - 3.1. Die Klasse der Genossenschaftsbauern als politischer Faktor im Kampf um die Erhaltung und Sicherung des Friedens in Europa bei der Durchführung der Maßnahmen von Partei und Regierung am 13. August 1961 und die Bedeutung des XXII. Parteitages der KPdSU für die Gestaltung des Sozialismus als System in der DDR

- 3.2. Die Verwirklichung der führenden Rolle der SED unter den Bedingungen der Herausbildung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung und in Vorbereitung der Genossenschaftsbauern auf den Übergang zur zweiten Phase des Aufbaus des Sozialismus
  - 3.3. Die Weiterentwicklung der sozialistischen Leitungstätigkeit nach dem Territorial- und Produktionsprinzip in der Landwirtschaft durch die Kreisparteiorganisation im Saalkreis als Maßstab der Verwirklichung der Beschlüsse des VI. Parteitag der SED
    - 3.3.1. Der Kampf der Kreisleitung der SED um die Durchsetzung wissenschaftlicher Leitungsmethoden auf der Grundlage der weiteren Entfaltung des sozialistischen Massenwettbewerbs in der Landwirtschaft im Saalkreis
    - 3.3.2. Die Verwirklichung der Beschlüsse der SED durch den Kreistag und seine Organe in der ersten Etappe der Herausbildung des neuen ökonomischen Systems der Planung und Leitung in der Landwirtschaft im Saalkreis
    - 3.3.3. Die Kreisparteiorganisation der SED als führende Kraft bei der Gestaltung von Kooperationsbeziehungen in der sozialistischen Landwirtschaft auf der Grundlage wissenschaftlicher Leitungstätigkeit im Saalkreis
  - 3.4. Die gesetzmäßig wachsende Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei bei der Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus in der DDR nach dem VII. Parteitag der SED unter dem Aspekt der weiteren Festigung des Bündnisses mit der Klasse der Genossenschaftsbauern
    - 3.4.1. Der Kampf der Kreisleitung der SED - Saalkreis um die Herstellung von Systembeziehungen zur Lösung der Aufgaben in der sozialistischen Landwirtschaft
    - 3.4.2. Die weitere Festigung der Kooperationsgemeinschaften im Bereich des RLN und die Herausbildung von Kooperationsverbänden unter Führung der Kreisparteiorganisation der SED im Saalkreis
    - 3.4.3. Der 25. Jahrestag der demokratischen Bodenreform in der DDR im Leninjahr - Ausdruck erfolgreicher leninistischer Agrarpolitik der SED
  - 3.5. Die Entwicklung des einheitlichen sozialistischen Bildungssystems in der zweiten Phase des Aufbaus des Sozialismus in der DDR und die Bedeutung dieses Teilsystems für die weitere Festigung des Bündnisses der Arbeiterklasse mit der Klasse der Genossenschaftsbauern im Saalkreis
4. **Schlußbemerkungen**



WESEN, FUNKTIONEN UND ENTWICKLUNGSTENDENZEN DER KONSUMGENOSSENSCHAFTEN ALS WIRTSCHAFTSUNTERNEHMEN UND POLITISCHE MASSENORGANISATION UNTER DEN BEDINGUNGEN DES STAATSMONOPOLISTISCHEN KAPITALISMUS (BEVORZUGT DARGESTELLT AM BEISPIEL WESTDEUTSCHLANDS)

Dissertation A (17. 9. 1970)  
Sektion Marxismus-Leninismus  
Karl-Marx-Universität Leipzig

Einleitung .

1. Das Wesen der Konsumgenossenschaften unter staatsmonopolistischen Machtverhältnissen
  - 1.1. Wesen und spezifische Funktionen der Konsumgenossenschaften im spätkapitalistischen Herrschaftssystem
  - 1.2. Der Einfluß des staatsmonopolistischen Kapitalismus auf die Konsumgenossenschaften im spätkapitalistischen Herrschaftssystem
2. Die Entwicklung der Konsumgenossenschaften als Wirtschaftsunternehmen unter den Bedingungen der wissenschaftlich-technischen Revolution im staatsmonopolistischen Kapitalismus
  - 2.1. Stellung und Entwicklungstendenzen der Konsumgenossenschaften im System des Binnenhandels
  - 2.2. Die Gründung des Verbandes (west)deutscher Konsumgenossenschaften und dessen Zielstellung
  - 2.3. Die Stellung der Großeinkaufs-Gesellschaft (GEG) im Bund (west)deutscher Konsumgenossenschaften
  - 2.4. Finanzpolitische Probleme und Maßnahmen der westdeutschen Konsumgenossenschaften unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus
3. Demokratie und Mitbestimmung in den Konsumgenossenschaften
  - 3.1. Entwicklungstendenzen des Mitgliederbestandes der Konsumgenossenschaften
  - 3.2. Die Konsumgenossenschaftliche Demokratie und das Mitbestimmungsrecht der Mitglieder unter dem Einfluß der Konzentrations- und Zentralisationsprozesse
  - 3.3. Demokratische Potenzen der konsumgenossenschaftlichen Frauengilde und des Verbrauchertages in Westdeutschland
4. Der Platz der westdeutschen Konsumgenossenschaften im Kampf um eine antiimperialistische demokratische Neugestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in Westdeutschland
  - 4.1. Die gesellschaftliche Rolle der Konsumgenossenschaften bei der Schaffung und Entwicklung eines demokratischen Wirtschaftssektors in Westdeutschland
  - 4.2. Der notwendige politische Beitrag der Konsumgenossenschaften zur Unterstützung der Arbeiterklasse und aller demokratischen Kräfte im Kampf um die schrittweise Überwindung der staatsmonopolistischen Machtverhältnisse in Westdeutschland

HERAUSBILDUNG UND CHARAKTER SOZIALDEMOKRATISCHER REFORMPOLITIK  
AUF WIRTSCHAFTLICHEM GEBIET (UNTER BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG  
DES PROBLEMS STAATSMONOPOLISTISCHER "GLOBALSTEUERUNG" UND DES  
WIRKENS KARL SCHILLERS)

Dissertation A (24. 7. 1970)

Institut für Gesellschaftswissenschaften

beim Zentralkomitee der

Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands

Lehrstuhl Imperialismusforschung

Einleitung

1. Grundprobleme sozialdemokratischer Planungsvorstellungen, ihrer Herausbildung und Entwicklung (bis zur Bildung der Bonner Regierung der "Großen Koalition" 1966)
  - 1.1. Planmäßigkeit und wirtschaftspolitische Vorstellungen der SPD in der ersten Etappe der allgemeinen Krise des Kapitalismus
  - 1.2. Die wirtschaftspolitischen Vorstellungen (insbesondere Planungsvorstellungen sozialdemokratischer Führer in den ersten Nachkriegsjahren (1945 - 1949)
  - 1.3. Die Durchsetzung der Kombination von "Planung" und "Marktwirtschaft" in der offiziellen Wirtschaftskonzeption der westdeutschen Sozialdemokratie in den fünfziger Jahren
  - 1.4. Die objektive Notwendigkeit einer neuen Stufe der staatsmonopolistischen Regulierung und die unterschiedlichen Positionen dazu
  - 1.5. Die Essener Wirtschaftskonferenz der SPD als Höhepunkt der relativ geschlossenen Herausarbeitung sozialdemokratischer Reformpolitik auf wirtschaftspolitischem Gebiet
  - 1.6. Die Globalsteuerung der Wirtschaft als Kern der sozialdemokratischen Variante zur Durchsetzung der staatsmonopolistischen Planung
2. Einschätzung wichtiger Aspekte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in der Bonner Regierung unter besonderer Berücksichtigung der Schillerschen Globalsteuerung
  - 2.1. Die wirtschaftliche Situation Westdeutschlands zur Zeit der Bildung der "Großen Koalition"
  - 2.2. Die Wirtschaftspolitik Schillers zur Überwindung der Krise 1966/67 und die Abwälzung der Krisenlasten auf die westdeutsche Bevölkerung
  - 2.3. Sozialdemokratische Globalsteuerung und Wachstumspolitik im Dienste des Monopolkapitals
    - 2.3.1. Staatliche Rahmenplanung - Bestandteil der Schillerschen Globalsteuerung
    - 2.3.2. Mittelfristige Finanzplanung - Hauptinstrument der Globalsteuerung
    - 2.3.3. "Konzertierte Aktion" - Form der staatsmonopolistischen Einkommenspolitik
  - 2.4. Strukturpolitik - Global- und Detailsteuerung

Schlußbemerkungen

Bibliographie

Dissertation A (30. 6. 1971)  
Sektion Geschichte der  
Karl-Marx-Universität Leipzig

### Einleitung

1. Die produktionstechnische Entwicklung in den einzelnen Zweigen der Leipziger Industrie
  - 1.1. Das graphische Gewerbe
  - 1.2. Die metallverarbeitende Industrie
  - 1.3. Die Kammgarn- und Seidenspinnerei
  - 1.4. Die chemische Industrie
  - 1.5. Die Pianoforteherstellung
  - 1.6. Die Holzbearbeitung, Ziegeleien und Steinschleifereien
  - 1.7. Nahrungs- und Genußmittel
  - 1.8. Die Wachstuchherstellung
  - 1.9. Die Rauchwarenindustrie
  - 1.10. Verschiedene Zweige
  - 1.11. Die Standorte
  - 1.12. Die Bedeutung der Dampfmaschine
  - 1.13. Handwerk und Manufaktur im Prozeß der Herausbildung der Fabriken (Zusammenfassung)
2. Die Fabrikbesitzer und das Fabrikproletariat
  - 2.1. Die soziale Stellung (Beruf) der Väter von den Gründern und späteren Besitzern der Fabriken
  - 2.2. Die Berufe der Besitzer der Betriebe
  - 2.3. Teilhaberverhältnisse
  - 2.4. Die Rolle der Kaufleute im Prozeß der Herausbildung der Fabriken, Aktiengesellschaften, Bankiers, Banken
  - 2.5. Unternehmergruppen
  - 2.6. Zusammenfassung (Fabrikbesitzer)
  - 2.7. Die zahlenmäßige Entwicklung der Arbeiter
  - 2.8. Die Herkunft der Arbeiter
  - 2.9. Die Lage der Arbeiter
  - 2.10. Die Kämpfe der Arbeiter
3. Ergebnisse

## DIE WISSENSCHAFT ALS PRODUKTIVKRAFT

Studie zur historisch bedingten Herausbildung und Entwicklung der Wissenschaft als Produktivkraft unter besonderer Berücksichtigung ihrer produktiven Funktion im gesellschaftlichen System des Sozialismus

Dissertation A (29. 10. 1970)

### Einleitung

1. Die historisch bedingte Form der materiellen Produktion in ihrer Einheit von körperlicher und geistiger Arbeit als Grundlage der Entwicklung der Wissenschaft zur unmittelbaren Produktivkraft
  - 1.1. Zum Wechselverhältnis von Wissenschaft und Produktion
  - 1.2. Zum Wechselverhältnis von Wissenschaft und Technik
  - 1.3. Zum Wechselverhältnis von Wissenschaft und Produktion in den vorkapitalistischen Produktionsweisen
  - 1.4. Zum Verhältnis von Wissenschaft und Produktion im Kapitalismus
  - 1.5. Zu den qualitativ neuen Beziehungen von Wissenschaft und Produktion im Sozialismus
2. Die Beziehungen zwischen den gesetzmäßigen Erscheinungen der Wissenschaftsentwicklung und den allgemeinen und spezifischen ökonomischen Entwicklungsgesetzen einer Gesellschaftsformation
  - 2.1. Über die gesetzmäßigen Erscheinungen der Wissenschaftsentwicklung
  - 2.2. Zu einigen Wechselbeziehungen zwischen den gesetzmäßigen Erscheinungen der Wissenschaftsentwicklung und dem Gesetz der Ökonomie der Zeit
  - 2.3. Zu einigen Wechselbeziehungen zwischen gesetzmäßigen Erscheinungen der Wissenschaftsentwicklung und dem Gesetz der ständigen Steigerung der Arbeitsproduktivität
  - 2.4. Zu einigen Wechselbeziehungen zwischen gesetzmäßigen Erscheinungen der Wissenschaftsentwicklung und dem Gesetz der planmäßigen proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft
  - 2.5. Probleme der bewußten Ausnutzung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus
  - 2.6. Zu einigen Schlußfolgerungen für die wissenschaftstheoretische Forschung
3. Bestimmung und Definition der Wissenschaft als Produktivkraft
4. Definition der Begriffe produktive und nichtproduktive (unproduktive) wissenschaftliche Arbeit
5. Die Stellung der Produktivkraft Wissenschaft und ihrer Faktoren im System der Faktoren des ökonomischen Wachstums
6. Zur Aufgabenstellung der sozialistischen Wissenschaftsorganisation
7. Forschungsaufwand und Forschungsfonds und ihre Beziehungen zum gesellschaftlichen Gesamtprodukt

- 7.3. Zur Einbeziehung des Forschungs- und Entwicklungsaufwandes sowie des Forschungsfonds in Volkswirtschaftliche Effektivitäts- und Aufwandsmessungen
8. Effektivität der wissenschaftlichen Arbeit und ökonomisches Wachstum
9. Schlußbemerkungen

Ingeborg Sommer

## WISSENSCHAFTLICH-TECHNISCHE REVOLUTION UND STRUKTURWANDEL IN DER FRAUENARBEIT VON 1950 BIS 1968 IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

Dissertation A (16. 4. 1971)

Sektion Sozialistische Betriebswirtschaft

Technische Universität Dresden

### Vorwort

1. Der Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Frauenerwerbstätigkeit unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus in der Bundesrepublik
  - 1.1. Die gesellschaftliche Stellung der berufstätigen Frau im staatsmonopolistischen Herrschaftssystem der Bundesrepublik Deutschland
  - 1.2. Die Einwirkung der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Frauenerwerbstätigkeit unter den spätkapitalistischen Bedingungen der Bundesrepublik Deutschland
2. Auswirkungen der kapitalistisch organisierten wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Struktur der Frauenarbeit in der Bundesrepublik Deutschland im Zeitraum von 1950 - 1968 und in deren Ergebnis auftretende Wandlungen, Widersprüche und kapitalistische Schranken
  - 2.1. Quantitative Prozesse des Strukturwandels in der Frauenarbeit der Bundesrepublik Deutschland und ihre Widersprüchlichkeit
    - 2.1.1. Die Ausnutzung des weiblichen Arbeitsvermögens entsprechend den Exploitationsbedürfnissen des Kapitals
    - 2.1.2. Veränderungen in der strukturellen Gliederung der Frauenarbeit nach Wirtschaftszweigen seit 1950 in der Bundesrepublik Deutschland
    - 2.1.3. Resultate quantitativer Wandlungsprozesse der Frauenarbeit nach 1950 in der Bundesrepublik Deutschland
  - 2.2. Der Einfluß der wissenschaftlich-technischen Revolution auf die Berufsentwicklung erwerbstätiger Frauen von 1950 - 1968 in der Bundesrepublik Deutschland
    - 2.2.1. Die Berufsstruktur erwerbstätiger Frauen und ihre Entwicklungstendenzen
    - 2.2.2. Das Bildungsniveau weiblicher Schulabgänger bei Eintritt ins Erwerbsleben
    - 2.2.3. Die Lehrausbildung von Mädchen und deren Einfluß auf die Berufsstruktur weiblicher Beschäftigter
    - 2.2.4. Ausbildung von Frauen in Berufen mit Hoch- und Fachschulabschluß

- 2.2.5. Qualifizierung und Weiterbildung bereits im Beruf stehender Frauen
- 2.3. Zusammenfassende Betrachtung des Strukturwandels der Frauenarbeit von 1950 - 1968 in der Bundesrepublik Deutschland
3. Schlussfolgerungen für die Entfaltung der Frauenarbeit im Rahmen einer demokratischen Alternative der Arbeiterklasse in der Bundesrepublik Deutschland

Heinz Starck

DIE TECHNISCHE, ÖKONOMISCHE UND ORGANISATORISCHE VORBEREITUNG UND DURCHFÜHRUNG DER MATERIELLEN RÜSTUNG DES DEUTSCHEN IMPERIALISMUS

Dissertation A (31. 3. 1971)

Wissenschaftlicher Rat der  
Hochschule für Ökonomie Berlin

Einleitung

1. Die allgemeine Rüstungssituation des deutschen Imperialismus während der revolutionären Nachkriegskrise (1919 - 1923)
  - 1.1. Die Suche nach den "Ursachen" der Niederlage des deutschen Imperialismus im ersten Weltkrieg und die ersten allgemeinen Schlußfolgerungen
  - 1.2. Die Sicherung der materiellen Basis der Reichswehr
2. Die Reichswehrmaßnahmen der illegalen materiellen Rüstung in der Periode der relativen Stabilisierung des Kapitalismus (1924 - 1929)
  - 2.1. Die "Wirtschaftsgruppe" des HWA als Zentrum der materiellen Vorbereitungsmaßnahmen
  - 2.2. Die Auswirkungen der Konzentration und Zentralisation des Kapitals auf die Entwicklung des Rüstungspotentials
  - 2.3. Die ersten direkten Maßnahmen der materiellen Rüstung der Reichswehr
3. Weltwirtschaftskrise und materielle Rüstung der Reichswehr (1929 - 1932)
  - 3.1. Die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise auf das direkte und indirekte Rüstungspotential
  - 3.2. Der Haushalt und die Reichswehr und seine Auswirkungen auf das direkte Rüstungspotential
4. Die "wehrwirtschaftliche" und "wehrtechnische" Lage des deutschen Imperialismus Ende des Jahres 1932
  - 4.1. Die Lage des indirekten Potentials und die Versorgungslage mit strategischen Rohstoffen
  - 4.2. Die Lage des direkten Potentials
5. Die allgemeine Rüstungspolitik des deutschen Imperialismus in den ersten Jahren der faschistischen Diktatur (1933 - 1936)

- 5.1. Der Beginn der verstärkten materiellen Rüstung und die Spitzengliederung - der Reichsverteidigungsrat und das Reichswehrministerium
- 5.2. Der "Wehrwirtschaftsstab" (WStb) und das "Heereswaffenamt" (HWA) - die militärischen Lenkungsorgane der materiellen Rüstung
- 5.3. Die materielle Rüstung und das Rohstoffproblem
- 5.4. Die Grenzen der materiellen Rüstung
- 5.5. Die Lage der materiellen Rüstung im Jahre 1936
6. Die verstärkte Kriegsvorbereitung und der Ausbau des deutschen Rüstungspotentials bis zum Beginn des zweiten Weltkrieges (1937 bis 1. September 1939)
  - 6.1. Die Behörde des Beauftragten für den Vierjahresplan
    - 6.2. Die Lenkungsmaßnahmen der Behörde im Jahre 1937
      - 6.2.1. Der Arbeitseinsatz
      - 6.2.2. Die Rohstoffausbauprogramme
      - 6.2.3. Die Reichswerke AG für Erzbergbau und Eisenhütten
    - 6.3. Das Reichswirtschaftsministerium und seine Außenstellen im Jahre 1937
    - 6.4. Politische und organisatorische Maßnahmen zur Schaffung von Ausgangspositionen für die Entfesselung des Krieges um die Jahreswende 1937/1938
      - 6.4.1. Die Reorganisation der Behörde und des Reichswirtschaftsministeriums im Frühjahr 1938
      - 6.4.2. Die Reorganisation der Spitzengliederung der Wehrmacht im Frühjahr 1938
      - 6.4.3. Der Generalbevollmächtigte für die Eisen- und Stahlbewirtschaftung
    - 6.5. Die allgemeine Lage der materiellen Rüstung im Jahre 1938
      - 6.5.1. Der Zuwachs des Potentials - Österreich und das Sudetengebiet
      - 6.5.2. Die Mob. -Arbeiten im Bereich der Industrie
      - 6.5.3. Der Arbeitseinsatz
      - 6.5.4. Der Generalbevollmächtigte für Sonderfragen der chemischen Erzeugung
      - 6.5.5. Der Generalbevollmächtigte für das Kraftfahrwesen
      - 6.5.6. Der Generalbevollmächtigte für die Regelung der Bauwirtschaft
      - 6.5.7. Der Generalbevollmächtigte für die Energiewirtschaft
  7. Die Lage der materiellen Rüstung im Jahre 1939

Rudi Stasiak

DER KAMPF DER WERKTÄTIGEN IM LAND SACHSEN UNTER FÜHRUNG DER SED  
UM DIE FESTIGUNG DER VOLKSEIGENEN INDUSTRIE UND DIE HILFE DER SO-  
ZIALISTISCHEN BESATZUNGSORGANE IN DER PERIODE VON ENDE 1946 BIS MIT-  
TE 1948 - EIN BEITRAG ZUR DARSTELLUNG DER ANTIFASCHISTISCH-DEMOKRA-  
TISCHEN REVOLUTION

Dissertation A (26. 3. 1971)

Wissenschaftlicher Rat der

Pädagogischen Hochschule

"Karl Friedrich Wilhelm Wander"

Dresden

Einleitung

1. Die objektiven und subjektiven Voraussetzungen für die Weiterführung der antifaschistisch-demokratischen Revolution Ende 1946
  - 1.1. Zur internationalen und nationalen Situation
  - 1.2. Die Klassenlage in Sachsen
  - 1.3. Die politische, organisatorische und ökonomische Konstituierung und Konsolidierung der volkseigenen Industrie in Sachsen im zweiten Halbjahr 1946
2. Der Kampf der Werktätigen unter Führung der SED um die Durchbrechung des fehlerhaften Kreislaufes aus eigener Kraft und mit Hilfe der Sowjetunion (von Anfang 1947 bis Mitte 1948)
  - 2.1. Die Zuspitzung des Widerspruchs zwischen niedriger Arbeitsproduktivität und neuen sozialökonomischen Verhältnissen
  - 2.2. Die Verschärfung des ideologischen Klassenkampfes
  - 2.3. Der Marshallplan - ein Ausweg?
  - 2.4. Die Bedeutung des II. Parteitages der SED für den Kampf der Werktätigen um die Durchbrechung des "Teufelskreises"
  - 2.5. Die Entstehung und der Inhalt des "Aufbauprogramms 234"
  - 2.6. Die ersten Schritte im Kampf um die Durchsetzung der Beschlüsse des II. Parteitages der SED und des Aufbauplanes 234
  - 2.7. Die Entstehung und Entwicklung der Aktivisten und Wettbewerbsbewegung in Sachsen
3. Eine Zwischenbilanz des Kampfes der Werktätigen unter Führung der SED um die Durchbrechung des "Teufelskreises"
4. Die Bedeutung des "Aufbauprogramms 234" für die Entwicklung der Produktivkräfte und der ökonomischen Rolle der SED
5. Schlußbetrachtungen



ADAM SMITH' BESTIMMUNG DER QUELLE DES MEHRWERTS IM ARBEITSTEILIGEN PRODUKTIONSPROZESS DER ENGLISCHEN MANUFAKTUR UND DER IN SEINER ÖKONOMISCHEN THEORIE IMPLIZIERTE BÜRGERLICHE MENSCH DES WIRTSCHAFTSPROZESSES

Dissertation A (11. 2. 1970)

Gesellschaftswissenschaftliche Fakultät

des Wissenschaftlichen Rates der

Humboldt-Universität zu Berlin

1. Die individualistische Menschkonzeption der englischen Philosophen des 17. und 18. Jahrhunderts ist der ideelle Reflex der Erscheinungsformen der kapitalistischen Produktionsweise. Die Entwicklung der klassischen bürgerlichen Ökonomie schafft einen einzelwissenschaftlichen Ausgangspunkt zur weiteren Vertiefung des bürgerlichen Selbsterkenntnisprozesses im 18. Jahrhundert
2. Adam Smith feiert im "Reichtum der Nationen" den arbeitsteiligen Produktionsprozeß der Manufaktur als Prozeß der Verwirklichung des Profits und bestimmt den Produzenten des Prozesses als Lohnarbeiter
  - 2.1. Die Entwicklung des englischen Manufakturwesens und die Erkenntnis des arbeitsteiligen Produktionsprozesses als die Methode der Mehrwertgewinnung durch die klassische bürgerliche Ökonomie
  - 2.2. Der Manufakturarbeiter geht als Lohnarbeiter die Beziehung mit dem Kapital ein. Die Arbeit des Arbeiters führt nicht zur allseitigen Entwicklung seines Arbeitsvermögens
  - 2.3. Der über den gesellschaftlichen Verhältnissen schwebende Mensch in Smith' exoterischer Darstellungsweise und die letztlich natürlich-ethische Bestimmung der kapitalistischen Beziehung von Lohnarbeit und Kapital
3. Die Subjekt-Objekt-Beziehungen in der ökonomischen Formbestimmung der kapitalistischen Mehrwertproduktion
  - 3.1. Das Kapital, die materielle Bedingung der Manufakturarbeiter und -besitzer
  - 3.2. Smith' Schwanken bei der Bestimmung der kapitalistischen Mehrwertproduktion als einem Aneignungsprozeß bzw. einem Prozeß des Äquivalentenaustausches von Kapital und Arbeit
  - 3.3. Die in Smith' ökonomischer Formbestimmung der kapitalistischen Mehrwertproduktion implizierte Subjekt-Objekt-Beziehung
  - 3.4. Die in Smith' wissenschaftlicher Darstellung der Mehrwerttheorie vorhandenen Ansatzpunkte zur Erkenntnis des wirklichen Menschen
4. Schlußbetrachtungen

Der VI. Internationale Kongreß der Wirtschaftshistoriker wird im August 1974 in Kopenhagen stattfinden. Die genauen Daten, die Teilnahmebedingungen und alle praktischen Informationen werden rechtzeitig bekannt gegeben.

In Auswertung früherer Erfahrungen hat man sich jedoch schon jetzt darauf geeinigt, daß sich das wissenschaftliche Programm des Kongresses aus drei Bestandteilen zusammensetzen wird:

A Das vorbereitende Komitee hat fünf Themenkreise für Vorträge und Diskussionen ausgewählt (sie werden im einzelnen noch erläutert und begründet). Zu diesen Themenkreisen - mit Ausnahme des fünften - werden 1973 vorbereitende Kolloquien stattfinden. Dort werden Spezialisten in kleinen Gruppen zusammengenommen. Das Ziel dieser Kolloquien besteht in der Erarbeitung von Referaten (eines Autors oder mehrerer Autoren), die vor dem Kongreß verteilt werden sollen, damit man sie dort als bekannt voraussetzen und darüber diskutieren kann. Die entsprechenden Zusammenkünfte sollen ausschließlich dieser Diskussion dienen. Daher sollen keine anderweitigen Mitteilungen dort erfolgen.

B Eine bestimmte Zahl von Zusammenkünften sind ausschließlich diesen anderweitigen Mitteilungen (mit anschließender Diskussion dazu) vorbehalten. Die Wahl der Themen steht den Autoren frei (innerhalb eines bestimmten Rahmens, wozu später - wahrscheinlich im letzten Drittel des Jahres 1972 - noch nähere Ausführungen erfolgen werden). Dieser Rahmen muß sich nicht unbedingt mit den unter A genannten Themenkreisen decken.

Die nationalen Komitees der Association Internationale werden gebeten, ihre Themenvorschläge bis spätestens 1. September 1972 zu unterbreiten.

Das vorbereitende Komitee wird diese - auf etwa ein Dutzend veranschlagten - Vorschläge registrieren, später die Namen der dafür in Aussicht genommenen Referenten hinzufügen, die dem einzelnen zur Verfügung stehende Zeit festlegen und für die erforderlichen Räumlichkeiten sorgen.

C Für Teilnehmer, die ihre Gedanken über ein bestimmtes Spezialgebiet austauschen möchten oder an einer im Programm nicht näher bezeichneten Frage interessiert sind, werden Zusammenkünfte in einem loseren Rahmen organisiert. Zum Zwecke der erforderlichen organisatorischen Vorbereitung ist das Generalsekretariat bis zum 1. Juni 1974 von entsprechenden Wünschen in Kenntnis zu setzen.

Es folgen nun Ausführungen zu den fünf Themenkreisen, die das Kernstück unseres Kongresses bilden werden, wie unter A dargelegt.

+ Leicht gekürzte Fassung einer von der Association Internationale D' Histoire Economique im Januar 1972 in Zürich herausgegebenen Mitteilung.

### Die bäuerliche Wirtschaft vor und während der ersten Etappe der Industriellen Revolution

Die Agrargeschichte wurde auf früheren internationalen Kongressen der Wirtschaftsge-  
schichte im Zusammenhang mit den Problemen der landwirtschaftlichen Produktion und  
Produktivität (München 1965, Bloomington 1968) und der Wirtschaft großer Güter (Stock-  
holm 1960, Aix-en-Provence 1962, Leningrad 1970) behandelt; Berührungspunkte lagen auch  
unter anderen thematischen Aspekten vor (Entwicklung des Kapitalismus, demographische  
Wandlungen etc.). Die spezifischen Fragen der bäuerlichen Wirtschaft sind also noch nicht  
zum Hauptgegenstand von Vorträgen und Diskussionen erhoben worden.

Unsere Absicht, einen der Themenkreise auf dem Kongreß von Kopenhagen der bäuerlichen  
Wirtschaft zu widmen, beruht auf zahlreichen Motiven; im besonderen sind es:

- das Studium der bäuerlichen Wirtschaft ist wichtig für unsere Kenntnis der Stimuli und  
Fesseln des ökonomischen Wachstums in verschiedenen Gebieten und für unsere Einsicht  
in ökonomisches Denken;
- die Erforschung dieses Gebietes hat sich im Laufe der letzten Jahre und in vielen Län-  
dern sowohl unter historischen als auch ökonomischen, ethnographischen, soziologischen  
etc. Gesichtspunkten ziemlich entwickelt; jetzt scheint es angebracht, eine Synthese zu  
versuchen.

Wir schlagen hiermit einige methodologische Leitlinien vor, um dem Charakter der bäuer-  
lichen Wirtschaft näher zu kommen:

1. Untersuchung ihrer Stellung und der Funktionen, die von der bäuerlichen Besitzform,  
Pacht bzw. jeder anderen Form des Besitzes und allgemein von der ganzen bäuerlichen  
Wirtschaft in den Globalstrukturen (Agrarstrukturen, Gesamtwirtschaft eines Landes,  
eines Gebietes) ausgeübt wurden.
2. Versuch, mit der Methode der Modelle die Hauptfaktoren herauszuarbeiten, von denen  
die bäuerliche Wirtschaft abhängt; auf dieser Grundlage Herausarbeitung der Modelle  
der verschiedenen bäuerlichen Wirtschaftstypen (Gutswirtschaft, Hauswirtschaft, Do-  
mäne etc.).
3. Verbindung der diachronischen und der synchronischen Analyse, der langfristigen und  
der kurzfristigen Erscheinungen, mit anderen Worten: Verfahren zur Behandlung von  
Strukturproblemen - von Kontinuität und Wandel.
4. Berücksichtigung aller Bedingungen (Natur, Mensch, Markt etc.), die geeignet sind, auf  
den Charakter bäuerlicher Wirtschaften einzuwirken (zum Beispiel Ermittlung der Un-  
terschiede zwischen Gebirgs- und Flachlandwirtschaften, Viehzucht und Ackerbau, in-  
tensiven und extensiven Bewirtschaftungen etc.).

Diesen Leitlinien zufolge wird es sich darum handeln, folgende Probleme zu erörtern, die  
besonders wesentlich erscheinen:

- a) Analyse der Beweggründe, die zu ökonomischen Entscheidungen der Bauern führen, na-  
mentlich im Hinblick auf Investitionen.
- b) Analyse der Produktionsergebnisse der bäuerlichen Wirtschaft (einschließlich der bäuer-  
lichen Einkünfte) und der Variationsfaktoren dieser Ergebnisse (Abzüge von den bäuerli-  
chen Einkünften, Einfluß des Marktes und des monetären Anreizes etc.).
- c) Analyse der bäuerlichen Arbeitsproduktivität (Probleme der Handarbeit, Einwirkung der  
Bevölkerungsentwicklung etc.).

- d) Analyse der Verhaltensweise der Bauern gegenüber den Phänomenen der Industrialisierung (Anwendung industrieller Methoden auf dem Lande, Entfaltung eigener Aktivitäten, Übergang zu modernen ländlichen Lebensformen).
- e) Analyse des Dorfes als Struktureinheit, in die sich die bäuerliche Besitzform einfügt, und des - positiven oder negativen - Einflusses der Dorfgemeinde auf die ökonomische Entwicklung.

Es erscheint gerechtfertigt, eine möglichst weitgefaßte Auslegung des Begriffs "Industrielle Revolution" zuzulassen. Dies schafft die Möglichkeit, ihn gleichermaßen für wirtschaftlich schon entwickelte Länder und Gebiete wie für solche, die sich erst auf dem Weg der Industrialisierung befinden, anzuwenden. Mit Rücksicht auf den Vergleichswert ist ferner ein möglichst weitgesteckter chronologischer Rahmen, der auch Probleme der ländlichen Wirtschaft der Antike und des Mittelalters einschließt, anzustreben.

Verantwortlich für den Themenkreis:

Prof. Jerzy Topolski  
Universität Poznań (Polen)

## Zweiter Themenkreis

Strategie der Investition im privaten Unternehmen und im staatlichen Sektor (19. - 20. Jahrhundert)

### Einführung:

Die Analyse der Investitionsstrategie bildet einen zentralen Teil der Untersuchung des Wachstumsweges einer Firma. Ein Hauptgegenstand der Unternehmensgeschichte besteht darin, Modelle des Wachstumsverhaltens privater und staatlicher Betriebe zu entwickeln und zu rekonstruieren. Der Investitionsentschluß, aufgefaßt als Resultat einer Strategie, ist eine entscheidende Maßnahme eines wachsenden Betriebes, seine Existenz zu behaupten oder seinen geplanten Wachstumsweg aufrechtzuerhalten (mit besonderer Betonung der strukturellen Aspekte des Wachstumsweges). Nach der Terminologie Prof. Ansoffs gehören Investitionsentscheidungen zu der Gattung strategischer Entscheidungen, die von Ausrüstungs- oder Operationsentscheidungen zu unterscheiden sind.

Die Investitionsstrategie wird als eine Reihe funktioneller Verbindungen zwischen externer Information und interner Struktur des Betriebes einerseits und der Investitionsentscheidungen derselben Firma andererseits angesehen. Form und Wesen dieser Verbindungen werden klarer durch die verschiedenartigen Beweggründe und Ziele, die zur Entscheidung führen, bestimmt.

Obwohl verschiedene methodische Wege zur Analyse der Strategie, das heißt der oben erwähnten funktionellen Verbindungen, möglich sind, wird im Hinblick auf die Meßbarkeit der Investitionsstrategie der quantitativen und der historischen Methode der Vorrang gegeben werden (möglichst auf der Grundlage laufender Forschung auf diesem Gebiet).

Zwei Tagungen sind geplant.

1. Tagung I: Investitionsstrategie als ein im 19. - 20. Jahrhundert "realisiertes" Phänomen

1.1. Das Phänomen industrieller, kommerzieller und finanzieller Konzentration

Zentrale Frage: Wie weit sind Fusionen und Neuerwerbungen, historisch gesehen, auf äußere Umstände zurückzuführen, wie weit auf die dynamische Kraft des Betriebes selbst?

1.2. Das Phänomen der Mechanisierung und Automation

Zentrale Frage: Wie weit gehen größere Einlagen an fixem Kapital auf äußere Umstände zurück, wie weit auf die dynamische Kraft des wachsenden Betriebes selbst? Außerdem, wie war ihr kybernetischer Einfluß auf die ökonomische Umgebung des Betriebes?

1.3. Das Investitionsphänomen im Lichte des Konsumtionsverhaltens (marketing)

Zentrale Frage: Wie weit gehen die Entwicklung von Konsumtionsformen und ihre Veränderungen auf äußere Kräfte und wie weit auf die Dynamik des Betriebes selbst zurück? Soweit Investitionen auf dem Marktsektor (marketing) von äußeren Faktoren angeregt wurden, wird die Aufmerksamkeit auf folgende variable Größen gerichtet:

1.3.1. Der Zusammenstoß des technologischen Fortschritts mit Konsumtionsformen (unter anderem der Zusammenstoß mit dem Lebenszyklus des Produktes).

1.3.2. Der Zusammenstoß makro-ökonomischer variabler Größen (unter anderem Veränderung in der Einkommensverteilung, Wachstum des Bruttonationalprodukts [C.N.P.] mit mikro-ökonomischen Verhaltensweisen (zum Beispiel im Hinblick auf eine bestimmte Ware).

1.3.3. Der Zusammenstoß mit der Psychologie des Verbrauchers (unter anderem die Aufnahme neuer Produkte durch den Verbraucher und die Rolle der Tradition).

2. Tagung II: Beweggründe und Ziele der Entscheidungsträger, besonders hinsichtlich der Investitionsstrategie bezüglich Konzentration, Mechanisierung und Konsumtionsverhalten (19. - 20. Jahrhundert)

2.1. Beweggründe und Ziele der Entscheidungsträger auf verschiedenen Sektoren der Weltwirtschaft

2.1.1. Beweggründe und Ziele der Entscheidungsträger in Privatunternehmen der Wirtschaft des Westens (19. und 20. Jahrhundert).

2.1.2. Beweggründe und Ziele der Entscheidungsträger in der marxistischen Wirtschaft (20. Jahrhundert).

2.1.3. Beweggründe und Ziele der Entscheidungsträger in multinationalen Unternehmen (besonders bezüglich der Entwicklungsländer) (20. Jahrhundert).

2.2. Folgende Beweggründe und Ziele sollen insbesondere analysiert werden:

2.2.1. Wirtschaftliche Kalküle (Profit, Markt, Beteiligung, internationale Verbindungen)

2.2.2. Politik der sozialen und ökonomischen Entwicklung (Existenzbedingungen)

2.2.3. Psychologische Faktoren (individuelle Fähigkeit und Leistung)

Die Sektion II verfolgt das Ziel, Möglichkeiten und Grenzen der Einführung und Anwendung statistischer und ökonomischer Methoden in eine qualitative Geschichte der Unterneh-

men zu überprüfen. Es sollen daher Referenten bevorzugt werden, die bei ihrer Forschung dieser besonderen Methodologie Aufmerksamkeit geschenkt haben.

Verantwortlich für den Themenkreis:

Prof. Herman van der Wee  
Universität Löwen (Belgien)

Prof. Wladimir Winogradow  
Akademie der Wissenschaften Moskau (UdSSR)

Prof. István Berend  
Akademie der Wissenschaften Budapest (Ungarn)

### Dritter Themenkreis

#### Urbanisierung und Umwelt

In wirtschaftlich entwickelten Ländern sind sich sowohl die Ökonomen als auch die breite Öffentlichkeit des Anbruchs einer tiefen Krise bewußt geworden. An Stelle der Aktivitäten, die sich auf die Steigerung der Einkünfte und der Produktion richteten, sind heute die Sorge um menschliche Beziehungen, um die Ökologie und die soziale Verantwortung der Unternehmer getreten. Wie es de Saint-Exupéry vorausgesehen hatte, wurde das Zeitalter der Eroberer durch das Zeitalter der Kolonisatoren ersetzt. Ein neues Haus war gebaut worden, und jetzt merkt man, daß man es erst bewohnbar machen muß.

Die Wirtschafts- und Sozialgeschichte kann offensichtlich nicht außerhalb dieser geistigen Bewegung bleiben. Es ist natürlich, ja notwendig, daß sich der Historiker diesen Problemen zuwendet und daß er ihre Keimzellen erforscht.

In der Tat sind die Probleme, die uns heute ängstigen, keine völlig neuen Probleme. Da unsere Zivilisation von den mittelalterlichen Städten aus ihren Anfang genommen hat, finden wir auch dort den Ursprung solcher Probleme. Bei diesem Thema schwebt uns die Behandlung folgender Probleme vor:

1. Untersuchung, ob und inwieweit eine Planung bei der Entstehung und der Entwicklung der Städte des Mittelalters und der Renaissance vorgelegen hat.
2. Die Zunahme der Städte signalisierte die Tendenz einer Zusammenballung der Bevölkerung. Zwischen dem 11. und 14. Jahrhundert nimmt die Zahl von Stadtkernen mit 20 000, 30 000, 50 000, 100 000 Einwohnern sichtlich zu. Diese städtische Bevölkerung war auf eng begrenzten Räumen zusammengedrängt; eine gefährliche Konzentration in einer Zeit, in der medizinische Kenntnisse und hygienische Vorsichtsmaßnahmen minimal waren. Diese Disproportion war der Ausgangspunkt einer Reihe unheilvoller Epidemien, von denen das Europa des 14. bis 17. Jahrhunderts betroffen wurde. Das Phänomen wiederholte sich im 19. Jahrhundert: Diesmal handelte es sich nicht mehr um Pest oder Typhus, sondern um Tuberkulose und Cholera.

Das Problem der Krankheiten als Nebenprodukt einer übermäßigen und stürmischen Urbanisierung, die das empfindliche Gleichgewicht des Menschen zur Umwelt gestört hat, wirft auch die Frage der moralischen Erkrankung der Städte auf: krankhafte religiöse Manifestationen in mittelalterlichen Städten, Alkoholismus in den Städten der Industrieländer, Revolution, Kriminalität und Prostitution in den Städten jedes Zeitalters etc.

3. Überall, wo es eine Entwicklung der Produktion gab, hat es zwangsläufig Auswirkungen gegeben, "by-products", die weder erwünscht noch wünschenswert waren. Man begann sehr früh in den Städten des Mittelalters einige Anstrengungen zu unternehmen, Verschmutzung, Lärm und Gerüche zu bekämpfen. Eine entsprechende Gesetzgebung begann zur Zeit der Renaissance; aber im Zeitalter der Industriellen Revolution, als die Probleme an Schwere zunahmen und in ein dramatisches Stadium eintraten, hat die Gesetzgebung der ökonomischen Entwicklung weder folgen noch sich ihren Anforderungen anpassen können.
4. Die Urbanisierung und die gleichzeitige Steigerung von Produktion und Konsumtion hat auch das traditionelle Gleichgewicht der pflanzlichen Landschaft gestört. Das auffallendste Phänomen ist die fortschreitende Zerstörung der Wälder gewesen. In Südeuropa, wo der Baumbestand geringer war und die Städteentwicklung frühzeitiger einsetzte, machte sich der schwere Mangel an Holz schon im 13. und 14. Jahrhundert bemerkbar. Mehr und mehr wurde mit Ziegeln und Steinen gebaut. In England setzt das Phänomen des Hungers nach Holz Ende des 14. Jahrhunderts ein; Es hängt mit der Entwicklung des Schiffbaus zusammen und noch mehr mit der Verwendung des Holzes als Brennmaterial für die Eisengießerei. In Nordeuropa fand die ökonomische Entwicklung mit ziemlicher Verzögerung statt, und die Entdeckung anderer Energiequellen ermöglichte hier die Rettung des Waldes.

Verantwortlich für den Themenkreis:

Prof. Carlo Cipolla  
Universität Pavia (Italien)

Prof. Emmanuel Roy Ladirié  
Universität Paris (Frankreich)

Prof. Jean-François Bergier  
Ecole Polytechnique fédérale Zürich (Schweiz)

#### Vierter Themenkreis

Bildungswesen, Wissenschaft und Technologie in der ökonomischen Entwicklung

1. Auf dem Gebiet der Beziehungen zwischen Bildungswesen, Wissenschaft und Technologie in der ökonomischen Entwicklung ist ein beträchtliches Maß an Forschungsarbeit geleistet worden. Diese Beziehungen haben sich in den verschiedenen historischen Perioden und im Zeichen unterschiedlicher ökonomischer und sozialer Strukturen vielfach verändert. Die Verkettungen sind äußerst verschiedenartig. Dies gilt zum Beispiel, wenn man das 20. Jahrhundert mit der Zeit der Industriellen Revolution im Europa des 18. Jahrhunderts vergleicht. Ebenso weisen die Wechselwirkungen, die mit Neuerungen an der Spitze des technologischen Fortschritts in den mit größter Raffinesse arbeitenden industriellen Wirtschaften einhergehen, deutliche Unterschiede bei den Problemen der Ausarbeitung bestehender Produktionsfertigkeiten und Technologien von den fortgeschrittenen auf die sich erst entwickelnden Wirtschaften der Welt auf.

2. Das Betätigungsfeld der Sektion muß verschiedenen Themen aus diesem Gebiet Raum bieten. Es darf aber nicht so weit aufgefaßt werden, daß die Tagungen jede organische Gliederung verlieren.
3. Wir sind uns dessen sehr wohl bewußt, daß wichtige Beiträge zu dem Bereich auf das klassische Altertum, das mittelalterliche Europa ebenso wie über solche Kulturgebiete wie China, Persien und Indien entfallen können. Aber wir räumen zugleich ein, daß im Brennpunkt jüngster Forschungsinteressen die Verbindung dieser Fragen mit den neuzeitlichen Prozessen des industriellen Wachstums und der Industrialisierung gestanden hat. Wir schlagen daher vor, daß Referat und Tagungen dieser Sektion sich auf die Zeit nach 1650 bzw. 1700 konzentrieren.
4. Trotzdem möchten wir auf einige Beiträge zu weiter gefaßten Aspekten des Themas nicht verzichten (ohne daß die Referate oder die Tagungen unmittelbar davon berührt werden).
5. Für die Hauptvorträge und die Tagungen auf der Konferenz schlagen wir vor, daß die Sektion in drei Gruppen unterteilt wird, die die Beziehungen zwischen Bildungswesen, Wissenschaft und Technologie wie folgt analysieren:
  - I. Bildungswesen, Wissenschaft und Technologie im Zeitalter der frühen Industrialisierung 1700 - 1850
  - II. Probleme der Ausbreitung der Technologie: die Aufnahmefähigkeit für Kenntnisse, Bildung und technologische Veränderung in den Ländern der "dritten Welt", insbesondere während der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts (1850 - 1914)
  - III. Wechselnde Verkettungen zwischen Wissenschaft, Bildungswesen und technischer Veränderung in den fortgeschrittenen Wirtschaften nach 1870
6. Wenn der Spielraum der Sektion reduziert werden muß, schlagen wir vor, daß das letzte Unterthema entfällt.
7. Der Schwerpunkt der Arbeit dieser Sektion wird so in die Neuzeit fallen. Sie wird zwei verschiedene, aber einander verwandte Themen umfassen: die Beziehungen zwischen Bildungswesen, wissenschaftlichen Kenntnissen und Neuerungen in den fortgeschrittenen Industriewirtschaften zu verschiedenen Perioden und die Beziehungen zwischen den fortgeschrittenen Wirtschaften und den Entwicklungsländern.

Die Rolle von Bildungswesen und angewandter Wissenschaft, die beide als Entwicklungsfaktoren das Ausmaß der technischen Veränderungen beeinflussen, ist von fundamentalem Interesse, setzt doch der Wirkungsradius dieser Entwicklungsfaktoren bereits bei der formalen Übernahme von Kenntnissen ein, von wo aus er - gezeichnet von wechselhaften Beweggründen und Wertmaßstäben - zur Aufnahmefähigkeit modernisierender Techniken durch die gesellschaftliche Umwelt führt. Diese Erkenntnis hat sich in den entwicklungsstrategischen Programmen der Gegenwart voll und ganz durchgesetzt. Sie ist gleichermaßen wichtig als wirtschaftshistorischer Forschungsschwerpunkt bei der Untersuchung des historischen Wachstumsprozesses.

Verantwortlich für den Themenkreis:

Prof. Peter Mathias  
Universität Oxford (Großbritannien)

Prof. Rondo Cameron  
Emory Universität Atlanta (USA)

Prof. François Furet  
Ecole pratique de hautes Etudes  
VI e section Paris (Frankreich)



## Fünfter Themenkreis

Beziehungen zwischen Gebieten mit ungleichmäßiger wirtschaftlicher Entwicklung

Dieses Thema wird nicht Gegenstand eines vorausgehenden Kolloquiums, sondern ausschließlich eines auf dem Kongreß von Kopenhagen vorgetragenen und diskutierten Referates sein. Der Autor konnte noch nicht benannt werden.

### Nützliche Adressen:

Präsident der Internationalen Vereinigung  
der Wirtschaftsgeschichte und des skandi-  
navischen Organisationskomitees des VI. Kongresses:

Prof. Kristof Glamann  
Institut für Wirtschaftsgeschichte an der  
Universität Kopenhagen,  
Frederiksholm, Kanal 4  
1220 Kopenhagen (Dänemark)

### Generalsekretär

Prof. Jean-François Bergier  
Eidgenössische Technische Hochschule  
Büro G 27.3  
Leonhardtstr. 33, 8006 Zürich (Schweiz)

### Für Thema I:

Prof. Jerzy Topolski  
Pamiętkowa 26/2, Poznań (Polen)

### Für Thema II:

Prof. Herman van der Wee  
"De Hettinke", Meulestraat 2  
2778 - Sint Pauwels (Waas), Belgien

### Für Thema III:

Prof. Carlo Cipolla  
Via Montebello Battaglia 4  
27 100 Pavia (Italien)

### Für Thema IV:

Prof. Peter Mathias  
All Souls College  
Oxford (Großbritannien).

## AUTORENVERZEICHNIS

- Behm, Erika, Wissenschaftlich-technische Assistentin, Institut für Wirtschafts-  
geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Behrens, Fritz, Prof. Dr. rer. pol., em., Zeuthen.
- Beljavskij, V. A., Ordentliches Mitglied der Geographischen Gesellschaft der  
UdSSR, Leningrad.
- Bentzien, Ulrich, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentral-  
institut für Geschichte, Wissenschaftsbereich Kulturgeschichte/Volkskunde, Akade-  
mie der Wissenschaften der DDR, Rostock.
- Bobovič, I. M., Dr. der Wirtschaftswissenschaften, Prof. mit Lehrstuhl für  
Wirtschaftsgeschichte, Leningrader finanzökonomisches Institut.
- Günther, Renate, Dr. rer. oec., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für  
Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Gutsche, Willibald, Dr. phil. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Zentral-  
institut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Handke, Horst, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut  
für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Kuczynski, Jürgen, Ordentliches Mitglied der Akademie der Wissenschaften der  
DDR, Berlin.
- Lärmer, Karl, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut  
für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Müller, Hans-Heinrich, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter,  
Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.
- Pažitnova, T., Dr. der Wirtschaftswissenschaften, Prof. mit Lehrstuhl für Wirt-  
schaftsgeschichte, Leningrader finanzökonomisches Institut.
- Radandt, Hans, Dr. rer. oec. habil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für  
Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Reishaus - Etzold, Heike, Dr. sc. phil., Wissenschaftlicher Arbeitsleiter, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Rompe, Robert, Prof. Dr. Dr. Ing. eh., Leiter der problemgebundenen Klasse Physik in Naturwissenschaft und Technik, Zentralinstitut für Elektronenphysik, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Scholz, Traute, Dr. rer. oec., Stellvertretender Chefredakteur beim Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte, Institut für Wirtschaftsgeschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Vejnberg, Joel, Dr. der Wissenschaften, Dozent, Pädagogische Hochschule zu Daugawpils, Lettische SSR.

Werner, Kurt, Dipl. -Ing., Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Zentralinstitut für Elektronenphysik, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

Widera, Bruno, Dr. phil. habil., Freier Mitarbeiter, Zentralinstitut für Geschichte, Akademie der Wissenschaften der DDR, Berlin.

# СОДЕРЖАНИЕ

## СТАТЬИ, ИССЛЕДОВАНИЯ, ЗАМЕТКИ

Ю. Кучинский	Наука и вооружение	13
Х. Рейсхауз-Этцольд	Влияние монополий химической промышленности на "Кайзер - Вильгельм общество по содействию наукам д.о." во время Веймарской республики	37
В. Гутше	О механизме функционирования между государством и монополистическим капиталом в Германии в первые месяцы первой Мировой войны /1915 - 1915 гг./	63
Э. Беем/ Ю. Кучинский	Отражение рабочего движения в правительственной печати перед первой Мировой войной. Преимущественно количественный анализ /Саксония/	99
В. Видера	Градостроительство в домонгольской Руси	113
В. А. Белявский	Рабовладельческая элита династии Эгиби	133
Х.-Х. Мюллер	Генрих Гейне. К 175 - ти летию со дня его рождения	159

## ДИСКУССИИ

Ф. Беренс	О взаимосвязи между производительностью труда и производительной стоимостью. Заметки к : Юрген Кучинский, К проблеме измерения производительности труда на основании расчётов по сельскому хозяйству США	179
Р. Ромпе/К. Вернер	О некоторых вопросах научно - технического прогресса	183
Х. Радант	Говорил ли Ленин о ведущей роли банковского капитала по отношению к промышленному капиталу? Заметки к : Курт Госсвейлер, Роль крупных банков при империализме	189

- И. Бобович/  
Т. Пожитнова Проблема экономической истории социалистических стран Европы в новых трудах советских авторов. Заметки к "Экономической истории социалистических стран", под редакцией Ф. Ю. Полянского и В. А. Жамина и А. А. Успенскому, Экономическая история зарубежных стран Европы 199
- Х. Хандке Изображение или искажение? К изображению рабочего класса в некоторых социологических публикациях ФРГ: Новый рабочий класс, Техническая интеллигенция и профсоюзы при организованном капитализме; Браун, Зигфрид / Фурманн, Ежен, Образ мышления служащих. Профессиональное положение и общественное мышление промышленного служащего. Сообщение об индустриально-социологическом исследовании; Фюрстенберг, Фридрих, Социальное положение рабочих химической промышленности. Индустриально-социологическое исследование в рационализированных и автоматизированных химических заводах; Ботоморе, Т. Б., Социальные классы современного общества 207
- У. Бентцин Новое издание Гересбаха, Тумбсхирна и Прогресса. Конрад Гересбах, четыре книги о сельском хозяйстве; Мартин Гроссер, Руководство по сельскому хозяйству; Абрам фон Тумбсхирн, Экономия. Два ранних немецких сочинения по сельскому хозяйству 231
- И. П. Вейнберг Проблемы социально-экономической структуры Иудеи с VI века до н.э. до I века н.э. О некоторых экономико-исторических исследованиях Ханца Крейзига 237
- СООБЩЕНИЯ
- Т. Шольц О некоторых критериях принадлежности к рабочему классу при капитализме. / Сообщение о симпозиуме "Проблемы структуры рабочего класса в экономико-историческом аспекте" / 253
- К. Лермер К третьей годовщине рабочего коллектива по исследованию "Истории производительных сил" с 22 XI. по 26 XI. в Вейгиге у Ратена 265

БИБЛИОГРАФИЯ

Р. Гунтер

Диссертации по экономической истории

269

ИНФОРМАЦИЯ

VI Международный Конгресс по экономической истории август 1974 г. в Копенгагене

319

НАШИ АВТОРЫ

327

# CONTENTS

Foreword		9
ARTICLES, STUDIES, MISCELLANEA		
J. Kuczynski	Science and Arms	13
H. Reishaus-Etzold	The influence of the chemical monopolies in the "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V." during the Weimar Republic	37
W. Gutsche	On the operating mechanism between the State and monopoly capital in Germany during the early months of World War I (1914 - 1915)	63
E. Behm/ J. Kuczynski	Echoes of the labour movement in the government press prior to World War I. A mainly quantitative analysis (Saxony)	99
B. Widera	Urbanization in the pre-Mongolian Rus	113
V. A. Beljavskij	The slave elite of the House of Egibi	133
H. -H. Müller	On the 175th anniversary of the birth of Heinrich Heine	159
DISCUSSIONS		
F. Behrens	On the relation between the productivity of labour and of value. Comment on: Jürgen Kuczynski, On the problem of measuring labour productivity based on calculations for agriculture in the United States	179
R. Rompe/ K. Werner	On some questions of the scientific-technical progress	183
H. Radandt	Did Lenin speak of the dominant role of finance capital in relation to industrial capital? Comment on: Kurt Gössweiler, The role of the big banks in imperialism	189

## REVIEWS

I. Bobovič/  
T. Pažitnova

Problems of the economic history of the European socialist countries in recent works by Soviet authors. Comment on *Ākonomičeskaja istorija socialističeskich stran* (Economic history of the socialist countries), edited by F. J. Poljanskij and V. A. Žamin, and A. A. Uspenskij, *Ākonomičeskaja istorija zarubežnyh stran Evropy* (Economic history of other European countries)

199

H. Handke

Mirror or distortion? On the representation of the working class in some West German sociological publications: The new working class. Technical intelligentsia and trade unions in organized capitalism; Braun, Siegfried/Fuhrmann, Jochen, Employee mentality. Occupational position and social thinking of industrial employees. Report on an industrial-sociological investigation; Fürstenberg, Friedrich, The social position of chemical workers. Industrial-sociological investigations in rationalized and automated chemical plants; Bottomore, T. B., Social classes in modern society

207

U. Bentzien

New editions of Heresbach, Thumbshirn and Grosser. Konrad Heresbach, Four works on agriculture (*Rei sticae libri quatuor*); Martin Grosser, A manual on agriculture; Abraham von Thumbshirn, *Oeconomia*. Two early German agricultural treatises

231

I. P. Vejnberg

Problems of the socio-economic structure of Judea from the 6th Century B. C. to the 1st Century A. D. On some economic-historical investigations by Heinz Kreissig

237

## REPORTS

T. Scholz

On some criteria of membership in the working class in capitalism (Report on the symposium "Structural problems of the working class from an economic-historical viewpoint")

253

K. Lärmer

Report on the 3rd annual meeting of the working group for research into "The history of the productive forces", held in Weissig near Rathen, 22-26 November 1971

265

## BIBLIOGRAPHY

R. Günther

Theses and dissertations on economic history

269

## INFORMATION

6th International Economic History Congress, to be held in Copenhagen in August 1974

319

333



# CONTENU DU VOLUME

Présent		9
TRAITÉS, ÉTUDES, MÉLANGES		
J. Kuczynski	Sciences et armements	13
H. Reishaus-Etzold	L'influence prise par les monopoles de chimie sur la Société Kaiser Wilhelm, association inscrite au registre à l'avancement des sciences, du temps de la République de Weimar	37
W. Gutsche	Remarques sur l'action réciproque entre l'Etat et le capital de monopoles en Allemagne pendant les premiers mois de la première guerre mondiale (1914 - 1915)	63
E. Behm/ J. Kuczynski	Comment le mouvement ouvrier se reflète dans la presse gouvernementale avant la première guerre mondiale (une analyse particulièrement quantitative) (la Saxe)	99
B. Widera	La vie municipale dans la Russie médiévale prémon-golique	113
V. A. Beljavskij	L'élite des esclaves de la maison Egibi	133
H.-H. Müller	Heinrich Heine. A l'occasion des son 175 <sup>e</sup> anniversaire	159
DISCUSSIONS		
F. Behrens	Sur le rapport entre la productivité du travail et la productivité nominale. Observations sur le livre de Jürgen Kuczynski "le problème du mesurage de la productivité du travail en raison de supputations faites pour l'agriculture dans les États-Unis"	179
R. Rompe/ K. Werner	Observations sur quelques questions du progrès scientifico-technique	183
H. Radandt	Lénine parlait-il du rôle prépondérant du capital de banque en comparaison avec le capital engagé dans l'industrie? Observations sur Kurt Gossweiler "le rôle des grandes banques dans l'impérialisme"	189

- I. Bobovič/  
T. Pažitnova      Problèmes de l'histoire économique des pays socialistes d'Europe démontrés dans de nouveaux travaux d'auteurs soviétiques. Observations sur "Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran (histoire économique des pays socialistes)" sous la rédaction de F. J. Poljanskij et V. A. Žamin, et A. A. Uspenskij, "Ėkonomičeskaja istorija zarubežnych stran Evropy (histoire économique de l'étranger européen)" 199
- H. Handke      Miroir ou caricature ? Réflexions sur l'interprétation de la classe ouvrière dans quelques publications de la République Fédérale: la nouvelle classe ouvrière. L'intelligentsia technique et les syndicats dans le capitalisme organisé; Braun, Siegfried/Fuhrmann, Jochen; mentalité des employés subalternes. Positions professionnelles et manière de penser des employés de l'industrie. Compte rendu sur des recherches sociologiques de l'industrie; Fürstenberg, Friedrich, La situation sociale des ouvriers dans la chimie. Recherche sociologique de l'industrie dans les entreprises de chimie rationalisées et automatisées; Bottomore, T. B., Les classes sociales dans la société moderne 207
- U. Bentzien      Nouvelles éditions de Heresbach, Thumbshirn et Grosser. Konrad Heresbach, quatre livres sur l'agriculture (reisticae libri quatuor); Martin Grosser, guide de l'agriculture; Abraham von Thumbshirn, Oeconomia! Deux précurseurs de l'agriculture allemande 231
- I. P. Vejnberg      Problèmes de la structure socio-économique de la Judée du sixième siècle avant l'ère chrétienne jusqu'au premier siècle de notre ère. Réflexions au sujet de quelques recherches d'histoire économique de Heinz Kreissig 237
- COMPTES RENDUS
- T. Scholz      Remarques concernant quelques critères sur l'appartenance à la classe ouvrière dans le capitalisme (compte rendu du symposium "problèmes structurels de la classe ouvrière sous l'aspect de l'histoire économique" 253
- K. Lärmer      Compte rendu du troisième congrès du collectif de travail pour une étude approfondie de "l'histoire du potentiel économique" du 22 novembre au 26 novembre 1971 à Weissig près de Rathen 265
- BIBLIOGRAPHIE
- R. Günther      Traités universitaires concernant l'histoire économique 269
- Information: Sixième congrès international de l'histoire économique en août 1974 à Copenhague 319

## SUMARIO

Prefacio		9
ARTICULOS, ESTUDIOS, MISCELANEA		
J. Kuczynski	La ciencia y las armas	13
H. Reishaus-Etzold	La influencia de los monopolios de la industria química en el "Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e. V." durante la República de Weimar	37
W. Gutsche	Sobre el mecanismo operante entre el Estado y el capital monopolista en Alemania durante los primeros meses de la primera guerra mundial (1914 - 1915)	63
E. Behm/ J. Kuczynski	La resonancia del movimiento obrero en la prensa gubernamental antes de la primera guerra mundial. Un análisis principalmente cuantitativo (Sajonia)	99
B. Widera	Urbanización en la "rus" pre-mongolesa	113
V. A. Beljavskij	Los esclavos privilegiados de la casa de los Egibi	133
H. -H. Müller	Con motivo del 175 <sup>o</sup> aniversario del nacimiento de Heinrich Heine	159
DISCUSIONES		
F. Behrens	Sobre la relación entre la productividad del trabajo y la del valor. Comentario sobre: Jürgen Kuczynski, Sobre el problema de la medición de la productividad del trabajo basándose en los cálculos para la agricultura en EE. UU.	179
R. Rompe/ K. Werner	Sobre algunas cuestiones del progreso científico-técnico	183
H. Radandt	¿Habló Lenin del papel dominante del capital financiero en relación al capital industrial? Comentario sobre: Kurt Gossweiler, El papel de la gran banca en el imperialismo	189

## RESEÑAS

- I. Bobovič/  
T. Pažitnova      Problemas de la historia económica de los países socialistas de Europa en obras recientes de autores soviéticos. Comentario sobre "Ėkonomičeskaja istorija socialističeskich stran" (Historia económica de los países socialistas), redactada por F. J. Poljanskij y V. A. Žamin, y A. A. Uspenskij, Ėkonomičeskaja istorija zarubežnyh stran Evropy (Historia económica del extranjero europeo) 199
- H. Handke      ¿Retrato o deformación? Sobre la representación de la clase obrera en algunas publicaciones sociológicas en la R. F. A.: La nueva clase obrera. Los intelectuales técnicos y los sindicatos en el capitalismo organizado; Braun, Siegfried/Fuhrmann, Jochen, La mentalidad del empleado. La situación profesional y el pensamiento social de los empleados industriales. Un informe sobre una investigación industrial-sociológica; Fürstenberg, Friedrich, La situación social de los trabajadores de la industria química. Investigaciones industrialsociológicas en empresas químicas racionalizadas y automatizadas; Bottomore, T. B., Las clases sociales en la sociedad moderna 207
- U. Bentzien      Nuevas ediciones de Heresbach, Thumbshirn y Grosser. Konrad Heresbach, Cuatro obras sobre la agricultura (Rei sticae libri quatuor); Martin Grosser, Un manual de la agricultura; Abraham von Thumbshirn, Oeconomia. Dos tempranas obras alemanas sobre la agricultura 231
- I. P. Vejnsberg      Problemas de la estructura socio-económica de Judfa desde el sexto siglo a. n. e al primer siglo n. e. Sobre algunas investigaciones económico-históricas por Heinz Kreißig 237

## INFORMES

- T. Scholz      Sobre algunos criterios de afiliación a la clase obrera en el capitalismo (Informe del simposio "Problemas estructurales de la clase obrera desde un punto de vista económico-histórico") 253
- K. Lärmer      Informe de la tercera reunión anual del grupo de trabajo investigando "La historia de las fuerzas productivas", celebrada en Weissig, Rathen, del 22 al 26 de noviembre de 1971 265

## BIBLIOGRAFIA

- R. Günther      Trabajos universitarios sobre la historia económica 269

Informacion: El VI<sup>o</sup> Congreso Internacional de la Historia Económica, Copenhague, agosto de 1974 319

In Vorbereitung für die nächsten Bände des Jahrbuchs:

J. Kuczynski

Probleme der Periodisierung der Menschheitsgeschichte

P. Aleku

Zur Entwicklung des Kapitalismus in Griechenland bis zum zweiten Weltkrieg

S. P. Tjul'panov/G. M. Vejc

Zur Tätigkeit der staatlichen Unternehmen Indiens

M. de los Angeles Ayón

Die Arbeiterbewegung im Elektrizitätsmonopol in Havanna

K. Obermann

Zur Klassenstruktur und zur sozialen Lage der Bevölkerung in Preußen 1846 bis 1849

E. Donnert

Zur Gesellschaftsauffassung Dmitrij Golicyns. Bemerkungen zum ökonomischen und gesellschaftlichen Denken in Rußland in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts

W. Mägdefrau

Zum Waid- und Tuchhandel thüringischer Städte im späten Mittelalter

I. F. Fichman

Skaven im spätrömischen Oxyrhynchos

M. Löttsch

Einige Bemerkungen zur Diskussion über den Charakter der Arbeiterklasse

W. Strenz

Zur Fragestellung Geographisches Milieu und räumliche Standortstrukturen der Produktivkräfte bei einer Darstellung der Geschichte der Produktivkräfte

H. Radandt

Ratschläge für die Arbeit der Betriebsgeschichtskommissionen

## Berichtigung

Im Jb. f. Wirtschaftsgeschichte 1972, T. 3, S. 172, 8. Zeile von oben, muß der Satz richtig heißen: "Sie hat weitgehend Dienstleistungsfunktionen im Interesse der herrschenden Klassen zu erfüllen."<sup>66</sup>